universität wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Die Berichterstattung über Leiharbeit – Eine konstruktivistische Analyse“

Verfasser

Erik Alexis Delgado Galvez, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066 841
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Magisterstudium Publizistik und Kommunikationswissenschaft
Betreut von:	Univ.-Doz. Dr. Friedrich Hausjell

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung 1

Kapitel A: Journalismuskonzeptionen und ihre Gesellschafts- und Rezipientenbilder 2

Kapitel A.1: Journalismuskonzeptionen 2

Kapitel A.2 Gesellschaftszentrierte und rezipientenzentrierte Journalismuskonzeptionen 9

Kapitel B: Der operative Konstruktivismus 13

Kapitel B.1: Wissenschaft als Konstruktion zweiter Ordnung 14

Kapitel B.2: Kommunikation als dreistufiger Selektionsprozess 16

Kapitel B.3: Das Funktionssystem Massenmedien 17

Kapitel B.4: Programmbereich des Massenmediensystems 20

Kapitel B.5: Selektion von Information im Programmbereich Nachrichten und Berichte 22

Kapitel B.6: Selektion von Mitteilung im Programmbereich Nachrichten und Berichte 24

Kapitel B.7: Bildung von Fragestellungen zur Analyse von Berichterstattungs-Schemata 35

C Die qualitative Inhaltsanalyse 37

C.1 Forschungsfrage, Ziel der Magisterarbeit und Unterscheidungen der qualitativen Inhaltsanalyse 38

C.2 Unterscheidung I: Erhebung des Datenmaterials 40

C.3 Unterscheidung II: Unterscheidung in vier Erhebungszeiträume 41

C.4 Unterscheidung III: Unterscheidung der vier Erhebungszeiträumen nach formalen Kategorien 43

C.5 Unterscheidung IV: Unterscheidung der Erhebungszeiträume 1 bis 4 nach Akteur-Frames und Metaphern 49

C.6 Unterscheidung V: Analyse der Thematisierung von Leiharbeit nach Berichterstattungs-Schemata 67

C.6.1 Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit 68

C.6.2 Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit
bei der Thematisierung von Leiharbeit....92
C.6.3 Sitautive, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit bei der
Thematisierung von Leiharbeit als Berichterstattungs-Schemata....102
Kapitel C.7: Unterscheidung VI: Analyse der Berichterstattungs-Schemata nach
Journalismuskonzeptions-Schemata....107
Kapitel C.7.1: Journalismuskonzeptionen als Schemata des
Programmbereichs Nachrichten und Berichte....107
Kapitel C.7.2 Untersuchung von Ereignis I und II
nach Journalismuskonzeptions-Schemata....111
Kapitel D: Conclusio und Ausblick....115
Kapitel D.1: Conclusio....115
Kapitel D.2: Ausblick....120
Quellennachweis....122
Anhang:....124
Abstract
Lebenslauf
CD-Anhang:
Artikel der Badischen Zeitung
Artikel der Frankfurter Rundschau
Codebuch
IG Metall-Mitteilungen
Südwestmetall-Mitteilungen

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 1: Des Funktionssystem Massenmedien als zweistufiger Selektions- und Differenzierungsprozess 20

Tabelle 2: Strukturelle Kopplungen und Programmbereiche der Massenmedien 21

Tabelle 3: Unterscheidungen der qualitativen Inhaltsanalyse 40

Tabelle 4: Unterscheidung II - Unterscheidung in vier Erhebungszeiträume....42

Tabelle 5: Unterscheidung III - Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume (EZ) nach journalistischen Darstellungsformen....45

Tabelle 6: Unterscheidung III
Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume (EZ) nach Rubriken und Regionalteil 47

Tabelle 7: Unterscheidung III - Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume (EZ) nach Redakteure und Nachrichtenagenturen 48

Tabelle 8: Frames und Fragestellungen 50

Tabelle 9: „Metapher“....51

Tabelle 10: Spezifische Fragestellungen und Untersuchungsschritte....68

Tabelle 11: Ereignisse, Erhebungszeiträume, Zeiträume und Mitteilungen....96

Tabelle 12: Thematisierung von Leiharbeit in Ereignis I und II 103

Tabelle 13: Fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit 104

Tabelle 14: Journalismuskonzeptions-Schemata als Ausprägungen des Schemas „Individuen als kognitiv interessierte Beobachter“ 111

Tabelle 15: Berichterstattungs-Schemata bei der Thematisierung von Leiharbeit in Ereignis 1 und 2 117

Tabelle 16: Konstruktion von Gesellschaft in Ereignis 1 und 2 118

Tabelle 17: Konstruktion von Individuen in Ereignis 1 und 2....119

Einleitung

Diese Magisterarbeit beschäftigt sich mit der Analyse der Berichterstattung über Leiharbeit anhand des operativen Konstruktivismus.

Ziel der Arbeit ist es, in Erfahrung zu bringen, durch welche Selektionen und Unterscheidungen das Massenmedium „Badische Zeitung“ die Wirklichkeit von Leiharbeit konstruiert.

Die Untersuchung findet durch eine qualitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Badischen Zeitung, einer deutschen Regionalzeitung, innerhalb von sechs Unterscheidungen statt (vgl. Kapitel C):

Unterscheidung I: Zunächst werden diejenigen Zeitungsartikel erhoben, die für die Analyse der Berichterstattung über Leiharbeit relevant sind (vgl. Kapitel C.2).

Unterscheidung II: Als nächstes wird die Berichterstattung in vier Erhebungszeiträume eingeteilt (vgl. Kapitel C.3)

Unterscheidung III: Anschließend wird sie nach formalen Kriterien (journalistischen Darstellungsformen, Rubriken und Regionalteil, Redakteuren und Nachrichtenagenturen) unterschieden (vgl. Kapitel C.4).

Unterscheidung IV: Durch den Einbezug der Frame-Theorie nach Entman und einer Definition von Metaphern wird die Berichterstattung in Akteur-Frames und Metaphern eingeteilt (vgl. Kapitel C.5).

Unterscheidung V: Auf Basis von Unterscheidung IV und durch die Definition von Schemata als ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit, in Anlehnung an Niklas Luhmann, werden Berichterstattungs-Schemata gebildet. Anhand der Berichterstattungs-Schemata soll gezeigt werden, dass die Wirklichkeit von Leiharbeit aus Selektionen/ Unterscheidungen konstruiert ist, die eine situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit aufweisen. (vgl. Kapitel C.6). In Kapitel B wird der operative Konstruktivismus nach Luhmann besprochen.

Unterscheidung VI: Die Berichterstattungs-Schemata werden abschließend anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata analysiert. Anhand dieser Schemata soll ge-

zeigt werden, dass die Wirklichkeit von Leiharbeit aus Selektionen/ Unterscheidungen konstruiert ist, die Individuen und Gesellschaft konstruieren (vgl. Kapitel C.7). Bevor aus den Journalismuskonzeptionen Schemata gebildet werden, werden sie in Kapitel A besprochen.

Kapitel A:
Journalismuskonzeptionen und ihre Gesellschafts- und Rezipientenbilder

In Kapitel A werden Gesellschafts- und Rezipientenbilder aus Journalismuskonzeptionen abgeleitet. Journalismuskonzeptionen befassen sich mit den Selbsteinschätzungen, sowie mit den Werdegang und Umfeld von Journalisten. Folgende Konzeptionen finden in dieser Arbeit Erwähnung: Der anwaltschaftliche, der investigative und der interpretative Journalismus, sowie der Informations-, der Präzisions- und der Marketingjournalismus (vgl. Kapitel A.1). In Kapitel A.2 werden aus ihnen Funktionen und Funktionsstrategien gewonnen, aus denen sich Gesellschafts- und Rezipientenbilder ableiten lassen.

Kapitel A.1:
Journalismuskonzeptionen

Journalismuskonzeptionen befassen sich mit den Selbsteinschätzungen (Rollenbilder) sowie mit den Werdegang und Umfeld (Rollenmuster) von Journalisten. Sie kategorisieren journalistisches Handeln, indem sie die Selbsteinschätzung der Journalisten erfragen (Rollenselbstbild) oder indem sie es aus individuellen und (medien-) systembedingten Faktoren rekonstruieren. Journalismuskonzeptionen basieren auf Rollenselbstbilder und Rollenmuster.

Rollenselbstbilder: Die Frage nach dem Rollenselbstbild der Journalisten ist Teil der journalistischen Berufsforschung. Es wird danach gefragt welche Vorstellungen die Journalisten von ihrer eigenen Rolle haben, wie sie ihre Aufgabe selbst definieren, und welche Ziele und Schwerpunkte sie sich bei der täglichen Arbeit setzen (vgl.

Wyss/ Pühringer/ Meier 2005:308). Die Frage nach dem Rollenselbstbild zielt auf die subjektive Wahrnehmung der Journalisten ab.

Rollenmuster: Haas spricht im Zusammenhang von Journalismuskonzeptionen über Rollenmuster. Für ihn folgen Journalisten selten ausschließlich einem einzigen Rollenmuster (vgl. Haas 1999:102). Sie wechseln vielmehr nach Aufgabenstellung zwischen den Rollen. Die Wahl einer Rolle hängt von individuellen und (medien-) systembedingten Faktoren ab wie persönliche Lebensläufe, Bildungs- und Ausbildungswege, Berufserwartungen, berufliche Sozialisation, allgemeine Sachzwänge des medienspezifische Umfeldes, konkrete redaktionelle Arbeitsbedingungen, sowie die Funktion und Position eines Journalisten innerhalb des Medienbetriebes selbst (vgl. Haas 1999:102). Von Haas ausgehend orientieren sich Journalisten nicht nur an einem fixen internalisierten Rollenselbstbild, sondern verfügen über mehrere Rollenmuster, die je nach individuellen und (medien-) systembedingten Faktoren, bewusst oder unbewusst gewählt werden. Rollenselbstbilder und Rollenmuster versuchen journalistisches Handeln zu kategorisieren:

„Bei aller Relativierung leistet die Berufsrollenforschung notwendige Differenzierungsarbeit; sie vermag Tendenzen und Schwerpunkte aufzuzeigen und Hinweise auf die Spezialisierung und Diversifizierung journalistischen Handelns zu geben." (Haas 1999:102)

Rollenselbstbilder und Rollenmuster stellen unterschiedliche Ansätze zur Kategorisierung journalistischen Handelns dar:

- Bei der Erhebung von Rollenselbstbildern steht die Selbsteinschätzung der Journalisten im Vordergrund. Journalisten werden von Forschern direkt danach befragt, welche Vorstellungen sie von ihrer eigenen Rolle haben, wie sie ihre Aufgabe selbst definieren und welche Ziele und Schwerpunkte sie sich bei der täglichen Arbeit setzen (vgl. Wyss/ Pühringer/ Meier 2005:308). Rollenselbstbilder entstehen aus einem qualitativen Forschungsansatz, indem individuelle Selbstbilder zu Kategorien journalistischen Handelns zusammengefasst werden. Dabei wird angenommen, dass Journalisten einem einzigen Rollenselbstbild folgen.
- Bei der Erhebung von Rollenmustern wird angenommen, dass Journalisten zwischen unterschiedlichen Rollen wechseln. Die Wahl einer Rolle hängt von individuellen und (medien-) systembedingten Faktoren ab (vgl. Haas 1999:102). Durch Rollenmuster rekonstruiert der Forscher journalistisches

Handeln anhand von individuellen und (medien-) systembedingten Faktoren. Hier stehen nicht mehr die Selbsteinschätzungen der Journalisten im Vordergrund sondern ihr Werdegang und ihr Umfeld.

Journalismuskonzeptionen befassen sich mit den Selbsteinschätzungen (Rollenbilder), sowie mit den Werdegang und Umfeld (Rollenmuster) von Journalisten. In den nächsten Kapiteln werden sechs Journalismuskonzeptionen vorgestellt und anhand von Gesellschaftsbilder und Rezipientenbilder kategorisiert.

Kapitel A.1.1:

Der anwaltschaftliche Journalismus

Die Journalismuskonzeption anwaltschaftlicher Journalismus lässt sich anhand von zwei Kernpunkten definieren: „Vertretung benachteiligte Gruppen“ und „Verzicht auf Objektivität“.

Vertretung benachteiligter Gruppen: Benachteiligte Gruppen sind Gruppen, die ihre Interessen nicht alleine vertreten können (vgl. Haas/ Pürer IN: Kunczik/ Zipfel 2009: 163). Journalisten haben demzufolge als Anwälte von Minderheiten aufzutreten, die nicht anders zu Wort kämen (vgl. Schwarzkopf 2006:39). Haas beschreibt den anwaltschaftlichen Journalismus als vertikalen Journalismus „von unten nach oben“:

„Als Advokat von Personen oder Gruppen, die selber keinen Zugang zu den Medien oder zu repräsentativen Interessensvertretungen haben, übernimmt der Journalist deren Mandat und leiht jenen seine Stimme, die etwas zu sagen hätten, aber nichts zu reden haben. Es handelt sich also um einen vertikalen Journalismus ‚von unten nach oben’ mit einer stark ausgeprägten Funktion als Kommunikationshelfer.“(Haas 1999:105).

Der Mangel an Möglichkeiten ihre Interessen zu vertreten, wird mit dem Mangel in der Öffentlichkeit zu Wort zu kommen gleichgesetzt. Nach Rager sollen Journalisten jenen ein Sprachrohr sein, die sich in der Öffentlichkeit schwer tun (vgl. Rager 1982:132). Für Decker erfüllt der Journalismus eine kompensatorische Funktion, indem er Interessen von Teilöffentlichkeiten repräsentiert und artikuliert. Ihm zufolge wird die Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation durch Massenmedien gesichert. Jener Teil der Bevölkerung, der nicht über die Vorraussetzungen zur Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation verfügt, ist zur Sprachlosigkeit in der Gesellschaft verurteilt (vgl. Decker 1976:276). Aus diesem Standpunkt werden jene Gruppen oder Organisationen aus der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen, die nicht massenmedial repräsentiert werden:

„Gesamtgesellschaftlich gesehen hat die Entwicklung der Massenmedien zur Folge gehabt, dass das ‚Jedermannsrecht' auf Meinungsäußerungsfreiheit in der Kommunikationswirklichkeit auf jene Personen und Gruppen bzw. Organisationen beschränkt bleibt, die entweder einen direkten oder indirekten Zugang zu einem Medium besitzen oder in der Lage sind, als ‚Kommunikatoren' von außerhalb der Medien in diese hineinzuwirken. Dies bedeutet, dass jener Teil der Bevölkerung, der nicht über diese Vorraussetzungen zur Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation verfügt, zur ‚Sprachlosigkeit' verurteilt ist." (Decker 1976:276)

Ein „Jedermannsrecht auf Meinungsäußerungsfreiheit" wäre erst gegeben, wenn jede Interessensgruppe einen direkten oder indirekten Zugang zu einem Massenmedium besitzen würde. Diesen mangelnden allgemeinen Zugang beschreibt Decker als ein strukturelles Defizit der kommunikativen Leistung der Massenmedien (vgl. Decker 1976:276). Er sieht im anwaltschaftlichen Journalismus den Versuch dieses strukturelle Defizit durch eine kompensatorische Funktion zu beseitigen. Die Funktion besteht darin, jene Interessen von Teilöffentlichkeiten zu repräsentieren und zu artikulieren, die nicht fähig sind, sich zu organisieren (vgl. Großhans IN: Decker 1976:279).

Verzicht auf Objektivität: Ein weiterer Aspekt des anwaltschaftlichen Journalismus ist der Verzicht auf Objektivität. Für Haas verzichtet der anwaltschaftliche Journalismus durch eine parteiliche Stellungnahme bewusst auf Objektivität bzw. Sachlichkeit (vgl. Haas 1999:105f). Pürer sieht den Verzicht auf Objektivität als eine parteiische Subjektivität, die in keinem Zusammenhang mit einer parteipolitischen Subjektivität steht (vgl. Pürer 2003:122f). Ihm zufolge ist die anwaltschaftliche Journalistin, der anwaltschaftliche Journalist parteiisch, aber parteilos. Sie/ er identifiziert sich mit den Wertvorstellungen der Öffentlichkeit bzw. bestimmter Teilöffentlichkeiten (vgl. Kunczik/ Zipfel 2009: 163). Dabei ist er dezisionistisch, das bedeutet, dass sie/ er sich, ohne Anspruch auf den Besitz von absoluter Wahrheit, für die Verbreitung bestimmter Ideen oder Fakten einsetzt (Kunczik/ Zipfel 2009: 163). Für Decker wird im anwaltschaftlichen Journalismus eine hohe Authentizität durch den Verzicht auf Objektivität erreicht (vgl. Decker 1976:277). Dabei verzichtet der anwaltschaftliche Journalismus bewusst auf eine Trennung von Meldung und Meinung. Durch den Verzicht auf Objektivität, die für Decker eine scheinbare Neutralität und Distanz zu den Dingen anstrebt, wird der Versuch angegangen Authentizität zu erreichen:

„Der sich anwaltschaftlich verstehende Journalismus [geht] bewusst vom Typ des teilnehmende, d.h. Anteil nehmenden Berichterstatters aus. Nur ein Journalist, der an dem von ihm berichteten Ereignis teilgenommen habe und sich persönlich für die betreffende Sache engagiere, könne ‚authentisch' darüber Aussagen treffen." (vgl. Decker 1976:277)

Für Decker bedeutet der Verzicht auf Objektivität nicht nur eine parteiliche Stellungnahme der Journalistin/ des Journalistin, sondern ein Versuch, Authentizität durch eine teilnehmende Berichterstattung zu erreichen (vgl. Decker 1976:277).

Kapitel A.1.2:
Der investigative Journalismus

Nach Steffens/Kremp fühlt sich die investigative Journalistin/ der investigative Journalist dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet (Steffens/Kremp IN: Haas 1999:107). Aus dieser Verpflichtung heraus werden Missstände aufgedeckt (vgl. Haas 1999:107), Machtmissbrauch und vorenthaltene, verschwiegene Informationen bekannt gemacht (vgl. Pürer 2003:123). Die investigative Journalistin/ der investigative Journalist legitimiert sein Vorgehen daran, ob die Fakten, die er ans Tageslicht befördert, von gesellschaftlicher Relevanz sind:

„Man versteht darunter einen Journalismus, der der Öffentlichkeit vorenthaltene oder verschwiegene, gesellschaftlich aber relevante Informationen bekannt machen will. Er möchte entweder offiziell gedeckte oder tatsächlich (noch) nicht bekannte Missstände in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ans Licht der Öffentlichkeit bringen." (Haas 1999:106)

Der investigative Journalismus kann dazu neigen, Partei zu ergreifen und auf Objektivität zu verzichten. Damit strebt der Journalist/ die Journalistin eine authentische Darstellung seiner Wirklichkeitssicht an (vgl. Pürer 2003:123). Durch Parteinahme und Verzicht auf Objektivität könne eine investigative Berichterstattung einseitig geraten und unvollständig informieren (vgl. Pürer 2003:123). Für Haas ist das primäre Funktionsziel des investigativen Journalismus Kritik und Kontrolle. Diese Funktion könne aber nur durch subjektive (also parteiliche und oder engagierte) Faktenpräsentation umgesetzt werden (vgl. Haas 1999:107). Schwarzkopf mahnt aber den Journalist/ die Journalistin davor, diese Funktion mit der eines Polizisten, Staatsanwaltes oder Ermittlungsrichters zu verwechseln (vgl. Schwarzkopf 2006:35). Aus seiner Sicht geht diese Journalismuskonzeption einer Kritik und Kontrollfunktion nach, wenn „umfassende, keine falsche Rücksicht nehmende Recherche gemeint ist, wenn damit hartnäckiges, sachverständiges Nachfragen und Nachhaken im Interview gemeint sind, unter Verzicht auf Gefälligkeitsfragen und auf selbstgefällige Leitartikel des Fragestellers." (Schwarzkopf 2006:35)

Der investigative Journalismus kann Gefahr laufen instrumentalisiert zu werden, wenn Insider Informationen für eigene Zwecke weitergeben (vgl. Pürer 2003:123). Er

kann ebenfalls Gefahr laufen ideologisiert zu werden. So kann er als Mittel zur Bekämpfung von ideologischen Gegnern missverstanden werden (vgl. Schwarzkopf 2006:35).

Kapitel A.1.3:
Der interpretative Journalismus

Diese Journalismuskonzeption sammelt Fakten und integriert sie in größere Zusammenhänge, recherchiert Hintergründe und bietet Analysen an (vgl. Pürer 2003:122). Im interpretativen Journalismus steht die Bewertung der Fakten im Vordergrund somit bietet er Interpretationsweisen und Zusammenhangseinschätzungen von Wirklichkeit an (vgl. Pürer 2003:122).

Wie der anwaltschaftliche und der investigative Journalismus geht auch diese Journalismuskonzeption von einer subjektiven Wirklichkeitssicht aus (vgl. Pürer 2003:122). Fakten werden bewertet, indem sie an einer Weltsicht gemessen werden:

„Isolierte Informationen werden kommentiert, um Orientierungsangebote zu schaffen. Mitunter wird auch die Selektion von Informationen rigider vorgenommen: Beachtenswert erscheinen Nachrichten, die – positiv oder negativ – mit einer individuellen, subjektiven Wirklichkeit korrespondieren. Wolfgang Donsbach spricht daher von einem ‚Wertungsjournalismus', der sich ein Deutungsmonopol schaffe und sich als Hüter der Wahrheit geriere. Auch begünstigt er die Reduktion journalistischer Wahrnehmung auf sehr kleine Ausschnitte der Wirklichkeit. Nur mit ausreichender Voraus- oder Komplementärinformation durch andere Medien könne dieses Defizit ausgeglichen werden." (Haas 1999:105)

Für Haas kann diese Journalismuskonzeption nur durch eine „Voraus- oder Komplementärinformation" rezipiert werden. Durch die „Reduktion journalistischer Wahrnehmung auf sehr kleine Ausschnitte der Wirklichkeit" können beim Rezipienten Informationsdefizite entstehen, die nur durch andere Journalismuskonzeptionen ausgeglichen werden können. Aus dieser Betrachtung heraus, müssten der anwaltschaftliche, sowie der investigative Journalismus durch „Voraus- oder Komplementärinformation" ergänzt werden, weil diese ebenfalls nur kleine Ausschnitte der Wirklichkeit abbilden.

Kapitel A.1.4:
Der Informationsjournalismus

Die Journalismuskonzeption Informationsjournalismus geht von Journalisten als neutrale Vermittler aus. Geschehnisse in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur

werden unparteiisch vermittelt, dabei sollen Nachrichten faktengetreu und unverfälscht weitergegeben werden. Der Informationsjournalismus verzichtet auf Wertung und Bewertung, weil er den Bürger unvoreingenommen informieren will (vgl. Pürer 2003:122). Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass es objektive Informationen gibt (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:169). Nach Kunczik/Zipfel sieht sich der Journalist/ die Journalistin als unparteiische und distanzierte Transmissionsstelle. (Kunczik/Zipfel, 2009:169)

Bei dieser Journalismuskonzeption besteht die Gefahr, dass er zum Verlautbarungsjournalismus abdriften kann. Dem Verlautbarungsjournalismus wird vorgeworfen die bestehende Ordnung unhinterfragt als gegeben hinzunehmen und dabei die Übernahme politischer Ordnung zu vermeiden. Journalisten verzichten auf kritische Fragen zur gesellschaftlichen Realität und dienen auf diese Weise etablierten Interessen als Sprachrohr (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:169). Pürer sieht den Informationsjournalismus gefährdet, wenn „er Hintergründe und Aussagen ausklammert, auf kritische Wachsamkeit verzichtet und an der Oberfläche bleibt“ (vgl. Pürer 2003:122).

Nach Kunczik/Zipfel erfüllt der Informationsjournalismus dennoch eine wichtige Funktion. Er vermittelt neutral „Kenntnisse der von Exekutive, Legislative und Judikative gefällte Entscheidungen“ (Kunczik/Zipfel, 2009:169). Ohne diese neutrale Vermittlung „kann demokratische Willensbildung nicht erfolgen“ (Kunczik/Zipfel, 2009:169).

Kapitel A.1.5:

Der Präzisionsjournalismus

Der Präzisionsjournalismus versucht seine Themen mit sozialwissenschaftlichen Verfahren zu ergründen. Rollenvorbild des Journalisten ist der (empirische) Forscher (vgl. Pürer 2003:123). Für Haas versucht diese Journalismuskonzeption „die Wirklichkeitsforschung mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden zu objektivieren“ (Haas 1999:108). Die Rollenwahrnehmung erfolgt neutral-aktiv bzw. unparteilich und die Faktenpräsentation erfolgt objektiv (vgl. Haas 1999:108). Meyer spricht von einem „sozialwissenschaftlichen Journalismus“, der „parteilichem Denken in Ideologien oder Vorurteilen aus der typischen Mittelschicht-Perspektive“ mit Instrumenten und Validitätskriterien empirischer Sozialforschung begegnet (Meyer IN: Weischenberg

1995:111ff). Anhänger des Präzisionsjournalismus sehen in der objektiven Berichterstattung unzusammenhängende Darstellung von Fakten, die im Rahmen dieser Journalismuskonzeption in einen theoretischen Zusammenhang gebracht werden, der Hintergründe und mögliche Ursachen von Ereignissen aufdeckt (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:165f).

Laut Kunczik/Zipfel soll diese Journalismuskonzeption dem Publikum einen Überblick in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme geben (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:165f). Für Pürer läuft diese Journalismuskonzeption Gefahr, „in dilettierende (Pseudo-) Wissenschaft zu entarten und die Grenzen zwischen Journalismus und Wissenschaft zu verwischen." (Pürer 2003:123)

Kapitel A.1.6:
Der Marketingjournalismus

Der Marketingjournalismus sieht den Journalisten als Dienstleister und den Rezipienten als Kunden. Journalisten berücksichtigen die Bedürfnisse der Kunden bei der Produktion journalistischer Erzeugnisse. Diese Journalismuskonzeption hat die Zufriedenstellung der kommunikativen Bedürfnisse des Rezipienten in der Rolle des Kunden zum Ziel. Nach Pürer läuft der Marketingjournalismus Gefahr, Gegenstand reinen ökonomischen Kalküls zu werden und damit möglichst kostengünstig bei der Werbewirtschaft nachgefragte Publika als Ware abzusetzen (vgl. Pürer 2003:123).

Kapitel A.2:
Gesellschaftszentrierte und rezipientenzentrierte Journalismuskonzeptionen

Nach der Auffassung des Verfassers lassen sich aus Journalismuskonzeptionen Funktionen und Funktionsstrategien bilden. Aus beiden lässt sich ein Rezipientenbild bzw. Gesellschaftsbild ableiten. Der Verfasser definiert Funktionsstrategien als journalistische Strategien, mit denen sich die jeweilige Funktion umsetzen lässt. Der Verfasser unterscheidet zwischen gesellschaftszentrierten (vgl. Kapitel A.2.1) und rezpientenzentrierten (vgl. Kapitel A.2.2) Journalismuskonzeptionen.

Kapitel A.2.1:

Gesellschaftszentrierte Journalismuskonzeptionen

Nach der Auffassung des Verfassers dieser Arbeit verfügen der anwaltschaftliche und der investigative Journalismus über Funktionen und Funktionsstrategien aus denen sich Gesellschaftsbilder ableiten lassen.

Der interpretative Journalismus wird außen vor gelassen, weil für den Verfasser kein eigenes Gesellschaftsbild angeboten wird. Er offeriert zwar eine subjektive Wirklichkeitssicht (vgl. Pürer 2003:122), aber diese wird nicht näher ausgeführt.

Der anwaltschaftliche Journalismus als gesellschaftszentrierte Journalismuskonzeption:

Funktion: Die Funktion des anwaltschaftlichen Journalismus liegt in der Kompensation des strukturellen Defizits der kommunikativen Leistung der Massenmedien. Dieses Defizit äußert sich darin, dass jener Teil der Bevölkerung, der nicht über die Voraussetzungen zur Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation verfügt, zur „Sprachlosigkeit" in der Gesellschaft verurteilt ist (vgl. Decker 1976:276 und Haas 1999:105).

Funktionsstrategie: Die Funktion wird umgesetzt, indem der anwaltschaftliche Journalismus auf Objektivität verzichtet. Dieser Verzicht äußert sich durch Identifikation mit den Wertvorstellungen bestimmter Teilöffentlichkeiten (vgl. Kunczik/ Zipfel 2009: 163) bzw. in der Artikulation und Repräsentation der Interessen benachteiligter Gruppen in der Berichterstattung (vgl. Großhans IN: Decker 1976:279). Die Berichterstattung ist eine Anteil nehmende (vgl. Decker 1976:277).

Gesellschaftsbild: Der anwaltschaftliche Journalismus deutet eine Gesellschaft, in der bestimmten Gruppen der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt.

Der investigative Journalismus als gesellschaftszentrierte Journalismuskonzeption:

Funktion: Die Funktion des investigativen Journalismus besteht darin, Missstände in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft aufzudecken, die entweder offiziell gedeckt werden oder noch nicht bekannt sind (vgl. Haas 1999:106).

Funktionsstrategie: Die Funktion soll durch Kritik und Kontrolle in einer parteiliche und/oder engagierten Faktenpräsentation bzw. Berichterstattung umgesetzt werden

(vgl. Haas 1999:107). Die Berichterstattung soll auf eine „umfassende, keine falsche Rücksicht nehmende Recherche“ basieren (Schwarzkopf 2006:35). Interviews sollen „hartnäckiges, sachverständiges Nachfragen und Nachhaken [beinhalten], unter Verzicht auf Gefälligkeitsfragen“ (Schwarzkopf 2006:35). Leitartikel sollen nicht „selbstgefällig“ sein (vgl. Schwarzkopf 2006:35).

Gesellschaftsbild: Der investigative Journalismus beschreibt eine Gesellschaft, in der gesellschaftliche Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Kapitel A.2.2:

Rezipientenzentrierte Journalismuskonzeptionen

Nach der Auffassung des Verfassers dieser Arbeit verfügen der Informations-, der Präzisions- und der Marketingjournalismus Funktionen und Funktionsstrategien, aus denen sich Rezipientenbilder ableiten lassen.

Der Informationsjournalismus als rezipientenzentrierte Journalismuskonzeption:

Funktion: Der Informationsjournalismus trägt zu einer demokratische Willensbildung bei, indem er gefällte Entscheidungen von Exekutive, Legislative und Judikative neutral vermittelt (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:169).

Funktionsstrategie: Damit diese Funktion erfüllt wird, soll die Berichterstattung über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur faktengetreu und unverfälscht sein, weil angenommen wird, dass der Bürger unvoreingenommen informiert werden will (vgl. Pürer 2003:122).

Rezipientenbild: Der Informationsjournalismus beschreibt Rezipienten als Bürger, die unvoreingenommen informiert werden wollen (vgl. Pürer 2003:122).

Der Präzisionsjournalismus als rezipientenzentrierte Journalismuskonzeption:

Funktion: Die Funktion des Präzisionsjournalismus liegt darin einen Überblick in den Aufbau und Funktionen sozialer Systeme anzubieten (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:165f).

Funktionsstrategie: Der Präzisionsjournalismus geht seiner Funktion mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden an (vgl. Haas 1999:108). Themen sollen durch sozialwis-

senschaftliche Verfahren ergründet (vgl. Pürer 2003:123) und objektiviert (vgl. Haas 1999:108) werden.

Rezipientenbild: Der Präzisionsjournalismus beschreibt Rezipienten, als ein Publikum, das eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedarf (vgl. Kunczik/Zipfel, 2009:165f).

Der Marketingjournalismus als rezipientenzentrierte Journalismuskonzeption:

Funktion: Der Marketingjournalismus hat die Funktion der Zufriedenstellung kommunikativer Bedürfnisse (vgl. Pürer 2003:123).

Funktionsstrategie: Diese Funktion wird umgesetzt, indem die Bedürfnisse von Kunden bei der Produktion journalistischer Erzeugnisse berücksichtigt werden (vgl. Pürer 2003:123).

Rezipientenbild: Der Marketingjournalismus beschreibt den Rezipienten als Kunden, deren kommunikative Bedürfnisse es zufrieden zu stellen gilt (vgl. Pürer 2003:123).

Kapitel A.2.3:
Rezipientenbilder und Gesellschaftsbilder

Für den Verfasser lassen sich die vorgestellten Journalismuskonzeptionen in zwei Gruppen unterteilen: rezipientenzentrierte und gesellschaftszentrierte Journalismuskonzeptionen.

Aus Funktionen und Funktionsstrategien rezipientenzentrierter Journalismuskonzeptionen lassen sich folgende Rezipientenbilder ableiten:

- Rezipienten als Bürger, die unvoreingenommen informiert werden wollen (Informationsjournalismus).
- Rezipienten als Publikum, das eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedarf (Präzisionsjournalismus).
- Rezipienten als Kunden, deren kommunikative Bedürfnisse es zufrieden zu stellen gilt (Marketingjournalismus).

Bei den gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen wird der Fokus auf die Gesellschaft gelegt. Aus den Funktionen und Funktionsstrategien lassen sich folgende Gesellschaftsbilder ableiten:

- Der anwaltschaftliche Journalismus beschreibt eine Gesellschaft, in der bestimmten Gruppen der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt.
- Der investigative beschreibt eine Gesellschaft, in der gesellschaftliche Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Nach der Auffassung des Verfassers können Journalismuskonzeptionen nicht nur dafür verwendet werden Selbsteinschätzungen (Rollenbilder), sowie Werdegang und Umfeld (Rollenmuster) von Journalisten zu analysieren. Sie können auch dafür verwendet werden, rezipienten- und gesellschaftszentrierte Bilder zu gewinnen, die möglicherweise die Produktion der Berichterstattung beeinflussen. So sind Journalismuskonzeptionen nicht nur journalistischen Selbsteinschätzungen sondern auch „journalistische Fremdeinschätzungen", mit denen Rezipienten und Gesellschaft gedeutet werden können.

In Unterscheidung VI der qualitativen Inhaltsanalyse sollen auf Basis dieser Bilder Journalismuskonzeptions-Schemata entwickelt werden (vgl. Kapitel C.7). Zunächst ist es notwendig zu definieren, was Schemata sind. Dafür soll der operative Konstruktivismus nach Luhmann im nächsten Kapitel erläutert werden.

Kapitel B:

Der operative Konstruktivismus

Niklas Luhmann ist Konstruktivist und Systemtheoretiker. Seine Auslegung des operativen Konstruktivismus beruht auf zwei Prämissen (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003: 29):

- Systemtheoretische Prämisse: Es gibt eine Realität, die Systeme aufweist. Die Gesellschaft selbst ist ein soziales System.
- Konstruktivistische Prämisse: Diese Realität ist nur durch Beobachtungen bzw. Unterscheidungen/ Selektionen erkennbar.

Für Luhmann ist die Realität nur durch Beobachtungen zugänglich. Systeme, seien es psychische oder soziale Systeme, können ihre Erkenntnisse über die Realität einzig

auf der Grundlage von Beobachtungen konstruieren. Der operative Konstruktivismus geht von zwei Realitäten aus (vgl. Berghaus 2003: 94):

- Eine Realität erster Ordnung, in der soziale Systeme, wie die Massenmedien, kommunizieren.
- Eine Realität zweiter Ordnung, die von sozialen Systemen durch Beschreibungen und Beobachtungen konstruiert wird.

Die Massenmedien sind ein Funktionssystem, das in der Realität erster Ordnung, Operationen durchführt. Die Funktion der Massenmedien liegt darin, Wissen über die Gesellschaft bereit zu stellen. Das geschieht durch Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung sind systeminterne Konstruktionen (Realität zweiter Ordnung), die der Realität erster Ordnung nicht entsprechen. Für Luhmann besteht die Realität erster Ordnung aus unreduzierter Komplexität. Durch Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung konstruieren Massenmedien eine Realität, die diese Komplexität reduziert (vgl. Berghaus 2003:250). Für Luhmann können Massenmedien nicht anders, als Realität zu konstruieren und diese konstruierte Realität ist kein Abbild einer Realität erster Ordnung.

Der operative Konstruktivismus eröffnet den Wissenschaftlern die Sicht darauf, dass die reale Realität weder für die Massenmedien, noch für wissenschaftliche Instrumente vollkommen erfassbar ist. Das bedeutet aber nicht, dass Massenmedien und Wissenschaft die Realität nur verzerrt wiedergeben können. Eine Verzerrung ist nur im Vergleich einer Medienrealität/ wissenschaftlichen Realität mit einer realen Realität darstellbar. Der operative Konstruktivismus setzt diese reale Realität zwar voraus, aber gleichzeitig beschreibt er sie als eine unzugängliche, weil Realität nur konstruiert dargestellt werden kann. Damit wird die wissenschaftliche Problemorientierung von der Frage: „Stellen Massenmedien die Realität verzerrt dar?“ zu der Frage: „Wie konstruieren Massenmedien Realität?“

Kapitel B.1:
Wissenschaft als Konstruktion zweiter Ordnung

Für Luhmann ist Wissenschaft eine Form der Selbstbeobachtung von Gesellschaft. Sie operiert durch Beobachtung von Beobachtungen, also auf der Ebene der Beobach-

tung zweiter Ordnung. Aus diesem Blickwinkel wird nicht gefragt was, sondern wie beobachtet wird.

„Beobachtungen zweiter Ordnung richten sich vor allem darauf, zu erkennen und zu beschreiben, wie beobachtet wird." (Weller 2002:12f). Für Weller lässt sich eine konstruktivistische Analyse an die Beobachtung zweiter Ordnung anschließen. Für Luhmann „beschreibt der Konstruktivismus ein Beobachten des Beobachtens, das sich dafür interessiert, wie der beobachtete Beobachter beobachtet" (Weller 2002:16). Die Beobachtungsoperationen des Beobachtungssystems sind nicht bewusst und können unterschiedlich sein. Durch eine konstruktivistische Analyse kann erkannt und beschrieben werden, durch welche Beobachtungsoperationen Massenmedien die Wirklichkeit eines Ereignisses hervorbringen (vgl. Weller 2002:13). Die massenmediale Wirklichkeit eines Ereignisses ist ein Beobachtungsprodukt:

Sie [die massenmediale Wirklichkeit eines Ereignisses, Anmerkung E.D.] ist demnach weder ein Abbild der Realität noch das Ergebnis vermuteter Manipulationsversuche, sondern das Produkt eines bestimmten Beobachtens. Auf die Analyse des Beobachtens richten sich dann die Beobachtungen Zweiter Ordnung, die spezifische Erkenntnisperspektive konstruktivistischer Analysen." (Weller 2002:16)

Kapitel B.1.1:
Der „blinde Fleck" des Beobachters

Der operative Konstruktivismus interessiert sich nicht nur dafür, wie der Beobachtete beobachtet, sondern auch für das, was der Beobachtete nicht beobachtet (vgl. Luhmann In: Weller 2002:16). Luhmann nennt letzteres den „blinden Fleck" des Beobachters:

„Es gilt [...] [der] Instrumentierung [des Erstbeobachters] und dem, was damit sichtbar bzw. unsichtbar gemacht wird. Man beobachtet (unterscheidet) dann die Unterscheidung, mit der der Erstbeobachter beobachtet, und da dieser selbst im Vollzug seiner Beobachtung diese Unterscheidung nicht unterscheiden kann, beobachtet man das, was für ihn unbewußt bzw. inkommunikabel bleibt." (Luhmann In: Weller 2002:16)

Aus wissenschaftlich-konstruktivistischer Sicht ist von Interesse was der Beobachtete nicht beobachtet. Um das herauszufinden muss zuerst die Unterscheidung, mit der der Beobachter unterscheidet, von Wissenschaftlern definiert werden. Anschließend müssen Wissenschaftler, als Beobachter zweiter Ordnung, das definieren, was in der Unterscheidung des Beobachters erster Ordnung nicht vorkommt (vgl. Luhmann In: Weller 2002:16).

Wissenschaft als Konstruktion zweiter Ordnung interessiert sich dafür wie beobachtet wird. Mit dem „wie“ ist die Beobachtung des Beobachters und der „blinde Fleck“ eines Beobachters gemeint. Bei der Analyse der massenmedialen Wirklichkeit eines Ereignisses ist es nicht nur von Interesse, wie Massenmedien beobachten, sondern auch, was sie nicht beobachten.

Kapitel B.2:
Kommunikation als dreistufiger Selektionsprozess

Soziale Systeme, wie die Massenmedien, operieren und erhalten sich selbst durch Kommunikation (vgl. Berghaus 2003:67). Kommunikation ist für Luhmann ein dreistufiger Prozess, der auf drei Selektionen beruht: Information, Mitteilung und Verstehen. Selektion ist kontingent, also immer auch anders möglich. Kommunikation bedeutet, eine Möglichkeit auswählen und sich gegen andere potentielle Möglichkeiten entscheiden (vgl. Berghaus 2003:68). In diesem Selektionsprozess sind die Instanzen Alter (der Sender) und Ego (der Empfänger) eingebunden. Kommunikation beruht auf Differenzen, die auch anders möglich sein könnten.

Selektion von Information: Information ist eine Konstruktion, die auf Differenz beruht. Sie kommt in der Umwelt des Systems nicht vor. Alter muss also zwischen dem, was er als Information betrachtet und dem, was als potentielle Information zurück bleibt, entscheiden (vgl. Berghaus 2003:70f).

Selektion von Mitteilung: Alter macht bei der Auswahl der Mitteilung eine Differenz zwischen Information und Mitteilung. Aus der Menge von Informationen, die selektiert wurden, wählt er eine aus und macht eine Mitteilung. Dabei entscheidet sich Alter gegen andere potentielle Mitteilungen (vgl. Berghaus 2003:71).

Selektion von Verstehen: Hier erfolgt eine dritte Differenz. Ego versteht oder versteht nicht, dass Alter ihm eine Mitteilung macht. Unter verstehen ist kein sinnvolles verstehen gemeint, sondern dass Ego eine Differenz zwischen Information und Mitteilung macht. Erst wenn Ego verstanden hat, dass die die Mitteilung auf Selektionen beruht, kommt Kommunikation zustande (vgl. Berghaus 2003:75).

Kapitel B.3:
Das Funktionssystem Massenmedien

Das Massenmediensystem wird in dieser Arbeit als Kontaktunterbrechung zwischen Sender und Empfänger erläutert (vgl. Kapitel B.3.1). Anschließend wird auf die System/ Umwelt-Differenz, die operative Geschlossenheit und die gesellschaftliche Funktion des Massenmediensystems eingegangen (vgl. Kapitel B.3.2).

Kapitel B.3.1:
Die Kontaktunterbrechung zwischen Sender und Empfänger macht Massenmedien möglich

Die Kontaktunterbrechung zwischen Sender und Empfänger macht die Ausdifferenzierung des Funktionssystems Massenmedien möglich. Zwischen Medienanbietern und Publikum ist die Interaktion, also der direkte Kontakt zwischen Sender und Empfänger, durch zwischengeschaltete Technik (wie Druckmaschinen oder Sende- und Empfangsgeräte) unterbrochen (vgl. Berghaus 2003:178f). Für Luhmann entsteht durch diese Unterbrechung ein massenmediales Funktionssystem, das autopoietisch und in System/ Umwelt-Differenz operiert (vgl. Berghaus 2003:178f).

Luhmann definiert Massenmedien als Einrichtungen, die via technischer Mittel der Vervielfältigung Kommunikation verbreiten. Sie produzieren in großer Zahl, bspw. Zeitungen, und richten sich damit an unbestimmte Adressaten, mit denen sie keine direkte Interaktion haben:

„Mit dem Begriff der Massenmedien sollen […] alle Einrichtungen der Gesellschaft erfaßt werden, die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen. Vor allen ist an Bücher, Zeitschriften, Zeitungen zu denken, die durch die Druckpresse dargestellt werden; aber auch an photographische oder elektronische Kopierverfahren jeder Art, sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch unbestimmten Adressaten erzeugen. Auch die Verbreitung der Kommunikation über Funk fällt unter dem Begriff, sofern sie allgemein zugänglich ist. […] Entscheidend ist auf alle Fälle: daß es keine Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfänger stattfinden kann.“ (Luhmann 1996:10f)

Kapitel B.3.2:

Modell des luhmannschen Massenmediensystems

Das Funktionssystem Massenmedien lässt sich anhand von Luhmanns dreistufigen Selektionsprozess von Kommunikation erläutern. Da, wie oben beschrieben, die direkte Interaktion zwischen Sender und Empfänger wegfällt, kann das Massenmediensystem vorerst als ein zweistufiger Kommunikationsprozess betrachtet werden, in dem eine Selektion bzw. Differenzierung von Information und Mitteilung stattfindet.

System/ Umwelt-Differenz: Massenmedien kommunizieren umweltoffen über ihre Informationsselektion (vgl. Berghaus 2003:93). Bei der Informationsselektion machen sie Unterschiede/ Differenzen zum dem, was zum System gehört und was nicht. Sie differenzieren zwischen sich selbst und ihrer Umwelt. Dafür benützen Massenmedien den Code Information/Nichtinformation. Anhand dieses Codes machen Massenmedien eine Unterscheidung bei der Selektion von Information. Information ist „keine in der realen Welt vorfindliche Identität", sondern eine Beobachtung die auf Unterscheidung/Differenz beruht (vgl. Berghaus 2003:186). Aus diesem Grund sind Informationen als Konstrukte des Massenmediensystems zu betrachten, die aus einer „unbestimmten, diffusen Realität" differenziert werden (vgl. Berghaus 2003:186).

Operative Geschlossenheit: Massenmedien stehen in Verbindung mit ihrer Systemumwelt, aber sie sind auch operativ geschlossen. Für soziale Systeme allgemein gilt, dass sie bei der Mitteilungsselektion geschlossen sind. Bei der Mitteilungsselektion bezieht sich das System auf sich selbst (vgl. Berghaus 2003:93). Mit auf „sich selbst bezogen" ist gemeint, dass Massenmedien ein autopietisches System sind, das sich selbst produziert und reproduziert. Autopoiesis bedeutet die Produktion des Systems durch sich selbst (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003:47). Systeme bestehen aus Operationen, die für Anschlussfähigkeit sorgen:

„Sie [die Systeme, Anmerkung E.D.] müssen operieren und weiter operieren, sonst existieren sie nicht. Sie operieren also so, dass sich weitere Operationen anschließen können. Das ist die ‚Anschlussfähigkeit' des Systems." (Berghaus 2003:47)

Soziale Systeme müssen durch autopoietische Operationen für Anschlussfähigkeit sorgen. Massenmedien müssen durch Kommunikation für Anschlusskommunikation sorgen, damit sie weiter bestehen können. Nur auf Basis von Anschlusskommunikati-

on können sie sich selbst herstellen und damit weiter bestehen (vgl. Berghaus 2003:88).

Gesellschaftliche Funktion - Herstellung von Wissen über die Gesellschaft: Die Funktion der Massenmedien liegt darin Wissen über die Gesellschaft bereit zu stellen. Das geschieht durch Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Luhmann redet von Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung, weil Massenmedien ein Teil der Gesellschaft sind, die sie beschreiben und beobachten (vgl. Berghaus 2003:257). „Wissen über die Gesellschaft bereit stellen" klingt zunächst etwas vage, doch aus Luhmanns viel zitierten Satz über Massenmedien lässt sich präzise definieren was damit gemeint ist:

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben wissen, wissen wird durch die Massenmedien." (Luhmann 1996:9)

Damit ist nicht gemeint, dass die Welt bzw. die reale Realität aus den Massenmedien hervorgeht. Massenmedien erfinden nicht die Welt, sondern Konstruieren eine Realität zweiter Ordnung. Auch das „Wissen über die Gesellschaft", die sie bereitstellen ist eine Konstruktion. Auch Wissenschaft, die Soziologie und die Kommunikationswissenschaften sind Konstruktionen, die zwar nach anderen Prämissen Mitteilungen produzieren, aber dennoch Konstruktionen bleiben, die eine reale Realität nicht darstellen können. Damit werden wir aber von Luhmann nicht in Beliebigkeit entlassen, in der jedwede Realitätskonstruktion gültig ist. Der operative Konstruktivismus will den wissenschaftlichen Blick auf die Bedingungen, unter denen das Wissen entsteht in den Fokus bringen, indem die Konstruktion von Wissen bzw. Mitteilungen innerhalb von autopietischen Operationen beschrieben werden.

Massenmedien grenzen sich insofern durch Selektion/ Unterscheidung von Information von ihrer Umwelt ab (System/ Umwelt-Differenz), um innerhalb einer zweiten Selektion/ Unterscheidung, durch aoutopietische Operationen, Mitteilungen zu konstruieren (operative Geschlossenheit). Massenmedien haben sich durch die Funktion „Herstellung von Wissen über die Gesellschaft" gegenüber anderen Systemen ausdifferenziert. Andere Systeme sowie grenzenloses, reichhaltiges Material, das zur Informationskonstruktion zur Verfügung steht, bilden die Systemumwelt. Tabelle 1 verdeutlicht das Funktionssystem Massenmedien als zweistufiger Selektions- und Differenzierungsprozess.

Tabelle 1: Des Funktionssystem Massenmedien als zweistufiger Selektions- und Differenzierungsprozess

Umwelt: Grenzenloses, reichhaltiges Material	Funktionssystem Massenmedien		Umwelt: Andere Systeme
	Selektion/Differenzierung der Information durch Code: Informati-on/Nichtinformation	**Selektion/Differenzierung der Mitteilung durch aoutopietische Operationen**	
	System/ Umwelt-Differenz	Operative Geschlossenheit	

Kapitel B.4: Programmbereiche des Massenmediensystems

In diesem Kapitel soll aufgezeigt werden, dass Massenmedien durch Programmbereiche mit ihrer Umwelt gekoppelt sind (vgl. Kapitel B.4.1). Durch diese Bereiche selektieren Massenmedien Informationen aus ihrer Umwelt (vgl. Kapitel B.4.2).

Kapitel B.4.1: Massenmedien sind durch Programmbereiche mit ihrer Umwelt gekoppelt

Massenmedien sind operativ geschlossen, aber auch mit unterschiedlichen Bereichen ihrer Umwelt gekoppelt. Sie sind mit Menschen als Publikum, sowie mit Funktionssystemen strukturell gekoppelt.

Massenmedien orientieren sich an Menschen. Sie sind mit Nutzern gekoppelt. Die Kopplung funktioniert in gegenseitiger Anpassung durch Vereinfachungen (vgl. Berghaus 2003:223):

„Zur Umwelt des Massenmedien-Systems gehören ‚Menschen' als Publikum. Und mit denen passen die Medien ebenfalls zusammen, weil nämlich die ‚Differenzierung' Formen nachzeichnet, in denen die moderne Gesellschaft individuelle Motivlagen für Kommunikation verfügbar macht." (Luhmann In: Berghaus 2003:221)

Massenmedien sind anhand ihrer Programmbereiche mit ihrer Umwelt gekoppelt:

„Da die Umwelt der Massenmedien sehr differenziert ist, erweist sich die Ausdifferenzierung in Programmbereiche als nützlich um Kopplungen zu unterschiedlichen Umweltbereichen herzustellen." (Berghaus 2003:221)

Für die Verbindung zum Publikum orientieren sich die Programmebereiche an bestimmte Motivlagen des Menschen. Die Programmbereiche sorgen ebenfalls für eine Kopplung zu anderen Funktionssystemen (vgl. Berghaus 2003:221f).

Der Programmbereich Nachrichten/Berichte ist mit dem politischen System strukturell gekoppelt. Der Programmbereich Werbung ist es mit dem Wirtschaftssystem

ebenfalls. Und der Programmbereich Unterhaltung ist an das Unterhaltungssystem angelehnt (vgl. Berghaus 2003:221).

Die Kopplung zum Publikum wird durch gegenseitige Anpassung mit Vereinfachungen auf beiden Seiten veranlasst mit folgenden Motivlagen des Menschen:

- Nachrichten/Berichte setzen Individuen als kognitiv interessierte Beobachter voraus (vgl. Luhmann 1996:131).
- Werbung setzt Individuen als nutzen kalkulierende Wesen voraus (vgl. Luhmann 1996:132).
- Unterhaltung setzt voraus, dass Individuen in der Lage sind das auszuwählen, was psychisch benötigen und verkraften können (vgl. Luhmann 1996:133).

Die gegenseitige Anpassung von Massenmedien und Publikum besteht in der Ausbildung dieser Motivlagen. Letztere vereinfachen bzw. machen die Wahrscheinlichkeit größer, dass es zur Kommunikation zwischen Massenmedien und Publikum kommt, indem komplexe Differenzierungen auf beiden Seiten außen vor gelassen werden:

„Die Kopplung zwischen Massenmedien und Nutzern funktioniert so in gegenseitiger Anpassung mit Vereinfachungen auf beiden Seiten. Äußerst komplexe Differenzierungen bei den Medien einerseits und bei den psychischen und biologischen Systemen der Nutzer andererseits können davon unberührt weiter bestehen.“ (Berghaus 2003:223)

In Tabelle 2 werden die strukturellen Kopplungen der Programmbereiche zusammengefasst.

Tabelle 2: Strukturelle Kopplungen und Programmbereiche der Massenmedien

Strukturelle Kopplung zu anderen Funktionssystemen	**Programmbereich**	**Kopplung zum Publikum durch Motivlagen des Menschen**
Strukturelle Kopplung zum politischen System	Nachrichten/Berichte	Individuen als kognitiv interessierte Beobachter
Strukturelle Kopplung zum Wirtschaftssystem	Werbung	Individuen als nutzen kalkulierende Wesen
Unterhaltung an Kunstsystem angelehnt	Unterhaltung	Individuen sind in der Lage das auszuwählen, was sie psychisch benötigen und verkraften können

Tabelle erstellt nach: (vgl. Berghaus 2003:221 und vgl. Luhmann 1996:131ff)

Kapitel B.4.2:
Massenmedien selektieren anhand von Programmbereichen Information

Die Programmbereiche sind nicht nur für die Kopplung zur Umwelt zuständig, sondern auch für die Informationsselektion. Der Code Information/Nichtinformation ist also noch zu allgemein. „Es reicht nicht um konkret zu beschreiben, wonach Massenmedien genau suchen." (Berghaus 2003:189) Luhmann sieht bei der Unterscheidung von Information/Nichtinformation den Einsatz der drei Programme als erforderlich:

„Deshalb ist alle Information auf Kategorisierung angewiesen, die Möglichkeitsräume abstecken, in denen der Auswahlbereich für das, was als Kommunikation geschehen kann, vorstrukturiert ist. Das ist nur eine andere Formulierung für die These, dass der Code Information/Nichtinformation nicht genügt, sondern, dass zusätzlich Programme erforderlich sind, die das was als Information erwartet werden kann bzw. ohne Informationswert bleibt, aufgliedern in Selektionsbereiche wie Sport oder Astrophysik, Politik oder moderne Kunst, Unfälle oder Katastrophen." (Luhmann 1996:38)

Jeder Programmbereich hat unterschiedliche Kriterien zur Auswahl von Information (vgl. Luhmann 1996:51). Der Verfasser wird sich bei der Beschreibung der Selektionskriterien ausschließlich auf den Programmbereich Nachrichten und Berichte beziehen.

Kapitel B.5:
Selektion von Information im Programmbereich Nachrichten und Berichte

Für Luhmann ist Selektion keine Freiheit der Auswahl, denn jede Selektion geht mit selbstauferlegten Beschränkungen einher (vgl. Luhmann 1996:56f). Luhmann bestimmt 10 Selektoren bzw. „wichtige Kriterien für die Selektion von Informationen für Verbreitung als Nachricht oder als Bericht" (Luhmann 1996:57). Durch die Selektoren gibt sich das Massenmediensystem selber Selektionsregeln auf und damit Beschränkungen (vgl. Berghaus 2003:195). Diese Beschränkungen sind wichtig, damit die Differenz zwischen System und Systemumwelt aufrecht bleibt. Für die Konstruktion von Nachrichten definiert Luhmann folgende zehn Selektoren:

- Nr. 1 Neuheiten: Informationen müssen neu sein. Um neu zu sein müssen sie mit den Erwartungen in einem Vertrauten Kontext brechen (vgl. Luhmann 1996:58).
- Nr. 2 Konflikte: Sind „selbsterzeugte Ungewissheit“ von Massenmedien (vgl. Luhmann 1996:59).
- Nr. 3 Quantitäten: Sie steigern den Informationswert von Nachrichten (vgl. Luhmann 1996:59).
- Nr. 4 Lokaler Bezug: Informationen mit lokalen Bezug werden bei der Selektion bevorzugt (vgl. Luhmann 1996:60).
- Nr. 5 Normverstöße: Rechtliche, moralische oder politische Normverstöße werden in Nachrichten bevorzugt (vgl. Berghaus 2003:196). Durch Normverstöße wird die Norm gestärkt.
- Nr. 6 Normverstöße und moralische Bewertung: Normverstöße mit moralischer Bewertung sorgen für die Erhaltung und Reproduktion von Moral (vgl. Luhmann 1996:64).
- Nr. 7 Zurechnung auf Handelnde: Die Zurechnung auf Handeln macht Normverstöße kenntlich (vgl. Luhmann 1996:65ff).
- Nr. 8 Aktualität: Aus Aktualitätsgründen konzentrieren sich Massenmedien auf Einzelfälle (vgl. Luhmann 1996:68).
- Nr. 9 Meinungen: Massenmedien spiegeln sich in sich selbst und behandeln Meinungsnachrichten als Ereignis (vgl. Luhmann 1996:69).
- Nr. 10 Weitere Selektoren: Luhmann macht weitere Selektoren auf der Ebene von Organisationen aus (vgl. Luhmann 1996:71).

Luhmann beschreibt Selektion als einen Zusammenhang von Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung, der systemintern stattfindet. Auf Basis dieses Zusammenhanges verleihen Massenmedien Sachverhalten Bedeutung (vgl. Luhmann 1996:74f).

Im Massenmediensystem werden Identitäten geschaffen. Durch Identitäten bzw. Identifikation kann das System weiter operieren bzw. kommunizieren:

„Wichtig ist, […] daß der Bedarf für Identifikation sich als Problem der Fortsetzung oder Anschließbarkeit von Operationen beschreiben läßt. Das ist Bedingung der Möglichkeit und Notwendigkeit von Systembildung." (Fuchs 1993:65)

Kapitel B.5.1:

Dekontextualisierung

Berghaus beschreibt die Selektion von Informationen als ein Freischlagen von bestimmten Brocken aus einem diffusen Geröllhalden, das nach eigenen Kriterien abläuft. Die Kriterien sind im Falle der Massenmedien die oben erwähnten Selektoren (vgl. Berghaus 2003:199). Unter „Dekontextualisierung" ist die massenmediale Selektion/ Unterscheidung nach Selektoren „aus [einer] unendlichen Fülle möglicher Wahrheiten" (Berghaus 2003:199) gemeint:

„Dabei werden einzelne Elemente, mit denen dieser Programmbereich etwas anfangen kann, aus ihrem Kontext in der Außenwelt herausgelöst, ‚dekontextualisiert' […]." (Berghaus 2003:199).

Für Luhmann ist Dekontextualisierung für die Auswahl von Information unumgänglich (vgl. Luhmann 1996:74).

Kapitel B.6:

Selektion von Mitteilung im Programmbereich

Nachrichten und Berichte

Die Selektion von Mitteilung beruht im Massenmediensystem auf den Operationen Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung (vgl. Kapitel B.6.3). Diese Operationen beruhen auf Sinn. Massenmedien konstruieren mit Sinn Realität (vgl. Kapitel B.6.1, B.6.2).

Kapitel B.6.1:

Massenmedien operieren sinnvoll

Massenmedien operieren sinnvoll, d.h. sie kommunizieren und beobachten mit Sinn. Das zeigt sich in folgenden Kommunikationsakten:

- Im ersten Kommunikationsakt wird Information durch Dekontextualisierung gewonnen. Anhand von 10 Selektoren werden Elemente aus dem Kontext in der Außenwelt herausgelöst (vgl. Berghaus 2003:199).
- Im zweiten Kommunikationsakt wird eine Mitteilung durch Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung gewonnen. Damit wird den Sachverhalten, über die Massenmedien berichten, Bedeutung verliehen (vgl. Luhmann 1996:74f).

Im nächsten Kapitel gilt es zu klären wie das Massenmediensystem sinnvoll Mitteilungen selektiert.

Kapitel B.6.2:
Massenmedien konstruieren Realität mit Sinn

Die massenmediale Berichterstattung ist das Ergebnis einer Konstruktion, die auf Beobachtung beruht. Durch seine Berichterstattung konstruiert das Massenmediensystem eine Realität zweiter Ordnung (vgl. Berghaus 2003:183). Die Konstruktion von Realität ist eine systeminterne Operation, die auf Sinn beruht:

„Wenn Bewusstseine denken, soziale Systeme kommunizieren, die Massenmedien die Welt beobachten und beschreiben, die Gesellschaft sich durch die Massenmedien selbst beschreibt oder Luhmann dieses wiederum beobachtet und beschreibt, auch wenn Leser dieses Einführungsbuch lesen – immer beziehen sie sich auf Sinn. Es geht nicht anders!“ (Berghaus 2003:108)

Nach Luhmann ist jede Operation von Bewusstseine und sozialen Systemen mit Sinn behaftet, anders ausgedrückt Operationen drehen sich um Zuschreibung von Bedeutung: „In Luhmanns Theorie meint Sinn die Bedeutung, die irgendetwas für einen Beobachter hat“ (Reese-Schäfer 1992:35). Massenmedien kommunizieren bzw. selektieren sinnvoll durch Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung:

„Aller Selektion, und das gilt für die alltägliche Kommunikation ebenso wie für die herausgehobene der Massenmedien, liegt also ein Zusammenhang von Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung zugrunde, der sich in der Außenwelt, über die kommuniziert wird, so nicht finden. Das steckt hinter der These, erst die Kommunikation (oder eben das System Massenmedien) den Sachverhalten Bedeutung verleiht.“ (Luhmann 1996:74f)

Sinn produziert Identitäten. Durch Identität grenzt sich das System von dem ab was nicht zum System gehört (vgl. Krause 2005:160). Sinnkondensate, Themen und Objekte sind Identitäten, die aus einer sinnvollen Selektion entstehen. Identitäten entstehen durch Selektion, im einem Zusammenhang von Kondensierung, Konfirmierung,

Generalisierung und Schematisierung, der auf Rekursivität beruht (vgl. Luhmann 1996:74f).

Identität sorgt für Anschlusskommunikation: Durch Identitäten kann das System weiter kommunizieren und dadurch weiter bestehen. Fuchs sieht den Bedarf an Identifikation als Problem der Anschließbarkeit von Kommunikation (vgl. Fuchs 1993:65). Ohne Identitäten wären keine autopoietischen Operationen möglich. Das Massenmediensystem beobachtet sich selber durch seine Funktion: Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Diese Funktion kann es nur durch autopietische Operationen vollbringen, indem es systeminterne Operationen durchführt und sich dadurch selber erhält. Massenmedien operieren in Form von Kommunikation und sorgen für Anschlusskommunikation, um sich selber zu erhalten. Durch Identität grenzt sich das System von seiner Umwelt ab und erhält sich selbst, indem es für Anschlusskommunikation sorgt. Für Anschlusskommunikation sorgt das System durch folgende Identitäten: Sinnkondensate, Objekte und Themen, die aufgrund von sinnvoller Selektion entstehen. Sinnvolle Selektion beruht auf Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung.

Kapitel B.6.3:
Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung als sinnvolle Selektion

Die Entstehung von Identität soll nun anhand der sinnvollen Selektionen Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung erläutert werden. Sinn ist eine Vergabe von Bedeutung. Luhmann bezieht sich auf Spancer Brown, indem er Kondensierung und Konfirmierung als Operationen des Mediums Sinn verortet (vgl. Schützeichel 2004:274).

Kapitel B.6.3.1:
Kondensierung

Identitäten entstehen aus einer rekursiven Verwendung (vgl. Luhmann 1996:74). Damit ist gemeint, dass erst durch eine wiederholte Bezugnahme bzw. durch die Wiederholung einer Operation Identität entsteht (vgl. Fuchs 1993:65). Identitäten, Sinn-

kondensate, Objekte und Themen sind das Ergebnis einer Sinnvergabe, die mit der Kondensierung ihren Anfang nimmt.

Kondensierung bedeutet die Abstrahierung von möglichen Identitäten zu einer Form. Identitäten werden in eine Form oder in wenige Formen gebracht, indem alle anderen Identitäten weggelassen werden (vgl. Schützeichel 2004:274).

Im Massenmediensystem wird Kondensierung durch den achten Selektor Aktualität ausgedrückt (vgl. Luhmann 1996:74). Durch Aktualität werden Meldungen auf Einzelfälle konzentriert und wiederholt kommuniziert. Wiederholung (Rekursivität) und Konzentration von Meldungen auf Einzelfälle (Kondensierung) bedingen einander. Luhmann versteht unter Einzelfälle; Vorfälle, Unfälle, Störfälle (vgl. Luhmann 1996:68). Ereignisse werden als Einzelfälle beschrieben. Die Rekursivität erfordert, dass an das Ereignis in späteren Meldungen Bezug genommen wird. Luhmann nennt vier Möglichkeiten der Bezugnahme (vgl. Luhmann 1996:68):

- Auf das Ereignis wird in späteren Meldungen Bezug genommen.
- Dem Ereignis wird eine typische Bedeutung beigelegt
- Das Ereignis wird in einem narrativen Kontext eingewoben, der es ermöglicht darüber weitere zu erzählen.
- Es können auch über ähnliche Ereignisse berichtet, sodass über eine Serie von Ereignissen berichtet wird.

Einzelfälle sind das Ergebnis von Kondensierung. Sie entstehen durch Abstrahierung von möglichen Sinnbezügen zu einer Form. Wiederholt werden Einzelfälle in den Massenmedien durch Bezugnahme auf das Ereignis, das als Einzelfall beschrieben wird. Kondensierung bedeutet die Abstrahierung von möglichen Identitäten zu einer Form. Diese Form kann auch als kondensierter Sinnbezug beschrieben werden (vgl. Schützeichel 2004:274).

Kapitel B.6.3.2:
Konfirmierung

Konfirmierung bedeutet die Verwendung der kondensierten Sinnbezüge in anderen Situationen (vgl. Schützeichel 2004:274). Es wird etwas in anderen Situationen bestätigt, das schon kommuniziert wurde (vgl. Fuchs 1993:68). Alle möglichen Sinnbezüge

spielen in dieser Operation keine Rolle mehr. Die Form wird in anderen Situationen nur noch bestätigt.

Im Massenmediensystem bedeutet Konfirmierung die Verwendung von Einzelfällen in anderen Situationen. Damit wird die Abstrahierung von möglichen Sinnbezügen zu einem Einzelfall bestätigt. Für Luhmann wird durch Konfirmierung in den Massenmedien die Norm durch Berichte gestärkt (vgl. Berghaus 2003:199). Wenn Normverstöße wiederholt als Einzelfälle berichtet werden, dann sorgen sie dafür, dass die Verbreitung solchen Verhaltens in der Gesellschaft unterschätzt wird. Die Unterschätzung bewirkt, dass „die Aufmerksamkeit eher auf die Norm selbst gelenkt wird" (Luhmann 1996:62).

Konfirmierung bedeutet, dass Einzelfälle (als Abstraktion von möglichen Sinnbezügen zu einer Form) in anderen Situationen verwendet werden (vgl. Schützeichel 2004:274). Für Luhmann wird im Massenmediensystem durch Konfirmierung die Norm gestärkt (vgl. Luhmann 1996:62):

- Wenn Normverstöße wiederholt als Einzelfälle berichtet werden, dann wird die Verbreitung eines solchen Verhaltens allgemein unterschätzt.
- Die Unterschätzung sorgt dafür, dass die Aufmerksamkeit auf die Norm gelenkt wird.

Kapitel B.6.3.3:
Generalisierung

Generalisierung bedeutet die Überschätzung des kondensierten Sinnbezugs bzw. der Indentität. Für Luhmann kann die Abstrahierung von möglichen Sinnbezügen zu einem Einzelfall (Kondensierung), die ständig in anderen Situationen bestätigt wird (Konfirmierung), zu einer Überschätzung dieser Form führen.

Generalisierung drückt sich in den Massenmedien durch die Überschätzung von Normverstößen (vgl. Berghaus 2003:197) und moralischer Korruptheit der Gesellschaft aus (vgl. Luhmann 1996:63). Dabei sind zwei Kausalzusammenhänge möglich. Erstens, die Massenmedien berichten wiederholt über Normverstöße, weil sie die moralische Korruptheit in der Gesellschaft überschätzten (vgl. Luhmann 1996:63). Zweitens, die moralische Korruptheit in der Gesellschaft wird überschätzt, weil Massenmedien wiederholt darüber berichten (vgl. Berghaus 2003:197).

Generalisierung bedeutet Überschätzung des kondensierten Sinnbezugs. Luhmann zufolge führt die wiederholte Berichterstattung über Normverstöße zu Folgenden Überschätzungen:

- Berichterstattung über Normverstöße drückt die Überschätzung moralischer Korruptheit im Massenmediensystem aus (vgl. Luhmann 1996:63).
- Berichterstattung über Normverstöße drückt die Überschätzung moralischer Korruptheit in der Gesellschaft aus (vgl. Berghaus 2003:197).

Kapitel B.6.3.4:
Schematisierung

Durch Schematisierung wird bei der Vergabe von Identität geregelt, was erinnert und was vergessen werden darf. Schemata sind „kognitive Routinen", die bestimmen, was behalten und was vergessen werden kann (vgl. Berghaus 2003:199). Sie regeln, was bei der Identitätsvergabe „situativ bedeutsam" ist, „was vergessen werden" kann und was „in Erinnerung bleiben muß" (Luhmann 1996:69). Für die Rekursion können vorhandene Schemata genutzt oder neue erfunden werden (vgl. Luhmann 1996:69). Durch Schematisierung wird Identität bezeichnet und bestätigt. Dadurch behält das Identifizierte immer denselben Sinn:

„Das Identifizierte wird in ein Schema überführt oder mit einem bekannten Schema asoziiert. Es wird bezeichnet und dadurch bestätigt, und diese so, daß es auch für andere Rückgriffe in anderen Situationen denselben Sinn behalten kann." (Luhmann 1996:74)

Schemata sorgen dafür, dass Identität in anderen Situationen seinen Sinn behält (vgl. Luhmann 1996:74). Das wird erreicht, indem sie regeln was bei der Identitätsvergabe „situativ bedeutsam" ist, „was vergessen werden" kann und was „in Erinnerung bleiben muß" (Luhmann 1996:69). Schemata sind Vereinfachungen, aus denen sich Regeln für den Vollzug von Kondensierung und Konfirmierung ableiten lassen.

Kapitel B.6.3.4.1:

Schemata repräsentieren Sinn durch Vereinfachungen

Schematisierung bedeutet die Beibehaltung des kondensierten Sinnbezugs bei der Rekursion durch Vereinfachungen. Im Massenmediensystem wird durch Schematisierung geregelt, welcher Sinnbezug situativ bedeutsam ist, welche Sinnbezüge vergessen werden und welcher Sinnbezug in Erinnerung bleibt (Luhmann 1996:69). Schemata sorgen dafür, dass der kondensierte Sinnbezug bei der Konfirmierung bestehen bleibt. Das wird erreicht, indem der kondensierte Sinnbezug mit bekannten Schemata assoziiert bzw. bestätigt wird (vgl. Luhmann 1996:174). Schemata repräsentieren Sinn durch bspw. folgende Vereinfachungen:

- Der Gebrauchsinn von Dingen (vgl. Berghaus 2003:223).
- Rollenerwartungen an Personen (vgl. Berghaus 2003:223).
- Gebrauchsanweisungen (vgl. Krause 2005:218).
- Alltägliche konditionale Wenn-Dann-Verhaltensmuster (vgl. Krause 2005:218).
- Außerdem lassen sich Liebe, Kriminalität und Aufrichtigkeit/Unaufrichtigkeit als spezielle Medienschemata anfügen.

Durch solche Vereinfachungen wird die Form bei der Rekursion beibehalten. Aus den Vereinfachungen lassen sich Regeln für den Vollzug von Kondensierung und Konfirmierung ableiten. Denn durch den Vollzug von Rekursionen innerhalb der Autopoiesis lassen sich Schemata durch „Rückgriffe auf Bekanntes und Wiederholung der Operationen“ (Luhmann 1996:194) als Regeln erkennen.

Kapitel B.6.3.4.2:

Schemata als Kopplung des Massenmediensystems mit anderen Systemen durch Vereinfachungen

Durch Schemata sind Massenmedien mit anderen Systemen gekoppelt. Diese Kopplung funktioniert in gegenseitiger Anpassung mit Vereinfachung bzw. über Schemabildungen (vgl. Berghaus 2003:223). Diese Kopplung drückt sich im Programmbereich Nachrichten und Berichte durch die Motivlage „Individuen als kognitiv interes-

sierte Beobachter“ aus (vgl. Luhmann 1996:131). Diese Motivlage ist eine Vereinfachung, weil sie komplexe Differenzierungen bei psychischen und biologischen Systemen unberührt weiter bestehen lassen (vgl. Berghaus 2003:223). Die Betrachtung eines Individuums als kognitiv interessierten Beobachter ist in der Folge ein Schema, dessen sich der Programmbereich Nachrichten und Berichte bedient, um die komplexen Differenzierungen bei psychischen Systemen zu vereinfachen.

Psychische Systeme operieren ebenfalls mit Vereinfachungen gegenüber den komplexen Differenzierungen des Mediensystems. In dieser Arbeit ist aber nur die Seite der Massenmedien von Interesse. Ebenfalls interessiert sich der Verfasser dieser Arbeit einzig für den Programmbereich Nachrichten und Berichte.

Kapitel B.6.4:

Thema

Leiharbeit wird in dieser Magisterarbeit als Thema in der Berichterstattung untersucht. Thema ist in Luhmanns operativ konstruktivistischer Betrachtung folgendermaßen formuliert:

„Themen sind grundsätzlich negationsanfällige kontingent-selektive Abstraktionen. Themen strukturieren Kommunikationen, wirken dabei als Medien struktureller Kopplung, in denen sich verschiedenste Beiträge zum Thema formen lassen“ (Krause 2005:248)

Themen sind kontingent und selektiv (vgl. Kapitel B.6.4.1) und strukturieren Kommunikation (vgl. Kapitel B.6.4.2). Schema und Thema lassen sich am Verhältnis Medium und Form erläutern (vgl. Kapitel B.6.4.3).

Kapitel B.6.4.1:

Themen sind kontingent und selektiv

Themen sind das Ergebnis autopoietischer Operationen. Mit anderen Worten, Themen entstehen nicht in der Umwelt des Systems, sondern werden im System konstruiert. Themen sind, wie Objekte und Sinnkondensate, ein Ergebnis sinnvoller Selektion, die auf Kondensierung, Konfirmierung, Generalisierung und Schematisierung beruht. Da Themen Selektionen sind, sind sie auch immer anders möglich (kontingent).

Kapitel B.6.4.2:

Themen strukturieren Kommunikation

Themen strukturieren Kommunikation, indem sie für Anschlusskommunikation sorgen. Themen werden von den Massenmedien erzeugt, weil sie das Andocken immer neuer Beiträge ermöglichen (vgl. Berghaus 2003:225). An Themen können bspw. Kommentare, Berichte, Nachrichten, neue Meldungen und Meinungen der Massenmedien Anschluss finden.

Kapitel B.6.4.3:

Das Verhältnis Medium zu Form

Schema und Thema lassen sich am Verhältnis Medium und Form erläutern. Zunächst sollen diese beiden Begriffe erläutert werden.

Kapitel B.6.4.3.1:

Medien

Es wurde weiter oben festgestellt, dass Selektionen kontingent sind. Medien machen die Annahme bzw. das Verstehen der Mitteilung wahrscheinlicher (vgl. Berghaus 2003:95). Luhmann bezeichnet Medien als „erwartungsleitende Wahrscheinlichkeiten“, sie machen die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation wahrscheinlicher, indem sie Selektion/ Unterscheidung eingrenzen (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003:95). Mit anderen Worten: Sie veranlassen, dass Selektionen zusammenpassen, indem sie ein Rahmen herstellen, der Selektion limitiert. Medien sind von Massenmedien zu unterscheiden.

Massenmedien sind Medien, aber nicht alle Medien sind Massenmedien. Massenmedien sind im Medienbegriff enthalten mit der Ausnahme, dass sie ein Funktionssystem bilden (vgl. Berghaus 2003:100). Die gesellschaftliche Funktion der Massenmedien verfolgt im Grunde den Zweck die Annahme von Mitteilung wahrscheinlicher zu machen. Massenmedien begegnen doppelter Kontingenz, dem Problem, dass Selektion auf Sender- und Empfängerseite kontingent/ beliebig ist, mit der Herstellung von Wissen über die Gesellschaft.

Medien grenzen Selektionen ein, damit Selektionen passen. „Sie begrenzen den Selektionsspielraum, ohne die Selektionsmöglichkeiten zu unterbinden“ (Berghaus 2003:100). Medien begrenzen Selektion und gleichzeitig lassen sie Selektionsmöglichkeiten offen. Luhmann nennt diese Selektionsmöglichkeiten Formen.

Kapitel B.6.4.3.2:

Formen

Medien bilden einen Rahmen, der Selektionen begrenzt. Diese Begrenzung ist notwendig, damit Selektionen zusammenpassen. Medien machen Kommunikation wahrscheinlicher. Innerhalb dieses Rahmens sind Formen möglich. Ohne Formen sind Medien formlos. Medien bestehen aus lose gekoppelten Elementen, die von Formen fest gekoppelt werden:

„Ein Medium besteht in lose gekoppelten Elementen, eine Form fügt dieselben Elemente dagegen zu strikter Kopplung zusammen.“ (Luhmann In: Berghaus 2003:102)

Dieses Zusammenspiel von lose gekoppelten Elementen (Medium) und strikter Kopplung (Form) soll an den Beispielen Sprache, Schach und Fußball erläutert werden.

Sprache: Das Medium Sprache begrenzt Selektionen durch einen „extrem großen, aber doch begrenzten Wortschatz“, durch „Artikulationsregeln und Richtlinien für Ausdrucksverhalten“ (Berghaus 2003:101). Innerhalb dieses Rahmens sind sprachliche Formen möglich wie Ausrufe, Texte und Gedichte beobachtbar. Anhand von Sprache können immer wieder neue Sätze formuliert werden. Die Sätze sind mögliche Formen (vgl. Berghaus 2003:101f). Diese Formen sind nur innerhalb des Mediums Sprache formulierbar. Außerhalb des Mediums Sprache ist die Formulierung nicht möglich, dadurch stellt das Medium Sprache eine Begrenzung dar.

Schach: Im Schach ist das Medium durch die Spielregeln gegeben. Sie steuern und koordinieren die Selektionen der Spieler. Ohne die Regeln wäre es unwahrscheinlich, dass die Handlungen von zwei Personen zusammenpassen. Innerhalb dieser Regeln gibt es eine Vielfalt von Spielzügen bzw. Selektionen/ Unterscheidungen. Gerade die Regeln geben den Anreiz zu einer Vielfalt der Kombinationen (vgl. Berghaus 2003:102).

Fußball: Auch im Fußballsport stellt das Fußballregelwerk ein Medium dar, indem sich vielfältige Spielformen wie der spanische „Tiki Taka“, der englische „Kick and

Rush, der italienische „Catenaccio“ oder der holländische „Total Voetbal“ entwickeln können. Zum Beispiel verhindert die Abseitsregeln, dass offensive Spieler hinter defensiven Spielern stehen oder in Tornähe bleiben, um ein Tor zu erzielen. Diese Abseitsregel hat Folgen für die Fußballtaktik, anders ausgedrückt: Das Medium gibt ein Rahmen für die Selektionen/ Unterscheidungen vor, wie dieser Beitrag aus einem Internetforum zeigt:

„Ohne Abseits wäre ein Fußballspiel viel zu langweilig weil jeder Spieler einfach vor dem gegnerischen Tor auf dem Ball warten könnte um ihn zu verwandeln. Da würde die ganze Fußball-Logik den Bach untergehen und ein Spielaufbau und sämtliche Taktiken wären mehr oder weniger überflüssig.“ (vgl. Link: cosmiq.de)

Das Verhältnis Medium-Form lässt sich folgendermaßen ausdrücken:

- *Medien sind Rahmen bzw. Regeln, die Selektionen beschränken:* Medien beschränken die Selektionen/ Unterscheidungen bspw. durch Artikulationsregeln, Schachregeln und Abseitsregel. Gerade an diesen Regeln lässt sich das Medium erkennen. Ohne Schachregeln würde es kein Schach gespielt werden, sondern es gäbe nur zwei Menschen, die auf einem karierten Brett Figuren hin und her schieben. Ohne Artikulationsregeln könnten keine Gedichte verfasst werden. Und ohne Abseitsregel könnten keine Fußballtaktiken entwickelt werden.
- *Medien werden durch Formen beobachtbar:* Medien werden erst durch Formen beobachtbar (vgl. Berghaus 2003:101f). Erst durch die Regeln (Medien) entsteht eine Vielfalt der Selektionen/ Unterscheidungen. Erst jetzt gibt es ein Anreiz Formen zu entwickeln. Jetzt macht eine spanische Eröffnung, die Bildung von Sätzen oder die Entwicklung einer Fußballtaktik Sinn. Die Regel/ das Medium wird erst durch die spanische Eröffnung, Fußballtaktik oder Abseitsregel beobachtbar.

Kapitel B.6.4.4:
Das Verhältnis Schema zu Thema

Themen sind Formen, weil sie Beiträge zu „Komplexen des Zusammengehörigen“ bündeln (vgl. Luhmann 1996:28). Über Formen wurde festgestellt, dass sie aus lose gekoppelten Elementen (Medien) eine strikte Kopplung machen (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003:102). Themen sind eine strikte Kopplung und dadurch konkret fass-

bar. Sie können bspw. an Kommentare, Berichte, Nachrichten, neue Meldungen und Meinungen der Massenmedien andocken. Themen sind zum Beispiel der 11. September, die Dokumenta, der Treibhauseffekt, die Wirtschaftskrise oder Leiharbeit.

Schemata sind Medien, weil sie einen Rahmen festlegen und innerhalb dieses Rahmens Freiheiten anbieten (vgl. Berghaus 2003:223). Im letzten Kapitel wurde festgestellt, dass Medien Regeln aufwerfen die Selektionen/ Unterscheidungen beschränken. Schemata beschränken Selektionen/ Unterscheidungen, indem sie regeln was bei der Themenvergabe „situativ bedeutsam" ist, „was vergessen werden" kann und was „in Erinnerung bleiben muss" (Luhmann 1996:69).

Kapitel B.7:
Analyse von Schemata in der Berichterstattung über Leiharbeit

In diesem Kapitel soll erläutert werden wie Schemata in der Berichterstattung über Leiharbeit untersucht werden sollen. Vorher muss noch definiert werden, dass Thema als Produkt sinnvoller Selektion entsteht.

Kapitel B.7.1:
Thema als Produkt sinnvoller Selektion

Thema ist eine Identität, die aufgrund sinnvoller Operationen entsteht. Themen entstehen durch die Wiederholung von Operationen (rekursive Verwendung). Thema ist eine Form, weil es von vielen anderen möglichen Themen abstrahiert wurde. Erst durch das Weglassen anderer Themen entsteht eine kondensierte Form bzw. ein kondensiertes Thema (vgl. Schützeichel 2004:274). Das kondensierte Thema wird in anderen Situationen konfirmiert. Generalisierung bedeutet die Überschätzung des Themas, aufgrund seiner Konfirmierung und Kondensierung.

Schemata sorgen dafür, dass das kondensierte Thema bei der Konfirmierung bestehen bleibt, indem sie, als „kognitive Routinen" (Berghaus 2003:199), regeln was bei der Themenvergabe „situativ bedeutsam" ist, „was vergessen werden" kann und was „in Erinnerung bleiben muß" (Luhmann 1996:69). Durch Schematisierung wird Thema bezeichnet und bestätigt. Dadurch behält das Thema immer denselben Sinn. Das wird erreicht, indem das Thema mit bekannten Schemata assoziiert bzw. bestätigt wird

(vgl. Luhmann 1996:174). Schemata repräsentieren Sinn durch Vereinfachungen (vgl. Kapitel B.6.3.4.1).

Durch Vereinfachungen wird Thema bei der Rekursion beibehalten. Schemata sind „Regeln für den Vollzug von Operationen“ (Luhmann 1996:194). Schemata können sich nicht wie Bilder im Moment des Vollzugs konkret fixieren lassen. Sie sind „Regeln für die Wiederholung von (dann wieder konkreten) Operationen“ (Luhmann 1996:1994).

Kapitel B.7.2:
Fragestellungen zur Analyse
von Berichterstattungs-Schemata

Es wird davon ausgegangen, dass Schemata Vereinfachungen sind, die bei der Themenvergabe regeln was „situativ bedeutsam“ ist, „was vergessen werden“ kann und was „in Erinnerung bleiben muß“ (Luhmann 1996:69). Schemata sind nicht direkt beobachtbar (vgl. Luhmann 1996:1994). Dennoch sind Schemata Medien und deshalb durch Formen beobachtbar. Inderfolge sollen Berichterstattungs-Schemata durch das Thema „Leiharbeit in der Berichterstattung der Badischen Zeitung“ kenntlich gemacht werden. Die Analyse von Berichterstattungs-Schemata soll durch folgende allgemeine Fragestellungen vonstatten gehen:

- Was ist bei der Thematisierung von Leiharbeit vorübergehend von Bedeutung? (situative Bedeutsamkeit)
- Was bleibt bei der Thematisierung von Leiharbeit durchgehend von Bedeutung? (durchgehende Bedeutsamkeit)
- Was ist bei der Thematisierung von Leiharbeit nicht von Bedeutung? (fehlende Bedeutsamkeit)

Das Thema Leiharbeit, als strikte Kopplung von Elementen (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003:102) wird auf Berichterstattungs-Schemata untersucht, indem die Thematisierung von Leiharbeit in der Berichterstattung der Badischen Zeitung auf situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit untersucht wird.

Kapitel B.7.3:

Leiharbeit als Thema – Eine wissenschaftliche Konstruktion

Aus dem Massenmediensystem heraus betrachtet ist das Thema Leiharbeit ein strikte Kopplung von Elementen (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003:102), die sich zum Beispiel in der Berichterstattung der Badischen Zeitung manifestiert. Das Thema Leiharbeit wird aber nicht als massenmediale Konstruktion, sondern als wissenschaftliche Konstruktion untersucht.

Konstruktivistisch betrachtet ist diese Arbeit eine Beobachtung zweiter Ordnung, die den Anspruch erhebt zu beobachten, wie das Massenmediensystem beobachtet. Wie weiter oben schon erwähnt, beruht eine Beobachtung auf Selektionen/ Unterscheidungen, die im Massenmediensystem wie im Wissenschaftssystem vonstatten gehen. Massenmediale Selektionen können einzig durch wissenschaftliche Selektionen beobachtet werden. So wie die Massenmedien Informationen aus ihrer komplexen Umwelt selektieren (vgl. Kapitel B.5.1) ist eine wissenschaftliche Beobachtung zweiter Ordnung darauf angewiesen Selektionskriterien auszubilden. Anders formuliert; die Zeitungsartikel können nicht „so wie sie sind“ analysiert werden, sondern müssen erstmal durch wissenschaftliche Unterscheidungen/ Selektionen in ihrer Komplexität reduziert werden. Komplexitätsreduktion bedeutet nicht Trivialisierung, sondern es bedeutet die Absicht die Thematisierung von Leiharbeit wissenschaftlich greifbar zu machen.

Die wissenschaftliche Greifbarkeit soll im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse entstehen (vgl. Kapitel C). Ziel der Inhaltsanalyse ist es herauszufinden, durch welche Selektionen/ Unterscheidungen das Massenmedium Badische Zeitung die Wirklichkeit von Leiharbeit konstruiert.

Kapitel C:

Die qualitative Inhaltsanalyse

Anhand der qualitativen Inhaltsanalyse will der Verfasser Berichterstattungs-Schemata generieren und sie durch Journalismuskonzeptions-Schemata analysieren. Klaus Merten definiert Inhaltsanalyse folgendermaßen:

„Die Inhaltsanalyse ist eine Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nicht-manifesten Kontextes geschlossen wird." (Merten In: Meyen et al. 2011: 141)

Merten zufolge kann durch die Inhaltsanalyse von der Berichterstattung über Leiharbeit (manifester Text) auf Berichterstattungs-Schemata bei der Thematisierung von Leiharbeit (nicht-manifester Kontext) geschlossen werden.

Kapitel C.1:
Forschungsfrage, Ziel der Magisterarbeit und Unterscheidungen der qualitativen Inhaltsanalyse

In diesem Kapitel soll die Forschungsfrage, sowie das Ziel dieser Magisterarbeit dargelegt werden (vgl. Kapitel C.1.1, C.1.2). Außerdem werden die Unterscheidungen, auf denen die qualitative Inhaltsanalyse beruht, erläutert (vgl. Kapitel C.1.3).

Kapitel C.1.1:
Forschungsfrage

Die Inhaltsanalyse ist, im Sinne des operativen Konstruktivismus, eine wissenschaftliche Beobachtung. Beobachtungen sind Operationen, die auf Unterscheidungen bzw. Selektionen beruhen. Der operative Konstruktivismus beschreibt, wie Beobachter beobachten (vgl. Weller 2002:12f). Wissenschaft ist für Luhmann eine Form der Selbstbeobachtung von Gesellschaft, die durch eine Beobachtung zweiter Ordnung, operiert. Wie in Kapitel B.1 schon erwähnt, beschreibt die konstruktivistische Analyse durch welche Beobachtungsoperationen Massenmedien die Wirklichkeit eines Ereignisses hervorbringen (vgl. Weller 2002:13). Die Forschungsfrage dieser Magisterarbeit lässt sich folgendermaßen formulieren:

Durch welche Selektionen/ Unterscheidungen konstruiert das Massenmedium „Badische Zeitung" die Wirklichkeit von Leiharbeit?

Kapitel C.1.2:
Ziel der Arbeit

Die Selektionen/ Unterscheidungen des Massenmediums Badische Zeitung sollen durch Berichterstattungs-Schemata bei der Thematisierung von Leiharbeit untersucht

werden. Ziel der Arbeit ist es, anhand der Berichterstattungs-Schemata zu untersuchen, wie im Massenmediensystem selektiert wird. Die Analyse der Thematisierung von Leiharbeit nach Berichterstattungs-Schemata macht diese Selektionen beobachtbar, weil zwischen einer situativen, einer durchgehenden und einer fehlenden Bedeutsamkeit unterschieden wird. Die Berichterstattungs-Schemata werden anschließend durch Journalismuskonzeptions-Schemata untersucht.

Kapitel C.1.3:
Unterscheidungen der qualitativen Inhaltsanalyse

Sowohl im Massenmediensystem als auch im Wissenschaftssystem findet Beobachtung durch Selektionen bzw. Unterscheidungen statt. In diesem Sinne gliedert sich die Inhaltsanalyse in folgenden sechs Unterscheidungen:

- Unterscheidung I: Bei der ersten Unterscheidung wird das Datenmaterial erhoben.
- Unterscheidung II: Das Datenmaterial wird in vier unterschiedliche Erhebungszeiträume eingeteilt.
- Unterscheidung III: Die Erhebungszeiträume werden anhand formaler Kriterien unterschieden.
- Unterscheidung IV: Die vier Untersuchungszeiträume werden nach Akteur-Frames und Metaphern unterschieden.
- Unterscheidung V: Aufgrund situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit werden Berichterstattungs-Schemata gebildet.
- Unterscheidung VI: Die Berichterstattungs-Schemata werden anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata analysiert.

Auf Grundlage dieser sechs Unterscheidungen soll von einem manifesten Text auf einen nicht-manifesten Kontext geschlossen werden und damit auf Berichterstattungs-Schemata bei der Thematisierung von Leiharbeit in der Berichterstattung der Badischen Zeitung.

Der manifeste Text soll durch die ersten drei Unterscheidungen erschlossen werden. Die Analysemethode ist deduktiv, das heißt die Unterscheidungen werden ausschließlich aus dem Untersuchungsmaterial heraus gemacht.

Zur Schlussfolgerung auf einen nicht-manifesten Kontext ist eine induktive Vorgehensweise notwendig. In diesem Teil der Arbeit wird der Einbezug der Frame-Theorie und einer Definition von Metaphern notwendig. Die Erhebungszeiträume werden durch Akteur-Frames und Metaphern unterschieden (vgl. Unterscheidung IV). Auf Basis von Unterscheidung IV wird anhand von Kategorien/Unterkategorien und Kategoriengruppen/Ausprägungen auf eine situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit geschlossen. Auf dieser Grundlage sollen Berichterstattungs-Schemata erhoben werden (vgl. Unterscheidung V). Die Berichterstattungs-Schemata sollen abschließend anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata untersucht werden. Diese Schemata werden als Ausprägung der Motivlage „kognitiv interessierte Beobachter“ (Luhmann 1996:131) definiert (vgl. Unterscheidung VI). In Tabelle 3 werden die Unterscheidungen der qualitativen Inhaltsanalyse nochmals erläutert.

Tabelle 3: Unterscheidungen der qualitativen Inhaltsanalyse

Unterscheidung	Erläuterung der Unterscheidung	Analysemethode	Kontext
I	Erhebung des Datenmaterials	deduktiv	manifester Text
II	Einteilung des Datenmaterials in ereignisgebundene Erhebungszeiträume		
III	Analyse der Erhebungszeiträume nach formalen Kriterien		
IV	Analyse der Erhebungszeiträume nach Akteur-Frames und Erzählstrukturen	induktiv	nicht-manifester Kontext
V	Bildung von Berichterstattungs-Schemata		
VI	Analyse der Berichterstattungs-Schemata nach Journalismuskonzeptions-Schemata		

Kapitel C.2:

Unterscheidung I: Erhebung des Datenmaterials

Das Datenmaterial zur Analyse der Berichterstattung über Leiharbeit wurde der Internet-Datenbank der Badischen Zeitung entnommen (vgl. http://www.badische-zeitung.de).

Das Datenmaterial wurde zwischen dem 17.10.2011 und dem 08.09.2012 erhoben. Das entspricht einem Erhebungszeitraum von 10 Monaten und 22 Tagen. Das stellt

den Versuch dar, die Berichterstattung über Leiharbeit einen längeren Zeitraum zu erfassen. Mit diesem Zeitraum versucht der Verfasser ein weites Themenspektrum zu erfassen.

Als Suchkriterium wurde das Stichwort „Leiharbeit“ gewählt. Dieses wurde in die Internet-Datenbank eingegeben. Insgesamt wurden 86 Artikel zur Analyse erhoben. Alle ausgewählten Artikel sind in der Badischen Zeitung erschienen.

Die 86 Artikel sind in der CD-Anhang zu finden und wurden folgendermaßen codiert (vgl. CD-Anhang: Artikel der Badischen Zeitung): Der erste Artikel wurde bspw. mit dem Code „BZ-001“ versehen. Jedem Artikel wurde ein Code zugewiesen, damit jede Paraphrasierung oder jedes Zitat zurückverfolgt werden kann und dem entsprechenden Artikel zugewiesen werden kann.

Kapitel C.3:
Unterscheidung II: Unterscheidung in vier Erhebungszeiträume

Durch die erste Unterscheidung wurde das Erhebungsmaterial anhand des Stichworts „Leiharbeit“ von den restlichen Artikeln der Datenbank unterscheiden. In diesem Kapitel soll das selektierte Erhebungsmaterial in vier unterschiedliche Erhebungszeiträume eingeteilt werden. Der Verfasser dieser Arbeit trennt das Erhebungsmaterial aufgrund von zwei Konflikten in vier Erhebungszeiträume ein:

- Der Tarifkonflikt zwischen der Gewerkschaft IG Metall und dem Arbeitgeberverband Südwestmetall.
- Der Tarifkonflikt zwischen der Gewerkschaft UFO und dem Arbeitgeber Lufthansa.

Der Verfasser wählt vier Zeiträume, weil er den Tarifkonflikt IG Metall/ Südwestmetall in Erhebungszeitraum (EZ) 2 und den Tarifkonflikt UFO/ Lufthansa in EZ 4 vermutet. EZ 1 und EZ 3 werden als konfliktfreie Räume vermutet.

Im Laufe der Untersuchung wird sich die Einteilungen der Erhebungszeiträume verändern. Auf der Grundlage der Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit (vgl. Unterscheidung V) wird der Tarifkonflikt IG Metall/ Südwestmetall in EZ 1 bis 3 festgelegt und der Tarifkonflikt

UFO/ Lufthansa auf EZ 4 festgelegt. Diese Erkenntnis standen dem Verfasser am Anfang der Inhaltsanalyse nicht zur Verfügung. Insofern bleiben die Einteilungen in vier Erhebungszeiträume bestehen.

Die Erhebungszeiträume unterscheiden sich nach Anzahl der Artikel und nach Zeiträumen. Da es sich um eine qualitative Inhaltsanalyse handelt, wird diese Ungleichmäßigkeit nicht ins Gewicht fallen. Wichtig ist, dass innerhalb des Erhebungsmaterials Beobachtungen stattfinden können. Beobachtungen beruhen auf Unterscheidungen, denn erst durch Unterscheidungen können Vergleiche gemacht werden und Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen den Erhebungszeiträumen gemacht werden:

- EZ 1 umfasst 22 Artikel, das entspricht einen Gesamtzeitraum von 187 Tagen
- EZ 2 umfasst 35 Artikel, das entspricht einen Gesamtzeitraum von 28 Tagen
- EZ 3 umfasst 16 Artikel, das entspricht einen Gesamtzeitraum von 99 Tagen
- EZ 4 umfasst 13 Artikel, das entspricht einen Gesamtzeitraum von 11 Tagen

Tabelle 4: Unterscheidung II - Unterscheidung in vier Erhebungszeiträume

EZ	Zeitraum	Gesamtzeitraum	BZ-Artikel	BZ-Artikel-Gesamt
EZ 1	17-10-2011 bis 20-04-2012	187 Tage	BZ-001 bis BZ-023	22
EZ 2	25-04-2012 bis 22-05-2012	28 Tage	BZ-024 bis BZ-058	35
EZ 3	23-05-2012 bis 29-08-2012	99 Tage	BZ-059 bis BZ-075	16
EZ 4	29-08-2012 bis 08-09-2012	11 Tage	BZ-076 bis BZ-089	13
	-	325 Tage	-	86

Die Gesamtheit der BZ-Artikel kann nicht aus der Codierung der BZ-Artikel abgeleitet werden, weil:

- ein Artikel kurzfristig hinzugefügt wurde. Um eine Chronologie beizubehalten wurde der Artikel mit BZ-036a codiert.
- sich manche Artikel während der Untersuchung als irrelevant herausstellten und aussortiert wurden.

- es Artikel gab, die zweimal in das Untersuchungsmaterial Eingang fanden und erst nachträglich entfernt wurden.

Kapitel C.4:
Unterscheidung III: Unterscheidung der vier Erhebungszeiträumen nach formalen Kategorien

In diesem Kapitel sollen die vier Erhebungszeiträume nach formalen Kategorien unterschieden werden. Die Kategorien werden induktiv, aus dem Untersuchungsmaterial heraus, erhoben (vgl. Meyen et al. 2011:155). Es wird in folgenden Kategorien unterschieden:

- nach journalistischen Darstellungsformen (vgl. Kapitel C.4.1).
- nach Rubriken und Regionalteil (vgl. Kapitel C.4.2).
- nach Redakteuren und Nachrichtenagenturen (vgl. Kapitel C.4.3).

Kapitel C.4.1:
Unterscheidung nach journalistischen Darstellungsformen

In diesem Kapitel wird jeder Erhebungszeitraum durch journalistische Darstellungsformen unterschieden.

Nach Reumann sind journalistische Darstellungsformen formal charakteristische Arten, in die „ein zur Veröffentlichung bestimmter Stoff gestaltet wird“ (Reumann In: Pürer 2003:190). Das Erhebungsmaterial soll anhand folgender Darstellungsformen differenziert werden: Nachricht, Bericht, Reportage, Kommentar, Interview und Leserbrief.

Nachricht: Die Nachricht präsentiert Inhalte tatsachenbetont und referierend. Erkennbar ist sie an ihrem kopflastigen Aufbau: „Das Wichtigste zuerst, das weniger Wichtige später“ (Pürer 2003:190). Die Wochenzeitung „Die Zeit“ unterscheidet zwischen einer kurzen Meldung und einem längeren nachrichtlichen Bericht. Unter Nachricht soll in dieser Arbeit eine kurze Meldung verstanden werden, die unter dem Wichtigsten die Beantwortung der W-Fragen versteht: „Wer macht was, wo, wann, wie, warum?“ (Link zeit.de)

Bericht: Der Bericht ist wie die Nachricht tatsachenbetont, referierend und kopflastig aufgebaut (vgl. Pürer 2003:190). Er erlaubt im Gegensatz zur Nachricht eine „Vertiefung der Fakten". Darunter verstehen Häusermann/ Käppeli, dass Sachverhalte miteinander von verschiedenen Seiten betrachtet werden: „Im Bericht wird erklärt, geschildert, differenziert, präzisiert, werden Fakten und Meinungen miteinander konfrontiert, Zusammenhänge aufgedeckt usw." (Häusermann/ Käppeli 1994:189)

Reportage: Die Reportage ist eine interpretierende Darstellungsform. Interpretierende Darstellungsformen sind zwar tatsachenbetont, aber auch durch „persönlich gefärbte Zusatzinformationen des Journalisten" geprägt (vgl. Pürer 2003:190). Klassische Reportagen zeichnen sich dadurch aus, dass der Reporter Ereignisse, Gefühle und Eindrücke schildert, die er selbst erlebt hat. Sie wird vom Reporter meistens so gestaltet, dass der Leser das Gefühl hat dabei zu sein (vgl. Link zeit.de).

Kommentar: Der Kommentar ist ebenfalls eine interpretierende Darstellungsform: Tatsachenbetont, aber auch durch „persönlich gefärbte Zusatzinformationen des Journalisten" geprägt (vgl. Pürer 2003:190). Beim Kommentar steht bewusst die Meinung des Verfassers im Vordergrund. Es wird hier eine Stellung zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignissen bezogen mit dem Ziel, den Leser zur Bildung einer eigenen Meinung anzuregen (vgl. Link zeit.de). In dieser Arbeit soll nicht zwischen Kommentar und Leitartikel differenziert werden, somit wird letzteres dem Kommentar zugeordnet.

Interview: Auch das Interview ist nach Pürer eine interpretierende Darstellungsform (vgl. Pürer 2003:190). Interviews werden vor allem bei Prominenten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur eingesetzt oder bei Sachverhalten, „bei dem es um jedes Wort ankommt" (Link zeit.de). Interviews werden auch dafür eingesetzt um Sachverhalte in abwechslungsreicher Gesprächsform zu erzählen (vgl. Link zeit.de).

Leserbrief: Leserbriefe werden zwar nicht von Redakteuren verfasst, jedoch trägt die Redakteurin/ der Redakteur die presserechtliche Verantwortung für den Inhalt des Briefes (vgl. Link zukunft-bilden.com). Daraus lässt sich schließen, dass der Abdruck der Leserbriefe einer kommunikativen Absicht der Redakteure unterliegt. Der Leserbrief wird als interpretierende Darstellungsform klassifiziert, weil er die Meinung des Lesers widerspiegelt.

In Erhebungszeitraum (EZ) 1 stehen 13 tatsachenbetonte Darstellungsformen (8 Berichte und 5 Nachrichten) 9 interpretierenden Darstellungsformen gegenüber (4 Interviews, 3 Kommentare und 2 Leserbriefe).

In EZ 2 kommen ausschließlich tatsachenbetonte Darstellungsformen vor (22 Berichte und 13 Nachrichten).

EZ 3 weist eine deutliche Überzahl von tatsachenbetonten Darstellungsformen (9 Berichte und 4 Nachrichten) gegenüber interpretierenden Darstellungsformen auf (2 Interviews und ein Leserbrief).

EZ 4 weist, wie der zweite Erhebungszeitraum, ausschließlich tatsachenbetonte Darstellungsformen auf (11 Berichte und 2 Nachrichten).

In jedem Erhebungszeitraum erweisen die tatsachenbetonten Darstellungsformen als dominierend. Während in EZ 1 noch eine relative Ausgeglichenheit herrscht, kommen in EZ 2 und 4 keine interpretierenden Darstellungsformen vor. Auffällig ist, dass kein Artikel der Darstellungsform Reportage zugeordnet werden konnte.

Tabelle 5: Unterscheidung III - Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume (EZ) nach journalistischen Darstellungsformen

EZ	Bericht	Nachricht	Interview	Kommentar	Leserbrief
1	**(8)** BZ-001, -002, -003, -006, -009, - 017, -018, -020	**(5)** BZ-007, -008, -010, -013, -015	**(4)** BZ-004, -012, -021, -023	**(3)** BZ-005, -011, -022	**(2)** BZ-014, -016
2	**(22)** BZ-024, -025, -026, -027, -028, -029, -030, -031, -032, -033, -035, -036a, -036, -043, -047, -050, -051, -052, -053, -056, -057, -058	**(13)** BZ-037, -038, -039, -040, -041, -042, -044, -045, -046, -048, -049, -054, -055			
3	**(9)** BZ-059, -060, -061, -065, -066, -067, -069, -070,-075	**(4)** BZ-068, -071, -072, -073	**(2)** BZ-063, -064		**(1)** BZ-062
4	**(11)** BZ-076, -077, -078, -081, -082, -083, -084, -085, -086, -087, -088	**(2)** BZ-079, -089			
	50	**24**	**6**	**3**	**3**

Kapitel C.4.2: Unterscheidung nach Rubriken und Regionalteil

Die Erhebungszeiträume sollen in diesem Teilkapitel nach Rubriken unterschieden werden. Neben den Rubriken sollen auch die Regionalteile aufgeführt werden.

Rubriken werden von Ressorts, die ein bestimmtes Themengebiet bearbeiten, erstellt. Der redaktionelle Teil einer Zeitung ist meistens in Rubriken gegliedert, die beispielsweise Politik, Lokales, Wirtschaft und Sport sein können (vgl. Link Zum.de).

In jedem Erhebungszeitraum ist „Wirtschaft“, die am häufigsten verbreitete Rubrik. Das Verhältnis Regionalteil zu Rubrik ist je nach Erhebungszeitraum unterschiedlich:

- In EZ 1 sind die meisten erhobenen Artikel unter den Rubriken zu finden (14 Artikel in Rubriken gegenüber 8 im Regionalteil).
- In EZ 2 ändert sich dieses Verhältnis: 25 Artikel im Regionalteil stehen 10 in den Rubriken gegenüber.
- EZ 3 ist gleichmäßig aufgeteilt: 8 Artikel sind jeweils in den Rubriken und im Regionalteil zu finden.
- In EZ 4 lassen sich ausschließlich Artikel in Rubriken finden (13).

Tabelle 6: Unterscheidung III
Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume (EZ) nach Rubriken und Regionalteil

	EZ 1	EZ 2	EZ 3	EZ 4
Rubriken	**Wirtschaft (9)** BZ-004, -007, -008, -010, -012, -013, -015, -018, -023 **Kommentare (3)** BZ-005, -011, -022 **Leserbrief (2)** BZ-014, -016	**Wirtschaft (9)** BZ-025, -026, 032, -052, -054, -055, -056, -057, -058 **Deutschland (1)** BZ-029	**Wirtschaft (6)** BZ-059, -061, -063, -065, -067, -068 **Deutschland (1)** BZ-064 **Leserbriefe (1)** BZ-062	**Wirtschaft (9)** BZ-076, -077, -078, -079, -082, -084, -085, -086, -088 **Deutschland (4)** BZ-081, -083, -087, -089
	14	**10**	**8**	**13**
Regionalteil	**Kreis Emmendingen (2):** BZ-002, -020 **Waldkirch (1):** BZ-001 **Freiburg Topthemen (1):** BZ-017 **Offenburg (1)** BZ-003 **Eschbach (1)** BZ-006 **Kreis Lörrach (1)** BZ-009 **Wirtschaft (regional) (1)** BZ-021	**Offenburg (5)** BZ-030, -038, -047, -048, -051 **Wirtschaft (3) (regional)** BZ-024 -031, -033 **Rheinfelden (2)** BZ-035, -043 **Müllheim (2)** BZ-040 BZ-053 **Ortenaukreis (2)** BZ-044, -049 **Kreis Emmendingen (1)** BZ-027 **Freiburg (1)** BZ-028 **Schönau (1)** BZ-036a **Kreis Lörrach (1)** BZ-036 **Schopfheim (1)** BZ-037 **Eisenbach (Hochschw.) (1)** BZ-039 **Lörrach (1)** BZ-041 **Teningen (1)** BZ-042 **Lahr (1)** BZ-045 **Waldkirch (1)** BZ-046 **Eichstetten (1)** BZ-050	**Rheinfelden (3)** BZ-071, -072, -073 **Wirtschaft (regional) (1)** BZ-075 **Offenburg (1)** BZ-060 **Ortenaukreis (1)** BZ-066 **Weil am Rhein (1)** BZ-069 **Kreis Lörrach (1)** BZ-070	
	8	**25**	**8**	-
	22	35	16	13

Kapitel C.4.3: Unterscheidung nach Redakteuren und Nachrichtenagenturen

Die Erhebungszeiträume sollen nun nach Redakteuren und Nachrichtenagenturen unterschieden werden.

Unter den Redakteuren lässt sich, aufgrund der Kürzel, die genaue Autorenschaft zum Teil nicht ermitteln. Vor allem das Kürzel „bz“, das sehr wahrscheinlich für Badische Zeitung steht, ist ein Sammelbecken für die Autorenschaft unterschiedlicher Redakteure. Da Leserbriefen in dieser Arbeit eine kommunikative Absicht der Redakteure beigemessen wird, werden die LeserInnen den Redakteuren zugeordnet.

Nun soll auf das Verhältnis von Redakteuren und Nachrichtenagenturen in den Erhebungszeiträumen eingegangen werden:

- In EZ 1 entstammen 17 Artikel der Feder von BZ-Redakteuren, 5 kommen von der Nachrichtenagentur „dpa".
- In EZ 2 können 26 Artikel den Redakteuren der Badischen Zeitung zugeordnet werden, 9 Artikel sind von der „dpa".
- In EZ 3 haben die Redakteure 13 Artikel verfasst, während 3 von der „dpa" abgedruckt werden.
- In EZ 4 ändern sich die Verhältnisse: Für 11 Artikel ist die „dpa" zuständig, während 2 von BZ-Redakteuren entstammen.

Auffällig ist, dass das Verhältnis Redakteure-Nachrichtenagentur in den ersten drei Artikeln immer zu Gunsten der Redakteure ausfällt, während sich im vierten Erhebungszeitraum die Verhältnisse drehen.

Tabelle 7: Unterscheidung III - Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume (EZ) nach Redakteure und Nachrichtenagenturen

	EZ 1	EZ 2	EZ 3	EZ 4
Redakteure	**Ronny Gert Bürckholdt (3)** BZ-005, -011, -022 **bz (3):** BZ-002, -003 -004 **LeserIn (2)** BZ-014, BZ-016 **Christine Speckner (1)** BZ-001 **Bernd Kramer (1)** BZ-004 **Ingeborg Grziwa (1)** BZ-006 **Jörg Buteweg (1)** BZ-007 **Michael Baas (1)** BZ-009 **bür, weg (1)** BZ-012 **Holger Schindler (1)** BZ-017 **Dagmar Barber (1)** BZ-020 **Bür (1)** BZ-021	**bz (8):** BZ-037, -040, -041, -044, -046, -047, -048, -049 **Ronny Gert Bürckholdt (2)** BZ-024, -025 **Dirk Sattelberger (2)** BZ-036a -036 **Hsl (2)** BZ-038, -051 **Csp (1)** BZ-027 **Heinz Siebold (1)** BZ-028 **Gertrude Siefke (1)** BZ-030 **Dominik Bloedner (1)** BZ-031 **Rs (1)** BZ-035 **Hbr (1)** BZ-039 **Derg (1)** BZ-042 **Ibö (1)** BZ-043 **Dü (1)** BZ-045 **Mario Schöneberg (1)** BZ-050 **Gb (1)** BZ-053 **Heiko Lossie (1)** BZ-057	**bz (3)** BZ-070, -071, -072 **Ronny Gert Bürckholdt (1)** BZ-059 **Gertrude Siefke (1)** BZ-060 **LeserIn (1)** BZ-062 **Dominik Bloedner (1)** BZ-063 **Dost (1)** BZ-064 **Wolfgang Beck (1)** BZ-066 **Hermannus Pfeiffer (1)** BZ-067 **Tm (1)** BZ-069 **Ibö (1)** BZ-073 **Nicole Schrehardt (1)** BZ-075	**afp (1)** BZ-078 **dpa/bz (1)** BZ-087
	17	**26**	**13**	**2**

Nach-richte-nangen-turen	**dpa (5)** BZ-008, -010, -013, -015, -018,	**dpa (9)** BZ-026, -029, -032, -033, -052, -054, -055, -056, -058	**dpa (3)** BZ-061, -065, -068	**dpa (11)** BZ-076, -077, -079, -081, -082, -083, -084, -085, -086, -088, -089
	5	**9**	**3**	**11**
	22	35	16	13

Kapitel C.5:

Unterscheidung IV: Unterscheidung der Erhebungszeit-räume 1 bis 4 nach Akteur-Frames und Metaphern

In diesem Kapitel werden die vier Erhebungszeiträume nach Akteur-Frames und Metaphern unterschieden. Grundlage dieser Unterscheidung ist die Frame-Theorie und die Definition des rhetorischen Mittels Metapher. Beide werden im kommenden Kapitel vorgestellt. Die Bildung von Akteur-Frames und Metaphern ist mit Zitaten der Berichterstattung belegt. Aus Platzgründen ist der Zitatennachweis im Codebuch aufgeführt. Das Codebuch ist im CD-Anhang zu finden (vgl. CD-Anhang: Codebuch: Kapitel 1).

Kapitel C.5.1:

Die Frame-Theorie und Definition von Metapher

In diesem Kapitel sollen die Frame-Theorie und die Definition von Metapher erläutert werden.

Die Frame-Theorie: Die Frame-Theorie eröffnet eine qualitative Perspektive der Textanalyse und verhilft zum Verstehen von Texten. Sie eignet sich zur Untersuchung von Medieninhalte innerhalb einer Inhaltsanalyse:

„Medienaussagen wiederum können bezüglich der ihnen zugrunde liegenden Frames untersucht werden. Inhaltsanalytisch soll dabei herausgearbeitet werden, welche zentralen Ideen oder Organisationsprinzipien die Medienrealität konstruieren." (Bonfadelli 2002:146).

Nach Entman werden Frames durch Selektionen, Hervorhebungen und Bewertungen in einem kommunikativen Prozess kenntlich gemacht:

„[Framing bedeutet, Anmerkung E.D.] to select some aspects of a perceived reality an make them more salient in a communicating context, in such way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommandation for the item described." (Entman In: Meyen et al. 2011:156)

Meyen et al. nehmen Bezug auf Entman, indem sie vier Frame-Elemente als Operationalisierungsmöglichkeit für qualitative Inhaltsanalysen bieten. Sie lauten: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Bewertung und Handlungsempfehlung (vgl. Meyen et al. 2011:156). Der Verfasser nimmt diese Frame-Elemente als Vorlage, um folgende Frames und Fragestellungen zu kreieren: Problemstellung, Bewertung und Begründung, Ziele und Lösungen.

Tabelle 8: Frames und Fragestellungen

Frames	**Fragestellungen**
Problemstellung	Welches Problem wird von den Akteuren benannt?
Bewertung und Begründung	Wie wird das Problem von den Akteuren bewertet?
Ziele	Welche Ziele haben die Akteure?
Lösungen	Welche Lösungen werden von den Akteuren im Bezug auf das Problem vorgeschlagen?

Die Frames sollen bei der Untersuchung der Berichterstattung nach Akteuren geordnet werden, die in der Berichterstattung vorkommen.

Definition von Metapher: Metaphern sind Begriffe und Wortverbindungen, die einem anderem Bezugsrahmen entstammen als dem, in dem sie angewendet werden (vgl. Lindermann/ Rosenbohm 2012:9). Ein metaphorischer Begriff ist zum Beispiel „Galgenfirst" für „einen verlängerten Termin". Eine metaphorische Wortverbindung ist zum Beispiel „jemandem reinen Wein einschenken" (Lindermann/ Rosenbohm 2012:9). Die Metapher ist eine rhetorische Figur, die zu einer bildlichen Erklärung angewendet wird:

„Bildhaft bzw. metaphorisch sind diese einzelnen Begriffe, Begriffsgruppen und Sätze, weil sie sich in ihrem Wortsinn auf andere Bereiche beziehen und sie dadurch in ihrem Verwendungszusammenhang ‚für etwas anderes' stehen. [...] Metaphern stehen immer implizit oder explizit als bildhafte Übertragung für die Bezeichnung und Bedeutung von Gegenständen, Personen, abstrakte Begriffe und Situationen." (Lindermann/ Rosenbohm 2012:9)

Metaphern sind Bilder, die durch Begriffe, Begriffsgruppen oder Sätze konstruiert werden. Diese Bilder verleihen Personen, abstrakten Begriffen und Situationen eine Bedeutung.

In dieser Arbeit werden Metaphern als ein Zusammenhang von „Bild" und „Interpretation" definiert. Bilder werden aus Begriffe, Begriffsgruppen oder Sätze, die in der Berichterstattung vorkommen, zusammengestellt. Diese Bilder werden vom Verfasser dieser Arbeit auf ihre Bedeutung hin interpretiert.

Tabelle 9: „Metapher“

Bild	Begriffe, Begriffsgruppen oder Sätze, die in der Berichterstattung vorkommen
Interpretation	Interpretation des Bildes, das aus der Berichterstattung entsteht.

Kapitel C.5.2: Die Akteure in Erhebungszeitraum 1 bis 4

In diesem Kapitel sollen jene Akteure in der Berichterstattung der Badischen Zeitung erwähnt werden, die für die Erhebung der Akteur-Frames zitiert und paraphrasiert werden. Die Erwähnung soll nach Akteurgruppen erfolgen.

In allen vier Erhebungszeiträumen konnten Akteur-Frames aus gewerkschaftlichen Akteuren gebildet werden:

- In EZ 1 werden folgende sieben Akteure zitiert oder paraphrasiert: Vier Akteure der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), ein Akteur der Vereinten Dienstleistungsgesellschaft (Ver.di), eine Akteurin der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Juso) und ein weiterer Akteur, der in der Berichterstattung „die Gewerkschaften“ genannt wird (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-1).
- In EZ 2 sind es 18 Akteure: zwölf Akteure der IG Metall, zwei Akteure des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), drei Betriebsratsmitgliedern und ein Akteurs der IG B C E (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-1).
- In EZ 3 sind es sieben Akteure: drei Akteuren der IG Metall, ein Betriebsratsvorsitzender, ein Akteur des katholischen Arbeitnehmerpastorals, ein Arbeitnehmer und ein Akteurs des DGB (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1).
- In EZ 4 sind es zwei Akteure: die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO) und deren Gewerkschaftschef (vgl. Codebuch: Kapitel 1-7-1).

Politische Akteure dienen in drei Erhebungszeiträumen zur Framebildung:

- In EZ 1 werden folgende fünf Akteure zitiert oder paraphrasiert: zwei Akteure der Partei „SPD“, zwei Akteure der Partei „CDU“ und ein Akteur der Partei „Die Linke“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-2).

- In EZ 2 sind es fünf Akteure: eine Akteurin der „SPD“, ein Bürgermeister, eine Akteurin der „CDU“ und jeweils ein Akteure der „Die Linke“ und der „Die Grünen“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-2).
- In EZ 3 sind es ebenfalls fünf Akteure: ein Akteur der „Die Grünen“, eine Akteurin der „CDU“, ein Akteur der „Die Linke“, ein Akteur der „FDP“ und ein Oberbürgermeister (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-2).

Statistische Akteure dienen in zwei Erhebungszeiträumen zur Framebildung:

- In EZ 1 werden folgende vier Akteure zitiert oder paraphrasiert: Die Bundesagentur für Arbeit (BA), das Bundesarbeitsministerium, die Arbeitsagentur Freiburg im Breisgau und die Bertelsmann-Stiftung (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-3).
- In EZ 2 ist es die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-3).

Akteure der Arbeitgebervertretung dienen in drei Erhebungszeiträumen zur Framebildung:

- In EZ 1 werden folgende Akteure zitiert: Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Freiburg und der Ortenau (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-4).
- In EZ 2 sind es drei Akteure: Zwei Akteure des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall und ein Akteur des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-4).
- In EZ 3 sind es zwei Akteure: ein Manager der Leiharbeitsbranche und ein Akteur des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-3).

Wirtschaftliche Akteure dienen ebenfalls in drei Erhebungszeiträumen zur Framebildung:

- In EZ 1 werden folgende fünf Akteure zitiert oder paraphrasiert: Drei Geschäftsführer und zwei Unternehmen (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-5).
- In EZ 3 sind es ebenfalls fünf Akteure: Drei Geschäftsführer und zwei Unternehmen (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-4).

- In EZ 4 sind es vier Akteure: Der Personalratsvorsitzende von Lufthansa, ein Akteur des Lufthansavorstands, eine Lufthansasprecher und Lufthansa (vgl. Codebuch: Kapitel 1-7-2).

Ebenfalls konnte durch ein Redakteur der Badischen Zeitung Frames gewonnen werden (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-6).

Zuletzt wurden durch sonstige Akteure Frames gebildet:

- In EZ 1 wird ein Leser zitiert (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-7).
- Und in EZ 3 werden ein Leser und ein Mitarbeiter eines Hauptzollamts zitiert (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-5).

Kapitel C.5.3:
Unterscheidung von Erhebungszeitraum 1 nach Akteur-Frames und Metaphern

In Erhebungszeitraum eins konnten 14 Akteur-Frames (Akteur-Frame 1 bis 14) und fünf Metaphern (Metapher 1 bis 5) erhoben werden.

Akteur-Frame 1 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-1): Die gewerkschaftlichen Akteure problematisieren, dass Leiharbeitnehmern in Betrieben ungleich wie Stammbeschäftigte behandelt werden (vgl. BZ-021). Sie bewerten es damit, dass Leiharbeit eine prekäre Beschäftigung ist und damit den Solidaritätsgedanke zwischen Beschäftigten unterbindet und die Belegschaft in zwei Klassen aufteilt (vgl. BZ-021). Leiharbeit wird mit Apartheid gleichgesetzt, weil sie die Solidarität unter Beschäftigten unterbindet (vgl. BZ-021).

Akteur-Frame 2 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-1): Aus gewerkschaftlicher Sicht wird die pekuniäre Ungleichbehandlung von Leiharbeitnehmern in Betrieben gegenüber festangestellten Mitarbeitern problematisiert (vgl. BZ-021). Leiharbeit wird als prekäre Beschäftigung gewertet, weil Leiharbeitnehmer trotz Arbeit arm bleiben (vgl. BZ-002) und ihren Lohn durch staatliche Beihilfen aufstocken lassen müssen (vgl. BZ-021). Leiharbeit ist auch prekär, weil sie dafür sorgt, dass es künftige Generationen nicht besser gehen wird als ihren Eltern (vgl. BZ-009). Auf dieser Betrachtung heraus setzen sich die gewerkschaftlichen Akteure zum Ziel 6,5 Prozent mehr Lohn für Leiharbeitnehmer zu verlangen (vgl. BZ-010) und ein Mitspracherecht von Be-

triebsräten beim Einsatz von Leiharbeit durchzusetzen (vgl. BZ-003, -018, -010). Als Lösungsvorschlag wird Equal Pay, eine gesetzliche Zusicherung, dass Leiharbeitnehmer nach kurzer Einarbeitungszeit denselben Lohn erhalten wie Stammbeschäftigte (vgl. (BZ-012, -013, -021) zum Thema gemacht. Ebenfalls werden ein gesetzlicher Mindestlöhne (vgl. BZ-001, -020), Tarifverträge (vgl. BZ-012) und die Forderung, dass Betriebe die Löhne von Leiharbeitnehmern anheben sollen als Lösungen thematisiert (vgl. BZ-009, -012, -021).

Akteur-Frame 3 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-2): Die politischen Akteure sehen Leiharbeit als Ursache für Niedriglöhne (vgl. BZ-001). Leiharbeit wird als akzeptabel bewertet, wenn sie zu einer Stammbeschäftigung führt. Nicht akzeptabel ist sie, wenn Stammbeschäftigte und Leiharbeitnehmer unterschiedlich entlohnt werden (vgl. BZ-018). Als Lösung wird Equal Pay betrachtet (vgl. BZ-001, -007).

Akteur-Frame 4 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-3): Die statistischen Akteure problematisieren, dass Leiharbeitnehmer zu wenig verdienen (vgl. BZ-017, -018). Sie untermauern ihre Aussage damit, dass Freiburg im Breisgau die höchste Quote an Niedriglohnbeschäftigten in Baden-Württemberg hat (vgl. BZ-017) und dass Leiharbeitnehmer weniger verdienen, weil sie die Kosten der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt tragen (vgl. BZ-017). Leiharbeitnehmer in Westdeutschland verdienen 47% weniger als Festangestellte mit dem gleichen Bildungsniveau. In Ostdeutschland verdienen sie 36% weniger (vgl. BZ-018). Außerdem muss jeder zwölfte Leiharbeitnehmer Arbeitslosengeld II vom Staat beziehen (vgl. BZ-013). Als Lösung wird ein gesetzlicher Mindestlohn vorgeschlagen (vgl. BZ-018).

Akteur-Frame 5 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-3)**:** Von den statistischen Akteuren wird problematisiert, dass Leiharbeit keine Brücke für Arbeitssuchende in den Arbeitsmarkt bildet.

Akteur-Frame 6 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-3)**:** Gleichzeitig wird, aus Sicht der statistischen Akteure, bewertet, dass Leiharbeit die Anzahl von Stammbeschäftigten im Betrieb sichert und erhöht (vgl. BZ-008).

Akteur-Frame 7 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-4)**:** Akteure der Arbeitgebervertretung nehmen darauf Bezug, dass Leiharbeitnehmer nicht gleich wie Festangestellte bezahlt werden, indem sie argumentieren, dass Equal Pay für Betreibe nicht möglich ist, weil

das Arbeitsverhältnis zwischen Leiharbeitnehmern und Leiharbeitsfirmen besteht (vgl. BZ-012).

Akteur-Frame 8 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-4)**:** Auf die Information, dass zu wenige Leiharbeitnehmer eine Festanstellung bekommen, nehmen die Arbeitgebervertreter Stellung, indem sie drauf verweisen, dass 20 Prozent der Leiharbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg es in eine Festanstellung schaffen (vgl. BZ-012).

Akteur-Frame 9 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-4)**:** Die Akteure der Arbeitgebervertretung reagieren auch auf die Aussage, dass Leiharbeitnehmer nicht genug Lohn bekommen. Sie verweisen darauf, dass Anhebung der Löhne von Leiharbeitnehmer durch Betriebe nicht möglich ist, weil das Eigenkapitel von Betrieben der Metall- und Elektroindustrie geschrumpft ist und weil das Geld für Investitionen gebraucht wird (vgl. BZ-012)

Akteur-Frame 10 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-5)**:** Die wirtschaftlichen Akteure problematisieren eine Beschränkung von Leiharbeit dahingehend, dass sie eine Beschränkung betrieblicher Flexibilität bedeutet (vgl. BZ-010). Aus ihrer Sicht dient Leiharbeit bei schwankender Auftragslage als Flexibilitätspuffer (vgl. BZ-023). Leiharbeitnehmer sind für Betriebe teurer als Festangestellte und sie sind weniger motiviert als sie (vgl. BZ-004).

Akteur-Frame 11 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-7)**:** Ein Leser (sonstiger Akteur) führt an, dass Leiharbeit Betrieben einzig zur Gewinnmaximierung dient (vgl. BZ-016). Er führt es darauf zurück, dass Leiharbeitnehmer und Festangestellte unterschiedlich bezahlt werden (vgl. BZ-016). Aus seiner Sicht wenden Betriebe einen Drehtüreffekt an und kündigen festangestellte Arbeitnehmern, um sie als Leiharbeiter für die gleiche Arbeit wieder einzustellen (vgl. BZ-004).

Akteur-Frame 12 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-6)**:** Ein Redakteur der Badischen Zeitung problematisiert das Wachstum des Niedriglohnsektors. Der Arbeitsmarkt hat sich aus seiner Sicht gut entwickelt, dennoch nimmt die Beschäftigungsform Leiharbeit zu und der Niedriglohnsektor wächst und Löhne driften auseinander. Als Lösung empfiehlt er, dass Politiker und Tarifpartner „den sozialen Aufstieg von möglichst vielen Niedriglöhnern erleichtern“ sollen. Darüber hinaus spricht er sich für eine gute Aus- und Weiterbildung aus (vgl. BZ-005).

Akteur-Frame 13 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-6)**:** Der Redakteur problematisiert das Verbot von Leiharbeit und die Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer. Seiner Ansicht nach würden beide Ansätze der Wirtschaft ihre Flexibilität nehmen (vgl. BZ-022). Aus Redakteurssicht garantiert Flexibilität die Einbettung deutscher Firmen in den Welthandel, sowie ein Anstieg von Löhnen und die Sicherung von Arbeitsplätzen (vgl. BZ-011). Als Lösung wird thematisiert, dass Leiharbeit nicht eingeschränkt oder abgeschafft werden, ohne einen Ersatz dafür gefunden zu haben (vgl. BZ-022).

Akteur-Frame 14 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-1-6)**:** Der Redakteur problematisiert ebenfalls die ungleiche Bezahlung innerhalb der Arbeitnehmerschaft (vgl. BZ-011). Er sieht eine 6,5-prozentige für die Arbeitnehmer der Metall- und Elektrobranche als möglich, weil die Betriebe nach der „tiefsten Rezession der Nachkriegszeit" (BZ-011) im Jahre 2010 und 2011 einen „fulminanten Aufschwung" (BZ-022) hingelegt haben. Als Lösungsansatz fordert der Redakteur die gleiche Entlohnung innerhalb der Arbeitnehmerschaft (vgl. BZ-011).

In EZ 1 konnten fünf Metaphern gebildet werden:

Metapher 1: „Die Jugend" (vgl. Codebuch: Kapitel 1-2-1)**:** Die Berichterstattung zeichnet das Bild einer Jugend, die sich vor der Zukunft fürchtet (vgl. BZ-020), weil Leiharbeit das gesellschaftliche Versprechen bricht, dass es der nächsten Generation besser gehen wird als der zuvor (vgl. BZ-009). Dieses Bild lässt sich dahingehend interpretieren, dass Leiharbeit, wenn sie weiterhin Anwendung findet, zur Verarmung der Gesellschaft führen kann.

Metapher 2: „Prekäre Beschäftigung" (vgl. Codebuch: Kapitel 1-2-2)**:** Leiharbeit wird mit prekärer Beschäftigung gleichgesetzt, weil sie den Solidaritätsgedanke zwischen Beschäftigten unterbindet und diese teilt (vgl. BZ-021). Anhand dieser Gleichsetzung wird, in den Augen des Verfassers, die Anwendung von Leiharbeit in Betrieben kritisiert.

Metapher 3 „Zwei Klassen" (vgl. Codebuch: Kapitel 1-2-3)**:** In der Berichterstattung wird das Bild einer Zweiklassengesellschaft in Betrieben gezeichnet, die durch Leiharbeit entsteht (vgl. BZ-021). Dieses Bild kann sich ebenfalls als Kritik an der betrieblichen Anwendung von Leiharbeit interpretieren lassen.

Metapher 4: „Apartheid" (vgl. Codebuch: Kapitel 1-2-4)**:** Die Gleichsetzung von Leiharbeit mit Apartheid lässt sich ebenfalls als Kritik gegenüber den Betrieben auf-

fassen. Es wird kritisiert, dass Leiharbeitnehmer nach kurzer Einsatzzeit ausgetauscht werden (vgl. BZ-021) und fungieren als Arbeitnehmer zweiter Klasse.

Metapher 5: „Prekäre Situation“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-2-5)**:** Leiharbeit wird mit einer prekären Situation gleichgesetzt, weil Leiharbeitnehmer so wenig verdienen, bzw. trotz Arbeit arm bleiben (vgl. BZ-002), sodass sie ihren Lohn durch Sozialleistungen aufstocken lassen müssen (vgl. BZ-021). Für den Verfasser lässt sich diese Gleichsetzung so interpretieren, dass Leiharbeit nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts reicht.

Kapitel C.5.4: Unterscheidung von Erhebungszeitraum 2 nach Akteur-Frames und Metaphern

In Erhebungszeitraum zwei konnten zehn Akteur-Frames (Akteur-Frame 15 bis 24) und neun Metaphern (Metapher 6 bis 14) erhoben werden.

Akteur-Frame 15 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-1): Aus Gewerkschaftssicht wird problematisiert, dass Ausgebildete, ausgelernte Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben keine unbefristete Festanstellung bekommen (vgl. BZ-050). Diese Situation wird als Erpressung bewertet, denn junge Menschen werden, mit der Aussicht auf eine Festanstellung, in Betrieben erpresst (vgl. BZ-036a). Außerdem sollen befristete Anstellungen bei jungen Menschen für existentielle Unsicherheiten sorgen (vgl. BZ-030). Die IG Metall setzt sich die Forderung nach einer Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben bei den Tarifverhandlung in der Elektro- und Metallindustrie zum Ziel (vgl. BZ-024, -026, -029, -031, -033, -036, -037, -038, -039, -041, -042, -047, -050, -052 , -054). Für die Gewerkschaft kommt nur eine unbefristete Übernahme von Lehrlingen in Betrieben als Lösung in Frage (vgl. BZ-047).

Akteur-Frame 16 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-1): Die gewerkschaftlichen Akteure problematisieren ebenfalls die Ausbreitung des Niedriglohnsektors. Als eine Ursache wird der Tariflohnabschlusses (7,89 Euro/Stunde) für Leiharbeitnehmer bewertet (vgl. BZ-043). Außerdem verursachen Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen Kosten für die Gemeinden, weil sie auf staatliche Unterstützung angewiesen sind (vgl. BZ-027). Beschäftigungsverhältnisse mit einer niedrigen Entlohnung werden als prekäre Beschäftigung bewertet (vgl. BZ-028). Darauf aufbauend setzt sich IG Metall eine Ent-

gelterhöhung von 6,5 Prozent als Forderung in den Tarifverhandlungen zum Ziel (vgl. BZ-024, -025, -026, -029, -031, -033, -036, -037, -038, -039, -042, -047, -050, -052). Als Lösungen werden Equal Pay (BZ-027, -043), Bildung (BZ-027), gesetzliche Mindestlöhne (BZ-030, 051) und die Anhebung von Löhnen für Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie durch Betriebe thematisiert (vgl. BZ-030, -036a, -036, -043, -038, -041, -050).

Akteur-Frame 17 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-1): Auf Gewerkschaftsseite wird außerdem problematisiert, dass Arbeitgeber durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau etablieren (vgl. BZ-036a). Die Gewerkschaft befürchtet, dass Leiharbeit der beherrschende Arbeitstypus in der Metall- und Elektroindustrie werden könnte (vgl. BZ-047). IG Metall setzt sich zum Ziel bei den Tarifverhandlung mit Südwest Metall mehr Mitbestimmung der Betriebsräte zu fordern (vgl. BZ-026, -029, -031, -033, -039, -041, -042, -047, -050, -052).

Akteur-Frame 18 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-2): Die politischen Akteure sehen es als Problem, dass Leiharbeit von Firmen als betriebswirtschaftliches Instrument genutzt wird (vgl. BZ-048). Sie bewerten es damit, dass sich viele Leiharbeitnehmer deswegen als „Beschäftigte zweiter Wahl“ fühlen, „schlecht bezahlt und ohne Aussicht auf einen festen Job“ (BZ-048).

Akteur-Frame 19 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-2): Leiharbeit wird von den politischen Akteuren auch als prekäres Arbeitsverhältnis problematisiert. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind durch Billiglöhne, unterbezahlte Leiharbeit und schlechtere Löhne für Frauen definiert (vgl. BZ-040). Außerdem sind diese Arbeitsverhältnisse nicht sozialversicherungspflichtig und führen daher zu Altersarmut (vgl. BZ-040). Als Lösung wird ein flächendeckender Mindestlohn thematisiert (vgl. BZ-027).

Akteur-Frame 20 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-2): Die politischen Akteure thematisieren einen Anstieg von Fehltagen durch psychische Störungen. Als Ursache wird u.a. Leiharbeit betrachtet. Sie beeinflusst die Gesundheit negativ, führt zu Unzufriedenheit im Beruf. Das Risiko, die Arbeit zu verlieren, ist höher. Ziel ist die Bildung einer Schutzmaßnahme in Form einer Anti-Stress-Verordnung. Als Lösung wird eine Arbeitsschutzstrategie in Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften angeboten (vgl. BZ-032).

Akteur-Frame 21 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-3): Die statistischen Akteure problematisieren den Anstieg der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit seit 2010 (vgl. BZ-026).

Akteur-Frame 22 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-4): Die Akteure der Arbeitgebervertretung thematisieren, dass die Warnstreiks von IG Metall einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden anrichten (vgl. BZ-013). Ziel des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall ist die Beendigung der Warnstreiks.

Akteur-Frame 23 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-4): Aus der Sicht der Arbeitgebervertretung schränken die Forderungen der IG Metall die Flexibilität von Betrieben ein. Die Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben und die Anhebung der Löhne um 6,5 Prozent wird als Einschränkung betrieblicher Flexibilität verstanden (vgl. BZ-025). Ziel von Südwestmetall ist es, eine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierenden in Betrieben zu vermeiden. Als Lösung für den Tarifkonflikt mit IG Metall wird eine Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent angeboten (vgl. BZ-024, BZ-027).

Akteur-Frame 24 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-3-5): Die wirtschaftlichen Akteure begründen die Beschäftigung von zu vielen Leiharbeitnehmern in einem Betrieb mit einer hohen Auftragslage. Des weiteren wird begründet, dass ohne Leiharbeit die Marktführerposition dieser Betriebe nicht zu halten wäre. Ziel ist es, Leiharbeit weiterhin als betriebliches Flexibilisierungsinstrument zu halten. Als Lösung für diesen Betrieb wird eine Betriebsvereinbarung aufgezeigt, die Leiharbeitnehmern das gleiche Entgelt wie Stammbeschäftigten nach sechs Beschäftigungsmonaten garantiert (vgl. BZ-053).

In EZ 2 konnten neun Metaphern gebildet werden:

Metapher 6: „Resonanz auf Warnstreiks“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-1): In der BZ-Berichterstattung über Leiharbeit wird in 19 unterschiedlichen Artikeln über eine hohe Anzahl von Streikteilnehmern berichtet und teilweise die Forderungen der IG-Metall formuliert (vgl. BZ-024, -025, -026, -031, -033, -036, -036a, -037, -039, -041 -042, -044, -045, -046, -047, -049, -050, -051, -052). Die hohe Resonanz von Warnstreiks vermittelt, dass Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie hinter den Forderungen der IG Metall stehen. Die hohe Resonanz wird vom Verfasser so interpretiert, dass das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet wird.

Metapher 7: „Rivalität zwischen den Tarifpartnern IG Metall und Südwestmetall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-2): Die unterschiedliche Auffassung über die Entgelterhöhung bei IG Metall und Südwestmetall wird zum Anlass genommen, über vertiefte Gräben (vgl. BZ-033) zu berichten. Die IG Metall wird mit einer kampfeslustigen Stimme (vgl. BZ-046) und einer härteren Gangart bei den Tarifverhandlungen versehen (vgl. BZ-033), sowie als kampfbereit beschrieben (vgl. BZ-029). Außerdem wird der Gewerkschaft suggeriert, dass sie Muskeln zeigt (vgl. BZ-026) und über eine Kampfkraft verfügt (vgl. BZ-033). Dieses Bild wird vom Verfasser so interpretiert, dass in der Berichterstattung eine starke Gewerkschaft gezeichnet wird, die auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeberverband Südwestmetall verhandelt.

Metapher 8: „Androhung eines großen Streiks durch die IG Metall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-3): In der BZ-Berichterstattung wird von einem sich zuspitzenden Konflikt zwischen IG Metall und Südwestmetall berichtet (vgl. BZ-031, BZ-047), der mit einem bundesweiten Streik von 3,6 Millionen Beschäftigten enden kann (vgl. BZ-052). Durch dieses Bild wird der potentielle finanzielle Schaden hervorgehoben, den die Gewerkschaft bei den Arbeitgebern anrichten kann.

Metapher 9: „Sympathie für die IG Metall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-4): Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen (vgl. BZ-031, BZ-036) und Methoden der IG Metall. Die Gewerkschaft wird als Underdog beschrieben (vgl. BZ-097). Außerdem wird der gewerkschaftlichen Argumentation beigepflichtet (vgl. BZ-036) und es wird indirekt zum Warnstreik aufgerufen (vgl. BZ-016). Für den Verfasser soll dieses Bild die Ziele und Methoden der IG Metall nachvollziehbar machen.

Metapher 10: „Ausbeutung pur als pejorative Konnotationen von Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-5): Leiharbeit wird von den Gewerkschaftsakteuren als „Ausbeutung pur“ bezeichnet (BZ-038, BZ-043, BZ-045). Dieses Bild soll zu einer pejorativen Konnotation von Leiharbeit führen.

Metapher 11: „Zwei-Klassengesellschaft als pejorative Konnotationen von Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-5): Im Bezug auf Leiharbeit wird auch von einer „Zwei-Klassengesellschaft“ berichtet, denn Leiharbeit spaltet Betriebe in zwei Klassen (vgl. BZ-044, BZ-049). Dieses Bild soll ebenfalls zu einer pejorativen Konnotation von Leiharbeit führen.

Metapher 12: „Die Jugend zur Kritik an Werkverträge“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-6): Es wird von einer verbitterten und wütenden Jugend geschrieben: „Befristete Anstellungen, Werkverträge und miese Bezahlung sorgten vor allem bei jungen Leuten für Wut und Verbitterung“ (vgl. BZ-030). Der Verfasser ist der Meinung, dass dieses Bild genutzt wird, um Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge zu kritisieren.

Metapher 13: „Die Jugend als Grund für den Arbeitskampf“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-6): In der Berichterstattung wird „die Jugend“ von den gewerkschaftlichen Akteuren als Grund für den Arbeitskampf angeführt (vgl. BZ-026). Mit diesem Bild wird eine Gewerkschaft beschrieben, die sich der Belange junger Arbeitnehmer annimmt.

Metapher 14: „Leiharbeit als Missbrach der Jugend“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-4-6): Es wird auch über Leiharbeit als Missbrach der Jugend berichtet (vgl. BZ-031). Dieses Bild soll ebenfalls zu einer pejorativen Konnotation von Leiharbeit führen.

Kapitel C.5.5: Unterscheidung von Erhebungszeitraum 3 nach Akteur-Frames und Metaphern

In Erhebungszeitraum drei konnten 17 Akteur-Frames (Akteur-Frame 25 bis 41) und zwei Metaphern (Metapher 15 bis 16) erhoben werden.

Akteur-Frame 25 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Aus Gewerkschaftssicht wird problematisiert, dass Leiharbeit zur Verunsicherung der Belegschaft in einem Betrieb führt. Die Verunsicherung wird darauf zurückgeführt, dass immer mehr Leiharbeitnehmer in diesem Betrieb arbeiten und bis zu fünf Jahre keine Festanstellung bekommen. Als Lösung wird eine Übernahme nach spätestens 24 Monaten vorgeschlagen (vgl. BZ-067).

Akteur-Frame 26 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Die gewerkschaftlichen Akteure problematisieren auch, dass Leiharbeitnehmer einem hohen Risiko ausgesetzt sind von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Dieses Risiko beruht darauf, dass die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten wieder beendet werden (vgl. BZ-070).

Akteur-Frame 27 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Aus Gewerkschaftssicht wird durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau in Betrieben durchgesetzt und besser entlohnte Stellen verdrängt (vgl. BZ-070, BZ-059).

Akteur-Frame 28 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Die Akteure der Arbeitnehmervertretung sehen, dass durch Leiharbeit die Stammbelegschaft in Betrieben unter Druck gesetzt wird (vgl. BZ-070).

Akteur-Frame 29 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Leiharbeit ist für die Gewerkschaften ein Problem, weil sie neue Arbeitsstellen verdrängt (vgl. BZ-070).

Akteur-Frame 30 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Durch Leiharbeit wird schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt etabliert, so die gewerkschaftlichen Akteure (vgl. BZ-070).

Akteur-Frame 31 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Die Ausbreitung des Mindestlohnsektors wird ebenfalls thematisiert. Für die gewerkschaftlichen Akteure ist der Mindestlohnsektor dadurch gekennzeichnet, dass Leiharbeitnehmer durchschnittlich nur halb so viel verdienen „wie normale Beschäftigte“ (BZ-070) und dass bundesweit drei Viertel der Leiharbeitnehmer unter der Niedriglohnschwelle arbeiten (vgl. BZ-070). Der Mindestlohnsektor wirkt sich dahingehend aus, dass Leiharbeitnehmer von staatlichen Zuschüssen abhängig sind (vgl. BZ-060). Zur Lösung wird ein Mindestlohn von 8,50 Euro vorgeschlagen und ein staatlicher Fond für die Unternehmen vorgeschlagen, die Leiharbeiter in Festanstellung übernehmen (vgl. BZ-060).

Akteur-Frame 32 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-1): Aus Gewerkschaftssicht wird ebenfalls der Anstieg von Leiharbeit in zwei Landkreisen problematisiert (vgl. BZ-066, -070).

Akteur-Frame 33 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-2): Die politischen Akteure problematisieren die Zunahme von Leiharbeit im Niedriglohnbereich (vgl. BZ-064). Leiharbeit wird dahingehend bewertet, dass sie eine prekäre Beschäftigung ist (vgl. BZ-064) und zu Lohndumping führt (vgl. BZ-060). Leiharbeit wird dafür eingesetzt um Lohnkosten dauerhaft zu senken (vgl. BZ-069). Sie soll nichts anderes als eine Notlösung bei Fachkräftemangel sein (vgl. BZ-073).

Akteur-Frame 34 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-3): Für die Akteure der Arbeitgebervertretung erschwert eine Verteuerung von Leiharbeit die Arbeitssuche für Geringqualifizierte (vgl. BZ-061).

Akteur-Frame 35 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-4): Aus der Sicht der wirtschaftlichen Akteure dient Leiharbeit einzig als Mittel, um große Aufträge aufzufangen (vgl. BZ-060).

Akteur-Frame 36 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-4): Darüber hinaus wird beurteilt, dass Leiharbeit Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen in Arbeit bringt, so die wirtschaftlichen Akteure (vgl. BZ-060).

Akteur-Frame 37 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-4): Wirtschaftliche Akteure werden in der BZ-Berichterstattung damit konfrontiert, dass durch Leiharbeit feste Arbeitsplätze besetzt werden (vgl. BZ-072).

Akteur-Frame 38 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-4): Die wirtschaftlichen Akteure werden ebenfalls mit der Aussage konfrontiert, dass durch Leiharbeit der Equal-Pay-Grundsatz durchbrochen wird (vgl. BZ-072).

Akteur-Frame 39 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-4): In der BZ-Berichterstattung muss sich ein wirtschaftlicher Akteur für den Einsatz von Leiharbeit rechtfertigen (vgl. BZ-063).

Akteur-Frame 40 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-5): Für ein Akteur des Hauptzollamts (sonstige Akteure) wird der verbindliche Mindestlohn von 7,89 Euro die Stunde von Firmen durch Scheinwerkverträge umgangen (vgl. BZ-075).

Akteur-Frame 41 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-5): Für ein Leser (sonstige Akteure) wird durch die Erhöhung von Stundenlöhnen für Leiharbeitnehmer Leiharbeit nicht abgeschafft (vgl. BZ-062).

Akteur-Frame 42 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-5-5): Der Leser argumentiert auch, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert sind und sich weniger mit dem Unternehmen identifizieren als Festangestellte (vgl. BZ-062).

In EZ 3 konnten zwei Metaphern gebildet werden:

Metapher 15: „Pejorative Konnotationen von Leiharbeit als Ausbeutung“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-6-1): Leiharbeit wird als Ausbeutung bezeichnet (vgl. BZ-059). Mit dieser Zuschreibung wird, in den Augen des Verfassers, eine pejorative Konnotation von Leiharbeit verfolgt.

Metapher 16: „Leiharbeit spaltet Belegschaft in einem Betrieb in zwei Klassen“: (vgl. Codebuch: Kapitel 1-6-2): Das Bild der Belegschaft eines Betriebes, die durch

Leiharbeit in zwei Klassen gespalten wird (BZ-059, BZ-067, BZ-072), wird von dem Verfasser als eine pejorativen Konnotation von Leiharbeit gesehen.

Kapitel C.5.6:
Unterscheidung von Erhebungszeitraum 4 nach Akteur-Frames und Metaphern

In Erhebungszeitraum vier konnten zwei Akteur-Frames (Akteur-Frame 43 bis 44) und neun-Metaphern (Metapher 17 bis 25) erhoben werden.

Akteur-Frame 43 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-7-1): Die gewerkschaftlichen Akteure problematisieren, dass die Fluggesellschaft UFO versucht, Personalkosten zu sparen. Durch eine konzerninterne Billigflugtochter sollen die Gehaltsstufen abgeflacht werden (vgl. BZ-085, -088). Darüber hinaus plant Lufthansa die Beförderungsstufen zu strecken (vgl. BZ-083, -085). UFO, die Gewerkschaft der Flugbegleiter, fordert im Tarifkonflikt mit Lufthansa fünf Prozent mehr Lohn (vgl. BZ-076, -077, -079, -081, -084, -083, -085, -087, -088) und das Ende der Leiharbeit bei Lufthansa (vgl. BZ-076, -077, -079, -081, -084, -083, -085,-087, -088). In der Berichterstattung wird die Forderung nach mehr Gehalt als gerechtfertigt empfunden, weil UFO drei Jahre hintereinander in Tarifrunden keine Erhöhung von Gehältern durchsetzen konnte (vgl. BZ-081, BZ-083, -084, -085). Die Gewerkschaft versucht durch punktuelle Streiks an Flughäfen, ihre Ziele umzusetzen (BZ-076).

Akteur-Frame 44 (vgl. Codebuch: Kapitel 1-7-2): Aus der Sicht der wirtschaftlichen Akteure hat Lufthansa mit folgenden Problemen zu kämpfen: Lufthansa ist einem starken Wettbewerb mit Billigfliegern ausgesetzt (vgl. BZ-076, -077). Die Fluggesellschaft macht Schulden aufgrund von hohen Treibstoffkosten (vgl. BZ-077). Außerdem stellen Milliarden-Investitionen den Arbeitgeber vor einem Problem (vgl. BZ-077). Es wird begründet, dass die Personalkosten bei Lufthansa höher sind als jene der Konkurrenz (vgl. BZ-076). Auch Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip werden von Lufthansa nicht mehr akzeptiert (vgl. BZ-076). Ziel des Unternehmens ist die Gründung eines Tochterunternehmens, um den Lufthansa-Tarif zu senken (vgl. BZ-076, BZ-084). Außerdem sollen die Arbeitszeiten von Angestellten verlängert werden (vgl. BZ-077). Als weiteres Ziel kann die Beendigung des Tarifstreits mit UFO angefügt werden. Zur Schlichtung bietet die Fluggesellschaft ein „umfassendes

Absicherungsangebot“ an (BZ-077), 3,5 Prozent mehr Gehalt (vgl. BZ-084) und den Verzicht auf Leiharbeit (vgl. BZ-084), sowie den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen (vgl. BZ-084).

In EZ 3 konnten neun Metaphern gebildet werden:

Metapher 17: „Ankündigung von punktuellen Streiks“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-1): In der BZ-Berichterstattung werden die Folgen der punktuellen Streiks hervorgehoben: Lahmgelegte Flughäfen (vgl. BZ-084), Verzögerungen an Flughäfen (vgl. BZ-081), Chaos (vgl. BZ-084). Durch dieses Bild wird der Schaden hervorgehoben, den die punktuellen Streiks der UFO anrichten. Für den Verfasser wird damit die Gewerkschaft für den Schaden verantwortlich gemacht. Das hat für den Verfasser zur Folge, dass der Streikgrund, der Personalabbau von Lufthansa, in den Hintergrund gerät.

Metapher 18: „Positive Bewertung der punktuellen Streiks durch UFO“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-2): In der Berichterstattung wird berichtet, dass sich der UFO-Gewerkschaftschef über die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft freut (vgl. BZ-083). Im Zusammenhang mit Metapher 17, also in Anbetracht von Schäden, lahmgelegten Flughäfen, Verzögerungen an Flughäfen und Chaos, wirkt die UFO, für den Verfasser, so als würde sie ihre Erfolge auf Kosten der Flugpassagiere erzielen.

Metapher 19: „Androhung eines dauerhaften Streiks“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-3): Die Berichterstattung hebt ebenfalls hervor wie die Gewerkschaft UFO die Streiks zur Interessensdurchsetzung instrumentalisiert (vgl. BZ-077, BZ-081, BZ-084, BZ-085, BZ-088). Durch die Androhungen eines großen Streiks wirken, für den Verfasser, Gewerkschaftschef Baublie und die Gewerkschaft UFO so als würden sie den Schaden (Lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen an Flughäfen, Chaos) billigend für ihre Zwecke in Kauf nehmen.

Metapher 20: „Leidende Passagiere“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-4): Die Badische Zeitung zeichnet ebenfalls das Bild von leidenden Passagiere, indem von Menschen berichtet wird, die sich in einem „Alptraum“ befinden (vgl. BZ-083), „leidgeprüft“ sind (vgl. BZ-085) und in Feldbetten im Flughafen übernachten müssen (vgl. BZ-087). Anhand dieses Bildes wird der Schaden wiedergegeben, der den Passagieren widerfährt. Damit wird eine Anteil nehmende Berichterstattung erzeugt.

Metapher 21: „Lufthansa-Kritik“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-5): Durch die Lufthansa-Kritik an UFO wird das Bild einer Gewerkschaft gezeichnet, die sich mit ihrer Nadelstichtaktik arrogant und fluggastfeindlich verhält (vgl. BZ-086), sich „auf dem Rücken der Fluggästen“ austobt (vgl. BZ-084) und Nackenschläge und Faustschläge in die Gesichter von Lufthansa-Kunden verteilt (vgl. BZ-086). Durch dieses Bild lässt sich UFO als eine Gewerkschaft interpretieren, der es egal ist, ob Fluggäste unter den Folgen ihrer Streiks leiden.

Metapher 22: „Verhandlungstisch“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-6): In der Berichterstattung wird betont, dass UFO den Verhandlungstisch zuerst verlassen hat (vgl. BZ-086). Damit wird, in den Augen des Verfassers, UFO als derjenige Verhandlungspartner dargestellt, der zuerst zu drastischen Mitteln gegriffen hat. Der Streik, als eine für Gewerkschaft nicht unübliche Vorgehensweise erscheint, durch den Einbezug der Passagierschicksale, als unvernünftig und übereilt.

Metapher 23: „Rechtfertigung der Streikmethode“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-7): In der Berichterstattung konnten auch Stellungnahmen von UFO-Akteuren gefunden werden, die für Verständnis in der „Nadelstichtaktik“ bitten (vgl. BZ-082, -081). Ebenfalls wird das Schicksal der Passagiere bedauert. Durch die Rechtfertigung ihrer Methode und das Bedauern der Passagiere macht sich die Gewerkschaft, in den Augen des Verfassers, zur alleinigen Verantwortlichen für die entstandenen Schäden.

Metapher 24: „Geteilte Meinung von Passagieren“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-8): Die Meinung der Passagiere, in der BZ-Berichterstattung, zur Streikmethode von UFO ist geteilt (vgl. BZ-085). Dieses Bild vermittelt, für den Verfasser, dass es keine Mehrheit unter den Passagieren gibt, die den Methoden von UFO beipflichtet.

Metapher 25: „Information für Passagiere“ (vgl. Codebuch: Kapitel 1-8-9): In der Berichterstattung wird auf Informationen über gestrichene Flüge auf Webseiten und über Hotlines verwiesen (vgl. BZ-082, -083, -088). In den Augen des Verfassers wird damit, innerhalb der Berichterstattung, ein Informationsservice für Lufthansa-Passagiere angeboten.

Im nächsten Kapitel wird, auf Basis der Akteur-Frames und Metaphern, die Thematisierung von Leiharbeit anhand von Berichterstattungs-Schemata analysiert.

Kapitel C.6:

Unterscheidung V: Analyse der Thematisierung von Leiharbeit nach Berichterstattungs-Schemata

Ziel dieses Kapitels ist es eine situative von einer durchgehenden und einer fehlenden Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit zu unterscheiden. Anhand dieses Vorhabens sollen Berichterstattungs-Schemata sichtbar gemacht werden.

Wie schon festgestellt sind Schemata nicht direkt beobachtbar (vgl. Luhmann 1996:1994). Sie lassen sich dennoch als Medien durch Formen indirekt beobachten. Medien bestehen aus lose gekoppelten Elementen, die von Formen fest gekoppelt werden (vgl. Luhmann In: Berghaus 2003:102). Themen sind Formen, weil sie Beiträge zu „Komplexen des Zusammengehörigen" bündeln (vgl. Luhmann 1996:28). Diesem Ansatz folgend sollen Berichterstattungs-Schemata, durch das Thema Leiharbeit, in der Berichterstattung der Badischen Zeitung kenntlich gemacht werden. Die Analyse von Berichterstattungs-Schemata soll durch folgende Fragestellungen vonstatten gehen:

- Welche Selektionen/ Unterscheidungen kommen in ausschließlich einem Erhebungszeitraum vor?
- Welche Selektionen/ Unterscheidungen kommen in mehreren Erhebungszeiträumen vor?
- Welche Selektionen/ Unterscheidungen kommen in keinem Erhebungszeitraum vor?

Schemata sind Vereinfachungen, die bei der Themenvergabe regeln was „situativ bedeutsam" ist, „was vergessen werden" kann und was „in Erinnerung bleiben muß" (Luhmann 1996:69). Für den Verfasser sind Berichterstattungs-Schemata ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit. Daraus ergeben sich drei Untersuchungsschritte (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Spezifische Fragestellungen und Untersuchungsschritte

Spezifische Fragestellung	Untersuchungsschritte zur Analyse von Berichterstattungs-Schemata
Welche Selektionen/ Unterscheidungen kommen ausschließlich in einem Erhebungszeitraum vor?	Untersuchung situativer Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit (vgl. Kapitel C.6.1)
Welche Selektionen/ Unterscheidungen kommen in mehreren Erhebungszeiträumen vor?	Untersuchung durchgehender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit (vgl. Kapitel C.6.1)
Welche Selektionen/ Unterscheidungen kommen in keinem Erhebungszeitraum vor?	Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit (vgl. Kapitel C.6.2)

Kapitel C.6.1:
Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit

In diesem Kapitel soll die situative und durchgehende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit untersucht werden. Berichterstattungs-Schemata werden als ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit verstanden, somit erfüllt dieses Teilkapitel zwei Voraussetzungen zu ihrer Analyse. Ziel dieses Kapitels ist es herauszufinden, welche Selektionen/ Unterscheidungen ausschließlich in einem Erhebungszeitraum vorkommen und welche in mehr als nur einem.

Dafür sollen die Akteur-Frames und Metaphern dieser Arbeit zu Kategorien gebündelt und anschließend zu Kategoriengruppen zusammengefasst werden. Mit der Kategorienbildung beabsichtigt der Verfasser eine Verdichtung der erhobenen Artikel zu Aussagen. Diese Verdichtung hat mit der Bildung von Akteur-Frames und Metaphern begonnen und wird mit der Bildung von Kategoriengruppen enden. Ziel ist es eine situative von einer durchgehende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit zu unterscheiden.

Kapitel C.6.1.1:
Kategorien und Unterkategorien

Die in Unterscheidung IV gebildeten Akteur-Frames und Metaphern werden zu 32 Kategorien zusammengefasst. Die Bildung von Kategorien und Unterkategorien ist notwendig, um zwischen einer situativen und einer durchgehenden Bedeutsamkeit zu unterscheiden:

- Durchgehend bedeutsame Kategorien oder Unterkategorien finden in mindestens zwei Erhebungszeiträumen Erwähnung.
- Situativ bedeutsame Kategorien oder Unterkategorien finden einzig in einem Erhebungszeitraum Erwähnung.

Die Kategorien und Unterkategorien basieren auf den gebildeten Akteur-Frames und Metaphern. Der Nachweis dafür welche Akteur-Frames und Metaphern in welche Kategorien und Unterkategorien eingeflossen sind, ist im Codebuch zu finden (vgl. CD-Anhang: Codebuch: Kapitel 2).

Kategorie 1: „Mindestlohn“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-1): In EZ 1 wird darauf hingewiesen, dass durch Mindestlöhne Gehälter steigen. In EZ 2 dient Mindestlohn als Lösungsansatz für den Mindestlohnsektor und prekäre Beschäftigung. In EZ 3 wird ein Mindestlohn zur Eindämmung des Mindestlohnsektors gefordert.

Kategorie 2: „Leiharbeit als Instrument zur Gewinnmaximierung“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-2): Diese Kategorie ist ebenfalls durchgehend bedeutsam. Leiharbeit dient Betrieben als Instrument zur Gewinnmaximierung. Durch Leiharbeit werden Lohnkosten gesenkt (EZ 1, 3) und der Equal Pay-Grundsatz in Betrieben umgangen (EZ 2).

Kategorie 3: „Niedriglohnsektor wächst“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-3): Der Niedriglohnsektor wächst und Leiharbeit wird als eine Ursache dafür gesehen (EZ1). In EZ 2 wir der Tariflohnabschlusses für Leiharbeitnehmer verantwortlich gemacht. In EZ 3 verbreitet sich der Niedriglohnsektor, weil Leiharbeitnehmer halb so viel verdienen wie normale Beschäftigte und unter der Niedriglohnschwelle arbeiten. Durch Leiharbeit wird schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt etabliert.

Kategorie 4: „Leiharbeit wird niedrig entlohnt“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-4): Leiharbeitnehmer bleiben arm trotz Arbeit, denn sie ist verantwortlich für Niedriglöhne (EZ 1). Daher gilt sie als prekäre Beschäftigung (EZ 2). In EZ 3 wird festgestellt, dass diese Beschäftigungsform nicht zu Lohndumping führen darf.

Kategorie 5: „Leiharbeitnehmer müssen ihre Gehälter aufstocken lassen“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-5): Leiharbeitnehmer sind prekär beschäftigt, weil sie ihr Lohn durch Hartz IV aufstocken lassen müssen (EZ 1). Sie verursachen hohe Kosten für

Gemeinden und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen (EZ 2). Für die Abhängigkeit von Zuschüssen wird der Mindestlohnsektor verantwortlich gemacht (EZ 3).

Kategorie 6: „Zwei Klassen“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-6): Die Kategorie „Zwei Klassen“ ist innerhalb der Erhebungszeiträume 1, 2 und 3 in unterschiedlichen Unterkategorien situativ und durchgehend bedeutsam:

- Unterkategorie 6-1: „Leiharbeit teilt die Beschäftigten in zwei Klassen“: Leiharbeit teilt die Beschäftigten in Betrieben in zwei Klassen (EZ 1, 2, 3).
- Unterkategorie 6-2: „Zweites Lohnniveau in Betrieben durch Leiharbeit“: Durch Leiharbeit wird in Betrieben ein zweites Lohnniveau etabliert (EZ 2, 3).
- Unterkategorie 6-3: „Leiharbeit ist Ausbeutung“: In EZ 2 und 3 wird Leiharbeit mit Ausbeutung gleichgesetzt.
- Unterkategorie 6-4: „Leiharbeitnehmer werden regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt“: Laut BZ-Berichterstattung in EZ 1 sollen Leiharbeitnehmer in Betrieben separiert sein, weil sie regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt werden.
- Unterkategorie 6-5: „Leiharbeit unterbindet Solidarität unter Arbeitnehmern“: Leiharbeit unterbindet den Solidaritätsgedanke zwischen Arbeitnehmern.
- Unterkategorie 6-6: „Keine Aussicht auf eine feste Anstellung“: In EZ 2 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer keine Aussicht auf eine feste Anstellung haben.
- Unterkategorie 6-7: „Leiharbeit als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen, Missbrauch der Jugend, wütende und verbitterte Jugend“: Leiharbeit wird in EZ 2 als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen und Missbrauch der Jugend beschrieben. Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge werden durch das Bild einer wütenden und verbitterten Jugend negativ besetzt.

Kategorie 7: „Schlechte Zukunftsperspektive für Leiharbeitnehmer“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-7): In EZ 1 wird berichtet, dass es durch Leiharbeit künftigen Generation nicht besser gehen werde als der zuvor. Außerdem wird das Bild einer Jugend gezeichnet, die Angst vor der Zukunft aufgrund von Leiharbeit, hat. Dieses Bild lässt sich als gesellschaftliche Verarmung durch Leiharbeit interpretieren. In EZ 2 wird die Zukunftsperspektive für Leiharbeitnehmer mit Altersarmut gleichgesetzt, denn Leiharbeit ist nicht sozialversicherungspflichtig.

Kategorie 8: „Equal Pay“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-8): Kategorie 8 gliedert sich in zwei Unterkategorien:

- Unterkategorie 8-1: „Leiharbeitnehmer sollen dasselbe Gehalt bekommen wie Festangestellte“: In EZ 1 wird über Equal Pay als eine gesetzliche Zusicherung berichtet, die Leiharbeitnehmern, nach kurzer Einarbeitungszeit, den gleichen Lohn zukommen lässt wie Stammbeschäftigte. In EZ 2 soll Equal Pay die Ausbreitung des Niedriglohsektors eindämmen. Außerdem wird Equal Pay nicht mehr als gesetzliche Zusicherung verstanden, sondern als eine Betriebsvereinbarung, die Leiharbeitnehmern das gleiche Entgelt wie Stammbeschäftigten, nach sechs Beschäftigungsmonaten, garantiert.
- Unterkategorie 8-2: „Equal Pay ist für Betriebe nicht möglich“: In EZ 1 wird berichtet, dass Equal Pay für Betriebe nicht möglich ist, weil das Arbeitsverhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Leiharbeitsfirma beseht.

Kategorie 9: „Betriebe sollen die Gehälter der Arbeitnehmer anheben“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-9): Die Forderung nach einer Anhebung wird damit begründet, dass die Wirtschaftskrise vorbei ist und Betriebe einen Aufschwung hingelegt haben (EZ 1). In EZ 2 wird diese Forderung explizit an die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie gestellt. Denn diese haben sich von der Wirtschafts- und Finanzkrise gut erholt. Südwestmetall bietet eine Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent mit einer Laufzeit von 12 Monaten an.

Kategorie 10: „Flexibilität“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-10): Die Kategorie „Flexibilität“ gliedert sich in Ausprägungen, die durchgehend und situativ bedeutsam sind:

- Unterkategorie 10-1: „Einschränkung von Leiharbeit beschränkt betriebliche Flexibilität“: In EZ 1 wird im Verbot, in der Beschränkung und in der Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer eine Beschränkung betrieblicher Flexibilität gesehen. In EZ 2 wird in den IG Metall-Forderungen eine Einschränkung gesehen. Leiharbeit soll weiterhin der betrieblichen Flexibilität dienen und nicht eingeschränkt oder abgeschafft werden, ohne einen Ersatz dafür gefunden zu haben. Die IG Metall fordert die Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierenden in Betrieben, sowie eine Erhöhung der Löhne der Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie um 6,5 Prozent.

- Unterkategorie 10-2: „Negative Auswirkungen von Flexibilität für Leiharbeitnehmer“: In EZ 1 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer weniger verdienen, weil sie die Kosten der Flexibilität tragen. Leiharbeitsverhältnisse sind von kurzer Dauer, weil Betriebe ihren Personalstand an ihre Auftragslage anpassen.
- Unterkategorie 10-3: „Positive Auswirkungen von Flexibilität für Betriebe und Arbeitnehmer“: In EZ 1 wird berichtet, dass Leiharbeit Betrieben bei schwankender Auftragslage als Flexibilitätspuffer dient. Durch Flexibilität bleiben deutsche Betriebe weltweit wettbewerbsfähig. Außerdem sichert Flexibilität das Steigen von Löhnen und Arbeitsplätze.

Kategorie 11: „IG Metall fordert eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung für Arbeitnehmer“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-11): IG Metall fordert eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung der Arbeitnehmer in der Elektro- und Metallindustrie in den Tarifverhandlungen mit Südwestmetall (EZ 1, 2).

Kategorie 12 „IG Metall fordert Mitspracherecht von Betriebsräten bei Einsatz von Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-12): IG Metall fordert ein Mitspracherecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit in den Tarifverhandlungen mit Südwestmetall (EZ 1, 2).

Kategorie 13: „Arbeitsbedingungen in Betrieben“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-13): Die Kategorie gliedert sich in acht Unterkategorien:

- Unterkategorie 13-1: „Unsicherheit, Verunsicherung und Druck für Arbeitnehmer in Betrieben“: In EZ 2 wird berichtet, dass junge Menschen in Betrieben mit der Aussicht auf eine Festanstellung in Betrieben erpresst werden. Außerdem sorgen befristete Anstellungen bei jungen Menschen für existentielle Unsicherheiten. In EZ 3 wird thematisiert, dass Leiharbeit die Belegschaft eines Betriebes verunsichert, weil Leiharbeitnehmer auch nach fünf Jahren keine Festanstellung bekommen. Durch Leiharbeit wird die Stammbelegschaft in Betrieben unter Druck gesetzt.
- Unterkategorie 13-2: „Leiharbeitnehmer sind für Betriebe teurer als Festangestellte“: In EZ 1 wird behauptet, dass Leiharbeitnehmer für Betriebe teurer sind als Festangestellte.

- Unterkategorie 13-3: „Leiharbeitnehmer bekommen in Betrieben nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte“: In EZ 1 wird auch thematisiert, dass Leiharbeitnehmer nicht den gleichen Lohn bekommen wie Festangestellte.
- Unterkategorie 13-4: „Drehtüreffekt von Leiharbeit in Betrieben“: Festangestellte Arbeitnehmer wurden gekündigt, um sie als Leiharbeitnehmer wieder einzustellen (EZ 1).
- Unterkategorie 13-5: „Klebeeffekt von Leiharbeit in Betrieben“: 20 Prozent der Leiharbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie schaffen es in eine Festanstellung (EZ 1).
- Unterkategorie 13-6: „Leiharbeit erhöht Anzahl von Stammbeschäftigten“: Leiharbeit soll den Effekt haben, dass sie die Anzahl von Stammbeschäftigten in Betrieben erhöht (EZ 1).
- Unterkategorie 13-7: „Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition eines Betriebes“: Ohne Leiharbeit ist die Marktführerposition eines Betriebes nicht zu halten (EZ 2).
- Unterkategorie 13-8: „Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen“: Leiharbeit verdrängt neue Arbeitsstellen und besetzt feste Arbeitsplätze (EZ 2).

Kategorie 14: „Rechtfertigung für den Einsatz von Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-14): In EZ 2 und 3 wird der Einsatz von Leiharbeit damit gerechtfertigt, dass es ein Mittel ist, um hohe Auftragslagen aufzufangen. In EZ 3 wird ergänzt, dass Leiharbeit auch als Notlösung bei Fachkräftemangel dient.

Kategorie 15: „Forderung der festen Übernahme von Arbeitnehmern in Betrieben“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-15): In EZ 1 und 3 wird die feste Übernahme von Arbeitnehmer in Betrieben gefordert.

Kategorie 16: „Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-16): In EZ 1 und 3 wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert sind als Festangestellte.

Kategorie 17: „Zu wenige Leiharbeitnehmer bekommen eine Festanstellung“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-17): In EZ 1 wird thematisiert, dass zu wenige Leiharbeitnehmer eine Festanstellung bekommen.

Kategorie 18: „Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-18): In EZ 1 wird auch noch berichtet, dass Leiharbeit für Arbeitssuchende keine Brücke in den Arbeitsmarkt bildet.

Kategorie 19: „Leiharbeit als Ursache psychischer Störungen“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-19): Leiharbeit wird einzig in EZ 2 als Ursache psychischer Störungen thematisiert.

Kategorie 20: „Jugend“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-20): Diese Kategorie gliedert sich in drei Unterkategorien:

- Unterkategorie 20-1: „Anstieg von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit“: In EZ 2 wird berichtet, dass die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit gestiegen ist.
- Unterkategorie 20-2: „Junge Menschen bekommen in Betrieben keine unbefristete Festanstellung“: Ausgebildete, ausgelernte Lehrlinge und Dual-Studierende bekommen in Betrieben keine unbefristete Festanstellung (EZ 2).
- Unterkategorie 20-3: „IG Metall fordert Übernahme junger Menschen (Auszubildende und Ausgelernte) in Betrieben“: Für die Tarifverhandlung in der Elektro- und Metallindustrie fordert die IG Metall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (EZ 2).

Kategorie 21: „Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-21): In der Berichterstattung in EZ 2 werden die Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall formuliert: Die IG Metall soll Warnstreiks beenden. Es soll keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben geben. Außerdem soll so wenig wie möglich bei den Tarifverhandlungen von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent abgerückt werden.

Kategorie 22: „Bild der IG Metall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-22): Die Berichterstattung zeichnet in EZ 2 Bilder der Gewerkschaft, die in drei Unterkategorien zusammengefasst werden:

- Unterkategorie 22-1: „Identifikation mit der Gewerkschaft“: Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft. Es wird indirekt zur Teilnahme an Warnstreiks aufgerufen. Zudem

wird in der Berichterstattung thematisiert, dass sich die Gewerkschaft um die Belange junger Arbeitnehmer kümmert (EZ 2).

- Unterkategorie 22-2: „Starke Gewerkschaft“: In der Berichterstattung wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet, indem über eine hohe Beteiligung von Arbeitnehmern an den Warnstreiks berichtet wird und Begriffspaare verwendet werden, die Stärke suggerieren (EZ 2).
- Unterkategorie 22-3: „Durch Streiks entstehen Schäden bei Betrieben“: In EZ 2 wird der potentielle finanzielle Schaden thematisiert, denn IG Metall durch einen bundesweiten Streik von 3,6 Millionen Beschäftigten anrichten kann. Dieser potentielle finanzielle Schaden wird vom Verfasser als Zeichen der Gewerkschaftsstärke interpretiert (EZ 2).

Kategorie 23: „Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-23): Es wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer sich weniger mit dem Unternehmen identifizieren als Festangestellte (EZ 3).

Kategorie 24: „Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-24): Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden, weil die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten wieder beendet wird, so die Berichterstattung in EZ 3.

Kategorie 25: „Reflexion von Lösungswegen für Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-25): Im dritten Erhebungszeitraum werden Lösungswege für Leiharbeit reflektiert. Diese werden in zwei Unterkategorien gegliedert:

- **Unterkategorie 25-1 „**Verteuerung von Leiharbeit erschwert Arbeitssuche“: In EZ 3 wird behauptet, dass die Verteuerung von Leiharbeit die Arbeitssuche für Geringqualifizierte erschwert.
- **Unterkategorie 25-2 „**Erhöhung von Stundenlöhnen schafft Leiharbeit nicht ab“: Es wird auch berichtet, dass die Erhöhung von Stundenlöhnen Leiharbeit nicht abschafft (EZ 3).

Kategorie 26: „Leiharbeit ist eine Brücke in den Arbeitsmarkt“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-26): Leiharbeit hilft Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen Arbeit zu bekommen (EZ 3).

Kategorie 27: „Anstieg von Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-27): Der Anstieg von Leiharbeit in einem Landkreis wird in EZ 3 zum Thema gemacht.

Kategorie 28: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-28): In EZ 4 werden die Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO thematisiert. Diese werden in drei Unterkategorien ausgedrückt:

- Unterkategorie 28-1 „Rechtfertigung einer Lohnerhöhung“: In der Berichterstattung wird die Forderung nach einer Lohnerhöhung gerechtfertigt, weil UFO drei Jahre hintereinander eine Tarifrunden ohne Erhöhung von Gehältern hinnehmen musste (EZ 3).
- Unterkategorie 28-2 „Streik als Mittel von UFO zur Interessensdurchsetzung“: UFO versucht, durch punktuelle Streiks, ihre Forderungen umzusetzen (EZ 3).
- Unterkategorie 28-3 „Ziele der Gewerkschaft UFO“: UFO fordert fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und einen Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen (EZ 3).

Kategorie 29: „Bild der Gewerkschaft UFO“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-29): In EZ 4 zeichnet die Berichterstattung drei Bilder der Gewerkschaft UFO. Diese werden in vier Unterkategorien wiedergegeben:

- Unterkategorie 29-1: „Durch Betonung auf Schaden und gewerkschaftlicher Rechtfertigung gerät der Streikgrund in den Hintergrund“: In der Berichterstattung wird durch das Bild lahmgelegter Flughäfen, Verzögerungen und Chaos der den Schaden hervorgehoben, den UFO mit ihren Punktuellen Streiks anrichtet. Weiterhin wird berichtet, wie sich UFO für die Folgen des Streiks entschuldigt. Dadurch wirkt die Gewerkschaft, für den Verfasser so, als würde sie die alleinige Verantwortung für die entstandenen Schäden bei den Passagieren auf sich nehmen. Die Betonung der Schäden und die Rechtfertigung der Gewerkschaft können zur Folge haben, dass der Streikgrund (der Personalabbau durch Lufthansa) in den Hintergrund gerät (EZ 4).
- Unterkategorie 29-2: „Durch Streiks entstehen Schäden für Passagiere“: Die Freude des UFO-Gewerkschaftschefs über die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft kann dahingehend ausgelegt werden, dass UFO ihre Erfolge auf Kosten der Lufthansa-Passagiere erzielt. Durch das Bild einer Gewerkschaft, die die Streiks zur Interessensdurchsetzung instrumentalisiert, kann UFO so

wirken, als würden sie die Schäden billigend in Kauf nehmen. Das Bild leidender Passagiere betont den Schaden an Passagieren, der durch die Streiks entsteht. Durch die Lufthansa-Kritik an UFO wird das Bild einer fluggastfeindlichen Gewerkschaft gezeichnet, die dahingehend interpretiert werden kann, dass ihr die Schäden, die bei den Fluggästen entstehen, gleichgültig sind (EZ 4).

- Unterkategorie 29-3: „Unsouveräne Gewerkschaft“: In Anbetracht der Schäden an den Passagieren (vgl. Unterkategorie 29-2) und dem Bild lahmgelegter Flughäfen, Verzögerungen und Chaos (vgl. Unterkategorie 29-3) kann die gewerkschaftliche Entscheidung zu streiken als übereilt, unüberlegt und unsouverän interpretiert werden (EZ 4).
- Unterkategorie 29-4: „Keine Identifikation mit den Zielen der Gewerkschaft“: Das Bild von Passagieren, die sich gleichmäßig zwischen Sympathisanten und Gegnern der Streikmethode aufteilt, vermittelt das Bild, dass es keine Mehrheit unter den Passagieren gibt, die den Methoden von UFO beipflichtet (EZ 4).

Kategorie 30: „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-30): In der Berichterstattung werden die Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa erwähnt. Diese werden in zwei Unterkategorien gegliedert:

- Unterkategorie 30-1 „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“: Lufthansa will ein Tochterunternehmen gründen, um den Lufthansa-Tarif zu senken. Weitere Ziele sind die Verlängerung der Arbeitszeiten von Angestellten und die Beendigung des Tarifstreits mit UFO (EZ 4).
- Unterkategorie 30-2: „Mittel, mit denen Lufthansa den Tarifstreit beenden will“: Um den Tarifstreit mit UFO zu beenden, bietet Lufthansa ein Absicherungsangebot, 3,5 Prozent mehr Gehalt für Arbeitnehmer, ein Verzicht auf Leiharbeit, sowie der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung (EZ 4).

Kategorie 31: „Einsparung von Personalkosten“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-31): Lufthansas Einsparung von Personalkosten wird in EZ 4 ebenfalls thematisiert. Diese Kategorie wir in drei Ausprägungen erläutert:

- Unterkategorie 31-1: „Erläuterung der Lufthansa-Pläne“: Lufthansa versucht Personalkosten einzusparen, indem durch eine konzerninterne Billigtochter Gehaltsstufen abgeflacht werden (EZ 4).
- Unterkategorie 31-2: „Probleme, die für Lufthansa die Einsparung von Personalkosten notwendig machen“: Berichtet wird auch darüber, welche Probleme die Einsparung von Personalkosten für Lufthansa notwendig machen. Die Fluggesellschaft ist einem starken Wettbewerb mit Billigfliegern ausgesetzt, macht Schulden aufgrund von hohen Treibstoffkosten und hat Milliarden-Investitionen getätigt (EZ 4).
- Unterkategorie 31-3: „Rechtfertigung des Personalabbaus“: Im Bezug auf den Personalabbau wird bewertet, dass die Personalkosten bei Lufthansa höher sind als jene der Konkurrenz. Außerdem wird berichtet, dass Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip von Lufthansa nicht mehr akzeptiert werden (EZ 4).

Kategorie 32 „Informationsservice für Passagiere“ (vgl. Codebuch: Kapitel 2-32): Der Verweis auf Informationen über gestrichene Flüge auf Webseiten und über Hotlines kann als redaktionelle Reaktion auf den Schaden, der durch die Streiks entsteht, interpretiert werden (EZ 4).

Kapitel C.6.1.2:
Kategoriengruppen und Ausprägungen

Die gebildeten Kategorien und Unterkategorien werden in diesem Kapitel zu Kategoriengruppen und Ausprägungen zusammengefasst. Anhand dieser Gruppen und Ausprägungen soll eine situative von einer durchgehenden Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit unterschieden werden. Es werden zwei Arten von Kategoriengruppen gebildet:

- Durchgehend bedeutsame Kategoriengruppen bzw. Ausprägungen sind Unterscheidungen/ Selektionen, die in mindestens zwei Erhebungszeiträumen vertreten sind.
- Sitautiv bedeutsame Kategoriengruppen sind Unterscheidungen/ Selektionen, die in einem einzigen Erhebungszeitraum vertreten sind.

Ein Nachweis dafür welche Kategorien in die Kategoriengruppen und Ausprägungen eingeflossen sind, ist im Codebuch zu finden (vgl. CD-Anhang: Codebuch: Kapitel 3).

Kategoriengruppe 1: „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-1): In den ersten drei Erhebungszeiträumen wird Leiharbeit als niedrige Entlohnung thematisiert. Das zeigt sich an folgenden vier Ausprägungen:

- Ausprägung 1-1: „Mindestlohn, als Anstieg von Löhnen zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors“: In EZ 1 bis 3 wird der Mindestlohn durchgehend Anstieg von Löhnen zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors thematisiert (EZ 1, 2, 3).
- Ausprägung 1-2: „Leiharbeit ist verantwortlich für das Wachstum des Niedriglohnsektors“: Leiharbeit wird auch durchgehend für das Wachstum des Niedriglohnsektors verantwortlich gemacht (EZ 1, 2, 3).
- Ausprägung 1-3: „Leiharbeit wird zu niedrig entlohnt“: Es wird wiederholt thematisiert, dass Leiharbeit zu niedrig entlohnt wird (EZ 1, 2, 3).
- Ausprägung 1-4: „Leiharbeitnehmer müssen durch staatliche Unterstützung ihre Gehälter aufstocken“: Es wird auch durchgehend darauf hingewiesen, dass Leiharbeitnehmer ihre Gehälter durch staatliche Unterstützung aufstocken lassen müssen (EZ 1, 2, 3).

Kategoriengruppe 2: „Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-2): In der BZ-Berichterstattung wird durchgehend und situativ thematisiert, dass Leiharbeit die Ausbildung von zwei Klassen verursacht:

- Ausprägung 2-1: „Leiharbeit teilt Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen“: In den ersten drei Erhebungszeiträumen wird berichtet, dass Leiharbeit die Beschäftigten in Betrieben in zwei Klassen teilt (EZ 1, 2, 3).
- Ausprägung 2-2: „Leiharbeitnehmer als schlecht verdienende und ausgebeutete Klasse“: In EZ 2 und 3 wird berichtet, dass durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau in Betrieben etabliert wird. Diese Beschäftigungsform wird auch als Ausbeutung betitelt. Damit wird in der Berichterstattung ein Klassenbegriff eingeführt, ohne die Erwähnung des Gegenparts. Denn eine schlecht verdie-

nende Klasse ist ohne eine besser verdienende Klasse nicht vorstellbar. Ebenfalls muss eine ausgebeutete Klasse einer Ausbeuterklasse gegenüberstehen. In der Berichterstattung werden Klassengegensätze konstruiert ohne die Erwähnung des Gegenparts (EZ 2, 3).

- Ausprägung 2-3: „Leiharbeitnehmer sind austauschbar und unterbinden Solidarität zwischen Arbeitnehmern“: Austauschbarkeit und unterbundene Solidarität können als Effekte interpretiert werden, die die Ausbildung von zwei Klassen in Betrieben begünstigen (EZ 1).
- Ausprägung 2-4: „Leiharbeitnehmer als Arbeitnehmer zweiter Wahl“: In EZ 2 wird berichtet, dass sich viele Leiharbeitnehmer als Beschäftigte zweiter Wahl fühlen. Auch hieraus kann interpretiert werden, dass Leiharbeit zwei Klassen ausbildet (EZ 2).

Kategoriengruppe 3: „Leiharbeit in Betrieben“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-3): Diese Kategoriengruppe versammelt Ausprägungen, die Auswirkungen, Folgen und Umstände von Leiharbeit in Betrieben thematisieren:

- Ausprägung 3-1: „Leiharbeit dient der Gewinnmaximierung von Betrieben“: In den ersten drei Erhebungszeiträumen wird berichtet, dass Leiharbeit der Gewinnmaximierung von Betrieben dient (EZ 1, 2, 3).
- Ausprägung 3-2: „Ansätze, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen“ und „Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit schränken betriebliche Flexibilität ein“: In EZ 1 und 2 werden Equal Pay und betriebliche Gewinne als Ansätze thematisiert, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen. Gleichzeitig wird berichtet Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit die betriebliche Flexibilität einschränken (EZ 1, 2).
- Ausprägung 3-3: „Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte“: In EZ 1 und 3 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert sind als Festangestellte (EZ 1, 3).
- Ausprägung 3-4: „Gegensatzpaare 1 - 4“: In EZ 1 wird Leiharbeit in Betrieben anhand von Gegensatzpaaren beschrieben, die sich teilweise widersprechen: Die Thematisierung von positiven Auswirkungen von Flexibilität für Betriebe und Arbeitnehmer steht der Thematisierung von negativen Auswirkungen von

Flexibilität für Leiharbeitnehmer gegenüber (Gegensatzpaar 1). Es wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte bekommen, gleichzeitig wird erwähnt dass Equal Pay für Betriebe nicht möglich ist (Gegensatzpaar 2). Leiharbeit erhöht die Anzahl von Festangestellten, gleichzeitig wird berichtet, dass es wenige Leiharbeitnehmer in eine Festanstellung schaffen (Gegensatzpaar 3). Festangestellte Arbeitnehmer werden gekündigt, um sie wieder als Arbeitnehmer einzustellen, gleichzeitig wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer teurer als Festangestellte für Betreibe sind (Gegensatzpaar 4) (EZ 1).

- Ausprägung 3-5: „Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition“ und „Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen“: Ohne Leiharbeit ist die Marktführerposition eines Betriebes nicht zu halten. Außerdem wird berichtet, dass Leiharbeit neue Arbeitsstellen verdrängt und besetzt (EZ 3).
- Ausprägung 3-6: „Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte“: In der Berichterstattung wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte identifizieren (EZ 3).

Kategoriengruppe 4 „IG Metall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-4): Die Kategoriengruppe „IG Metall“ gliedert sich in zwei Ausprägungen:

- Ausprägung 4-1: „Forderungen der IG Metall – Lohnerhöhung und Mitspracherecht“: Im Tarifkonflikt mit Südwestmetall fordert IG Metall eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer der Elektro- und Metallindustrie. Ebenfalls fordert sie ein Mitspracherecht von Betriebsräten bei Einsatz von Leiharbeit (EZ 1, 2).
- Ausprägung 4-2: „Bild der IG Metall“ und „Forderungen der IG Metall – Unbefristete Übernahme“: Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft. Es wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet. Außerdem wird über einen potentiellen finanziellen Schaden berichtet, denn die Gewerkschaft, durch einen bundesweiten Streik anrichten kann. Außerdem fordert die Gewerkschaft in den Tarifverhandlungen mit Südwestmetall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (EZ 2).

Kategoriengruppe 5 „Leiharbeit als schlechte Zukunftsperspektive“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-5): In den ersten beiden Erhebungszeiträumen wird Leiharbeitnehmern eine schlechte Zukunftsperspektive gegeben (EZ 1, 2).

Kategoriengruppe 6 „Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-6): Aus EZ 1 und 3 können Ausprägungen gewonnen werden, die die Auswirkung von Leiharbeit auf den Arbeitsmarkt thematisieren:

- Ausprägung 6-1: „Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt“: In EZ 1 wird die Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt thematisiert, indem berichtet wird, dass Leiharbeit keine Brücke in den Arbeitsmarkt bildet (EZ 1).
- Ausprägung 6-2: „Gegensatzpaar 5: Hohes Risiko von Arbeitslosigkeit vs. Brücke in den Arbeitsmarkt“ und „Reflexion von Lösungswegen“: Wie in Ausprägung 3-4 wird auch hier Leiharbeit als Gegensatzpaar thematisiert. Leiharbeitnehmer sind einerseits einem hohen Risiko ausgesetzt arbeitslos zu werden, andererseits dient sie Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen als Brücke in den Arbeitsmarkt (EZ 3).
- Ausprägung 6-3: „Reflexion von Lösungswegen“: Die Verteuerung von Leiharbeit erschwert die Arbeitssuche für Geringqualifizierte. Außerdem schafft die Erhöhung von Stundenlöhnen für Leiharbeitnehmer diese Beschäftigungsform nicht ab (EZ 3).

Kategoriengruppe 7 „Südwestmetall“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-7): In dieser Kategoriengruppe werden Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall, die in der Berichterstattung wiedergegeben werden, verzeichnet:

- Ausprägung 7-1 „Ziele des Arbeitgeberverbands Südwestmetall“: Ziele des Arbeitgeberverbandes sind die Beendigung der IG Metall-Warnstreiks, keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben und höchstens ein Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent (EZ 2).

Kategoriengruppe 8 „Jugend“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-8): Die Kategoriengruppe „Jugend“ gliedert sich in vier Ausprägungen, die aus dem zweiten Erhebungszeitraum gewonnen wurden:

- Ausprägung 8-1: „Die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen“: In der BZ-Berichterstattung wird thematisiert, dass die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit gestiegen ist.
- Ausprägung 8-2: „Keine unbefristete Anstellung für junge Arbeitnehmer“: Es wird berichtet, dass Ausgebildete, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben keine unbefristete Festanstellung bekommen.
- Ausprägung 8-3: „Leiharbeit als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen und Missbrauch der Jugend“: Leiharbeit wird als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen und Missbrauch der Jugend bezeichnet.
- Ausprägung 8-4: „Jugend wütend auf Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge“: Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge werden durch das Bild einer wütenden und verbitterten Jugend negativ besetzt.

Kategoriengruppe 9 „Psychische Störung“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-9): Es wird in Erhebungszeitraum zwei berichtet, dass Leiharbeit psychische Störungen verursacht (EZ 2).

Kategoriengruppe 10 „Anstieg von Leiharbeit“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-10): Außerdem wird berichtet, dass Leiharbeit in zwei Landkreise gestiegen ist (EZ 3).

Kategoriengruppe 11 „UFO“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-11): Die Kategoriengruppe „UFO“ besteht aus folgenden zwei Ausprägungen:

- Ausprägung 11-1: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO“: Ziele der Gewerkschaft sind die Beendigung von Leiharbeit bei Lufthansa, Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen und mehr Lohn für die Arbeitnehmer bei Lufthansa. Als Mittel zur Interessensdurchsetzung setzt UFO punktuelle Streiks ein (EZ4).
- Ausprägung 11-2: „Bild der Gewerkschaft UFO“: Anhand der Artikel in EZ 4 können die Bilder der Gewerkschaft, die von der Berichterstattung gezeichnet werden, folgendermaßen interpretiert werden: UFO verursacht Leid bei den Passagieren und Schäden (lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen und Chaos). Die gewerkschaftliche Entscheidung zu streiken kann, in Anbetracht von Leid und Schäden, als unsouverän interpretiert werden. Außerdem befürworten die Passagiere nicht mehrheitlich der Streikmethode von UFO (EZ4).

Kategoriengruppe 12 „Lufthansa“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-12): In dieser Kategoriengruppe werden Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa wiedergegeben:

- Ausprägung 12-1: „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“: Die Fluggesellschaft verfolgt folgende Ziele: Gründung eines Tochterunternehmen, um den Lufthansa-Tarif zu senken, die Verlängerung von Arbeitszeiten ihrer Angestellten und die Beendigung des Tarifstreits mit UFO. Mittel zur Interessensdurchsetzung ist ein Absicherungsangebot für Arbeitnehmer, 3,5 Prozent mehr Gehalt sowie der Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen (EZ4).
- Ausprägung 12-2: „Einsparung von Personalkosten“: Ein weiteres Ziel ist die Einsparung von Personalkosten durch eine konzerninterne Billigtochter. In der Berichterstattung wird dieses Ziel durch folgende Probleme begründet: Ein starker Wettbewerb, Schulden und Investitionen machen für Lufthansa die Einsparung von Personalkosten notwendig. Außerdem wird der Personalabbau damit gerechtfertigt, dass die Personalkosten bei Lufthansa höher sind als jene der Konkurrenz (EZ4).

Kategoriengruppe 13 „Passagiere“ (vgl. Codebuch: Kapitel 3-12): In Erhebungszeitraum vier lässt sich in dieser letzten Kategoriengruppe folgende Ausprägung bilden:

- Ausprägung 13-1 „Informationsservice für Passagiere“: In der Berichterstattung wird auf Informationen über gestrichene Flüge verwiesen. Das kann als eine redaktionelle Reaktion auf die Betonung von Schaden und leidende Passagiere interpretiert werden.

Kapitel C.6.1.3:
Situative und durchgehende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit

Anhand der Kategoriengruppen lässt sich nun erkennen, welche Selektionen/ Unterscheidungen bei der Thematisierung von Leiharbeit durch die Badische Zeitung, situativ und welche durchgehend bedeutsam sind.

Es lässt sich zunächst feststellen, dass es keine Kategoriengruppe oder Ausprägung gibt, die in allen vier Erhebungszeiträumen durchgehend bedeutsam ist. Der Verfasser dieser Arbeit schließt auf dieser Erkenntnis beruhend darauf, dass die Thematisierung von Leiharbeit innerhalb von zwei Ereignissen erfolgt. Das erste Ereignis erstreckt sich zwischen Erhebungszeitraum eins und drei und das zweite Ereignis bündelt sich im vierten Erhebungszeitraum:

- In Ereignis eins gibt es Unterscheidungen/ Selektionen, die sowohl situativ als auch durchgehend bedeutsam sind.
- In Ereignis zwei gibt es ausschließlich Unterscheidungen/ Selektionen, die situativ bedeutsam sind.

Die durchgehende und situative Thematisierung von Leiharbeit soll innerhalb von zwei Ereignissen erläutert werden. Anschließend sollen die Selektionen/ Unterscheidungen, die darin vorkommen, in einen Kausalzusammenhang gestellt werden.

Ereignis I als durchgehende und situative Thematisierung von Leiharbeit: Ereignis I besteht aus Selektionen/ Unterscheidungen, die sowohl durchgehend als auch situativ bedeutsam sind. In diesem Teilkapitel soll zwischen einer durchgehenden und einer situativen Bedeutsamkeit getrennt werden.

Ereignis eins ist aus folgenden Unterscheidungen/ Selektionen konstruiert, die in den ersten drei Erhebungszeiträumen durchgehend bedeutsam sind:

- Leiharbeit wird durchgehend als niedrige Entlohnung thematisiert (vgl. Ausprägung 1-3) und für das Wachstum des Niedriglohnsektors verantwortlich gemacht (vgl. Ausprägung 1-2). Ein gesetzlicher Mindestlohn wird als Mittel zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors betrachtet (vgl. Ausprägung 1-1). Es wird ebenfalls thematisiert, dass Leiharbeitnehmer durch staatliche Unterstützung ihre Gehälter aufstocken lassen müssen (vgl. Ausprägung 1-4). Thema ist auch, dass Leiharbeit Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen teilt (vgl. Ausprägung 2-1) und dass sie der Gewinnmaximierung von Betrieben dient (vgl. Ausprägung 3-1).

Ereignis eins ist auch aus Unterscheidungen/ Selektionen konstruiert, die in jeweils zwei Erhebungszeiträumen bedeutsam sind:

- In EZ 1 und 2 werden die IG Metall-Forderungen nach einer Lohnerhöhung für Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie und nach Mitspracherecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit thematisiert (vgl. Ausprägung 4-1). Leiharbeitnehmern wird eine schlechte Zukunft prognostiziert (vgl. Kategoriengruppe 5) und Maßnahmen zur Lohnerhöhung für Leiharbeitnehmer und Einschränkungen von Leiharbeit werden als Einschränkung betrieblicher Flexibilität betrachtet (vgl. Ausprägung 3-2).
- In den Erhebungszeiträumen eins und drei wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert sind als fest angestellte Arbeitnehmer (vgl. Ausprägung 3-3).
- In EZ 2 und 3 werden Leiharbeitnehmer als schlecht verdienende und ausgebeutete Klasse bezeichnet (vgl. Ausprägung 2-2).

Ereignis eins ist auch aus Unterscheidungen/ Selektionen konstruiert, die situativ bedeutsam sind:

- In EZ 1 wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer austauschbar sind und die Solidarität zwischen Arbeitnehmern unterbinden (vgl. Ausprägung 2-3). Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt (vgl. Ausprägung 6-1). In diesem Erhebungszeitraum tauchen besonders viele Selektionen auf, die im Gegensatz zueinander stehen (vgl. Ausprägung 3-4): Es werden Vorteile und Nachteile von Flexibilität thematisiert. Es wird der ungleiche Lohn von Leiharbeitnehmern thematisiert und gleichzeitig wird erläutert, dass eine gleiche Bezahlung für Betriebe nicht möglich ist. Leiharbeit erhöht die Anzahl von Festangestellten bei gleichzeitiger Thematisierung, dass es zu wenige Leiharbeitnehmer eine Festanstellung bekommen. Festangestellte Arbeitnehmer werden gekündigt, um sie wieder als Arbeitnehmer einzustellen, gleichzeitig sind Leiharbeitnehmer teurer als Festangestellte für Betreibe.
- In EZ 2 wird thematisiert, dass sich Leiharbeitnehmer als Arbeitnehmer zweiter Wahl fühlen (vgl. Ausprägung 2-4). Des weiteren werden in diesem Zeitraum die Ziele des Arbeitgeberverbands Südwestmetall thematisiert (vgl. Ausprägung 7-1). Thema ist auch, dass Leiharbeit psychische Störungen verursacht (vgl. Kategoriengruppe 9). Auffällig oft wird in diesem EZ die Jugend thematisiert: Es wird über eine gestiegene Jugend- und Langzeitarbeitslosig-

keit berichtet (vgl. Ausprägung 8-1) und darüber, dass junge Arbeitnehmer keine unbefristete Anstellung bekommen (vgl. Ausprägung 8-2). Leiharbeit wird als Missbrauch der Jugend bezeichnet (vgl. Ausprägung 8-3) und das Bild einer Jugend gezeichnet, die wütend auf Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge ist (vgl. Ausprägung 8-4). In diesem EZ wird zum ersten Mal die IG Metall-Forderung nach einer unbefristeten Übernahme aller Ausgebildeten thematisiert. Über eine Forderung hinaus wird eine Gewerkschaft thematisiert, die so stark ist, dass sie bei den Betrieben einen finanziellen Schaden anrichten kann (vgl. Ausprägung 4-2).

- In EZ 3 wird thematisiert, dass ein Betrieb ohne Leiharbeit seine Marktführerposition nicht sichern kann. Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen (vgl. Ausprägung 3-5). Darüber hinaus identifizieren sich Leiharbeitnehmer weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte (vgl. Ausprägung 3-6). Leiharbeit ist in zwei Landkreisen gestiegen (vgl. Kategoriengruppe 10). Zwei Lösungswege zur Verringerung von Leiharbeit werden auf ihre Wirksamkeit hinterfragt, denn die Verteuerung von Leiharbeit erschwert die Arbeitssuche für Geringqualifizierte. Außerdem schafft die Erhöhung von Stundenlöhnen für Leiharbeitnehmer diese Beschäftigungsform nicht ab (vgl. Ausprägung 6-3). Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden, gleichzeitig bildet Leiharbeit eine Brücke in den Arbeitsmarkt (vgl. Ausprägung 6-2).

Ereignis I als Kausalzusammenhang von Selektionen/ Unterscheidungen: Die Selektionen/ Unterscheidungen, die Ereignis I konstituieren, werden vom Verfasser in einem Kausalzusammenhang gestellt. Damit will der Verfasser einen narrativen Zusammenhang erstellen, indem eine Abfolge von Selektionen/ Unterscheidungen entsteht. Ereignis I lässt sich, aus der Sicht des Verfassers in folgenden Kausalzusammenhang ausdrücken:

Leiharbeit als niedrige Entlohnung: Anfangs wird die niedrige Entlohnung von Leiharbeit thematisiert. Leiharbeitnehmer müssen ihre Gehälter durch staatliche Unterstützung aufstocken, und sie haben eine schlechte Zukunftsperspektive, weil sie geringere Sozialbeiträge leisten. An diese Thematisierung schließen folgende Selektionen/ Unterscheidungen an: „Niedriglohnsektor“, „Klassenbegriff“, „Konzepthinterfragung“ und „Jugend“:

- *Niedriglohnsektor:* Leiharbeit ist mitunter für die Ausbreitung des Mindestlohnsektors verantwortlich. Ein Mindestlohn wird als Mittel zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors gesehen.
- *Klassenbegriff***:** Die niedrige Entlohnung von Leiharbeit wird in der Berichterstattung als ungleiche Entlohnung von Leiharbeitnehmern in Betrieben betrachtet. Dadurch wird der Thematisierung von Leiharbeit ein Klassenbegriff beigefügt. Es wird über die Bildung von zwei Klassen in Betrieben und unterbundener Solidarität unter Arbeitnehmern berichtet. Leiharbeitnehmer werden ausgebeutet und fühlen sich als Arbeitnehmer zweiter Wahl.
- *Jugend:* Leiharbeit wird als Missbrauch der Jugend definiert. Dieser Definition wird beigefügt, dass die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit gestiegen ist, dass junge Arbeitnehmer keine unbefristete Anstellung bekommen und es wird das Bild einer Jugend gezeichnet, die wütend auf Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge ist.
- *Konzepthinterfragung:* Leiharbeit wird über eine niedrige Entlohnung hinaus als Beschäftigungskonzept hinterfragt, denn sie bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt und verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen. Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte und identifizieren sich weniger mit dem Betrieb. Zu wenige Leiharbeitnehmer schaffen es in eine Festanstellung, dafür ist das Risiko arbeitslos zu werden besonders hoch. Leiharbeit wird als Ursache für psychische Störungen thematisiert. Außerdem wird Leiharbeit als Mittel zur Gewinnmaximierung von Betrieben betrachtet. Diese Betrachtung wird dadurch unterstützt, dass festangestellte Arbeitnehmer gekündigt werden und wieder als Leiharbeitnehmer eingestellt werden.

Durch diese vier dargestellten Themenfelder gerät die Information in den Hintergrund, dass Leiharbeitnehmer womöglich für Betriebe teurer sein könnten als festangestellte Arbeitnehmer. Denn Leiharbeitsfirmen verdienen am Verleih ihrer Arbeitnehmer mit. Die Selektionen/ Unterscheidungen „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“, „Niedriglohnsektor“, „Klassenbegriff“, „Konzepthinterfragung“ und „Jugend“ werden in der Berichterstattung öfter konfirmiert und erweisen sich dadurch als dominanter.

Tarifkonflikt: Im Rahmen dieser fünf Unterscheidungen werden die IG Metall-Forderungen nach einer Lohnerhöhung und Mitspracherecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit thematisiert. Über die Forderungen hinaus wird eine Gewerkschaft thematisiert, die so stark ist, dass sie bei den Betrieben einen finanziellen Schaden anrichten kann. Durch die Formulierung der Ziele von Südwestmetall in der Berichterstattung, wird die Thematisierung von Leiharbeit in einen Tarifkonflikt übergeführt.

Flexibilitätsdebatte: Aufgrund der Gewerkschaftsforderungen wird eine Flexibilitätsdebatte aufgegriffen. Eine Lohnerhöhung für Leiharbeitnehmer und Einschränkungen von Leiharbeit wird als Einschränkung betrieblicher Flexibilität verstanden. In der Berichterstattung werden Vorteile und Nachteile von Flexibilität thematisiert: Ohne Flexibilität kann ein Betrieb seine Marktführerposition nicht halten und allgemein ist eine Lohnerhöhung ohne Flexibilität von Betrieben nicht möglich. Gleichzeitig sind es Leiharbeitnehmer, die die Nachteile der Flexibilität tragen.

Offenes Ende: Letzten Endes, also in Erhebungszeitraum drei, wird keine Lösung der Problematisierung von Leiharbeit thematisiert. Abgesehen vom Tarifabschluss zwischen IG Metall und Südwestmetall, der 4 Prozent mehr Geld, mehr Arbeitnehmereinfluss auf Leiharbeit und eine Azubi-Übernahme vorsieht (vgl. BZ-056) werden thematisierte Lösungswege hinterfragt: Die Verteuerung von Leiharbeit erschwert die Arbeitssuche für Geringqualifizierte. Außerdem schafft die Erhöhung von Stundenlöhnen für Leiharbeitnehmer diese Beschäftigungsform nicht ab. Der Anstieg von Leiharbeit in zwei Landkreisen wird thematisiert, gleichzeitig wird Leiharbeit als eine funktionierende Brücke in den Arbeitsmarkt verstanden. Aus der Sicht des Verfassers endet die Thematisierung von Leiharbeit in Ereignis I ohne ein klares Bekenntnis der Berichterstattung dazu, ob Leiharbeit als Beschäftigungsform beibehalten oder abgeschafft werden soll. Aus diesem Grund lässt sich von einem offenen Ende in Ereignis eins sprechen.

Bei der Betrachtung von Ereignis I als Kausalzusammenhang von Selektionen/ Unterscheidungen sieht der Verfasser die Thematisierung von Leiharbeit als niedrige Entlohnung als den Ursprung dieses Ereignisses. Daran anknüpfend wird Leiharbeit in einem Zusammenhang mit dem Niedriglohnsektor, mit einem Klassenbegriff, mit der Jugend und einer Konzepthinterfragung thematisiert. Im Rahmen dieser fünf Unterscheidungen wird der Tarifkonflikt zwischen IG Metall und Südwestmetall themati-

siert. Aus der Sicht des Verfassers lösen die Gewerkschaftsforderungen eine Flexibilitätsdebatte aus. Ereignis I hat ein offenes Ende, weil in der Berichterstattung, und damit in der Thematisierung von Leiharbeit, keine eindeutige Tendenz zu erkennen ist, ob Leiharbeit als Beschäftigungsform beibehalten oder abgeschafft werden soll.

Ereignis II als situative Thematisierung von Leiharbeit: Ereignis II konstruiert sich ausschließlich aus Unterscheidungen/ Selektionen, die situativ bedeutsam sind. Diese sind in Erhebungszeitraum vier angesiedelt. Die Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO werden thematisiert (vgl. Ausprägung 11-1), sowie das Bild einer Gewerkschaft gezeichnet, die Schäden (lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen und Chaos) und Leid bei den Passagieren verursacht. Die gewerkschaftliche Entscheidung zu streiken kann, in Anbetracht von Leid und Schäden, als unsouverän interpretiert werden. Außerdem befürworten die Passagiere nicht mehrheitlich die Streikmethode von UFO (vgl. Ausprägung 11-2). Ebenfalls werden die Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa thematisiert (vgl. Ausprägung 12-1). Das Ziel Abbau von Personalkosten wird durch Wettbewerb, Schulden und Investitionen gerechtfertigt (vgl. Ausprägung 12-2). In der Berichterstattung wird außerdem ein Informationsservice für Lufthansapassagiere angeboten (vgl. Ausprägung 13-1).

Ereignis II als Kausalzusammenhang von Selektionen/ Unterscheidungen: Die Selektionen/ Unterscheidungen, die Ereignis II konstituieren, werden vom Verfasser ebenfalls in einem Kausalzusammenhang gestellt. Auch dieses Ereignis wird als eine Abfolge von Selektionen beschreiben.

Zunächst werden die Ziele der Gewerkschaft und des Arbeitgebers dargestellt. Die Ziele stellen sich als konträr dar: UFO will die Leiharbeit bei Lufthansa beenden, einen Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen haben und mehr Lohn für die Arbeitnehmer erwirken. Lufthansa will im Gegensatz dazu die Löhne durch die Gründung eines Tochterunternehmens senken. Da in einem Tochterunternehmen der Einsatz von Leiharbeit und die Umgehung des Lufhansatarifs möglich sind, eröffnet sich dem Unternehmen die Möglichkeit Personalkosten zu sparen. Die Mittel von Arbeitgeber und Gewerkschaft sind ebenfalls gegensätzlich: Als Mittel zur Interessensdurchsetzung setzt UFO punktuelle Streiks ein. Lufthansa versucht, weil jeder Streik dem Arbeitgeber viel Geld kostet, zu schlichten. Es wird ein Absicherungsangebot für Arbeitnehmer, 3,5 Prozent mehr Gehalt sowie der Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen angeboten. An dem Plan, ein Tochterunternehmen zu

gründen und damit auf diese Weise Personalkosten durch Leiharbeit und Umgehung von Lufthansatarifen zu sparen, hält Lufthansa weiterhin fest. In der Berichterstattung werden zunächst die Gründe für die Sparpolitik des Arbeitgebers thematisiert: starker Wettbewerb, Schulden und Investitionen.

Als nächstes wird in der Berichterstattung, im Unterschied zu Ereignis I, das Bild einer Gewerkschaft gezeichnet, die hohe Schäden (lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen und Chaos) und Leid bei den Passagieren verursacht. Die unterschiedlichen Thematisierungen beider Gewerkschaften führt der Verfasser darauf zurück, dass Leiharbeit in unterschiedlichen Kontexten thematisiert wird:

- In Ereignis I sind die gewerkschaftlichen Forderungen thematisch in „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“, „Niedriglohnsektor“, „Klassenbegriff“, „Konzepthinterfragung“ und „Jugend“ eingebettet. Auf Basis dieser Selektionen wird Leiharbeit so problematisiert, dass die gewerkschaftlichen Warnstreiks und Forderungen ein Beitrag zur Lösung eines Problems gesehen werden können.
- Dagegen ist Leiharbeit in Ereignis II Teil einer gewerkschaftlichen Forderung und das Instrument eines Arbeitgebers zur Einsparung von Personalkosten. Leiharbeit wird in diesem Ereignis nicht im Rahmen eines Niedriglohnsektors, von Ausbeutung, von zwei Klassen oder einer wütenden Jugend thematisiert. Dagegen werden die negativen Folgen der punktuellen Streiks mit Schäden und leidenden Passagieren thematisiert.

Die Selektion von Informationen für die betroffenen Passagiere erklärt sich dadurch, dass leidende Passagiere thematisiert werden.

Anhand von Ereignis II lässt sich erkennen, dass das Fehlen oder das Vorhandensein von Selektionen Auswirkungen auf andere Selektionen haben können. Zwischen Ereignis I und II sind zunächst Parallelitäten zu erkennen. Eine Gewerkschaft fordert die Einschränkung von Leiharbeit und setzt Streik als Mittel zur Interessensdurchsetzung ein. Die Ereignisse unterscheiden sich grundsätzlich darin, dass die Warnstreiks von IG Metall als Teil einer Lösung verstanden werden können, im Unterschied zu den punktuellen Streiks von UFO, die als Problemursache verstanden werden können. Dieser Umstand ist mit den jeweiligen Selektionen begründbar:

- Leiharbeit wird in Ereignis I als niedrige Entlohnung, als Ursache des Niedriglohnsektors und als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen thematisiert. Des Weiteren wird Leiharbeit als Beschäftigungskonzept hinterfragt und mit dem Bild einer wütenden Jugend besetzt.
- In Ereignis II wird Leiharbeit als gewerkschaftliche Forderung und betriebliches Instrument zur Einsparung von Lohnkosten thematisiert. In der Berichterstattung hätte der Umstand, dass Lufthansa Leiharbeit zur Gewinnmaximierung einsetzt, selektiert werden können, jedoch wurde die Thematisierung von leidenden Passagieren vorgezogen. Mit dem Ergebnis, dass UFO als Ursache für Leid und Schäden identifiziert wird.

Zusammenfassung: Bei der Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit konnte der Verfasser, auf Basis von Kategorien und Kategoriengruppen, von der Thematisierung von Leiharbeit in der Badischen Zeitung auf zwei Ereignisse schließen. Für den Verfasser lässt sich anhand der Thematisierung der gewerkschaftlichen Streiks erkennen, dass die Thematisierung von Leiharbeit von Selektionen/ Unterscheidungen abhängt, die in den jeweiligen Ereignissen getroffen werden:

- So ist Leiharbeit in Ereignis I ein Zusammenhang der Selektionen/ Unterscheidungen: „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“, „Niedriglohnsektor“, „Klassenbegriff“, „Konzepthinterfragung“ und „Jugend“.
- In Ereignis II ist Leiharbeit ein Zusammenhang der Selektionen „gewerkschaftliche Forderung“ und „betriebliches Instrument zum Abbau von Personalkosten“.

Kapitel C.6.2:
Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit

Der Verfasser definiert, auf Grundlage von Luhmann (vgl. Luhmann 1996:69), Berichterstattungs-Schemata als ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit. In Kapitel C.6.1 wurde zwischen einer situativen und durchgehenden Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit unterschieden. Zur Untersuchung der Thematisierung von Leiharbeit nach Berichterstattungs-Schemata muss darüber hinaus auf eine fehlende Bedeutsamkeit eingegangen werden. Es geht

nun darum herauszufinden, welche Selektionen/ Unterscheidungen in keinem Erhebungszeitraum vorkommen.

Aus Sicht eines operativen Konstruktivismus wird hier nach dem „blinden Fleck“ der Beobachtung gesucht (vgl. Kapitel B.1.1). Es ist nicht nur von Interesse was der Beobachter beobachtet, in diesem Fall das Massenmedium Badische Zeitung, sondern ebenfalls, was für den Beobachter inkommunikabel bleibt (vgl. Luhmann In: Weller 2002:16). Wie schon festgestellt dekontextualisieren Massenmedien durch Selektionen/ Unterscheidungen Informationen aus einer Fülle möglicher Informationen (vgl. Berghaus 2003:199). Der blinde Fleck der Beobachtung ist die Nicht-Information, also die Information, die nicht selektiert wurde. Das Aufzeigen von Selektionsmöglichkeiten ist, streng betrachtet, ein empirisch nicht umsetzbares Unterfangen. Das Aufzeigen potentieller Informationen müsste jede Selektion/ Unterscheidung einbeziehen, die jemals in Bezug zu Leiharbeit gemacht wurde.

Eine Eingrenzung bietet die Beobachtung beider Ereignisse als Tarifkonflikte und die damit verbundene Reduktion der Thematisierung auf vier Akteure. Die Akteure sind die Badische Zeitung, IG Metall, Südwestmetall und die Frankfurter Rundschau.

Die fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit soll aus der Differenz von der BZ-Berichterstattung und den Mitteilungen von Südwestmetall, IG Metall, und Artikeln der Frankfurter Rundschau entstehen. Im nächsten Kapitel wird erläutert, weshalb die Beobachtung beider Ereignisse eine mögliche unter vielen ist.

Kapitel C.6.2.1:
Ereignis I und II als Tarifkonflikte

Die Betrachtung der Ereignisse als Tarifkonflikte ist eine Selektion/ Unterscheidung, die vom Verfasser dieser Arbeit getroffen wird. Wie schon erwähnt sind Selektionen bzw. Unterscheidungen so, aber auch anders möglich. Die Eingrenzung der Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit auf zwei Gewerkschaften (IG Metall, UFO), einen Arbeitgeberverband (Südwestmetall) und einen Arbeitgeber (Lufthansa) ist nicht die einzige mögliche Betrachtung:

- Es wäre auch möglich die Ereignisse auf politische Akteure zu fokussieren. Beispielsweise könnten Selektionen/ Unterscheidungen politischer Akteure zum Thema Leiharbeit in der BZ-Berichterstattung Aussagen in Parteipro-

grammen gegenüberzugestellt werden. Die fehlende Bedeutsamkeit würde hier aus der Differenz von BZ-Berichterstattung und Parteiprogrammen entstehen.

- Möglich wäre auch die Fokussierung auf statistische Akteure. Die fehlende Bedeutsamkeit würde hier aus der Differenz von Teilen der Statistiken, die in der BZ-Berichterstattung vorkommen und jenen Teilen, die nicht vorkommen, bestehen.

Die Betrachtung der Ereignisse als Tarifkonflikte ist wie gezeigt eine Mögliche, aber keine Willkürliche. Sie entspringt der Beobachtung des häufigen Auftretens von gewerkschaftlichen Akteuren in den Erhebungszeiträumen (vgl. Kapitel C.3.5.2):

- EZ 1 umfasst 22 Artikel: In elf Artikeln kommen sieben gewerkschaftliche Akteure vor.
- EZ 2 umfasst 35 Artikel: In 28 Artikeln kommen 18 gewerkschaftliche Akteure vor.
- EZ 3 umfasst 16 Artikel: In fünf Artikeln kommen sieben gewerkschaftliche Akteure vor.
- EZ 4 umfasst 13 Artikel: In neun Artikeln kommen zwei gewerkschaftliche Akteure vor.

Von zwei unterschiedlichen Ereignissen lässt sich auch aufgrund formaler Kriterien sprechen. Auf zwei Ereignisse weist die Unterscheidung der vier Erhebungszeiträume nach Rubriken und Regionalteil hin (vgl. Kapitel C.4.2):

- In EZ 1 bis 3 erscheinen mindestens die Hälfte der Artikel im Regionalteil der Badischen Zeitung. In EZ 2 sind es sogar 25 von 35 Artikeln.
- In EZ 4 erscheint kein Artikel im Regionalteil

Daraus lässt sich ableiten, dass Ereignis 1, im Gegensatz zu Ereignis 2, eine regionale Zentrierung aufweist.

Auch die Unterscheidung der Erhebungszeiträume nach Redakteuren und Nachrichtenagenturen zeigt, dass EZ 4 anders konstruiert ist, als die anderen drei Erhebungszeiträume (vgl. Kapitel C.4.3):

- In EZ 1 bis 3 sind jene Artikel, die von Redakteuren der Badischen Zeitung verfasst werden, häufiger vertreten, als jene der Nachrichtenagentur DPA. Er-

hebungsraumübergreifend stehen 56 redaktionelle Artikel 17 der Nachrichtenagentur gegenüber.

- In EZ 4 drehen sich die Verhältnisse. 11 Artikel der Nachrichtenagentur stehen zwei redaktionellen Artikeln gegenüber.

Ereignis I wird vom Verfasser als Tarifkonflikt zwischen Südwestmetall und IG Metall betrachtet und Ereignis II als Tarifkonflikt zwischen Lufthansa und UFO. Im nächsten Kapitel soll das Erhebungsmaterial vorgestellt werden, das zur Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit dienen soll.

Kapitel C.6.2.2:
Erhebungsmaterial zur Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit

Um die fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit festzustellen, müssen Selektionen/ Unterscheidungen erhoben werden, die in keinem Erhebungszeitraum vorkommen. Zur Feststellung fehlender Bedeutsamkeit werden Mitteilungen der IG Metall und Südwestmetall sowie Artikel der Frankfurter Rundschau untersucht.

Der Tarifkonflikt zwischen Südwestmetall und IG Metall erstreckt sich über drei Erhebungszeiträume (EZ 1 bis 3). Damit ergibt sich ein Untersuchungszeitraum von 314 Tagen (17.10.2011 bis 29.08.2012) (vgl. Kapitel C.3).

- Auf der Webseite der IG Metall, www.igmetall.de, konnten unter dem Stichwort „Leiharbeit“ 45 Mitteilungen erhoben werden. Die erste Mitteilung, (vgl. IGM-001) ist auf den 11.11.2011 datiert und die letzte (vgl. IGM-045) auf den 29.05.2012.

- Auf der Webseite von Südwestmetall, www.suedwestmetall.de, konnten unter dem Stichwort „Zeitarbeit“ 16 Mitteilungen erhoben werden. Die erste Mitteilung, ist auf den 09.11.2011 datiert (vgl. SWM-001) und die letzte auf den 21.06.2012 (vgl. SWM-017).

Der Tarifkonflikt zwischen Lufthansa und UFO spielt sich in einem Erhebungszeitraum ab (EZ 4). Damit ergibt sich ein Untersuchungszeitraum von 11 Tagen (29.08.2012 bis 08.09.2012):

- Auf der Webseite der Frankfurter Rundschau, www.fr-online.de, konnten unter dem Stichwort „Leiharbeit“ 42 Artikel erhoben werden. Der erste Artikel ist auf den 29.08.2012 datiert (vgl. FR-001) und der letzte auf den 08.09.2012 (vgl. FR-041).

Die Mitteilungen der IG Metall und Südwestmetall, sowie die Artikel der Frankfurter Rundschau sind im CD-Anhang, mit zugewiesener Codierung, zu finden (vgl. CD-Anhang: IG Metall-Mitteilungen, Südwestmetall-Mitteilungen, Artikel der Frankfurter Rundschau).

Die Begrenzung auf Erhebungszeiträume ist wichtig, um aufzuzeigen welche Selektionsmöglichkeiten der Badischen Zeitung in den jeweiligen Zeiträumen zur Verfügung standen. Die Mitteilungen der Sozialpartner zum Thema Leiharbeit sollen aufzeigen, welche Selektionen/ Unterscheidungen der Badischen Zeitung zur Konstruktion des Tarifkonflikts zwischen Südwestmetall und IG Metall bereit standen. Durch die Artikel der Frankfurter Rundschau soll aufgezeigt werden, dass die Konstruktion des Tarifkonflikts zwischen Lufthansa und UFO auch anders möglich ist. Auf dieser Grundlage wird die fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit herausgearbeitet. Die Untersuchung wird auf Grundlage von 45 Mitteilungen der IG Metall, 16 Mitteilungen von Südwestmetall und 42 Artikel der Frankfurter Rundschau vollzogen (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Ereignisse, Erhebungszeiträume, Zeiträume und Mitteilungen

Ereignis	**EZ**	**Zeitraum**	**Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit aufgrund folgender Mitteilungen und Artikel**
Tarifkonflikt zwischen Südwestmetall und IG Metall	1 bis 3	17-10-2011 bis 29-08-2012	45 Mitteilungen der IG Metall
			16 Mitteilungen von Südwestmetall
Tarifkonflikt zwischen Lufthansa und UFO	4	29-08-2012 bis 08-09-2012	42 Artikel der Frankfurter Rundschau

Es konnten auch thematische Überschneidungen zwischen der BZ-Berichterstattung und den Mitteilungen und Artikeln gefunden werden. Diese Ergebnisse sind im Codebuch zu finden (vgl. CD-Anhang: Codebuch: Kapitel 4).

Kapitel C.6.2.2.1: Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit auf Basis von Mitteilungen der IG Metall

Die Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit der BZ-Berichterstattung bei der Thematisierung von Leiharbeit durch IG Metall-Mitteilungen drückt sich folgendermaßen aus:

- Fehlende Thematisierung von Equal Pay in EZ 3
- Fehlende Thematisierung eines Synchronisationsverbots
- Fehlende Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer
- Fehlende Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksale

Fehlende Thematisierung von Equal Pay in EZ 3: Aus der Sicht der IG Metall schafft eine Mindestlohregelung die Einkommensunterschiede zwischen Leiharbeitnehmer und Festangestellte nicht ab: „Sie leistet allenfalls einen Beitrag dazu, die bestehende Lohndifferenz zwischen Normalarbeit und Leiharbeit nicht weiter anwachsen zu lassen“ (IGM-001). Die IG-Metall sieht einzig in einem „gesetzlich festgeschriebenen Equal Pay-Grundsatz“ (IGM-007) eine gerechte Bezahlung von Leiharbeitnehmern (vgl. IGM-001). In der BZ-Berichterstattung wird der Mindestlohn durchgehender thematisiert als Equal Pay.

In allen drei Erhebungszeiträumen des Tarifkonflikts zwischen Südwestmetall und IG Metall (EZ 1 bis 3) wird Leiharbeit als Ursache für das Wachstum des Niedriglohnsektors verantwortlich gemacht (vgl. Ausprägung 1-2). Parallel dazu wird der Mindestlohn als Mittel zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors beschrieben (vgl. Ausprägung 1-1). Equal Pay, als gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Betrieben, wird nur in EZ 1 und 2 thematisiert (vgl. Ausprägung 3-2). Daraus lässt sich schließen, dass die Badische Zeitung Mindestlöhne durchgehender als Lösung thematisiert als Equal Pay.

Fehlende Thematisierung eines Synchronisationsverbots: Aus IG Metall-Sicht verhindert das Synchronisationsverbot, „dass Verleiher Menschen nur für die Dauer eines Einsatzes beschäftigen“ (IGM-011, -012). Ohne ein Synchronisationsverbot ist Leiharbeit für die Gewerkschaft eine Beziehung ohne Pflicht:

„Schließlich offeriert Leiharbeit Arbeitgebern eine Beziehung ohne jede Pflichten. Wenn sie einen Leiharbeitnehmer nicht mehr brauchen, melden sie ihn einfach von einem Tag auf den anderen ab. Ohne Kündigungsfrist, ohne Abfindung.” (IGM-022)

Mit dem Synchronisationsverbot fordert die IG Metall explizit eine straffere gesetzliche Regelung von Leiharbeit durch die Politik (vgl. IGM-012, -022). In der BZ-Berichterstattung wird das Synchronisationsverbot als IG-Metall-Forderung erwähnt (vgl. BZ-061). Ebenfalls wird darauf hingewiesen, dass Leiharbeitsverhältnisse von kurzer Dauer sind, weil Betriebe ihren Personalstand an die Auftragslage anpassen (vgl. Unterkategorie 10-2). Dennoch wird zwischen beiden Aussagen kein Zusammenhang erstellt. Dass ein Synchronisationsverbot die Anpassung von Leiharbeitnehmern an die Auftragslage verhindern kann, bleibt unerwähnt.

Fehlende Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer: Innerhalb des Tarifkonflikt zwischen Lufthansa und UFO (EZ 4) konnte festgestellt werden, dass die BZ-Berichterstattung ein Informationsservice für Passagiere anbietet (vgl. Ausprägung 13-1). Anhand der IG Metall-Mitteilungen zeigt sich, dass auch ein Informationsservice für Leiharbeit möglich ist. Die IG Metall thematisiert, dass durch die Gründung eines Betriebsrats die Belegschaft eines Betriebes ihre Arbeitsbedingungen in Betrieben ändern kann:

„Das hilft selbst bei schweren Fällen wie dem Betrieb von Marina Güther in Sachsen. Als der Arbeitgeber die Schichtzuschläge strich, hatten selbst geduldigste Kollegen die Nase voll. Mehr als die Hälfte trat in die IG Metall ein. Sie wählten einen Betriebsrat und Marina zur stellvertretenden Vorsitzenden. Einiges konnten sie bereits verbessern." (IGM-022)

Ein Informationsservice für Leiharbeitnehmer in der BZ-Berichterstattung könnte auch die Information beinhalten, dass diese Leiharbeitnehmer das Recht zu streiken haben:

„In der aktuellen Metall-Tarifrunde geht es auch um faire Leiharbeit. Daher ist es wichtig, dass Leihbeschäftigte bei Warnstreiks nicht abseits stehen. Zumindest sollten sie nicht einfach weiter arbeiten und so zu Streikbrechern werden. Mitmachen - das ist ihr gutes Recht." (IGM-022)

Fehlende Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksale: Bis auf die Thematisierung, dass Leiharbeitnehmer durch ihr Arbeitsverhältnis dem Risiko ausgesetzt sind, psychische Störungen zu bekommen (vgl. Ausprägung 9-1) fehlt in der BZ-Berichterstattung die Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksale.

- Es wäre auch möglich zu thematisieren, dass es Menschen gibt, die sich nicht trauen, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, weil sie außer Leiharbeit keine anderen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sehen. Laut IG Metall lähmt die Angst vor einem sozialen Absturz Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz wechseln wollen (vgl. IGM-011).

- Laut der Gewerkschaft erzeugt Leiharbeit aufgrund flexibler Einsätze ohne Aussicht auf eine verlässliche Beschäftigung Stress, der zu Erkrankungen führen kann (vgl. IGM-019).
- Leiharbeitnehmer werden nach Angaben der Gewerkschaft von ihren Entleihfirmen unter Druck gesetzt, sobald sie sich krank melden (vgl. IGM-019).
- Die Gewerkschaft thematisiert auch, dass Migranten Leiharbeitsfirmen ausgeliefert sind, weil sie mit ihrem Arbeitsverhältnis auch ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren würden (vgl. IGM-004).
- IG Metall behauptet, dass in Betrieben vor allem Leiharbeitnehmer eingesetzt werden, weil sie jederzeit eingestellt und wieder entlassen werden können (vgl. IGM-012). Auf dieser Grundlage ist für die Gewerkschaft die Entwicklung einer Lebensperspektive nicht möglich (vgl. IGM-020).

Kapitel C.6.2.2.2:
Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit auf Basis von Mitteilungen von Südwestmetall

Die Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit durch Mitteilungen von Südwestmetall drückt sich folgendermaßen aus:

- Fehlende Thematisierung von Leiharbeit als allgemeiner Anstieg in der BZ-Berichterstattung.
- Fehlende Thematisierung des Mindestlohns als politische Einmischung in der BZ-Berichterstattung.
- Fehlende Thematisierung der Verantwortung der Gesellschaft für die Niedriglöhne in der BZ-Berichterstattung.

Fehlende Thematisierung von Leiharbeit als allgemeiner Anstieg: Laut Südwestmetall-Angaben gibt es in der Metall- und Elektrobranche keinen Anstieg von Leiharbeit (vgl. SWM-001). Die Badische Zeitung vermeldet Gegenteiliges. Leiharbeit ist in zwei Landkreisen gestiegen (vgl. Ausprägung 10-1). Der Anstieg von Leiharbeit wird nicht als allgemeines bzw. bundesweites, sondern als lokales Phänomen behandelt.

Fehlende Thematisierung des Mindestlohns als politische Einmischung: Südwestmetall betrachtet die Forderung nach der Einführung eines Mindestlohns als Eingriff in die Tarifautonomie. Nach der Ansicht des Arbeitgeberverbandes soll die Preisfindung der Arbeit in den Händen der Tarifpartner belassen werden (vgl. SWM-001, -017). Der Arbeitgeberverband betrachtet den Mindestlohn als politische Einmischung (vgl. SWM-013):

„Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, und die Sozialpartner finden in den Betrieben und in den Tarifverträgen passgenaue Lösungen." (SWM-013).

Und..

„Wer einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, legt die Axt an die bewährte Tarifautonomie. Es sind aber gerade die Tarifvertragsparteien, die Experten auf dem Gebiet der Lohnfindung sind. Die Politik ist schief gewickelt, wenn sie glaubt, es besser zu können als die Tarifpartner in den vergangenen Jahrzehnten." (SWM-002).

Fehlende Thematisierung der Verantwortung der Gesellschaft für Niedriglöhne: Südwestmetall verweist darauf, dass Löhne der Preis der Arbeit sind. Die Preise orientieren sich am Wert dessen, was mit der Arbeit geschaffen wird. Der Arbeitgeberverband nimmt mit dieser Aussage die Gesellschaft bzw. die Konsumenten in die Pflicht, denn die Suche nach den billigsten Preisen wird als eine Ursache für Niedriglöhne gesehen (vgl. SWM-002).

Kapitel C.6.2.2.3:
Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit auf Basis der Artikel der Frankfurter Rundschau

Die Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit durch Artikel der Frankfurter Rundschau macht sichtbar, dass im Unterschied zur Badischen Zeitung die Streiks der Gewerkschaft UFO gerechtfertigt werden.

In der BZ-Berichterstattung wird die Forderung nach einer Lohnerhöhung für gerechtfertigt empfunden (vgl. Unterkategorie 28-1), aber kein Wort darüber verloren, ob die Warnstreiks gerechtfertigt sind. Die Rechtfertigung der UFO-Streiks durch die Frankfurter Rundschau lässt sich an folgenden Aspekten ausmachen:

- Es wird von den Passagieren Verständnis für die Streiks erwartet (vgl. FR-007).

- Es wird thematisiert, dass die Stewardessen und Stewards für den Verzicht auf Leiharbeit Opfer erbringen müssen (vgl. FR-006a).
- Die Arbeitsbedingungen der Stewardessen und Stewards werden thematisiert (vgl. FR-007, -021).
- Der Streikbereitschaft der Stewardessen und Stewards wird Respekt gezollt (vgl. FR-039).
- Die Einsparungsmaßnahmen werden auf Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung zurückgeführt (vgl. FR-017).

In einem Kommentar der Frankfurter Rundschau wird von den wartenden Passagieren Verständnis für die UFO-Streiks erwartet:

„Zwar werden Tausende Passagiere in den Terminals der Flughäfen auf ihren Koffern sitzen. Sie werden warten und warten. Und sie werden fluchen, weil sie Geschäftstermine versäumen oder später in den Urlaub kommen. Und dennoch sollten sie Verständnis haben für den Streik der Stewardessen und Stewards.“ (FR-007)

In der FR-Berichterstattung wird betont, dass der Verzicht auf Leiharbeit Opfer auf beiden Seiten verlangt:

„Man sei sich bewusst, dass ein Streik die Fluggäste hart treffen werde, so UFO-Chef Baublies. Die Flugbegleiter hätten aber in den Verhandlungen mehrfach signalisiert, für den Verzicht auf Leiharbeit Einbußen beim Gehalt hinnehmen zu wollen. Daher hoffen die Stewards und Stewardessen auf großes Verständnis für ihren Arbeitskampf bei den Passagieren.“ (FR-006a)

Die Arbeitsbedingungen der Stewardessen und Stewards werden in der Berichterstattung als Rechtfertigung für die Streiks aufgeführt:

Denn haben Flugbegleiter längst keinen Traumjob mehr. Die körperliche Belastung in der Kabine ist immens. Luftfeuchtigkeit und Luftdruck, Lärm und Strahlung machen den Stewardessen zu schaffen. Auf der Kurzstrecke erfordern die häufigen Starts und Landungen hohe Konzentration. (FR-007)
Und...

„Eine Flugbegleiterin verteilt in Halle A eifrig Infozettel an Fluggäste. ‚Wir möchten die Passagiere darüber informieren, dass es nicht an uns liegt’, erklärt sie. Die Flugbegleiter wären heute auch gerne mit den Passagieren geflogen, aber sie müssten ein Zeichen setzen. ‚Unsere Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, werden teilweise unmenschlich.’“ (FR-021)

In einem FR-Leitartikel wird der Streikbereitschaft der Stewardessen und Stewards Respekt gezollt:

„Hut ab. Das haben die Stewardessen und Stewards der Lufthansa richtig gut gemacht. Die immer freundlichen Damen und Herren aus der Kabine zeigen, dass sie kämpfen können.“ (FR-039)

Die Einsparungsmaßnahmen werden auf Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung zurückgeführt:

„Die Lufthansa-Führung wolle nach Fehlinvestitionen im dreistelligen Millionenbereich mit einem enormen Sparpaket „zum großen Schlag“ gegen das Personal ausholen, so UFO in dem Schreiben. Das Kabinenpersonal treffe es als erstes, da hier die Tarifverhandlungen anstünden.“ (FR-017)

Kapitel C.6.3:
Situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit als Berichterstattungs-Schemata

Wie in dieser Arbeit schon erläutert, wird unter Berichterstattungs-Schemata ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit verstanden.

Bei der Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit konnte der Verfasser, auf Grundlage der Berichterstattung der Badischen Zeitung, auf zwei Ereignisse schließen. Die Berichterstattung wurde zunächst erhoben (vgl. Unterscheidung I), in Erhebungszeiträume unterteilt (vgl. Unterscheidung II), durch formale Kategorien untersucht (vgl. Unterscheidung III) und anschließend deduktiv zu Frames/ Metaphern (vgl. Unterscheidung IV), Kategorien/ Unterkategorien und Kategoriengruppen/ Ausprägungen gebündelt (vgl. Unterscheidung V). Diese Unterscheidungen wurden vom Verfasser zu einem Kausalzusammenhang geführt, aus denen er auf zwei Ereignisse schließt, die Leiharbeit unterschiedlich thematisieren (vgl. Kapitel C.6.1.3):

- In Ereignis I wird Leiharbeit als ein Zusammenhang folgender Selektionen/ Unterscheidungen thematisiert: „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“, „Klassenbegriff“, „Konzepthinterfragung“ und „Jugend“.
- In Ereignis II wird Leiharbeit im Zusammenhang der Unterscheidungen „gewerkschaftliche Forderung“ und „betriebliches Instrument zum Abbau von Personalkosten“.

In Tabelle 12 werden die Selektionen/ Unterscheidungen anhand von Kategoriengruppen und Ausprägungen wiedergegeben.

Tabelle 12: Thematisierung von Leiharbeit in Ereignis I und II

Ereignis	Selektionen / Unterscheidungen	
I	„Leiharbeit als niedrige Entlohnung“	Leiharbeit ist verantwortlich für das Wachstum des Niedriglohnsektors (vgl. Ausprägung 1-1), wird zu niedrig entlohnt (vgl. Ausprägung 1-3) und Leiharbeitnehmer müssen durch staatliche Unterstützung ihre Gehälter aufstocken (vgl. Ausprägung 1-4).
	„Klassenbegriff“	Leiharbeit teilt Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen (vgl. Ausprägung 2-1) und unterbindet Solidarität zwischen Arbeitnehmern (vgl. Ausprägung 2-3). Leiharbeitnehmer sind eine schlecht verdienende und ausgebeutete Klasse (vgl. Ausprägung 2-2) und fühlen sich als Arbeitnehmer zweiter Wahl (vgl. Ausprägung 2-4).
	„Konzepthinterfragung“	Leiharbeit wird durch folgende Selektionen/ Unterscheidungen als Beschäftigungskonzept hinterfragt: Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt (vgl. Ausprägung 6-1) und verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen (vgl. Ausprägung 3-5). Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte (vgl. Ausprägung 3-3) und identifizieren sich weniger mit dem Betrieb (vgl. Ausprägung 3-6). Zu wenige Leiharbeitnehmer schaffen es in eine Festanstellung (vgl. Ausprägung 3-4), dafür ist das Risiko Arbeitslos zu werden besonders hoch (vgl. Ausprägung 6-2) Leiharbeit wird als Ursache für psychische Störungen thematisiert (vgl. Kategoriengruppe 9). Außerdem wird Leiharbeit wird als Mittel zur Gewinnmaximierung von Betrieben betrachtet (vgl. Ausprägung 3-1). Außerdem werden festangestellte Arbeitnehmer gekündigt und wieder als Leiharbeitnehmer eingestellt (vgl. Ausprägung 3-4).
	„Jugend“	Leiharbeit wird als Missbrauch der Jugend bezeichnet (vgl. Ausprägung 8-3). Die Berichterstattung zeichnet das Bild einer Jugend, die wütend ist auf Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge (vgl. Ausprägung 8-4).
II	„gewerkschaftliche Forderung“	Ziel der Gewerkschaft UFO ist die Beendigung von Leiharbeit bei Lufthansa (vgl. Ausprägung 11-1)
	„betriebliches Instrument zum Abbau von Personalkosten“	Lufthansa will durch die Gründung einer konzerninternen Billigtochter Personalkosten einsparen (vgl. Ausprägung 12-2).

Die fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit wurde aus der Differenz der BZ-Berichterstattung von Mitteilungen und Artikeln gebildet. Es wurde auf eine Thematisierung von Leiharbeit aufgrund von Mitteilungen der IG Metall und Südwestmetall, sowie durch Artikel der Frankfurter Rundschau zurückgegriffen (vgl. Kapitel C.6.2). Dadurch konnten Selektionen/ Unterscheidungen von Leiharbeit erhoben werden, die in der BZ-Berichterstattung nicht thematisiert werden. Diese Unterscheidungen werden in Tabelle 13 dargestellt.

Tabelle 13: Fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit

Thematisierungen	Selektionen / Unterscheidungen	
Thematisierung von Leiharbeit durch IG Metall	Equal Pay	Die Badische Zeitung thematisiert Mindestlöhne (EZ 1, 2, 3) durchgehender als Equal Pay (EZ 1, 2)
	Synchronisationsverbots	In der BZ-Berichterstattung bleibt unerwähnt, dass ein Synchronisationsverbot die Anpassung von Leiharbeitnehmern an die Auftragslage verhindern kann
	Informationsservice für Leiharbeitnehmer	In der BZ-Berichterstattung wird kein Informationsservice für Leiharbeitnehmer thematisiert
	Leiharbeitnehmer-schicksale	In der BZ-Berichterstattung fehlt eine ausführliche Thematisierung von Leiharbeitnehmer-schicksale
Thematisierung von Leiharbeit durch Südwestmetall	Leiharbeit als allgemeiner Anstieg	Der Anstieg von Leiharbeit wird von der Badischen Zeitung als lokales und nicht als bundesweites Phänomen thematisiert
	Mindestlohn als politische Einmischung	In der BZ-Berichterstattung wird die Einführung eines Mindestlohn nicht als politische Einmischung thematisiert
	Verantwortung der Gesellschaft für Niedriglöhne	In der BZ-Berichterstattung wird die Verantwortung der Gesellschaft für Mindestlöhne nicht erwähnt.
Thematisierung von Leiharbeit durch die Frankfurter Rundschau	Rechtfertigung des Streiks der Gewerkschaft UFO	Im Unterschied zur Badischen Zeitung rechtfertigt die Frankfurter Rundschau die Streiks von UFO

Kapitel C.6.3.1:

Berichterstattungs-Schemata als Thematisierung und Nichtthematisierung von Leiharbeit

Nach Luhmann sind Schemata „Regeln für den Vollzug von Operationen“ (Luhmann 1996:194). Sie beschränken Selektionen/ Unterscheidungen, indem sie regeln, was bei der Themenvergabe „situativ bedeutsam“ ist, „was vergessen werden“ kann und was „in Erinnerung bleiben muß“ (Luhmann 1996:69). Darauf aufbauend werden Berichterstattungs-Schemata als ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit definiert.

Aus der Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit in der Berichterstattung der Badischen Zeitung konnte der Verfasser ableiten, dass Leiharbeit im Rahmen von zwei Ereignissen thematisiert wird. Beide Ereignisse thematisieren Leiharbeit unterschiedlich:

- In Ereignis 1 wird Leiharbeit problematisiert.
- Und in Ereignis 2 wird Leiharbeit nicht problematisiert.

Aus Ereignis 1 werden Regeln für den Vollzug von Selektionen abgeleitet. Aus der BZ-Berichterstattung lassen sich folgende Selektionen/ Unterscheidungen ableiten, die als Problematisierung von Leiharbeit verstanden werden können:

- Thematisierung von Leiharbeit als niedrige Entlohnung.
- Thematisierung von Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen in Betrieben.
- Hinterfragung von Leiharbeit als Beschäftigungskonzept.
- Thematisierung von Leiharbeit als Missbrauch der Jugend und als Grund zum Ärgernis der Jugend.

Aus den Mitteilungen von Südwestmetall und IG Metall lassen sich Selektionen/ Unterscheidungen ableiten, die nicht in der Badischen Zeitung thematisiert werden:

- Thematisierung von Leiharbeit als lokales und nicht als bundesweites Phänomen.
- Fehlende Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer: Es gibt in der BZ-Berichterstattung kein Informationsservice für Leiharbeitnehmer der bspw. Streikrechte von Leiharbeitnehmer oder Änderung von Arbeitsbedingungen durch Betriebsräte thematisiert.
- Fehlende Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksalen.
- Fehlende Thematisierung der Verantwortung des gesellschaftlichen Konsumverhaltens für Mindestlöhne.
- Fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik für Leiharbeit: Die Verantwortung der Politik für Leiharbeit wird nicht thematisiert. Zwar kommen politische Akteure in der BZ-Berichterstattung zu Wort und es wird oft gefordert, dass die Politik in Sachen Leiharbeit etwas unternehmen soll. Dennoch wird nicht thematisiert, dass die Forderung nach Mindestlöhnen auch die Forderung zum Einschreiten der Politik bei der Leiharbeit bedeutet. Ebenfalls wird ein Synchronisationsverbot von Leiharbeit, ein Gesetz, das nur durch den Bundestag in die Wege geleitet werden kann, einzig als gewerkschaftliche Forderung thematisiert. Equal Pay wird nur in zwei Erhebungszeiträumen thematisiert (EZ 1, 2). In EZ 1 wird sie als gesetzliche Zusicherung thematisiert, dass Leiharbeitnehmer das gleiche Gehalt bekommen sollen wie Festan-

gestellte. In EZ 2 wird sie als eine Betriebsvereinbarung verstanden. Aus der Thematisierung von Mindestlöhnen, Synchronisationsverbot und Equal Pay leitet der Verfasser ab, dass die BZ-Berichterstattung dazu tendiert, die Verantwortung der Politik für Leiharbeit nicht zu thematisieren.

Aus Ereignis 2 werden ebenfalls Regeln für den Vollzug von Selektionen abgeleitet. In der BZ-Berichterstattung kommen folgende Selektionen/ Unterscheidungen vor:

- Leiharbeit wird als gewerkschaftliche Forderung thematisiert
- Leiharbeit wird als betriebliches Instrument zum Abbau von Personalkosten thematisiert.
- Leiharbeit wird nicht problematisiert, statt dessen werden die punktuellen Streiks von UFO als Ursache für Leid und Schäden thematisiert (vgl. Kapitel C.6.1.3).

Aus der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau lassen sich Selektionen/ Unterscheidungen ableiten, die nicht in der Badischen Zeitung thematisiert werden. Daraus lassen sich folgende fehlende Selektionen/ Unterscheidungen ableiten:

- In der Berichterstattung wird kein Verständnis bei den Passagieren für die Streiks gefordert.
- Fehlende Thematisierung der Arbeitsbedingungen von Stewardessen und Stewards.
- Fehlende Thematisierung dessen, dass Stewards und Stewardessen für den Verzicht auf Leiharbeit Opfer erbringen.
- Fehlende Thematisierung eines Verständnisses für die Streiks: In der Berichterstattung wird kein Verständnis bei den Passagieren für die Streiks gefordert.
- Fehlende Thematisierung von Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung als Grund für Einsparungsmaßnahmen: Die Ursache der Einsparungsmaßnahmen von Lusthansa wird nicht als Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung thematisiert, sondern auf einen starken Wettbewerb, Schulden und Investitionen zurück geführt (vgl. Ausprägung 12-2).

Für den Verfasser lassen sich die unterschiedlichen Thematisierungen von Leiharbeit damit begründen, dass in Ereignis I, im Gegensatz zu Ereignis II, Leiharbeit problematisiert wird. Die aus den Ereignissen gewonnen Selektionen/ Unterscheidungen werden vom Verfasser als Berichterstattungs-Schemata verstanden, weil sie aus einer situativen, durchgehenden und fehlenden Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit abgeleitet werden. Im nächsten Kapitel sollen diese Berichterstattungs-Schemata anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata untersucht werden.

Kapitel C.7:
Unterscheidung VI: Analyse der Berichterstattungs-Schemata nach Journalismuskonzeptions-Schemata

In der fünften Unterscheidung der Inhaltsanalyse sollen die Berichterstattungs-Schemata anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata analysiert werden. Ziel dieses Kapitels ist es zu erläutern, durch welches Schema das Massenmedium Badische Zeitung mit dem Individuum gekoppelt ist. Dadurch sollen Aussagen darüber gewonnen werden, wie das Massenmediensystem Rezipienten und Gesellschaft konstruiert. (vgl. Kapitel C.7.2). Zunächst sollen die Journalismuskonzeptionen aus Kapitel A als Schemata des Programmbereichs Nachrichten und Berichte eingegliedert werden (vgl. Kapitel C.7.1).

Kapitel C.7.1:
Journalismuskonzeptionen als Schemata des Programmbereichs Nachrichten und Berichte

Ziel dieses Teilkapitels ist es zu zeigen, dass sich die rezipientenzentrierten und gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen (vgl. Kapitel A.2, A.3) als Schemata des Programmbereichs Nachrichten und Berichte eingliedern lassen.

Wie in dieser Arbeit schon festgestellt ist das Massenmediensystem durch Schemata mit ihren Nutzern gekoppelt (vgl. Kapitel B.6.3.4.2). Die Kopplung findet in den Programmbereichen des Massenmediensystems in gegenseitiger Anpassung mit Vereinfachung bzw. über Schemabildungen statt (vgl. Berghaus 2003:223). Der Programmbereich Nachrichten und Berichte setzt Individuen als kognitiv interessierte Beobachter voraus (vgl. Luhmann 1996:131).

Für den Verfasser können sich Journalismuskonzeptionen als Schemata dem Programmbereich Nachrichten und Berichte anfügen lassen. Aus folgenden Gründen lassen sich die Konzeptionen als Ausprägung der Motivlage „Individuen als kognitiv interessierte Beobachter“ definieren:

- Journalismuskonzeptionen können dem Programmbereich Nachrichten und Berichte als Ausprägungen anfügt werden, weil sie wissenschaftliche Konstruktionen und daher Vereinfachungen/ Schemata des Journalismus sind (vgl. Kapitel C.7.1.1).
- Die Konzeptionen können dem Programmbereich ebenfalls angefügt werden, weil aus der Unterscheidung zwischen rezipientenzentrierten und gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen folgende Schemata abgeleitet werden können: Vereinfachungen komplexer Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme und Vereinfachungen gesellschaftlicher Vorgänge (vgl. Kapitel C.7.1.2).

Kapitel C.7.1.1: Journalismuskonzeption als wissenschaftliche Konstruktionen

Journalismuskonzeptionen sind wissenschaftliche Konstruktionen. Sie mögen auf empirische Befunde zurückzuführen sein, dennoch bleiben sie eine Konstruktion des Systems Wissenschaft. Wie schon erläutert befassen sich Journalismuskonzeptionen mit den Selbsteinschätzungen (Rollenbilder) und mit dem Werdegang und dem Umfeld (Rollenmuster) von Journalisten.

Bei der Erhebung von Rollenselbstbildern definieren Journalisten, wie sie ihre Aufgabe selbst sehen und welche Ziele und Schwerpunkte sie sich bei der täglichen Arbeit setzen (vgl. Wyss/ Pühringer/ Meier 2005:308). Diese Rollenselbstbilder werden in der journalistischen Berufsforschung auf wenige Journalismuskonzeptionen reduziert. Diese Reduktion ist eine Vereinfachung bzw. eine Komplexitätsreduktion des Journalismus. Auf Basis dieser Komplexitätsreduktion kann innerhalb des Wissenschaftssystems weitergearbeitet werden. Die vorliegende Magisterarbeit ist ein Beispiel dafür, wie wissenschaftliche Komplexitätsreduktion verwendet wird, um Aussagen über den Journalismus zu generieren. Die Komplexitätsreduktion in dieser Arbeit äußert sich

durch die Verwendung des wissenschaftlichen Paradigmas operativer Konstruktivismus und durch die Bildung von Akteur-Frames, Metaphern und Kategorien innerhalb der qualitativen Inhaltsanalyse.

Auch Rollenmuster sind Komplexitätsreduktionen des Wissenschaftssystems. Rollenmuster unterscheiden sich von Rollenselbstbildern in der Form, wie wissenschaftliche Unterscheidungen gemacht werden. In Gestalt der Rollenselbstbilder unterscheidet das Wissenschaftssystem im Kleide der journalistischen Berufsforschung zwischen Ziele/ Nichtziele, Schwerpunkte/ Nichtschwerpunkte usw. der journalistischen Arbeit. Rollenmuster rekonstruieren individuelle und (medien-) systembedingte Faktoren (vgl. Haas 1999:102). Damit macht die Journalismusforschung Unterscheidungen zwischen individuelle/ nichtindividuelle und systembedingten/ nichtsystembedingten Faktoren der journalistischen Arbeit

Journalismuskonzeptionen sind keine Abbilder des Journalismus, sondern Konstruktionen des Wissenschaftssystems. Sie sind Konstruktionen, weil sich für das Wissenschaftssystem der Journalismus nur durch Beobachtungen bzw. Unterscheidungen/ Selektionen erschließt.

Kapitel C.7.1.2:
Journalismuskonzeptions-Schemata

Der Verfasser unterscheidet in dieser Arbeit zwischen rezipientenzentrierten und gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen (vgl. Kapitel A.2, A.3). Aus ihren Funktionen und Funktionsstrategien wurden Rezipienten- und Gesellschaftsbilder gebildet. Rezipientenzentrierte Journalismuskonzeptionen sind, in den Augen des Verfassers, Vereinfachungen komplexer Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme:

- Das Rezipientenbild des Informationsjournalismus vereinfacht Individuen als Bürger, die unvoreingenommen informiert werden wollen.
- Das Rezipientenbild des Präzisionsjournalismus vereinfacht Individuen als ein Publikum, das eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedarf.

- Das Rezipientenbild des Marketingjournalismus vereinfacht Individuen als Kunden, die der Zufriedenstellung ihrer kommunikativen Bedürfnisse bedürfen.

Diese Rezipientenbilder sind Vereinfachungen, die komplexe Differenzierungen bei psychischen und biologischen Systemen unberührt weiter bestehen lassen. Insofern können sie als Ausprägung der Motivlage „kognitiv interessierte Beobachter" (Luhmann 1996:131) angefügt werden.

Die gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen können als gesellschaftliche Orientierungsangebote für Individuen verstanden werden. Sie können als Schemata gesehen werden, die komplexe gesellschaftliche Vorgänge vereinfachen. Die Adressaten dieser Vereinfachungen sind die Mediennutzer:

- Der investigative Journalismus vereinfacht komplexe gesellschaftliche Vorgänge dahingehend, dass eine Gesellschaft beschrieben wird, in der gesellschaftliche Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden.
- Der anwaltschaftliche Journalismus vereinfacht komplexe gesellschaftliche Vorgänge dahingehend, dass eine Gesellschaft beschrieben wird, in der bestimmte Gruppen der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt.

Der Programmbereich Nachrichten und Berichte setzt Individuen als kognitiv interessierte Beobachter voraus (vgl. Luhmann 1996:131). Die Betrachtung eines Individuums als kognitiv interessierten Beobachter setzt die Vereinfachung komplexer Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme voraus. Davon ausgehend kann von einem Schema gesprochen werden. Durch die rezipientenzentrierten und gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen lassen sich dem Programmbereich Nachrichten und Berichte Journalismuskonzeptions-Schemata, als Ausprägungen des Schemas „Individuen als kognitiv interessierte Beobachter", anfügen (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14: Journalismuskonzeptions-Schemata als Ausprägungen des Schemas „Individuen als kognitiv interessierte Beobachter“

Schema	Journalismuskonzeptions-Schemata als Ausprägungen	
Der Programmbereich Nachrichten und Berichte setzt Individuen als kognitiv interessierte Beobachter voraus (vgl. Luhmann 1996:131).	Vereinfachungen komplexer Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme	Individuen, die als Bürger unvoreingenommen informiert werden wollen (Informationsjournalismus)
		Individuen, die als Publikum eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen (Präzisionsjournalismus)
		Individuen, die als Kunden der Zufriedenstellung ihrer kommunikativen Bedürfnisse bedürfen (Marketingjournalismus)
	Vereinfachungen komplexer gesellschaftlicher Vorgänge	Beschreibung einer Gesellschaft, in der Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden (investigativer Journalismus)
		Beschreibung einer Gesellschaft, in der bestimmte Gruppen der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt (anwaltschaftlicher Journalismus).

Journalismuskonzeptions-Schemata spiegeln die Annahme des Verfassers wieder, dass das Massenmediensystem durch getroffene und nichtgetroffene Selektionen/ Unterscheidungen Individuen und Gesellschaft konstruiert. Dieser Annahme folgend werden im nächsten Kapitel Berichterstattungs-Schemata anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata analysiert.

Kapitel C.7.2:

Untersuchung von Ereignis I und II nach Journalismuskonzeptions-Schemata

Durch die Analyse von Berichterstattungs-Schemata anhand von Journalismuskonzeptions-Schemata soll herausgefunden werden, wie der Programmbereich Nachrichten und Berichte des Massenmediensystems mit den Individuen gekoppelt ist. Nach Luhmann findet eine Kopplung mit gegenseitiger Anpassung mit Vereinfachung bzw. über Schemabildungen statt (vgl. Berghaus 2003:223). Der Programmbereich Nachrichten und Berichte setzt Individuen als kognitiv interessierte Beobachter voraus (vgl. Luhmann 1996:131).

Der Motivlage „Individuen als kognitiv interessierte Beobachter“ sind vom Verfasser Journalismuskonzeptions-Schemata als Ausprägungen angefügt worden. Durch diese Konzeptions-Schemata kann die Analyse von Berichterstattungs-Schemata auf folgende Analyseaspekte eingegrenzt werden:

- Analyse von Berichterstattungs-Schemata nach Vereinfachungen komplexer Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme.
- Analyse von Berichterstattungs-Schemata nach Vereinfachungen komplexer gesellschaftlicher Vorgänge.

Anhand der Analyse der Berichterstattungs-Schemata durch gesellschaftszentrierte und rezipientenzentrierte Journalismuskonzeptions-Schemata wird sich zeigen, dass durch getroffene und nichtgetroffene Selektionen/ Unterscheidungen des Massenmediensystems Rezipienten und Gesellschaft konstruiert werden. Dafür sollen Ereignis I und II nach Journalismuskonzeptions-Schemata untersucht werden.

Kapitel C.7.2.1:
Untersuchung von Ereignis I und II nach gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptions-Schemata

In Ereignis I wird Leiharbeit durch folgende Selektionen/ Unterscheidungen als Problem thematisiert:

- Thematisierung von Leiharbeit als niedrige Entlohnung.
- Thematisierung von Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen in Betrieben.
- Hinterfragung von Leiharbeit als Beschäftigungskonzept.
- Thematisierung von Leiharbeit als Missbrauch der Jugend und als Grund zum Ärgernis der Jugend.
- Thematisierung von Leiharbeit als lokales und nicht als bundesweites Phänomen.

Auf diesen Selektionen/ Unterscheidungen beruhend wird eine Gesellschaft konstruiert, in der Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Die Form der Problematisierung von Leiharbeit beschreibt Leiharbeit als Missstand.

In Ereignis I werden keine Unterscheidungen/ Selektionen getroffen, die die Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer oder die Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksale möglich machen. Durch diese fehlenden Thematisierun-

gen wird aus Leiharbeitnehmern eine Gruppe konstruiert, der der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt.

In Ereignis II werden folgende Selektionen/ Unterscheidungen nicht gemacht, die eine Problematisierung von Leiharbeit möglich gemacht hätten:

- Fehlende Thematisierung der Arbeitsbedingungen von Stewardessen und Stewards.
- Fehlende Thematisierung, dass Stewards und Stewardessen für den Verzicht auf Leiharbeit Opfer erbringen.
- Fehlende Thematisierung eines Verständnisses für die Streiks.
- Fehlende Thematisierung von Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung als Grund für Einsparungsmaßnahmen.

Durch die fehlende Problematisierung von Leiharbeit wird keine Gesellschaft konstruiert, in der die Problematisierung von Leiharbeit der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Es wird ebenfalls keine Gesellschaft konstruiert, in der Leiharbeitnehmer der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt. In Ereignis II werden keine komplexen gesellschaftlichen Vorgänge vereinfacht, zumindest aus der Betrachtung von gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptionen.

Durch die Untersuchung von Ereignis I und II nach gesellschaftszentrierten Journalismuskonzeptions-Schemata zeigt sich, dass das Massenmediensystem durch Berichterstattungs-Schemata Gesellschaft konstruiert bzw. nicht konstruiert.

Kapitel C.7.2.2:

Untersuchung von Ereignis I und II nach rezipientenzentrierten Journalismuskonzeptions-Schemata

In Ereignis I wird durch die fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik für Leiharbeit und der fehlenden Thematisierung der Verantwortung des gesellschaftlichen Konsumverhaltens für Mindestlöhne Rezipienten konstruiert, die eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen. Der Überblick beschränkt sich darauf in Betrieben und Arbeitgebern die einzigen Verantwortungsträger für Leiharbeit zu sehen.

Durch die fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik für Leiharbeit werden keine Rezipienten konstruiert, die als Bürger unvoreingenommen informiert werden wollen. Denn die Betrachtung der Rezipienten als Bürger macht die Thematisierung der Verantwortung der Politik notwendig. Nur auf diese Weise kann der Bürger verstehen, dass durch sein Wahlverhalten Leiharbeitsverhältnisse verändert werden können.

In Ereignis II wird Leiharbeit durch folgende Selektionen/ Unterscheidungen thematisiert:

- Thematisierung von Leiharbeit als gewerkschaftliche Forderung.
- Thematisierung von Leiharbeit als Instrument zum Abbau von Personalkosten.

Dadurch zeigt sich, dass weder eine politische, noch eine gesellschaftliche, noch eine betriebliche Verantwortung für Leiharbeit thematisiert wird. Aufgrund dieser fehlenden Verantwortungszuweisung werden keine Rezipienten konstruiert, die als Bürger unvoreingenommen informiert werden wollen. Und es werden auch keine Rezipienten konstruiert, die eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen.

Durch die Problematisierung der Gewerkschaft UFO als Verantwortungsträger für Schäden (lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen und Chaos) und Leid von Passagieren (Übernachtungen auf Feldbetten) (vgl. Ausprägung 11-2) und durch einen Informationsservice für Passagiere (vgl. Ausprägung 13-2) wird eine Zufriedenstellung der kommunikativen Bedürfnisse von Kunden bzw. Passagieren angestrebt. Rezipienten werden in Ereignis II als Kunden konstruiert.

Massenmedien sind mit Individuen durch Schemata gekoppelt. Durch Journalismuskonzeptions-Schemata vereinfacht das Massenmediensystem komplexe gesellschaftliche Vorgänge und komplexe Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme. Anhand der Untersuchung von Berichterstattungs-Schemata nach Journalismuskonzeptions-Schemata zeigt sich wie das Massenmediensystem Gesellschaft und Individuen konstruiert, indem Selektionen/Unterscheidungen getroffen und nicht getroffen werden.

Kapitel D:
Conclusio und Ausblick

Kapitel D.1:
Conclusio

Diese Magisterarbeit erhebt den Anspruch in Erfahrung zu bringen, durch welche Selektionen/ Unterscheidungen das Massenmedium Badische Zeitung die Wirklichkeit von Leiharbeit konstruiert. Aus diesem Anspruch wurde die Forschungsfrage dieser Arbeit formuliert (vgl. Kapitel C.1.1):

Durch welche Selektionen/ Unterscheidungen konstruiert das Massenmedium „Badische Zeitung" die Wirklichkeit von Leiharbeit?

Diese Frage wurde durch die Analyse der Berichterstattung der Badischen Zeitung nach Berichterstattungs-Schemata und Journalismuskonzeptions-Schemata beantwortet. Aus der Betrachtungswinkel dieser Magisterarbeit konstruieren Massenmedien die Wirklichkeit von Leiharbeit durch Berichterstattungs- und Journalismuskonzeptions-Schemata.

Die Konstruktion der Wirklichkeit von Leiharbeit durch Berichterstattungs-Schemata: Für Luhmann sind Schemata Vereinfachungen, die bei der Themenvergabe regeln was „situativ bedeutsam" ist, „was vergessen werden" kann und was „in Erinnerung bleiben muß" (Luhmann 1996:69). Darauf beruhend wurden vom Verfasser Berichterstattungs-Schemata als eine situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit definiert. Diese Schemata wurden durch eine qualitative Inhaltsanalyse analysiert, in der zunächst die Berichterstattung der Badischen Zeitung erhoben, in Erhebungszeiträume eingeteilt und nach formalen Kriterien unterschieden wurde (vgl. Unterscheidung I, II und III der qualitativen Inhaltsanalyse). Durch den Einbezug der Frame-Theorie nach Entman und einer Definition von Metaphern wurde die Berichterstattung in Akteur-Frames und Metaphern eingeteilt (vgl. Unterscheidung IV).

Auf Basis der Frames und Metaphern wurden Kategorien/ Unterkategorien und Kategoriengruppen/ Ausprägungen gebildet (vgl. Unterscheidung V). Aus diesen Kategorien wurden Selektionen/ Unterscheidungen gewonnen, die auf eine situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit bei der Thematisierung von Leiharbeit in der Badischen Zeitung schließen lassen:

- Bei der Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit konnten Selektionen/ Unterscheidungen erhoben werden, die Leiharbeit in zwei unterschiedlichen Ereignissen thematisieren. Es konnte festgestellt werden, dass in Ereignis 1 eine Problematisierung Leiharbeit erfolgt. In Ereignis 2 erfolgt dagegen keine Problematisierung.
- Für die Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit wurden beide Ereignisse als Tarifkonflikte betrachtet. Diese Betrachtung erlaubte es Mitteilungen der Gewerkschaft „IG Metall“, des Arbeitgeberverbands „Südwestmetall“ und der „Frankfurter Rundschau“ in die Untersuchung einzubeziehen. Dadurch konnten Selektionen/ Unterscheidungen erhoben werden, die in der BZ-Berichterstattung nicht vorkommen.

Berichterstattungs-Schemata sind vom Verfasser als ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Bedeutsamkeit definiert. Dieser Zusammenhang wird in Tabelle 15 dargestellt.

Tabelle 15: Berichterstattungs-Schemata bei der Thematisierung von Leiharbeit in Ereignis 1 und 2

E	Selektionen/ Unterscheidungen	Untersuchung von Bedeutsamkeit
1	Thematisierung von Leiharbeit als niedrige Entlohnung	Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit: Leiharbeit wird durch Selektionen/ Unterscheidungen problematisiert
	Thematisierung von Leiharbeit wird als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen in Betrieben	
	Hinterfragung von Leiharbeit als Beschäftigungskonzept	
	Thematisierung von Leiharbeit wird als Missbrauch der Jugend und als Grund zum Ärgernis der Jugend	
	Thematisierung von Leiharbeit als lokales und nicht als bundesweites Phänomen	Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit: Selektionen/ Unterscheidungen, die in der BZ-Berichterstattung nicht vorkommen
	Fehlende Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer	
	Fehlende Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksalen	
	Fehlende Thematisierung der Verantwortung des gesellschaftlichen Konsumverhaltens für Mindestlöhne	
	Fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik für Leiharbeit	
2	Thematisierung von Leiharbeit als gewerkschaftliche Forderung	Untersuchung situativer und durchgehender Bedeutsamkeit: Leiharbeit wird durch Selektionen/ Unterscheidungen nicht problematisiert
	Thematisierung von Leiharbeit als Instrument zum Abbau von Personalkosten	
	Fehlende Thematisierung der Arbeitsbedingungen von Stewardessen und Stewards	Untersuchung fehlender Bedeutsamkeit: Selektionen/ Unterscheidungen, die in der BZ-Berichterstattung nicht vorkommen
	Fehlende Thematisierung, dass Stewards und Stewardessen für den Verzicht auf Leiharbeit Opfer erbringen	
	Fehlende Thematisierung eines Verständnisses für die Streiks	
	Fehlende Thematisierung von Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung als Grund für Einsparungsmaßnahmen	

Die Konstruktion der Wirklichkeit von Leiharbeit durch Journalismuskonzeptions-Schemata: Schemata regeln nicht nur die Selektionen/ Unterscheidungen des Massenmediensystems, sondern sind auch Vereinfachung mit denen Massenmedien mir Individuen gekoppelt sind. Der Programmbereich Nachrichten und Berichte ist mit Individuen über die Motivlage „Individuen als kognitiv interessierte Beobachter" gekoppelt. Diesem Schema wurden Journalismuskonzeptions-Schemata als Ausprägungen hinzugefügt. Durch diese Schemata vereinfacht das Massenmediensystem komplexe gesellschaftliche Vorgänge und komplexe Differenzierungen psychischer und biologischer Systeme. Die Selektionen/ Unterscheidungen, aus denen sich die Berichterstattungs-Schemata konstituieren, wurden nach Journalismuskonzeptions-Schemata untersucht (vgl. Unterscheidung VI). Es konnte herausgefunden werden, dass in Ereignis I und II Individuen und Gesellschaft konstruiert werden.

Konstruktion von Gesellschaft: In Ereignis 1 wird durch Selektionen/ Unterscheidungen, die Leiharbeit problematisieren, eine Gesellschaft konstruiert, in der Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Gleichzeitig wird durch die fehlenden Thematisierungen eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer und von Leiharbeit-

nehmerschicksale aus Leiharbeitnehmern eine Gruppe konstruiert, der der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt. In Ereignis 2 fehlen Unterscheidungen/ Selektion, die eine Thematisierung von Leiharbeit als Problem möglich gemacht hätten. Der Verfasser führt es auf die fehlende Problematisierung zurück, dass in Ereignis 2 keine Vereinfachung gesellschaftlicher Vorgänge gefunden werden konnte (vgl. Tabelle 16).

Tabelle 16: Konstruktion von Gesellschaft in Ereignis 1 und 2

E	Berichterstattungs-Schemata	Journalismuskonzeptions-Schemata
1	**Durch folgende Selektionen/ Unterscheidungen wird Leiharbeit problematisiert:** Thematisierung von Leiharbeit als niedrige Entlohnung Thematisierung von Leiharbeit wird als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen in Betrieben Hinterfragung von Leiharbeit als Beschäftigungskonzept Thematisierung von Leiharbeit wird als Missbrauch der Jugend und als Grund zum Ärgernis der Jugend Thematisierung von Leiharbeit als lokales und nicht als bundesweites Phänomen	Durch die Problematisierung von Leiharbeit wird eine Gesellschaft konstruiert, in der Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden
	Folgende Selektionen/ Unterscheidungen werden nicht thematisiert: Fehlende Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer Fehlende Thematisierung von Leiharbeitnehmerschicksalen	Durch die fehlenden Thematisierungen wird aus Leiharbeitnehmer eine Gruppe konstruiert, der der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt.
2	**Durch folgende fehlende Selektionen/ Unterscheidungen wäre eine Problematisierung von Leiharbeit möglich gewesen:** Fehlende Thematisierung der Arbeitsbedingungen von Stewardessen und Stewards Fehlende Thematisierung, dass Stewards und Stewardessen für den Verzicht auf Leiharbeit Opfer erbringen Fehlende Thematisierung eines Verständnisses für die Streiks Fehlende Thematisierung von Fehlinvestitionen der Lufthansa-Führung als Grund für Einsparungsmaßnahmen	Durch die fehlende Problematisierung von Leiharbeit werden keine komplexen gesellschaftlichen Vorgänge vereinfacht

Konstruktion von Individuen: In Ereignis 1 werden durch fehlende Thematisierungen Individuen konstruiert, die eines Überblicks in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen. Der Überblick beschränkt sich darauf, in Betrieben und Arbeitgebern die einzigen Verantwortlichen für Leiharbeit zu finden. Die fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik führt dazu, dass Individuen nicht als Bürger konstruiert werden, die unvoreingenommen informiert werden wollen.

Durch Selektionen/ Unterscheidungen, die Leiharbeit als gewerkschaftliche Forderung und als Instrument zum Abbau von Personalkosten thematisieren, zeigt sich, dass keine politische, gesellschaftliche und betriebliche Verantwortung für Leiharbeit in Ereignis II thematisiert wird. Deswegen werden keine Individuen konstruiert, die als Bürger unvoreingenommen informiert werden wollen. Und es werden auch keine Individuen konstruiert, die eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen. Durch die Thematisierung von Schäden (lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen und Chaos) und Leid von Passagieren (bspw. Übernachtungen auf Feldbetten) (vgl. Ausprägung 11-2) werden Rezipienten konstruiert, die als Kunden/ Passagiere der Zufriedenstellung ihrer kommunikativen Bedürfnisse bedürfen (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17: Konstruktion von Individuen in Ereignis 1 und 2

E	Berichterstattungs-Schemata	Journalismuskonzeptions-Schemata
1	**Folgende Selektionen/ Unterscheidungen werden nicht thematisiert:** Fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik für Leiharbeit Fehlende Thematisierung der Verantwortung des gesellschaftlichen Konsumverhaltens für Mindestlöhne	Konstruktion von Individuen, die ein Überblick in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen. Der Überblick beschränkt sich darauf in Betrieben und Arbeitgebern die einzigen Verantwortlichen für Leiharbeit zu finden.
	Folgende Selektion/ Unterscheidung wird nicht thematisiert: Fehlende Thematisierung der Verantwortung der Politik für Leiharbeit	Durch die fehlende Thematisierung werden keine Individuen konstruiert, die als Bürger unvoreingenommen informiert werden wollen.
2	**Folgende Selektionen/ Unterscheidungen werden thematisiert:** Thematisierung von Leiharbeit als gewerkschaftliche Forderung Thematisierung von Leiharbeit als Instrument zum Abbau von Personalkosten	Es wird keine politische, gesellschaftliche und betriebliche Verantwortung für Leiharbeit thematisiert. Deswegen werden keine Individuen konstruiert, die als Bürger unvoreingenommen informiert werden wollen. Und es werden auch keine Individuen konstruiert, die eines Überblickes in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen.
	Folgende Selektionen/ Unterscheidungen werden thematisiert: Thematisierung von Schäden (lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen und Chaos) und Leid von Passagieren (Übernachtungen auf Feldbetten) (vgl. Ausprägung 11-2) Thematisierung eines Informationsservice für Passagiere (vgl. Ausprägung 13-1)	Durch Thematisierung in den Ausprägungen werden Rezipienten konstruiert, die als Kunden/ Passagiere der Zufriedenstellung ihrer kommunikativen Bedürfnisse bedürfen.

Am Beispiel der Berichterstattung der Badischen Zeitung zeigt sich, dass Massenmedien die Wirklichkeit von Leiharbeit auf folgende Weise konstruiert:

- Die Wirklichkeit von Leiharbeit wird aus Selektionen/ Unterscheidungen konstruiert, die eine situative, durchgehende und fehlende Bedeutsamkeit aufweisen (Berichterstattungs-Schemata).
- Die Wirklichkeit von Leiharbeit wird aus Selektionen/ Unterscheidungen konstruiert, die Individuen und Gesellschaft konstruieren (Journalismuskonzeptions-Schemata).

Kaptiel D.2:

Ausblick

Der Verfasser dieser Arbeit möchte in diesem letzten Kapitel einen normativen Ausblick auf Leiharbeit geben, indem er Anmerkungen zur Thematisierung von Leiharbeit macht.

Dass Wirklichkeit aufgrund von Selektionen konstruiert wird ist für den Verfasser nach der Lektüre des operativen Konstruktivismus nachvollziehbar. Die Wirklichkeitskonstruktion von Leiharbeit, die sich in der Magisterarbeit durch Berichterstattungs-Schemata und Journalismuskonzeptions-Schemata darstellt ist eine Mögliche von vielen. In die Wirklichkeitskonstruktion sind Berichterstattungen und Mitteilungen von Tarifpartnern eingeflossen.

Der Verfasser hat ein halbes Jahr lang als Leiharbeitnehmer gearbeitet. Seine Erfahrungen mit Leiharbeit sind nicht positiv. Es gab in diesem Arbeitsverhältnis weder eine terminliche Planungssicherheit noch eine pekuniäre Sicherheit. Wenn der Verfasser nun diese Erfahrung mit einbezieht, dann bewertet er die massenmediale Wirklichkeit von Leiharbeit folgendermaßen:

- Leiharbeit sollte als bundesweites Phänomen thematisiert werden. Seiner Ansicht nach führt die Betrachtung von Leiharbeit als lokales Phänomen zu einer Verharmlosung dieser Beschäftigungsform.
- Leiharbeitnehmer sollten als eine Gruppe betrachtet werden, die keinen Zugang zur öffentlichen Kommunikation hat. Denn nur auf diese Weise, so die Sicht des Verfassers, kann die die Thematisierung eines Informationsservices für Leiharbeitnehmer und die Erwähnung von Leiharbeitnehmerschicksale regelmäßig in die massenmediale Thematisierung von Leiharbeit Eingang finden.

- Neben einer Arbeitgeberverantwortung sollte ebenfalls regelmäßig eine politische und gesellschaftliche Verantwortung für Leiharbeit thematisiert werden. Die ausschließliche Thematisierung der Arbeitgeberverantwortung stellt, in den Augen des Verfassers, die Problematisierung von Leiharbeit zu verkürzt dar und blendet politische und gesellschaftliche Lösungsvorschläge aus. Für den Verfasser eröffnet eine politische und gesellschaftliche Verantwortung für Leiharbeit die Möglichkeit Individuen als Wähler oder als Kunden anzusprechen, die durch ihr Verhalten Leiharbeitsverhältnisse ändern können.

Diese normativen Vorschläge sind vom Verfasser, also von einem ehemaligen Leiharbeitnehmer, als ein Selektionsangebot intendiert.

Quellennachweis

Literatur

Berghaus, Margot (2003): Luhmann leicht gemacht. Eine Einführung in die Systemtheorie. Böhlau Verlag, Köln.

Bonfadelli, Heinz (2002): Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz.

Decker, Horst (1976): Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Der Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung. Verlag Dokumentation Saur KG, München.

Fuchs, Peter (1993): Niklas Luhmann – beobachtet. Eine Einführung in die Systemtheorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. 2. Auflage.

Haas, Hannes (1999): Empirischer Journalismus. Böhlau Verlag Ges. M. b. H und Co. KG., Wien – Köln – Weimar.

Häusermann, Jürg/ Käppeli, Heiner (1994): Rhetorik für Radio und Fernsehen. Verlag Sauerländer, Aarau/ Schweiz.

Krause, Detlef (2005): Luhmann-Lexikon. Eine Einführung in das Gesamtwerk von Niklas Luhmann. UTB Verlag, Stuttgart. 4. Auflgae.

Kunczik, Michael/ Zipfel, Astrid (2009): Publizistik. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien.

Lindermann, Holger/ Rosenbohm (2012): Die Metaphern-Schatzkiste. Systemisch arbeiten mit Sprachbildern. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen. Opladen. 2. Auflage.

Meyen, Michael/ Löblich, Maria/ Pfaff-Rüdiger, Senta/ Riesmeyer, Claudia (2011): Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft. Eine praxisorientierte Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Pürer, Heinz (2003): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz.

Rager, Günther (1982): Publizistische Vielfalt im Lokalen. Eine empirische Analyse. Gulde-Druck GmbH, Tübingen.

Reese-Schäfer, Walter (1992): Luhmann zur Einführung. Junius Verlag Gmbh, Hamburg.

Schützeichel, Rainer (2004): Soziologische Kommunikationstheorien. UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz.

Schwarzkopf, Dietrich (2006): Zwischen Anspruch und Akzeptanz. LIT Verlag, Berlin

Weischenberg, Siegfried (1995): Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Westdeutscher Verlag

Weller, Christoph (2002): Die massenmediale Konstruktion der Terroranschläge am 11. September 2001. Eine Analyse der Fernsehberichterstattung und ihre theoretische Grundlage. In: INEF Report Heft 63/2002. Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

Wyss, Vinzenz/ Pühringer, Werner/Meier, Werner A. (2005): Journalismusforschung. In: Bonfadelli, Heinz/ Jarren Ottfried/ Siegert, Gabriele (Hrsg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Haupt Verlag, Bern – Stuttgart – Wien.

Internetlinks

- **Link cosmiq.de:** http://www.cosmiq.de/qa/show/113519/Warum-gibt-es-das-Abseits-im-Fussball/, zuletzt überprüft: 10.06.2013
- **Link zeit.de:** http://blog.zeit.de/schueler/files/2010/09/2.1-Klassische_Medien.pdf, zuletzt überprüft: 10.06.2013
- **Link zukunft-bilden.com:** http://www.zukunft-bilden.com/fileadmin/redakteure/5.Bildungsbrief_Dezember_2011_mpille_2011-11-31.pdf, zuletzt überprüft: 10.06.2013
- **Link Zum.de:** http://www.zum.de/Faecher/Gk/RP/Sk_9521_Zeitung_-_Defintion_Form_und_Gliederung.pdf, zuletzt überprüft: 10.06.2013

Abstract

Thema der Arbeit:

„Die Berichterstattung über Leiharbeit – Eine konstruktivistische Analyse“

Autor:

Erik Alexis Delgado Galvez, Bakk. phil.

Die Magisterarbeit setzt sich mit Selektionen/ Unterscheidungen auseinander, die die Wirklichkeit des Arbeitsverhältnisses Leiharbeit konstruieren. Die Wirklichkeit von Leiharbeit wird empirisch durch Berichterstattungs-Schemata und Journalismuskonzeptions-Schemata innerhalb einer qualitativen Inhaltsanalyse erhoben.

Die Schemata werden im Sinne des operativen Konstruktivismus nach Niklas Luhmann als ein Zusammenhang situativer, durchgehender und fehlender Thematisierung und als Kopplung des Massenmediensystems mit Individuen betrachtet.

Anhand der Untersuchung der „Badischen Zeitung“, eine deutsche Regionalzeitung, werden folgende Ergebnisse erhoben:

- Anhand der Untersuchung der Berichterstattung nach Berichterstattungs-Schemata wird erhoben, dass Leiharbeit, innerhalb von zwei Ereignissen, unterschiedlich thematisiert wird. Während in Ereignis 1 eine Problematisierung von Leiharbeit erfolgt, erfolgt in Ereignis 2 keine. Außerdem werden durch Berichterstattungs-Schemata Selektionen/ Unterscheidungen erhoben, die in der Berichterstattung nicht vorkommen.
- Anhand der Untersuchung der Berichterstattungs-Schemata nach Journalismuskonzeptions-Schemata wird erhoben, dass die Berichterstattung Individuen und Gesellschaft konstruiert. In Ereignis 1 wird durch die Problematisierung von Leiharbeit eine Gesellschaft konstruiert, in der Missstände der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Außerdem werden Leiharbeitnehmer als eine Gruppe konstruiert, der der Zugang zur öffentlichen Kommunikation verwehrt bleibt. In Ereignis 1 werden durch die Berichterstattung Individuen, die ein Überblick in den Aufbau und Funktionieren sozialer Systeme bedürfen, indem die Verantwortung für Leiharbeit auf Betrieben und Arbeitgeber beschränkt wird. In Ereignis 2 werden dagegen Individuen als Kunden konstruiert, die der Zufriedenstellung ihrer kommunikativen Bedürfnisse bedürfen.

.

Lebenslauf – Curriculum Vitae

Name

Erik Alexis Delgado Galvez

Schulbildung

1988 – 1990	Grundschule in Lima
1990 – 1994	Grundschule Johannes-Schwatz-Schule in Freiburg (im Breisgau)
1994 – 2004	Staudinger Gesamtschule mit Abiturabschluss in Freiburg

Hochschulausbildung

Ab 2005	Beginn Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
Ab 2006	Beginn Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien
März 2009	Abschluss des Bakkalaureatsstudiums im Studiengang der Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.
April 2009	Beginn des Magisterstudiums Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.
April 2012	Abschluss des Diplomstudiums im Studiengang der Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Praktische Tätigkeiten und außeruniversitäre Aktivitäten

August 2010	Praktikum bei der Badischen Zeitung
März - September 2011	Tätigkeit als Telefoninterviewer beim Institut für empirische Sozialforschung, IFES

CD-Anhang

Artikel der Badischen Zeitung

Tabelle: Inhaltsverzeichnis

BZ-Artikel	**BZ-Artikel/ Seitenzahl**				
001 - 005	001/2	002/2	003/3	004/4	005/7
006 – 010	006/7	007/8	008/9	009/9	010/10
011 – 015	011/11	012/11	013/14	014/15	015/15
016 – 020	016/15	017/16	018/17	019/18	020/18
021 – 025	021/19	022/22	023/23	024/25	025/25
026 – 030	026/26	027/27	028/28	029/29	030/29
031 - 035	031/31	032/32	033/33		035/34
036 - 040	036/35 036a/34	037/36	038/37	039/37	040/37
041 - 045	041/38	042/38	043/39	044/40	045/40
046- 050	046/40	047/41	048/42	049/42	050/43
051 - 055	051/44	052/44	053/45	054/46	055/46
056 - 060	056/47	057/48	058/50	059/51	060/52
061 - 065	061/54	062/55	063/55	064/58	065/59
066 - 070	066/60	067/61	068/62	069/62	070/63
071 - 075	071/64	072/64	073/64	074/65	075/65
076 – 079	076/67	077/68	078/69	079/71	
081 - 084	081/71	082/72	083/73	084/74	
085 - 089	085/75	086/76	087/77	088/78	089/79

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-001	Mo 17-10-11	Waldkirch	Christine Speckner	Bericht

Faire Arbeit – faire Löhne

Geis sieht gute Chancen für Mindestlöhne in allen Branchen.

WALDKIRCH. Manchmal reicht die Arbeit nicht zum Leben: Die Lage der Mitarbeiter eines deutschen Textildiscounters sei ähnlich schlecht wie die eines chinesischen Wanderarbeiters, meint Reiner Geis: "Solange man in Deutschland für 4,50 Euro in der Stunde arbeitet, haben wir fast chinesische Verhältnisse", sagte er beim SPD-Stammtisch in Waldkirch. Dass der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro flächendeckend kommt, hält er für wahrscheinlich.

"Es ist unanständig, dass Niedrigstlöhne bezahlt werden, wie etwa beim Textildiscounter KiK" so der Ver.di Geschäftsführer. Dabei muss eine Firma, die Dumpinglöhne zahlt, kaum mit Gegenwehr rechnen. Seit Jahren nämlich sinkt die Zahl der tarifgebundenen Betriebe. "Für nur 54 Prozent der Beschäftigten gelten Tarifverträge." Dies bekommt auch die Gewerkschaft Ver.di zu spüren, die mit 25.000 Mitgliedern im Bezirk Südbaden organisiert ist. In einzelnen Branchen, räumte Geis ein, seien Gewerkschaften mittlerweile zu schwach vertreten, um erfolgreich Tarife zu verhandeln. Daher fordere man mindestens 8,50 Euro für alle Branchen. Nur 7 Berufsgruppen erhalten bislang einen Mindestlohn. "Wir wollen ihn aber flächendeckend", sagte Geis bei der Veranstaltung im Gasthaus Hirschen. Für dessen Einführung sehe er politisch "reale Chancen". Immerhin unterstütze die Mehrzahl der Parteien dies, allein die FDP blockiere.

Diskutiert wurde beim SPD-Stammtisch auch das Thema Leiharbeit als Ursache für Niedriglöhne. Leiharbeiter seien für ein Unternehmen billiger trotz gleicher Qualifikation. Die stellvertretende SPD-Ortsvereinsvorsitzende Susanne Tröndle erinnerte daran, dass Leiharbeit entlasten solle, um "Spitzen bei Aufträgen abzufedern." Viele Unternehmen missbrauchten dies aber. Bis zu zwei Jahren und länger seien Leiharbeiter im Einsatz. Dies bestätigte Geis, der die Zahl der Leiharbeiter auf zwei bis vier Millionen Menschen schätzt. Drei Monate, höchstens aber ein halbes Jahr, so die einhellige Meinung am SPD-Stammtisch, solle ein Leiharbeiter "eingearbeitet" werden. Dann spätestens müsse sein Gehalt steigen. Dass dies nicht dem Interesse einer Leiharbeitsfirma entspreche, meinte Andreas Berger. Der Waldkircher DGB-Ortsvereinsvorsitzende wies darauf hin, dass Jobvermittlung eigentlich Aufgabe der Agentur für Arbeit sei. Zugleich bedauerte er, dass die Arbeitsvermittlung in die Hände von gewinnorientierten Leiharbeitsfirmen gelegt werde.

Reiner Geis zeigte sich besorgt, ob Arbeitgeber immer korrekt festlegen, wie viel Lohn einem Leiharbeiter zusteht. "Bei Tarifverträgen haben sich da bestimmte Spielregeln bewährt", erläuterte der Gewerkschaftler. Die sollten genauso für Leiharbeit gelten. Für eine gerechte Entlohnung solle der Arbeitgeber außer der beruflichen Qualifikation auch Berufserfahrung und die Schwierigkeit der Tätigkeit zu berücksichtigen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/waldkirch/faire-arbeit-faire-loehne--50601338.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-002	Fr, 11-11-11	Kreis Emmendingen	bz	Bericht

"Arm trotz Arbeit ist gesellschaftlicher Sprengstoff"

SPD und Jungsozialisten kritisieren prekäre Arbeitsverhältnisse / Luisa Boos warnt vor zunehmenden Frist-, Zeit- oder Minijobs.

KREIS EMMENDINGEN (BZ). Sorge über prekäre Arbeitsverhältnisse äußern Kreis-SPD und Kreis-Juso. Im Weisweiler "Baumgärtner" beschäftigten sie sich mit diesen negativen Aspekten der heutigen Arbeitswelt. Referenten des Abends

waren Luisa Boos (Sexau), stellvertretende Juso-Landesvorsitzende, und der in Herbolzheim lebende Jungsozialist Christian Klemm, Gemeindekämmerer aus Weisweil. Der Weisweiler SPD-Ortsvereinsvorsitzende Reinhold Zips begrüßte drei Personen einer Arbeitsvermittlungsfirma aus Emmendingen.

Luisa Boos präsentierte ernüchternde Zahlen: In Deutschland würden 6,8 Millionen Menschen, also etwa 21,5 Prozent aller Beschäftigten, im Niedriglohnsektor arbeiten oder sich an der Niedriglohnschwelle befinden. Teilzeitjobs hätten sich verdoppelt, Minijobs würden zunehmen. Es gebe immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse und die Leiharbeit nehme zu, sagte sie. Statt der früher normalen Arbeitsplätze gebe es zunehmend Teilzeitarbeit oder befristete Arbeitsverhältnisse. Frist-, Zeit- oder Minijobs würden zu prekären Situationen führen.

Luisa Boos veranschaulichte mit Statistiken auch die Lage im Landkreis Emmendingen. Die Anzahl der unbefristeten Arbeitsverhältnisse liege bei 22,6 Prozent. 42,5 Prozent der 15 bis 24-Jährigen würden zu niedrigen Löhnen in Vollzeit arbeiten, 4179 Personen seien es bei den 25- bis 49-Jährigen. Sie sprach von der "schrumpfenden Mitte" und überwiegend vielen Frauen bei den Niedriglohnverdienern. Ihren Worten zufolge habe die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht die gewünschten Effekte beispielsweise bei der Leiharbeit. "Die Prekarisierung des Arbeitsmarktes nimmt immer weiter zu und gewinnt an Brisanz", so ihr Fazit: "Arm trotz Arbeit bedeutet gesellschaftlichen Sprengstoff", Aufstieg durch Bildung sei zur Phrase verkommen.

Christian Klemm stellte anhand von vier ihm konkret bekannten Fällen detaillierte Rechercheergebnisse zur Leiharbeit vor. Dabei prüfte er unter anderem kritisch das Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung. Diskutiert wurde auch über die gewagte These, ob man das gesamte Bargeld abschaffen solle, um die Schwarzarbeit auszutrocknen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/kreis-emmendingen/arm-trotz-arbeit-ist-gesellschaftlicher-sprengstoff--51648445.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-003	Do, 08-12-11	Offenburg	bz	Bericht

IG Metall geht selbstbewusst in die Tarifrunde

Mitbestimmung bei Leiharbeit.

OFFENBURG (BZ). Die IG Metall in Baden-Württemberg will die kommenden Monate dazu nutzen, "eine Mauer gegen wachsende Prekarität aufzubauen", heißt es in einer Pressemitteilung der Gewerkschaft. Ein Ausblick auf die Forderung der kommenden Tarifrunde 2012 der Metall- und Elektroindustrie, die Forderung nach unbefristeter Übernahme von Auszubildenden als Teil eines Tarifvertrags, aber auch die Ehrung von 320 Mitgliedern standen auf der Tagesordnung der Delegiertenversammlung in Offenburg.

Die IG Metall Baden-Württemberg will noch vor der Tarifrunde 2012 mit den Arbeitgebern Themen wie Übernahme und mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit verhandeln. Das habe die Große Tarifkommission der Gewerkschaft am 15. November auf ihrer Sitzung einstimmig beschlossen. "Die IG Metall strebt ein Ergebnis an, noch bevor im Frühjahr 2012 die kommende Entgelttarifrunde startet", so der Erste Bevollmächtigte Ahmet Karademir. Dabei will die IG Metall Baden-Württemberg · die unbefristete Übernahme von Ausgebildeten im Anschluss an die Berufsausbildung, tarifliche Regelungen zur Verbesserung des Ausbildungszugangs für benachteiligte Jugendliche, der Ausbildungsbegleitung und der beruflichen Entwicklung, ein wirksames Zustimmungsverweigerungsrecht für Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit im Betrieb mit tariflicher Schlichtungsstelle als Konfliktregulierung, Regelung von Leiharbeit, insbesondere zu Anlass, Volumen, Dauer, Einsatzbereichen, Übernahme sowie Auswahlkriterien in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung, Ausweitung der Informations- und Mitwirkungsrechte des Betriebsrats beim Einsatz von Werkvertragsbeschäftigten im Betrieb, Weiterführung der Regelungen des Tarifvertrag, Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung erreichen. Im

Geschäftsbericht wurde die aktuelle Kassensituation, sowie die Mitgliederentwicklung dargestellt. "Das lässt Spielraum für zusätzliche gewerkschaftliche Aktivitäten", so Karademir.

Eine Aktion der IG Metall Jugend Offenburg wurde vorgestellt. Stefan Doninger machte Rede deutlich, warum gerade jetzt der richtige Zeitpunkt für die Umsetzung der Tarifforderung für unbefristete Übernahme sei. Durch eine großangelegte Jugendabstimmung (Jugendvot-Aktion) , werde in den Betrieben, auf Jugend- oder Betriebsversammlungen abgestimmt, dass die unbefristete Übernahme gewünscht sei. In der Ortenau hätten sich schon ebm-papst, Hyco Hengstler, Schondelmaier GmbH Presswerk und viele weitere für die unbefristete Übernahme ausgesprochen. "Dann können die Arbeitgeber dies auch durch ihre Unterschrift unter dem Tarifvertrag festhalten", so Doninger weiter.

Der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Offenburg, Ahmet Karademir, gab in seiner Jubilarrede einen Rückblick auf das Jahr 1986, in dem sich die 320 Jubilare für die Mitgliedschaft in der IG Metall entschieden haben. "Im härtesten Arbeitskampf der Nachkriegsgeschichte", so Karademir wurde damals der Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchgesetzt.

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/ig-metall-geht-selbstbewusst-in-die-tarifrunde--52884095.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-004	Do, 22-12-11	Wirtschaft	Bernd Kramer	Interview

Klaus Endress: "Ich bin kein Freund der Leiharbeit"

Klaus Endress warnt vor einer Übernahmegarantie für Auszubildende, wie sie die IG Metall fordert. Eine solche Garantie werde das Angebot an Ausbildungsplätzen senken.

BZ: Traut man bei E+H dem Euro noch?

Endress: Ich habe kein Problem mit dem Euro. Der Euro ist für mich eine sehr solide Währung, vor allem wenn man ihn mit dem Dollar vergleicht. Hinter dem Euro stehen sehr erfolgreiche Volkswirtschaften wie die Bundesrepublik oder die Niederlande. Diese Länder verfügen über einen starken Export. In der gegenwärtigen Lage bekommen diese Länder durch den schwachen Euro noch einen zusätzlichen Schub.

BZ: Die Eurokrise hat die Anleger verunsichert. Der Franken hat gegenüber dem Euro aufgewertet. Als Schweizer Unternehmer muss Ihnen das doch Sorgen bereiten.

Endress: Aus Schweizer Sicht macht der harte Franken sicherlich Schwierigkeiten, auch wenn die Schweizerische Nationalbank durch die Ankündigung einer Untergrenze beim Wechselkurs Franken/Euro den Kurs zumindest bei über 1,20 Franken je Euro stabilisiert hat. Ein härterer Franken wäre für die Schweizer Exporteure auf Dauer nicht zu ertragen gewesen. Noch mehr Stellen in der Schweiz wären weggefallen, obwohl die Entwicklung des Wechselkurses eine emotionale Sache ist und nichts mit der Realwirtschaft zu tun hat.

BZ: Sie haben Produktionsstandorte im Elsass, in Südbaden und in der Nordwestschweiz. Wie geht man als Unternehmen im Dreiländereck mit solch enormen Schwankungen des Wechselkurses um?

Endress: Unter dem harten Franken leidet bei E+H in der Region vor allem die Flowtec, unser Werk für Durchflussmesstechnik, das zu einem großen Teil in der Schweiz produziert. Wir haben auf zwei Wegen gegengesteuert: Zum einen haben wir verstärkt im Euro-Raum eingekauft. So konnten wir Euro-Einnahmen direkt mit Euro-Ausgaben verrechnen. Zum anderen haben wir dem Vertrieb Währungsrabatte gewährt, damit die Preise der Schweizer Durchflussmessgeräte im Ausland konkurrenzfähig bleiben. Das geht natürlich zu Lasten der Gewinnmarge. Von Sonderregelungen für französische und deutsche Grenzgänger, die in der Schweiz arbeiten, haben wir abgesehen. Bei E+H

gilt: gleiche Arbeit, gleicher Lohn.

BZ: Europa kriselt, die USA kämpfen mit einer hohen Arbeitslosigkeit und in China schwächt sich das Wachstum ab. Stellen sich Sie und andere Chefs schon auf einen Einbruch wie 2008/2009 ein?
Endress: Zuerst einmal: Von wenigen Ausnahmen abgesehen geht es den mittelständischen Unternehmen in der Region derzeit gut bis sehr gut. Auch E+H kann nicht klagen. Zu glauben, wir könnten die zweistelligen Umsatzzuwächse einfach so fortschreiben, wäre jedoch verwegen. Es bröckelt schon jetzt. Wir planen mit einem Umsatzzuwachs von sieben Prozent, stellen uns aber darauf ein, dass dieses Ziel nicht einfach zu erreichen sein wird. Bezüglich der E+H-Entwicklung in den Regionen gesprochen: In Europa ist der Trend noch in Ordnung, in Nordamerika läuft das Geschäft hervorragend, aber in Asien gibt es einen Knick. Diese Schwäche in Asien wird in Europa ihre Spuren hinterlassen.

BZ: Keine Rezession wie nach dem Kollaps der Bank Lehman 2008, in der Millionen von Arbeitsplätzen in Gefahr gerieten?
Endress: Im Moment rechne ich nicht damit, ich kann aber eine solch schlechte Entwicklung nicht ausschließen. Die Situationen heute und damals ähneln sich ja. Die Rolle der verbrieften Immobilienkredite haben die Staatspapiere übernommen. Die Banken misstrauen einander wieder und horten Geld. Es kommt jetzt auf die Politik an. Werden panisch Entscheidungen getroffen, die zu einem weiteren Vertrauensverlust führen, könnte die Krise auch in der Realwirtschaft einen immensen Schaden anrichten. Ich plädiere dafür, dass die Staaten Mechanismen einführen, die die Höhe der Staatsschulden auch wirklich begrenzen. Außerdem müssen die Investmentbanken schärfer reguliert werden. Sie tragen eine gehörige Portion Mitschuld an der gegenwärtigen Situation.

BZ: Sie haben die Investmentbanken schon vor zwei Jahren heftig kritisiert. Seither hat sich einiges getan. Reicht das dem Unternehmer Klaus Endress nicht?
Endress: Die großen Banken haben ja vor der Krise 2008/2009 ihr Investmentbanking unentwegt ausgebaut. Dieses Geschäft ist mit hohen Risiken behaftet. Macht die Investmentbanking-Abteilung undurchschaubare Geschäfte wie das Verpacken von Immobilienkrediten und gehen diese Spielchen schief, kann das die ganze Bank in den Abgrund reißen. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf andere Banken und das ganze Finanzsystem. Oder der heutige Handel mit Rohstoffen: Für die Produktion notwendige Materialien wechseln preistreibend mehrfach virtuell den Besitzer, ehe sie verwendet werden. Das muss nicht sein. Ich möchte endlich klare und durchsetzbare Regeln, die so etwas unterbinden, weil die Gesellschaft als Ganzes davon nicht profitiert.

BZ: Wäre ihnen ein Trennbankensystem lieber? Eine Aufteilung zwischen Investmentbanken und Banken, die sich nur um Kredit, Sparen und den Zahlungsverkehr kümmern?
Endress: Das wäre vorteilhaft. Damit wäre auch das Problem gelöst, dass einige Banken zu groß sind, um sie pleitegehen lassen zu können. Volkswirtschaftlich nützliche Geschäftsbanken könnten weiterarbeiten, auch wenn sich Investmentbanken verspekulieren. Wer Risiken eingeht, muss dafür haften.
BZ: Sie haben mehr als 300 Millionen Euro an flüssigen Mitteln. Warum haben Sie solch eine Summe auf die Seite gelegt?
Endress: E+H soll weder von Banken noch von politischen Entscheidungen abhängig sein. Wir wollen unseren Weg gehen – auch wenn Banken sich misstrauen und es an Liquidität mangelt. Auf die Politik ist ebenfalls nicht immer Verlass. Wir standen vor nicht allzu langer Zeit vor der Entscheidung, ob wir in das Geschäft mit Messgeräten für Atomkraftwerke investieren sollen. Das war vor Fukushima, als die Zweifel an der Atomkraft noch nicht so ausgeprägt waren. Wir haben uns dagegen entschieden, weil uns dieses Feld zu riskant erschien. Hätten wir uns damals auf die Pro-Kernkraft-Aussagen

vieler Politiker und die geltenden Gesetze verlassen, hätten wir eine Menge Geld verloren.

BZ: In der deutschen Metallindustrie stehen 2012 Tarifverhandlungen an. Die Gewerkschaft IG Metall will eine Übernahmegarantie für Auszubildende. Eine kluge Forderung?
Endress: Wir haben bei E+H immer alles unternommen, um die Auszubildenden zu übernehmen. Ich halte das für sinnvoll. Die Azubis sind die Ingenieure und Facharbeiter von morgen, von deren Wissen ein Betrieb lebt. Außerdem sind frisch ausgebildete Mitarbeiter nicht die teuersten Beschäftigten. Wer nicht übernimmt, spart also nicht viel Geld. Ich halte die Übernahmegarantie trotzdem nicht für nützlich. Wird die Übernahme Pflicht, werden mehr Firmen davor zurückschrecken, überhaupt Ausbildungsstellen anzubieten, weil sie ja das Beschäftigungsrisiko tragen. Das Ausbildungsangebot verringert sich, was keinem hilft.
BZ: Die IG Metall fordert auch die gleiche Bezahlung von Stammbelegschaften und Leiharbeitern.
Endress: Obwohl die Leiharbeit das Beschäftigungsrisiko für den Arbeitgeber senkt, bin ich kein Freund dieser Beschäftigungsform. Zum einen kostet ein Leiharbeiter in der Regel mehr als ein Festangestellter. Zwar liegt der Lohn des Leiharbeiters niedriger, aber die Verleihfirma will ja auch noch Geld verdienen. Zum anderen ist die Motivation des Leiharbeiters in der Regel geringer. Was verständlich ist: Ihm fehlt die Sicherheit, an einem Platz über längere Zeit arbeiten zu können. Zudem wollen wir nicht, dass die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird. Bei E+H versuchen wir, den Einsatz von Leiharbeitern so gering wie möglich zu halten. Wir greifen nur auf Leiharbeit zurück, wenn wir offene Stellen nicht rasch genug besetzen können. Das war in den vergangenen Monaten in Maulburg der Fall, wo im Laufe des Jahres mehr als 200 Mitarbeitende neu eingestellt wurden, aber auch in Reinach.

BZ: Die Metallindustrie hat 2010 ein gutes Jahr erlebt. Auch die ersten Monate 2011 waren zufriedenstellend. Zeit für eine kräftige, tarifliche Lohnerhöhung?
Endress: Laufen die Geschäfte gut, sollen auch die Beschäftigten am Erfolg teilhaben. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Der Nachteil von Tariferhöhungen ist aber, dass sie auch in schlechten Zeiten voll wirken und damit Beschäftigung gefährden. Deshalb erscheint es mir sinnvoller, einen variablen Anteil in das Gehalt einzubauen und den Grundlohn entsprechend der Inflationsrate steigen zu lassen. Ist ein Unternehmen exzellent unterwegs, kann die Summe des variablen Anteils durchaus stark steigen. In schlechten Zeiten kann diese variable Summe dann aber auch fallen, was den Arbeitsplatz sicherer macht. Ich denke, die Beschäftigten sind eher bereit auf einen gewissen Teil des Gehalts zu verzichten, als dass das Unternehmen untergeht und Jobs verlorengehen.

BZ: Welche Ziele hat sich E+H für die kommenden Jahre gesetzt?
Endress: Wir wollen stärker als der Markt wachsen. Um Ihnen eine Zahl zu nennen: Wir sind mit zehn Prozent Umsatzzuwachs pro Jahr zufrieden. Die Zahlen sind jedoch nicht unser wichtigster Orientierungspunkt. Wir wollen vor allem zufriedene Kunden. Wenn dies der Fall ist, läuft der Rest von selbst. Der Bedarf für unsere Produkte ist da. Die Welt braucht mehr Energie, Wasser, Lebensmittel oder Arzneien. Mess- und Automationstechnik hilft, knappe Ressourcen besser einzusetzen.

BZ: Sie sind 63, Chef eines Unternehmens mit 9000 Mitarbeitern und Präsident des Wirtschaftsverbandes Industrieller Unternehmen Baden (WVIB). Wollen Sie diese Doppelverantwortung noch lange tragen?
Endress: Beim WVIB bin ich ja gerade für drei weitere Jahre als Präsident gewählt worden. Die Arbeit bereitet mir nach wie vor viel Freude. Ich bin auch weiter gern E+H-Vorstandschef. Allerdings möchte ich diesen Posten 2014 aufgeben, vorausgesetzt E+H wird nicht just zu diesem Zeitpunkt von einer Krise durchgeschüttelt. Anschließend möchte ich im

E+H-Verwaltungsrat den Vorsitz übernehmen.	
Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/klaus-endress-ich-bin-kein-freund-der-leiharbeit--53878988.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-005	Di, 03-01-12	Kommentare	Ronny Gert Bürckholdt	Kommentar

ARBEITSMARKT IN BEWEGUNG

Tagesspiegel: Arbeit für viele

Die neue Dynamik des Arbeitsmarkts hat ihren Preis: der wachsende Niedriglohnsektor, der Boom der Leiharbeit, das Auseinanderdriften der Löhne unten und oben.

Es ist sieben Jahre her, da sah es düster aus auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Als 2005 die Hartz-Reformen in Kraft traten, schnellte die Zahl der Erwerbslosen auf weit mehr als fünf Millionen empor. Deutschland galt als wirtschaftlich kranker Mann Europas. Und heute? Die Zahl der Erwerbslosen hat sich fast halbiert, die Zahl der Beschäftigten erklimmt Bestmarken, es gibt so viele offene Stellen wie nie. Es findet sich leider nicht Arbeit für alle, aber wieder Arbeit für viele, von denen einige selbst nicht mehr daran geglaubt hatten. Das ist eine soziale, eine erfreuliche Entwicklung. Die gute Konjunktur, die jahrelange Mäßigung bei den Löhnen, die mutigen Reformen von Altkanzler Schröder zahlen sich nun aus. Es braucht eben Jahre, bis große Reformpakete wirken können. Doch die neue Dynamik des Arbeitsmarkts hat ihren Preis: der wachsende Niedriglohnsektor, der Boom der Leiharbeit, das Auseinanderdriften der Löhne unten und oben. Die Vorstellungen vieler Deutscher von Gerechtigkeit sind stark an einer möglichst gleichen Verteilung von Einkommen orientiert. Die Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes ist deshalb nicht nur im Gewerkschaftslager groß. Es kommt nun darauf an, dass Politiker und Tarifpartner kluge Lösungen finden, die den sozialen Aufstieg von möglichst vielen Niedriglöhnern erleichtern, ohne den Zugang zum Arbeitsmarkt wie in alten Zeiten zu versperren. Eine gute Aus- und Weiterbildung für alle ist ein Schlüssel dazu.

Link	http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/tagesspiegel-arbeit-fuer-viele--54347479.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-006	Fr, 13-01-01	Eschbach	Ingeborg Grziwa	Bericht

Für die Versorgung von OP-Sälen

Besuch aus Berlin: Gernot Erler und Rita Schwarzelühr-Sutter besuchen Logistikzentrum der Zimmer International Logistics GmbH.

ESCHBACH. "Wir sind Zeuge einer erstaunlichen Technik geworden, die hier angewandt wird", sagte Gernot Erler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Zusammen mit Rita Schwarzelühr-Sutter, der Mittelstandsbeauftragten der Fraktion, besichtigte er am Dienstag das zentraleuropäische Logistikzentrum der Zimmer International Logistics GmbH im Gewerbepark Breisgau.

Bei einer Besichtigung erhielten die Bundespolitiker einen Einblick in das hochmoderne Lager mit innovativer Versandtechnologie, die auf einem vollautomatischen Multishuttle-System basiert. Daneben interessierte die Besucher, wie die ECOfit-Zertifizierung des Betriebs – ECOfit ist ein neues Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg im betrieblichen Umweltschutz – umgesetzt wird, und außerdem die Themen Leiharbeit und Ausbildung.

Es sei politischer Alltag, dass sich Abgeordnete in ihrem Wahlkreis um die Wirtschaft kümmern und Betriebe besuchten, die entweder innovativ seien, Unterstützung wünschten oder einfach mal zeigen wollten, was sie eigentlich machen, sagte Gernot Erler. Hier habe man die interessante Situation, dass die Firma Zimmer sowohl in Freiburg als auch im Gewerbepark Breisgau angesiedelt sei. Mit Blick auf die Themen Infrastruktur, Leiharbeit und Ökologie bezeichnete Rita Schwarzelühr-Sutter den Besuch als "guten Tag". Erfreulich sei, dass es Zukunftsperspektiven gebe hinsichtlich der Arbeitsplätze und der Ausbildungsprozesse. Der Betrieb bilde zwar nicht aus, Ausbildung erfolge eher über die Leiharbeit. Leiharbeiter hätten aber große Chancen, einen dauerhaften Arbeitsplatz zu bekommen. Es sei das politische Ziel seiner Partei, dies zu fördern, deshalb freue es ihn zu sehen, dass es in der Region einen Betrieb gebe, wo das funktioniert, sagte Erler.

Das Logistikunternehmen beschäftigt derzeit fast 90 feste Mitarbeiter und aktuell etwa 20 Zeitarbeitskräfte. "Seit dem letzten Jahr haben wir Probleme, qualifizierte Mitarbeiter zu finden", sagte Thilo Baumer als Vertreter des Unternehmens. Dies liege auch an der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes mit dem öffentlichen Nahverkehr. Insgesamt zwölf Mitarbeiter wurden aus der Leiharbeit heraus fest angestellt, bestätigte Baumer als stellvertretender Vertriebsdirektor. Dies erfolge im Interesse des Unternehmens, das viel in Ausbildung und Schulung der Zeitarbeitskräfte investiere und schon deshalb kein Interesse habe, dass sie die Firma wieder verließen. Dies sei die Form von Leiharbeit, "die wir für sinnvoll erachten", meinte Erler. Leiharbeit solle der Einstieg in eine feste Beschäftigung sein und nicht zu Lohndumping und der Abwertung vollwertiger Arbeitsplätze führen. Allerdings würde er sich freuen, wenn der Betrieb irgendwann auch selbst ausbilden würde, weil es auf Dauer schwierig sein dürfte, qualifizierte Kräfte über die Leiharbeit zu bekommen. "Der Markt ist hier ziemlich leergefegt", so Erler. Bisher sei der Fokus nicht auf die Ausbildung junger Mitarbeiter gelegt worden, sagte Baumer. Dies solle sich aber ändern.

Seit zwei Jahren befinde sich die Niederlassung im Gewerbepark Eschbach, sage Geschäftsführer Harald Meyer über das Unternehmen. Mehr als 40 Millionen US-Dollar seien in den Standort investiert und 55 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Seit zwei Jahren werde viel für die Nachhaltigkeit getan. Das Unternehmen sei ECOfit zertifiziert. Der erste Schritt zur Umsetzung sei getan, so Baumer. 51 Prozent der Energien am Standort seien regenerative Energien, Müll werde möglichst vermieden, ein Erweiterungsbau mit Abfallkonzept sei geplant.

Eindrucksvoll war die Besichtigung des Logistikzentrums mit seinen sechs Eingangsstationen und acht Packstationen im Warenausgang. Täglich werden 20 000 Einzelteile versendet, im vollautomatischen Kleinteilelager werden 230 000 Lagerplätze und 35 000 Artikel verwaltet. Durchschnittlich befinden sich 1,8 Millionen Stück am Lager, in Spitzenstunden werden 2400 Teile entnommen. Bei einem Stromausfall springt ein Schiffsgenerator, ein Notstromdiesel an, sagte Baumer. "Wir haben auch als einziges Unternehmen in Südbaden einen Erdbebensensor. Gegen Wasser, Feuer, Erdbeben und technisches Versagen sind wir so gut es geht abgesichert." Und dennoch ist der "worst case", der schlimmste Fall, bereits eingetreten, als in einem Bereich wegen einer Fehlfunktion eine Nacht lang die Sprinkleranlage lief, was einen beträchtlichen Schaden verursacht hatte. Hauptziel ist in einem solchen Fall, das System wieder zum Laufen zu bringen, um die Krankenhäuser beliefern zu können, damit ihre OP-Planung nicht durcheinander kommt.

Link	http://www.badische-zeitung.de/eschbach/fuer-die-versorgung-von-op-saelen--54687676.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-007	Fr, 13-01-12	Wirtschaft	Jörg Buteweg	Nachricht

EQUAL PAY

Berlin fordert rasch Reform der Leiharbeit

Die Bundesregierung droht der Leiharbeitsbranche, ihr eine Regel für die gleiche Entlohnung von Leiharbeitern und Stammpersonal vorzuschreiben.

Falls die Tarifparteien nicht bis Ende März zu einer Einigung kämen, werde Arbeitsministerin eine Kommission einsetzen, entsprechende Vorschläge für Equal pay (Deutsch: Gleiches Geld für gleiche Arbeit) mache. Die würden dann auch Gesetz, sagte Peter Weiß, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Emmendingen-Lahr. Weiß ist Sprecher des Arbeitnehmerflügels der CDU. Er präzisierte damit eine Ankündigung von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen. Es geht um die Frage, wie schnell nach Arbeitsantritt die Leiharbeiter Anspruch auf gleiche Entlohnung wie die Stammbelegschaft haben sollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will den gleichen Lohn nach möglichst kurzer Frist, die Zeitarbeitsfirmen wollen die Frist möglichst lang ausdehnen. Sie fürchten um ihr Geschäftsmodell. Zeitarbeit ist schon heute für die Firmen, die Leiharbeiter beschäftigen, in der Regel nicht billiger als reguläre Beschäftigung. Die Entleihfirma will ja auch verdienen. Wenn Aufträge ausbleiben, können Leiharbeiter jedoch umstandslos weggeschickt werden. Diese Flexibilität ist den Firmen so viel wert, dass die Leiharbeit derzeit boomt. Ob dieser Vorzug noch gilt, wenn Zeitarbeit durch eine Equal-pay-Regel teurer wird? Für den CDU-Abgeordneten Weiß ist klar: “Es muss eine Regelung für die Zeitarbeit geben in Sachen Equal pay.”

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/berlin-fordert-rasch-reform-der-leiharbeit--54692074.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-008	21-01-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

Leiharbeit auf Rekordstand

Fast eine Million.

NÜRNBERG/FRANKFURT (dpa). Die Leiharbeit in Deutschland nimmt zu – und mit ihr die Chancen für Arbeitslose, wieder einen Job zu bekommen. Doch die oft beschworene "Brücke in den Arbeitsmarkt" trägt nicht immer weit, wie die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen: Nach maximal drei Monaten ist für die Hälfte der Leiharbeiter schon wieder Schluss. 910 000 Menschen waren nach den neusten Daten vom vergangenen Juni bei einem der bundesweit 17 400 Verleihbetriebe beschäftigt. Das ist ein Plus von 13 Prozent im Jahresvergleich und 14 Prozent mehr als im Juni 2008, direkt vor der Krise .

"Leiharbeit stellt eine Beschäftigungsperspektive für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer, Berufseinsteiger oder Berufsrückkehrer dar", kommentierte die BA. Schließlich hatten fast zwei Drittel der Beschäftigten direkt vor ihrer Anstellung keinen Job. Doch auch die Leiharbeit bietet oft keine langfristige Perspektive. "Die häufig kurze Dauer von Leiharbeitsverhältnissen deutet darauf hin, dass Verleiher ihren Personalbestand möglichst elastisch ihrer Auftragslage anpassen", erläuterte die BA. Den jüngsten Daten zufolge sind 73 Prozent der Leiharbeiter Männer, die vor allem im gewerblichen Bereich als Hilfsarbeiter oder als Schlosser und Mechaniker arbeiten. Der Anteil der Hilfsarbeiter lag bei rund einem Drittel.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/leiharbeit-auf-rekordstand--54965717.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-009	Mi, 08-02-12	Kreis Lörrach	Michael Baas	Bericht

"Es ist genug Spielraum vorhanden"

Die IG Metall in der Region geht gestärkt durch einen Mitgliederzuwachs in die Tarifrunde.

LÖRRACH. Die IG Metall der Region schreibt dieser Tage eine Erfolgsgeschichte. Die Verwaltungsstelle Lörrach, die die Kreise Lörrach, Waldshut und den Raum Müllheim betreut, meldet bereits im dritten Jahr in Folge ein Wachstum. Inzwischen zählt der Bezirk wieder mehr als 6350 Mitglieder und ist mit einem Plus von mehr als drei Prozent die am stärksten wachsende Sektion der zentralen Verwaltungsstelle Freiburg überhaupt, berichten der erste Bevollmächtigte Hermann Spieß und der Lörracher Geschäftsführer Thomas Wamsler.

Eine Trendwende meldet die IGM indes nicht nur im Kampf gegen den Mitgliederschwund; vielmehr gelinge es zunehmend, die "weißen Flecken" zu schließen, sprich neue Betriebsräte zu etablieren – etwa beim Automobilzulieferer Hago im Kreis Waldshut oder dem Lörracher Autohandel und -service Asag. Die zwei Gewerkschafter werten diese Entwicklung als Lohn guter Gewerkschaftsarbeit, aber auch als Reaktion auf die Wirtschaftskrise 2008/09. Diese habe gezeigt, dass "eine starke Gewerkschaft wichtig ist", bilanziert Spieß; schließlich sei es mit Hilfe der IGM gelungen, viele Arbeitsplätze über die Krise zu retten, ergänzt Thomas Wamsler. Darüber hätten viele gespürt, dass "wir als Gewerkschaft glaubwürdig sind", schlussfolgert der Lörracher Bevollmächtigte denn auch.

Diesen Rückwind will die Gewerkschaft vor Ort nun nutzen für die anstehende Tarifrunde. 6,5 Prozent mehr Lohn fordert die IGM für die rund 3,8 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Das hat der Vorstand gestern beschlossen und hat dafür die volle Unterstützung der Basis in Lörrach. Dem Großteil der Betriebe gehe es hervorragend. "Es ist genug Spielraum vorhanden", sagt Hermann Spieß. Nach den maßvollen und krisengeprägten Abschlüssen von 2008 und 2010 gehe es nun darum, die Beschäftigten am Aufschwung zu beteiligen. "Wir haben einen unglaublichen Nachholbedarf", betont Wamsler. Angesichts der positiven wirtschaftlichen Lage "wird dieser Abschluss niemand umbringen", steht für den Lörracher IGM-Sekretär fest. Andrerseits gehen auch die zwei Gewerkschafter nicht davon aus, dass ein Abschluss in der angestrebten Höhe kampflos zu haben sein wird. Im Gegenteil: "Wir stellen uns auf harte Verhandlungen ein", sagen beide. Mit dem Ablauf der Friedenspflicht Ende April erwarten sie zumindest Warnstreiks und das gegebenenfalls auch in der Region.

Weitere Themen, die die IGM vor Ort groß schreiben will, sind die Perspektiven Jüngerer und Leiharbeit – wobei es da häufig Zusammenhänge gibt. Denn "Leiharbeit ist jugendlich", weiß Spieß. Vor allem Jüngere unter 25 Jahren seien von "prekären Arbeitsverhältnissen" betroffen und würden so um ihre Zukunft gebracht. Bislang sei jede Generation mit der Aussicht herangewachsen, dass es ihr einst besser gehen werde als den Eltern. Dieses gesellschaftliche Versprechen durchbreche die Leiharbeit. Dazu komme die Verweigerung gegenüber fertig ausgebildeten Nachwuchskräften: Fast drei Viertel aller Auszubildenden werde nach der Lehre nur noch befristet angestellt. Zwar sei der Fachkräftemangel riesig; den Betrieben aber sei es offenbar wichtiger, die Befristung als Druckmittel in der Hand zu behalten. Auf der einen Seite würde zwar gejammert, wenn Betroffene abwanderten in die Schweiz, wo die Gepflogenheiten zwar nicht anders, aber die Bezahlung besser sei. Statt kommende Fachkräfte mit einer vernünftigen Strategie an die Betriebe zu binden, "ziehen die Arbeitgeber die Disziplinierung vor", sagt Spieß. In der Praxis laufe das auf ein Gesellschaftsmodell hinaus, "das Menschen permanent unter Druck setzt." Deshalb "muss die Übernahme wieder die Regel werden", fordert er denn auch.

Link	http://www.badische-zeitung.de/kreis-loerrach/es-ist-genug-spielraum-vorhanden--55615243.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-010	08-02-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

Mehr Geld und keine Leiharbeit

Die IG Metall ist kämpferisch.

FRANKFURT (dpa/bür). In der Tarifrunde für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie zeichnet sich ein harter Konflikt um höhere Löhne und gegen Leiharbeit ab. Der Vorstand der IG Metall beschloss, bis zu 6,5 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von zwölf Monaten zu fordern. Ebenso wichtig sei, dass Betriebsräte mehr Mitsprache bekommen, wenn Leiharbeiter eingesetzt werden sollen, so Gewerkschaftschef Berthold Huber. Es soll auch zur Regel werden, dass Ausgelernte unbefristet angestellt werden. Die Arbeitgeber warnen davor, die Flexibilität der Betriebe zu beschränken. Die Verhandlungen starten am 6. März, Streiks sind ab Mai möglich.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/mehr-geld-und-keine-leiharbeit--55619341.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-011	Mi, 08-02-12	Kommentare	Ronny Gert Bürckholdt	Kommentar

TARIFRUNDE DER METALLER

Tagesspiegel: Geld ist nicht alles

Geld ist selten alles und in der Tarifrunde des wichtigsten deutschen Industriezweigs diesmal sogar nur Nebensache. Mit einer sechs vor dem Komma geht die Gewerkschaft in die Verhandlungen für die Metall- und Elektrobranche. Das ficht die Arbeitgeber nicht an. Kaum ist die tiefste Rezession der Nachkriegszeit vorbei, verdienen sie prächtig. Die Betriebe sind jüngst derart wettbewerbsfähig geworden, dass nun selbst deutliche Reallohnsteigerungen daran nichts ändern würden. Deshalb können sich die Tarifpartner in der Geldfrage geräuschlos einigen, wenn sie das wollen. Spannend wird es an anderer Stelle. Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge kommen auf die Agenda und damit Fragen nach der Gerechtigkeit, die keine einfachen Antworten zulassen. Wie viel Ungleichheit innerhalb der Belegschaften nimmt eine Gesellschaft in Kauf, die größtmöglichen Schutz für ihre Arbeitnehmer will, aber gleichzeitig von der Flexibilität ihrer Wirtschaft profitiert? Diese Flexibilität ist die Bedingung dafür, dass deutsche Firmen von ihrer Einbettung in den Welthandel profitieren, dass Löhne steigen, Beschäftigte um ihren Job nicht fürchten müssen. Andererseits: Ist es nach dem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht an der Zeit, Einkommen und Sicherheit innerhalb der Arbeitnehmerschaft gerechter zu verteilen? Wie geht das, ohne die Firmen zu knebeln? Die Antwort darauf ist schwer. Mut macht, dass beide Tarifpartner der Pragmatik zugeneigt sind statt der Ideologie

Link	http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/tagesspiegel-geld-ist-nicht-alles--55619547.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-012	Mi, 08-02-12	Wirtschaft	bür, weg	Interview

STREITGESPRÄCH

"Wir müssen Tarifverträge sexy machen"

BZ-INTERVIEW mit Stephan Wilcken vom Industrieverband Südwestmetall und Hermann Spieß von der Industriegewerkschaft Metall über eine spannende Tarifrunde.

Harmonisch ging es in der schweren Krise vor drei Jahren zu: Arbeitgeber und Gewerkschafter der Metall- und Elektrobranche retteten gemeinsam Jobs. Jetzt gibt es wieder etwas zu verteilen und prompt ist es vorbei mit der Eintracht. Es streiten Hermann Spieß, der Chef der Industriegewerkschaft Metall in Südbaden und Stephan Wilcken vom Arbeitgeberverband Südwestmetall in der Region. Die Fragen stellten Jörg Buteweg und Ronny Gert Bürckholdt.

BZ: Herr Spieß, Ihre Gewerkschaft fordert einen Lohnnachschlag für 2011. Wie kommen Sie denn auf diese Idee?

Spieß: Die letzte Tarifrunde war geprägt von der Wirtschaftskrise. Es ging vor allem darum, Arbeitsplätze zu sichern. Die

Beschäftigten haben an allen Ecken und Enden verzichtet und so einen Aufschwung ermöglicht, der so stark ausfiel, wie sich das niemand hätte vorstellen können. Heute sind die Bilanzen der Betriebe golden, manche sind mit Diamanten besetzt. Daran sollen die Beschäftigten Anteil haben.

Wilcken: Richtig ist, dass während der Rezession die Beschäftigten, die Arbeitgeber und der Staat gemeinsam viele Arbeitsplätze gesichert haben. Landauf, landab wurde kurzgearbeitet, viele Mitarbeiter verzichteten auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. In unserer Branche zahlten die Arbeitgeber einen Zuschlag zum Kurzarbeitergeld. Das Eigenkapital vieler Betriebe ist geschrumpft. Zwar gibt es Firmen, die 2011 das Niveau von vor der Krise erreicht haben, aber nicht alle. Jetzt brauchen die Betriebe viel Geld für Investitionen, die sie während der Krise zurückgestellt haben.

Spieß: Die Betriebe der deutschen Metall- und Elektroindustrie haben 56 Milliarden Euro Gewinn gemacht allein im Jahr 2011.

Wilcken: Allenfalls vor Steuern.

Spieß: Dennoch war es eines der besten Jahre der Nachkriegsgeschichte und wegen der anstehenden Tarifrunde wird kein Arbeitgeber verarmen.

BZ: Herr Wilcken, die Idee der IG Metall müsste Ihnen gefallen. Erst werden Geschäfte gemacht, dann wird abgerechnet.

Wilcken: Tariferhöhungen sind stets in die Zukunft gerichtet. Steigen die Entgelte, muss dies anschließend Monat für Monat erwirtschaftet werden.

BZ: Das gilt nicht für Einmalzahlungen.

Spieß: Moment. Die Einkommen der Arbeitnehmer müssen auf Dauer an die steigende Produktivität in den Betrieben und an die Inflation angepasst werden. Einmalzahlungen können höchstens Teil einer Paketlösung sein. Als alleiniges Mittel der Tarifpolitik würden sie die Beschäftigten arm machen. Man sollte auch nicht vergessen, dass Lohnerhöhungen in der deutschen Metall- und Elektroindustrie die Kaufkraft im Inland und damit die Entwicklung der Volkswirtschaft maßgeblich beeinflussen.

BZ: Weil in der Branche bereits vergleichsweise viel verdient wird und ein Lohnplus daher automatisch viel Geld entspricht?

Spieß: Vor allem, weil es um 3,6 Millionen Beschäftigte geht. Wenn wir uns die Krise in der Eurozone anschauen, sollten wir fragen, wie wir die Nachfrage im Inland stärken können. Es sei der Hinweis erlaubt, dass wir deutschen Gewerkschafter uns Vorwürfe europäischer Kollegen anhören müssen, dass unsere Lohnpolitik mit dafür sorgt, dass die Beschäftigten in anderen europäischen Ländern ihre Arbeit verlieren.

Wilcken: Wir sollten auch sehen, wie es konjunkturell weitergeht. Ich bin weit davon entfernt, von einer Rezession in Deutschland zu reden. Aber klar ist, dass es nicht so weiterläuft wie 2011. Viele Auftragsbücher leeren sich. Aus dem Ausland kommen weniger Bestellungen. Unsere Betriebe in Südbaden liefern in der Regel nicht direkt ins Ausland, sind aber Zulieferer vor allem für den Maschinen- und Fahrzeugbau, der seine Güter zu großen Teilen exportiert.

BZ: Werden die Arbeitgeber ein beziffertes Angebot vorlegen?

Wilcken: Diese Debatte kommt zu früh. Ich bin mir aber sicher, dass es eine Entgelterhöhung geben wird. Ich bin mir auch sicher, dass die nicht bei 6,5 Prozent liegen wird, wie sie die Gewerkschaft fordert.

BZ: Herr Spieß, die deutschen Gewerkschafter werden von liberalen Ökonomen dafür gelobt, dass sie sich mit ihren Lohnforderungen zurückgehalten haben. Das habe die Wirtschaft wettbewerbsfähig gemacht und Jobs gesichert. Freuen oder ärgern Sie sich über das Lob?

Spieß: Wir wissen, dass es in Krisenzeiten geboten ist, auf den Erhalt der Arbeits- plätze zu achten. Betrachtet man die

Steigerung der Inflation und der Produktivität, haben die Beschäftigten allein im Krisenjahr 2009 fast vier Prozent Minus gemacht. Wir wissen auch, dass derzeit reale Lohnzuwächse ökonomisch geboten sind. Es ist genug Geld da, um auch ein Stück weit umzuverteilen und um damit die Kaufkraft der Deutschen zu erhöhen.

BZ: Seit einiger Zeit kommen Tarifrunden für die Gewerkschaft immer dann, wenn es mit der Konjunktur abwärtsgeht.

Spieß: Aus Sicht der Arbeitgeber gibt es nie einen richtigen Zeitpunkt. Es heißt wahlweise, wir zerstören den Aufschwung oder verstärken den Abschwung.

BZ: Welchen Anteil hat die Tarifautonomie an den Erfolgen Ihrer Branche?

Wilcken: Ich bin ein großer Freund von Tarifverträgen. Sie erleichtern eine gute Zusammenarbeit von Betrieben und Beschäftigten. Das sehen mehr und mehr Betriebe so. Südwestmetall hat Zuwachs, 2011 sind drei südbadische Betriebe hinzugekommen. Das liegt auch an der Diskussion um den Fachkräftemangel. Die Geschäftsführer außerhalb des Flächentarifs sehen, dass gute Mitarbeiter in Firmen wechseln, die der Tarifbindung unterliegen. Dabei geht es weniger um die Arbeitszeit, die 35-Stunden-Woche, als darum, was im Geldbeutel bleibt. Bei aller Wertschätzung für die Tarifbindung im Arbeitgeberlager – wir müssen die Tarifverträge sexy machen, damit sich mehr Betriebe überzeugen lassen, sie anzuwenden. Das hilft den Firmen und den Beschäftigten.

Spieß: Wir Gewerkschaften werden uns aber nicht ausziehen, damit die Tarifverträge sexy werden. Egal, wie sexy ein Tarifvertrag sein mag – der Arbeitgeber wendet ihn nicht freiwillig an. Das tut er nur, wenn sich die Beschäftigten dafür starkmachen. Wenn ein Betrieb nach Tarif entlohnt, ist dies eine Art Soziallabel für ihn, was ihm hilft, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Das haben viele Chefs noch nicht verstanden.

BZ: Herr Spieß, in der Tarifrunde geht es Ihnen nicht nur ums Geld, sondern um qualitative Verbesserungen für junge Beschäftigte und Leiharbeiter. Was fordern Sie?

Spieß: Wir werden keine Ruhe geben, bis die Übernahme der Auszubildenden in unbefristete Arbeitsverhältnisse geregelt ist. Wir haben über Generationen hinweg das Versprechen eingelöst, dass es der jungen Generation bessergeht als der ihrer Eltern. Das gilt nicht mehr. Heute übernimmt nur jedes vierte Unternehmen in der Branche die ausgelernten Auszubildenden unbefristet. Nach dreieinhalb Jahren Ausbildung müssen die Leute darum bitten, dass sie unbefristet eingestellt werden. Wir fordern nicht, dass jeder Auszubildende übernommen werden muss, aber wir verlangen, dass die unbefristete Übernahme die Regel wird. Befristungen sollen nur ausnahmsweise möglich sein, etwa, wenn noch Zweifel bestehen, ob der junge Mitarbeiter geeignet ist für die Arbeit.

Wilcken: Es scheint mir nötig, daran zu erinnern, warum sich die Betriebe verpflichtet haben, die Ausgelernten befristet zu übernehmen. Es ging darum, ihnen in jedem Fall zu einem Anspruch auf Arbeitslosengeld zu verhelfen. Jetzt zu fordern, alle Ausgelernten müssen unbefristet übernommen werden, geht viel zu weit. Wir sollten den Betrieben nicht die unternehmerische Freiheit nehmen, zu entscheiden, wen sie unbefristet einstellen und wen nicht. Eine Umfrage unter Südbadens Betrieben der Metall- und Elektroindustrie zeigt, dass 80 Prozent der jungen Mitarbeiter, die zunächst befristet eingestellt werden, später in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Spieß: Warum dann nicht gleich?

Wilcken: Wenn wir das erzwingen, hätte das schlimme Folgen. Mein Verband, Südwestmetall, hat in Freiburg eine Auszubildende. Aus heutiger Sicht kann ich der Dame nach der Lehre keine Tätigkeit bei uns anbieten, weil keine Stelle frei ist. Es gibt andere Betriebe, die sich eine Ausbildung nicht leisten können. Die freuen sich, wenn sie eine gut ausgebildete Mitarbeiterin von uns bekommen. Wenn man unseren Verband zwingt, die Dame nach der Ausbildung unbefristet anzustellen, können wir nicht mehr ausbilden. Würde sich die IG Metall durchsetzen, würden drei Viertel unserer Betriebe weniger ausbilden. Damit wäre niemandem geholfen.

Spieß: Wir sind bereit, eine Überforderungsklausel zu vereinbaren, damit Betriebe weiter ausbilden, die wissen, dass sie

die jungen Leute nicht übernehmen können. Was die anderen Punkte angeht: Wollen Sie mir weismachen, dass Sie junge Leute dreieinhalb Jahre lang ausbilden, um dann immer noch nicht zu wissen, ob Sie ihnen so vertrauen, dass Sie sie unbefristet anstellen? Wenn das so wäre, sollten Sie schnell Ihre Ausbilder auswechseln.

Wilcken: Wenn die jungen Leute in die Ausbildung kommen, sind sie 16, 17 Jahre alt. In diesem Alter kann man nicht immer wissen, wie sich jemand entwickelt. Wir wollen, dass die Betriebe jungen Leuten aus schwierigen sozialen Verhältnissen eine Chance geben. Hoffentlich nutzen viele diese Chance, aber wer weiß das vorher?

Spieß: Sie wollen das Nadelöhr nach der Ausbildung nur behalten, um die jungen Leute zu disziplinieren. In Deutschland gibt es eine Million Leiharbeiter, 40 Prozent davon sind unter 30 Jahre. Viele von ihnen sind die Leute, die Sie nach der Ausbildung nicht unbefristet übernommen haben. Mit so unsicheren Perspektiven für die Jugend trocknen Sie die Branche aus.

Wilcken: Die meisten Auszubildenden werden übernommen. Darauf kommt es an. Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit aller Industriestaaten.

BZ: Zurück zur Leiharbeit. Was wollen Sie verändert sehen?

Spieß: Es geht uns nicht nur darum, das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchzusetzen. Wir wollen die Leiharbeit zurückdrängen. Wir fordern ein Mitspracherecht für die Betriebsräte über den Einsatz von Leiharbeitern in einem Betrieb.

Wilcken: Wir sind für die Leiharbeiter nicht zuständig. Das Arbeitsverhältnis besteht zwischen Zeitarbeiter und Zeitarbeitsfirma. Zudem zahlen viele Metallbetriebe auf die Tariflöhne der Zeitarbeiter etwas drauf. Außerdem schaffen es zahlreiche Mitarbeiter aus einem Leiharbeitsverhältnis in eine Festanstellung.

Spieß: Ja, weniger als zehn Prozent.

Wilcken: In der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg 20 Prozent.

BZ: Wird die Tarifrunde besonders hart?

Spieß: Wir wollten die Themen Leiharbeit und Azubis vor der Tarifrunde regeln, was leider nicht gelungen ist. Beides kann also Teil der Tarifrunde werden. Wir werden vernünftig verhandeln, bereiten uns aber wie immer darauf vor, notfalls zu streiken.

Wilcken: Mit Ausnahme der Tarifrunde 2008 hat es immer geheißen, die nächste Runde wird hart. Bei den Themen Leiharbeit und der Übernahme der Azubis liegen wir aber tatsächlich weit auseinander.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/wir-muessen-tarifvertraege-sexy-machen--55618446.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-013	Do, 09-02-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

65 000 Leiharbeiter erhalten zusätzlich Hilfe

BERLIN (dpa). Jeder zwölfte Leiharbeiter hat nach Angaben der Bundesregierung im vergangenen Jahr zusätzlich zu seinem Lohn Arbeitslosengeld II bezogen. Etwa 65 000 der gut 820 000 Leiharbeiter in Deutschland hätten Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitslose erhalten. Das teilte das Bundesarbeitsministerium auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion mit, wie die Berliner Zeitung in ihrer Mittwochsausgabe berichtete. Das seien etwa 7000 mehr als im Jahr zuvor. Im Jahr 2010 hatte die Regierung dafür nach eigenen Angaben rund 420 Millionen Euro aufgewendet. Die Gewerkschaften dringen schon seit längerem darauf, dass Leiharbeiter nach einer kurzen Einarbeitungszeit beim Lohn mit den Stammbeschäftigten gleichgestellt werden. Sie müssten von ihrem Lohn auch leben können. Die Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten ist auch Gegenstand der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Die

Gewerkschaft IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Lohn.	
Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/65-000-leiharbeiter-erhalten-zusaetzlich-hilfe--55661310.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-014	Di, 14-02-12	Leserbrief	LeserIn: Karlheinz Schweizer	Leserbrief

Leserbriefe EVONIK-DEGUSSA

Von den vielen Jubilaren waren nur 26 anwesend

Zu: "Evonik-Mitarbeiter stehen treu zur Firma", BZ vom 10. Februar

Ihre Veröffentlichung ist sehr einseitig. Sie berichten von 2165 Jahren Arbeit verteilt auf 26 Jubilare. Von 82 oder insgesamt 83 Jubilaren müssten es 20105 Jahre sein. Keine Silbe darüber, dass von diesen vielen Mitarbeitern nur 26 anwesend waren. Sicherlich mussten nach der Veranstaltung einige in den Nachtdienst. Man sollte an dieser Stelle hinterfragen woran es denn liegt. Rekordgewinne. Ja. Personalstraffung trotz neuer Einstellungen und die Verbleibenden schieben Überstunden vor sich her. Oder der Umgang mit den Mitarbeiten. Oder die Leiharbeit, die in Betriebsversammlungen hinterfragt wird. Ich betrachte das "Persil" etwas anders im Vergleich zu Ihrer Berichterstattung über die Firma.

Link	http://www.badische-zeitung.de/rheinfelden/leserbriefe-xvfrj5vax--55821418.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-015	Do, 16-02-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

Leiharbeit ist zulässig

Gerichte geben Firmen Recht.

LEIPZIG (dpa). BMW und Lufthansa haben im Streit um den Einsatz von Leiharbeitern Etappensiege errungen. Die Arbeitsgerichte in Leipzig und Frankfurt entschieden am Mittwoch gegen die Arbeitnehmervertreter. Die Streitigkeiten sind damit allerdings nicht abschließend entschieden.

Die Lufthansa darf demnach 200 Stewardessen als Zeitarbeiterinnen rekrutieren. Die Fluglinie will ab Sommer Leih-Stewardessen auf Berlin-Flügen einsetzen, was der Personalrat ablehnt. Er will verhindern, dass schlechter bezahlte Kräfte in den Flugzeugen arbeiten.

Bei BMW geht es um Leiharbeiter im Leipziger Werk. Die Leipziger Entscheidung gilt zunächst für 33 von insgesamt 1100 Leiharbeitern 15e idem Münchner Autobauer. Das Gericht ersetzte die vom Betriebsrat verweigerte Zustimmung. BMW habe nicht gegen Gesetze und Bestimmungen verstoßen, sagte der Vorsitzende Richter. Der Betriebsrat will den Anteil von unbefristet Festangestellten erhöhen. In der Fabrik arbeiten derzeit 2800 Stammbeschäftigte.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/leiharbeit-ist-zulaessig--55912100.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-016	Fr, 17-02-12	Leserbriefe	Leser	Leserbriefe

LEIHARBEITER

Man sollte ehrlich sein

Zu: "Geld ist nicht alles", Tagesspiegel von Ronny Gert Bürckholdt (Politik, 8. Februar):

Häufig trennen sich Firmen von Arbeitnehmern, um sie als Leiharbeiter für die gleiche Arbeit wieder einzustellen. Zu einem niedrigeren Lohn. Es ist scheinheilig, die niedrigeren Löhne mit Flexibilität zu begründen, um auf Marktschwankungen reagieren zu können. Für gleiche Arbeit und Leistung eine unterschiedliche Bezahlung zu leisten, dient der Gewinnmaximierung. Wenn es hierum geht, dann sollte man sich nicht hinter Scheinargumenten verstecken, sondern ehrlich sein.

Link	http://www.badische-zeitung.de/leserbriefe-68/man-sollte-ehrlich-sein--55940651.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-017	20-03-12	Freiburg Topthemen	Holger Schindler	Bericht

ARBEITSMARKT

Bei Niedriglöhnen liegt Freiburg ganz vorne

Unter den fünf größten Städten in Baden-Württemberg hat Freiburg die höchste Quote an Niedriglohnbeschäftigen – mit Abstand. Das hat auch damit zu tun, dass viele Menschen in Dienstleistungsberufen arbeiten.

Unter den fünf größten Städten in Baden-Württemberg hat Freiburg mittlerweile die mit Abstand höchste Quote an Niedriglohnbeschäftigen. Laut Zahlen der Arbeitsagentur vom Jahresende 2010 – aktuellere Daten liegen gesichert nicht vor – erhalten in Freiburg 22,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten ein Monatsbruttogehalt von weniger 1890 Euro. Das ist in Westdeutschland derzeit die Grenze zum Niedriglohnsektor. In Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg liegt diese Quote überall unter 17 Prozent.

15.600 Freiburger sind Geringverdiener

Laut der Statistik sind damit knapp 15.600 der in Freiburg tätigen Vollzeitangestellten Geringverdiener. Sie beziehen ein Gehalt, das weniger als zwei Drittel des sogenannten Mediangehalts in Westdeutschland beträgt. Dieses Mediangehalt, zuletzt 2835 Euro, ist das mittlere Gehalt in dem Sinne, dass die Hälfte aller Gehaltsbezieher ein höheres und die Hälfte der Gehaltsbezieher ein niedrigeres Gehalt bekommt – es ist nicht das Durchschnittsgehalt. Mit der derzeitigen Niedriglohnquote von 22,3 Prozent liegt Freiburg zwar unter dem gesamtdeutschen Wert von 22,8 Prozent, aber weit über dem Landeswert von 18,2 Prozent.

Dass Freiburg die anderen großen Städte im Land im Bezug auf die Geringverdiener so deutlich übertrifft, war nicht immer so, sondern hat sich im Verlauf der vergangenen zehn Jahre ergeben. Während im Jahr 2000 bei der Niedriglohnquote noch Karlsruhe das Großstadtquintett anführte (mit 17,6 Prozent), steht Karlsruhe heute mit 15,8 Prozent nicht nur besser als Freiburg da, sondern auch besser als Mannheim und Heidelberg. Der Niedriglohnbereich ist dort entgegen dem Landes- und Bundestrend sogar geschrumpft (-1,8 Punkte). In Mannheim erhöhte sich die Quote im selben Zeitraum um 3,1 Punkte auf nun 16,5 Prozent, in Heidelberg um 1,3 Punkte auf 16,7 Prozent und in Stuttgart um 2,0 Punkte auf nun 13,1 Prozent. In Freiburg indes legte sie um satte 4,9 Punkte zu."Unserer Ansicht nach ist diese Entwicklung vor allem die Folge davon, dass Freiburg ein stark dienstleistungsorientierter Wirtschaftsstandort ist. Dort sind die Löhne insgesamt geringer", kommentiert Jürgen Höfflin diese Zahlen, südbadischer Regionalvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds und Freiburger SPD-Stadtrat.

In den Dienstleistungsbereichen gibt es weniger Geld

In der Tat verzeichnet die Statistik der Arbeitsagentur für Freiburg vor allem in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen besonders viele Niedriglohnbeschäftigten: Im Gesundheits- und Sozialwesen sind knapp 3200 Menschen in Vollzeitarbeit für weniger als 1890 Euro brutto pro Monat im Einsatz, im Handel sind es rund 2300 Menschen, in der Gastronomie 1600, in der Leiharbeit 1800. Die Leiharbeit ist zugleich der Sektor, der in sich die höchste Quote an Niedriglohnbeschäftigten aufweist. Insgesamt gibt es laut der Statistik knapp 2200 Vollzeitleiharbeiter in Freiburg. Das heißt: Vier von fünf Leiharbeitskräften (82 Prozent) sind Geringverdiener. Nahe heran reicht allerdings die Gastronomie. Dort sind 74 Prozent der insgesamt gut 2100 Vollzeitkräfte für weniger als 1890 Euro brutto pro Monat tätig. Gar nicht berücksichtigt sind in allen Fällen Auszubildende und Teilzeitbeschäftigte.

Dass Freiburg bei den Einkommenshöhen im Landesvergleich insgesamt eher schwach abschneidet, ist nichts Neues. Die vorliegende Statistik belegt es nochmals: Aktuell liegt das Medianmonatsgehalt der Vollzeitbeschäftigten in der Stadt Freiburg bei 2865 Euro brutto, in Heidelberg bei 3143 Euro, in Karlsruhe bei 3148 Euro, in Mannheim bei 3322 Euro und in Stuttgart sogar bei 3631 Euro.

Link	http://www.badische-zeitung.de/freiburg/bei-niedrigloehnen-liegt-freiburg-ganz-vorne--57185286.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-018	Di, 27-03-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

VERDIENST

Studie: Viele Leiharbeiter verdienen die Hälfte

Eine Studie heizt die Debatte über die Entlohnung von Leiharbeitern an. Danach zahlen sie einen hohen Preis für ihren Job. Ihr Verdienst liegt bis zu fast 50 Prozent unter dem der Stammbeschäftigten.

Die Forscher fanden auch heraus: Zeitarbeiter verdrängen Stammbeschäftigte fast nie.

Die Schieflage bei der Bezahlung von Leiharbeitern ist aus Sicht der Bertelsmann-Stiftung auf Dauer nicht hinnehmbar. Die Stiftung schlägt vor, Zeitarbeiter nach drei Monaten wie Stammbeschäftigte zu bezahlen. Nach der Studie im Auftrag der Stiftung würden davon rund 491 000 der 910 000 Leiharbeiter in Deutschland profitieren. Die Kosten wurden auf 410 Millionen Euro geschätzt.

Der seit 2011 in der Zeitarbeit geltende Mindestlohn sei ein "erster Schritt in die richtige Richtung, um grobe Schieflagen in der Entlohnung zu beheben", sagte Aart De Geus, Mitglied im Vorstand der Bertelsmann-Stiftung. Der zweite Schritt 17e i die Einführung von gleicher Bezahlung nach einer Einarbeitungsphase.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Regel schaffen, falls sich die Tarifparteien nicht einigen. "Es ist inakzeptabel, dass Mitarbeiter längerfristig ein und dieselbe Arbeit machen und es dafür unterschiedliche Löhne gibt", sagte die Ministerin. Allerdings gibt es noch keinen Konsens mit der FDP, die einen Konsens der Tarifparteien fordert. Die Linke fordert, die Leiharbeit zu verbieten. Über die Leiharbeit wird in der Tarifrunde der Metallindustrie verhandelt. Die Gewerkschaften fordern mehr Mitsprache beim Einsatz von Leiharbeit.

Laut der Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung tragen Zeitarbeiter die Nachteile und die Kosten der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. So verdient eine Leihkraft mit Berufsausbildung in Westdeutschland im Schnitt brutto 47 Prozent weniger und im Osten 36 Prozent weniger als ein Stammarbeiter mit gleichem Bildungsniveau. Als Grund nennen die Autoren die generell niedrigeren Zeitarbeitslöhne.

Die meisten Leiharbeiter sind männlich und arbeiten in der westdeutschen Industrie. Dort ist das Gehaltsgefälle im

Vergleich zu den durchschnittlichen Verdiensten in der Gesamtwirtschaft besonders groß. So bekommen Monteure in Metallberufen 48 Prozent weniger als Stammbeschäftigte – statt 2990 Euro 18 sin des 1540 Euro. Bei Zeitarbeitern in Verkehrsberufen im Westen beträgt die Diskrepanz 45 Prozent und bei Verwaltungs- und Büroberufen 46 Prozent. Weniger groß sind die Unterschiede bei Jobs mit geringerer Qualifikation. Insgesamt sei die Lohnlücke von 2003 bis 2010 nur bei wenigen Berufsgruppen kleiner geworden. Lediglich bei Hilfsarbeitern sowie bei Malern und Lackierern hätten sich die Gehälter aufeinander zubewegt.

Laut Studie verdrängen Zeitarbeiter die Stammbelegschaften allerdings kaum. Ein Aufbau von Zeitarbeit bei gleichzeitigem Abbau der Stammbelegschaft sei "nur sehr selten zu beobachten". Selbst während der Wirtschaftskrise 2008 und 2009 sei dies nur bei drei Prozent der Kunden von Zeitarbeitsfirmen der Fall gewesen. Wesentlich häufiger (24 Prozent) ist demnach das Gegenteil: Wurde Zeitarbeit verringert, wuchs die Zahl der Stammkräfte. Denkbar sei daher, dass Zeitarbeit sogar helfe, die Stammbelegschaft zu sichern oder zu erhöhen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/studie-viele-leiharbeiter-verdienen-die-haelfte--57554635.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-019	27-03-12	Infobox	dpa	-

Infobox - LEIHARBEIT

Leih- oder Zeitarbeit ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein wachsender Sektor. Drei Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland sind bei einer der mehr als 17 000 Firmen angestellt, die ihre Leute anderen Firmen überlassen. Der Mindeststundenlohn beträgt 7,89 Euro im Westen. Für Leiharbeiter existieren eigene Tarifverträge.

Link	http://www.badische-zeitung.de/infobox-wap3s4q/leiharbeit--57554621.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-020	Do, 29-03-12	Kreis Emmendingen	Dagmar Barber	Bericht

Auskömmliche Arbeitsverhältnisse als Zielsetzung

Wieviel Chancen haben junge Menschen? Juso kritisieren prekäre Beschäftigung, befristete Verträge und endlose Praktika.

EMMENDINGEN. Bei der Debatte des Juso-Kreisverbands ging es um junge Menschen ohne Arbeit oder Ausbildung. Die Podiumsdiskussion "Jung, prekär … und wie geht's weiter? – Perspektiven der heutigen Jugend" im Bürgersaal des alten Rathauses war gut besucht. Laut Raphael Pfaff, Kreissprecher der Jungsozialisten, hat die SPD-Nachwuchsorganisation kreisweit 70 Mitglieder.

"Individuelle Stärken müssen gefördert werden. Im Extremfall verlassen 15 Prozent die Schule ohne Abschluss. Damit produzieren wir Jahr für Jahr ein paar tausend Sozialfälle" erklärte Juso-Bundesvorsitzender Sascha Vogt. Er forderte die Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen ohne sachliche Gründe und statt Hartz IV für junge Menschen eine individuelle Beratung zur Weiterbildung.

Die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Luisa Boos unterstrich, dass für viele Jugendliche die Realität des Arbeitslebens aus prekärer Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs, endlosen Praktika und befristeten Arbeitsverhältnissen besteht. Damit hätten sie Angst vor der Zukunft. Laut Boos würden viele Jugendliche ihre Rechte nicht kennen. Sie plädierte für Mindestlöhne und dafür, "den Wert der Arbeit" zu fördern. Sie plädiert für mehr Chancen, wenn ein zweiter beruflicher Anlauf notwendig ist, anstatt mit Druck "perfekte Lebensläufe" zu fordern. Boos kritisierte die "Ökonomisierung" der Studiengänge und mangelnde Freiräume. Ihrer Meinung nach könnten viele Jugendliche mit

Jobbörsen nicht erreicht werden. Hier müssten andere Wege gefunden werden, um Interesse für Berufe zu wecken.

Darin unterstützte SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Wölfle ihre Vorrednerin und kritisierte die Ausbildungsbedingungen in einigen Bereichen und nannte besonders Hotels und Gaststätten. Unsicherheit ist für Wölfle die Ursache, dass Lebensplanung immer später stattfinde. Handwerk und Wirtschaft böten zwar genügend Ausbildungsplätze, doch fänden sich immer weniger Interessenten. Orientierungslosigkeit herrsche vor, die Vorbildfunktion fehle. Früher hätten sich Jugendliche weit mehr als heute beruflich an den Eltern orientiert, sagte Wölfle.

Obwohl der Kreis mit seiner geringen Arbeitslosigkeit zur positiven Spitze in Europa zähle, müsse man sich trotzdem um die 2,3 Prozent arbeitsloser Jugendlicher mit "multiplen Arbeitshemmnissen" kümmern, statt deren Perspektivlosigkeit zu akzeptieren. "Das sind sonst die Minijobber und Arbeitslosen der Zukunft." Wölfle ergänzte, dass Ausbildungsbetriebe über riesige Defizite in der schulischen Ausbildung klagen. Diese könnten besonders kleinere Betriebe nicht schultern.

In der Fragerunde ging es um fehlendes Selbstbewusstsein und die Frage, wie mangelnde Kenntnisse, um Grundrechte bei der Ausbildung durchzusetzen, behoben werden könnte. Sascha Vogt betonte, dass er kein Verständnis habe, wenn junge Leute nicht in die Gewerkschaft eintreten würden. Jugendlichen sollten ihre Rechte mehr wahrnehmen, stimmte SPD-Kreisvorsitzender Johannes Fechner zu. Nur um kein "Loch" im Lebenslauf zu haben, werde sogar für Praktikumsplätze bezahlt, Urlaub und Überstunden würden verschenkt. Es könne nicht sein, dass Jugendliche Angst haben, ihre Rechte einzuklagen, weil sie befürchten, ein schlechtes Zeugnis zu bekommen.

Mehr Konzentration auf problematische Jugendliche forderte Oberbürgermeister Stefan Schlatterer (CDU). Sinnvoll sei eine Verständigung von Schulen und Gewerbe über Schulpläne. OB-Kandidatin Susanne Wienecke (Grüne) plädierte für eine zweite Chance gerade für ältere Jugendliche, die eine Ausbildung abgebrochen haben.

Link	http://www.badische-zeitung.de/kreis-emmendingen/auskoemmliche-arbeitsverhaeltnisse-als-zielsetzung--57681305.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-021	Do, 31-03-12	Wirtschaft (regional)	bür	Interview

INTERVIEW

Hermann Spieß; "Leiharbeit ist Apartheid"

Die Leiharbeit boomt, besonders in der Metall- und Elektroindustrie. Nach Ansicht von Hermann Spieß, dem Chef der IG Metall in und um Freiburg und Lörrach, spaltet der massenhafte Einsatz von Leiharbeitern die Belegschaften in den Betrieben

Die Leiharbeit boomt, besonders in der Metall- und Elektroindustrie. Nach Ansicht von Hermann Spieß, dem Chef der IG Metall in und um Freiburg und Lörrach, spaltet der massenhafte Einsatz von Leiharbeitern die Belegschaften in den Betrieben – und die Leiharbeit widerspreche dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Mit ihm sprach Ronny Gert Bürckholdt.

BZ: Herr Spieß, die südbadische Industrie ist wieder auf den Beinen, der Arbeitsmarkt in Teilen Südbadens strebt schon wieder Richtung Vollbeschäftigung. Daran hat der Boom der Leiharbeit seinen Anteil. Warum läuft Ihre Gewerkschaft trotz dieser positiven Entwicklung Sturm gegen die Leiharbeit?

Spieß: Für mich ist Vollbeschäftigung erreicht, wenn alle Menschen, die arbeiten können und die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz haben, von dem sie leben können. Ich bin mir sicher, dass nicht nur wir Gewerkschafter das so sehen, sondern die meisten Menschen in unserem Kulturkreis. Von einer Vollbeschäftigung in diesem Sinne sind wir leider auch in Südbaden noch immer weit entfernt. Die Menschen fordern zurecht Sicherheit, und die Leiharbeit liefert sie genauso wenig wie die anderen prekären Beschäftigungsformen. Viele Leiharbeiter müssen bei Hartz IV anklopfen und sich ihren Lohn aufstocken lassen, um ihre Familie zu ernähren. Das können und werden wir nicht akzeptieren.
BZ: Viele der neuen Leiharbeiter waren zuvor arbeitslos. Einige seriöse Studien sagen, dies gelte für Zwei von Dreien. Was halten Sie für gerechter? Möglichst viele Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus zu holen? Oder dafür zu sorgen, dass alle Beschäftigten möglichst das Gleiche verdienen – womit Deutschland riskieren würde, viele Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zu vernichten?

Spieß: Selbstverständlich kommen viele Leiharbeiter aus der Arbeitslosigkeit. Wer gibt denn ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit einem vernünftigen Tariflohn freiwillig auf, um in die Leiharbeit zu wechseln? Die Leiharbeit ist kein soziales Programm zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Die Menschen haben ihren Arbeitsplatz wegen einer Betriebsschließung oder einer Kündigungswelle beim Arbeitgeber A verloren und sind dann ein, zwei, drei Monate arbeitslos. Sie brauchen keine billige Eingliederungshilfe per Leiharbeit. Sie brauchen beim Unternehmen B einen Arbeitsplatz, der anständig nach Tarif entlohnt wird und unbefristet ist. Der Arbeitsmarkt versperrt momentan aber diesen Weg, weil Arbeitgeber B grenzenlos zum billigen Mittel der Leiharbeit greifen darf.

BZ: Leiharbeit ist in Ihren Augen also reine Lohndrückerei der Arbeitgeber, ein Mittel zur Profitmaximierung?

Spieß: Absolut. Wenn man sich die enormen Gewinne der Unternehmen so kurz nach der Krise anschaut, dann kann man keine Zweifel daran haben, dass sie es verkraften würden, den Leiharbeitern so viel zu zahlen wie den regulär Beschäftigten. Sie täten also nichts anders, als allen Beschäftigten einen gerechten Lohn zu zahlen. Die Arbeitgeber behaupten immer, sie bräuchten die Leiharbeit in der heutigen Form, um flexibel produzieren zu können. Aber es gibt doch genug andere Möglichkeiten der Flexibilisierung, zum Beispiel befristete Arbeitsverträge ...

BZ: ... aber die Befristung von Arbeitsverträgen geißeln Sie doch sonst auch als Verfall der Sitten auf dem Arbeitsmarkt.

Spieß: Wir haben während der Krise sogar tariflich ermöglicht, dass Befristungen bis zu vier Jahre dauern dürfen statt wie zuvor höchstens zwei Jahre. Mit einer bestimmten Zahl befristeter Verträge haben wir kein Problem, wenn sie allein dazu dienen, Unsicherheiten in der Planung eines Unternehmens auszugleichen und wenn die befristet Beschäftigten tariflich bezahlt werden. Im Moment werden aber abgesehen vom obersten Qualifikationssegment keine unbefristeten, regulären Stellen angeboten. Entweder es wird befristet oder es werden Leiharbeiter eingestellt, die der Arbeitgeber mit einem Telefongespräch wegschicken kann, wann immer er will.

BZ: Die Massenarbeitslosigkeit hat jahrzehntelang die Macht der Arbeitgeber gestärkt, denn es gab ja ein Überangebot von Arbeitskräften. Glauben Sie, dass nun der wachsende Fachkräftemangel das Kräfteverhältnis wieder in die andere Richtung verschiebt? Dass also der Mangel an potenziellen Arbeitskräften den Jobsuchenden und Ihnen als Gewerkschaftern in die Karten spielt?

Spieß: Ich lehne es ab, die Zukunft von Menschen und einer Gesellschaft ausschließlich von Entwicklungen des Marktes abhängig zu machen. Ich lehne es auch ab, dass den Menschen erzählt wird, sie sollen sich auf Grund dieser oder jener Marktgegebenheit unsicher oder sicher fühlen. Wir brauchen strikte Regeln, die verlässlich festschreiben, wie die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern umzugehen haben und welche Rolle der Staat in dieser Beziehung spielt. In Deutschland sind die Regeln, die die Arbeitnehmer schützen, über Jahre hinweg abgebaut worden. Man hat die Menschen mehr und mehr dem Markt überlassen. Und die negativen Folgen sehen wir heute, zum Beispiel daran, dass es auf Südbadens Arbeitsmarkt vernünftig zugehen könnte, aber nicht vernünftig zugeht. Wir kämpfen dafür, die Regeln wieder zugunsten der Arbeitnehmer zu verschärfen.

BZ: Aber es ist ja nicht so, dass der deutsche Arbeitsmarkt frei von Regeln wäre. Um bei der Leiharbeit zu bleiben – dort gibt es Tarifverträge, und wenn sie ausgehandelt werden, sitzt die IG Metall mit am Tisch. Sie haben dort die Möglichkeit, die Situation der Leiharbeiter zu verbessern. Warum unterlässt es die IG Metall, in diesen Tarifrunden kräftige Lohnzuwächse für Leiharbeiter zu fordern?

Spieß: Tarifverhandlungen sind eine Frage von Macht. Es ist kein Geheimnis, dass es uns leider nicht gelingt, leider noch nicht gelingt, Leiharbeiter in ausreichendem Maße so zu organisieren wie die regulär Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Aus diesem Grund können wir eben unsere Vorstellungen nicht in dem Maße durchsetzen wie es die deutschen Lokführer tun. Das können wir bejammern, aber es ist so.

BZ: Es geht auch darum, dass die Leiharbeit ihre Mitgliederbasis schmälert?

Spieß: Leiharbeit schwächt unsere Organisationskraft, das stimmt. Aber es geht dabei nicht um die Zahl unserer Mitglieder. In Freiburg und Lörrach ist sie ja zuletzt trotz der Leiharbeit größer geworden. Es geht um die Frage, ob es gerecht ist, dass Menschen, die genauso lange arbeiten und das Gleiche tun wie ihre Kollegen, weniger Lohn bekommen. Wir finden: nein. Die Leiharbeit zerstört das Klima in vielen Betrieben.

BZ: Inwiefern?

Spieß: Leiharbeit ist Apartheid. Die Unternehmer ändern dies auch nicht dadurch, dass sie die Leiharbeiter heute anders als früher in der gleichen Arbeitskleidung herumlaufen lassen wie ihre Stammmannschaft. Das sorgt höchstens dafür, dass die Apartheid nicht mehr so auffällt, aber löst doch das Problem nicht. Keine Gesellschaft fährt auf Dauer gut damit, wenn sie Apartheid duldet. Wir arbeiten daran, dass das Leiharbeits-Apartheids-System möglichst schnell zu Ende geht.

BZ: Wie verändert aus Ihrer Sicht die Leiharbeit das Klima in einem Unternehmen?

Spieß: Leiharbeit im großen Stil spaltet die Belegschaft. Sie beendet das solidarische Miteinander der Beschäftigten. Die Arbeitnehmer sind keine Arbeitsroboter, sondern Menschen, die einen großen Teil ihrer Wachzeit im Betrieb verbringen. Sie tauschen sich mit ihren Kollegen aus, schließen Freundschaften und fühlen sich besser, wenn sie merken, dass in einem Unternehmen alle gleich gut behandelt werden. All dies steigert ihr Wohlbefinden und damit letztlich ihre Motivation. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Leiharbeit aber ist demotivierend und zwar für alle. Leiharbeiter sind separiert, sie laufen nebenher, denn niemand weiß, ob ein Leiharbeiter nächste Woche noch im Betrieb

ist oder schon woanders. Die Leiharbeiter werden nicht selten vom Arbeitgeber bewusst und regelmäßig gegen andere Leiharbeiter ausgetauscht. Wie soll da ein Solidaritätsgedanke in der Belegschaft aufkommen?

BZ: Soll Ihre Forderung nach equal pay, also gleichem Geld für gleiche Arbeit, gesetzlich durchgesetzt werden, müssen Sie die Bundesregierung überzeugen. Sie hat equal pay im Rahmen der Hartz-IV-Verhandlungen vor einigen Wochen vom Tisch gewischt. Werden Sie daher in der nächsten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2012 versuchen, equal pay ähnliche wie in der deutschen Stahlbranche auf tariflichem Wege durchzusetzen?

Spieß: Das wird unsere Tarifkommission zu gegebener Zeit entscheiden. Aber klar ist, dass wir solange nicht warten werden, um etwas gegen die Leiharbeit zu unternehmen. Die Proteste der Beschäftigten werden weitergehen. Und wir werden in den Betrieben weiter darauf dringen, dass schriftlich vereinbart wird, dass keine Leiharbeiter mehr in die Unternehmen kommen. Oder dass es für die Leiharbeiter zumindest Aufzahlungen gibt, dass also Zuschläge zu den Leiharbeits-Tariflöhnen bezahlt werden – bis hin zu equal pay. Wir haben mit den Betrieben in der Region eine ganze Reihe entsprechender Besser-Vereinbarungen abgeschlossen und es werden sicherlich mehr werden.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-regional/hermann-spiess-leiharbeit-ist-apartheid--43554526.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-022	Do, 12-04-12	Kommentare	Ronny Gert Bürckholdt	Kommentar

ARBEITNEHMER IM AUFSCHWUNG

Leitartikel: Mehr Lohn, mehr Gerechtigkeit

Jetzt gibt es wieder richtig etwas zu verteilen für die Beschäftigten – nicht nur Geld

Viele deutsche Unternehmen haben prächtig verdient im fulminanten Aufschwung der Jahre 2010 und 2011. Nun fordern die Arbeitnehmer in Tarifrunden mit Recht ihren Anteil. Auch wenn derzeit die Krise der Eurozone die Konjunktur bremst, ist eine tiefe Rezession hierzulande nicht in Sicht. Deshalb stehen die Chancen so gut wie lange nicht, dass die Beschäftigten ein gutes Stück vom gewachsenen Wohlstand abbekommen.

Was die Löhne angeht, so weist der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst die Richtung. Die Reallöhne werden 2012 steigen, zumal es in weiten Teilen der Privatwirtschaft dank des Produktivitätsfortschritts und der Rekordgewinne viel mehr zu verteilen gibt als beim Staat. Das gilt für die Metall- und Elektroindustrie wie für die Chemiebranche. Tarifabschlüsse mit einer Drei oder Vier vorm Komma für zwölf Monate – vor Jahren wäre das Gift gewesen für viele Firmen, heute sind die meisten stark genug. Für die anderen gibt es Öffnungsklauseln. Wenn nicht jetzt die Zeit für ein Reallohnplus da ist, kommt sie nie. Bisher deutet nichts darauf hin, dass die Löhne derart stark steigen, als dass sie die Inflation anheizen könnten.

Dass es in Deutschland heute wieder satte Zuwächse zu verteilen gibt, liegt auch an den Reformen der vergangenen Jahre. Sie begannen zu wirken, als mehr als fünf Millionen Menschen erwerbslos waren. Von denen waren damals so viele wie in keinem anderen Industrieland langzeitarbeitslos. Das war eine soziale Ungerechtigkeit in unerträglichem Ausmaß. Seit dem Start der Hartz-Reformen sank die Zahl der Erwerbslosen von über fünf Millionen auf unter drei Millionen. Sicher, die Unterbeschäftigung liegt höher, am Trend ändert das aber nichts. Heute sind vielerorts und in vielen Branchen Arbeitskräfte knapp. Sie werden nun den Betrieben allmählich teuer.

Diesen Erfolg sollte man nicht kleinreden, auch nicht den Preis, der dafür gezahlt wurde. Nicht nur den Arbeitslosen ist einiges abverlangt worden, auch den Arbeitnehmern. Die Hartz-Reformen haben auf dem Arbeitsmarkt den Ein- und Aufstieg erleichtert, den Abstieg aber auch. Während die Unsicherheit wuchs, taten es die Nettolöhne selten. Zwar blieb der unbefristete Arbeitsvertrag die Regel, aber Leiharbeit und befristete Jobs boomten. Der Agenda-Kanzler Schröder wollte es so, gab den Betrieben mehr Flexibilität und so mehr Wettbewerbsfähigkeit, ohne den Kündigungsschutz für alle anrühren zu müssen. Die Liberalisierung der Leiharbeit erfüllte den gleichen Zweck. Im Ergebnis schultern die Unwägbarkeiten der Konjunktur zum großen Teil einige wenige – die Leiharbeiter. Diese Ungleichbehandlung widerspricht dem Gerechtigkeitsgefühl vieler. Deshalb geht es nun nicht nur um Geld, sondern auch um Gerechtigkeit, darum, dass Sicherheit weniger ungleich verteilt wird.

Das ist verständlich, aber es sollte nicht der Fehler gemacht werden, den Firmen ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder zu nehmen. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass es künftig etwas zu verteilen gibt. Wer etwa wie die Linke die Leiharbeit verbieten will, oder wie so manche Gewerkschaft per Tarifvertrag praktisch aushebeln ohne Ersatz zu schaffen, würde der Wirtschaft ihre Flexibilität rauben.

Dies wäre nicht der Fall, würden die Tariflöhne der Leiharbeiter kräftig steigen. Und Branchen, die Leiharbeiter einsetzen, können für sie satte Zuschläge festlegen. Klar ist aber, dass es damit nicht getan ist, je länger die Wirtschaft gut läuft. Leiharbeit ist eine Brücke in Arbeit, weil viele Leiharbeiter zuvor erwerbslos waren. Aber die Brücke ist erst halb fertig. Zu wenige schaffen es in einen unbefristeten Job und höhere Gehaltsstufen. Nur wenn sich das ändert, wird man es angesichts der guten Verfassung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt rechtfertigen können, dass Leiharbeiter zumindest ein paar Monate lang anders behandelt werden als Festangestellte.

Link	http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/leitartikel-mehr-lohn-mehr-gerechtigkeit--58168401.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-023	Fr, 20-04-12	Wirtschaft	Bernd Kramer	Interview

INTERVIEW

Rekorde und Arbeitsplatz-Zuwachs bei Sick – was sagt der Vorstand?

"Wir leben von der Kompetenz unserer Leute": Robert Bauer, Chef des Waldkircher Sensorenherstellers Sick, und Finanzvorstand Markus Vatter äußern sich im BZ-Interview – nach einem Jahr mit vielen Rekorden und Hunderten neuen Arbeitsplätzen.

Der Waldkircher Sensorspezialist Sick hat im vergangenen Jahr 660 neue Mitarbeiter eingestellt, davon mehr als die Hälfte im Inland. Die neuen Jobs spiegeln die gute Geschäftsentwicklung wider. Sick verzeichnete Rekorde bei Umsatz und Gewinn. Die IG-Metall-Forderung nach 6,5 mehr Lohn sehen Sick-Vorstandschef Robert Bauer und Finanzchef Markus Vatter jedoch skeptisch. Mit ihnen sprach Bernd Kramer.

BZ: Herr Bauer, Herr Vatter, mit welcher Lohnerhöhung für ihre Mitarbeiter haben Sie für dieses Jahr kalkuliert?

Vatter: Dazu möchte ich Ihnen wegen der aktuellen Verhandlungslage nur sagen: weniger als 6,5 Prozent.

BZ: Die IG Metall fordert eben diese 6,5 Prozent mehr Gehalt. Darin ist auch ein Nachschlag für 2011 enthalten. Sick und viele andere Industriebetriebe haben ein Rekordjahr hinter sich. Ist die IG-Metall-Forderung nicht angemessen?

Vatter: Entscheidend ist die Laufzeit. Der öffentliche Dienst hat es vorgemacht. Die Gehälter werden in drei Stufen in zwei Jahren um 6,3 Prozent erhöht. Eine Gehaltssteigerung von 6,5 Prozent in der Metallindustrie, verteilt auf drei Jahre, sehe ich als kein großes Problem an. Die Argumentationslogik des Nachschlags teilen wir indes nicht.

Bauer: Wir haben die Tariferhöhung im vergangenen Jahr vorgezogen und eine Erfolgsbeteiligung in Höhe von 800 Euro an die Mitarbeiter ausbezahlt. Auch in diesem Jahr gibt es eine Erfolgsbeteiligung in gleicher Höhe. Das ist unser Weg,

die Belegschaft an der guten Geschäftsentwicklung teilhaben zu lassen.
Vatter: Die Erfolgsbeteiligung ist auch aufgerundet. Rein rechnerisch würde die Prämie 593 Euro betragen.

BZ: Auch die Leiharbeit ist Gegenstand der Tarifverhandlungen. Bei Sick bestimmt der Betriebsrat beim Einsatz von Leiharbeit in der Produktion mit, sie ist dort weitgehend ausgeschlossen. Würden Sie anderen Arbeitgebern empfehlen, auch auf Leiharbeit zu verzichten?
Vatter: Wir haben gute Erfahrungen mit unserer Vorgehensweise gemacht. Diese lässt sich aber nicht eins zu eins auf andere Unternehmen übertragen. Bei manchen Betrieben der Metallindustrie schwankt die Auftragslage stärker. Da kann Leiharbeit als Flexibilitätspuffer Sinn ergeben.
Bauer: Wir leben von der Kompetenz unserer Leute. Diese lässt sich nicht kurzfristig aufbauen. Das erklärt eigentlich alles.

BZ: Anfang des Jahres gingen Experten von einer deutlichen Wachstumsabschwächung in der Bundesrepublik aus. Jetzt scheint die Wirtschaft wieder deutlich besser zu laufen.
Bauer: Anfang 2011 waren wir der Meinung, die Dynamik lässt nach. Allerdings brachte das vergangene Jahr ein Umsatzplus von mehr als 20 Prozent, was uns alle positiv überraschte. Auch jetzt sind wir der Meinung, das sich das Geschäft auf hohem Niveau konsolidiert. Wir gehen von einem Umsatzwachstum im einstelligen Prozentbereich aus – also zurück zu normalen Wachstumsraten.

BZ: China hat das schwächste Wachstum seit Jahren verzeichnet. Fallen Chinas Unternehmen als Sick-Kunden aus?
Bauer: Ich sehe das eher als Verschnaufpause. Zudem sind in China die Arbeitskosten beträchtlich gewachsen. Die Unternehmen sind gezwungen, stärker zu automatisieren. Die Sick AG ist Spezialistin für Automationstechnik.

BZ: Die US-Wirtschaft entwickelt sich besser als erwartet. Spüren auch Sie dies?
Vatter: Ja. Vor allem die Autoindustrie in den USA fragt unsere Technik stärker nach. Die Logistikbranche, also zum Beispiel Paketversender, war schon immer ein guter Abnehmer unserer Produkte.
Bauer: Präsident Obama will die Umweltbelastungen durch US-Kohlekraftwerke deutlich senken. Unsere Technik misst den Quecksilbergehalt in den Abgasen. US-Kohle weist einen hohen Anteil des giftigen Metalls auf. Bleibt Obama Präsident, wird unsere Sparte Prozessautomation, also die industrielle Messtechnik, kräftig davon profitieren.

BZ: Sick hat im vergangenen Jahr 660 neue Arbeitsplätze geschaffen. Geht der Stellenaufbau in diesem Tempo weiter?
Bauer: Nicht in der gleichen Geschwindigkeit, aber wir suchen weiterhin Mitarbeiter – vor allem Vertriebs- und Entwicklungsingenieure.
Vatter: Im ersten Quartal wurden bereits mehr als 100 neue Beschäftigte eingestellt.

BZ: Wächst die Technikbegeisterung bei jungen Leuten wieder?
Bauer: Ich denke schon. Das lässt sich zum Beispiel an der gewachsenen Zahl von Studienanfängern in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ablesen. Wobei man natürlich auch berücksichtigen muss, dass zuletzt zwei Jahrgänge an den Universitäten und Fachhochschulen angefangen haben.

BZ: Sick hat neue Rekorde erzielt. Was macht Sick heute besser?
Bauer: Der Grund für diese Entwicklung ist unsere langfristige Orientierung. Wir haben uns nicht durch die Krise beirren

lassen und unsere Leute behalten.

Vatter: Wir folgen nicht jedem fragwürdigen Trend. Wir halten zum Beispiel einen großen Bestand an Fertigungsmaterialien vor. Manche würden sagen, das ist totes Kapital. 2011 konnten wir nach dem Erdbeben in Japan liefern, andere nicht.

– Robert Bauer, 52, führt seit 2006 das Unternehmen. Bauer ist gebürtiger Münchner und promovierter Elektroingenieur. Der Vorstandsvorsitzende kam 1994 zu Sick.

– Markus Vatter, 45, ist seit 2006 Vorstandsmitglied. Der Wirtschaftsingenieur ist für das Personal und die Finanzen zuständig.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/rekorde-und-arbeitsplatz-zuwachs-bei-sick-was-sagt-der-vorstand--58474888.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-024	Mi, 25-04-12	Wirtschaft (regional)	Ronny Gert Bürckholdt	Bericht

TARIFKONFLIKT

Metaller kündigen massive Warnstreiks in Südbaden an

Die IG Metall bereitet sich auf einen heißen Mai vor. Im Kampf für mehr Lohn, weniger Leiharbeit und mehr unbefristete Übernahmen Ausgelernter kommt es ab nächster Woche vielerorts zuWarnstreiks in Südbaden.

Mit der Nachschicht vor dem Tag der Arbeit am 1. Mai (kommenden Dienstag) beginnt die Industriegewerkschaft Metall mit Warnstreiks in Südbaden. Das sagte Hermann Spieß, Chef der Gewerkschaft in und um Freiburg und Lörrach, am Mittwoch in Freiburg. Am 28. April endet die Friedenspflicht. Am 2. Mai soll es Warnstreiks in 17 Betrieben der Region geben.

"Wir werden heftig in die Tarifverhandlungen eingreifen", sagte Spieß. Sollten sich die Arbeitgeber nicht bewegen, "können wir bis Pfingsten noch ein paar Kohlen nachlegen. Wir wollen eine schnelle Lösung." Kurz nach Pfingsten könne es zu einer Urabstimmung kommen, in der die Arbeitnehmer über einen Streik abstimmen.

Die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie stocken nach drei Verhandlungsrunden. Die Gewerkschaft fordert 6,5 Prozent mehr Lohn. Sie will auch mehr Mitsprache der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitern in den Betrieben und dass die unbefristete Übernahme Ausgelernter zur Regel wird. Die Arbeitgeber lehnen das ab und bieten drei Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von 14 Monaten. Gewerkschafter Spieß nannte dieses Angebot unvernünftig.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-regional/metaller-kuendigen-massive-warnstreiks-in-suedbaden-an--58676828.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-025	Do, 26-04-12	Wirtschaft	Ronny Gert Bürckholdt	Bericht

IG Metall in der Region kündigt heißen Mai an

Ab nächster Woche massive Warnstreiks in Südbaden.

FREIBURG. Die Industriegewerkschaft Metall bereitet sich auf einen heißen Mai vor und rollt die roten Fahnen aus. Im Kampf für mehr Lohn, weniger Leiharbeit und mehr Sicherheit für junge Beschäftigte komme es von nächster Woche an auch in Südbaden zu massiven Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie. Das sagte Hermann Spieß, Gewerkschaftschef in und um Lörrach und Freiburg. In dieser Schlüsselbranche der Industrie arbeiten bundesweit 3,6 Millionen Menschen, davon 800 000 in Baden-Württemberg. Der Tarifkonflikt spitzt sich nach drei erfolglosen

Verhandlungsrunden zu. Am 28. April endet die Friedenspflicht.

Mit der Nachtschicht vor dem Tag der Arbeit am 1. Mai sollen die Warnstreiks losgehen, so Spieß. Am 2. Mai sollen 17 Firmen der Region betroffen sein. Am 8. Mai wird wieder verhandelt. "Wir werden heftig in die Tarifverhandlungen eingreifen", sagte Spieß. Sollten sich die Arbeitgeber nicht bewegen, "können wir bis Pfingsten noch ein paar Kohlen nachlegen. Wir wollen eine schnelle Lösung." Kurz nach Pfingsten könne es zu einer Urabstimmung kommen, in der die Arbeitnehmer entscheiden, ob sie streiken.

Die Gewerkschaft fordert 6,5 Prozent mehr Lohn für zwölf Monate, die Arbeitgeber bieten drei Prozent für 14 Monate, was 2,6 Prozent entspricht. Dieses Angebot nannte Spieß unvernünftig. Die Arbeitnehmer fordern de facto ein Vetorecht für Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitern. Auch soll es zur Regel werden, dass junge Leute nach Abschluss ihrer Lehre unbefristet übernommen werden. Schon heute müssen sie übernommen werden, ihre Tarifverträge dürfen aber ein Jahr lang befristet werden. Freiburgs IG-Metall-Vize Marco Sprengler: "Es wird keinen Abschluss geben, wenn die beiden Punkte Leiharbeit und unbefristete Übernahme nicht geregelt sind."

Die Arbeitgeber lehnen beides ab. "Wir sehen keinen Regelungsbedarf. Das kann nur einzeln in den Betrieben entschieden werden, sonst würde deren Flexibilität über Gebühr eingeschränkt", sagte Stephan Wilcken, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Freiburg und der Ortenau. Müssten alle Ausgelernten unbefristet übernommen werden, würden die Betriebe weniger ausbilden. Für die Lohnhöhe der Leiharbeiter sei man nicht zuständig, sondern die Leiharbeitsbranche. Dort gebe es Gespräche über Zulagen. Er räumte ein, dass es bei den Themen Leiharbeit und der unbefristeten Übernahme Ausgelernter unterschiedliche Auffassungen im Arbeitgeberlager gebe. Entscheidend sei dabei nicht die Größe des Unternehmens, sondern seine wirtschaftliche Lage.

Die Metaller im Warnstreik werden von Mitarbeitern des Kfz-Handwerks unterstützt, in der auch eine Tarifrunde läuft. Die Forderungen der Gewerkschaft sind in beiden Branchen identisch.

Zur Person: Hermann Spieß bleibt vier Jahre Chef der IG Metall in der Region – in Lörrach wurde er in dieser Woche mit 100 Prozent wiedergewählt, in Freiburg mit 98,5. Vize in Freiburg bleibt Marco Sprengler (98,5), in Lörrach Thomas Wamsler (94).

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/ig-metall-in-der-region-kuendigt-heissen-mai-an--58700729.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-026	Mo, 30-04-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

Die IG Metall zeigt erstmals ihre Muskeln

Die Warnstreiks in der Metallindustrie haben begonnen / Porsche-Betriebsratschef geht von hartem Tarifkonflikt aus.

FRANKFURT (dpa). Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück, bekannt für markige Worte, sieht schon einen der härtesten Arbeitskämpfe. IG-Metall-Verhandlungsführer Hofmann droht den Arbeitgebern mit der roten Karte. Die IG Metall zeigt im Tarifkonflikt erstmals Muskeln.

Unmittelbar nach Ablauf der Friedenspflicht in der Nacht zum Sonntag traten Beschäftigte in mehreren Ländern in einen Warnstreik, zunächst allerdings nur in einigen kleineren Betrieben. Die IG Metall in Frankfurt sprach von rund 2500 Teilnehmern, rund die Hälfte davon in Bayern.

Die Gewerkschaft will damit ihren Forderungen für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Branche Nachdruck verleihen. Die IG Metall verlangt in einem Paket 6,5 Prozent mehr Geld sowie die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten und mehr Mitsprache für die Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitern. Die Arbeitgeber bieten drei Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von 14 Monaten und sprechen vom oberen Rand des wirtschaftlich begründbaren Rahmens.

Der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bezeichnete das Angebot laut Mitteilung als Provokation. "Wir fordern ein Angebot, das die Beschäftigten und ihre Leistung ernst nimmt." Huber kündigte ab Mitte der Woche bundesweit massive Warnstreiks an. In der folgenden Woche werden die Verhandlungen dann in vierter Runde fortgesetzt. Den Start macht das wichtige Tarifgebiet Baden-Württemberg am 8. Mai, Bayern und Nordrhein-Westfalen sind am 10. und 11. Mai an der Reihe.

"Wenn in den nächsten Verhandlungen keine Lösung in Sicht ist, werden wir die Rote Karte ziehen", sagte der baden-württembergische IG-Metall-Verhandlungsführer Jörg Hofmann. Die Branche boomt ohne Ende, argumentierte Hofmann.

Die Schauplätze der ersten Warnstreiks lagen vor allem in Bayern. Dort beteiligten sich 1200 Metaller in München, Pfronten, Augsburg und Ingolstadt an Warnstreiks. In Niedersachsen legten in mehreren Betrieben in Gifhorn, Hildesheim und Salzgitter und Hannoversch Münden etwa 500 Beschäftigte die Arbeit kurzfristig nieder. In Berlin traten 200 Mitarbeiter im Osram-Werk in den Ausstand. Auch im rheinland-pfälzischen Andernach kam es zu Warnstreiks. Der Betriebsratsvorsitzende des Stuttgarter Autobauers Porsche, Uwe Hück, geht von einem langen und harten Tarifkonflikt aus. "Ich glaube, wir werden einen der härtesten Arbeitskämpfe bekommen, den wir je hatten", sagte Hück . "Ich bin davon nicht begeistert, aber wir dürfen die Jugend nicht im Stich lassen."

Parallel zur Metalltarifrunde waren am Freitagabend in dritter Runde die Tarifverhandlungen über Branchenzuschläge für mindestens 240 000 Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie ohne Ergebnis zu Ende gegangen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/die-ig-metall-zeigt-erstmals-ihre-muskeln--58898304.html
Infobox	Mehr Arbeitslose – Infobox Die Lage auf den weltweiten Arbeitsmärkten bleibt angespannt, obwohl sich die Weltwirtschaft langsam von der Krise erholt. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Seit 2011 nehme die Arbeitslosigkeit sogar wieder zu. Als weltweite Probleme sieht die ILO die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit. In den Industrieländern erwartet die UN-Organisation frühestens ab 2016 wieder Beschäftigungszahlen wie vor der Krise 2008. Als größte Herausforderungen in Deutschland nennt die ILO Verbesserungen bei atypische Beschäftigungsverhältnissen. Damit werden unter anderem befristete Verträge und Leiharbeit bezeichnet. Im Tarifkonflikt bei der Telekom gibt es die erste erfolgreiche Schlichtung. Sie betrifft die 17 000 Beschäftigten der Bonner Zentrale. Arbeitgeber und Verdi sagten aber, die vereinbarten 6,5 Prozent mehr Gehalt in drei Stufen ließen sich nicht auf die beiden viel größeren Konzernteile T-Systems und Telekom Deutschland GmbH übertragen. Die Einigung sieht eine Gehaltserhöhung um 2,3 Prozent zum 1. Mai 2012 vor, gefolgt von zwei weiteren Erhöhungen um je 2,1 Prozent zum 1. Januar und zum 1. August 2013. Die Laufzeit beträgt 24 Monate, nämlich bis zum 31. Januar 2014, also zwei Jahre nach Auslaufen des bisherigen Tarifvertrags.

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-027	01-05-12	Kreis Emmendingen	csp	Bericht

DGB-KUNDGEBUNG ZUM TAG DER ARBEIT IN WALDKIRCH

Kritik an Niedriglöhnen

Im Landkreis Emmendingen arbeiten laut DGB 3,5 Prozent weniger Menschen in Vollzeit als noch vor 10 Jahren. Dies sei nicht hinzunehmen, stellte der DGB-Regionsvorsitzende Jürgen Höfflin (Freiburg) bei der Kundgebung klar. Unter dem Motto "Gute Arbeit für Europa" kamen Mitglieder und Freunde der Gewerkschaft zum 1. Mai bei Bratwurst und Gesprächen über Politik zusammen.

"Haben wir wirklich gute Arbeit in unserem Landkreis?" Mit dieser Frage stimmte Höfflin die Zuhörer auf die aus Sicht der Gewerkschaft kritische Lage des Arbeitsmarktes ein. Zwar räumte Höfflin ein, dass in Südbaden die Arbeitslosigkeit

gesunken sei. Doch gab er zu bedenken, dass im Landkreis derzeit noch immer über 1000 Menschen neben ihrer regulären Arbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen seien. Dazu komme, dass 4200 Personen zwischen 25 und 49 Jahren im Niedriglohnsektor arbeiteten. Dieser Bereich schrumpfe trotz Aufschwung nicht.
Das Problem sei, so der Gewerkschafter und Mitglied des Freiburger Gemeinderates, dass diese Entwicklung hohe Kosten für die Gemeinden verursache: "Allein in Freiburg drei Millionen Euro jährlich." Höfflin nannte dies unter viel Applaus eine "Frechheit". Es sei nicht korrekt, die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung zu entlassen.
Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns forderte Waldkirchs Bürgermeisterstellvertreterin Ursula Querfurth (SPD). Auch sie erteilte den Ein-Euro-Jobs eine klare Absage. An einem Beispiel zeigte sie auf, dass diese Beschäftigung "Null Aussicht" biete, um in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen.

Arbeitnehmer hätten in den vergangenen Jahren Reallohnverluste hinnehmen müssen, kritisierte der DGB-Chef weiter. Daher hoffe er auf den Erfolg der IG-Metall bei der laufenden Tarifrunde mit ihrer Forderung nach 6,5 Prozent mehr Gehalt.

Beim Thema Leiharbeit wandte sich Höfflin gegen die aus seiner Sicht ungleiche Entlohnung von Leiharbeitern und Stammpersonal. Für seine Forderung nach "equal pay" (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) gab es viel Beifall.

Mit Blick auf Europa forderte Höfflin den Ausbau sozialer Sicherungssysteme: "Derjenige mit breiten Schultern muss mehr tragen." Angesichts der gegenwärtigen Eurokrise dürfe Deutschland die Schuldenstaaten nicht im Stich lassen, meinte der Gewerkschafter und erinnerte daran, dass zum Beispiel Griechenland noch in den 70er Jahren Deutschland Schulden erlassen habe. Doch Sparen allein helfe nicht. Stattdessen empfahl er, mehr zu investieren.
In seiner Rede ging Höfflin auch auf das Thema Bildung ein. Noch immer entscheide das Elternhaus über den Bildungserfolg, bedauerte der DGB-Chef. Doch nur wer gebildet sei, habe Zukunft. Deshalb sein dringlicher Appell an den anwesenden Grünen-Landtagsabgeordneten Alexander Schoch und die grün-rote Landesregierung: "Bitte verändert unser ungerechtes Bildungssystem." Aber auch für den Fall, dass dies nicht geschieht, fand der kampflustige Gewerkschafter klare Worte: " Wenn ihr es nicht macht, kriegt ihr Ärger mit uns."

Link	http://www.badische-zeitung.de/kreis-emmendingen/kritik-an-niedrigloehnen--58959349.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-028	Mo, 02-05-12	Freiburg	Heinz Siebold	Bericht

Salomon lobt Einsatz der Gewerkschaften

Traditioneller Empfang für Personal- und Betriebsräte.

Es sei das Mindeste, betonte Oberbürgermeister Dieter Salomon beim traditionellen Arbeitnehmerempfang der Stadt für Betriebs- und Personalräte am Vorabend des 1. Mai im Historischen Kaufhaus, "dass wenigstens einmal im Jahr jemand Danke schön sagt". Und zwar für das meist ehrenamtliche Engagement der Arbeitnehmervertreter. "Ein undankbarer Job" sei das zuweilen, weil oft mit Kompromissen verbunden, die nicht allen gefallen. Dank sprach Salomon, der vor Ort für 3000 städtische Beschäftigte und im Tarifverbund der baden-württembergischen Gemeinden Arbeitgeberfunktion ausübt, nicht nur den hiesigen, sondern allen Arbeitnehmern und Gewerkschaften aus, weil sie wesentlich dazu beigetragen hätten, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern "kraftstrotzend" dastehe. Die Tarifhoheit sei "ein hohes Gut, um das uns andere beneiden" sagte Salomon und darüber dürfe man sich ruhig auch mal freuen.

In der Region steigt die Zahl prekärer Jobs

Im Prinzip ja, entgegnete Jürgen Höfflin, Stadtrat für die SPD und DGB-Regionsvorsitzender in Südbaden, doch es sei noch ein weiter Weg, das diesjährige Mai-Motto zu verwirklichen: Gute Arbeit – gerechte Löhne – soziale Sicherheit. Zwar sei die Arbeitslosigkeit in der Region zurückgegangen, doch zugleich die prekären Beschäftigungsverhältnisse gestiegen. Die Zahl der Minijobs liege nun bei etwa 30 000, und Leiharbeiter verdienten im Durchschnitt nur halb so viel wie festangestellte Kollegen. "Als Südbadener" erinnerte Höfflin an einen Artikel der Verfassung Badens, der allerdings vor 60 Jahren der Fusion mit Württemberg zum Opfer gefallen war: "Das Arbeitsentgelt", so Artikel 41 müsse "zum Lebensunterhalt für den Arbeitenden und seiner Unterhaltsberechtigten ausreichen".

Link	http://www.badische-zeitung.de/freiburg/salomon-lobt-einsatz-der-gewerkschaften--58967000.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-029	Mo, 02-05-12	Deutschland	dpa	Bericht

Das war nur der Auftakt

Mehrere Gewerkschaften möchten ebenfalls kräftige Tariferhöhungen / Die IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Gehalt.

Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst ist der erste wichtige Abschluss in diesem Jahr. Ohne Arbeitskampf einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf ein Gehaltsplus von 6,3 Prozent für zwei Jahre in mehreren Stufen. Ein Überblick über die nächsten großen Tarifrunden:

Bankgewerbe: Die Anfang März gestarteten Verhandlungen für die etwa 220 000 Beschäftigten bei den privaten und öffentlichen Banken sollen am 3. Mai in dritter Runde fortgesetzt werden. Verdi fordert sechs Prozent mehr Einkommen für zwölf Monate. Die Arbeitgeber haben bislang kein Angebot vorgelegt.

Metall und Elektro: Die größte deutsche Industriebranche mit rund 3,3 Millionen Beschäftigten ist für ihre Kampfkraft bekannt. Die IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Geld, mehr Mitbestimmung beim Einsatz von Leiharbeitern und die unbefristete Übernahme aller Ausgelernten. In den Bezirken gab es bereits mehrere Gesprächsrunden, die ohne Annäherung blieben. Ein Abschluss vor Ablauf der Friedenspflicht am 28. April erscheint unwahrscheinlich.

Hotel- und Gaststättengewerbe: Hier wird von Ende April an regional verhandelt, die Gewerkschaft NGG will fünf bis sechs Prozent mehr Geld durchsetzen. Allerdings fallen viele Beschäftigte in der Branche nicht unter einen Tarifvertrag.

Chemie: Für die 550 000 Beschäftigten der chemischen Industrie fordert die Gewerkschaft IG BCE sechs Prozent mehr Gehalt. Die regionalen Verhandlungen beginnen Mitte April in Hessen, die erste Verhandlungsrunde auf Bundesebene ist für den 7. Mai geplant. Traditionell kommt ein Abschluss relativ geräuschlos zustande.

Papier und Pappe verarbeitende Industrie: Hier laufen Ende August die Tarifverträge für die bundesweit etwa 65 000 Beschäftigten aus.

Die Tarifverträge für 100 000 Beschäftigte der Textil- und Bekleidungsindustrie (West) sowie für die Landwirtschaft mit 150 000 Mitarbeitern werden gegen Jahresende neu verhandelt. In einigen Branchen wird dieses Jahr nicht verhandelt, weil die Verträge bis ins Jahr 2013 laufen. Dazu gehören die Druckindustrie, das Baugewerbe, der Einzelhandel, der Groß- und Außenhandel, das Versicherungsgewerbe, das Gebäudereinigerhandwerk und die Leiharbeit.

Link	http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/das-war-nur-der-auftakt--57830798.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-030	02-05-12	Offenburg	Gertrude Siefke	Bericht

"Ohne uns geht nichts!"

Gewerkschaften forderten am Tag der Arbeit vor allem Mindestlohn und eine faire Bezahlung / Kundgebung in Offenburg.

OFFENBURG. Für gute Arbeit in ganz Europa will sich die Gewerkschaft stark machen: Festanstellungen, Mindestlohn und faire Bezahlung von Leiharbeitern nannte Regina Görner von der IG Metall in ihrer Rede zum 1. Mai als die zentralen Forderungen der Arbeitnehmer. Rund 250 Frauen und Männer haben sich an der Kundgebung in Offenburg auf dem Platz vor der Reithalle in der Oststadt beteiligt.

In ihrer von viel Zwischenapplaus begleiteten Kampfansprache ging Görner auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ein, von der Deutschland sich einigermaßen erholt habe. Entlassungen seien vermieden worden, Fachkräfte gingen nicht verloren: Daraus habe sich ein enormer Wettbewerbsvorsprung ergeben.

Es werde wieder gutes Geld verdient: "Die Arbeitnehmer dürfen jetzt nicht leer ausgehen." Jahre lang seien die Lohnzuwächse mager gewesen: "Wir haben gerechte Löhne verdient." Daher seien die Mitarbeiter in der Metall- und Elektroindustrie zum Streik bereit: "Wir sind die Wettbewerbungsfähigkeit der heimischen Industrie." Die Manager müssten daran erinnert werden: "Ohne uns geht nichts."

Für die 61-jährige Gewerkschafterin und CDU-Politikerin hätten es die Menschen satt, Gewinne für andere zu erwirtschaften und selbst mit Almosen abgespeist zu werden: "Wir haben ein Schulden- und ein Einnahmenproblem." Es könne nicht angehen, dass mit der "Zockerei an den Finanzmärkten" mehr Geld verdient werde als mit ehrlicher Arbeit. Görner forderte die Finanztransaktionssteuer als "unverzichtbaren ersten Schritt": "Das Geld muss wieder in seriöses Wirtschaften fließen." Europa brauche einen zweiten Marshallplan, der die Wirtschaft in Gang setze und nicht die Finanzwirtschaft. "Wir sitzen alle in einem Boot", appellierte Görner an die Solidarität der Arbeitnehmer europaweit. Befristete Anstellungen, Werkverträge und miese Bezahlung sorgten vor allem bei jungen Leuten für Wut und Verbitterung.

Arbeitgeber fürchteten die Festanstellung wie der Teufel das Weihwasser. Das sei Ausdruck eines Kasinokapitalismus, bei dem die Arbeitskraft nur dann eingesetzt werde, wenn sie bis zum Anschlag ausgenutzt werden könne.

Görner plädierte für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn und bessere Bedingungen für Leiharbeiter: "Es gibt keinen Grund, diese Menschen schlechter zu bezahlen als Festangestellte." Betriebsräte sollten über den Einsatz von Leiharbeitern mitbestimmen dürfen. Klare Worte fand Görner auch gegenüber den "braunen Rattenfängern": Die Gewerkschaft sei gegen jede Form von Rechtsextremismus und halte das Verbot der NPD für längst überfällig. Überzogene Gewinnerwartungen führten laut Klaus Melder, dem Ortenauer DGB-Kreisvorsitzenden, zu Betriebsschließungen – jüngstes Beispiel in der Region sei das Gengenbacher Unternehmen Hukla. "Wir wollen ein soziales Europa und kein Europa, das von Finanzhaien dirigiert wird."

Die evangelische Pfarrerin Barbara Kündiger aus Lahr forderte dazu auf, sich "vom Irrglauben der Wachstumsökonomie zu verabschieden". Es könne nicht immer mehr werden. Hier sei ein tiefgreifendes Umdenken der gesamten Gesellschaft notwendig. Statt Leistungslohn müsse ein Bedarfslohn gezahlt werden. Um einen Maßstab für Gerechtigkeit zu finden, sei die Orientierung an den schwächsten Mitgliedern angebracht.

Bereits um 9 Uhr fand ein ökumenischer Gottesdienst in der St. Andreaskirche statt. Vom Fischmarkt aus marschierten über 200 Gewerkschafter und Sympathisanten über die Grabenallee aufs Kulturforum. Dort sorgte die alevitische Gemeinde Offenburgs für die Bewirtung, die seit ihrer Gründung 1994 mit türkisch-orientalischen Gerichten einen

begehrten Beitrag zu dem Fest liefert.

Die Gruppe "Arkadasch" (auf Deutsch: "Freund") kümmerte sich um die musikalische Umrahmung.

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/ohne-uns-geht-nichts--58962628.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-031	Mi, 02-05-12	Wirtschaft (regional)	Dominik Bloedner, dpa und unseren Lokalredaktionen	Bericht

IG METALL

Streikwelle erreicht Südbaden – 1000 gehen auf die Straße

Die IG Metall lässt im Tarifstreit mit den Arbeitgebern ihre Muskeln spielen. Knapp 1000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie in der Region beteiligten sich an Warnstreiks. Doch das ist wohl erst der Anfang.

FREIBURG. Die IG Metall lässt im Tarifstreit mit den Arbeitgebern ihre Muskeln spielen. In ganz Deutschland haben am Mittwoch laut Gewerkschaft 30 000 Beschäftigte aus mehr als hundert Betrieben ihre Arbeit vorübergehend niedergelegt. Der Schwerpunkt der Warnstreiks lag laut IG Metall in Baden-Württemberg, wo sich rund 12.000 Arbeitnehmer beteiligten. Auch in Südbaden kam es zu Warnstreiks. Das Ende des Arbeitskampfes ist noch nicht abzusehen, die Gewerkschaft und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall rechnen mit einer Zuspitzung. Die Fahne auf dem Autodach flattert im Wind. "Freie Fahrt für 6,5 Prozent" steht darauf. Aus den Lautsprechern auf der Ladefläche des Unimogs dröhnt lautstark Punkrock. Die Band Die Ärzte singt: "Nein – geh' mal wieder auf die Straße, geh' mal wieder demonstrieren. Denn wer nicht mehr versucht zu kämpfen, kann nur verlieren!" Dann setzt sich unter Gehupe der Autokorso vom Firmengelände von Baden Auto in Freiburg aus in Bewegung. Endstation ist der Parkplatz der Mercedes-Benz-Niederlassung im Gewerbegebiet Haid. Dort haben sich am Mittwoch rund 400 Beschäftigte aus der Metall- und Elektroindustrie zur Protestkundgebung der IG Metall zusammengefunden.

Ergebnislose erste Runde

In einem knappen Dutzend Unternehmen in Freiburg haben die Beschäftigten vorübergehend die Arbeit niedergelegt, betroffen waren unter anderem die Solarfabrik, General Electric und MSC. Unterstützt wurden sie von Mitarbeitern des Kfz-Handwerks. In dieser Branche verlief die erste Tarifrunde ergebnislos, die Forderungen sind jedoch identisch mit denen der Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Es ist nicht die erste Aktion der IG Metall in Freiburg. Bereits am Montag traten Beschäftigte von Micronas in einen Warnstreik, die Friedenspflicht endete am 28. April.

Im Bezirk Lörrach ist es am Mittwoch ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Insgesamt 550 Beschäftigte der Aluminiumwerke Wutöschingen, von Hella in Wembach und Zahoransky in Todtnau folgten dem Aufruf der IG Metall.

Die Fronten sind klar abgesteckt: Die Gewerkschaft verlangt für die bundesweit rund 3,6 Millionen Beschäftigten 6,5 Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem dringt die IG Metall auf eine unbefristete Übernahme von Lehrlingen und mehr Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit. Die Arbeitgeber bieten drei Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von 14 Monaten. Die übrigen Forderungen lehnen sie ab.

Die Fronten sind verhärtet. "Warnstreiks richten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden an", sagte der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall in Freiburg und der Ortenau, Stephan Wilcken. Das Angebot sei fair und das höchste seit 20 Jahren.

In den Augen des IG-Metall-Geschäftsführers für Freiburg, Marco Sprengler, ist es ein Hohn. "Leiharbeit ist Missbrauch,

die Jugend braucht eine Perspektive, und auch wir wollen von den von uns erwirtschafteten Rekordumsätzen profitieren", rief Sprengler auf der Kundgebung in Freiburg ins Mikrophon. "Ein Warnstreik ist ein Kindergeburtstag verglichen mit dem, was noch kommen kann." Am 8. Mai gehen die Tarifverhandlungen in die nächste Runde. Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser verteidigte die Haltung der Unternehmen. Eine Zuspitzung des Konflikts sei möglich, wenn auch bedauerlich, sagte er der Bild-Zeitung.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-regional/streikwelle-erreicht-suedbaden-1000-gehen-auf-die-strasse--59009355.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-032	Mi, 02-05-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

ARBEITSSCHUTZ

Der Stress am Arbeitsplatz nimmt zu

Die höheren Belastungen führen zu mehr psychisch bedingten Fehltagen in den Betrieben.

BERLIN (dpa). Ständig erreichbar über das Smartphone, befristete Arbeitsverträge, schneller und effizienter arbeiten: Immer mehr Beschäftigte halten den Stress nicht mehr aus. Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) will gegensteuern.

Ihr Ressort plant, im nächsten Jahr einen runden Tisch einzuberufen, der Kriterien zum Arbeitsschutz erörtern soll. Nötig seien klare Grenzwerte, damit Stoppschilder aufgebaut werden könnten, sagte die CDU-Politikerin. Nach Angaben ihres Ministeriums ist die Zahl der Fehltage wegen psychischer Erkrankungen in den vergangenen Jahren gestiegen.

Wie aus einer Antwort des Ressorts auf eine Anfrage der Linkspartei hervorgeht, gab es 2001 deutschlandweit 33,6 Millionen Fehltage wegen psychischer Störungen – 2010 waren es schon 53,5 Millionen. Ihr Anteil an allen Fehltagen stieg damit von 6,6 auf 13,1 Prozent. Besonders betroffen sind Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsbereich, ein besonderes Risiko tragen Leiharbeiter.

Zu den Ursachen für Psychostress am Arbeitsplatz zählen die Beschleunigung der Arbeitsprozesse, steigende Anforderungen, höhere Eigenverantwortung sowie berufliche Unsicherheit. Zudem listet das Ministerium höhere Mobilitätsanforderungen, immer instabilere soziale Beziehungen infolge häufiger Berufs- und Ortswechsel und wachsende Konkurrenz am Arbeitsplatz auf.

Besonders gefährdet sind Frauen: Die Zahl der weiblichen Beschäftigten, die aufgrund psychischer Erkrankungen 2010 in eine Erwerbsminderungsrente gingen, ist mit 39 248 Fällen höher. Bei den Männern waren es im selben Jahr 31 698.

Besonders viele Fehltage verzeichnen laut Arbeitsministerium Beschäftigte im Sozial- und Erziehungswesen, im Gesundheitsdienst, in der Papierherstellung und im Druck. Viele Leiharbeiter arbeiteten unter Bedingungen, die die Gesundheit negativ beeinflussen können. Sie seien etwa schlechter qualifiziert, mit ihrem Job unzufriedener und hätten ein höheres Risiko, den Job zu verlieren.

Einen Bedarf für neue Gesetze gegen den Stress sieht die Bundesregierung nicht. Zunächst müsse der Wissens- und Kenntnisstand verbreitert werden, heißt es. Das solle in der gemeinsamen Arbeitsschutzstrategie mit Arbeitgebern und Gewerkschaften angegangen werden. Erst dann könne entschieden werden, ob Schutzmaßnahmen wie eine Anti-Stress-Verordnung vorgeschrieben werden müssten, wie sie etwa die IG Metall fordert.

Die Opposition fordert rasche Konsequenzen. Vertreter von Grünen und Linkspartei forderten eine Eindämmung von Leiharbeit und befristeten Verträgen. Der Berufsverband Deutscher Psychologen plädierte für ein besseres Gesundheitsmanagement in Unternehmen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/der-stress-am-arbeitsplatz-nimmt-zu--58967549.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-033	02-05-12	Wirtschaft (regional)	dpa	Bericht

AUSSTAND

IG Metall ruft Tausende Südwest-Metaller zu Warnstreik auf

Die IG Metall im Südwesten erhöht die Schlagzahl im Kampf um mehr Gehalt und mehr Macht bei Leiharbeit. In rund drei Dutzend Betrieben wurde zu Warnstreiks aufgerufen.

Die Gewerkschaft rief für Mittwoch zu Warnstreiks in rund drei Dutzend baden-württembergischen Betrieben auf. "Das Angebot der Arbeitgeber vom 19. April hat die Gräben vertieft, nicht geglättet", sagte IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann der Nachrichtenagentur dpa am Vormittag.

Hofmann ergänzte: "Statt uns einer Lösung näher zu bringen, wurde der Konflikt mit Gegenforderungen unnötig befeuert. Jetzt gibt es von den Beschäftigten die passende Antwort und die wird deutlich ausfallen." Unter anderem sollte die Arbeit am Mittwoch an Standorten der beiden Branchenriesen Bosch und Daimler vorübergehend ruhen. Auch kleinere und mittelgroße Betriebe aus den Südwest-Schlüsselindustrien Maschinenbau und Automobilzulieferung waren in den Aufrufen genannt.

Ein Bosch-Sprecher sagte am Vormittag, dass sich die Auswirkungen am betroffenen Standort Reutlingen in Grenzen halten werde. Ein Sprecher der bestreikten Kion-Gruppe, die unter anderem Gabelstapler herstellt, sagte: "Warnstreiks haben in der Regel Auswirkungen auf die Auslieferungen. Es kann also sein, dass der eine oder andere Kunde sein Fahrzeug nicht rechtzeitig bekommt." Konkrete Auswirkungen konnte er aber zunächst nicht benennen. Teils sollten die Warnstreiks auch erst gegen Mittag anlaufen – so etwa an Daimlers Bus-Werk in Mannheim. Dort waren zwei Kundgebungen an den Werkstoren geplant.

Härtere Gangart gefordert

Neben Baden-Württemberg liefen Warnstreiks am Mittwoch auch in Niedersachsen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin. Seit Ende der Friedenspflicht am 28. April gab es schon erste Warnstreiks mit knapp 1000 Teilnehmern im Südwesten und knapp 5000 im Tarifgebiet Mitte. Im Bezirk Küste sind für Donnerstag erste Aktionen geplant.

IG-Metall-Chef Berthold Huber hatte am Dienstag, dem Tag der Arbeit, ein härtere Gangart bei den Tarifverhandlungen angekündigt. "Wir werden keine substanzlosen Verhandlungen mehr führen", sagte er in Hamburg. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die IG Metall keinen Scheinfrieden schließen werde. "Es gibt kein Ergebnis, ohne dass in allen drei Forderungen tragfähige Lösungen erzielt werden."

Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert für die rund 3,6 Millionen Beschäftigten der Branche 6,5 Prozent mehr Geld – gerechnet auf zwölf Monate – sowie mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit und die unbefristete Übernahme von ausgelernten Lehrlingen. Die Arbeitgeber haben bislang 3 Prozent mehr Geld auf 14 Monate angeboten, die übrigen Forderungen aber abgelehnt.

Wenn es bis Pfingsten keine Lösung im Tarifkonflikt gebe, werde es zu Urabstimmung und Streiks kommen, sagte Huber. Auch Südwest-Chef Hofmann hatte das bereits angekündigt. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 8. Mai in Baden-Württemberg angesetzt, tags darauf kommen die Tarifparteien des Bezirks Küste in Bremen zusammen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-regional/ig-metall-ruft-tausende-suedwest-metaller-zu-warnstreik-auf--58996095.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-035	Mi, 02-05-12	Rheinfelden	rs	Bericht

Nach 20 Jahren droht das Ende

Die Gewerkschaften denken über eine 1.-Mai-Veranstaltung in neuem Rahmen nach.

RHEINFELDEN (rs). 20 Jahre hat der Deutsche Gewerkschaftsbund, Bezirk Südbaden, seine zentrale 1.-Mai-Kundgebung in Rheinfelden abgehalten, doch es könnte durchaus sein, dass am Dienstag die Tradition zu Ende gegangen ist. Katrin Distler, die Bezirksvorsitzende, wies daraufhin, dass beim DGB inzwischen wieder Kreisverbände gegründet worden sind und diese dann jeweils eigene Veranstaltungen organisieren könnten, also etwa in Lörrach oder Waldshut.

So klang es im Kastanienpark am Dienstag fast etwa wehmütig, als Katrin Distler auf die Anfänge der Veranstaltung zurückblickte, als die erste Veranstaltung als "kleines Solidaritätsfest" vom damaligen IG-Chemie Bezirksleiter Heiner Stroh für die von der Schließung bedrohte Aluminium organisiert worden war, und sich seither alle Einzelgewerkschaften zum Tag der Arbeit in Rheinfelden treffen, wobei auch "befreundete Organisationen" wie der ACE (Automobilclub Europa), die Arbeiterwohlfahrt oder die Jusos ihre Infozelte aufschlagen. Ob es so bleibt? Karin Distler weiß es nicht: "Es kann sein, dass die Mai-Veranstaltung künftig in einem anderen Rahmen stattfindet"

Eine weitere Ära geht auf alle Fälle zu Ende, meint Katrin Distler, wenn zum 1. Juli Oberbürgermeister Eberhard Niethammer in den Ruhestand trete. Die Gewerkschaftsvertreterin machte dem OB, der in diesem Jahr nicht dabei war, weil er mit der VHS auf Zähringertour ging, ein großes Kompliment: Niethammer habe über alle die Jahre hinweg und stets unabhängig von der politischen Großwetterlage "immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Arbeitnehmer" gehabt. Sie wünscht sich von Nachfolger Klaus Eberhardt, dass auch bei ihm die Arbeitnehmer stets Vorrang vor den Märkten haben werden. Klaus Eberhardt wollte zur grenzüberschreitenden Nachmittagsveranstaltung der Gewerkschaften an der Schifflände in Rheinfelden/Schweiz kommen.

Doch auch Bürgermeister Rolf Karrers Grußworte stießen auf viel Zustimmung: Baden-Württemberg, so meinte er, sei zwar auf vielen Gebieten Spitze, doch erst jetzt werde ein Tariftreuegesetz entwickelt, wo schon zehn Bundesländer Jahre voraus seien. Mit Blick auf die Mindestlohndiskussion und das Thema Leiharbeiter zeige sich, dass Gewerkschaften immer wichtiger werden. Karrer brach auch eine Lanze für die 1-Mai-Veranstaltung im Kastanienpark: Rheinfelden sei keine Beamten- und keine Bäderstadt, deshalb sei die Kundgebung hier "am richtigen Platz".

Mit weiteren Ansprachen, Musik der Band Amadeos und der Bewirtung durch die Betriebsräte und Vertrauensleute der IG BCE klang der Tag der Arbeit nachmittags aus.

Link	http://www.badische-zeitung.de/rheinfelden/nach-20-jahren-droht-das-ende--58961730.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-036a	Do, 03-05-12	Schönau	Dirk Sattelberger	Bericht

Metaller wollen "faire Beteiligung"

IG Metall mobilisiert in der Region in den ersten Warnstreiks bereits 550 Beschäftigte und kündigt für heute weitere Warnstreiks an.

LÖRRACH. Die Warnstreiks, mit denen die IG Metall (IGM) ihre Forderungen für die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie bekräftigt, haben die Region erreicht. Insgesamt legten im Bezirk der Lörracher Verwaltungsstelle gestern 550 Beschäftigte phasenweise die Arbeit nieder, bilanzierte der Erste Bevollmächtigte Hermann Spieß vor der Presse.

Heute werden die Warnstreiks bei Ekato in Schopfheim fortgesetzt. Liege bis Pfingsten kein Ergebnis vor, strebe die IGM flächendeckend Streiks an und daran beteilige sich auch die IGM Lörrach, so Spieß weiter.

"Die Tarifrunde hat erfolgreich begonnen", fasst der dieser Tage einstimmig als Erster Bevollmächtigter der Lörracher IGM-Verwaltungsstelle wiedergewählte Hermann Spieß die gestrigen Aktionen zusammen. Konkret legten nach seinen Angaben rund 200 Beschäftigte bei den Aluminium Werken Wutöschingen sowie zusammen 350 von Hella in Wembach und Zahoransky in Todtnau die Arbeit nieder. Das verleihe den Tarifforderungen der IGM auch vor Ort Nachdruck, ist Spieß überzeugt.

Diese Forderungen sind inzwischen indes zu einem umfassenden Paket angewachsen. Darin enthalten ist einerseits die Lohnforderung von 6,5 Prozent. Ein Zuschlag, der für Spieß nach dem Verzicht der Arbeitnehmer in der Krise, den dort eingebrachten Entgeltverlusten und der inzwischen wieder guten Lage im Großteil der Branche allemal angesagt ist. Zwar sei das aktuelle Angebot der Arbeitgeber da noch ein gutes Stück entfernt; Thomas Wamsler, bei den Wahlen dieser Tage ebenfalls eindrucksvoll bestätigter zweiter Bevollmächtigter der IGM Lörrach, rechnet die Arbeitgeberofferte bezogen auf dieses Jahr auf 2,57 Prozent hoch. "Das liegt unter dem volkswirtschaftlichen Verteilungsspielraum und ist keine faire Beteiligung", kritisiert er weiter. Dennoch wäre allein beim Thema Lohnerhöhung eine Einigung mit den Arbeitgebern wohl "denkbar", vermuten die zwei Gewerkschafter.

Das größere Konfliktpotenzial dieser Tarifrunde verorten die zwei IG Metaller denn auch in den weiteren Forderungen, bei der Leiharbeit und dem Umgang mit Auszubildenden nach Abschluss der Lehre. Die Arbeitgeber nutzten das Instrument Leiharbeit, das die IGM unter bestimmten Voraussetzungen mittrage, inzwischen zu einer weitreichenden Flexibilisierung und etablierten ein zweites Lohnniveau in den Betrieben, konkretisiert Wamsler. Deshalb gelte es in diesem Fall, die Rolle der Betriebsräte zu stärken. Ebenso weit oben auf der Agenda steht die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung. Die Praxis, junge Menschen nach der Lehre oder einem Dualen Studium zunächst befristet anzustellen, treibe diese in existenzielle Unsicherheit, begründet Spieß. Dies Vorgehen "erpresst mit der Aussicht auf feste Arbeitsverhältnisse", ergänzt Wamsler. Hier nutzten die Arbeitgeber ebenfalls eine vor Jahren geschaffene Befristungsmöglichkeit einseitig zu ihren Gunsten. Deshalb "gibt es keinen Abschluss ohne die Übernahme", zeigt sich Spieß kämpferisch. Wobei er auch bei dem Thema einen Graben auf der Arbeitgeberseite beobachtet: Während Großbetriebe durchaus kompromissbereit seien, verfolge der Mittelstand – auch der der Region – eine harte Linie. Nicht zuletzt deshalb werde die Region bei eventuellen Streiks nach Pfingsten nicht ausgeklammert, kündigt Spieß an.

Link	http://www.badische-zeitung.de/schoenau/die-arbeitnehmer-zeigen-flagge--59005339.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-036	Do, 03-05-12	Kreis Lörrach	Dirk Sattelberger	Bericht

Die Arbeitnehmer zeigen Flagge

Die Gewerkschaft IG Metall rief gestern zu einem Warnstreik bei Hella und Zahoransky auf / 250 machten mit / Zufahrt blockiert.

WEMBACH. Rot-gelbe Fahnen wehen vor dem Werkstor der Firma Hella in Wembach, als ein Autokorso mit elf Wagen aus Todtnau ankommt. "Wir begrüßen unsere Kollegen von Zahoransky", ruft IG Metal-Chef Hermann Spieß ins Mikrofon. Etwa 200 Mitarbeiter der Hella klatschen laut und blasen in die zuvor verteilten Trillerpfeifen. Jetzt kann die Gewerkschaftskundgebung offiziell losgehen. Es ist die erste seit 14 Jahren bei Hella in Wembach.

Laute Rockmusik aus Boxen, ein Buffet mit Brezeln und Kaltgetränken, lachende Gesichter – bei diesem Anblick gegen 13 Uhr dürfte IG Metall-Chef Hermann Spieß aus Lörrach zufrieden sein. "Die Stimmung bei Hella ist hervorragend, die Leute stehen hinter unseren Forderungen", sagt Spieß zu den Journalisten. Mit ein Grund, dass dieser Warnstreik bei Hella und nicht woanders stattfinde. Ein anderer Grund sei, dass die Auftragsbücher bei Hella voll seien und vergangenes Jahr Rekordgewinne gemacht wurden. Jetzt seien die Arbeitnehmer an der Reihe, die zu dem Erfolg beigetragen haben. "Wir wollen kein Päckchen haben, sondern ein Paket", ruft er später den geschätzten 250 Männern und Frauen aus beiden Firmen zu, die für eineinhalb Stunden die Arbeit niederlegen. Die Forderung an die Arbeitgeber lautet 6,5 Prozent mehr Lohn, weniger Leiharbeit und eine Übernahmegarantie für Azubis.

Wenn es stimmt, was Hermann Spieß und Hella-Betriebsratsvorsitzender Christoph Rudiger sagen, dann steht während der Kundgebung die Produktion still. Für die IG Metall ein Punktsieg. "Die Arbeitgeber haben uns das nicht zugetraut", freut sich Hermann Spieß.

Während der Kundgebung, die an der Zufahrtstraße zu Hella und vor dem Wembacher Rathaus stattfindet, fahren immer wieder Lastwagen aufs Firmengelände oder von dort auf die Bundesstraße B 317. Doch irgendwann parken Pkw mitten auf der Straße. Ein Lastwagenfahrer will durch, schafft es aber nicht, auch weil einzelne Streikende nicht von der Stelle weichen. Der Laster muss warten, bis die Kundgebung nach 14 Uhr vorbei ist.

Auf der improvisierten Bühne aus vier übereinander gestapelten Holzpaletten werden später noch Zahoransky-Betriebsratschef Martin Hinz und Hella-Mitarbeiter Kai Saaler sprechen. Martin Hinz berichtet über die Situation der jüngeren Generation, den Auszubildenden, bei Zahoransky. Die Gewerkschaft will, dass sie unbefristet übernommen werden, auch die Studenten der Dualen Hochschule. Die Streikenden hören aufmerksam zu, viele von ihnen dürften nicht älter als 25 sein und das erste Mal im Leben die Arbeit niedergelegt haben.

Auch beim Thema Lebenshaltungskosten hängen die Zuhörer den Sprechern von Gewerkschaft und Betriebsrat an den Lippen. Für IG Metaller Hermann Spieß ist klar: "Wir wollen in dieser Tarifauseinandersetzung einen kräftigen Schluck aus der Pulle." Wer den Argumenten eine Weile zuhört und sich an der guten Stimmung der Gruppe erfreut, kommt schnell zum Schluss, dass die Gewerkschaftsforderungen nicht ungerechtfertigt sind. Die Firmenleitung ist bei der Kundgebung freilich nicht vertreten; ihr dürfte die ganze Aktion ein Dorn im Auge sein, laut Hermann Spieß wurde sie auf dem Firmengelände untersagt. Deswegen der Auftritt auf einem öffentlichen Grundstück.

Einige Male blicken Männer in weißen Hemden aus dem Fenster hinaus auf die Streikenden. "Beim nächsten Mal seid ihr auch dabei", ruft ein Gewerkschafter jenen Kollegen fröhlich zu, die nicht streiken. Durch die geschlossenen Fenster können sie ihn aber gar nicht verstehen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/schoenau/die-arbeitnehmer-zeigen-flagge--59005339.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-037	04-05-12	Schopfheim	bz	Nachricht

Tarifstreit erreicht Ekato

Einstündiger Warnstreik.

SCHOPFHEIM (BZ). Der Tarifstreit in der Metall- und Elektroindustrie hat gestern auch Schopfheim erreicht. Vor den Toren der Firma Ekato wurde gestreikt. Gestern morgen um 9 Uhr traten die Produktionsbeschäftigten der Schopfheimer Firma Ekato RMT in einen einstündigen Warnstreik. Mehr als 50 Beschäftigte versammelten sich laut Mitteilung der IG Metall Lörrach vor dem Firmengelände "und zeigten nicht nur durch die roten Fahnen, dass sie sich nicht nur für die

Forderung der IG Metall nach 6,5 Prozent Einkommensverbesserung, sondern insbesondere auch für die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und bessere Regelungen für Leiharbeiter einsetzen", schreibt die Gewerkschaft. Beifall erhielt der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Hermann Spieß, der die Rede auf der Kundgebung hielt. Roland Steinebrunner, Betriebsratsvorsitzender der Ekato, sei erfreut gewesen über die gute Beteiligung. Hermann Spieß kündigte an, dass die IG Metall auch in kleineren Betrieben zu unbefristeten Streiks aufrufen werde, falls die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung nicht aufgeben werden. Als Zeitraum dafür nannte er die Woche nach Pfingsten.

Link	http://www.badische-zeitung.de/schopfheim/tarifstreit-erreicht-ekato--59049255.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-038	04-05-12	Offenburg	hsl	Nachricht

IG-METALL-WARNSTREIK

"Den Druck noch erhöhen"

250 bei IG-Metall-Warnstreik.

OFFENBURG (hsl). Im Vorfeld der nächsten Tarifverhandlungen am 11. Mai haben gestern rund 250 Beschäftigte der Ortenauer Metall- und Elektroindustrie sowie des Kfz-Handwerks auf dem Gelände des S&G-Autohauses in Elgersweier über Mittag für 6,5 Prozent mehr Lohn, bessere Mitbestimmung bei Leiharbeit sowie die unbefristete Übernahme von Azubis demonstriert. "Das letzte Jahr war ein Super-Jahr, wir wollen ein Stück vom Kuchen haben", so S&G-Betriebsratschefin Sigrun Dietze. IG-Metall-Bevollmächtigter Thomas Bleile geißelte Leiharbeit als "Ausbeutung pur". Die IG Metall werde den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/den-druck-noch-erhoehen--59044847.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-039	Sa, 05-05-12	Eisenbach (Hochschw.)	hbr	Nachricht

Warnstreik der Metaller

Gestern Mittag in Eisenbach.

EISENBACH (hbr). Die Beschäftigten der Eisenbacher Betriebe: IMS Gear, Framo Morat, GSC Schwörer, Grieshaber sowie Kirner Maschinenbau in Titisee-Neustadt sind gestern dem Streikaufruf der IG Metall gefolgt und haben die Arbeit gegen 13 Uhr niedergelegt und sich an der Wolfwinkelhatte in Eisenbach getroffen. Die Forderungen der Gewerkschaft lauten: Entgelterhöhung um 6,5 Prozent, Ausweitung der Mitbestimmung bei Leiharbeit, sowie unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und Dual Studierenden.

Link	http://www.badische-zeitung.de/eisenbach/warnstreik-der-metaller--59092058.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-040	Sa, 05-05-12	Müllheim	bz	Nachricht

Regionaltreffen der Linken

Mehr Präsenz in Südbaden.

MÜLLHEIM (BZ). Im Bürgerhaus Müllheim kamen kürzlich Mitglieder der Linken aus Freiburg, Müllheim und den Kreisen Lörrach und Emmendingen zu einem südbadischen Regionaltreffen zusammen. Auch die für Südbaden zuständige Bundestagsabgeordnete Karin Binder aus Karlsruhe war dabei. Zweck des Treffens war eine stärkere Präsenz und eine bessere Koordination der Parteiarbeit.

Karin Binder steckte den bundespolitischen Rahmen ab, der sich hauptsächlich mit den Bereichen Arbeits- und Sozialpolitik sowie der Geschlechtergerechtigkeit befasst. Zum Thema Arbeitslosigkeit wiesen Wirtschaft und Neoliberale auf angeblich zahlreiche "offene Stellen hin. Hierbei handle es sich aber in Wirklichkeit häufig um prekäre Arbeitsverhältnisse wie Billiglöhne und unterbezahlte Leiharbeit, wobei Frauen verschärfend schlechtere Löhne gezahlt würden als Männern. Viele dieser Arbeitsplätze seien nicht sozialversicherungspflichtig, was den Weg in die Altersarmut bedeute. Ziel linker Politik seien gute Arbeit, gerechter Lohn, ausreichende Alterssicherung. Auch auf das Gedicht "Was gesagt werden muss" von Günter Grass ging Karin Binder ein: "Grass hat recht", sagte sie. Er drücke letztlich die Sorge um die Gefahr eines atomaren Flächenbrandes im Nahen Osten aus. Bedauerlicherweise beteilige sich auch Deutschland – als drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt – daran. Die Linke müsse die Diskussion um eine Rüstungskonversion anstoßen. Damit dadurch nicht langfristig Arbeitsplätze entfallen, müsse ein Mitspracherecht der Arbeitnehmerschaft gewährleistet sein.

Link	http://www.badische-zeitung.de/muellheim/regionaltreffen-der-linken--59094468.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-041	Di, 08-05-12	Lörrach	bz	Nachricht

Maschinen bei NSI stehen still

Warnstreik findet Resonanz.

LÖRRACH (BZ). Gestern Morgen um 7 Uhr standen auch beim Lörracher Automobilzulieferer NSI die meisten Maschinen still. Etwa 60 Beschäftigte aus der Produktion legten ihre Arbeit für eine Stunde nieder, teilte die IG Metall mit. Nur in einem kleinen Bereich der Vorproduktion wurde gearbeitet. "Dies war die beste Beteiligung an einem Warnstreik", erklärte der Betriebsratsvorsitzende Sven Gehrmann bei der Kundgebung der IG Metall vor dem Tor. "Der Automobilindustrie und ihren Zulieferern geht es gut", sagte Thomas Wamsler, Geschäftsführer der IG Metall Lörrach. "In der Krise brachten alle Opfer, nun sollen die Arbeitnehmer am Erfolg beteiligt werden." Die Beschäftigten stünden hinter den Forderungen der IG Metall von 6,5 Prozent Lohnzuwachs und mehr Mitbestimmung des Betriebsrats bei Leiharbeit und der Übernahme von Auszubildenden. Auch bei NSI seien die Mitarbeiter bereit, weiterzugehen, wenn es sein müsse, heißt es in der Mitteilung weiter. Wamsler gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die gute Beteiligung an den Warnstreiks die Arbeitgeber zur Vernunft bringe, damit ein Arbeitskampf abgewendet werden kann.

Link	http://www.badische-zeitung.de/loerrach/maschinen-bei-nsi-stehen-still--59186069.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-042	08-05-12	Teningen	derg	Nachricht

WARNSTREIK DER IG METALL

ETWA 500

ETWA 500 Gewerkschaftsmitglieder aus den Firmen Delta, Frako, Amcor, EHT und Ferromatik-Milacron beteiligten sich laut IG Metall an der Schlusskundgebung nach einem Warnstreik vor der Firma Amcor Flexibles Tscheulin Rothal in Teningen. Die Gewerkschafter wollten ihren Forderungen von 6,5 Prozent Entgelterhöhung, der Ausweitung der Mitbestimmung bei Leiharbeit und für die unbefristete Übernahme der Azubis und Studierenden Nachdruck verleihen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/teningen/etwa-500--59183811.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-043	09-05-12	Rheinfelden	ibö	Bericht

Gewerkschaft geht auf die Straße

Arbeitnehmervertreter der chemischen Industrie protestieren gegen Löhne von Leiharbeitern.

RHEINFELDEN (ibö). Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie gibt sich am Hochrhein mit ihrem Bezirksvorsitzenden Wilfried Penshorn bei den laufenden Tarifverhandlungen kämpferisch. Um geplanten Verschlechterungen der Arbeitgeber bei der Altersfreizeitregelung entgegenzutreten und gegen die Zunahme von Leiharbeit in den Unternehmen zwischen Grenzach-Wyhlen und Rheinfelden zu protestieren, gehen die Mitglieder am Donnerstag für rund 7000 Beschäftigte am Hochrhein auf die Straße. Die Kundgebung findet in der Mittagspause im öffentlichen Bereich vor Evonik in der Friedrichstraße statt. Sie soll den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen und zu gerechter Entlohnung führen.

Die Gewerkschaftsleute, Betriebsratsvorsitzenden und –Mitglieder ärgert einiges in der Arbeitspraxis der Betriebe und an der geplanten Tarifänderung, die als Verschlechterung bewertet werde. Dies machten beim Pressegespräch im Vorfeld Wilfried Penshorn, Klaus Keßner (DSM, Grenzach), Ralf Wittmann (Evonik), Helmut Bär (Umicore) und Armin Schranz (GP, Grenzach) deutlich. Dass die Arbeitgeber einen 20-jährigen Konsens in der Chemieindustrie aufgeben wollen, der auf die älteren Arbeitnehmer mit Arbeitsfreizeit gewährt wird, will die Gewerkschaft nicht hinnehmen, nur weil diese Lösung für die Unternehmen teurer wird, weil die Beschäftigten länger arbeiten (39e idem39t 67) und damit die Kostenbelastung steigt.

Etwa 300 Teilnehmer werden zur Demo vom Hochrhein erwartet, vorneweg Evonik und Rheinfelder Unternehmen, die von der Cesar-Stünzi-Straße in Richtung Evonik ziehen. Nicht nur der geplante Wegfall der Altersfreizeit, sondern auch die Ausbreitung der Leiharbeit macht Sorgen. Gewerkschaft und Betriebsräte kritisieren, dass nicht mehr nur Konjunkturspitzen mit diesen Mitarbeitern, die zu erheblich schlechteren finanziellen Konditionen, auf Basis des niedrigsten Tariflohnabschlusses 7,89 Euro/Stunde bezahlt werden, abgedeckt werden, "sondern personelle Löcher bis zu drei Jahren gestopft". Dies sei "Ausbeutung pur", heißt es und verstoße gegen die Gerechtigkeitsformen, zumal es unter den etwa 500 Betroffenen am Hochrhein zunehmend Mitarbeiter gebe, die mit Arbeit ihren Lebensunterhalt kaum mehr bestreiten können. Sobald sie in Rente gehen, fallen sie in ein soziales Loch, das die Gesellschaft auszugleichen habe, bemängelt Helmut Bär (Umicore).

"Equal Pay", gleicher Lohn für gleiche Arbeit, fordern die Gewerkschafter der Chemie solidarisch mit den Metallern. Dass innerhalb der Unternehmen kein Entlohnungsgefälle entstehe, gilt auch mit Blick auf die satten Gewinne und Vollbeschäftigung in der Region als angebracht. Als Folge der zunehmenden Leiharbeit, befürchtet Armin Schranz (GP), werde bald ein Qualitätsproblem in der Pharmabranche entstehen, weil die Qualität der Produkte leide, wenn Mitarbeiter nicht geschult, sondern nur durch Leihpersonal ersetzt wird. Bisher sehen die Gewerkschafter Leiharbeiter in einer schwachen Position, da der Gesetzgeber Richtlinien geschaffen habe, die legal, aber nicht tatsächlich legitim erscheinen, meint Penshorn. Die Gewerkschaft schließt Leiharbeit als Beschäftigungsmodell nicht aus, möchte aber erreichen, dass die Diskrepanz in der Entlohnung zu Tarifbeschäftigten abgebaut wird.

Link	http://www.badische-zeitung.de/rheinfelden/gewerkschaft-geht-auf-die-strasse--59230325.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-044	10-05-12	Ortenaukreis	bz	

KURZ NOTIERT

Arbeit niedergelegt

ORTENAU (BZ). Die IG Metall Offenburg hatte auch für Mittwoch die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie zu Warnstreiks aufgerufen. Vor dem Tor der Siemens VAI Metals in Willstätt folgten rund 100 Beschäftigte dem Aufruf der IG Metall und unterbrachen ihre Arbeitszeit für knapp eine Stunde. Thomas Bleile, Zweiter Bevollmächtigter: "Bundesweit haben nun über 300 000 Kolleginnen und Kollegen an Warnstreikaktivitäten teilgenommen." Beim Thema Leiharbeit forderte er: "Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Arbeitgeber uns spalten und eine Zwei-Klassengesellschaft im Betrieb etablieren. Darum fordern wir einen Branchenzuschlag bis hin zu 'Gleiches Geld für gleiche Arbeit'." Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Guy Henches bedankte sich bei den Beschäftigten, dass sie so zahlreich erschienen sind. Erster Bevollmächtigter Ahmet Karademir betonte: "Spätestens auf der Funktionärskonferenz am 24. Mai in Sindelfingen werden wir einen Abschluss feiern – oder die Urabstimmung einleiten." In Hausach beteiligten sich gestern weitere 300 Beschäftigte an den Warnstreiks. Aus dem Kinzigtal nahmen folgende Firmen teil: Ucon und Hengstler (beide Hausach), Hansgrohe und Grieshaber (Schiltach), Schondelmaier (Gutach), ABB Stotz Kontakt (Hornberg) und Carl Leipold (Wolfach).

Link	http://www.badische-zeitung.de/ortenaukreis/kurz-notiert-xfyhlnwax--59267085.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-045	11-05-12	Lahr	dü	Nachricht

Warnstreik der Metaller

Protest für 6,5 Prozent mehr.

LAHR (dü). Im Vorfeld der nächsten Verhandlungsrunde am 15. Mai haben gestern rund 800 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie sowie des Kfz-Handels aus mehreren Gemeinden beim Schichtwechsel am Mittag im Lahrer Industriegebiet West für 6,5 Prozent mehr Lohn, bessere Mitbestimmung bei Leiharbeit sowie die unbefristete Übernahme von Azubis demonstriert. Dem Aufruf zum Warnstreik gefolgt waren Mitarbeiter von Schaeffler Technologies, Schneider Electric Motion, ebm-papst, Nedermann Filtration, Iveco Magirus und ACM Mosolf. IG-Metall-Bevollmächtigter Thomas Bleile geißelte Leiharbeit als "Ausbeutung pur". Da sich die Arbeitgeber noch nicht bewegt hätten, werde die IG Metall den Druck erhöhen. Am 15. Mai ist eine Großdemo in Offenburg geplant.

Link	http://www.badische-zeitung.de/lahr/warnstreik-der-metaller-x1x--59304545.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-046	Sa, 12-05-12	Waldkirch	bz	Nachricht

Kampfeslustige Stimmen

Warnstreikwelle erreichte gestern Mittag auch die Sick AG.

WALDKIRCH (fa). Die allgemeine Warnstreikwelle erreichte Waldkirch: Mit einem einstündigen Warnstreik solidarisierten sich gestern Mittag knapp 300 Beschäftigte (darunter auch einige von Sick Reute) der Sick AG mit den Forderungen der Gewerkschaft IG Metall. Diese will 6,5 Prozent mehr Lohn, mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit und die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und dual Studierenden. Wobei es bei Sick selbst bekanntlich bereits eine betriebliche Vereinbarung bezüglich Leiharbeit gibt.

Die kämpferischen Ansprachen wurden immer wieder von Beifallsbekundungen unterbrochen. Deutliche Kritik wurde auch laut an Sick-Finanzvorstand Markus Vatter in dessen Eigenschaft als Vorstandsmitglied im Arbeitgeberverband Südwestmetall: “Auch er blockiert, dass wir nicht weiterkommen”, so der Vorwurf von Hermann Spieß, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Freiburg: “Zum Verhandeln braucht’s zwei. Wir sind bereit, die Arbeitgeber nicht.” Der stellvertretende Sick-Betriebsratsvorsitzende Engelbert Herbstritt freute sich angesichts der Resonanz : “Dieser Warnstreik ist gelungen!”Und Mike Johnen, Sick-Betriebsrat und im Vorstand der IG Metall Freiburg: “Mit Solidarität werden wir diesen Tarifkonflikt erfolgreich zu Ende bringen.” Wobei Hermann Spieß allerdings deutlich ankündigte: “Wenn’s bis zum 15. Mai keine Bewegung gibt, werden wir die Verhandlungen abbrechen!”

Link	http://www.badische-zeitung.de/waldkirch/kampfeslustige-stimmen--59345131.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-047	Mo, 14-05-12	Offenburg	bz	Bericht

TARIFSTREIT

IG-Metall droht mit frühem Streik

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie spitzt sich zu. IG-Metall-Chef Huber will in der kommende Woche Ergebnisse zu den Forderungen nach Übernahme und Leiharbeit sehen. Sonst könne es sehr schnell zum Streik kommen.

Wenn es am kommenden Dienstag (15.5.) im Tarifgebiet Baden-Württemberg nicht gelinge, für die Themen unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und Mitbestimmung bei der Leiharbeit einen Lösungsweg zu finden, könne es umgehend eine Urabstimmung zum Streik geben, sagte der Gewerkschaftschef in Frankfurt der Nachrichtenagentur dpa. “Wir wollen diese Fragen zunächst geklärt haben”, sagte Huber.

Sollte dies nicht gelingen, sei eine weitere, für den 22. Mai angesetzte Verhandlungsrunde über die künftigen Tariflöhne sinnlos, erklärte Huber. Dann könne es bereits weit vor Pfingsten eine Entscheidung über die Urabstimmung geben, während der keine weiteren Verhandlungen mehr möglich seien.

670 000 Teilnehmer bei Warnstreiks

Die IG Metall sei fest entschlossen, notfalls für die qualitativen Ziele zu streiken, erklärte der Erste Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft. “Die Forderungen stehen nach wie vor gleichberechtigt nebeneinander. Wir werden uns die qualitativen Elemente nicht für mehr Geld abkaufen lassen.” Dafür sei in den zurückliegenden Tagen unter den mehr als 670 000 Teilnehmern bei Warnstreik-Aktionen breite Unterstützung zu spüren gewesen.

Die IG Metall verlangt in dem Tarifkonflikt für die rund 3,6 Millionen Beschäftigten 6,5 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme aller Lehrlinge sowie Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zum Einsatz von Leiharbeitern. Die Arbeitgeber haben bislang 3,0 Prozent mehr Geld bei einer längeren Laufzeit angeboten und die übrigen Forderungen abgelehnt. Im Südwesten haben die Tarifparteien in dieser Woche eine Expertenkommission eingesetzt, die bis zum kommenden Dienstag Kompromisse erarbeiten soll.

Es gehe um zentrale Fragen der künftigen Arbeitsgesellschaft, ergänzte der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel. Die IG Metall wolle verhindern, dass Leiharbeit der beherrschende Arbeitstypus in der gesamten Industrie werde. “Wir wollen, dass die Menschen in ihren Betrieben fest verankert sind mit Rechten und Pflichten für beide Seiten.” Leiharbeit müsse auf ihre ursprüngliche Funktion zurückgeführt werden, kurzfristige Ausfälle zu kompensieren oder Auftragsspitzen abzufedern.

Betriebsräte sollen über Einsätze mitbestimmen

Neben kräftigen Branchenzuschlägen und Einsatzzulagen für die in der Metall- und Elektroindustrie beschäftigten

Leiharbeiter müssten die Betriebsräte in die Lage versetzt werden, die Umstände der Einsätze mitzubestimmen, sagte Wetzel. “Das sind zwei Seiten einer Medaille.” Dabei könne es um die Dauer des Einsatzes ebenso gehen wie um den Zeitpunkt der Übernahme in ein Stammarbeitsverhältnis. “Ich sehe keine juristischen Probleme, das in einem Tarifvertrag zu regeln.”

Bei der unbefristeten Übernahme der Ausgebildeten gehe es darum, den ursprünglichen Zustand in der Industrie wiederherzustellen, sagte Huber. Derzeit haben die Metall-Azubis nach erfolgreicher Ausbildung nur den Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung von zwölf Monaten. Das Argument der Arbeitgeber, dass man schwache oder ungeeignete Kräfte nicht wieder loswerde, ließ Huber nicht gelten. Die Gewerkschaft habe immer gesagt, dass es Ausnahmen geben könne, wenn der Betrieb über den eigenen Bedarf ausbilde, sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinde oder der Azubi aus persönlichen Gründen nicht zur Weiterbeschäftigung geeignet sei. Dies müsse dann im Einzelfall im Betrieb besprochen werden.

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/leiharbeit-in-der-diskussion--59387406.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-048	Mo, 14-05-12	Offenburg	bz	Nachricht

Leiharbeit in der Diskussion

Offenburger Grüne laden ein.

OFFENBURG (BZ). “Leiharbeit in der Diskussion” ist der Titel einer Diskussionsveranstaltung der Offenburger Grünen am Montag, 21. Mai, im Familienzentrum am Mühlbach, Vogesenstraße (Mensa Nordwest). In regionalen Unternehmen wie Hansgrohe, Burda, Meiko oder Edeka sind nach Angaben der Grünen Hunderte von Leiharbeitskräften nicht selten über mehrere Jahre tätig – mit widersprüchlicher Bewertung: Die Firmen betrachten Leiharbeit als nützliches betriebswirtschaftliches Instrument; viele der betroffenen Arbeitnehmer sehen sich oft als Beschäftigte zweiter Wahl, schlecht bezahlt und ohne Aussicht auf einen festen Job. Kompetente Fachleute werden das Thema diffenziert beleuchten: Silvia Selinger (Geschäftsführerin von Acrobat Personal, Achern/Offenburg); Stefan Zillgith (Geschäftsführer Fa. Kronen GmbH, Kehl); Franz Feger (katholisches Arbeitnehmerpastoral und KAB Ortenau); Stefan Krischak (Betriebsratsvorsitzender bei Hansgrohe) und Hanspeter Gottung (Betriebsratsmitglied bei Burda). Interessierte sind herzlich eingeladen, ihre Sichtweise oder Betroffenheit in die Diskussion einzubringen. Die Veranstaltung ist öffentlich und beginnt um 20 Uhr. Eintritt frei.

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/leiharbeit-in-der-diskussion--59387406.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-049	Di, 15-05-12	Ortenaukreis	bz	Nachricht

KREISNOTIZEN

Heute große Kundgebung

OFFENBURG (BZ). Im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie hat die IG Metall die Warnstreiks auch am gestriegn Montag fortgesetzt. Vor der PWO AG in Oberkirch-Stadelhofen beteiligten sich rund 350 Beschäftigte an Warnstreikaktivitäten und unterbrachen ihre Arbeitszeit für knapp eine Stunde. Ahmet Karademir, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Offenburg, blickte auf die bisherigen Warnstreiks zurück: "Seit Ende der Friedenspflicht haben sich bundesweit rund 600 000 Beschäftigte an den Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie beteiligt." Herbert König, Betriebsratsvorsitzender der PWO AG, betonte, dass die Beschäftigten das Angebot der Arbeitgeber als unzureichend

erachten. Zur Forderung der Mitbestimmung bei der Leiharbeit meinte Karademir: "Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Arbeitgeber uns spalten und eine Zwei-Klassengesellschaft im Betrieb etablieren." Es gelte heute, Dienstag, 14 Uhr, bei der Großkundgebung vor dem Rathaus in Offenburg den Arbeitgebern zu zeigen, dass die Beschäftigten hinter den Forderungen der IG Metall stehen, so Thomas Bleile, Zweiter Bevollmächtigte der IG Metall Offenburg. Beschäftigte aus mehr als 20 Betrieben werden an der Ursulasäule erwartet, die Innenstadt ist von 12 bis 18 Uhr für den Verkehr gesperrt. Mehrere Redner sprechen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/ortenaukreis/kreisnotizen-xkq2m5oyx--59427274.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-050	Di, 15-05-12	Eichstetten	Mario Schöneberg	Bericht

Für mehr Lohn und Mitsprache bei Leiharbeit

Gould-Beschäftigte folgen dem Warnstreik-Aufruf der IG Metall.

EICHSTETTEN. Einen Tag vor der fünften Verhandlungsrunde für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Metallbranche im Südwesten traten am gestrigen Montag rund 50 Mitarbeiter des Eichstetter Kupferfolienherstellers Gould in einen zweistündigen Warnstreik.

6,5 Prozent mehr Lohn, Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretungen beim Einsatz von Leiharbeitern und die unbefristete Übernahme der Auszubildenden sind die Forderungen, die IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Thomas Kandelhardt per Megaphon vor den Werkstoren deutlich machte. Gut 50 der insgesamt 80 Mitarbeiter folgten dem Streikaufruf, eine Notbesetzung blieb aber bei den hochsensiblen Maschinen im Werk zurück, erläuterte der Gould-Betriebsratsvorsitzende Roland Rombach. Insgesamt 150 Mitarbeiter seien in der Firma beschäftigt, so Rombach weiter, davon seien viele Gewerkschaftsmitglieder.

Wie viele genau wollten aber weder der Betriebsratsvorsitzende noch Gewerkschaftssekretär Kandelhardt sagen. Stolz waren beide auf die Streikbereitschaft in der Region. Ob in Freiburg, Waldkirch oder Teningen, immer seien viele Arbeitnehmer der Aufforderung zum Warnstreik seit Beginn des Tarifkonflikts am 30. April gefolgt. Für heute sind weitere Warnstreiks im Raum Lörrach geplant. Mit einem von Trillerpfeifen begleiteten kurzen Marsch vom Gould-Werkstor bis zu einer Gaststätte in Eichstettens Ortsmitte machten die Mitarbeiter auf ihre Forderungen aufmerksam.

Mit drei Prozent wollen sich die Metaller nicht zufrieden geben

Schließlich stehe die Metallwirtschaft nach einem Rekordjahr 2011 immer noch sehr gut da. Daher seien die von den Arbeitgebern angebotenen drei Prozent Lohnerhöhung für 14 Monate nicht akzeptabel, meinte Gewerkschaftssekretär Kandelhardt. Dies würde allein schon von der Inflation aufgefressen, man brauche aber effektiv mehr Geld in der Tasche, auch um die Kaufkraft im Land zu stärken. Und die Betriebsräte müssten beim Einsatz von Leiharbeitern mitreden können, erläutert Kandelhardt. Sonst würden reguläre Arbeitsplätze verloren gehen und günstigere Leiharbeiter ersetzt werden. Auch dass Auszubildende wieder von ihren Betrieben unbefristet übernommen werden, müsse wieder der Normalfall werden, betonte IG-Metall-Jugendsekretär Jürgen Lussi. Schließlich brauche auch die aktuelle junge Generation in Zeiten des sich abzeichnenden Fachkräftemangels eine faire Chance.

Link	http://www.badische-zeitung.de/eichstetten/fuer-mehr-lohn-und-mitsprache-bei-leiharbeit--59425685.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-051	Mi, 16-05-12	Offenburg	hsl	Bericht

TARIFKONFLIKT

Kundgebung der IG Metall: 1000 Beschäftige auf dem Rathausplatz

Rathausplatz ganz in Rot: Die IG Metall erhöht mit einer Großkundgebung in Offenburg den Druck auf die Arbeitgeber.

OFFENBURG (hsl). Rote Fahnen, rote Käppis, rote Trillerpfeifen, rote Regenumhänge: Mit einer Großkundgebung auf dem Offenburger Rathausplatz hat die IG Metall im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie gestern den Druck auf die Arbeitgeber erhöht. Nach Schätzungen der Gewerkschaft waren rund 1000 Beschäftigte aus diversen Betrieben gekommen, um für höhere Löhne, eine Übernahme der Auszubildenden und gegen niedrige Löhne für Leiharbeiter zu demonstrieren. Ahmet Karademir, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Offenburg, war vom großen Ansturm überwältigt: “Das ist in der Region die größte Warnstreikkundgebung seit dem Jahre 2002.” In einem Demozug vom Offenburger Messegelände zogen die Warnstreikenden zu der Großkundgebung in die Innenstadt Die Warnstreikenden machten deutlich, dass sie hinter den Forderungen der IG Metall stehen und falls es bis Pfingsten zu 44e ide Einigung kommt, die Urabstimmung mit einem unbefristeten Arbeitskampf unterstützen.

Auf der Kundgebung forderte Nikolaus Landgraf, Landesvorsitzender des DGB Baden-Württemberg und einer von mehreren Rednern, die Politiker auf, in Sachen Mindestlohn etwas zu tun: “Wo wir gute Tarifverträge nicht durchsetzen können hilft 44e idem allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde.” Der Leiharbeit als “moderner Tagelöhnerei” müssten klare Grenzen gesetzt werden: “Unser Ziel ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.”

Ahmet Karademir, forderte von den Arbeitgebern einen echten Lösungsvorschlag für die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie: “Es müssen belastbare Ergebnisse, vorliegen, sonst werden die Gespräche vor dem möglichen sechsten Verhandlungstermin am 22. Mai abgebrochen.”

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/kundgebung-der-ig-metall-1000-beschaeftige-auf-dem-rathausplatz--59476565.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-052	Mi, 16-05-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

METALLINDUSTRIE

Die Streikgefahr nimmt zu

Beim Metalltarifkonflikt wird vor allem über die Azubi-Übernahmegarantie gestritten.

SINDELFINGEN. Der erste Streik in der Metallindustrie seit 2002 rückt näher. Auch die Hoffnungen auf die Empfehlungen einer Expertengruppe scheinen sich nicht zu erfüllen.

Mit einem Appell der Arbeitgeber an die IG Metall hat die entscheidende fünfte Runde der Metalltarifverhandlungen begonnen. "Es wird darum gehen, ob sich die IG Metall in ihren grundsätzlichen Positionen bewegt", sagte Südwestmetallchef Rainer Dulger am Dienstag in Sindelfingen bei Stuttgart. Im Vordergrund stehen die Forderungen der IG Metall nach unbefristeter Übernahme von Ausgebildeten und nach mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitern.

Die Tarifvertragsparteien haben im traditionellen Pilottarifbezirk die letzte Chance, Lösungen am Verhandlungstisch zu finden und so einen Streik in der Metall- und Elektroindustrie mit ihren 3,6 Millionen Beschäftigten abzuwenden.

Auch IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann verlangte substanzielle Fortschritte bei den qualitativen Themen; diese seien Voraussetzung für weitere Verhandlungen zum Entgelt. Die IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Lohn; die Arbeitgeber

bieten drei Prozent mehr Lohn für 14 Monate. In den Gesprächen werde jetzt geprüft, ob die von beiden Seiten vor einer Woche eingesetzte Expertenkommission "belastbare Brücken" gefunden habe, fügte Hofmann hinzu.

IG Metall verweist auf Ausnahmemöglichkeiten

Die IG Metall argumentiert, mit ihren Ausnahmemöglichkeiten bei der Azubi-Übernahme den Arbeitgebern schon entgegen gekommen zu sein. So sollen die jungen Menschen in der Regel unbefristet übernommen werden; aber bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens, bei Ausbildung über Bedarf und bei personenbedingten Problemen könne davon abgewichen werden. Die Arbeitgeber wollen sich zwar Nachwuchskräfte sichern, lehnen aber jeglichen Zwang – über die bisherige Übernahme für zwölf Monate hinaus – ab.

Die Gewerkschaft will auch die aus ihrer Sicht ausufernde Leiharbeit eindämmen, durch die zunehmend Stammbeschäftigte verdrängt würden. Zudem würden Ausgebildete nicht dauerhaft übernommen, aber als Leiharbeiter wieder in derselben Firma eingestellt, berichtete ein Vertrauensmann der IG Metall. Rund 23 600 Metaller nahmen an Warnstreiks im Südwesten teil, wobei der Schwerpunkt in Friedrichshafen lag mit 10 000 Teilnehmern. Auch in Offenburg gab es eine Großkundgebung. In Freiburg kam es bei Micronas zu einem Warnstreik, in Eichstetten bei Gould.

Dulger betonte, die Unternehmen dürften nach einem Abschluss nicht weniger Ausbildungsplätze anbieten können als heute. In den Expertenvorschlägen gebe es einige Punkte, bei denen sich Annäherung abzeichne, einige, bei denen man aber noch weit auseinanderliege.

Hofmann sagte, falls es Schritte in die richtige Richtung gebe, werde am 22. Mai – ebenfalls in Sindelfingen – weiterverhandelt. Dann werde die Lohnfrage der Schwerpunkt sein. Wenn kein Durchbruch absehbar sei, werde heute die Große Tarifkommission der IG Metall voraussichtlich über einen Arbeitskampf abstimmen, erläuterte Hofmann.

Der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Michael Sommer sagte: "Wir haben das Land nicht aus der Krise geführt, um uns jetzt mit Almosen abspeisen zu lassen."

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/die-streikgefahr-nimmt-zu--59477341.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-053	Mi, 16-05-12	Müllheim	gb	Bericht

Warnstreiks und Auftragsboom bei Neoperl

IG Metall kritisiert Leiharbeit.

MÜLLHEIM (gb). Der Arbeitskampf in der Metallbranche im Südwesten hat Müllheim erreicht. Bei Neoperl gab es gestern in der Frühschicht einen Warnstreik. Nach Angaben der Gewerkschaft haben rund 30 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Laut Thomas Wamsler von der IG Metall Lörrach geht es im Fall von Neoperl vor allem um die Beschäftigung von Leiharbeitern. Er spricht von “Auswüchsen”. In diesem Betrieb werde die Forderung der Gewerkschaft nach mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit deutlich sichtbar. Auf 1,5 Stammbelegschaftsmitglieder komme ein Leiharbeiter.

Geschäftsführer Fabian Wildfang bestätigt, dass Neoperl viele Leiharbeiter beschäftigt. Er betont aber auch, dass sich die Firma zurzeit in einer Ausnahmesituation mit einer ungewöhnlich boomenden Auftragslage befinde. Seit Februar habe das Unternehmen einen Rekordmonat nach dem anderen mit Wachstumsraten von bis zu 30 Prozent gegenüber normalen Zeiten. Um die Position als Marktführer in einer Marktnische zu halten – Neoperl entwickelt Produkte für die Sanitärarmaturenindustrie, die den Wasserstrahl formen und die Durchflussmenge regeln – habe die Firma gar keine andere Möglichkeit, als die Kundenaufträge anzunehmen und zu erfüllen. Nur mit der Stammbelegschaft sei das nicht

möglich. Wildfang selbst spricht von “abenteuerlichen Bedingungen”, die auf Dauer gar nicht durchzuhalten seien. So müssen in der Schlauchproduktion einfache Arbeitsgänge und das Verpacken von Hand vorgenommen werden, bis die bestellten Maschinen geliefert werden können.

Das Unternehmen Neoperl ist rasant gewachsen, von 200 auf 420 Mitarbeiter. An die 100 davon, so der Geschäftsführer, hätten als Zeitarbeiter begonnen und seien in den in den letzten drei Jahren übernommen worden. Wildfang räumt ein, dass Leiharbeiter der unternehmerischen Flexibilität nützen, betont aber zugleich, dass sie entsprechend einer Betriebsvereinbarung ab dem sechsten Beschäftigungsmonat das gleiche Geld wie die Stammbelegschaft erhielten und auch andere Vergünstigungen. Er hoffe, so Fabian Wildfang, dass bei der gewerkschaftlichen Betrachtung das Augenmaß und die gerechte Perspektive nicht verlorengehe.

Link	http://www.badische-zeitung.de/muellheim/warnstreiks-und-auftragsboom-bei-neoperl--59469530.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-054	Fr, 18-05-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

Neue Runde im Tarifkonflikt

Die Metall-Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

SINDELFINGEN (dpa). Im Metall-Tarifkonflikt wollen Arbeitgeber und Gewerkschaft heute, Freitag, um eine Lösung ringen und so den ersten großen Streik in Deutschlands Schlüsselindustrie seit zehn Jahren in letzter Minute abwenden. Die Zeit wird langsam knapp: Sollte es bei den Verhandlungen im möglichen Pilotbezirk Baden-Württemberg zu keiner Einigung kommen, will die IG Metall das Scheitern der Gespräche erklären. "Wir sind noch immer in einer Phase, an deren Ende womöglich doch noch über eine Urabstimmung und unbefristeten Arbeitskampf entschieden werden muss", sagte Baden-Württembergs IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann am Mittwoch.

Am Mittwoch waren die Tarifgespräche in Sindelfingen nach fast 20 Stunden Marathonverhandlung ohne wegweisende Annäherung zu Ende gegangen, wie Hofmann erklärte. Laut Mitteilung gab es zwar Fortschritte bei den großen Streitthemen unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und Leiharbeit. Hofmann sagte, es seien aber noch einige dicke Brocken aus dem Weg zu räumen.

Aus Sicht des Arbeitgeberverbandes ist eine friedliche Einigung in greifbare Nähe gerückt. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Südwestmetall-Chef Rainer Dulger, sagte, in einigen Punkten seien Annäherungen erzielt worden.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/neue-runde-im-tarifkonflikt--59578556.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-055	19-05-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

Verhandlungen bis in die Nacht

Ringen bei Metall-Tarifrunde.

SINDELFINGEN (dpa). Die heftig umstrittene Leiharbeit entwickelt sich in der heißen Phase der Metall-Tarifverhandlungen zum zentralen Knackpunkt. Während der entscheidenden fünften Gesprächsrunde am Freitag im möglichen Pilotbezirk Baden-Württemberg zeigte sich deutlich, dass die Gräben bei diesem Thema am tiefsten sind. Bei der Forderung nach einer unbefristeten Übernahme für fertig ausgelernte Lehrlinge gab es dagegen erste spürbare Annäherungen. Vor Redaktionsschluss lief alles auf eine neue nächtliche Marathonsitzung hinaus. Sollten sich die

Tarifparteien in dieser Runde nicht merklich annähern, droht in der Schlüsselbranche der erste groß angelegte Arbeitskampf seit 2002.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/verhandlungen-bis-in-die-nacht--59615033.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-056	So, 20-05-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

TARIFABSCHLUSS

Tarifkonflikt beendet – Metaller erhalten 4,3 Prozent mehr Geld

Gut 4 Prozent mehr Geld, mehr Arbeitnehmereinfluss auf Leiharbeit und Azubi-Übernahme: Der Metall-Tarifstreit im Südwesten ist beendet. Der Abschluss soll bundesweit gelten. Ein Streik in der Schlüsselbranche ist damit abgewendet – und die Erleichterung groß.

Nach einer Marathonsitzung haben die Metaller im Südwesten ein kräftiges Lohnplus erstritten und damit die Weichen für ein Ende des bundesweit schwelenden Tarifkonflikts gestellt. Die Gewerkschaft IG Metall und die Arbeitgeber einigten sich am Samstagmorgen in Sindelfingen auf ein Einkommensplus von 4,3 Prozent sowie Verbesserungen für Leiharbeiter und Auszubildende.

Die Einigung im traditionellen Pilotbezirk Baden-Württemberg soll auf Empfehlung der beiden Tarifparteien bundesweit übernommen werden. Mit dem Abschluss ist die Gefahr des ersten groß angelegten Streiks in der Schlüsselbranche seit zehn Jahren gebannt.

Der in Baden-Württemberg erzielte Abschluss sieht vor, dass die rund 800.000 Beschäftigten im Südwesten eine Einkommenserhöhung von 4,3 Prozent erhalten. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit von 13 Monaten und greift erst von Mai an – der April ist ein Nullmonat ohne Erhöhung. "Mit dem Abschluss ist die Grenze der Belastbarkeit der Betriebe erreicht", sagte Südwestmetall-Chef Rainer Dulger.

IG-Metall-Chef Berthold Huber hielt dagegen: "Wir haben damit insgesamt die Inflationsrate deutlich überschritten. Wir haben immer gesagt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden sollten." Ursprünglich hatte die Gewerkschaft 6,5 Prozent mehr Geld gefordert bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Arbeitgeber boten für 14 Monate 3 Prozent mehr Geld.

Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser erklärte nach dem Durchbruch in Sindelfingen, dass sich lediglich der Tarifbezirk Sachsen bei der Abstimmung am Morgen enthalten habe. Der dortige Landesverband will den Abschluss nach Angaben einer Sprecherin aber ungeachtet dieses Votums mittragen. Die Gewerkschaft empfahl einstimmig, die Einigung deutschlandweit zu übernehmen. In der deutschen Schlüsselindustrie arbeiten insgesamt rund 3,6 Millionen Menschen.
Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt erklärte, die Einigung werde der aktuellen Situation der Branche in vollem Umfang gerecht. Allerdings gehe die beschlossene Tarifanhebung für viele Unternehmen an die Belastungsgrenze. "4,3 Prozent ist ein Scheck auf die Zukunft", hieß es auch beim Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Es sei aber ein Abschluss, mit dem ein Großteil der Unternehmen leben könne.
IG-Metall-Bezirkschef Jörg Hofmann betonte, dass der Kompromiss auch neue Regelungen zur Gestaltung der Leiharbeit enthalte sowie die prinzipiell unbefristete Übernahme aller Lehrlinge festschreibe. An diesen Punkten musste die Gewerkschaft kräftig Federn lassen.

Bei der Leiharbeit sollen die Betriebsräte künftig zwar mehr Macht erhalten – der Kompromiss blieb aber weit hinter den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft zurück. So solle zwar stärker als bisher geregelt werden, dass Leiharbeit nicht zur Selbstverständlichkeit werde, berichtete Huber. Einheitliche und für alle Betriebe geltende Regeln fehlen dabei jedoch meist. Nun sollen die Betriebsräte Schritt für Schritt individuelle Vereinbarungen in den Unternehmen einführen.
Gesamtmetall-Chef Kannegiesser sagte: "In den ersten zwei Jahren kann weiterhin jeder Betrieb selbst entscheiden, ob und wie er Zeitarbeitnehmer einsetzen möchte." Leiharbeiter, die länger als zwei Jahre beim selben Unternehmen arbeiten, müssten ein Übernahmeangebot erhalten. Jedoch arbeitet die Mehrheit der Leiharbeiter nach Arbeitgeberangaben bundesweit keine zwölf Monate im selben Betrieb – die Zweijahresregel liegt also weit entfernt. Wäre es nach der IG Metall gegangen, hätte diese Regelung mit ihren relativ langen Fristen nicht so großzügig ausfallen dürfen. Jetzt muss die Gewerkschaft ganz auf die Kraft der jeweiligen Betriebsräte setzen.

Für den Nachwuchs gilt der Grundsatz, dass die Lehrlinge nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung einen unbefristeten Arbeitsvertrag angeboten bekommen. Jedoch gibt es Hintertürchen: So sind Ausnahmen möglich, wenn die persönliche Eignung des Azubis zu wünschen lässt oder im Betrieb "akute Beschäftigungsprobleme" herrschen, etwa wegen einer längeren Auftragsflaute. Zudem legt die Chefetage ohne Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte den Bedarf fest, nach dem sich letztendlich die Zahl der Übernahmen ausrichtet.
Ferner einigten sich die Tarifparteien im Südwesten auf ein spezielles Förderprogramm für junge Menschen, die schlechte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein angelernter Arbeiter ohne Ausbildung monatlich gut 80 Euro brutto mehr bekommt und ein junger Facharbeiter gut 110 Euro. An der Spitze bei den Akademikern mit viel Berufserfahrung – etwa Ingenieuren – sind es gut 200 Euro.
Bis zum Durchbruch am frühen Samstagmorgen hatten die beiden Seiten rund 18 Stunden lang gerungen. Formal muss der Abschluss in den nächsten Tagen noch von den obersten Entscheidungsgremien beider Seiten im Südwesten gebilligt werden. In den übrigen Tarifbezirken müssen nun die dortigen Tarifparteien entscheiden, ob sie die Empfehlungen umsetzen. Viele Bezirke signalisierten bereits Zustimmung.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/tarifkonflikt-beendet-metaller-erhalten-4-3-prozent-mehr-geld-x1x--59639573.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-057	Mo, 21-05-12	Wirtschaft	Heiko Lossie	Bericht

VERHANDLUNGEN

IG Metall macht viele Zugeständnisse

Der Tarifkonflikt in der Metallindustrie ist ausgestanden / Doch von Euphorie ist auf Gewerkschaftsseite nichts zu spüren.

SiNDELFINGEN. IG-Metall-Bezirksboss Jörg Hofmann hatte anfangs die "Dreieinigkeit der Forderungen" beschworen – doch am Ende mussten seine Metaller im Ringen mit den Arbeitgebern viele Zugeständnisse machen. Sie weisen aber entschieden zurück, nur zweiter Sieger zu sein.

Bei genauer Betrachtung steht noch nicht mal eine Vier vor dem Komma, und auch bei den Themen Leiharbeit und Azubis hat sich die IG Metall ein blaues Auge geholt. Die Bilanz ihres Abschlusses im traditionellen Pilotbezirk Baden-Württemberg ist durchwachsen. Selbst in der offiziellen Pressemitteilung nach dem Durchbruch vom Samstag räumen die

Metaller ein, dass vor allem beim Zankapfel Leiharbeit mehr drin gewesen wäre. Es scheint ganz so, als habe sich die mitgliederstärkste deutsche Arbeitnehmerorganisation mit ihrem Kampf an den drei Fronten zu viel vorgenommen und es am Ende keinem so richtig Recht gemacht.
Entsprechend verhalten fielen die ersten Reaktionen im Internet aus. "Faule Kompromisse" wetterten die einen beispielsweise auf der IG-Metall-Seite im Netz. "Klingt nicht schlecht", lobten andere zurückhaltend. Von Euphorie war in der Summe fast keine Spur.

Das ließ sich auch an den Mienen der Gewerkschaftsbosse Berthold Huber und Bezirksleiter Jörg Hofmann ablesen, als sie am Morgen nach dem 18-stündigen Verhandlungsmarathon vor die Presse traten. Sie wirkten zwar gelöst – Freude war ihnen aber nicht anzumerken. Für gewöhnlich wissen beide Seiten den Abschluss für sich als Erfolg auf ganzer Linie darzustellen. Doch in Hubers Stellungnahme mischten sich auch andere Töne, zum Beispiel beim Thema Leiharbeit.

"Die Fortschritte hier hätten dennoch deutlicher ausfallen können", merkte er an. "Tarifverhandlungen sind kein Wunschkonzert." Zwar bleibe eine Menge Halbgelöstes und Unerreichtes auf der Agenda. Aber fest stehe: "Wir haben einen tragfähigen Kompromiss erreicht."

Wäre es nach der Gewerkschaft gegangen, hätten den Arbeitgebern bei der Leiharbeit künftig echte Daumenschrauben angelegt werden sollen. So hätten laut ursprünglichem Plan der IG Metall die Betriebsräte bei Umfang, Konditionen und Einsatzart mitbestimmen müssen. Doch nun ändert sich nicht viel. Die Betriebsräte sollen individuelle Regeln ausarbeiten – verbindliche Vorgaben für alle fehlen weitgehend.

Daher steht und fällt das Thema nun je nach Unternehmen und der dortigen Stärke der Arbeitnehmervertretung. Selbst eine der wenigen fixen Regeln erweist sich als zahnloser Tiger: Arbeitet ein Leiharbeiter zwei Jahre im selben Betrieb, muss er dort ein Angebot für eine feste Stelle erhalten. Die Schwierigkeit bei der Sache : Die Mehrheit der Leiharbeiter komme im bundesweiten Schnitt nicht einmal auf ein Jahr Beschäftigungszeit am Stück, rechnete ein Arbeitgebersprecher vor.
Auch wenn die Kann- statt Muss-Regelungen in dem Kompromiss klar überwiegen, wertet die Gewerkschaft den Abschluss an diesem Punkt als einen eindeutigen Schritt in die richtige Richtung. Erstmals hätten die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung bei der Leiharbeit aufgegeben und sich auf Rahmenbedingungen einlassen müssen.

Auch beim Streitthema unbefristete Azubiübernahme haben sich die Arbeitgeber große Freiräume gewahrt. So spricht die Gewerkschaft zwar vom Regelfall des unbefristeten Übernahmevertrages – doch die Liste möglicher Einschränkungen und Hintertürchen ist lang. So müssen die Betriebe künftig durchaus den Lehrlingen Angebote zur Übernahme ohne Befristung machen, doch nur zum dann aktuellen Bedarf. Das System atmet also, wie es sich die Arbeitgeber wünschen, und die Garantie für die Ausgebildeten ist damit relativ.
Ein Gewerkschaftssprecher wies am Wochenende darauf hin, dass die Gegenseite ihre anfängliche Verweigerungshaltung habe aufgeben müssen. "Man muss das doch vom Ausgangspunkt her betrachten, und dann ist es ein großer Erfolg und kein Federnlassen. Da würde sich der Spieß eher umdrehen lassen." Zudem sei die Lohnsteigerung die höchste seit 1992.
Doch auch beim Thema Entgelt sieht es auf den zweiten Blick nicht mehr ganz so rosig aus. Angetreten mit einer Forderung von 6,5 Prozent mehr Einkommen für 12 Monate, landete die Einigung bei 4,3 Prozent für 13 Monate. Streng genommen bedeutet das auf ein Jahr gerechnet, dass das im Vorfeld oftmals geforderte Minimalziel einer Vier vorm Komma sogar haarscharf verfehlt wurde und nur mit Aufrunden zustande kommt. Einer der ernüchterten Kommentare auf

der Facebook-Seite der Metall-Gewerkschaft "Wenn Inflation abgezogen wird, bleibt nicht viel übrig."

DER ABSCHLUSS: Das Lohnplus (Infokasten)

Die Tarifbeschäftigten aus der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg erhalten 4,3 Prozent Einkommensplus. Darauf einigten sich die IG Metall und die Arbeitgeber von Südwestmetall am Samstagmorgen in Sindelfingen. Der Pilotabschluss soll in ganz Deutschland übernommen werden. Hier einige Rechenbeispiele zu den 4,3 Prozent: Basis ist die aktuelle Entgelttabelle aus Baden-Württemberg, die von 1924 Euro Monatsbrutto bis zu 4848,50 Euro reicht. Auch das sogenannte Eckentgelt von 2600 Euro wird aufgeführt – es gilt als Einstiegsgehalt für Facharbeiter, also die ausgelernten Fachkräfte. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein angelernter Arbeiter ohne Ausbildung monatlich gut 80 Euro brutto mehr bekommt und ein junger Facharbeiter gut 110 Euro. An der Spitze bei den Akademikern mit viel Berufserfahrung – etwa bei Ingenieuren – sind es gut 200 Euro, die der Tarifabschluss vom Wochenende bringt.

REAKTIONEN: "FAIRER KOMPROMISS" (Infokasten)

"Mit dem Abschluss ist die Grenze der Belastbarkeit der Betriebe erreicht."
Südwestmetall-Chef Rainer Dulger, der für die Arbeitgeber die Verhandlungen im Pilotbezirk Baden-Württemberg führte.
"Der Tarifkonflikt ist über einen fairen Kompromiss, nicht über einen Streik beigelegt worden. Das ist erfreulich. Dass sich die Tarifpartner über die Azubiübernahme geeinigt haben und zudem schwächeren Jugendlichen eine Chance auf eine Ausbildung geben, ist ein wichtiges Signal für unsere Anstrengungen zur Fachkräftesicherung."
Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD)
"Das ist natürlich ein guter Abschluss. Er ist für beide Seiten fair. Wichtig ist es für uns aber auch, dass das Ergebnis relativ zeitnah erzielt wurde." Ein Sprecher des Stuttgarter Automobilbauers Porsche.

Link	

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-058	Di, 22-05-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

TARIFKONFLIKT

Kein Friede bei der Leiharbeit

IG Metall will weiter für eine Besserstellung entliehener Arbeitnehmer kämpfen.

SINDELFINGEN/FRANKFURT (dpa). Nach dem Schlusspfiff im Tarifkonflikt der Südwest-Metaller kündigt Bezirksleiter Jörg Hofmann beim Streitthema Leiharbeit schon eine Verlängerung an. Das Ringen mit den Arbeitgebern um mehr Regeln für entliehene Arbeiter habe schließlich gerade erst begonnen. "Wir haben mit dem Ergebnis keinen Frieden mit der Leiharbeit gemacht", kündigte Hofmann am Montag in Sindelfingen an.

Der regionale Gewerkschaftsboss räumte ein, dass die Gewerkschaft für den Verhandlungskompromiss ein großes Stück von ihren Ursprungsforderungen abrücken musste. "Das gilt besonders bei der Leiharbeit." Doch als Gesamtpaket sei der Abschluss ein Erfolg. Das zeige sich auch an der Zustimmung des obersten Gewerkschaftsgremiums, der Großen Tarifkommission. Diese sei "selten so deutlich" ausgefallen.

Hofmanns Bewertung zur Leiharbeit steht damit im Widerspruch zu den Arbeitgebern. So hatte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser am Wochenende erklärt, dass der Abschluss zusammen mit den parallel laufenden Verhandlungen um eine bessere Bezahlung in der Leiharbeitsbranche das Streitthema endlich befrieden müsse. "Nicht nur zwischen den Tarifparteien, sondern auch auf der politischen Ebene", forderte Kannegiesser in seiner Bilanz. Dem setzte Hofmann entgegen, dass die Basis für mehr Regeln nun erst geschaffen sei: "Wir haben bei der Leiharbeit jetzt einen breiten Fuß in der Türe." So stünden nun erstmals Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Leiharbeit fest, mit denen Arbeitsgerichte

eine Handhabe hätten.

Jetzt wird über die Bezahlung der Leiharbeiter verhandelt

Am Montagabend liefen die während der nun beendeten Metall-Tarifrunde ausgesetzten Gespräche mit den Zeitarbeitsfirmen wieder an. Dabei will die IG Metall pauschale Zuschläge zu den dort geltenden Tarifkonditionen durchsetzen, falls die Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie zum Einsatz kommen. So sollen die teils großen Einkommensunterschiede der Leiharbeiter in der Branche schmelzen. Die Gewerkschaft verhandelt für das gesamte Bundesgebiet mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ. Umstritten ist die Zahl der Begünstigten: Während die IG Metall von rund 300 000 Leiharbeitern in der Industriesparte ausgeht, nennt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall rund 240 000.

Mit der Einigung in Baden-Württemberg setzte die IG Metall neben mehr Mitbestimmung der Betriebsräte bei der umstrittenen Leiharbeit auch durch, dass für Ausgebildete die unbefristete Übernahme zum Regelfall wird. Bisher war nur eine Übernahme für ein Jahr sicher. Hofmann zufolge erhält aber schon heute jeder zweite Ausgebildete sofort eine unbefristete Übernahme, ein weiteres Viertel dann nach einem Jahr. Nur rund jeder Vierte Azubi werde nicht übernommen oder entscheide sich nach der Lehre für eine Weiterbildung.

Bei der Lohnzahl boxte die Gewerkschaft mit 4,3 Prozent Plus das größte Einkommensplus seit rund 20 Jahren durch. Der Abschluss vom Wochenende soll aller Wahrscheinlichkeit nach bundesweit übernommen werden. Beide Tarifparteien haben das ihren regionalen Verhandlungskommissionen bereits empfohlen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/kein-friede-bei-der-leiharbeit--59714455.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-059	Fr, 23-05-12	Wirtschaft	Ronny Gert Bürckholdt	Bericht

DRUCK AUF ARBEITGEBER

Die IG Metall verschärft Kampagne gegen Leiharbeit

Die Gewerkschaft IG Metall mobilisiert in Betrieben, am Verhandlungstisch, vor Gericht und auf schwarzen Listen, sich gegen Leiharbeit zu stellen. Die Arbeitgeber fühlen sich zu Unrecht attackiert

FREIBURG/TENINGEN. In den Augen der Gewerkschaft ist die Sache klar: Leiharbeit sei Ausbeutung. Die Firmen nutzen sie demnach vorwiegend, um reguläre, besser entlohnte Stellen zu verdrängen. Wenn die Politik die Leiharbeit nicht zurückdränge, müssten dies eben die Arbeitnehmervertreter selbst tun. Seit Monaten fährt die IG Metall eine Kampagne gegen die Leiharbeit. Nun, da das Thema die laufende Tarifrunde mitprägt, verstärken die Arbeitnehmer den Druck.

Sie ziehen vor Arbeitsgerichte. Jüngst unterlagen sie mit Klagen gegen den Einsatz von Leiharbeitern bei BMW in Leipzig und der Lufthansa in Frankfurt. Dennoch: Das Thema war in den Nachrichten. Am Donnerstag ging es vor dem Arbeitsgericht Freiburg um den Einsatz von Leiharbeitern beim Teninger Industriebetrieb Frako, der 130 Menschen beschäftigt. Der Vorwurf der Gewerkschaft: "Leiharbeit wird bei Festarbeitsplätzen eingesetzt, um tarifliche Standards zu unterlaufen und mitbestimmungsfreie Zonen zu errichten. Die Belegschaft wird in zwei Klassen gespalten." Das Unternehmen bestreitet, dass reguläre Arbeitsplätze von Leiharbeit verdrängt werden. Der Betrieb verweist darauf, zahlreiche Leiharbeiter fest übernommen zu haben.

Betriebsräte und Gewerkschaften stießen sich bei Frako besonders daran, dass ein Leiharbeiter ins Unternehmen geholt wurde, obwohl dort mehrere andere Beschäftigte befristet arbeiten und auch Ausgelernte nur befristet übernommen

wurden. Zudem sei die Stelle des Leiharbeiters nicht ausgeschrieben worden und auch nicht der Arbeitsagentur gemeldet. Draußen vor dem Arbeitsgericht schwenkten Betriebsräte rote Fahnen, drinnen zeigten 50 von ihnen Solidarität durch Anwesenheit. Es fehlten 20 Stühle. Die Richterin ermahnte die Gewerkschafter, ihr zahlreiches Erscheinen das nächste Mal anzukündigen. Dann könne sie einen größeren Sitzungssaal organisieren. Nicht nur Vertreter des Arbeitgebers äußerten in der Sitzungspause den Verdacht, hier gehe es nicht nur um Frako, sondern prinzipiell um die Leiharbeit. Marco Sprengler von der IG Metall widersprach nicht: "Wir wollen das Thema Leiharbeit stärker in die Öffentlichkeit bringen." Nach anderthalb Stunden Verhandlung schlug die Richterin einen Vergleich vor: Der Betrieb schreibt künftig alle offenen Stellen intern aus und meldet sie der Arbeitsagentur, der Leiharbeiter wird für fünf Monate befristet angestellt. Falls beide Parteien zustimmen, ist der Streit bei Frako vielleicht geschlichtet, der um die Leiharbeit als solche noch lange nicht.

Gestärkt durch steigende Mitgliederzahlen versucht die IG Metall, die Arbeitgeber einzeln dazu zu bringen, schriftlich zu erklären, keine Leiharbeiter mehr einzusetzen. Parallel fordert sie in der laufenden Tarifrunde, die am Donnerstag erneut ergebnislos vertagt wurden, mehr Macht für Betriebsräte. Sie sollen ein Vetorecht bekommen, um den Einsatz von Leiharbeitern ablehnen zu können.

Aber die Gewerkschaft setzt nicht nur auf Verhandlungen. Gleichzeitig skandalisiert sie auf einer schwarzen Liste Betriebe im Südwesten, die nach ihrer Darstellung mehr als zehn Prozent Leiharbeiter einsetzen. Auf der Liste finden sich Frako und 82 andere Firmen. An den Pranger gestellt zu werden, hat "im Arbeitgeberlager eine gewisse Empörung ausgelöst", sagt Stephan Wilcken, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Freiburg. Leiharbeit sei nicht verwerflich. Das "Schwarzbuch Leiharbeit" verwende zum Teil alte Zahlen und "fragt nicht nach den Realitäten in den Betrieben". Beim Lörracher Autozulieferer Raymond sind laut Schwarzbuch von 1380 Mitarbeitern 218 Leiharbeiter – 16 Prozent. "Diese Zahl stimmte im letzten Sommer", sagt Wilcken. Aber: "Raymond ging damals davon aus, dass die Autobauer Betriebsferien machen, und gab seinen Beschäftigten auch frei. Als die Autobauer ihre Betriebsferien strichen, holte Raymond Leiharbeiter, damit die Beschäftigten ihren Urlaub nicht absagen müssen. Es wurde kein Arbeitsplatz verdrängt." Das könne man nicht zum Skandal erklären.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/die-ig-metall-verschaerft-kampagne-gegen-leiharbeit--57325954.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-060	23-05-12	Offenburg	Gertrude Siefke	Bericht

Lohndumping wird klar verurteilt

Leiharbeit soll zeitlich begrenzt sein und fair bezahlt werden, so das Fazit einer Podiumsdiskussion auf Einladung der Grünen.

OFFENBURG. Bei einer von den Offenburger Grünen angeregten Diskussion über Leiharbeit haben sich die wenigsten Teilnehmer grundsätzlich gegen Personalleasing ausgesprochen. Es dürfe allerdings nicht zu Lohndumping führen und müsse zeitlich begrenzt sein, so der Tenor der Veranstaltung. Die Politik sei gefordert, hier eine entsprechende Weichenstellung vorzunehmen.

Mit einem offenen Brief an örtliche Unternehmen im April dieses Jahres haben die Offenburger Grünen das Thema Leiharbeit aufgegriffen. Erfahrungsberichte von Betroffenen hätten nachdenklich gestimmt und zum Handeln angeregt, ging Grünen-Stadtrat und Moderator Stefan Böhm auf die Entstehungsgeschichte ein. Mit der Firma Elektro-Schneider habe aber lediglich ein Betrieb auf das Schreiben der Grünen reagiert. In einem zweiten Schritt wurde ein Infostand organisiert; auf ihn folgte die Einladung zum Gesprächsabend am Montag, der rund 40 Interessierte ins Familienzentrum

am Mühlbach gefolgt sind. Böhm: "Wir wollen die Sichtweise schärfen, die Ergebnisse an die grünen Bundestagsabgeordneten weitergeben und auf örtlicher Ebene thematisieren."

Für die Geschäftsführerin der Zeitarbeitsfirma Acrobat, Silvia Selinger, steht fest: "Wenn die Mitarbeiter richtig und fair behandelt und bezahlt werden, ist das eine tolle Sache." Selinger, seit 1995 in der Branche und inzwischen Bezirkssprecherin, ging auf die eigene betriebliche Altersversorgung ein und das Ausbildungsmodell, das es bei Acrobat seit 2004 gibt: "Konzernleihe hat mit Leiharbeit nichts zu tun." Viele Leiharbeiter hätten keine Ausbildung, seien schon älter und müssten oft an die Hand genommen werden: Ohne dieses Beschäftigungsangebot würden viele von ihnen arbeitslos bleiben.

Der Betriebsratsvorsitzende von Hansgrohe, Stefan Krischak, wertete die Leiharbeit als Symptom einer fehlgeleiteten Politik, wobei das Problem nicht die Leiharbeit sei, sondern der fehlende Mindestlohn in Deutschland. Es könne nicht angehen, dass Menschen arbeiten und obendrauf staatlichen Zuschuss erhalten, um über die Runden zu kommen: "Das ist Firmensubventionierung." Krischak plädierte für die Schaffung eines staatlichen Fonds für diejenigen Unternehmen, die Leiharbeiter in Festanstellung übernehmen. Das Geld soll zweckgebunden in die Qualifizierung der neuen Mitarbeiter investiert werden.

Auch Hanspeter Gottung vom Betriebsrat der Firma Burda sprach sich für einen Mindestlohn aus. Erhielten fünf Millionen Menschen in Deutschland 8,50 Euro pro Stunde, würde der Staat 14,7 Milliarden Euro Mehreinnahmen verbuchen, da die Einkommenssteuereinnahmen steigen, der Konsum angekurbelt und die Sozialleistungen sinken würden.

Franz Feger von der katholischen Arbeitnehmerpastoral plädierte ebenfalls für einen Mindestlohn. Leiharbeiter, die den ganzen Tag arbeiten, dürften nicht noch Unterstützung von der Volksgemeinschaft benötigen: "Das Gehalt muss reichen, um eine Familie ernähren zu können."

Für den verhinderten Stefan Zillgith, Geschäftsführer der Kronen GmbH in Kehl und Oberkirch, sprang kurzerhand Alfred Baum ein: Der Vorsitzende der Kreisgrünen sprach als Inhaber eines Baugeschäfts in Renchen. Er habe erst im April "Knall auf Fall" einen großen Auftrag erhalten, den er innerhalb von drei Monaten zu erledigen hatte. Baum wertete die Zeitarbeit als "sehr gutes Mittel, um Spitzen abzufangen". Ohne diese Möglichkeit hätte er den Auftrag ablehnen müssen.

Immer wieder wurde der Ruf nach einem Einschreiten der Politik laut: Die Länge der Leiharbeit müsse begrenzt werden, nach einer bestimmten Zeit müssten die Unternehmen die Leute übernehmen. Zudem sollten die Leiharbeiter nach einer Einarbeitungszeit wie ihre festangestellten Kollegen bezahlt werden – Stichwort "equal pay". Angeprangert wurde der "Drehtüreffekt": Menschen werden entlassen und auf Leiharbeitsbasis wieder eingestellt. Ein Zuhörer gab zu bedenken, dass sich Leiharbeiter in der Regel nicht an den Betriebsrat wenden können und aus Angst vor dem Jobverlust auch nicht auf die Straße gehen, um für bessere Bedingungen zu kämpfen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/offenburg/lohndumping-wird-klar-verurteilt--59755445.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-061	23-05-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

Mehr Geld für Leiharbeiter

In der Metallindustrie bekommen sie von Herbst an Zuschläge, wenn sie länger im Betrieb sind.

FRANKFURT (dpa). Erstmals gibt es in der deutschen Tarifgeschichte pauschale Zuschläge für Leiharbeiter. Obwohl sie das Gehaltsniveau der Stammbelegschaften nicht ganz erreichen, haben lang beschäftigte Leiharbeiter bald deutlich mehr Geld in der Tasche.

Von November an bekommen Leiharbeiter in der Metallindustrie Zuschläge, wenn sie länger als sechs Wochen an einen Betrieb ausgeliehen sind. Die IG Metall und zwei Arbeitgeberverbände der Zeitarbeit (IGZ und BAP) einigten sich in der Nacht zum Dienstag in Frankfurt auf einen entsprechenden Stufenplan. Dieser sichert den mindestens 240 000 Leiharbeitern gestaffelte Zuschläge auf ihren Tariflohn.

Mit dem bislang beispiellosen Tarifwerk wird zwar ein Teil der Lohnlücke im Vergleich zu den Stammbelegschaften geschlossen, das Niveau der Festangestellten wird aber auch mit dem Höchstsatz in der untersten Lohngruppe nicht erreicht. Weitere Zuschläge bis hin zur Gleichbezahlung können auf betrieblicher Ebene vereinbart werden.

Der Tarifvertrag soll als Muster für andere Branchen gelten. Man sei mit den Schwestergewerkschaften im engen Kontakt, sagte die IG-Metall-Verhandlungsführerin Helga Schwitzer. "Die Kollegen aus der Chemie werden sicherlich die ersten sein." Mit den Branchenzuschlägen werde die Leiharbeit auf ihre ursprüngliche Funktion zurückgeführt und bleibe als flexibles Instrument erhalten.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verlangte eine schnelle Übertragung des Musters auf alle Branchen, die Zeitarbeit nutzen. Ihr Ministerium werde den Prozess begleiten und prüfen, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf entstehe. Den mahnte die IG Metall umgehend an: So müsse das Synchronisationsverbot wieder eingeführt und die Entleihdauer der Beschäftigten begrenzt werden, verlangte Schwitzer. Das Synchronisationsverbot untersagte, Arbeitsverträge für Zeitarbeitnehmer zeitlich mit der Dauer des bevorstehenden Einsatzes zu synchronisieren. Es wurde 2004 vollständig aufgehoben.

"Dieser Abschluss wird zu einer deutlichen Verteuerung der Zeitarbeit führen", erklärte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser. Das werde Folgen für den Arbeitsmarkt haben. Vor allem Geringqualifizierte würden sich künftig bei der Jobsuche schwerer tun, erwartet BAP-Verhandlungsführer Thomas Bäumer.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt bezeichnete die Stufenlösung als richtigen Weg zur Gleichbezahlung (Equal Pay) unter Berücksichtigung der Einarbeitungszeiten. Dies sei im Durchschnitt nach neun Monaten Einsatz im gleichen Betrieb erreicht. Das tarifliche Niveau der Zeitarbeit werde zwar erheblich verteuert. "Dennoch bin ich überzeugt, dass die Zeitarbeit für die Betriebe und den Arbeitsmarkt weiterhin erhebliche Bedeutung haben wird", sagte Hundt.

Zuschläge für Leiharbeiter

Auf die Tariflöhne der Zeitarbeiter werden vom 1. November an in der Metallindustrie Zulagen gezahlt bei ununterbrochener Tätigkeit im Entleihunternehmen.

1. Stufe: nach sechs Wochen 15 Prozent
2. Stufe: nach drei Monaten 20 Prozent
3. Stufe: nach fünf Monaten 30 Prozent

4. Stufe: nach sieben Monaten 45 Prozent

5. Stufe: nach neun Monaten 50 Prozent.

Als Berechnungsgrundlage dienen die Grundgehälter der Tarifverträge der Zeitarbeitsverbände BAP und IGZ mit dem DGB. Bei 50 Prozent Zuschlag bekommen Ungelernte 621 Euro, Ingenieure 1380 Euro.

Beispiel: In der niedrigsten Entgeltgruppe 1 erhält ein ungelernter Leiharbeiter in der Metallindustrie vom 1. November 2012 an im Westen 1242,18 Euro. Mit der vollen Zulage kommt er nach neun Monaten auf 1863,27 Euro. Die unterste Lohngruppe im Metalltarifvertrag Baden-Württemberg sieht nach dem jüngsten Tarifabschluss ein Grundgehalt von 2007 Euro vor.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/mehr-geld-fuer-leiharbeiter--59762377.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-062	26-05-12	Leserbriefe	LeserIn	Leserbrief

LEIHARBEITER

Wenn man sie einsparen kann, spart man sie ein

Zu: "Mehr Geld für Leiharbeiter", Agenturbeitrag (Wirtschaft, 23. Mai):

Als Unternehmensberater stellt sich mir fast immer das gleiche Bild von relativ gut gehenden Unternehmen, deren Effizienz schwach und deren Fehlerrate hoch ist. Ein Hauptgrund dafür ist eine viel zu hohe Leiharbeiterquote von 40 bis 60 Prozent, also weit mehr als das Unternehmen zum Atmen bräuchte. Die Folge ist eine kurze Betriebszugehörigkeit und damit schwache Qualifizierung am Arbeitsplatz.

Meist herrscht sogar in den Betrieben Uneinigkeit: Die Produktionsverantwortlichen wollen qualifizierte Mitarbeiter, die Einkäufer billige. Am Ende ist es egal, was ein Leiharbeiter kostet. Wenn die Produktion 30 braucht, bekommt sie 30 und nicht 28, weil etwa die Leiharbeiterlöhne zu hoch sind. Und wenn man sie einsparen kann, spart man sie ein, auch wenn sie nur die Hälfte kosten. Über weiche Faktoren wie Motivation, Unternehmensidentifikation der Leiharbeiter und Unternehmensethik möchte ich gar nicht sprechen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/leserbriefe-68/wenn-man-sie-einsparen-kann-spart-man-sie-ein--59946523.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-063	28-05-12	Wirtschaft	Dominik Bloedner	Interview

FREIBURG

Pfizer-Werksleiter: "Keine kalten Füße wegen Lipitor"

Ein Cholesterinsenker ist der Verkaufsschlager des Pharmakonzerns Pfizer – doch nun läuft der Patentschutz für das Medikament ab. Mit welchen Folgen? Ein Interview mit dem Freiburger Werksleiter Axel Glatz.

FREIBURG. Am 7. Mai endet in Europa der Patentschutz für das Medikament Lipitor, in Deutschland besser bekannt unter dem Namen Sortis. Der Cholesterinsenker ist seit Jahren der Verkaufsschlager von Pfizer. Der US-Pharmakonzern machte mit Lipitor 2011 einen Umsatz von 10,7 Milliarden Dollar (8,15 Milliarden Euro), der Marktanteil betrug 50 Prozent. Doch die Konkurrenz schläft nicht. In Indien gibt es seit Jahren Nachahmerpräparate, auch in Europa ist der

Wirkstoff Atorvastatin bereits erhältlich. Bricht der Markt komplett weg? Sind Jobs in Freiburg in Gefahr? Dominik Bloedner hat mit dem Werksleiter Axel Glatz gesprochen.

BZ: Lipitor hat 2011 fast ein Sechstel des Gesamtumsatzes von Pfizer ausgemacht. Nun läuft in Europa der Patentschutz aus, die Nachahmer stehen in den Startlöchern. Bekommen Sie kalte Füße?

Glatz: Nein, zum einen kommt dies nicht überraschend. Ein Konzern wie Pfizer ist darauf vorbereitet und hat neue Arzneimittel entwickelt. Das Medikament wird es trotz der Konkurrenz durch Generika weiter geben, auch überprüft Pfizer derzeit, ob hierzulande ein eigenes Generikum auf den Markt gebracht wird. Zum anderen spielt Lipitor für uns in Freiburg nicht mehr die Rolle, die es früher hatte.

BZ: Aber das Medikament wurde doch hier entwickelt…
Glatz: … und 1997 in die Märkte gebracht. Aber schon im Jahr 2000 ist die Produktion aus unserem Werk herausverlagert worden. Heute wird Lipitor in Pfizer-Fabriken in Irland und Puerto Rico hergestellt, in Freiburg wird nur noch ein Teil der Tabletten für den europäischen und asiatischen Markt verpackt.

BZ: Was wird heute hergestellt?
Glatz: Wir produzieren mit 20 verschiedenen Wirkstoffen 200 verschiedene Arzneien in 2000 verschiedenen Verpackungen und exportieren diese in 150 Länder. Pro Jahr werden 4,5 Milliarden Tabletten und Kapseln hier hergestellt, hinzu verpacken wir weitere 3,5 Milliarden. Es handelt sich vor allem um Medikamente gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schmerzmittel oder Anti-Infektiva zur Behandlung von Erkrankungen des Immunsystems. Derzeit werden die beiden neuen Substanzen Axitinib und Crizotinib hier hergestellt und verpackt. Sie dienen dem Kampf gegen Krebs und sind bereits in den USA und anderen Ländern zugelassen. Auch eine Zulassung für die Europäische Union wird erwartet.

BZ: Und Viagra? Die blaue Potenzpille ist das bekannteste Produkt von Pfizer.
Glatz: Das Medikament wird in Freiburg weder hergestellt noch verpackt. Und verglichen etwa mit Lipitor ist Viagra mit einem weltweiten Jahresumsatz von 1,98 Milliarden Dollar nicht das wichtigste Medikament von Pfizer.

BZ: Freiburg ist für Pfizer eine "Global Launch Site". Was bedeutet das?
Glatz: Das Freiburger Werk ist für neue Arzneimittel aufgestellt. Aus der Pfizer-Forschung heraus werden Anlauf und Fertigung von Tabletten und Kapseln hierher vergeben. Die Medikamente werden dann von hieraus weltweit in die Märkte eingeführt, die Produktion kann dann später an andere Werke transferiert werden. Das ist unsere Kernkompetenz. Auch sind wir Vorreiter im sogenannten Lean Manufacturing, der verschwendungsarmen Produktion, die ihr Vorbild in der japanischen Autoindustrie hat. Wir haben kaum Lagerbestände, produzieren just in time und können extrem flexibel auf Nachfrageschwankungen reagieren und schnell neue Produkte entwickeln.

BZ: Was hat sich bei Pfizer geändert verglichen mit der Zeit, als das Freiburger Werk noch unter Gödecke firmierte?
Glatz: In den 1990er Jahren arbeiteten nur rund 300 Menschen in der Produktion, heute sind es deutlich mehr in diesem Bereich. Andere Abteilungen wie Marketing oder Forschung sind schon lange nicht mehr am Standort Freiburg. Und im Gegensatz zu früher, als das In-den-Markt-Bringen neuer Medikamente teilweise Jahre dauerte, geht das heute extrem

schnell bei uns. Die Laufzeit von Patenten wird dadurch besser genutzt.

BZ: Ein Beispiel?
Glatz: Wir haben an einem Freitag von der US-amerikanischen Arzneimittel-Aufsichtsbehörde die Zulassung für ein Krebsmedikament bekommen, zwei Tage später war das Mittel in den US-Apotheken verfügbar. Es handelte sich um ein hochwirksames, lebenserhaltendes Medikament, die Patienten haben darauf gewartet und waren dankbar. Es ist motivierend zu denken: "Wenn ich dieses Produkt einen Tag früher rauskriege, dann lebt vielleicht ein Mensch länger."

BZ: Dennoch: Einem Unternehmen geht es in erster Linie ums Geldverdienen. Gerade bei Sortis stand Pfizer in der Kritik, weil sich in Deutschland der Konzern nicht an den seit 2004 geltenden Festbetrag gebunden fühlte. Kassenpatienten mussten bis zu 85 Prozent des Apothekenverkaufspreises aus eigener Tasche zahlen, die Zahl der Sortis-Rezepte sank um jeweils acht Prozent in den folgenden Jahren.
Glatz: In erster Linie geht es uns um die Patienten. Nur wenn wir gute Medikamente entwickeln, können wir auch wirtschaftlich erfolgreich sein. Da ist kein Widerspruch. Sortis war damals ein prominentes Thema. Pfizer ist der Meinung, dass das Medikament einen therapeutischen Zusatznutzen hat und der Festbetrag daher auch nicht gerechtfertigt ist. Deswegen haben wir den Preis nicht auf den Festbetrag angepasst. Der Festbetrag ist auch kein verordneter Preis, sondern eine Erstattungshöchstgrenze bei der Gesetzlichen Krankenversicherung.

BZ: Auch wegen seiner Personalpolitik steht Pfizer oft in der Kritik. Seit Herbst 2011 hat der Konzern 450 Stellen in Deutschland abgebaut, vor allem in den Bereichen Außendienst und Allgemeinmedizin. Ist Freiburg, unabhängig von Lipitor, von einem möglichen Jobabbau betroffen?
Glatz: Nein, wir haben seit Jahren in Freiburg eine konstante Mitarbeiterzahl von rund 1000. Daran wird sich in absehbarer Zukunft auch nichts ändern. Langfristig kann es natürlich immer Veränderungen geben. Der Standort ist aber gut aufgestellt und weltweit wettbewerbsfähig.

BZ: Leiharbeit ist umstritten. Sie beschäftigen derzeit rund 70 Leiharbeiter.
Glatz: Bei uns arbeiten auch Kolleginnen und Kollegen von Zeitarbeitsfirmen. In einem Werk, das flexibel auf Nachfrageschwankungen reagieren muss, ist das nicht ungewöhnlich. Wir haben uns in der Vergangenheit immer bemüht, diesen Anteil je nach Bedarf bei sechs bis acht Prozent gering zu halten. Zudem profitieren natürlich auch die Mitarbeiter der Zeitarbeitsfirmen von unserem sehr guten Arbeitsumfeld.

Info: Pfizer in Freiburg - Infobox
Das US-Unternehmen Pfizer ist mit 100 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 67,4 Milliarden Dollar (51 Milliarden Euro, 2011) das weltgrößte Pharmaunternehmen. Das Freiburger Werk, in dem heute 1000 Menschen arbeiten, wurde in den 50er Jahren von Gödecke und Co. aufgebaut. Gödecke gehörte seit Ende der 20er Jahre zur Warner-Lambert-Gruppe, die 2000 mit Pfizer fusionierte. Das Werk bezieht 95 Prozent seiner Primärenergie aus nachhaltigen Quellen und wurde 2010 mit dem Umweltpreis des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet. In Deutschland beschäftigt Pfizer, Freiburgs größter privater Arbeitgeber, 3200 Menschen.

Zur Person: Axel Glatz - Infobox
Der promovierte Chemiker und Pharmazeut Axel Glatz (58) begann seine Laufbahn bei Pfizer 1994 als Leiter der Qualitätsabteilung in Freiburg. Nach Stationen in Belgien und in Feucht ist er seit 2009 Werksleiter in Freiburg.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/pfizer-werksleiter-keine-kalten-fuesse-wegen-lipitor--58844486.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-064	02-06-12	Deutschland	dost	Interview

"Nur eine gesamtdeutsche Linke hat eine Zukunft"

BZ-INTERVIEW mit dem Landeschef der Linken, Bernd Riexinger.

FREIBURG. Auch der baden-württembergische Landeschef der Linken, Bernd Riexinger (56) will in Göttingen Bundesvorsitzender seiner Partei werden. Eine Spaltung drohe der Linken nicht, sagt er. Über die Querelen bei der Linken, den Zustand der Partei und deren Zukunft nach Göttingen sprach Dietmar Ostermann mit Riexinger.

BZ: Herr Riexinger, mit welchem Wort würden Sie den Zustand Ihrer Partei vor dem Parteitag in Göttingen beschreiben?

Riexinger: Ich glaube, dass der Parteitag eine letzte Chance oder doch eine der letzten Chancen ist, zu einer neuen Aufbruchstimmung bei der Linken zu kommen.

BZ: Der ehemalige PDS-Chef Lothar Bisky hat von einer Super-Horror-Show gesprochen, Gregor Gysi hat vor einem Desaster gewarnt. Droht der Linken die Spaltung?

Riexinger: Nein, das glaube ich nicht. Ich bin absolut überzeugt: 95 Prozent der Delegierten oder mehr sind davon überzeugt, dass nur eine gesamtdeutsche Linke eine Zukunft hat. Sie werden auch alles dafür tun, dass es bei einer gesamtdeutschen Linken bleibt.

BZ: Derzeit macht die Linke eher den Eindruck, als wären lange schwelende Konflikte in der Partei offen ausgebrochen.

Riexinger: Die Partei hat eben zwei Traditionslinien. Das ist auf der einen Seite eine in den Kommunen und der Gesellschaft fest verankerte Ostpartei. Und es ist eine Partei im Westen, die noch sehr jung ist und die insbesondere aus den sozialen Bewegungen aus dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Agenda 2010 entstanden ist. Diese beiden Traditionslinien verkörpern durchaus auch eine unterschiedliche Kultur. Meine Position ist: Die Stärke der Linken liegt genau darin, die Stärke dieser zwei Linien zusammenzuführen zu einer handlungsfähigen Partei. Das ist in der Vergangenheit nicht immer gelungen, aber es ist auch schon mal ganz gut gelungen.

BZ: Fast ein Dutzend Kandidaten bewerben sich um den Vorsitz, teils mit harten Bandagen. Ist das noch demokratischer Wettbewerb oder politisches Chaos?

Riexinger: Nein, das ist demokratischer Wettbewerb. Es sind ja auch nicht alle Kandidaten aussichtsreich. Ich glaube, darin drückt sich der Versuch verschiedener Gruppen und Strömungen aus, wieder zu einer handlungsfähigen und auch zu einer integrativen Führung zu kommen.

BZ: Wofür steht der Kandidat Riexinger?

Riexinger: Ich habe immer gesagt, dass ich eine Person bin, die integrieren kann, die die Polarisierung rausnehmen kann, aber die trotzdem für einen klaren politischen Kurs steht. Ich bin natürlich als linker Gewerkschafter, als Sprecher einer westdeutschen Landespartei geprägt von der sozialen Frage in Deutschland. Es ist schon ein Stück weit ein Mythos, dass alle die Krise gut überstanden haben. Wie haben ja in Deutschland eine enorme Zunahme gerade im Niedriglohnbereich, bei prekärer Beschäftigung, Leiharbeit. Ich drücke aus, dass die Linke für diese Leute wieder eine Stimme sein muss, dass wir das sind, was die Leute erwarten: Eine Partei, die für die Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere für die kleinen Leute Politik macht.

BZ: Warum dringt diese Botschaft nicht durch? In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist die Linke aus den Landesparlamenten geflogen.

Riexinger: Ich glaube, dass nach diesem Bundesparteitag alle begreifen müssen, dass wir uns zu 80 oder 90 Prozent mit

der politischen Konkurrenz befassen müssen und mit den Interessen der Menschen im Land und nur zu zehn oder 20 Prozent mit uns selber. Unsere Wählergruppen, die ja von der Linken eine starke Stimme in der sozialen Frage und bei anderen Themen erwarten, sagen natürlich: Wenn ihr euch nicht einig seid, wie wollt ihr dann unsere Interessen vertreten? Zu dieser Interessenvertretung muss die Partei wieder zurückkommen. Die Themen liegen auf der Straße, die Linke muss sie aufgreifen und glaubwürdig vertreten, dann wird sie auch wieder in den Aufschwung kommen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/nur-eine-gesamtdeutsche-linke-hat-eine-zukunft--60204075.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-065	So, 03-06-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

Handelsblatt: Den Schleckers bleiben Millionen

Dem Aus ihrer Drogeriemarktkette zum Trotz hat die Familie Schlecker noch 35 bis 40 Millionen Euro Privatvermögen, berichtet das "Handelsblatt". Heftig kritisiert werden die Schleckers von Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz.

Ehemalige Manager Schleckers bestätigten, dass die Familie um Firmengründer Anton Schlecker derweil noch 35 bis 40 Millionen Euro Privatvermögen besitze, berichtet das "Handelsblatt". Die Pleite habe das Vermögen der Familie aber stark abgeschmolzen. 2011 war es auf 1,65 Milliarden geschätzt worden, inklusive Unternehmenswert. Ein Großteil des Vermögens habe die Familie ausgegeben, um seit 2004 Verluste von 650 Millionen auszugleichen. Der Rest ist Teil der Insolvenzmasse, auch Sportwagen. Die Villa der Schleckers gehört der Frau des Patriarchen. Die Schleckers hatten jüngst den Eindruck erweckt, kein Privatvermögen mehr zu haben.

Den Millionenbetrag, der übrig ist, haben die Schlecker-Kinder Lars (40) und Meike (38) laut Handelsblatt mit der Leiharbeitsagentur Meniar (Menschen in Arbeit) erwirtschaftet. Das Subunternehmen beschäftigte 4300 Leiharbeiter, die an Schlecker vermittelt wurden. Sie verdienten weniger als Schleckerangestellte.

Geiwitz ist enttäuscht von den Schleckers

Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz kritisierte die Familie Schlecker. Noch bis kurz vor der K.-O.-Entscheidung habe er auf einen Rettungsbeitrag der Familie gesetzt, sagte er dem "Spiegel". Doch die Familie "war entweder nicht bereit oder nicht in der Lage", die geforderte Summe von bis zu neun Millionen Euro zu bezahlen. "Aber die Familie hat noch Vermögen, und ich habe gefragt, ob sie bereit sei, eine Verlustfinanzierung zu leisten."

Die Gläubiger hatten am Freitag das Aus Schleckers beschlossen. Mögliche Investoren hätten zu wenig geboten. Die 13 200 Beschäftigten müssen bis Ende Juni mit ihrer Kündigung rechnen. In den kommenden Tagen beginnt in den 2800 Filialen der Ausverkauf.

Streit gibt es in der Politik. Der Sozialflügel der CDU fordert erneut eine Transfergesellschaft. Sonst hätten die Mitarbeiter keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, sagte CDA-Bundesvize Christian Bäumler. Ein klares Nein kam von der FDP. Eine Transfergesellschaft würde nicht weiterführen, die Arbeitsagenturen seien zuständig, sagte Fraktionschef Rainer Brüderle. Perspektiven gibt es für die Schlecker-Tochterfirmen Ihr Platz und Schlecker-XL. Der Münchner Investor Dubag wird sie wohl übernehmen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/handelsblatt-den-schleckers-bleiben-millionen--60244454.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-066	Mi, 08-06-12	Ortenaukreis	Wolfgang Beck	Bericht

Kampf gegen die Leiharbeit

IG Metall-Chef Karademir: "Wenn Tarifbindung weiterhin versagt wird, gehen wir auf die Straße".

LAHR. Auf einen positiven Mitgliedertrend hat die IG Metall Offenburg auf ihrer Delegiertenversammlung am Montag in Lahr verwiesen. Besonders die Jugend sei mit Schwung aus den Krisenmonaten gekommen, wie der Erste Bevollmächtigte, Ahmet Karademir, sagte. Heftig kritisiert wurde von Gewerkschaftsseite der dramatische Anstieg der Leiharbeitsverhältnisse in der Ortenau.

Im politischen Geschäftsbericht setzte sich Karademir mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Metallindustrie auseinander. Vor den Delegierten ließ der Erste Bevollmächtigte im Restaurant Vetter auf dem Flugplatz aber auch die Schattenseiten des Aufschwungs Revue passieren, zu denen Karademir die Kürzungen bei den Sozialleistungen, Lohnrückgänge sowie einen dramatischen Anstieg der Leiharbeitsverhältnisse rechnete. "Es wird mir angst und bange", sagte Karademir angesichts der Tatsache, dass die Leiharbeitsverhältnisse zwischen 20 und 25 Prozent betragen. So seien zwar in den Betrieben die Stammarbeiten abgesichert, doch müsste endlich ein Mindestlohn von 8,50 Euro her, um die Finanzlage der Arbeitnehmer zu verbessern.

Auf die Ortenau bezogen rechnete Karademir fast 8000 Arbeitslose vor, so dass der größte Arbeitgeber die Arbeitsagentur sei. Besonders für die Leiharbeiter seien die Zukunftsperspektiven alles andere als rosig, sagte der Gewerkschafter. Im Ortenaukreis gebe es immer noch Betriebe, die auf Tarifbindungen verzichteten. Ohne Tarifbindung hätten die Stammmitarbeiter bis zu 15 Prozent weniger in der Lohntüte, sagte der Bevollmächtigte. "Das ist Betrug", sagte Karademir, der seitens der IG Metall ankündigte, im Fall der Fortsetzung dieser "Machenschaften auf Arbeitgeberseite" auf die Straße zu gehen. Bei künftigen Lohnforderungen sicherte der Gewerkschafter den Delegierten zu, dass nicht nur prozentuale Forderungen für den Inflationsausgleich im Raum stünden, sondern dass auch der qualitative Aspekt der Arbeit eine Rolle spielen werde.

"Junge Menschen haben Zukunftsängste", sagte Karademir, der unter Beifall die Forderung aufstellte, dass befristete Übernahmen der Vergangenheit angehören sollten. Als Wünsche auf Gewerkschaftsseite nannte er die Abschaffung von "Tagelöhnertum", unbefristete Arbeitsverträge und ein weiteres Zusammenwachsen der IG Metall zur Solidargemeinschaft.

Die "Gesichter der Leiharbeit" schilderte Thomas Heidt von der Firma Caravan-Bürstner in Kehl, der diese mit "Sklavenarbeit" verglich. Den Kampf gegen Leiharbeit und Werksverträge sagte auch ein Vertreter des IG-Metall-Bezirks Baden-Württemberg an, der in Lahr über das landespolitische Memorandum berichtete und sich gegen die Streichung von Arbeitsplätzen aussprach. Patrick Frank, Jugendvertreter bei Schaeffler, bezeichnete es als einen "Schlag ins Gesicht der Jugendlichen", wenn jede dritte Einstellung nur befristet sei. Frank forderte sichere und faire Arbeitsverträge, die für junge Menschen eine verlässliche Perspektive bedeuteten.

Die Mitgliederentwicklung bei der IG Metall Offenburg ist nach Angaben von Thomas Bleile, Zweiter Bevollmächtigter, positiv. Derzeit seien 13 600 Mitglieder in der Verwaltungsstelle Offenburg gemeldet, so die Vorlage. Zugenommen habe auch die Zahl der organisierten Jugendlichen und Auszubildenden in der Gewerkschaft, was erfreulich sei, sagte Bleile. Für 2011 wurden 800 Neuaufnahmen als Gewerkschaftsziel angegeben, nach 600 Neuaufnahmen im Vorjahr. "Mitgliederwerbung ist Zukunftssicherung", betonte Karademir bei der Präsentation des Kassenberichts. Der

Ortskassenbestand im Monat April wurde auf 885 000 Euro beziffert, rund 40 000 Euro mehr als im Vormonat. Der Gewerkschaftssekretär zeigte sich optimistisch, dass demnächst eine schwarze Null in der IG Metall Offenburg geschrieben werden könnte.

Link	http://www.badische-zeitung.de/ortenaukreis/kampf-gegen-die-leiharbeit--46187154.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-067	Do, 09-06-12	Wirtschaft	Hermannus Pfeiffer	Bericht

Belegschaft bei Airbus rebelliert gegen Leiharbeit

Fremdfirmen und Leiharbeiter leisten schon 40 Prozent der Arbeit beim Flugzeugbauer / 10 000 Beschäftigte im Ausstand.

HAMBURG. Beim weltgrößten Flugzeugbauer Airbus hat am Mittwoch die Arbeit geruht. 10 000 Beschäftige gingen laut Gewerkschaft in den Ausstand – und dies sei erst der Anfang gewesen. Die Arbeitnehmervertreter bereiten sich nach eigenen Worten auf weitere Eskalationsstufen vor. Auf Kundgebungen in Hamburg, Bremen und dem niedersächsischen Stade kritisierten sie Konzernboss Thomas Enders scharf. "Die Auftragsbücher sind voll, und die Produktion wird hochgefahren. Wir haben deshalb keinerlei Verständnis, dass das Unternehmen uns Beschäftigten nur Sicherheit für ein Jahr bietet", sagte Johann Dahnken, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Airbus Operations GmbH in Bremen. Betriebsrat und IG Metall fordern einen Zukunftstarifvertrag, der Standorte, Arbeitsplätze und Einkommen bis 2020 sichert. Der Vorstand will sich bislang nur auf eine Zusage bis 2012 einlassen – was Verhandlungsführer Daniel Friedrich von der IG Metall als eine Provokation bezeichnete.

Der Unmut der Beschäftigten erklärt sich aus der außerordentlich günstigen Geschäftslage des Konzerns. Seit fast einer Dekade schafft Airbus Jahr für Jahr neue Auslieferungsrekorde. Im vergangenen Jahr wurden 510 Flugzeuge verkauft und damit erneut deutlich mehr als vom einzigen Konkurrenten Boeing. Für 2011 rechnet die EADS-Tochtergesellschaft mit weiterem Wachstum. Schon jetzt sind die Airbus-Werke bis 2018 ausgelastet.

Der wirtschaftliche Erfolg hat sich jedoch bislang nicht in einer produktiven Stimmung im Betrieb niedergeschlagen. Der Verkauf von Werken, Rationalisierungen und konzerninterne Umbesetzungen irritieren manchen Flugzeugbauer. "Die Verunsicherung ist groß", sagte Gesamtbetriebsratschef Dahnken, "ob mein Arbeitsplatz morgen noch da ist?" Ein Unternehmen, das in der Champions League spiele, könne sich keine verunsicherte Mannschaft leisten. Diese ist zerrissen in Stammbelegschaft und Leiharbeiter – wie bei vielen deutschen Industriechampions. So leistet die Stammbelegschaft bei Airbus mit 16 400 Beschäftigten in Deutschland nur noch 62 Prozent der anfallenden Arbeit. 20 Prozent werden mehr oder weniger flexibel von Fremdfirmen erbracht, die oft mit eigenen Werkstätten in den Airbus-Werken tätig sind, und von 3600 Leiharbeitern. Zukünftig sollen nach dem Willen der IG Metall Aushilfen spätestens nach 24 Monaten fest bei Airbus übernommen werden. Bislang, so Betriebsrat Dahnken, sind fünf bis sechs Jahre als Leiharbeiter bei Airbus keine Seltenheit – auch acht Jahre kämen schon mal vor.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/belegschaft-bei-airbus-rebelliert-gegen-leiharbeit--46234988.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-068	Mi, 20-06-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

CHEMIEBRANCHE

Mehr Gleichheit im Betrieb

Nach der Metall- und Elektroindustrie stellt nun auch die Chemiebranche die Leiharbeiter besser.

BERLIN/HANNOVER (AFP/dpa/BZ). Mehr Gleichheit in den Belegschaften: Die Löhne der Leiharbeiter in der deutschen Chemieindustrie werden künftig nach einem einheitlichen System stufenweise an die ihrer fest angestellten Kollegen angenähert.

Nach dem Vorbild der Metall- und Elektroindustrie einigten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der Chemiebranche auf einen entsprechenden Tarifvertrag. Das teilte die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie Energie (IG BCE) und die Verhandlungsgemeinschaft der Unternehmen der Zeitarbeitsbranche (VGZ) mit. Der Vertrag tritt am 1. November in Kraft und gilt bis zum Jahr 2017.

In der Praxis bekommen Leiharbeiter Zuschläge zu den tariflich vereinbarten Löhnen, die in der Leiharbeitsbranche gelten. Wie stark die Löhne der Leiharbeiter an die der Chemie-Stammkräfte angeglichen werden, hängt maßgeblich davon ab, wie lange ein Leiharbeiter in einem Betrieb eingesetzt wird. Es gibt fünf Stufen. Das Grundgehalt der Leiharbeiter wird nach sechs Wochen um 10 oder 15 Prozent angehoben, in der letzten Stufe erreicht der Zuschlag nach neun Monaten 35 bis 50 Prozent. Im Ergebnis erreichten die Leiharbeiter in der Endstufe 85 bis 90 Prozent der Chemie-Entgelte, teilte die IG BCE mit. Das Lohngefälle zwischen ihnen und der Stammbelegschaft werde so "ein kräftiges Stück abgetragen", erklärte IG-BCE-Tarifexperte Peter Hausmann.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/mehr-gleichheit-im-betrieb--60796994.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-069	Do, 21-06-12	Weil am Rhein	tm	Bericht

FDP liegen soziale Belange und Arbeitslose am Herzen

Pascal Kober (MdB) erläuterte Eckpfeiler der Sozialpolitik.

WEIL AM RHEIN-ÖTLINGEN (tm). "Wir müssen stärker deutlich machen, dass uns auch soziale Belange und das Schicksal der Arbeitslosen am Herzen liegen", sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete Pascal Kober. Simon Basler und der FDP-Ortsverein Weil hatten den Sozialpolitiker eingeladen, um aus erster Hand etwas über die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Politik zu erfahren.

Im Jahr 2010 flossen 42 Prozent des Bundeshaushaltes, das waren 142 Milliarden Euro, in das Ministerium für Arbeit und Soziales, berichtete Kober einem runden Dutzend Zuhörern im Ötlinger Gasthaus "Ochsen". 80 Milliarden Euro davon wurden für die Rente gebraucht, viel floss aber auch in das Hartz-IV-System. Vergangenes und dieses Jahr sind die Summen auf 131 und 126 Milliarden Euro gesunken, weil die Arbeitslosigkeit zurückging. "Aber wir können und wollen nicht die Leistungen, die für den Einzelnen zur Verfügung stehen, zurückfahren", betonte Kober. "Wir können sie aber auch nicht groß anheben wegen des Lohnabstandsgebots, weil es sich sonst für Geringverdiener nicht mehr lohnt zu arbeiten", sagte er und fuhr fort: "Wir kommen von den Kosten des Sozialstaats nur herunter, wenn möglichst viele Menschen in Lohn und Arbeit kommen."

Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen drastisch zurückgeht, bekommen viele Leute keine Arbeit, weil sie krank sind, ungenügend ausgebildet oder zu alt. "17 Prozent der 20- bis 29-Jährigen haben in Deutschland keine abgeschlossene Berufsausbildung. Hier müssen wir ansetzen", sagte Kober. Bereits im Kindesalter müssen Kompetenzen gefördert werden.

Der Bund stellt Geld für den Ausbau der Kindertagesstätten zur Verfügung und darüber hinaus 400 Millionen Euro für

Kitas in sozialen Brennpunkten, wo besondere Kompetenzen in Sprach- und Integrationsförderung angesiedelt werden sollen. Weil das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass der Staat auch eine Verantwortung für den Schulerfolg von Kindern aus Hartz-IV-Familien hat, wurde das Bildungs- und Teilhabepaket auf den Weg gebracht, dessen Start holprig war, das Kober aber verteidigte. Außerdem werden Schulsozialarbeiter finanziert.

Ein besonderes Problem sind die Langzeit-Arbeitslosen. Für sie müssten Qualifizierungen angeboten werden, die so nah wie möglich am realen Erwerbsleben sind. Die FDP wolle, dass die so genannten Ein-Euro-Jobs erhalten bleiben, und sie habe erreicht, dass Leute, die nicht die volle Leistung bringen können, einen Beschäftigungszuschuss erhalten.
Pascal Kober verteidigte auch die Zeitarbeit. Die FDP verlange aber für die gleiche Tätigkeit auch den gleichen Lohn für Leiharbeiter wie für Festangestellte. "Es ist nicht das Ziel der Leiharbeit, Lohnkosten dauerhaft zu senken", betonte Kober. 74 Prozent der FDP-Wähler seien darüber hinaus für Mindestlöhne.

Link	http://www.badische-zeitung.de/weil-am-rhein/fdp-liegen-soziale-belange-und-arbeitslose-am-herzen--60831094.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-070	24-07-12	Kreis Lörrach	bz	Bericht

DGB: Leiharbeit boomt im Landkreis Lörrach

Seit 2009 hat sich die Zahl der Leiharbeiter im Kreis Lörrach um 283 Prozent erhöht / Spitzenreiter in Südbaden.

LÖRRACH (BZ). Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse im Landkreis Lörrach hat sich seit 2009 um 283 Prozent erhöht. Absolut hat sich die Zahl der Leiharbeitskräfte im Landkreis um 1281 erhöht und der Beschäftigungsanstieg war damit fast dreimal so stark wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe, obwohl im produzierenden Gewerbe viermal mehr Beschäftigte tätig sind. "In keinem anderen Landkreis in der Region Südbaden konnten wir eine derartig drastische Entwicklung feststellen", betont der DGB-Kreisverbandsvorsitzende Sebastian Gartner in einer Pressemitteilung. Zwar habe sich die Zahl der sozial versicherten Arbeitsplätze in den vergangenen zwei Jahren um 1011 auf fast 68 000 erhöht, jedoch stieg der Prozentsatz derjenigen, die in der Leiharbeit beschäftigt sind überproportional um 126 Prozent an, da im verarbeitenden Gewerbe knapp 600 Stellen abgebaut wurden.
So geht Gartner davon aus, dass nicht nur neue Stellen, sondern auch die abgebauten Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe ausschließlich in die Leiharbeit übergegangen sind. "Für den Landkreis Lörrach ist dies in unseren Augen eine katastrophale sowie paradoxe Entwicklung. Es kann nicht sein, dass neue Stellen entstehen und diese dann durch Leiharbeit besetzt werden.", stellte der Kreisverbandsvorsitzende fest. Denn mit dem Boom der Leiharbeit frisst sich schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung in den Arbeitsmarkt.
Etwa die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse wird nach weniger als drei Monaten wieder beendet, was zu einem sehr hohen Risiko der Arbeitslosigkeit im Verleihgewerbe führt. "Längst dient Leiharbeit nicht mehr nur dazu, personelle Engpässe zu überwinden. Mehr und mehr wird sie von einigen Betrieben systematisch eingesetzt, um mit den schlechten Leiharbeitslöhnen Geschäfte zu machen und die Stammbelegschaften in den Einsatzbetrieben unter Druck zu setzen", so der Kreisverbandsvorsitzende.
Im Schnitt verdienten Leiharbeitskräfte nur gut halb so viel wie normale Beschäftigte. Berücksichtige man das unterschiedliche Qualifikationsniveau, so verdienten Leiharbeitskräfte im Schnitt 1000 Euro weniger im Monat als in anderen Branchen. Mit der Ausweitung der Leiharbeit breite sich so der Niedriglohnsektor aus, denn bundesweit arbeiten

immerhin drei Viertel der Leiharbeitskräfte unter der Niedriglohnschwelle. Diese oftmals schlechte Bezahlung gehe mit einem sehr hohen Verarmungsrisiko von Leiharbeitskräften einher.	
Link	http://www.badische-zeitung.de/kreis-loerrach/dgb-leiharbeit-boomt-im-landkreis-loerrach--61930279.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-071	Mo, 13-08-12	Rheinfelden	bz	Nachricht

Montagsdemonstration zur Lage der Leiharbeiter

RHEINFELDEN (BZ). Wegen der Zunahme prekärer Leiharbeit im Landkreis protestiert die Rheinfelder Montagsdemonstration heute, 11. August, um 9 Uhr in der Friedrichstraße bei der Evonik-Einfahrt gegen Leiharbeit. Mit Flugblättern machen die Demonstranten auf die Rechtlosigkeit der Leiharbeiter aufmerksam.

Link	http://www.badische-zeitung.de/rheinfelden/montagsdemonstration-zur-lage-der-leiharbeiter--63082756.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-072	Di, 14-08-12	Rheinfelden	bz	Nachricht

Demo für mehr Rechte von Leiharbeitnehmern

RHEINFELDEN (BZ). Am Samstag protestierten Montagsdemonstranten vor dem Werk von Evonik gegen die Rechtlosigkeit von Leiharbeitnehmern. Der Protest richtete sich gegen Firmen, die trotz satter Gewinne Leiharbeiter unter Missachtung des Equal Pay- Grundsatzes (Gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeit) einsetzen. Ein großer Teil arbeite auch nicht zur Abdeckung von vorrübergehenden Produktionsspitzen, sondern auf festen Arbeitsplätzen. Das spalte Belegschaften und widerspräche jedem Grundsatz gewerkschaftlicher Solidarität, betont Fritz Zell, einer der Organisatoren der Montagskundgebung. Die Montagsdemonstranten treffen sich in loser Formation bereits seit Herbst 2004 wöchentlich immer montags um 18 Uhr auf dem Oberrheinplatz.

Link	http://www.badische-zeitung.de/rheinfelden/demo-fuer-mehr-rechte-von-leiharbeitnehmern--63102690.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-073	Mi, 15-08-12	Rheinfelden	ibö	Nachricht

Leiharbeiter nur im Notfall

OB Eberhardt zum Bürgerheim.

RHEINFELDEN (ibö). "Mehr als unangenehm", wertet OB Klaus Eberhardt den Vorfall im städtischen Bürgerheim, der zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen einen Altenpfleger einer Personalagentur wegen Körperverletzung geführt hat. Eberhardt verweist darauf, dass die Stadt sich allen Fragen stelle. Gleichzeitig betont er, dass er den Einsatz von Leiharbeitern nur als "Notlösung" bei Fachkräftemangels betrachte. Mit "eigenem Personal zu arbeiten, ist immer besser". Das bleibe auch die Strategie. Grundsätzlich lasse sich aber das Risiko eines solchen Einzelfalles nicht ausschließen. Die Frage der Qualität der Mitarbeiter werde im Bürgerheim weiter sorgfältig geprüft.

Link	http://www.badische-zeitung.de/rheinfelden/demo-fuer-mehr-rechte-von-leiharbeitnehmern--63102690.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-074	Mo, 20-08-12	Wirtschaft (regional)	Bernd Kramer	Nachricht

Rena hat 335 Stellen in einem Jahr abgebaut

Die Krise schlägt durch: Der Gütenbacher Maschinenbauer und Solarzulieferer Rena hat in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 300 Stellen abgebaut – davon rund 40 am Standort Herrenberg. Die Zahl der Mitarbeiter weltweit sank von 1565 auf 1230. Nach Rena-Angaben wurden befristete Verträge nicht verlängert und frei gewordene Stellen nicht besetzt.

Rena baut Maschinen, die Wafer ätzen, reinigen und trocknen. Wafer sind die Basis für Solarzellen und Mikrochips. Wegen der Überkapazitäten in der Solarbranche ist die Nachfrage nach Rena-Technik zuletzt stark zurückgegangen. Um gegenzusteuern, fertigt die Firma Produkte im Auftrag anderer und hat die Kosten gesenkt. Die Abhängigkeit vom stark schwankenden Solargeschäft hat Rena durch die Übernahme der Stulz H+E vermindert. Sie produziert unter anderem Kläranlagen.

Nach Angaben von Rena sind keine betriebsbedingten Kündigungen geplant. Weitere Entscheidungen hingen jedoch von der Auftragsentwicklung ab. Die Kurzarbeit am Stammsitz Gütenbach läuft im September aus. Von den 380 Mitarbeitern im Hochschwarzwald seien derzeit rund 15 Prozent in Kurzarbeit.

Der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Villingen-Schwenningen, Michael Ruhkopf, sagte, Rena leide wie andere Firmen der Solarbranche unter den Überkapazitäten und den stark schwankenden Auftragseingängen. Er habe jedoch die Hoffnung nicht verloren, dass es bei Rena wieder aufwärtsgehe. Der Maschinenbauer selbst rechnet für das Gesamtjahr mit einem Gewinn. In den ersten sechs Monaten betrug der Gewinn vor Steuern rund 10,5 Millionen Euro.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-regional/rena-hat-335-stellen-in-einem-jahr-abgebaut--63226312.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-075	Mi, 29-08-12	Wirtschaft (regional)	Nicole Schrehardt	Bericht

SCHEINWERKVERTRÄGE

Gewerkschaft klagt über Lohndrückerei in Südbaden

Südbadens Betriebe setzen laut Behörden und Gewerkschaftern verstärkt auf Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit. Wie weit ist diese Form des Lohndumpings tatsächlich verbreitet?

Südbadens Betriebe setzen laut Behörden und Gewerkschaftern verstärkt auf Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit. Einer von mehreren Gründen: Staat und Tarifpartner haben jüngst die Leiharbeit stärker reguliert. Einige Firmen versuchen nun, diese neuen Regeln zu umgehen. "Wir haben den Eindruck, dass solche Fälle verstärkt zunehmen", sagt Markus Ückert vom Hauptzollamt Lörrach. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), eine Spezialabteilung des Zolls, kontrolliert, ob schwarzgearbeitet wird oder Sozialbeiträge hinterzogen werden. Ein Grund, warum Firmen auf ein solches Billiglohnmodell ausweichen: Die Leiharbeit werde stärker reguliert, erklärt Ückert. Seit Januar gilt für Leiharbeiter ein verbindlicher Mindestlohn in Höhe von 7,89 Euro. Zudem wurden tarifliche Branchenzuschläge von bis zu 50 Prozent vereinbart. Einige Unternehmen wollen das umgehen und greifen zu Billiglohnmodellen wie Scheinwerkverträgen.

Was ist ein Werkvertrag? Angenommen, man möchte sein Haus innen und außen streichen. Beauftragt man einen Maler, handelt es sich um einen Werkvertrag. Vereinbart wird nur, dass das Haus gestrichen wird – und in welcher Farbe. Ob der Maler dafür 15 oder 30 Stunden braucht, geht den Auftraggeber nichts an. Bei einer Dienstleistung sieht das anders aus. In diesem Fall würde der Auftraggeber dem Maler sagen: Komm zu mir, du bekommst Farbe und Pinsel und arbeitest jeden Tag acht Stunden. Dies nennt man Dienstvertrag. Heikel kann es werden, wenn man den Dienstvertrag durch einen Werkvertrag ersetzt, also einen Scheinwerkvertrag schließt. Der Sozialkasse entgehen so Beiträge. Die Sozialversicherung

könnte im Nachhinein sagen, dass es sich um eine Dienstleistung gehandelt hat – weil man Farbe und Arbeitsutensilien zur Verfügung gestellt hat. Und wenn man den Maler beaufsichtigt hat, ihm seine Pausen zugewiesen und ihm Anweisungen gab – ihn also wie einen eigenen Mitarbeiter behandelt hat. Die Folge: In diesem Fall müssten die Sozialversicherungsbeiträge nachgezahlt werden.

Gewerkschafter: "Scheinwerkverträge sind Betrug"

Thomas Bleile, Zweiter Bevollmächtigter der Industriegewerkschaft Metall Offenburg, sagt: Niedriglöhne seien nicht der einzige Grund, warum Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit zugenommen hätten. Auch andere Tarifbestimmungen könnten mit ihnen umgangen werden. "Die Unternehmen profitieren vor allem von der persönlichen Selbstausbeutung der Scheinselbstständigen", berichtet Bleile. Die Gefahr sei groß, dass die Beschäftigten pausenlos schuften. Den Auftraggeber wiederum interessiere es nicht, wie lange diese tatsächlich arbeiten, ob 35, 40 oder 60 Wochenstunden. Falle der Arbeitnehmer wegen Krankheit aus, zahle der Auftraggeber den Lohn nicht fort, obwohl er dies eigentlich müsste. Auch übernehme er die Krankheitskosten nicht. Ein weiterer Grund: Viele Unternehmen lagern Kantinen, Reinigungsarbeiten, Versand- und Kurierdienste an Fremdfirmen aus – und damit aus dem Gültigkeitsbereich der für das Unternehmen gültigen Tarifverträge. Beliebtes Mittel dabei sind die Werkverträge, und manchmal eben nur welche zum Schein.

Auch Hermann Spieß, Geschäftsführer der IG Metall in Freiburg und Lörrach, ist überzeugt, dass die Fälle von Scheinwerkverträgen und Scheinselbstständigkeit in den vergangenen Jahren zugenommen haben. "Wir wissen von punktuellen Begebenheiten." Aktuell beschäftigt ihn beispielsweise ein Fall im EDV-Bereich, wo der Betroffene sich bei der Firma einklagen wolle, bei der er im siebten Jahr voll in den Betrieb integriert tätig ist – aber als Scheinselbstständiger beschäftigt wird.

Spieß warnt davor, das Phänomen zu bagatellisieren: "Scheinwerkverträge sind Betrug. Das ist kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an den Menschen und der Sozialversicherung." Die Gewerkschaft will Ende des Jahres mit einer Umfrage unter Betriebsräten der Region herausfinden, wie weit das Problem verbreitet ist. "Das ist ein Kapitel, das in den Betrieben unterbelichtet ist." Die Gewerkschaft kritisiert: Es gebe zwar bestimmte Anhörrechte beim Betriebsrat, aber diese reichten nicht weit genug. Umso größer sei die Gefahr von Missbrauch.

Aber nicht alle Gewerkschafter in der Region sehen ein großes Problem. Gerd Vetter von Verdi Südbaden sagt: "In den Betrieben, zu denen wir Kontakt haben, sind Scheinwerkverträge und Scheinselbstständigkeit kein Thema." Was aber mit Betrieben sei, die keinen Betriebsrat haben, sei eine andere Frage, sagt Vetter.

Arbeitgeber: "Das Thema spielt überhaupt keine Rolle"

Neben den Scheinwerkverträgen bleibt das alte Problem der Scheinselbstständigkeit aktuell. Kürzlich wurden zwei Inhaber eines Gastronomiebetriebes vom Amtsgericht Freiburg zu 120 Tagessätzen je 30 Euro verurteilt, weil sie Köche als Scheinselbstständige beschäftigt haben. Die Schadenssumme für die Sozialversicherung belief sich auf 20 000 Euro. Ähnlich verlief auch das Strafverfahren gegen einen weiteren Gastronomen aus Freiburg. Er wurde zu einer Geldstrafe von 7500 Euro verurteilt. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit fand heraus, dass er Frauen als Küchenhilfen sowie als Spül- und Reinigungskräfte beschäftigte, für die er keine Beiträge zur Sozialversicherung entrichtete. Angeblich waren die Frauen selbstständige Unternehmerinnen. Jedoch übten sie dieselbe Tätigkeit aus wie die von ihm angestellten Beschäftigten. Sie befanden sich in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, ohne ein eigenes unternehmerisches Risiko zu tragen.

Gewerkschafter Bleile aus der Ortenau schätzt, dass allein von den Betrieben, die er betreut, zehn Grauzonen nutzen, die das Gesetz zulässt. Bleile sieht den Gesetzgeber in der Pflicht, für klare Richtlinien zu sorgen. Es müsse genau geregelt sein, wann die Scheinselbstständigkeit beginnt und ein Werkvertrag kein Werkvertrag ist, sondern Leiharbeit, die in die Mitbestimmung des Betriebsrats fällt. Allerdings hält Bleile in Hinblick auf die Betriebe in Südbaden Pauschalisierungen für fehl am Platz. Die kleinen und mittleren Unternehmen setzen nach seiner Einschätzung nach wie vor eher auf klassische Leiharbeiter.

Stephan Wilcken, der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Freiburg, bestreitet, dass die Billiglohnmodelle häufig eingesetzt werden: "Dies spiegelt nicht die Wirklichkeit in unseren Betrieben wider. Mein Bereich geht von Achern bis zur Schweizer Grenze. Wir betreuen 140 Firmen – und da spielt das Thema überhaupt keine Rolle." Er räumt aber ein, dass es vereinzelte Anfragen von Unternehmen gegeben hätte, bestimmte Tätigkeiten in Werkverträge auszulagern. Es hätte sich aber eindeutig um Dienstleistungen gehandelt, für die Leiharbeit infrage komme, nicht aber Werkverträge. Wilcken sagt: "Rein wirtschaftlich gesehen und sehr kurzfristig gedacht, kann ein Scheinwerkvertrag ein gutes Geschäft sein. Wenn die Sozialversicherung dem aber auf die Schliche kommt – und sie wird das mit Sicherheit prüfen, geht der Schuss gewaltig nach hinten los."

Link	http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/wirtschaft/gewerkschaft-klagt-ueber-lohndrueckerei-in-suedbaden--63440296.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-076	Di, 28-08-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

TARIFVERHANDLUNG GESCHEITERT

Lufthansa-Flugbegleiter drohen mit Streik zum Ferienende

Zum Ferienende müssen Fluggäste Verspätungen oder Ausfällen ihrer Flüge befürchten. Die Tarifverhandlungen bei der Lufthansa für die Flugbegleiter sind gescheitert. Jetzt droht ein Arbeitskampf.

Bei der Lufthansa rückt ein Streik des Kabinenpersonals zum Ferienende näher. In der Nacht zum Dienstag sind die Verhandlungen mit der Gewerkschaft UFO gescheitert, wie ein Sprecher der Airline am Dienstag bestätigte. Zuvor hatten die Verhandlungspartner bis tief in die Nacht um eine Gesamtlösung für die rund 19.000 Beschäftigten gerungen. Der Vorstand der Kabinengewerkschaft UFO will seine Entscheidung über einen Arbeitskampf am Vormittag in Frankfurt verkünden. Ein Streik würde den Flugverkehr massiv behindern. Die Mitglieder haben bereits vor Wochen in einer Urabstimmung eindeutig für einen möglichen Arbeitskampf votiert. Eine erneute Abstimmung ist daher nicht notwendig. Die Mitglieder müssten nur zu einem positiven Verhandlungsergebnis erneut befragt werden.

Flugplan nachhaltig durcheinander bringen

Bis auf kleinere Warnstreikaktionen im Jahr 2009 haben die Stewards und Stewardessen der Lufthansa noch nie gestreikt. Der neue Gewerkschaftschef Nicoley Baublies hat bereits eine Taktik der Nadelstiche angekündigt, bei der mit zeitlich begrenzten Aktionen an einzelnen Stationen der Flugplan nachhaltig durcheinandergebracht werden könne. Die Flugbegleiter hatten neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit an Bord von Lufthansa-Maschinen verlangt. Sie wollten zudem die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die angestrebte Direktflugtochter mit damit verbundenen Einkommenseinbußen verhindern und das bisherige Tarifstufensystem weitgehend beibehalten.

Starker Wettbewerb

Dieses System mit fortwährenden Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip will Lufthansa nicht mehr akzeptieren. Europas größte Fluggesellschaft sieht sich wegen des starken Wettbewerbs und anstehender Milliarden-Investitionen zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Eine wichtige Stellschraube im 1,5 Milliarden Euro schweren Sparprogramm "Score" sind dabei die im Vergleich zum Wettbewerb sehr hohen Personalkosten.

Lufthansa hat bereits den Abbau von 3500 Stellen in der Verwaltung angekündigt, will in der Kabine aber ohne Kündigungen auskommen. Stattdessen sollen die Tochter Germanwings und die europäischen Direktverkehre in einer neuen Einheit zusammengefasst werden, in der unter dem Lufthansa-Tarif gezahlt werden soll. UFO befürchtet die Verlagerung von rund 2000 Arbeitsplätzen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/lufthansa-flugbegleiter-drohen-mit-streik-zum-ferienende--63400298.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-077	Di, 28-08-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

FLUGAUSFÄLLE DROHEN

Flugbegleiter-Streik – Lufthansa prüft Klage

Die Flugbegleiter der Lufthansa haben Streiks zum Ende der Urlaubszeit angekündigt. Wird die Airline gegen den Arbeitskampf juristisch vorgehen?

Nachdem die Tarifverhandlungen für die 19.000 Flugbegleiter gescheitert sind, gibt es bei der Lufthansa zum Ende der Ferienzeit einen unbefristeten Streik des Kabinenpersonals. "Wir sind ab heute im Arbeitskampf mit der Lufthansa", teilte die Gewerkschaft UFO am Dienstag in Frankfurt mit. Die Arbeitsniederlegungen sollen kurzfristig angekündigt werden. Man werde ohne Vorwarnungen in den nächsten Wochen zeitlich und punktuell zu Streiks aufrufen, erklärte der Gewerkschaftschef Nicoley Baublies. Einen flächendeckenden Streik werde man in den nächsten Wochen vorbereiten. Am Dienstag werde es nicht zu einem Streik kommen, ergänzte Verhandlungsführer Dirk Vogelsang. Die Lufthansa prüft nun, ob sie gegen den Streik klagt. Es gehöre zum professionellen Umgang, die juristischen Möglichkeiten abzuklopfen, sagte Lufthansa-Passagier-Vorstand Peter Gerber am Dienstag in Frankfurt.

Die Gewerkschaft hatte unter anderem fünf Prozent mehr Geld und ein Ende der Leiharbeit bei der Airline gefordert. Lufthansa und UFO hatten wochenlang verhandelt. UFO setzte sich auch gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die angestrebte Direktflugtochter mit damit verbundenen Einkommenseinbußen ein und will das bisherige Tarifstufensystem weitgehend beibehalten. In der Nacht zum Dienstag waren die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Lufthansa gescheitert. Die Stewardessen und Stewards haben bis auf kleinere Aktionen bisher noch nie gestreikt.

Die Lufthansa reagiert mit Unverständnis auf die Streikankündigung. In den Verhandlungen habe das Unternehmen ein "umfassendes Absicherungsangebot", vorgelegt, sagte Personalvorstand Peter Gerber am Dienstag in Frankfurt am Main. Allerdings habe die Airline im Gegenzug von den Flugbegleitern Zugeständnisse wie längere Arbeitszeiten eingefordert.

Aussichten sind nicht rosig

Passagiere der Lufthansa müssen nun erhebliche Verspätungen und Ausfälle von Flügen in nächster Zeit befürchten. Der neue Gewerkschaftschef hatte bereits eine Taktik der Nadelstiche angekündigt, bei der mit zeitlich begrenzten Aktionen an einzelnen Stationen der Flugplan nachhaltig durcheinandergebracht werden könne. Das Problem für die Airline: Die Lufthansa fliegt derzeit wie die meisten europäischen Konkurrenten rote Zahlen ein. Im ersten Halbjahr blieb trotz einer deutlichen Erholung im zweiten Quartal ein operativer Verlust von 20 Millionen Euro (2011: plus 114 Mio). Grund sind unter anderem die erneut gestiegenen Treibstoffpreise in Verbindung mit dem schwachen Euro, der den Einkauf des

Kerosin in US-Dollar verteuert. Der Umsatz legte um 6 Prozent auf 14,5 Milliarden Euro zu. Europäische Billigflieger und Konkurrenten aus Asien drücken zudem auf die Gewinnmargen bei den Tickets.

Die Aussichten sind nicht rosig: Das Wachstum bei den Buchungen lasse auch wegen der wirtschaftlichen Probleme in Südeuropa nach, hatte Lufthansa-Vorstand Stefan Lauer kürzlich berichtet. Aktuell reagiert die Gesellschaft auf die schwächelnde Nachfrage mit einem ausgedünnten Flugplan. Zur nachhaltigen Ergebnissteigerung hat Lufthansa das Sparprogramm Score aufgelegt, das im Jahr 1,5 Milliarden Euro bringen soll. 3500 von rund 120 000 Jobs weltweit werden gestrichen, Entlassungen sind nicht ausgeschlossen. Lufthansa muss zudem Milliardeninvestitionen für neue Flugzeuge finanzieren.

Lufthansa Classic

Bei der Lufthansa Passage betreuen rund 19.000 Flugbegleiter die Passagiere. Ihr Einstiegsgehalt beträgt nach einer zwölfwöchigen Ausbildung 1533,23 Euro zuzüglich einer 16-prozentigen Schichtzulage. Im Laufe eines Berufslebens steigen die Grundgehälter nach einer vielstufigen Tariftabelle auf bis zu 4000 Euro, für die zusätzlich mit Sicherheitsverantwortung ausgestatteten Purser (sind für das leibliche Wohl der Passagiere zuständig) in der Endstufe auf bis zu 7000 Euro.

Für verschiedene Tochtergesellschaften wie Swiss, Austrian Airlines oder Germanwings gelten abweichende Tarifbedingungen. Einige Flugbegleiter im Berlin-Verkehr sind auch bei der Leiharbeitsfirma Aviation Power angestellt. Voraussetzungen für den Berufseinstieg sind unter anderem eine abgeschlossene Schulausbildung, fließend Deutsch und Englisch, eine Mindestgröße von 1,60 Meter und ein "angemessenes Körpergewicht", wie Lufthansa in ihren Bewerbungsunterlagen schreibt.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/flugbegleiter-streik-lufthansa-prueft-klage--63407064.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-078	Mi, 29-08-12	Wirtschaft	afp	Bericht

VORSITZ

Die IG Metall will ihre Führungsspitze umkrempeln

Berthold Huber, Vorsitzender der mächtigsten Einzelgewerkschaft Europas, denkt über einen vorzeitigen Rücktritt nach / Folgt auf ihn Detlef Wetzel ?.

FRANKFURT (dpa/AFP). Berthold Huber sucht den richtigen Absprung von der Spitze der IG Metall. Seine vom Spiegel dokumentierten Gedankenspiele zu einem vorzeitigen Rückzug im Jahr 2013 sind allerdings an zwei Bedingungen geknüpft: Dass nämlich keine zugespitzte Krise herrschen dürfe und zudem die Nachfolge in seinem Sinne geregelt sein müsse. Europas größte und mächtigste Einzelgewerkschaft mit mehr als 2,2 Millionen Mitgliedern sucht nach einer neuen Führung.

Bei einem schnellen Wechsel im kommenden Jahr gilt der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel im roten IG-Metall-Hochhaus am Main als erster und wahrscheinlich auch einziger Anwärter. In der Doppelspitze mit Huber war der 59-Jährige für unangenehme Dinge wie zum Beispiel die Organisationsreform zuständig. Der Mann aus Nordrhein-Westfalen stand aber bei der erfolgreichen Kampagne gegen die Leiharbeit vorne und kann auf steigende Mitgliederzahlen und Einnahmen verweisen.

"Für Huber geht es darum, den von ihm eingeschlagenen pragmatischen Kurs langfristig abzusichern", sagt der Berliner Gewerkschaftsexperte Hans-Peter Müller. Eine an Selbstzerfleischung grenzende Debatte wie vor dem Amtsantritt des

polarisierenden Niedersachsen Jürgen Peters 2003 will Huber seiner Organisation ersparen. Huber hatte damals den Hausfrieden nur mit einem Rückzieher gerettet, obwohl der damalige Chef Klaus Zwickel ihn an Peters vorbei an die Spitze schieben wollte.

Die 2007 gewählten Huber und Wetzel stehen für einen pragmatischen Kurs der IG Metall. Die flexible Handhabung der Flächentarife für Betriebe in Schwierigkeiten, Tarifabschlüsse ohne großes Säbelrasseln und die schnelle Reaktion auf die Schockwellen der Lehman-Krise stehen auf der Habenseite des Führungsduos. Der Einfluss der Gewerkschaft reicht weit über Großkonzerne wie Siemens oder Volkswagen hinaus. Kanzlerin Merkel hört genau hin, wenn Huber etwas zu sagen hat. Gerade hat Huber die Wiedereinführung der lockeren Regeln zur Kurzarbeit verlangt, die Deutschland in der 2009er-Krise Massenentlassungen erspart haben.

Der IG Metall geht es in der Folge von Mitgliederzuwachs und guter Konjunktur finanziell blendend. Nach Einschätzung des Wissenschaftlers Hagen Lesch vom unternehmernahen Institut der deutschen Wirtschaft steht die Gewerkschaft finanziell so gut da wie nie. Im vergangenen Jahr habe sie erstmals seit Jahren auch nach Streikrücklagen und DGB-Beitrag einen Überschuss von fünf Millionen Euro in der Kasse gehabt. Regelmäßig fließen satte zweistellige Millionenbeiträge in die Streikkasse.

Wetzel steht bereit, sagen Vertraute. Sein Problem ist, dass er beim nächsten ordentlichen Gewerkschaftstag im Jahr 2015 nicht mehr für die gesamte nächste Amtszeit kandidieren könnte, weil er im Dezember 2017 die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht. Das kommt nicht gut an in einer Organisation, die gegen die Rente mit 67 Sturm gelaufen ist. Die Augen richten sich daher auf die Frage, wer sein Stellvertreter werden soll.

Unter den sieben Bezirkschefs ragen der Stuttgarter Jörg Hofmann und der Düsseldorfer Oliver Burkhard heraus. Unklar bleibt zunächst, ob der linke Gewerkschaftsflügel, der in den vergangenen Jahren nicht mehr in der Spitze vertreten war, einen eigenen Kandidaten ins Rennen schickt. Infrage käme der 51 Jahre alte Hans-Jürgen Urban, der im Vorstand unter anderem die Stabstelle "Soziale Bewegungen" führt.

Dem 57 Jahre alten Hofmann wird eine große Verbundenheit zu seiner Heimat nachgesagt, auch halten ihn manche nicht für geeignet für die große Bühne. Ähnlich wie Huber ist er kein großer Redner, sondern vor allem ein gewiefter Tariftaktiker. Einem Ruf nach Frankfurt könnte sich Hofmann bei aller Heimatliebe aber wohl kaum verschließen: Dass Männer aus Baden-Württemberg die IG Metall führen, ist eigentlich der Normalfall. Von neun Vorsitzenden seit dem Zweiten Weltkrieg stammten sechs aus dem Ländle.

Unterschiedliche Medien spekulieren bereits, wie die Nachfolge genau geregelt wird. So wird nach Angaben der Stuttgarter Zeitung Huber nach der Bundestagswahl 2013 abtreten und den Weg frei machen für seinen bisherigen Stellvertreter Detlef Wetzel. Jörg Hofmann soll dann auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag für den Posten des Zweiten Vorsitzenden vorgeschlagen werden. Wetzel wiederum würde nach zwei Jahren altersbedingt ausscheiden und für Hofmann Platz machen. Hofmann soll nach dem Bericht zufolge von 2015 die Gewerkschaft führen, bis auch er in Rente geht. Für ihn soll dann der nordrhein-westfälische Bezirksleiter Oliver Burkhard (40) zunächst als Vizechef nachrücken, um dann später endgültig den Generationswechsel einzuleiten.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/die-ig-metall-will-ihre-fuehrungsspitze-umkrempeln--63420939.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-079	29-08-12	Wirtschaft	dpa	Nachricht

ARBEITSKAMPF

Streiks bei der Lufthansa frühestens ab Donnerstag

Passagieren der deutschen Airline Lufthansa stehen nervenaufreibende Tage bevor. Allerdings müssen sie sich frühestens von Donnerstag an auf Streiks des Kabinenpersonals einstellen.

Das kündigte der Vorsitzende der Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, am Mittwochmorgen im ARD-Morgenmagazin an. Am Mittwoch wird es nach seinen Worten keinen Ausstand geben. Bei der Lufthansa hieß es am Morgen: "Wir gehen ganz normal in den Tag."

Baublies kündigte für "die nächsten Tage" mehrstündige Streikaktionen an, die jeweils "mit ein paar Stunden Vorlauf" über die Medien und die Lufthansa angekündigt werden sollen. Die Gewerkschaft hat nach eigenen Angaben mehr als die Hälfte der Flugbegleiter organisiert.

In der Nacht zum Dienstag waren langwierige, am Donnerstag vergangener Woche begonnene Verhandlungen gescheitert. UFO hatte neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit an Bord von Lufthansa-Maschinen verlangt. Die Verhandlungspartner wiesen sich gegenseitig die Verantwortung für das Scheitern zu.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/streiks-bei-der-lufthansa-fruehestens-ab-donnerstag--63422922.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-081	Do, 30-08-12	Deutschland	dpa	Bericht

LUFTFAHRT

Lufthansa-Flugbegleiter starten Streik am Freitag

Die Lufthansa und ihre Passagiere stellen sich seit Tagen auf einen Streik des Kabinenpersonals ein. Nun ist der Beginn offiziell. Wo genau gestreikt wird, hält die Gewerkschaft aber noch geheim.

Die seit Tagen angekündigten Streiks der Lufthansa-Stewards und Stewardessen sollen an diesem Freitag starten. Das bestätigte der Vorsitzende der Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, am Donnerstagmorgen: "Es wird Freitag ganz definitiv gestreikt." Er ließ offen, an wie vielen Flughäfen der Arbeitskampf ausgetragen werden soll. "Ob das ein, zwei oder drei Stationen sind, können wir noch nicht sagen." Auf der Internetseite der Gewerkschaft heißt es dazu lediglich: "Jetzt möchten wir nur verkünden, dass der Eine oder Andere überrascht sein wird, da der Streik an dem Ort stattfinden wird, wo auch die Verantwortung für das derzeitige Lufthansa-Desaster begann."

Die genaue Uhrzeit des Streiks und die betroffenen Flughäfen würden erst sechs Stunden vorher bekanntgegeben. "Aus Rücksicht auf die Gäste werden wir diese sechs Stunden einhalten, aber wenn die Lufthansa das weit vorher weiß, dann wird sie ihre Bemühungen, andere Airlines und Personal an bestreikte Flughäfen zu verschiffen, verstärken", sagte Baublies. "Und dann müssten wir in die Fläche gehen und noch mehr Gäste betreffen. Und das möchten wir derzeit noch vermeiden. Deswegen die Zurückhaltung in der Ankündigung von Zeit und Ort."

Lufthansa, andere Airlines und die Flughäfen haben sich auf Streiks der Stewards und Stewardessen vorbereitet, nachdem bereits die erste unbestimmte Ankündigung zu Stornierungen und Umbuchungen geführt hat. Europas größte Fluggesellschaft will alle technischen Möglichkeiten nutzen, ihre Kunden über Flugausfälle zu informieren. Auch im Streikfall werde eine ganze Reihe von Flügen stattfinden, betonte ein Sprecher. So würden die Töchter Cityline,

Eurowings und Germanwings nicht bestreikt und ein Teil der Lufthansaflüge werde auch sicher stattfinden. Kostenlose Umbuchungen auf andere Fluggesellschaften oder die Bahn seien im Streikfall möglich.

Die Gewerkschaft plant zunächst an einzelnen Standorten in Deutschland Arbeitsniederlegungen, die wegen der Vernetzung des Flugverkehrs schnell andernorts Auswirkungen haben könnten. Lufthansa soll ein verbessertes Angebot vorlegen, verlangte Baublies. "Sollte das nicht passieren, haben wir auch flächendeckende und dauerhafte Streiks in der Schublade." Auf der Ufo-Webseite heißt es: "Es kann sein, dass dieser Arbeitskampf noch sehr lange dauern wird."

Der Ufo-Vorstand hatte am Dienstag nach dem Scheitern langwieriger Verhandlungen den Streik ausgerufen, dem die Mitglieder schon vorab zugestimmt hatten. Ufo hat in den seit 13 Monaten andauernden Verhandlungen nach drei Jahren Nullrunden neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen Auslagerungen von Jobs verlangt. Die Gewerkschaft organisiert nach eigenen Angaben die Mehrheit der rund 19.000 Flugbegleiter bei der Lufthansa.

Link	http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/lufthansa-flugbegleiter-starten-streik-am-freitag--63442778.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-082	Fr, 31-08-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

LUFTVERKEHR

Gewerkschaft Ufo streikt zunächst an einzelnen Orten

Noch ist der Arbeitskampf nicht flächendeckend, sondern beschränkt sich auf bestimmte Flughäfen.

FRANKFURT (dpa). Bei der Lufthansa stehen die Zeichen auf Streik. An einem oder mehreren Flughäfen wollen die Flugbegleiter am Freitag für mehrere Stunden die Arbeit niederlegen. Dazu Fragen und Antworten.

Warum sagt die Gewerkschaft nicht klipp und klar, wann und wo gestreikt wird?

Es gehört zur erklärten Taktik von UFO, die Lufthansa über die einzelnen Schritte möglichst lange im Unklaren zu lassen. Allein die Drohung mit punktuellen Streiks schmerzt die Airline bereits, weil vorsichtige Kunden auf Flüge der Konkurrenz umbuchen oder ganz stornieren. Mit kurzer Vorlaufzeit ist es zudem schwierig, Ersatzpersonal vor Ort zu holen. Mit der Nadelstichtaktik ist aus Sicht der Gewerkschaft eine langsame Eskalation des Arbeitskampfes und der Wiedereinstieg in Verhandlungen möglich. Ein flächendeckender Streik, um eine Einigung zu erzwingen, wird laut UFO-Chef Nicoley Baublies vorbereitet.

Von wem erfahre ich, ob mein Flug ausfällt?

Grundsätzlich wissen das die Fluggesellschaften beziehungsweise bei Pauschalreisen die Veranstalter. Die Unternehmen werden Hotlines einrichten sowie ihre Infoseiten im Internet aktuell halten.

Wie reagiert die Lufthansa?

Man habe mehrere Szenarien in der Schublade und werde möglichst viele Flüge stattfinden lassen, sagt Sprecher Thomas Jachnow. Vorrang haben die Interkontinentalverbindungen, während innerdeutsche Flüge am einfachsten auf die Bahn verlagert werden können.

Kann die Lufthansa nicht einfach Ersatzleute anheuern?

Das wird schwierig, wenngleich der zuständige Personalchef Peter Gerber sich das vorbehalten hat. Doch der

Arbeitsmarkt ist nicht gerade üppig besetzt. Die Grundausbildung ist zwar mit zwölf Wochen kurz, aber es kann nicht jeder Flugbegleiter auf jedem Jet eingesetzt werden.

Wie lange hält die Gewerkschaft einen Arbeitskampf durch?
An mangelnden Mitteln aus der Streikkasse werde der Arbeitskampf nicht scheitern, sagt Baublies. Die langsame Eskalation schont auch das UFO-Vermögen.

Worum geht es eigentlich?
Offiziell streiken die Flugbegleiter lediglich für mehr Geld. Sie verlangen nach drei Jahren Nullrunde ein Einkommensplus von fünf Prozent sowie höhere Gewinnbeteiligungen. Im Hintergrund geht es um die Zukunft des Lufthansa-Konzerns. Das Management will eine Billigeinheit für Direktflüge mit zunächst rund 90 Flugzeugen und 2000 Beschäftigten gründen, für die deutlich niedrigere Tarife gelten sollen. Bei allen übrigen sollen Gehaltsstufen abgeflacht werden, neue Kräfte nicht mehr so schnell aufsteigen können. Weil UFO dabei nicht mitmachen wollte, hat Lufthansa zudem Leiharbeiter eingesetzt.

Wie hoch ist die Kampfbereitschaft der Stewards und Stewardessen?
Das ist die spannende Frage in diesem Tarifkonflikt. Im Gegensatz zu den weit besser verdienenden Piloten oder den Fluglotsen bei der Deutschen Flugsicherung haben die Flugbegleiter noch nie einen richtigen Arbeitskampf durchstehen müssen. Lufthansa-Personalvorstand Stefan Lauer hat sich vor kurzem noch sicher gezeigt, dass es zu großen, flächendeckenden Streiks nicht kommen werde.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/gewerkschaft-ufo-streikt-zunaechst-an-einzelnen-orten--63460346.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-083	Fr, 31-08-12	Deutschland	dpa	Bericht

FLUGHAFEN FRA

Lufthansa-Flugbegleiter im Ausstand - Streik in Frankfurt

Für viele Flugpassagiere am Frankfurter Flughafen ist es ein Alptraum: Ausgerechnet am letzten Tag der Woche streikt das Kabinenpersonal an Deutschlands größtem Airport.

Die Flugbegleiter der Lufthansa sind seit 5 Uhr im Streik: Am Frankfurter Flughafen konnten zahlreiche Maschinen am Freitagmorgen nicht starten. Es bildeten sich lange Schlangen vor den Umbuchungsschaltern, ein Chaos am größten deutschen Flughafen brach jedoch nicht aus. Drei von vier Lufthansa-Flugzeugen sollten trotz des Streiks planmäßig abheben. Unmittelbar betroffen ist bisher nur der größte deutsche Airport.

Der Chef der Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, nannte die Streikbereitschaft der Stewardessen und Stewards der Lufthansa "absolut überwältigend". Er betonte im ARD-Morgenmagazin, Passagiere müssten auch nach dem offiziellen Streikende um 13 Uhr noch mit Verzögerungen rechnen. "Es dauert Tage, bis der Flugplan wieder ganz normal ist", meinte Baublies.

Die Airline könne 32 geplante Hin- und Rückflüge - also insgesamt 64 Flüge - nicht anbieten, sagte Lufthansa-Sprecher Jan Bärwalde am frühen Freitagmorgen. Das entspreche etwa 25 Prozent der für diesen Zeitraum geplanten Flüge. Allerdings seien vorerst nur innerdeutsche und innereuropäische Strecken betroffen.

Ist ein flächendeckender Streik möglich?

Ufo-Chef Baublies appellierte an die Lufthansa, den Flugbegleitern ein neues Angebot in dem festgefahrenen Tarifstreit zu machen. Weitere Aktionen hingen "vom Verhalten der Lufthansa ab". Ufo könne auch für den Freitagabend erneut zum Streik aufrufen. Zunächst sollen einzelne Flughäfen einbezogen werden. Baublies hatte aber früher bereits betont, auch ein flächendeckender Streik sei möglich, wenn sich die Airline nicht bewege. Die Gewerkschaft organisiert nach eigenen Angaben die Mehrheit der rund 19.000 Flugbegleiter bei der Lufthansa.

Ufo hatte zunächst nur das Kabinenpersonal in Frankfurt zum Streik aufgerufen – von einige kleineren Aktionen in der Vergangenheit abgesehen ist es der erste Arbeitskampf der Gewerkschaft. Der Streik dürfte sich wegen der Vernetzung des Flugverkehrs aber auch andernorts auswirken.

Am Frankfurter Terminal 1 gaben Anzeigetafeln den Ausfall von Lufthansa-Flügen mit Zielen in Deutschland und Europa bekannt. Gestrichen waren zum Beispiel Verbindungen nach Hamburg, Berlin, Zürich, London und Rom. Eine laufend aktualisierte Liste der gestrichenen Flüge veröffentlicht Lufthansa auf ihrer Website http://www.lufthansa.com .

Debatte über neue Billigfluglinie

Die Gewerkschaft hatte am Dienstag nach dem Scheitern langwieriger Verhandlungen den Streik ausgerufen, dem die Mitglieder schon vorab zugestimmt hatten. Ufo hat in den seit 13 Monaten andauernden Verhandlungen nach drei Jahren Nullrunden neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs verlangt. Lufthansa plant hingegen mittelfristige Einsparungen bei den Personalkosten und will dafür unter anderem die Beförderungsstufen strecken.

Das Unternehmen wies die Darstellung der Ufo zurück, dass rund 2000 Flugbegleiter in die geplante interne Billigfluglinie mit schlechteren Tarifbedingungen verlagert werden sollten. Mindestens 800 der vorgesehenen Kräfte kämen von der Tochter Germanwings, in der vergleichbare Tarifbedingungen bereits gelten, hieß es.

Lufthansa und die verschiedenen Flughäfen hatten sich intensiv auf die Streiks der Stewards und Stewardessen vorbereitet. Bereits die erste unbestimmte Ankündigung vom Dienstag hatte zu Stornierungen und Umbuchungen geführt. Europas größte Fluggesellschaft wollte alle technischen Möglichkeiten nutzen, ihre Kunden über Flugausfälle zu informieren.

Link	http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/lufthansa-flugbegleiter-im-ausstand-streik-in-frankfurt--63462370.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-084	04-09-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

LUFTHANSA

Flugbegleiter streiken in Berlin, Frankfurt und München

Die Flugbegleiter der Lufthansa haben ihre Streiks in Berlin und Frankfurt fortgesetzt, München folgt im Laufe des Tages. Die Lufthansa muss die Hälfte der Kurz- und Mittelstreckenflüge streichen.

In Berlin-Tegel legten die Flugbegleiter am Dienstag um 5 Uhr ihre Arbeit nieder, eine Stunde später auch am Drehkreuz Frankfurt. Acht Stunden sollen die Ausstände dauern. Die bislang längste Streikaktion beginnt um 13 Uhr in München. Montagabend hatte die Gewerkschaft zunächst Berlin und Frankfurt im Abstand von einer Stunde bekanntgegeben; der Münchner Streik wurde am Dienstagmorgen angekündigt. "Uns fehlt jedes Verständnis dafür, dass man sich hier über die Nacht so austobt auf dem Rücken der Fluggäste", sagte Lufthansa-Sprecher Michael Lamberty.

Zum Ende vergangener Woche hatten die Flugbegleiter in einer ersten Welle für acht Stunden schon einmal in Frankfurt die Arbeit niedergelegt und damit Deutschlands größten Flughafen teils lahmgelegt. Etwa die Hälfte aller Kurz- und Mittelstreckenflüge und sogar einige Langstreckenflüge müsse die Airline in der Zeit der Ausstände annullieren, sagte ein Sprecher am Dienstagmorgen.

Sollte das Unternehmen nach der zweiten Streikwelle am Dienstag bei seiner "arroganten Linie" bleiben, machten weitere Nadelstiche voraussichtlich keinen Sinn mehr, sagte Gewerkschaftschef Nicoley Baublies. Am Mittwoch sei ein flächendeckender Streik aber noch "unrealistisch" und wegen der zu erwartenden Auswirkungen der zweiten Streikwelle vom Dienstag auch nicht notwendig. Man wolle der Lufthansa zudem auch Zeit für eine Reaktion einräumen.
Schon vor der gestaffelten Streikankündigung in der Nacht zum Dienstag hatte Lufthansa-Sprecher Andreas Bartels die Ufo-Streiktaktik als "sehr fluggastfeindlich" kritisiert. Das kurze Zeitfenster von sechs Stunden lasse der Gesellschaft kaum eine Chance, die Passagiere rechtzeitig zu informieren. Ufo sieht dagegen eine kurzfristige Streikankündigung derzeit als einziges Mittel im Arbeitskampf mit der Lufthansa. "Wir bedauern das natürlich aufs Äußerste, dass unsere Fluggäste darunter leiden", sagte Ufo-Sprecher Alexander Behrens. "Nur ist es für uns in unserer Situation die einzige Möglichkeit, die wir haben."
Die Gewerkschaft Ufo hat in den seit 13 Monaten andauernden Verhandlungen nach drei Jahren Nullrunden neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs verlangt. Lufthansa plant hingegen mittelfristige Einsparungen bei den Personalkosten und will dafür unter anderem die Beförderungsstufen strecken. Lufthansa beschäftigt nach eigenen Angaben rund 18 000 Flugbegleiter, Ufo spricht hingegen von 19 400 Arbeitnehmern. Das Unternehmen bietet bisher 3,5 Prozent mehr Gehalt sowie den Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen. An den Plänen zu einer internen Billiglinie hält die Lufthansa aber fest.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/flugbegleiter-streiken-in-berlin-frankfurt-und-muenchen-x2x--63525514.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-085	05-09-12	Wirtschaft	Christian Ebner (dpa)	Bericht

Raue Töne, wartende Passagiere

Die Flugbegleiter weiten ihren Arbeitskampf bei Europas größter Fluggesellschaft aus.

FRANKFURT/BERLIN. Passagiere der Lufthansa sind in diesen Tagen leidgeprüft. Mit gestaffelten Streiks an drei großen Flughäfen haben die Flugbegleiter der Lufthansa am Dienstag mehr als 300 Flüge ausfallen lassen. Die zweite Streikwelle in dem festgefahrenen Tarifkonflikt fiel deutlich stärker aus als der Auftakt vom Freitag, als in Frankfurt 190 Flüge abgesagt wurden. Erneut mussten Tausende Passagiere Wartezeiten auf sich nehmen, umbuchen oder konnten die Flugreise gar nicht antreten. Das Wirrwarr an den bestreikten Flughäfen in Berlin, Frankfurt und München hielt sich aber in Grenzen, auch weil Flüge früher abgesagt wurden.

Die Gewerkschaft hat in den seit 13 Monaten andauernden Verhandlungen nach drei Jahren Nullrunden neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs verlangt. Lufthansa plant hingegen mittelfristige Einsparungen bei den Personalkosten und will dafür unter anderem die Beförderungsstufen strecken. Auch an der besonders umstrittenen Einführung einer konzerninternen Billigtochter hält das Management fest. Bei einer längeren Laufzeit hat das Unternehmen Gehaltssteigerungen um 3,5 Prozent angeboten.

Die Passagiere in den Warteschlangen schwankten am Dienstag zwischen Empörung über die Streikenden und Verständnis für ihre Forderungen. "Wenn man drei Jahre keine Erhöhung bekommen hat, darf man auch mal streiken", meinte in Berlin der wartende Thomas Hufnagel. Sein Mitreisender Dirk Dittner hält hingegen die Situation der Lufthanseaten für komfortabel. Er erwarte, dass die Angestellten über den Tellerrand hinausblicken und auf die Konsequenzen ihrer Aktionen achten.

Die Kabinengewerkschaft UFO hat für Freitag eine ganztägige und flächendeckende Arbeitsniederlegung angedroht, falls sich Lufthansa nicht bewegt. Am heutigen Mittwoch sei dies wegen der Auswirkungen vom Dienstag noch nicht notwendig, hatte Gewerkschaftschef Nicoley Baublies erklärt. "Am Mittwoch wird noch genug Chaos herrschen", sagte der UFO-Chef. Tatsächlich hat Europas größte Fluggesellschaft bereits erste Verbindungen für den Mittwoch gestrichen.

Beide Seiten werfen sich Arroganz vor

Lufthansa kritisierte die UFO-Taktik der gestuften Streiks und Ankündigungen heftig: "Das hat nichts mehr mit Nadelstichen zu tun, (...) sondern das sind Nackenschläge oder Faustschläge ins Gesicht unserer Kunden. Hier streikt eine Gewerkschaftsführung gegen die Kunden. Und das kann nicht sein", sagte Konzernsprecher Klaus Walther. "Was die UFO heute tut, ist doch bereits ein flächendeckender Streik", ergänzte sein Kollege Andreas Bartels.

Der Ton in der Tarifauseinandersetzung wird deutlich rauer, die Akteure reagieren zunehmend gereizt. Lufthansa-Sprecher Walther warf UFO Arroganz vor. "Ich glaube, es ist ziemlich arrogant, was die Gewerkschaftsführung gegenüber unseren Kunden macht. (...) Das richtet sich gegen die Flugpassagiere und ist unerträglich aus Sicht der Kunden", sagte er N-tv. Zuvor hatte UFO-Chef Baublies die Lufthansa aufgefordert, ihre arrogante Haltung aufzugeben.

Zum Ende vergangener Woche hatten die Flugbegleiter in einer ersten Welle für acht Stunden schon einmal in Frankfurt die Arbeit niedergelegt und damit Deutschlands größten Flughafen teilweise lahmgelegt. UFO-Chef Baublies hatte die Streiks als Nadelstiche bezeichnet. Walther forderte die Gewerkschaft erneut auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, den UFO verlassen habe.

In Frankfurt und Berlin fielen den Angaben zufolge am Dienstag rund die Hälfte der in der Streikzeit geplanten Kurz- und Mittelstreckenflüge aus. In Frankfurt wurde jeder dritte Interkontinentalflug abgesagt, in München jeder zweite. Am zweiten wichtigen Drehkreuz sollte bis Mitternacht gestreikt werden. Insgesamt rechnete die Lufthansa damit, dass mehr als 340 der ursprünglich geplanten 1800 Flüge ausfallen würden.

Bei der Planung des restlichen Flugprogramms hatten Verbindungen nach Übersee Vorrang, auf kürzere Entfernungen wurden die Gäste vor allem auf die Bahn umgebucht. "Wir rechnen mit einigen tausend Fahrgästen mehr", sagte eine Sprecherin der Deutschen Bahn. "Bei Bedarf werden wir mehr Züge auf die Reise schicken, bisher reichten die Kapazitäten noch aus."

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/raue-toene-wartende-passagiere--63546281.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-086	05-09-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

LUFTHANSA

Gewerkschaft kündigt landesweiten Streik an

Die Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo verstärkt den Druck auf die Lufthansa und will am Freitag den Flugverkehr in ganz Deutschland weitgehend lahmlegen.

Arbeitsniederlegungen soll es nach Worten von Gewerkschaftschef Nicoley Baublies an allen Lufthansa-Standorten geben. Mit Verzögerungen und Ausfällen mussten Passagiere auch am Mittwoch noch rechnen.

Auf ihrer Internetseite veröffentlichte die Lufthansa eine Liste mit 27 gestrichenen Flügen von und nach Frankfurt und

München, die für Mittwoch geplant waren. Diese Ausfälle seien Folgen des Streiks vom Dienstag, sagte der Sprecher des Flughafens München. "Der Flugplan passt noch nicht. Einige Flugzeuge und Crews sind nicht da, wo sie sein sollen." Im Laufe des Tages werde sich die Lage aber voraussichtlich normalisieren.

In München wurde der Streik um Mitternacht beendet. Der Flughafen hatte 500 Feldbetten für gestrandete Passagiere aufstellen lassen. 350 Reisende verbrachten dort die Nacht. Am Dienstag hatten Stewardessen und Stewards bei der Lufthansa ihre Arbeit in Frankfurt, Berlin und München niedergelegt. Auf dem zweitgrößten deutschen Flughafen in München wurden mehr als 100 Flüge annulliert. Insgesamt wurden mehr als 300 Flüge abgesagt, mehr als 43 000 Passagiere mussten sich auf spätere Maschinen oder andere Anbieter umbuchen lassen oder konnten gar nicht fliegen. Eine Alternative war vor allem für Inlandsreisen die Bahn.

Wann reden beide Seiten wieder miteinander?

Die Lufthansa konnte nach Angaben eines Sprechers die Hälfte der betroffenen Fluggäste per SMS informieren und sagte Flüge früher ab. Die Lufthansa und ihre Passagiere spürten die zweite Streikwelle am Dienstag bereits deutlich heftiger als den Auftakt am vergangenen Freitag, als 190 Flüge gestrichen wurden.

Die Fronten in dem Tarifstreit sind weiterhin verhärtet. Auf den ersten flächendeckenden Streik in dieser Auseinandersetzung will die Gewerkschaft nur verzichten, wenn die Lufthansa in eine Schlichtung ohne Vorbedingungen einwilligt. Ein Lufthansa-Sprecher erklärte, die Tür zu Gesprächen sei offen, aber über den Schlichtungsgegenstand habe man sich in der Vergangenheit nicht einigen können.

Ufo fordert fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa bietet 3,5 Prozent Lohnerhöhung, plant aber eine konzerninterne Billigtochter.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/gewerkschaft-kuendigt-landesweiten-streik-an--63550938.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-087	06-09-12	Deutschland	dpa/bz	Bericht

STREIK

Zwei Drittel der Lufthansa-Flüge fallen am Freitag aus

Der Flugbegleiter-Streik bei der Lufthansa trifft Passagiere und Unternehmen hart. Am Freitag droht ein bundesweiter Ausstand. Die Lufthansa hat bereits zwei Drittel der Flüge gestrichen.

Die Lufthansa steuert auf den ersten bundesweiten Streik der Flugbegleiter zu. Nach zwei regionalen Streikwellen mit zusammen mehr als 500 Flugausfällen und rund 90.000 direkt und indirekt betroffenen Passagieren deutete am Mittwoch zunächst nichts auf eine Annäherung mit der Gewerkschaft Ufo hin. Diese hat für Freitag zu einem 24-Stunden-Streik an allen deutschen Lufthansa-Standorten aufgerufen.

Ufo fordert fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa bietet bei einer längeren Laufzeit 3,5 Prozent Lohnerhöhung, plant aber eine konzerninterne Billigtochter und will die Gehaltsstufen abflachen.

Auch der Euro-Airport ist betroffen

Die Lufthansa hat wegen des angekündigten Streiks der Flugbegleiter bereits zwei Drittel ihrer Flüge am Freitag gestrichen. Das sagte ein Sprecher der Lufthansa am Mittwochabend. Die Lufthansa hoffe, dass sie ein Drittel der Flüge anbieten könne. Dazu zählten Flüge von Regionalpartnern, die nicht bestreikt werden sollen. Die Lufthansa wolle aber

auch Langstreckenflüge anbieten. Die Fluggesellschaft informiert auf ihrer Internetseite über die gestrichenen Flüge. Betroffen sind unter anderem Verbindungen zwischen Basel und München sowie Basel und Düsseldorf.

Der Lufthansa-Manager Peter Gerber hatte zuvor wieder eine auf wenige Fragen reduzierte Schlichtung ins Spiel gebracht, die er aber an schwierige Bedingungen knüpfte. Ufo reagierte abwartend.

In einer Schlichtung könnten die Fragen des offenen Vergütungstarifvertrages behandelt werden, nicht aber komplexe Punkte aus dem Manteltarif oder unternehmerische Entscheidungen, sagte Lufthansa-Manager Gerber. Damit meinte er besonders den von Ufo bislang heftig bekämpften Plan einer internen Billigfluglinie auf dem Tarifniveau der Tochter Germanwings.

Am Freitag fallen wohl 1200 Flüge aus

Der aus Offenburg stammende Ufo-Chef Nicoley Baublies forderte Gerber auf, seine Vorstellungen im direkten Gespräch der Gewerkschaft zu erläutern. Man werde sich alles anhören, was die Streiks am Freitag möglicherweise überflüssig machen könnte.

Ein Lufthansa-Sprecher hatte am Nachmittag noch gesagt, von den rund 1800 Flügen am Freitag fänden rund 600 sicher statt, weil sie von Regionalpartnern geflogen werden. Erneut sollen die Passagiere per Mail oder SMS benachrichtigt werden.

Bei der zweiten Streikwelle am Dienstag in Berlin, Frankfurt und München waren mehr als 300 Flüge ausgefallen, 51.000 Passagiere mussten umgebucht werden oder konnten gar nicht fliegen. Die Airline hatte zunächst nur von 43.000 direkt betroffenen Passagieren gesprochen. Weitere rund 39.000 Fluggäste waren von streikbedingten Verspätungen betroffen. Ufo-Chef Baublies sagte, nach Freitag seien zunächst keine weiteren Streiks geplant, sondern eine Denkpause.

Link	http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/zwei-drittel-der-lufthansa-fluege-fallen-am-freitag-aus--63569247.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-088	07-09-12	Wirtschaft	dpa	Bericht

STREIKENDE

Lufthansa und Flugbegleiter vereinbaren Schlichtung

1000 gestrichene Flüge, 100.000 betroffene Reisende: Nach dem größten Streiktag bei der Lufthansa, hat die Airline mit den Flugbegleitern eine Schlichtung vereinbart.

Die Lufthansa und die Flugbegleiter haben eine Schlichtung vereinbart. Die Streiks werden ausgesetzt, sagte der Chef der Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, am Freitag in Frankfurt. Zunächst blieb offen, ob davon bereits die am Freitag begonnenen Streiks betroffen sind. Ein Schlichter wird nach Angaben von Baublies noch gesucht.

Während der Schlichtung gilt Friedenspflicht.
Im Schlichtungsverfahren geht es nach Angaben von Ufo in erster Linie um die Vergütungsfragen. Parallel dazu sollen aber über alle anderen strittigen Fragen wie Leiharbeit verhandelt werden. "Damit ist die Ufo sehr zufrieden", sagte

Baublies. Es sei der Gewerkschaft immer um ein Gesamtpaket gegangen. Die Ankündigung der Lufthansa, künftig keine Leih-Stewardessen mehr auf ihren Berlin-Verbindungen einzusetzen, sei ein "wichtiges Signal" gewesen.

Der bislang wirkungsvollste Streik in der Geschichte der Airline

Die Flugbegleiter hatten am Freitag voriger Woche zunächst für mehrere Stunden die Lufthansa am Standort Frankfurt bestreikt und den Arbeitskampf dann schrittweise ausgedehnt. An diesem Freitag kam es dann zum bislang wirkungsvollsten Streik in der Geschichte der Airline.

Vor der Vereinbarung einer Schlichtung hatte die Lufthansa bereits eine wichtige Forderung der Streikenden erfüllt. Die Fluggesellschaft kündigte an, künftig keine Leih-Stewardessen mehr auf ihren Berlin-Verbindungen einzusetzen. Während am bislang größten Streiktag bei Lufthansa bundesweit mehr als die Hälfte der 1800 geplanten Verbindungen ausfiel, liefen parallel in Frankfurt Sondierungsgespräche für weitere Verhandlungen.

Wegen des Streiks musste Europas größte Fluggesellschaft am Freitag weit mehr als die Hälfte ihrer Flüge streichen, rund 100.000 Reisende waren von dem beispiellosen Ausstand betroffen. Selbst die Pilotenstreiks aus den Jahren 2001 und 2010 hatten nicht eine derart durchschlagende Wirkung. Chaos gab es aber weder an Flughäfen, Bahnhöfen noch auf den Autobahnen. Es war bereits die dritte Streikwelle nach zwei regional begrenzten Ausständen seit Freitag vergangener Woche.

Link	http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/lufthansa-und-flugbegleiter-vereinbaren-schlichtung-x2x--63625502.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
BZ-089	08-09-12	Deutschland	dpa	Nachricht

LUFTHANSA-STREIK

Flugreisende können aufatmen

Schlichtung bei der Lufthansa.

FRANKFURT (dpa/BZ). Die Lufthansa und die Flugbegleiter haben eine Schlichtung vereinbart. Die Streiks werden ausgesetzt, sagte der Chef der Gewerkschaft UFO, Nicoley Baublies, am Freitagabend. Während der Schlichtung gilt Friedenspflicht. Ein Schlichter wird nun gesucht. Im Schlichtungsverfahren geht es laut UFO in erster Linie um die Vergütungsfragen. Parallel dazu sollen über alle anderen strittigen Fragen wie Leiharbeit verhandelt werden. Zuvor hatte die Lufthansa eine erste wichtige Bedingung von UFO erfüllt: Es werden keine Leih-Stewardessen mehr auf den Berlin-Verbindungen eingesetzt; 200 Leiharbeitern bietet die Lufthansa einen Arbeitsvertrag an. Am Freitag kam es zum bislang wirkungsvollsten Streik in der Geschichte der Airline. Europas größte Fluggesellschaft musste weit mehr als die Hälfte ihrer Flüge streichen. 100 000 Reisende waren von dem Ausstand betroffen. Chaos gab es aber weder an Flughäfen, Bahnhöfen noch auf den Autobahnen. Von diesem Samstag an will die Lufthansa wieder weitgehend nach Plan fliegen. Nur einzelne Flüge sollen ausfallen.

Link	http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/flugreisende-koennen-aufatmen--63627569.html

Artikel der Frankfurter Rundschau

Tabelle: Inhaltsverzeichnis

FR-Artikel	**FR-Artikel/ Seitenzahl**				
001 - 005	001/2	002/3	003/4	004/5	005/5
006 – 010	006/6 006a/7	007/8	008/9	009/10	010/11
011 – 025	011/12	012/13	013/14 013a/17	014/17	015/18
016 – 020	016/19	017/19	018/20	019/21	020/22
021 – 025	021/23	022/26	023/27	024/28	025/29
026 – 030	026/30	027/30	028/31		030/32
031 - 035	031/32	032/32	033/33	034/34	035/35
036 - 040		037/35	038/36	039/37	040/38
041	041/38				

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-001	Mo 28-08-12	Reise	dpa/dmn	

LUFTHANSA-STREIK

Passagier-Rechte bei Flugausfall

Durch den Streik der Lufthansa-Flugbegleiter wird es bundesweit zu Flugstreichungen kommen. Wir geben einen Überblick, welche Rechte Fluggäste bei einem Flugausfall haben und geben Auskunft zu Stornierung und Entschädigung.

Die Flugbegleiter der Lufthansa treten ab sofort in einen unbefristeten Streik, wie die Kabinengewerkschaft UFO mitgeteilt hat. Noch ist nicht bekannt, wann genau in den kommenden Wochen gestreikt wird. Es wird aber bundesweit zu Flugausfällen kommen. Wir zeigen, welche Rechte Sie als Fluggast bei einem Streik haben und beantworten die wichtigsten Fragen.

Wie erfahre ich, ob mein Flug gestrichen wurde?

Ansprechpartner für Flugpassagiere ist die Fluggesellschaft, also in dem Fall die Lufthansa. Bei Pauschalreisen ist der jeweilige Reiseveranstalter zuständig. Die Airline und die verschiedenen Flughäfen stellen auf ihren Internetseiten Informationen über die aktuellen Flüge zur Verfügung.

Kann ich einen gestrichenen Flug stornieren?

Der Kunde kann einen Flug, der wegen Streiks gestrichen wurde, stornieren und erhält dann sein Geld zurück. Reisende haben aber auch Anspruch, den Flug zu einem späteren Zeitpunkt noch einzulösen.

Bekomme ich bei Flugausfall eine Entschädigung?

Fallen bei einem Streik von Flugbegleitern Flüge aus oder verspäten sie sich, haben Passagiere keinen Anspruch auf eine Entschädigung. Laut eines Urteils des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 21.8.2012 steht Passagieren bei solchen Streiks kein finanzieller Ausgleich gemäß der EU-Fluggastrechteverordnung zu. Dies gilt auch bei einem Ausstand von Flugbegleitern, wie er nun bei Lufthansa angekündigt wurde.

Wie komme ich trotzdem ans Ziel, habe ich Anspruch auf eine Ersatzbeförderung?

Die Airline ist verpflichtet, Fluggäste bei einem Streik so schnell wie möglich auf einem anderen Weg an ihr Ziel zu bringen, erklärt Sabine Fischer-Volk von der Verbraucherzentrale Brandenburg. Passagieren steht daher eine kostenlose Umbuchung etwa auf einen späteren Flug oder auf Partnerairlines zu. Oder sie werden ersatzweise per Bahn oder Bus transportiert. Den Flugschein kann man zum Beispiel an einem Lufthansa-Schalter in einen Bahn-Fahrschein umwandeln.

Was passiert, wenn ich am Flughafen strande? Bekomme ich Essen und Getränke?

Müssen Passagiere am Flughafen länger warten, stehen ihnen Essen und Getränke zu. In der Regel verteilen die Fluggesellschaften Gutscheine. Keine genauen Vorschriften gibt es dazu, wie hoch der Betrag sein muss. In der EU-Verordnung heißt es nur, dass Mahlzeiten und Erfrischungen in angemessenem Verhältnis zur Wartezeit stehen müssen. Bei einer Verspätung von drei Stunden reicht laut Verbraucherschützerin Fischer-Volk ein Gutschein über zehn Euro pro Person.

Darf ich auf Kosten der Airline telefonieren?

Gestrandete Passagiere haben Anspruch darauf, auf Kosten der Airline zu telefonieren sowie Faxe oder E-Mails zu versenden. Die Anzahl ist genau geregelt: Laut EU-Verordnung sind es zwei Telefonate, zwei Faxe oder zwei E-Mails.

Muss die Airline eine Unterkunft zahlen?

Können Passagiere erst am kommenden Tag oder noch später weiterfliegen, müssen Airlines sich um eine Übernachtungsmöglichkeit kümmern. Dabei reicht laut Fischer-Volk eine Pritsche im Terminal in der Regel nicht aus. Es müsse aber auch kein Fünf-Sterne-Haus sein. Lediglich in Ausnahmesituationen müssten Fluggäste mit einem Feldbett vorliebnehmen. Dies war zum Beispiel nach den Flugannullierungen im Jahr 2010 wegen der Aschewolke des Vulkans Eyjafjallajökull in Island

der Fall, als an manchen Flughäfen alle Hotelbetten belegt waren. Auch den Transport vom Flughafen zum Hotel muss die Airline zahlen. Eine Obergrenze, wie viele Nächte sie höchstens zahlen muss, gibt es nicht. (dpa/dmn)

Kontakt-Informationen: Fluginformation der Lufthansa, Lufthansa - Liste gestrichener Flüge

Lufthansa-Hotline (24 Stunden): +49 (0) 1805 - 805 – 805 Homepage Flughafen Frankfurt, Homepage Flughafen München

Homepage Flughafen Köln-Bonn, Homepage Flughafen Stuttgart,Homepage Flughafen Düsseldorf

Link	http://www.fr-online.de/reise/-die-rechte-der-passagiere-bei-flugausfall,1472792,16989612.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-002	Mo 28-08-12	Frankfurt	dapd/dpa	

Frankfurt Flughafen Lufthansa

Streik Flughafen bereitet sich auf Streik vor

Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport trifft Vorkehrungen für die für Donnerstag angekündigten Streiks des Lufthansa-Kabinenpersonals. Sollten Passagiere am Frankfurter Flughafen stranden, möchte sich die Fraport um sie kümmern.

Wenn das Kabinenpersonal am Frankfurter Flughafen die Arbeit niederlegt, will der Flughafenbetreiber Fraport vorbereitet sein. Nach eigenen Angaben treffe Fraport bereits Vorkehrungen, um auf die drohenden Flugausfälle reagieren zu können.. „Wir stehen in engem Kontakt zur Lufthansa“, sagte ein Sprecher. Die notwendigen Maßnahmen würden kurzfristig abgestimmt.

Flugpassagiere müssen mit Ausfällen rechnen

Zunächst bleibe aber abzuwarten, wo und wie lange die Flugbegleiter tatsächlich ihre Arbeit niederlegten, sagte der Fraport-Sprecher. Die Gewerkschaft will ihre Streikaktionen sechs Stunden vor Beginn ankündigen. Damit bleibt der Lufthansa und den Flughafenbetreibern wenig Zeit, alternative Flugpläne zu erstellen. Sollten Passagiere am Frankfurter Flughafen stranden, „werden wir uns um sie kümmern“, betonte der Fraport-Sprecher.

Flugpassagiere der Lufthansa müssen nun erhebliche Verspätungen und Ausfälle von Flügen in nächster Zeit befürchten. Der neue Gewerkschaftschef hatte bereits eine Taktik der Nadelstiche angekündigt, bei der mit zeitlich begrenzten Aktionen an einzelnen Stationen der Flugplan nachhaltig durcheinandergebracht werden könne.

Tarifrunde gescheitert

Die Flugbegleitergewerkschaft UFO hatte am Dienstag ihre Mitglieder für Mittwoch zum Streik aufgerufen und die Tarifrunde für gescheitert erklärt. Dass diese trotz tagelanger Verhandlungen ergebnislos zu Ende gegangen ist, bezeichnete UFO-Chef Nicoley Baublies, als „tragisch“. Die Tarifparteien hatten sich auch nach stundenlangen Verhandlungen am frühen Dienstagmorgen nicht einigen können.

Ausgerechnet am Ende der Hauptreisezeit drohen damit an den großen deutschen Flughäfen empfindliche Streik. Die Arbeitsniederlegungen des Kabinenpersonals, die ab Donnerstag flächendeckend ausgeweitet werden sollen, könnten gegen Ende der Woche große Teile des innerdeutschen Flugverkehrs lahmlegen. (dapd/dpa)

Link	http://www.fr-online.de/frankfurt/frankfurt-flughafen--lufthansa-streik-flughafen-bereitet-sich-auf-streik-vor,1472798,16989436.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-003	Mo 28-08-12	Wirtschaft	dapd	

GEPLATZTE TARIFVERHANDLUNGEN

Lufthansastreik - Was Fluggäste wissen müssen

Ausgerechnet zum Ferienende droht bei Deutschlands größter Airline Streik: Welche Auswirkungen der Streik haben könnte und was Verbraucher beachten sollten. Ein Überblick.

Was Fluggäste jetzt wissen müssen:

Was droht dem Fluggast bei einem Streik der Flugbegleiter?
Dem Verbraucher könnte vor allem eine Verspätungswelle drohen. Nicht nur der Lufthansa-Passagier könnte stundenlang am Flughafen festsitzen. Auch Fluggäste anderer Gesellschaften könnten betroffen sein, sollte der Streik länger andauern. Flieger könnten später abfliegen oder landen, Anschlussflüge könnten verpasst werden, und Zubringerflüge könnten verspätet ankommen. Dann sind Fluggäste aller Airlines betroffen.

Welche Rechte haben die Fluggäste?
Wer am Flughafen festsitzt - egal ob in Frankfurt oder in der übrigen EU oder auf einem Flug mit einer EU-Airline aus einem Drittstaat in die EU -, hat Ansprüche, die in der Fluggastrechte-Verordnung geregelt sind. Wer mehrere Stunden auf seinen Flieger warten muss, hat Anrecht auf Betreuung - einschließlich Verpflegung - durch die Airline. Dieser Betreuungsanspruch tritt ab zwei Stunden Verspätung bei Kurzstreckenflügen in Kraft, ab drei Stunden Verspätung auf einem Flug der Mittelstrecke und ab vier Stunden Verspätung auf Langstreckenflügen. Sollte die Flugverspätung bis in die Nacht reichen, muss die Fluggesellschaft ein Hotelzimmer zur Verfügung stellen und auch den Transfer dorthin bezahlen. In Absprache mit der Gesellschaft können Passagiere möglicherweise auch auf den Zug umsteigen.

Müssen Fluggäste für die Betreuungskosten zuerst selbst aufkommen?
Die Verordnung sieht vor, dass die Betreuung kostenlos bereitgestellt wird. Das klappt aber oft nicht. Sollte die Airline trotz Nachfrage keine Betreuung bereitstellen können, muss sich der Fluggast selbst um Verpflegung und möglicherweise ein Hotelzimmer kümmern, alle Belege aufbewahren und die Kosten anschließend der Fluggesellschaft in Rechnung stellen. Diese Kosten sind verschuldensunabhängig. Die Airline muss dem Fluggast also helfen, egal ob die Verspätung durch eine Aschewolke, einen Sturm oder eben einen Streik der Flugbegleiter entstanden ist.

Können Fluggäste aufgrund einer Verspätung Flüge stornieren?
Wenn der Flieger mehr als fünf Stunden verspätet ist, kann der Passagier den Flug stornieren und sein Geld zurück erhalten - ohne Bearbeitungs- und Stornogebühren. Ein Pauschaltourist muss etwas mehr Geduld aufbringen: Er muss länger warten, hat zwar Anspruch auf dieselben Betreuungsleistungen aufgrund der EU-Fluggastrechte-Verordnung wie ein Individualtourist, kann aber nicht kostenfrei vom Reisevertrag zurücktreten. Den Reisepreis mindern kann er aber. Findet der Flug gar nicht statt oder nur mit ganz erheblicher Verspätung, zum Beispiel über 24 Stunden, kann er den Reisevertrag wegen Mängeln kündigen. (Tipps von Reiserechtexperte Kay Rodegra)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/geplatzte-tarifverhandlungen-lufthansastreik---was-fluggaeste-wissen-muessen,1472780,16989028.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-004	Mo 28-08-12	Wirtschaft	dpa	

TARIFVERHANDLUNGEN MIT UFO

Lufthansa-Flugbegleiter streiken

Bei Deutschlands größter Airline droht ausgerechnet zum Ferienende Streik: Die Verhandlungen zwischen Lufthansa und Flugbegleitern sind gescheitert. Die Gewerkschaft UFO ruft zum Arbeitskampf auf.

Bei der Lufthansa gibt es zum Ende der Ferienzeit einen Streik des Kabinenpersonals. „Wir sind ab heute im Arbeitskampf mit der Lufthansa“, teilte UFO-Gewerkschaftschef Nicoley Baublies am Dienstag in Frankfurt mit. Genaue Streiktermine nannte er noch nicht. Das will sich die Gewerkschaft offenhalten.

Für die rund 19.000 Flugbegleiter hatte die Gewerkschaft unter anderem fünf Prozent mehr Geld und ein Ende der Leiharbeit bei der Airline gefordert. In der Nacht zum Dienstag waren die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Lufthansa gescheitert. Die Stewardessen und Stewards haben bis auf kleinere Aktionen bisher noch nie gestreikt.

Flugpassagiere der Lufthansa müssen nun erhebliche Verspätungen und Ausfälle von Flügen in nächster Zeit befürchten. Der neue Gewerkschaftschef hatte bereits eine Taktik der Nadelstiche angekündigt, bei der mit zeitlich begrenzten Aktionen an einzelnen Stationen der Flugplan nachhaltig durcheinandergebracht werden könne.

Lufthansa und UFO hatten wochenlang verhandelt. UFO setzte sich auch gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die angestrebte Direktflugtochter mit damit verbundenen Einkommenseinbußen ein und will das bisherige Tarifstufensystem weitgehend beibehalten. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/tarifverhandlungen-mit-ufo-lufthansa-flugbegleiter-streiken,1472780,16988096.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-005	Mo 28-08-12		dpa	

Tarifverhandlungen mit UFO

Lufthansa droht Streik

Zum Ferienende müssen Flugpassagiere Verspätungen oder Ausfälle ihrer Flüge befürchten. Die Gewerkschaft UFO und die Lufthansa haben auch nach Wochen keine Lösung in ihrem Tarifstreit gefunden. Stewards und Stewardessen könnten erstmals mit massiven Folgen streiken.

Bei der Lufthansa rückt ein Streik des Kabinenpersonals zum Ferienende näher. In der Nacht zum Dienstag sind die Verhandlungen mit der Gewerkschaft UFO gescheitert, wie ein Sprecher der Airline am Dienstag bestätigte. Zuvor hatten die Verhandlungspartner bis tief in die Nacht um eine Gesamtlösung für die rund 19 000 Beschäftigten gerungen, wie die Nachrichtenagentur dpa aus Kreisen erfuhr.

Der Vorstand der Kabinengewerkschaft UFO will seine Entscheidung über einen Arbeitskampf am Vormittag in Frankfurt verkünden. Ein Streik würde den Flugverkehr massiv behindern. Die Mitglieder haben bereits vor Wochen in einer Urabstimmung eindeutig für einen möglichen Arbeitskampf votiert. Eine erneute Abstimmung ist daher nicht notwendig. Die Mitglieder müssten nur zu einem positiven Verhandlungsergebnis erneut befragt werden.

Bis auf kleinere Warnstreikaktionen im Jahr 2009 haben die Stewards und Stewardessen der Lufthansa noch nie gestreikt. Der neue Gewerkschaftschef Nicoley Baublies hat bereits eine Taktik der Nadelstiche angekündigt, bei der mit zeitlich begrenzten Aktionen an einzelnen Stationen der Flugplan nachhaltig durcheinandergebracht werden könne.

Die Flugbegleiter hatten neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit an Bord von Lufthansa-Maschinen verlangt. Sie wollten zudem die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die angestrebte Direktflugtochter mit damit verbundenen Einkommenseinbußen verhindern und das bisherige Tarifstufensystem weitgehend beibehalten.

Lufthansa unter Sparzwang

Dieses System mit fortwährenden Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip will Lufthansa nicht mehr akzeptieren. Europas größte Fluggesellschaft sieht sich wegen des starken Wettbewerbs und anstehender Milliarden-Investitionen zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Eine wichtige Stellschraube im 1,5 Milliarden Euro schweren Sparprogramm „Score“ sind dabei die im Vergleich zum Wettbewerb sehr hohen Personalkosten.

Lufthansa hat bereits den Abbau von 3500 Stellen in der Verwaltung angekündigt, will in der Kabine aber ohne Kündigungen auskommen. Stattdessen sollen die Tochter germanwings und die europäischen Direktverkehre in einer neuen Einheit zusammengefasst werden, in der unter dem Lufthansa-Tarif gezahlt werden soll. UFO befürchtet die Verlagerung von rund 2000 Arbeitsplätzen. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/tarifverhandlungen-mit-ufo-lufthansa-droht-streik,1472780,16986866.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
FR-006	29-08-12			

FRANKFURT LUFTHANSA-STREIK

Im Zentrum des Streiks

Von FRIEDERIKE TINNAPPEL

Die Gewerkschaft der Flugbegleiter, die Ufo, wird wohl die Flughäfen Frankfurt, München und Berlin bestreiken. Bestätigt haben das die Gewerkschafter allerdings noch nicht. Die Verschwiegenheit ist Teil ihrer Taktik.

Der letzte Streik auf dem Frankfurter Flughafen ist noch kein halbes Jahr her. Ende Februar hatten die Vorfeldlotsen an neun Tagen die Arbeit niedergelegt, um eine ordentliche Gehaltserhöhung herauszuholen. 1700 Flüge fielen aus, 170.000 Passagiere mussten am Boden bleiben. Jetzt hat die Die Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo, die mit der Lufthansa im Clinch liegt, Streiks für Freitag angekündigt.

Nach Medienberichten will die Ufo die Flughäfen Frankfurt, München und Berlin bestreiken. Eine Bestätigung der Gewerkschaft gab es dafür am Donnerstagnachmittag zunächst nicht. "Das ist so gewollt", erklärte Nicolay Baublies, Chef der Gewerkschaft. Dadurch solle verhindert werden, dass die Lufthansa "zu viele Möglichkeiten hat, Streikverhinderungsmaßnahmen zu treffen".

Die Financial Times Deutschland berief sich bei der Nennung von Frankfurt und München auf Ufo-Kreise. Derzeit werde in "Gewerkschaftskreisen diskutiert", ob zusätzlich am Flughafen Berlin-Tegel gestreikt werde. Auch über das zu erwartende Ausmaß des Streiks machte er keinen genauen Angaben, sondern sagte lediglich: „Wir werden sicher nicht sofort zwei Drittel aller Flughäfen in Deutschland bestreiken, aber ob es ein, zwei oder drei sein werden, lassen wir offen.“ Die UFO-Mitglieder und die Lufthansa würden wie ankündigt mit einer Vorlaufzeit von sechs Stunden über den Beginn des Streiks informiert. Dies geschehe „im Interesse unserer Gäste“, sagte Baublies. Passagiere sollten auf diese Weise rechtzeitig erfahren, ob sich die Fahrt zum Flughafen lohne oder nicht.

Lufthansa hat Notfallpläne in der Schublade

Die Lufthansa zeigte sich von der Ankündigung und der Informationspolitik der Gewerkschaft wenig überrascht. „Das ist nichts, was wir von anderen Streiks nicht schon kennen würden“, sagte Lufthansa-Sprecher Jan Bärwalde. „Schade ist nur, dass das nun auf den Rücken unserer Passagiere ausgetragen wird.“ Es werde in jedem Falle mit „Verspätungen und Behinderungen“ zu rechnen sein, erklärte der Sprecher. Wie gravierend diese ausfallen würden, sei mangels genauer Informationen derzeit schwer abzuschätzen. „Wir haben seit einiger Zeit Notfallpläne in der Schublade“, sagte er. Denkbar sei etwa, dass Regionalpartner wie die Tochtergesellschaft Germanwings vermehrt in die Bresche sprängen, um die Streikfolgen abzumildern.

„Bei Europas größter Fluggesellschaft ist ein Nervenkrieg ausgebrochen“, hatte eine Nachrichtenagentur am Mittwoch gemeldet. Doch die Leiterin der Lufthansa-Pressestelle, Sandra Kraft, wirkte allerdings gefasst: Wenn in Frankfurt gestreikt wird, könne es Verzögerungen und Streichungen geben, meinte sie. Man werde sich darum bemühen, dass vor allem die Langstreckenmaschinen abheben können. Detaillierte Pläne konnte die Airline verständlicherweise nicht vorlegen: „Wir wissen nicht, wo, wie lange und in welchem Umfang gestreikt wird“, sagte Kraft. Die Homepage der Lufthansa werde ständig aktualisiert. Dort könne man sich am besten über die Folgen eines möglichen Streiks informieren.

Der kurze Draht zum Flughafenbetreiber, der Fraport, ist ohnehin eine Dauereinrichtung. Es sei „geübte Praxis, sich kurzfristig

abzustimmen“, sagte Fraport-Sprecher Mike Schweitzer. So sei es eine Selbstverständlichkeit, sich bei widrigen Wetterlagen mit den Airlines zu verständigen. Sollten aufgrund des Ufo-Streiks Passagiere in Frankfurt stranden, werde man sich um sie kümmern. „Wir sind auf solche Situationen vorbereitet.“ Auch Fraport befindet sich ebenso wie Lufthansa, potenzielle Fluggäste und streikbereite Flugbegleiter in der Warteschleife. „Wir müssen erstmal abwarten, was passiert“, sagte Kraft.
Ufo hatte zunächst angekündigt, ab dem heutigen Donnerstag mit einer Strategie der Nadelstiche beginnen zu wollen, dies später aber relativiert. Im Internet wurden die Ufo-Mitglieder – etwa zwei Drittel der 19.400 Lufthansa-Flugbegleiter sind dort organisiert – aufgefordert, das Handy auf Empfang zu halten sowie regelmäßig ihre Mails zu lesen und die Ufo-Homepage zu besuchen.

Ufo fordert eine Lohnerhöhung von fünf Prozent. Die Gewerkschaft kämpft aber auch gegen den Einsatz von Leiharbeitern und die Gründung einer Billigtochter von Lufthansa für den Europaverkehr. (mit dpa, dapd, rtr)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/frankfurt-lufthansa-streik-im-zentrum-des-streiks,1472796,17000912.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
FR-006a	29-08-12	Wirtschaft	PETER DIETZ	

STREIK BEI DER LUFTHANSA

Kein Essen von den Stewardessen

Von PETER DIETZ

Streik in der Kabine – Bei der Lufthansa wollen ab Mittwoch die Flugbegleiter punktuell die Arbeit niederlegen. Das Kabinenpersonal hofft auf das Verständnis der Passagiere. Dennoch stellt sich der Frankfurter Flughafen schon auf Ärger ein.

Den Fluggästen der Lufthansa drohen schon vom heutigen Mittwoch an quälende Zwangspausen am Boden. Denn ausgerechnet zur besten Reisezeit hat die Gewerkschaft der Flugbegleiter UFO den Streik ausgerufen. „Wir sind ab jetzt im Arbeitskampf“, sagte UFO-Chef Nicoley Baublies am Dienstagvormittag.

Wann und wo die ersten Flieger bestreikt werden, sagte der Gewerkschaftsboss nicht – aus taktischen Gründen. Denn UFO will sich nicht in die Karten schauen lassen, der Arbeitgeber Lufthansa soll möglichst wenig Zeit haben, um auf die Maßnahmen reagieren zu können. Die Kabinengewerkschaft hat eine Doppelstrategie: Anfangs soll es punktuelle Nadelstiche geben, später werden die Arbeitsniederlegungen ausgeweitet. Schon in den nächsten Tagen könnte es an einzelnen Standorten wie Frankfurt oder München zu zeitlich befristeten Blitzstreiks kommen.

Nullrunde dauerte drei Jahre: Diese könnten drei, fünf oder auch sieben Stunden dauern, sagte Baublies. Angekündigt würden die Arbeitsniederlegungen nur mit einem knappen Vorlauf von ein paar Stunden. Flächendeckende und zeitlich unbefristete Ausstände würden „in den nächsten Wochen“ vorbereitet, sagte der UFO-Chef. Auch hier nannte Baublies keinen Termin. Der große Schlag wird aber wohl frühzeitig angekündigt. Denn in der Branche gilt die Regel, 24 Stunden vor Beginn auf eine solche Maßnahme hinzuweisen. Ein großer Ausstand wäre eine Premiere – bis auf kleinere Aktionen im Jahr 2009 haben die Lufthansa-Flugbegleiter noch nie gestreikt.
Grund für den Streik sind gescheiterte Tarifverhandlungen. Seit 13 Monaten streiten Lufthansa und UFO über die künftigen Arbeitsbedingungen der 19.400 Stewardessen und Stewards der größten deutschen Fluglinie. Mehrfach waren die Gespräche abgebrochen und wieder aufgenommen worden. In der Nacht zum Dienstag indes sah UFO-Verhandlungsführer Dirk Vogelsang keine Chance mehr auf eine Einigung. Der Arbeitgeber habe lediglich „eine Mogelpackung“ präsentiert. Damit sei gegen 3.40 Uhr „das Ende der Fahnenstange“ erreicht worden.
Die Flugbegleiter der Kranich-Linie wollen nach einer drei Jahre währenden Nullrunde endlich wieder mehr Geld. UFO fordert einen Aufschlag von fünf Prozent, Lufthansa hatte 3,5 Prozent geboten. Zentraler Streitpunkt war der von UFO geforderte generelle Verzicht auf Leiharbeit. Verhindern wollte die Gewerkschaft zudem die Einführung niedriger angesetzter Tarifstrukturen bei der geplanten Gesellschaft für Direktflüge. UFO fürchtet die Verlagerung von bis zu 2000 Arbeitsplätzen in die neue Billigtochter, wo das Tarifgefüge um bis zu 40 Prozent unter dem des Konzerns liegen könnte.

Sparprogramm der Lufthansa: Dieses große Paket wollte das Management aber nicht tragen. Lufthansa habe ein weitreichendes Angebot vorgelegt, sagte Lufthansa-Passagiervorstand Peter Gerber am Dienstag. „Angesichts der schwierigen Wettbewerbslage fordern wir einen Beitrag von allen Beschäftigen.“ Beispielsweise sollten die Gehälter nicht mehr so schnell steigen und die Arbeitszeiten verlängert werden. Auch auf den Einsatz von Leiharbeitern an Bord hätte Lufthansa verzichtet, sagte der Airline-Manager. Allerdings nicht unbefristet, wie von der Gewerkschaft gefordert.
In Berlin fliegt Lufthansa schon seit mehr als zwei Monaten mit Leihstewardessen. Die Airline sieht sich im Wettbewerb mit Billigfliegern wie Ryanair zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Zudem machen auf der Langstrecke arabische Airlines wie Emirates der Kranich-Linie das Geldverdienen immer schwerer.
Um gegenzusteuern hat die Lufthansa Anfang des Jahres ein neues Milliarden-Sparprogramm aufgelegt. Die Rosskur unter dem Titel „Score“ sieht vor, dass von 2015 an der operative Gewinn um jährlich 1,5 Milliarden Euro verbessert werden soll.

Stellenabbau wurde angekündigt, betriebsbedingte Kündigungen sind nicht ausgeschlossen.

„Der Versuch, Leiharbeit und Ausflaggung zu verhindern, ist gescheitert“, sagte UFO-Chef Baublies am Dienstag. Die aktuellen Streikforderungen beziehen sich nun allein auf den offenen Tarifvertrag zu Vergütungsfragen, der Entgelte und Gehaltsstufen regelt. Die bestreikten Forderungen müssen juristischen Überprüfungen standhalten. Prompt kündigte die Lufthansa an, schon aus professionellen Gründen eine Klage gegen die kleine Gewerkschaft zumindest zu prüfen.

„Man sei sich bewusst, dass ein Streik die Fluggäste hart treffen werde, so UFO-Chef Baublies. Die Flugbegleiter hätten aber in den Verhandlungen mehrfach signalisiert, für den Verzicht auf Leiharbeit Einbußen beim Gehalt hinnehmen zu wollen. Daher hoffen die Stewards und Stewardessen auf großes Verständnis für ihren Arbeitskampf bei den Passagieren.

Lufthansa fürchtet hohe Einbußen durch den angekündigten Streik. Die Airline trifft die Ankündigung aber nicht unvorbereitet. Der Konzern habe für solche Fälle Pläne und Szenarien in der Schublade, sagte ein Sprecher.

Information per E-Mail: Zuletzt musste die Fluglinie Ende Februar auf einen Ausstand reagieren. Neun Tage lang hatten die Vorfeldlotsen in Frankfurt die Arbeit ruhen lassen. Folge: 1700 Flüge fielen in dieser Zeit aus – vor allem Lufthansa war davon betroffen. Wegen der damaligen Einnahmeausfälle fordern nun drei Airlines, der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport sowie die Deutsche Flugsicherung insgesamt zehn Millionen Euro Schadenersatz von der Gewerkschaft der Fluglotsen.
Lufthansa werde kurzfristig auf die Ausstände reagieren, sagte ein Sprecher am Dienstag. Die Passagiere würden über mögliche Flugausfälle per E-Mail und SMS sowie auf der Internetseite von Lufthansa informiert.
Bei einem Streik in der Kabine könnten relativ schnell viele Maschinen am Boden gehalten werden. Da Flugbegleiter eine spezielle Lizenz brauchen, ist es für den Arbeitgeber schwer, Streikbrecher zu finden. Um etwa einen Airbus 380 in die Luft schicken zu können, müssen mindestens 18 Flugbegleiter an Bord sein. Streikt nur eine Stewardess und steht kein Ersatz für sie zur Verfügung, muss die Maschine am Boden bleiben. Vor allem bei den Europaverbindungen fliege Lufthansa in der Kabine an der personellen Grenze, sagte UFO-Chef Baublies. Deshalb seien Arbeitsniederlegungen im Kontinentalbereich besonders effektiv.
UFO vertritt etwa zwei Drittel der 19 400 Lufthansa-Flugbegleiter. Die Stewards und Stewardessen der Airline haben noch nie einen kompletten Streik durchgezogen. Auch deshalb sei die Streikkasse der Gewerkschaft gut gefüllt, sagte UFO-Chef Baublies. An den Finanzen werde die Durchschlagskraft des Arbeitskampfes jedenfalls nicht scheitern.
Auch mit Blick auf die Mobilisierung der Kollegen macht sich der Gewerkschafter keine Sorgen. Schließlich hätten bei der Urabstimmung Anfang August mehr als 97 Prozent der Flugbegleiter für einen Streik gestimmt.

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/streik-bei-der-lufthansa-kein-essen-von-den-stewardessen,1472780,16992492.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-007	30-08-12	Wirtschaft	PETER DIETZ	

KOMMENTAR

Die Flugbegleiter sind im Recht

Von PETER DIETZ

Auch wenn Tausende Passagiere morgen auf ihren Koffern sitzen, der Streik der Flugbegleiter ist richtig. Die körperliche Belastung in der Kabine ist immens, die Bezahlung ist es nicht. Seit drei Jahren gab es keine Gehaltserhöhung mehr, stattdessen drohen Einschnitte.

Am morgigen Freitag also droht das Chaos. Die Flugbegleiter machen Ernst – und streiken. Sie sind im Recht.

Zwar werden Tausende Passagiere in den Terminals der Flughäfen auf ihren Koffern sitzen. Sie werden warten und warten. Und sie werden fluchen, weil sie Geschäftstermine versäumen oder später in den Urlaub kommen. Und dennoch sollten sie Verständnis haben für den Streik der Stewardessen und Stewards.

Denn haben Flugbegleiter haben längst keinen Traumjob mehr. Die körperliche Belastung in der Kabine ist immens. Luftfeuchtigkeit und Luftdruck, Lärm und Strahlung machen den Stewardessen zu schaffen. Auf der Kurzstrecke erfordern die häufigen Starts und Landungen hohe Konzentration. Auf der Langstrecke werden viele Zeitzonen übersprungen, die Arbeitszeiten sind lang, die Regenerationsphasen kurz. Studien belegen: Flugbegleiter leiden häufig unter Jetlag, haben chronische Schlafstörungen und Rückenschäden, viele Stewardessen neigen wegen unregelmäßiger Nahrungsaufnahme zu Essstörungen. Und doch sind sie an Bord immer freundlich.

Große Verantwortung: Der Job ist nicht nur hart, er ist auch mit großer Verantwortung verbunden. Denn zu den Hauptaufgaben von Flugbegleitern gehört es eben nicht, Saft zu schupsen. Sie müssen für Sicherheit an Bord sorgen und sich um Fluggäste mit

gesundheitlichen Problemen kümmern. In Notfällen müssen sie die Maschine evakuieren oder Brände bekämpfen.
Kurzum: Flugbegleiter machen eine Arbeit die ordentlich bezahlt werden muss. Ihr Einstiegsgehalt liegt bei 1533,23 Euro plus einer 16-prozentigen Schichtzulage. Seit drei Jahren gab es bei der Lufthansa keine Gehaltserhöhung mehr. Und nun drohen sogar große Einschnitte beim Verdienst. Denn Deutschlands größte Airline muss sparen. Stewardessen sollen länger arbeiten und weniger verdienen. Doch damit nicht genug: Lufthansa setzt verstärkt auf Leiharbeit in der Kabine. Die Flugbegleiter fürchten Sozialdumping – und streiken nun.
Das ist ihr gutes Recht. Kritiker sagen: Die Passagiere würden dabei in Geiselhaft genommen. Das ist Quatsch. Ein Arbeitskampf muss wehtun. Und dieser Arbeitskampf schmerzt zuallererst Lufthansa. Durch Stornierungen und Flugausfälle gehen der Kranichlinie Millionen Euro flöten. Die Reisenden leiden erstmal mit. Langfristig aber sind gute Arbeitsbedingungen für Flugbegleiter in ihrem Interesse. Zufriedene und gesunde Stewardessen machen das Fliegen bequemer und sicherer. Ein bisschen Chaos kann man dafür in Kauf nehmen.

Abstimmung auf der Website:

Die Gewerkschaft der Flugbegleiter (Ufo) macht Ernst und ruft ihre Mitglieder zum Streik auf. Berechtigter Arbeitskampf oder Streik auf Kosten der Passagiere?

80% Der Streik ist ihr gutes Recht, die Arbeit der Flugbegleiter muss ordentlich bezahlt werden.

17% Unter dem Streik leiden vor allem die Passagiere. Die Flugbegleiter sollten nicht streiken.

3% Der Streik ist mir egal, ich fahre mit der Bahn.

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/kommentar-die-flugbegleiter-sind-im-recht,1472780,17006412.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
FR-008	30-08-12	Wirtschaft	rtr, afp, dapd	

LUFTHANSA STREIK

Streik der Lufthansa-Flugbegleiter ab Freitag

Jetzt also Freitag: Die Lufthansa-Flugbegleiter wollen mehrere Stunden lang die Arbeit niederlegen. Wo und wann genau, muss sechs Stunden vorher bekannt gegeben werden. Passagiere müssen sich auf Behinderungen und Flugausfälle einstellen.

Kunden der Lufthansa müssen sich auf beschwerliche Flugreisen einstellen - und das in den letzten Ferienwochen. Die Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo entschied am späten Mittwochabend, ihre Mitglieder ab Freitag streiken zu lassen. Über den Beginn des Ausstands und die zu bestreikenden Flughäfen solle mit einer Vorlaufzeit von sechs Stunden informiert werden. Der Streik werde „an dem Ort stattfinden, wo auch die Verantwortung für das derzeitige Lufthansa-Desaster begann“, zitiert die Nachrichtenagentur AFP einen Gewerkschaftssprecher.

Die Fluggäste würden über die Medien und über die Lufthansa informiert, die ihre Kunden per SMS und E-Mails über die Streiks in Kenntnis setzen werde. Ausländische Flughäfen würden nicht bestreikt, betonte der Gewerkschafter. Garantien für einen gesicherten Rücktransport aus dem Urlaub gebe es dennoch nicht. Wenn ein Flugzeug in Deutschland wegen der Streiks nicht ins Ausland fliege, „ist es nicht dort, um die Gäste abzuholen“, sagte Baublies.

Der Zeitpunkt des Streiks in der Ferienzeit sei bedauerlich: „Wir wissen, dass wir jetzt tatsächlich gerade auch Urlauber treffen. Den Zeitpunkt haben wir uns nicht ausgesucht. Wir haben 13 Monate hart verhandelt.“ UFO hatte am frühen Mittwochmorgen die Verhandlungen mit der Lufthansa in Frankfurt am Main für gescheitert erklärt und einen unbefristeten Arbeitskampf des Kabinenpersonals angekündigt. Knackpunkt des Streits war laut Gewerkschaft das Thema Leiharbeit und Auslagerung von Arbeitsplätzen. Der Konzern fürchtet nun erhebliche Kosten durch einen Arbeitskampf. (rtr, afp, dapd)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-streik-der-lufthansa-flugbegleiter-ab-freitag,1472780,16994716.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-009	31-08-12	Frankfurt/Rhein-Main	PETER DIETZ UND JÜRGEN AHÄUSER	

LUFTHANSA STREIK FLUGHAFEN FRANKFURT

Chaos in Halle B

Von PETER DIETZ UND JÜRGEN AHÄUSER

Die Flugbegleiter bestreiken am Freitag, 31. August, den Frankfurter Flughafen. Während der acht Stunden Streik fallen 190 Flüge aus. Die Gestrandeten zeigen Verständnis, verzweifeln - oder zucken mit den Schultern und nehmen die Bahn.

Das Chaos tobt in Halle B. Tausende Menschen stehen in Schlangen. Langsam, sehr langsam nähern sich die Gestrandeten den Flugschaltern um einzuchecken oder umzubuchen. Eine Minute braucht es, um einen Meter im Flughafenterminal voran zukommen. Der Letzte in der Reihe braucht Geduld – noch 200 Meter ist er vom Schalter entfernt.

Die Flugbegleiter der Lufthansa streiken. Und sie haben sich Frankfurt als Auftaktort gewählt. Von 5 bis 13 Uhr lassen die Stewardessen die Arbeit ruhen. 190 von 360 geplanten Lufthansa-Flügen fallen während des achtstündigen Streiks an Deutschlands größtem Drehkreuz am Freitag aus. Auch andere Airlines sind betroffen. 26.000 Passagiere kommen an diesem ersten Streiktag nicht wie gewünscht in die Luft.

„Wir waren schon fast im Flieger“, sagt Sandra P. aus Wiesbaden. Doch kurz vorm Einstieg sei der Flug nach Barcelona gestrichen worden; wegen des Arbeitskampfs waren nicht genügend Flugbegleiter an Bord. Sandras Koffer sind noch im Bauch der Maschine. Sie aber steht in Halle B schon seit einer Stunde in Reih und Glied. Wie viele andere hofft Sandra, auf einen anderen Flug umgebucht zu werden.

Auch eine vierköpfige Familie aus Bottrop sitzt in Frankfurt fest. „Schon das ganze Jahr freuen wir uns auf den Urlaub“, sagt Ilse W. „Ich krieg’ die Krise.“ Nach Mallorca hätte sie der Kranich-Flieger bringen sollen, schon im November hatte sie die Reise gebucht. „Jetzt müssen wir den Vermieter der Finca informieren und den Leihwagen wieder abbestellen“, klag ihr Mann Herbert. Sauer auf die Flugbegleiter sind die ausgebremsten Urlauber dennoch nicht. „Wir haben Verständnis für ihre Forderungen“, sagt Ilse. „Die sollen denen doch ein paar Prozent mehr geben, dann ist Ruhe“, meint Herbert. Der Streik zeigt über Frankfurt hinaus Wirkung. Zeitweise kann kein einziger Flieger aus Europa in Richtung Frankfurt abheben.

Laut Flughafenbetreiber Fraport werden am Vormittag keine Startgenehmigungen mehr mit Ziel Frankfurt erteilt. Betroffen von dem Starverbot sind aber nur Flugzeuge, die aus Europa und aus Deutschland kommen sollten. Maschinen, die aus Übersee in Richtung Frankfurt unterwegs sind, dürften landen, ebenso Flugzeuge aus Europa, die zum Zeitpunkt des Startverbots bereits in der Luft sind. Grund fürs vorläufige Startverbot: Am Airport werden die Parkplätze für ankommende Flugzeuge knapp, weil wegen des Streiks viele Lufthansa-Maschinen in Frankfurt am Boden bleiben müssen.

Seattle - durchgestrichen

Das mögliche Ende einer Traumreise hat Wilhelm F. auf ein Stück Pappkarton gekritzelt: „Seattle 9.05 Uhr", durchgestrichen. Die Hoffnung, die 14-tägige Kreuzfahrt vor Alaska doch noch zu retten, drückt sich in der Zeile „13.30 Uhr – Denver“ aus. Wilhelm F. und seine Frau Ulrike hat der Streik eiskalt erwischt. Das Ehepaar aus Offenbach wähnte sich schon am Ziel seiner Träume. 15 Minuten vor Abflug wird ihnen mitgeteilt, dass der Flug nach Seattle annulliert worden ist. „Damit hatten wir nicht mehr gerechnet.“

Jetzt irren die beiden Rentner verzweifelt zwischen den Schlangen umher. Es kommen Fraport- und Lufthansa-Angestellte, die Hilfe anbieten, aber auch sie verlieren in dem Gewimmel gelegentlich den Überblick. „Versuchen Sie es hier“, sagt die freundliche Dame und deutet auf das lange Ende einer Schlange. Ob das bereits eingecheckte Gepäck den Weg nach Denver auch findet? „Keine Ahnung, wir hoffen es.“ Die Weltreisenden vom Main fügen sich. Am Ende platzt es aus dem Offenbacher aber doch heraus. „Eigentlich ist das eine Sauerei“, sagt Wilhelm F. mit leicht feuchten Augen.

Wesentlich entspannter beurteilt Tony M. aus Houston seine Lage. Der junge Mann hat sich bereits komplett umorientiert, steht „nur noch“ 50 Meter vom Bahn-Schalter entfernt. Auf die Frage, wie ihn der Streik trifft, bietet der Texaner lachend an, mal an ihm zu riechen. Dauert halt alles ein bisschen lange, „aber es ist eine Geschäftsreise, da hält sich der Zorn in Grenzen.“ Mit dem Zug soll es nach Venedig gehen – auch das braucht Zeit und Geduld.

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/lufthansa-streik-flughafen-frankfurt-chaos-in-halle-b,1472796,17018256.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-010	31-08-12	Frankfurt/Rhein-Main	JÜRGEN AHÄUSER UND PETER DIETZ	

FRANKFURT FLUGHAFEN STREIK

Gewerkschaft ist zufrieden

Von JÜRGEN AHÄUSER UND PETER DIETZ

Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Unabhängigen Flugbegleiterorganisation Ufo in Mörfelden-Walldorf haben am Freitagnachmittag pünktlich Feierabend

Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Unabhängigen Flugbegleiterorganisation Ufo in Mörfelden-Walldorf haben am Freitagnachmittag pünktlich Feierabend gemacht. Um 14.30 Uhr war die Arbeit auch getan. Die Frauenstimme auf dem Anrufbeantworter hat auf Montag vertröstet. Derweil feierte Gewerkschaftschef Nicoley Baublies vor dem Lufthansa Aviation Center und vor 700 Streikenden „den grandiosen Streik“ und fügte mit durchaus drohendem Unterton hinzu: „Und er hat gerade erst begonnen!“

Es war alles andere als freundlicher Service für die Lufthansa-Kunden und doch feierten Stewardessen und Stewards den gestrigen Tag „als vollen Erfolg.“ 190 Flüge musste Deutschlands größte Airline in der Streikzeit zwischen 5 und 13 Uhr annullieren, 26 000 Passagiere strandeten auf Rhein-Main. Ufo sprach gar von 280 Fliegern, die nicht abheben konnten.

Weil sich auch Flugbegleiter von Langstreckenmaschinen dem Streik anschlossen, scheiterte das Vorhaben von Lufthansa, Langstreckenflüge möglichst planmäßig durchzuführen. Eine Handvoll Überseeflüge mussten nach Angaben eines LH-Sprechers „bedauerlicherweise“ gestrichen werden. „Das war ein Riesenerfolg , auch wenn uns die Passagiere und die Kollegen am Boden leid tun. Aber das muss jetzt sein“, sagte ein Ufo-Sprecher der Nachrichtenagentur dpa. Lufthansa entschuldigte sich bei seinen Kunden für die Unannehmlichkeiten. Die Fluggesellschaft war offensichtlich von der großen Streikbereitschaft überrascht worden.

Flugschein gegen Zugticket

Viele Passagiere wurden umgebucht und ein Großteil der innerdeutschen Fluggäste nutzte das Angebot von Lufthansa, Flugscheine gegen ein Zugticket umzutauschen. Die Bahn musste zwar am stärksten Reisetag der Woche keine zusätzlichen Züge einsetzen, „wir hatten es schließlich nicht mit einem Komplettausfall wie bei der Aschewolke zu tun“, sagte ein Bahn-Sprecher, aber am Flughafen waren alle Schalter mit zusätzlichen Mitarbeitern besetzt worden.

Lufthansa rechnete nach Ende des Streiks mit „einigen Stunden“ bis sich der Flugbetrieb wieder normalisiert habe. Einige „Nachwehen“ reichten wahrscheinlich bis in den Samstag hinein. Angaben über den Schaden, der Lufthansa durch den Streik entstanden ist, wollte der Sprecher nicht machen. Die größte deutsche Airline versucht derzeit, einen harten Sparkurs durchzusetzen.

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/frankfurt-flughafen-streik-gewerkschaft-ist-zufrieden-,1472796,17022128.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-011	31-08-12	Wirtschaft		

LUFTHANSA STREIK FRANKFURT

Lufthansa streicht Hunderte Flüge

Von PETER DIETZ

Das Lufthansa-Kabinenpersonal tritt in Frankfurt acht Stunden in den Ausstand. Vor den Umbuchungsschaltern stehen immer noch lange Schlangen und Landungen anderer Airlines sind kaum noch möglich. Die Situation entspannt sich noch nicht.

Die Lufthansa-Flieger bleiben am Boden. Stewardessen und Stewards der Lufthansa haben am Freitagmorgen am Frankfurter Flughafen die Arbeit niedergelegt und für zahlreiche Flugausfälle gesorgt. Ein Großteil der 360 geplanten Flüge im Streikzeitraum von 05.00 bis 13.00 Uhr ist ausgefallen. Auch Landungen anderer Airlines sind kaum noch möglich.

Durch die Flugausfälle als Folge des Streiks würden die Parkpositionen knapp, sagte ein Sprecher des Flughafenbetreibers Fraport. Deshalb dürften momentan europaweit keine Flugzeuge mehr in Richtung Frankfurt starten. Diese Anweisung habe die Flugsicherung gegeben. Allerdings könnten Maschinen, die bereits in der Luft sind, oder Flugzeuge auf Interkontinentalverbindungen noch auf Deutschlands größtem Flughafen landen. Das Landeverbot gelte, bis sich die Lage entspanne, erklärte der Sprecher.

Über den die aktuellen Entwicklungen können sich Passagiere im Internet informieren. Die Lufthansa hat inzwischen auch eine Liste aller gestrichenen Flüge veröffentlicht.

Die Deutsche Bahn erklärte am Freitag, sie stelle „alle zur Verfügung stehenden Züge bereit“ und setze in den betroffenen Bahnhöfen zusätzliche Mitarbeiter ein.

Lufthansa-Fluggäste können aufgrund des Kooperationsabkommens „Good for Train“ beider Unternehmen bei Flugausfällen oder verpassten Anschlussflügen im innerdeutschen Flugverkehr ihr elektronisches Ticket (etix) für die eingetragene Strecke online über die Lufthansa-Internetseite, am Check-In-Automaten oder Lufthansa-Schalter in einen Reisegutschein (Voucher) für die Deutsche Bahn umwandeln lassen.

Der bis 13 Uhr angesetzte Streik dürfte den Verkehr an Deutschlands größtem Flughafen wegen des dicht gestaffelten Flugplans mindestens bis zum Abend aus dem Takt bringen.

Der erste Streiktag der Lufthansa-Flugbegleiter hat mit langen Schlangen vor den Umbuchungsschaltern am Frankfurter Flughafen begonnen. Die Anzeigetafeln im Terminal 1 gaben den Ausfall von Lufthansa-Flügen mit Zielen in Deutschland und Europa bekannt.

Gestrichen waren zum Beispiel Verbindungen nach Hamburg, Berlin, Zürich, London und Rom.

Rund drei Viertel der Lufthansa-Maschinen sollten aber planmäßig abheben. Trotz des Streiks herrschte in den Terminals am größten Flughafen kein Chaos. Vom Streik überrascht waren die meisten Reisenden nicht.

Hohe Streikbereitschaft

Der Chef der Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, hat die Streikbereitschaft der Stewardessen und Stewards der Lufthansa als „absolut überwältigend“ bezeichnet. Baublies zeigte sich im ARD-Morgenmagazin am Frankfurter Flughafen höchst zufrieden mit dem Ausstand, zu dem die Lufthansa-Flugbegleiter bis 13.00 Uhr auf Deutschlands größtem Airport aufgerufen sind.

Verzögerungen werde es aber auch danach noch geben. „Es dauert Tage, bis der Flugplan wieder ganz normal ist“, meinte Baublies.

Drehkreuze sind attraktiv

Frankfurt und München sind für einen schmerzhaften ersten Stich ideal: Beide Flughäfen sind enorm wichtige internationale Drehkreuze für Lufthansa; dort steigt die Mehrheit der Passagiere um auf Maschinen, die sie in die Welt bringen. Bringt UFO eines dieser Drehkreuze zum Stehen, hat das Folgen auch für andere Flughäfen und andere Airlines. In Frankfurt hat Lufthansa täglich rund 700 Starts und Landungen, in München sind es etwa 300. Hinzu kommen noch Hunderte Flüge der Regionaltöchter.

Der Streik werde nicht den ganzen Tag dauern, sagte Baublies der Frankfurter Rundschau. UFO hielt sich lange bedeckt, damit

Lufthansa möglichst wenig Zeit hat, um andere Maschinen und anderes Personal an die bestreikten Standorte zu verlegen. Geschähe dies, müsste der Streik großflächiger angelegt werden und träfe so weit mehr Passagiere. Nur mit Rücksicht auf die Fluggäste kündige UFO Arbeitsniederlegungen überhaupt mit sechs Stunden Vorlauf an, sagte Baublies.

Man sei auf den Streik vorbereitet, sagte ein Konzernsprecher. Die Airline werde alles tun, um die Folgen für die Kunden so gering wie möglich zu halten. Haben Fluggäste bei der Buchung ihre Kontaktdaten hinterlassen, werde Lufthansa sie per SMS und Mail über stornierte Flüge informieren. Auch operativ will Lufthansa gegensteuern.

Kostenlose Umbuchungen auf die Bahn oder andere Fluggesellschaften sind im Streikfall möglich. So werden die Lufthansa-Töchter Cityline, Eurowings und Germanwings nicht bestreikt. Das Kabinenpersonal der Tochter-Airlines kann aber nicht einfach in die Maschinen der Mutter versetzt werden. Flugbegleiter brauchen aus Gründen der Sicherheit eine spezielle Lizenz für die jeweilige Maschine.

Luft sieht der Konzern jedoch in den eigenen Langstreckenfliegern. Auf Interkontinentalstrecken flögen mehr Stewardessen als gesetzlich vorgeschrieben; für einen Teil dieses Personals böte sich eine Rochade auf die Kurzstrecke an. Bei Zielen, die mehrmals am Tag angesteuert werden, könnten Flüge zusammengelegt und die Passagiere einfach in größeren Maschinen transportiert werden, sagte der Sprecher.

Tarifeinigung ist fern

Das große Chaos sei deshalb nicht zu erwarten. Es werde aber in jedem Fall Verspätungen und Behinderungen geben. Der Beginn des Streiks steht nun fest, das Ende indes ist nicht absehbar. „Es kann sein, dass dieser Arbeitskampf noch sehr lange andauern wird“, teilte UFO am Donnerstag mit. Die Fronten im Tarifstreit sind verhärtet. Dabei geht es nur vordergründig ums Geld.

Knackpunkt ist der Einsatz von Leihstewards. UFO fordert den generellen Verzicht auf die sogenannte Fremdbereederung. Lufthansa indes setzt schon seit mehr als zwei Monaten am Flughafen Berlin Leiharbeiter ein und hatte angeboten, auf das Instrument für die Dauer von maximal drei Jahren zu verzichten. Eine Einigung scheint fern – schließlich hat man schon 13 Monate verhandelt, ohne eine Lösung zu finden. (aktualisiert mit red/dapd/dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-frankfurt-lufthansa-streicht-hunderte-fluege-,1472780,17012056.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-012	31-08-12	Wirtschaft	dpa/dapd/afp	

LUFTHANSA STREIK FRANKFURT

Flugbegleiter legen Frankfurter Airport lahm

Nach acht Stunden geht der erste Streiktag der Flugbegleiter zu Ende und hinterlässt den Frankfurter Flughafen im Chaos: ein Großteil aller Kurz- und Mittelstreckenflüge der Lufthansa fällt aus und Landungen anderer Airlines sind nur eingeschränkt möglich.

Die Gewerkschaft Ufo hat den ersten Streiktag der Flugbegleiter der Lufthansa wie angekündigt um 13.00 beendet. „Die Flugbegleiter gehen jetzt zur Crew-Planung und werden dort für die Maschinen eingeplant“, sagte ein Ufo-Sprecher. Der achtstündige Arbeitskampf kurz vor dem Wochenende stürzte Deutschlands größten Flughafen ins Chaos.

Von Seiten der Gewerkschaft hieß es: „Das war ein Riesenerfolg, auch wenn es uns für die Passagiere und die Kollegen am Boden leidtut. Aber das muss jetzt sein.“ Die Streikbeteiligung sei „sehr hoch“ gewesen, ergänzte der UFO-Sprecher. Genaue Zahlen, wie viele Lufthansa-Mitarbeiter im Ausstand waren, sollen demnach im Tagesverlauf bekanntgegeben werden.

Über eine weiteren Arbeitsniederlegung wurde nichts bekannt.

Bei der Lufthansa fielen nach Unternehmensangaben ein Großteil der Kurz- und Mittelstrecken sowie vereinzelt Langstreckenflüge aus. Der Flughafenbetreiber Fraport musste auf die Bremse treten und für gut 90 Minuten alle Starts von einem deutschen oder einem europäischen Flughafen mit Zielort Frankfurt stoppen.

Ab Mittag entspannte sich die Lage etwas, sagte ein Fraport-Sprecher. Das Chaos an deutschen Flughäfen dürfte sich aber schon bald fortsetzen: „Der nächste Streik wird schnell kommen“, sagte der Ufo-Sprecher. (dpa/dapd/afp)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-frankfurt-flugbegleiter-legen-frankfurter-airport-lahm,1472780,17017104.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-013	31-08-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa/dapd/rtr/afp	

LUFTHANSA STREIK FLUGHAFEN FRANKFURT

Liveticker - Erfolg für die Ufo

Von KEVIN SCHUBERT

+++ Flüge beginnen wieder planmäßig abzuheben +++ Der Streik ist beendet, das Chaos noch nicht +++ Auch Sahra Wagenknecht irrt über den Flughafen +++ Fluggäste fühlen sich schlecht informiert und sind verärgert +++ Lufthansa hält Snacks für völlig Erschöpfte bereit +++

13.40 Uhr: Ein Lufthansa-Sprecher sagte, ihm sei nichts von einer weiteren Arbeitsniederlegung bekannt. Damit dürfte mindestens bis zum Abend Zeit für eine Normalisierung des Flugbetriebs sein.

13.35 Uhr: Langsam normalisiert sich der Betrieb ein wenig. Auf den Anzeigetafeln verschwindet das Wort annulliert allmählich. Die Flüge beginnen wieder planmäßig zu starten, bisher nicht abgehobene Flüge bekommen eine Startzeit zugeteilt. Statt um 12.20 Uhr geht es nun um 14 Uhr Richtung Venedig, der Flug von 9.15 Uhr nach San Francisco hebt um 14.15 Uhr ab.

13.30 Uhr: Die Schlangen lösen sich allmählich auf. Nur eine nicht: die Schlange zum Umbuchungsschalter. Dort muss immer noch lange gewartet werden. "Das wird auch noch zwei Stunden dauern, bis hier keine Schlange mehr ist", schätzt eine Mitarbeiterin am Schalter.

13.10 Uhr: Die Gewerkschaft sieht den Streiktag positiv. "Kein Flieger aus Europa durfte Richtung Frankfurt starten, der Streik war erfolgreich", sagt Ufo-Vorsitzender Nicoley Baublies. "Aber wenn dieser Streik nicht gewirkt hat, dann werden wir nachlegen." Zurück zum Verhandlungstisch will auch die Gewerkschaft. "Wenn Lufthansa uns ein Angebot mit weniger Gehaltskürzungen macht, sind wir wieder gesprächsbereit."

13.05 Uhr: Lufthansa-Sprecher Klaus Walther zieht Bilanz des Streiktags: Durch die späte Ankündigung des Streiks sei ein Informationschaos insbesondere bei den aus dem Ausland einreisenden Fluggästen entstanden. "Durch die kurzfristige Ankündigung war es nicht möglich, die Kunden zu Hause zu informieren wie sonst üblich." Man habe versucht, die Auswirkungen auf die Passagiere so gering wie möglich zu halten. Mitarbeiter seien mit iPads durch die Schlangen gelaufen und hätten dort sofort Umbuchungen vorgenommen. "Für die Lufthansa war es eine angespannte, aber keine bedrohliche Lage."

Die Lufthansa will an den Verhandlungstisch zurückkehren. "Wir haben tolle Flugbegleiter. Deswegen haben wir ein tolles Angebot vorgelegt", sagt Walther. Mit 3,5 Prozent Steigerung, Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen. Im Gegenzug habe man erbeten, dass Flugbegleiter zwei Stunden pro Monat eingesetzt werden. "Wir denken, das ist ein faires Angebot."

Streiktag ist beendet

13.00 Uhr: Der Streik ist beendet. Das Chaos noch nicht. Aber die Schlange scheint ein wenig kürzer geworden zu sein.

12.29 Uhr: Alexander Schreiner ist einfach nur richtig sauer und hat kein Verständnis für den Streik: "Das ist doch Scheiße. Ich will auch mehr Geld, aber deswegen protestiere ich nicht." Seit fünf Uhr in der Frühe steht er nun am Flughafen, muss am Abend bei seiner Frau in Kiew sein. "Ich weiß noch nicht, ob die mich woanders hinbuchen können. Wenn die das nicht hinkriegen, gehe ich zu meinem Anwalt." Er zahle doch keine 600 Euro und stehe nun hier. "Scheiß Kapitalisten. Ich will einfach nur zu meiner Frau."

12.10 Uhr: Sahra Wagenknecht, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, irrt auch über den Frankfurter Flughafen. Eigentlich wollte sie schon längst in Berlin sein, muss nun aber einen späteren Flug nehmen. Sie findet es völlig nachvollziehbar, dass die Flugbegleiter streiken: "Es ist schließlich das einzige Mittel der Beschäftigten." Wagenknecht sieht die Verantwortung für den Streik bei der Fluggesellschaft, die wolle schließlich Leiharbeiter einsetzen.

12.07 Uhr: Der Streik der Lufthansa-Flugbegleiter in Frankfurt ist am Hunsrück-Flughafen Hahn nicht zu spüren. Derzeit gebe es keine Umbuchungen oder andere Auswirkungen, sagte eine Sprecherin.

11.45 Uhr: Für Oliver Schiek und seine Freundin beginnt heute ihr Urlaub. Eine Woche Sardinien. Um 12.10 Uhr sollte der Flieger nach München abheben, von dort startet ihr Anschlussflug um 14.45 Uhr nach Olbia. Ohne sie. "Wir wollten uns schön erholen - aber das mit der Erholung ist jetzt schon vorbei", sagt er. Seit gestern wusste Schiek, dass gestreikt werden würde, hat seinen

Flieger im Internet nachgeschaut. Es gab aber keine Informationen auf der Lufthansa-Seite. Deshalb ist erst mal hergefahren. Umsonst. Nun versucht er umzubuchen. "Wir wollen heute noch aus Deutschland raus - und wenn wir nur bis Mailand kommen." Für ihn und seine Freundin ist der Streik sehr ärgerlich. "Klar, wir haben Verständnis, anders bekommen die Beschäftigten ja nichts durch", sagt er. "Aber für uns gibt es keinen Ersatz, wenn uns ein bis zwei Urlaubstage dadurch verloren gehen."

11.40 Uhr: Valia M. ist heute morgen aus Kopenhagen eingeflogen. Nun sollte es eigentlich weiter nach Athen gehen. Lange hat sie versucht herauszufinden, wo sie ihr Ticket umtauschen kann. Dafür hat sie erst mal in der falschen Schlange angestanden. Aus der zweiten Warteschlange ist sie irgendwann ausgeschert, es hat ihr zu lange gedauert. Nun wartet sie in der dritten Schlange und hofft, heute noch irgendeinen Flug nach Athen zu bekommen. Ihr ist ziemlich langweilig und sie ist hundemüde. Unzufrieden ist sie damit, wie die Lufthansa den Streik managt: "Ich würde mir wünschen, dass hier Leute herumlaufen, die einen mit Informationen versorgen."

11.30 Uhr: Die Fluggesellschaft Lufthansa rechnet wegen des Ausstands der Flugbegleiter mit Behinderungen auch nach dem für 13 Uhr angekündigten Streikende. „Es ist davon auszugehen, dass es über 13 Uhr hinaus Unregelmäßigkeiten geben wird“, sagt ein Lufthansa-Sprecher. „Wir versuchen, bis zum Ende des Tages alle Fluggäste an ihr Ziel zu bringen“, sagte der Sprecher weiter.

Parkpositionen sind knapp

11.26 Uhr: Inzwischen sind die Parkpositionen am Frankfurter Flughafen so knapp, dass der Airport-Betreiber Fraport Anweisungen herausgegeben hat, dass europaweit keine Flüge mehr nach Frankfurt starten sollen. Maschinen, die in der Luft seien, könnten weiter landen, der Interkontinentalverkehr sei nicht betroffen, sagte ein Fraport-Sprecher.

11.25 Uhr: In Halle B, ziemlich versteckt und nicht wirklich sichtbar, hält die Lufthansa Snacks für völlig Erschöpfte bereit. Es gibt Wasser, Apfelsaftschorle, Müsliriegel und Salzgebäck. Fraport-Mitarbeiter verteilen die Stärkung auch unter den in der Schlange Wartenden. "Gib zuerst den Älteren und den Kindern", weist ein Kollege den anderen an.

11.15 Uhr: Lufthansa-Sprecherin Claudia Lange kann noch keine genauen Angaben dazu machen, wie viele Flüge bisher annulliert wurden und wie viele Passagiere davon betroffen sind. "Wir waren aber gezwungen, einen Großteil der Flüge zu streichen", sagt Lange. "Wir bedauern, dass das alles auf dem Rücken der Passagiere ausgetragen wird." Die Gewerkschaft Ufo werde gebeten, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. "Die Tür dazu ist jederzeit offen."

Die Fluggesellschaft sei bemüht, die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. "Aber die Streik-Ankündigung kam sehr kurzfristig", sagt Lange. Insbesondere Fluggäste aus dem Ausland hätten nicht informiert werden können. "Die sind teilweise ins Flugzeug gestiegen, als noch nicht bekannt war, dass gestreikt werden wird", sagt Lange. "Dann kamen sie hier ahnungslos an und wissen nun nicht wohin."

Fluggäste, deren Daten bei der LH hinterlegt waren, hat die Fluggesellschaft per SMS oder Mail über den Streik informiert. Flugtickets lassen sich kostenlos auf einen anderen Flug umbuchen oder stornieren. Auch das Umwandeln des Flugtickets in ein Bahnticket ist möglich. Die Airline veröffentlicht eine laufend aktualisierte Liste der gestrichenen Flüge auf ihrer Website www.lufthansa.com.

Tränen beim Blick auf die Anzeigetafel

11.05 Uhr: Beim Blick auf die Anzeigetafel im Terminal 1 kullern Tränen über die Wangen von Caroline Reichard. „Annulliert“ steht hinter dem Lufthansa-Flug, der sie mit ihrer 14-jährigen Tochter nach Rom bringen sollte. „Wir hatten uns so auf die Tage gefreut“, sagt sie. Doch der Streik der Lufthansa-Flugbegleiter macht die Abflughalle für Mutter und Tochter zur Endstation.

10.55 Uhr: Wegen des Streiks der Lufthansa-Flugbegleiter bereitet sich der Autovermieter Sixt auf zusätzliche Kunden vor. „Wir steuern die Flotte so, dass wir auf eine höhere Nachfrage reagieren können“, sagte ein Sprecher am Freitag in Pullach bei München. Bisher habe Sixt jedoch keine „nennenswerten Veränderungen“ festgestellt. Deswegen sei es noch zu früh, alle freien Fahrzeuge an den Frankfurter Flughafen zu schicken. Der Autovermieter warte ab, wie sich die Situation weiter entwickele.

10.50 Uhr: Viele Leute irren durch den Flughafen, wissen nicht wo sie hinsollen. Wer sich nicht vorab im Internet informiert hat, ist aufgeschmissen. Die Passagiere werden von einer Stelle zur nächsten geschickt – und landen alle letztendlich in der langen Schlange am Lufthansa-Schalter. Die wird auch nicht kürzer, zieht sich immer noch bis in Halle B hinein. Einige Fluggäste sind völlig entnervt. Und sauer. Reden wollen sie dann nicht mehr, wenn sie erfahren, dass ihr Flug gestrichen wurde.

10.40 Uhr: Obwohl die Lufthansa versuchte, ihre Kunden vorab zu informieren, hat an diesem Morgen das Chaos den ansonsten so genau durchgetakteten Flugverkehr fest im Griff. Besonders hart getroffen hat es eine französische Familie, die von Kapstadt

weiter nach Marseille wollte und nun in Frankfurt festhängt. „In Frankreich sind wir Streiks gewöhnt - hier nicht“, sagt Sara Vassallo. Ärgerlich: Sie hatte extra einen Lufthansa-Flug gebucht, um nicht in einen der zahlreichen Arbeitsausstände bei Air France zu geraten. Sie und ihr Mann Laurent seien seit 25 Stunden unterwegs, und die beiden Kinder, sechs und zwölf Jahre alt, mittlerweile am Ende ihrer Kräfte.

Stimmung bei Streikenden spitze

10.25 Uhr: Die Gewerkschaft Ufo versammelt die Streikenden am Parkhaus, an der Tiefgarage und vor den Toren 20 und 21. Es sind mehrere hundert Flugbegleiter, die heute im Ausstand sind. Die Forderung: fünf Prozent mehr Gehalt und eine Erhöhung der Gewinnbeteiligung. Die Streikenden tragen gelbe Warnwesten, halten Fahnen und Schilder hoch. "?Leiharbeit? Ich bin so sauer, ich hab sogar ein Schild gebastelt" steht auf einem. Oder: "Lufthansa NICHT Lowhansa".

Alle Flugbegleiter, die gerade zurückkommen oder aktuell in der Luft sein sollten, haben ihre Arbeit niedergelegt. "Die Stimmung ist spitze. Wir haben uns Gehör verschafft", sagt Ufo-Pressesprecher Alexander Behrens. "Die Lufthansa muss sich überlegen, ob sie weiteren Imageverlust und wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehmen will." Die Tarifrunde sei aber noch nicht wiederaufgenommen worden, bisher habe die Lufthansa noch keine Bereitschaft gezeigt. "Weitere Streiks sind bereits geplant. Wo und wie wird noch nicht verraten, sie sind aber im ganzen Bundesgebiet denkbar", sagt Behrens. Für die Passagiere tue es ihnen sehr leid, es sei aber notwendig. "Leid tut es uns auch für die Kollegen hinter den Schaltern. Aber sie zeigen sich solidarisch - das wäre im umgekehrten Falle genauso."

10.05 Uhr: Sophie Langua weiß noch nicht, ob ihr Flug um 12.10 Uhr nach Graz gehen wird. Ihre Tochter hat gerade nachgesehen - ohne Erfolg. Infos hat sie keine bekommen. Erst mal will sie nun das Gepäck aufgegeben, dann wird weiter gesehen. Langua hat nicht wirklich Verständnis für den Streik: "Für die ist es vielleicht gut, für uns Passagiere aber schlecht."

9.55 Uhr: Familie Maier will um 11.30 Uhr nach Bilbao fliegen - und kann das auch. Ihr Flug wird abheben, das haben sie heute morgen im Internet nachgeschaut. Da war die Familie erleichtert. Vor Ort in Frankfurt wurden sie in die lange Schlange am Lufthansa-Schalter eingewiesen. Falls es zu lange dauere und zu spät werde, wurde ihnen mitgeteilt, dann solle die Familie kurz vorm Abflug einfach nach vorne gehen und das Gepäck abgeben. Doch in der Schlange kommt die Familie einigermaßen schnell voran.

Mutter Sylvia Maier findet den Streik in Ordnung, "sonst wird sich ja nie was ändern". Auch Tochter Franziska hat Verständnis für die Streikenden: "Wenn sie zu wenig Geld bekommen, dann ist das berechtigt." Vater Oliver Maier sieht das ein bisschen anders: "Man hätte den Streik langsamer angehen können. Mit Warnstreiks zum Beispiel." Auch dass ausgerechnet gleich der größte deutsche Flughafen bestreikt wird, versteht er nicht ganz. "Ein anderer Tag als Freitag wäre für die Passagiere auch besser gewesen. Da ist dann bestimmt weniger los."

Halle A ist proppenvoll

9.30 Uhr: In der Halle A des Terminals 1 ist es proppenvoll. Jede Menge Passagiere warten, viele wissen nicht ob ihr Flug abheben wird. Auf der Anzeigentafel ist etwa jeder zweite Flug annulliert. Nizza, London, Mailand, St. Petersburg - dahin geht es heute zumindest nicht. Viele Passagiere warten vor den Schaltern in der Halle, die Schlange zieht sich bis in Halle B hinein. Alle großen Fernsehteams sind da.

Fraport-Pressesprecher Christopher Holschier: "Bisher gibt es etwas über 140 Annullierungen, der Großteil davon ist durch den Streik bedingt." Gemeinsam mit der Lufthansa kümmere man sich um die Passagiere.

Das sieht Jurgen Schroven aus Belgien etwas anders: Er kommt gerade aus Namibia, ist nach neun Stunden Flug nun in Frankfurt gestrandet. Normalerweise sollte sein Flug zurück nach Brüssel um 9.30 Uhr gehen. Jetzt weiß er nicht wie es weiter geht. Er hat nach Informationen gefragt, niemand konnte ihm weiterhelfen. Nur der Lufthansa-Schalter - aber dort steht die Schlange. Und die schreckt ihn ab. Er ist sehr unzufrieden mit dem Management der Lufthansa.

8.44 Uhr: Die Deutsche Bahn setzt wegen des Streiks der Flugbegleiter der Deutschen Lufthansa in Frankfurt am Freitagvormittag mehr Züge als sonst ein.

8.13 Uhr: Die Flugbegleiter der Lufthansa haben mit der Ausweitung ihrer Streiks gedroht. Mit einem Vorlauf von sechs Stunden könnte der am Morgen in Frankfurt am Main begonnene Ausstand noch am Freitag auf andere deutsche Flughäfen ausgeweitet werden, sagte der Vorstandsvorsitzende der Gewerkschaft UFO, Nicoley Baublies. Ob auch am Wochenende gestreikt werde, sei noch offen. „Darüber muss die Streikleitung entscheiden“, erklärte er. Weitere Aktionen hingen vom Verhalten der Lufthansa ab. Die Gewerkschaft hatte rund 1.000 Stewardessen und Stewards der Lufthansa für Freitag zu einem achtstündigen Streik von 5

Uhr an aufgerufen. Die Beteiligung liege bei 100 Prozent, sagte Baublies.

Die Lufthansa strich in Frankfurt wegen des Streiks zunächst gut ein Viertel ihrer geplanten Flüge auf Kurz- und Mittelstrecken. Laut einer Liste auf der Lufthansa-Website waren drei Stunden nach Streikbeginn bereits 68 Flüge annulliert. Fluggäste mussten sich auf erhebliche Behinderungen einstellen. Für innerdeutsche Flüge gab es Ersatzverbindungen mit der Bahn.(mit dpa/dapd/rtr/afp)

Link	http://www.fr-online.de/frankfurt/lufthansa-streik-flughafen-frankfurt-liveticker---erfolg-fuer-die-ufo,1472798,17014970.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-013a	02-09-12	Wirtschaft	afp	

LUFTHANSA-FLUGBEGLEITER

Neue Streiks am Dienstag

Die Flugbegleiter der Lufthansa setzen am Dienstag ihren Streik fort. Die Streikleitung berate derzeit, wo und wann genau diese Streiks stattfinden werden, teilte die Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo am Sonntagabend mit.

Nach dem ersten Streik des Lufthansa-Kabinenpersonals am Freitag müssen sich Flugreisende kommende Woche auf ein noch größeres Chaos einstellen. Die Flugbegleitergewerkschaft UFO kündigte am Sonntagabend an, ihren Arbeitskampf am Dienstag fortzusetzen und zugleich auszuweiten. Wann und wo gestreikt wird, war zunächst unklar.

Die UFO-Streikleitung beriet nach Gewerkschaftsangaben am Sonntagabend weiter darüber, wann und wo der Arbeitskampf am Dienstag stattfinden würde. Der genaue Beginn und die betroffenen Standorte von Aktionen würden mindestens sechs Stunden vorher bekanntgeben, hieß es in einer Mitteilung. Am Freitag hatte sich der Streik auf Frankfurt am Main beschränkt.

Der Ausstand am größten deutschen Flughafen hatte für Chaos gesorgt. Das Kabinenpersonal legte acht Stunden die Arbeit nieder. Zahlreiche Maschinen blieben am Boden, die Nacht zum Samstag mussten nach Angaben der Lufthansa etwa 350 Transitpassagiere auf Feldbetten am Flughafen verbringen. Auch am Samstag fielen als Nachwirkung des Streiks noch rund 18 In- und Auslandsflüge aus. Am Sonntag hatte sich die Lage hingegen wieder normalisiert, wie ein Lufthansa-Sprecher sagte. Das Unternehmen rechnet infolge des Streiks mit einem Millionenschaden.

Der Arbeitskampf werde fortgesetzt, weil die Lufthansa nach dem Streik am Flughafen Frankfurt „keinerlei Signal“ an UFO gegeben habe, begründete UFO am Sonntagabend die Entscheidung der Streikleitung. Die Flugbegleitergewerkschaft hatte am vergangenen Dienstag die Tarifverhandlungen mit der Lufthansa für gescheitert erklärt und einen unbefristeten Arbeitskampf des Kabinenpersonals angekündigt. Knackpunkte sind die Themen Leiharbeit und Auslagerung von Arbeitsplätzen. Die Gewerkschaft rechnete nach eigenen Angaben mit einem erheblichen Chaos aufgrund des bevorstehenden Streiks. „Da wir am Freitag erlebt haben, dass die Lufthansa ihre Möglichkeiten über- und die Streikbeteiligung unterschätzt hat, geschweige denn in der Lage war, den Sonderflugplan aufrecht zu erhalten, steht zu vermuten, dass dies am kommenden Dienstag auch nicht klappen dürfte“, erklärte UFO. (afp)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-flugbegleiter-neue-streiks-am-dienstag,1472780,17033088.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-014	02-09-12	Wirtschaft	dpa	

FLUGBEGLEITER-STREIK LUFTHANSA FRANKFURT

Lufthansa und Ufo bleiben hart

Auch nach dem Flugbegleiter-Streik am Freitag bleiben die Fronten zwischen Lufthansa und der Gewerkschaft Ufo verhärtet. Ufo droht deshalb jetzt wieder mit weiteren Streiks. Die könnten jeden Flughafen in Deutschland betreffen.

Im Tarifstreit bei der Lufthansa ist keine Einigung in Sicht. Sowohl die Gewerkschaft Ufo als auch die Lufthansa forderten am Samstag in Frankfurt jeweils von der Gegenseite den nächsten Schritt. „Unser Angebot liegt auf dem Tisch. Wir sehen im Moment keine Veranlassung, da nachzubessern“, sagte ein Sprecher der Lufthansa. „Wir haben bislang kein akzeptables Angebot der Lufthansa bekommen - und rechnen auch nicht damit“, sagte ein Ufo-Sprecher.

Die Gewerkschaft drohte mit weiteren Streiks. „Wir sind in der Lage, innerhalb kürzester Zeit in ganz Deutschland loszulegen“, sagte der Sprecher. Wann und wo das Kabinenpersonal in den Ausstand treten könnte, ließ er aber offen. Das will die Gewerkschaft sechs Stunden vorher ankündigen.

Ufo hatte die Lufthansa am Freitag zum ersten Mal für acht Stunden bestreikt - jedoch nur am Frankfurter Flughafen, dem größten

Drehkreuz in Deutschland. Dennoch waren europaweit Hunderte Flüge ausgefallen, Tausende Passagiere gestrandet. Für die Airline entstand nach eigener Darstellung ein Schaden in Millionenhöhe. Erst am Samstag hatte sich die Lage nach und nach entspannt.

Die Gewerkschaft fordert neben fünf Prozent mehr Geld auch das Ende der Leiharbeit und einen Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa plant mittelfristige Einsparungen bei den Personalkosten und will dafür unter anderem die Beförderungsstufen strecken. Das Unternehmen bietet 3,5 Prozent mehr Gehalt und den Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/flugbegleiter-streik-lufthansa-frankfurt-lufthansa-und-ufo-bleiben-hart,1472780,17027444.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-015	03-09-12	Wirtschaft	FR, dapd, dpa, Reuters	

LUFTHANSA STREIK

Hunderte Flugbegleiter streiken

Die Lufthansa-Stewards streiken weiter. Neben Frankfurt trifft es heute Berlin und München. Der letzte Ausstand der Flugbegleiter hatte den Frankfurter Flughafen ins Chaos gestürzt. Trotzdem bezeichnen die Streikenden ihn rückblickend als „Nadelstich“ und wollen die Streiks ausweiten.

Im Tarifkonflikt der Flugbegleiter bei der Lufthansa droht die Gewerkschaft Ufo mit flächendeckenden Streiks. Sollte das Unternehmen bei seiner „arroganten Linie“ bleiben, machten weitere Nadelstiche voraussichtlich keinen Sinn mehr, sagte der Ufo-Chef Nicoley Baublies.

Am Mittwoch sei ein derartiger Ausstand wegen der zu erwartenden Auswirkungen der zweiten Streikwelle vom Dienstag auch nicht notwendig. „Am Mittwoch wird noch genug Chaos herrschen“, sagte Baublies.

Seit dem frühen Dienstagmorgen werden die Flughäfen Frankfurt und Berlin bestreikt, von 13 bis 24 Uhr tritt das Kabinenpersonal dann am Flughafen München in den Ausstand. Die Lufthansa streicht darum in Frankfurt etwa 190 Flüge.

Rund die Hälfte aller Kurz- und Mittelstreckenverbindungen entfalle, zudem einige Langstreckenflüge, sagte ein Sprecher. In München wurden zunächst 15 Flüge annulliert. In Berlin entfielen „einige“ Flüge.

Die Airline bietet ihren Kunden als Ausgleich kostenlose Umbuchungen an. Sie werden zudem mit Getränken und Snacks versorgt.

Baublies sagte dieser Zeitung am Montag, er hoffe jetzt auf eine Reaktion der Lufthansa, sagte Baublies dieser Zeitung am Montag. Seit Tagen habe es keinen Kontakt mehr zum Vorstand gegeben. „Wir geben der Lufthansa noch bis morgen, Dienstag, eine Chance.“ Falls das Unternehmen sein Angebot am Dienstag nachbessere, könne sich der Arbeitskampf schnell in eine andere Richtung bewegen, so Baublies. Der erste Streiktag am Freitag hatte in Frankfurt für Chaos gesorgt. „Wir bedauern es sehr, dass es zu dieser Eskalation kommen musste“. schreibt die Ufo auf ihrer Website. Es gebe aber keine Alternative zum Arbeitskampf.

Lufthansa prüft rechtliche Schritte gegen Streik

Ufo verlangt fünf Prozent mehr Geld für die 19.000 Lufthansa-Flugbegleiter. Vor allem widersetzt sich die Gewerkschaft dem Einsatz von Leiharbeitern und der geplanten Auslagerung von Personal in eine Billigfluglinie. In dem Konflikt zeichnet sich bislang aber keine Lösung ab. Lufthansa bietet bisher 3,5 Prozent mehr Lohn bei Ausweitung der Arbeitszeit.

Die Lufthansa prüft indes rechtliche Schritte gegen die Streiks. Nach aktueller Rechtslage käme es darauf an, die Unverhältnismäßigkeit eines Streiks nachzuweisen. Dafür wiederum mangelt es den Gerichten bislang aber an klaren Kriterien. (FR, dapd, dpa, Reuters)

Aktuelle Informationen zu den Streiks gibt es auf der Internetseite der Lufthansa sowie telefonisch unter 01805-805 805.

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-hunderte-flugbegleiter-streiken,1472780,17047312.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-016	03-09-12	Wirtschaft	rtr	

FLUGBEGLEITER-STREIK

Lufthansa bietet Gratis-Umbuchungen an

Wegen des angekündigten Streiks der Flugbegleiter am Dienstag bietet die Lufthansa betroffenen Passagieren an, ihre Flüge kostenlos auf einen anderen Tag umzubuchen. Da die Gewerkschaft Ufo den Streikort erst sechs Stunden vorher ankündigt, sind die Möglichkeiten zur Vorbereitung begrenzt.

Lufthansa -Passagiere können wegen des Flugbegleiter-Streiks am Dienstag kostenlos ihre Flüge auf einen anderen Tag verschieben. Flüge bis zum 4. September könnten derzeit ohne Zusatzgebühren umgebucht werden, sagte ein Lufthansa-Sprecher am Montag. Daneben habe die Airline begonnen, sich für den neuerlichen Ausstand zu rüsten. Details wollte er nicht nennen, um der Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo keinen Einblick in die Vorbereitungen zu geben.

Die Flugbegleiter der Lufthansa wollen die Arbeit am Dienstag erneut niederlegen. Zum Auftakt am Freitag waren in Frankfurt zahlreiche Strecken der Kranich-Airline ausgefallen. Nun will Ufo den Streik nicht mehr auf einen Flughafen beschränken. Wo und wann genau gestreikt wird, wollen die Arbeitnehmervertreter mindestens sechs Stunden vor Beginn des Ausstandes verraten. Falls Ufo also am frühen Dienstagmorgen loslegen wollte, müsste die Ankündigung am späten Montagabend erfolgen. „Die Kurzfristigkeit der Ankündigung limitiert unsere Reaktionszeit enorm“, räumte der Lufthansa-Sprecher ein. Bei Deutschlands größter Fluglinie arbeiten 18.000 Stewards und Stewardessen.

Nicht genug Plätze für gestrandete Kunden

Insgesamt sind die Möglichkeiten der Lufthansa nicht nur wegen der kurzen Vorwarnzeit begrenzt. Ersatzcrews stehen kaum bereit und Tochter-Airlines wie Germanwings, die nicht bestreikt werden, haben nicht genug freie Plätze, um Tausende Lufthansa-Kunden aufzunehmen. Das zeigte sich bereits am ersten Streiktag - statt wie angepeilt 64 musste die Lufthansa 190 Verbindungen annullieren. 26.000 Passagiere saßen fest, die Kosten dafür gehen nach Konzernangaben in die Millionen. Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. Beide Seiten reden derzeit nicht einmal miteinander. Das Unternehmen bietet ein Gehaltsplus von 3,5 Prozent bei einer Laufzeit von drei Jahren. Allerdings sollen die Flugbegleiter dafür länger arbeiten. Ufo kämpft für fünf Prozent mehr Lohn über 15 Monate und gegen die Auslagerung von Stellen. (rtr)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/flugbegleiter-streik-lufthansa-bietet-gratis-umbuchungen-an,1472780,17040818.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-017	04-09-12	Wirtschaft	Peter Dietz	

LUFTHANSA-STREIK

UFO legt bundesweit Flugverkehr lahm

Von PETER DIETZ

Mehr als 300 der weltweit 1800 Lufthansa-Starts fallen aus, zeitweise sitzen 43.000 Passagiere fest. Am Freitag streiken die Flugbegleiter der Lufthansa nun bundesweit von 0 bis 24 Uhr, teilte die Gewerkschaft Ufo mit.

Die Flugbegleiter erhöhen den Druck auf Lufthansa. Am Freitag streiken die Flugbegleiter bundesweit von 0 bis 24 Uhr. Das kündigte die Kabinengewerkschaft UFO nun an.

„Wir haben an zwei Streiktagen unsere Macht demonstriert“, sagte UFO-Chef Nicoley Baublies der Frankfurter Rundschau. Wenn zeitlich und örtlich begrenzte Ausstände nicht reichten, müsse man „in die Fläche gehen“. Und das heißt: Alle deutsche Flughäfen könnten ein bis zwei Tage still stehen.

Am Dienstag streikten die Stewardessen und Stewards zeitlich gestaffelt an drei Flughäfen. In Frankfurt, München und Berlin fielen über den Tag insgesamt mehr als 300 der weltweit 1800 Flüge der Lufthansa aus; zeitweise saßen Tausende Passagiere in den Terminals der drei deutschen Airports fest. Bereits am Freitag hatte UFO das Drehkreuz Frankfurt lahmgelegt.

Der zweite Streiktag begann um 5 Uhr in Berlin-Tegel. Dort ließen rund 300 Flugbegleiter für die folgenden acht Stunden die Arbeit ruhen; 15 Flüge fielen aus. Die zweite, weit stärkere Welle folgte um 6 Uhr in Frankfurt; dort führte der achtstündige Ausstand zu den größten Behinderungen. An Deutschlands größtem Flughafen strich Lufthansa allein 200 Flüge. Jeder zweite

Kurz- und Mittelstreckenflug fiel aus, zudem ein Drittel der Flüge nach Übersee.

München, nach Frankfurt das zweitgrößte Drehkreuz der Republik, traf der Streik am Nachmittag. Er sollte bis Mitternacht dauern. Lufthansa zeigte sich optimistisch, drei Viertel der Kurz- und Mittelstreckenflüge in die Luft zu bringen. Die hohe Quote sei darin begründet, dass in der bayerischen Landeshauptstadt der Anteil der nicht bestreikten Lufthansa-Töchter am Flugplan relativ hoch ist. Zugleich dürften dort aber die Hälfte der Langstreckenflüge am Boden bleiben. Lufthansa rechnet wegen der gestörten Umläufe auch für den Mittwoch mit weiteren Auswirkungen auf den Flugplan. Die Kranich-Linie zeigte sich am zweiten Streiktag besser vorbereitet.
Bereits am Vorabend waren Interkontinentalflüge im Ausland abgesagt worden. Damit konnte verhindert werden, dass parkende Flieger den Airport blockieren.

Am Freitag hatte der Frankfurter Flughafen vorübergehend geschlossen werden müssen, weil alle Parkpositionen belegt waren. Zeitweise hatten deshalb keine Flieger aus dem europäischen Ausland in Richtung Frankfurt abheben können. Ein Landeverbot musste am Dienstag laut Flughafenbetreiber Fraport nicht ausgesprochen werden.

Derweil wird der Ton zwischen den Parteien rauer. Beide werfen sich gegenseitig „Arroganz“ vor. Die Streiks hätten nichts mehr mit Nadelstichen zu tun, sagte Lufthansa-Sprecher Klaus Walther am Dienstag in Frankfurt. „Das sind Nackenschläge oder Faustschläge ins Gesicht unserer Kunden. Hier streikt eine Gewerkschaftsführung gegen die Kunden. Und das kann nicht sein.“

In einem offenen Brief an die Passagiere betonte UFO, die Stewardessen streikten nicht gegen, sondern für Lufthansa. Nur über den Arbeitskampf sei es möglich, das Management in die Verantwortung zu zwingen, das Unternehmen wieder auf soliden Kurs zu bringen. Die Flugbegleiter wollten Lufthansa als Qualitätsairline erhalten. Gleichzeitig bat UFO die Fluggäste um Verständnis. Die Lufthansa-Führung wolle nach Fehlinvestitionen im dreistelligen Millionenbereich mit einem enormen Sparpaket „zum großen Schlag“ gegen das Personal ausholen, so UFO in dem Schreiben. Das Kabinenpersonal treffe es als erstes, da hier die Tarifverhandlungen anstünden.
Schäden in Millionenhöhe

Durch Stornierungen und ausgefallene Flüge seien Lufthansa Schäden in Millionenhöhe entstanden, sagte ein Sprecher gestern. Genaue Zahlen nannte er jedoch nicht; die würden nach dem Streik ermittelt. „Das Markenversprechen der Lufthansa leidet darunter, und dem Unternehmen wird ein großer Schaden zugefügt. Allein durch die Ankündigung, dass Streik möglich ist, stellen wir fest, gehen viele Passagiere auf alternative Flugrouten oder Transportmittel“, sagte der Sprecher weiter. Seit mehr als einem Jahr streiten Lufthansa und UFO über die künftigen Arbeitsbedingungen der 19 400 Stewardessen und Stewards der größten deutschen Fluglinie. Die Flugbegleiter der Kranich-Linie wollen nach einer drei Jahre währenden Nullrunde endlich wieder mehr Geld. UFO fordert einen Aufschlag von fünf Prozent, Lufthansa hatte 3,5 Prozent geboten.

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-ufo-legt-bundesweit-flugverkehr-lahm,1472780,17170688.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-018	04-09-12	Wirtschaft	FRANK-THOMAS WENZEL	

LUFTHANSA-STREIK

Die Mini-Max-Methode

Von FRANK-THOMAS WENZEL

Nur an drei Standorten – Frankfurt, München und Berlin – traten die Beschäftigten der Lufthansa in den Ausstand. Doch das hatte Auswirkungen bis nach New York. Fragen und Antworten zum Streik.

Die Flugbegleiter zwingen die Lufthansa dazu, mehr als 300 Flüge an einem Tag zu streichen. Wir erläutern die Strategie der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation (Ufo).

Warum streikten die Flugbegleiter in Frankfurt, München und Berlin? Berlin hat nach Einschätzung von Insidern eher eine symbolische Bedeutung. Hier testet die Lufthansa den Einsatz von Leiharbeitern in der Kabine, was Ufo mit aller Macht bekämpft. Frankfurt und München sind die wichtigsten Flughäfen der Lufthansa.

Welche Rolle spielt dabei, dass beide Airports Drehkreuze sind? Das ist der entscheidende Faktor. „Der Streik wirkt sich deshalb auf das gesamte Netzwerk der Lufthansa aus“, erläutert Tobias Grosche vom Beratungsunternehmen Airconomy. Die beiden LH-Drehkreuze funktionieren wie fein justierte Räderwerke. Mit Zubringerflügen von kleineren Airports werden Passagiere nach Frankfurt und München gebracht, um dort in große Maschinen für Interkontinentalflüge umzusteigen. In Frankfurt sind etwa zwei

von drei Fluggästen Umsteiger.

Wie wird das Umsteigen organisiert? Es geht darum, sogenannte Wellen möglichst effizient zu organisieren. Es müssen in möglichst kurzen Abständen große und kleine Maschinen landen. Die Fluggäste sollen vom Interkontinental-Jet in die Kurzstrecken-Maschinen wechseln und umgekehrt. Mit kurzen Umsteigezeiten minimiert die Airline ihre Kosten. Zudem geht es darum, dass im Langstreckenflugzeug möglichst wenig Sitze frei bleiben. Nur mit einer hohen Auslastung verdient die Airline Geld. Die Flugbegleiter haben gestern vorgeführt, dass sie das Know-how besitzen, dieses Räderwerk empfindlich ins Stocken zu bringen. Der Streik war deshalb auch eine Machtdemonstration von Ufo.

Wo waren die Streikfolgen zu spüren? Das wirkte sich unter anderem bis nach New York aus. Die Lufthansa ließ dort Maschinen erst gar nicht abfliegen. Der Grund: Am Zielort Frankfurt wäre das Flugzeug nicht mehr weggekommen. Es hätte damit eine Parkposition blockiert und damit die Landung eines nachfolgenden Jets verhindert. Passagiere von New-York-Flügen wurden auf andere Airlines umgebucht, mussten dann aber anderswo landen, beispielsweise in Zürich.

Wie sah es an anderen Airports in Deutschland aus? Vor allem auch in Hamburg und Hannover wurden Verbindungen gestrichen, weil die LH-Flugzeuge nicht zu den Airports in Norddeutschland kamen, da sie erst gar nicht in Frankfurt oder München starten konnten.

Warum wurde in Frankfurt am Vormittag und in München von Mittag an gestreikt? Die Ufo-Taktik folgt der Mini-Max-Methode: Minimaler Einsatz mit maximalem Effekt. Die Dauer des Streiks wurde für Ufo-Mitglieder begrenzt. Zugleich gab es für die Lufthansa am gestrigen Nachmittag keinen Drehkreuz-Flughafen mit Normalbetrieb, was das Krisen-Management erheblich erschwerte. Denn in München lief der Streik um 13 Uhr an und dauerte bis Mitternacht. In Frankfurt war der Streik zwar um 14 Uhr beendet, es dauerte aber viele Stunden, bis sich nach dem Ausstand der Flugverkehr dort einigermaßen normalisierte.

Welche Schäden entstehen der Lufthansa durch den Streik? Von Millionenbeträgen ist die Rede. Zu den Flugausfällen kommt, dass bei Langstreckenverbindungen möglicherweise Plätze freiblieben, weil Zubringerflüge gestrichen wurden. Das bringt finanzielle Belastungen. Experte Grosche geht ferner davon aus, dass es deutlich länger als einen Tag dauern wird, bis wieder alle Crews und Flieger da sind, wo sie laut Flugplan sein müssen. Auch das kostet viel Geld.

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-die-mini-max-methode,1472780,17171418.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-019	04-09-12	Politik	blz/dpa	

LUFTHANSA-STREIK IN BERLIN

Streik der Flugbegleiter in Tegel beendet

Der Streik der Lufthansa-Flugbegleiter auf dem Flughafen Berlin-Tegel ist beendet. Wie die Gewerkschaft Ufo am Dienstag mitteilte, kehrt das Kabinenpersonal an die Arbeitsplätze zurück.

BERLIN - Stewardessen und Stewards der deutschen Lufthansa hatten seit fünf Uhr morgens die Arbeit niedergelegt, um den Druck in den festgefahrenen Tarifverhandlungen zu erhöhen. Ufo fordert unter anderem fünf Prozent höhere Entgelte, ein Ende der Leiharbeit beim Kabinenpersonal und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa plant hingegen mittelfristige Einsparungen bei den Personalkosten und will dafür unter anderem die Beförderungsstufen strecken.

In Tegel starten und landen wochentags etwa je 70 Lufthansa-Flüge. Die Fluggesellschaft geht davon aus, dass am Dienstag wegen des Streiks etwa jeder zweite dieser Flüge ausgefallen ist oder noch ausfallen wird. Auf dem Flughafen Frankfurt am Main war das Lufthansa-Kabinenpersonal morgens ebenfalls in den Streik getreten, auf dem Flughafen München wird seit Mittag gestreikt. Auch hier wurden zahlreiche Flüge gestrichen.

Fernreisende betroffen

In Berlin traf der Streik vor allem Dienstreisende und Urlauber. Vor dem Lufthansa-Serviceschalter bildete sich eine lange Schlange, doch die meisten Fluggäste reagierten gelassen. Wie die 27-jährige Cathleen Grucza, die über Frankfurt nach Mexiko fliegen wollte.

Die Berlinerin äußerte Verständnis für den Streik: Die Gehälter müssten angepasst werden. Man habe ja früh genug reagieren können, weil man sich einstellen konnte, sagte die Frau und machte sich selbst Mut: „Der Urlaub kann nur besser werden." Sie erhielt einen Flug über Zürich.

Besonders ärgerlich lief der Morgen für ein Paar aus Hannover: Sie hatten für ihre Reise in die Dominikanische Republik extra den Flughafen Tegel als Startpunkt gewählt, um Kosten zu sparen. Als sie von dem Streik hörten, buchten sie noch einmal um - und mussten am Dienstagmorgen feststellen, dass ausgerechnet ihr neuer Flug gestrichen wurde.

Dirk Dittner, der zu einer Aufsichtsratswahl nach Frankfurt wollte, hat für den Streik kein Verständnis. „Der Lufthansa geht es noch sehr gut“ sagte er. Er erwarte, dass die Angestellten über den Tellerrand hinaus sehen und auf die Konsequenzen achten. Es habe Angebote gegeben und über die hätten sie auch verhandeln können. Sein Mitreisender Thomas Hufnagel äußerte grundsätzlich Verständnis. „Wenn man drei Jahre keine Erhöhung bekommen hat, darf man auch mal streiken.“.

Der Sprecher der Gewerkschaft Ufo, Alexander Behrens, zeigte sich zufrieden mit der Streikbeteiligung. Für die Unabhängige Flugbegleiter Organisation habe Tegel wegen der dort von der Lufthansa bereits praktizierten Leiharbeit Symbolwert. Die Lufthansamitarbeiter machten dort nun am Boden, was sie sonst in der Luft tun: Sie verteilten Getränke.

Andere gaben kleine Zettel mit Telefonnummern einer Hotline aus. Dort gab es die gleichen Auskünfte wie am Service-Schalter, wo die Schlange langsam länger wurde. Auf der großen Anzeigetafel wiesen dagegen nur einzelne "Annulliert"-Anzeigen auf den Streik hin. Ob Umbuchen oder Auskünfte - wer Hilfe brauchte, musste mit einer Wartezeit von rund einer Stunde rechnen.

Bahn hält zusätzliche Züge bereit

Wer zum Beispiel nach Frankfurt wollte, konnte auf die Bahn umsteigen. An den Streikorten in Frankfurt am Main, Berlin und München stünden zusätzliche Züge bereit, sagte eine Bahn-Sprecherin auf Anfrage. Bisher gab es nach ihren Angaben kein erhöhtes Aufkommen an den Bahnhöfen. Beim ersten Streik am vergangenen Freitag mussten keine zusätzlichen Züge eingesetzt werden, wie die Sprecherin berichtete.

Manche Streik-Betroffene in Tegel fuhren auch wieder nach Hause und erhielten ihren Flugpreis zurück. Wer Anschlussflüge brauchte, wurde auch auf andere Airlines umgebucht, meist Air Berlin. Andere sollten einen Direktflug von Berlin nach New York bekommen, statt über Frankfurt zu fliegen.

Derweil kamen vom künftigen Hauptstadtflughafen in Schönefeld neue Hiobsbotschaften. Dort soll der Eröffnungstermin nun aller Voraussicht nach erneut verschoben werden und erst im Oktober. (blz/dpa)

Link	http://www.fr-online.de/politik/lufthansa-streik-in-berlin-streik-der-flugbegleiter-in-tegel-beendet,1472596,17048704.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-020	04-09-12	Wirtschaft	FR/dpa/afp	

STREIK LUFTHANSA

Hunderte Flüge annulliert

Auf drei Flughäfen bilden sich lange Schlangen an den Lufthansa-Schaltern. In Frankfurt, Berlin und München streiken die Stewards und Stewardessen, hunderte Flüge fallen aus. Der Ton wird rauer: Von Arroganz und „Faustschlägen ins Gesicht der Kunden“ ist die Rede. 43.000 Passagiere sind vom neuen Streik betroffen.

Wegen des Streiks der Flugbegleiter hat die Lufthansa am Dienstag mehr als 300 Flüge gestrichen. Neben innerdeutschen und europäischen Verbindungen fielen auch Interkontinentalflüge aus. Die Flugbegleiter bestreiken seit dem frühen Morgen die Flughäfen in Frankfurt am Main und Berlin-Tegel. Ab 13 Uhr wollten sie auch in München die Arbeit niederlegen.

In Frankfurt legten die Flugbegleiter die Arbeit von 6 Uhr morgens bis 14 Uhr nieder, 190 fielen Flüge aus. Von und nach Berlin-Tegel waren es 20 Flüge. Dort streikten die Stewards und Stewardessen von 5 Uhr bis 13 Uhr. In München waren im Laufe des Tages rund 800 Flugbegleiter zum Dienst eingeteilt. Die Gewerkschaft Ufo rechnete damit, dass sich wie in Frankfurt am Main und Berlin bis zu 85 Prozent der Kollegen am Streik beteiligen. Die Wirkungen sind begrenzt, weil in München viele Lufthansa-Töchter aktiv sind, die nicht bestreikt werden.

Der Tag begann mit langen Schlangen an den Umbuchungsschaltern. Die Airline bietet ihren Kunden kostenlose Umbuchungen an. Sie werden zudem mit Getränken und Snacks versorgt. 43.000 Passagiere sind vom neuen Streik betroffen.

Derweil wird der Ton der beiden Parteien rauer. Ein Ende ist nicht in Sicht, beide verlangen vom anderen Bewegung. Ufo schloss weitere Streiks nicht aus, auch flächendeckende Arbeitsniederlegungen nicht. Lufthansa-Sprecher Klaus Walther sagte am Dienstag: „Das hat nichts mehr mit Nadelstichen zu tun“, das seien „Nackenschläge oder Faustschläge ins Gesicht unserer Kunden. Hier streikt eine Gewerkschaftsführung gegen die Kunden. Und das kann nicht sein.“ Die Ufo hat die heutigen Streiks tröpfchenweise bekannt gemacht. Walther warf Ufo ebenfalls Arroganz vor. Zuvor hatte Ufo-Chef Nicoley Baublies die Lufthansa aufgefordert, ihre arrogante Haltung aufzugeben. Anderenfalls werde es zu flächendeckenden und ganztägigen Streiks kommen.

Walther forderte die Flugbegleiter zur Rückkehr an den Verhandlungstisch auf.

Die Flugbegleiter verlangen unter anderem für höhere Löhne und wollen Leiharbeit verhindern. Bereits vor offiziellem Streikbeginn waren viele Flüge der Lufthansa annulliert.

Dagegen zeigten sich auf die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen nur geringe Auswirkungen. In Düsseldorf waren vier von 670 Flügen betroffen. Auch in Dresden und Leipzig/Halle wurden mehrere Flüge gestrichen.

Zum Ende vergangener Woche hatten die Flugbegleiter in einer ersten Welle für acht Stunden schon einmal in Frankfurt die Arbeit niedergelegt und damit Deutschlands größten Flughafen teilweise lahmgelegt. Am Mittwoch sei ein flächendeckender Streik „unrealistisch“ und wegen der zu erwartenden Auswirkungen der zweiten Streikwelle vom Dienstag auch nicht notwendig, sagte Ufo-Chef Baublies. „Am Mittwoch wird noch genug Chaos herrschen“. Man wolle der Lufthansa zudem auch Zeit für eine Reaktion einräumen.

Schon vor der gestaffelten Streikankündigung in der Nacht zum Dienstag hatte Lufthansa-Sprecher Andreas Bartels die Ufo-Streiktaktik als „sehr fluggastfeindlich“ kritisiert. Das kurze Zeitfenster von sechs Stunden lasse der Gesellschaft kaum eine Chance, die Passagiere rechtzeitig zu informieren. Ufo sieht dagegen eine kurzfristige Streikankündigung derzeit als einziges Mittel im Arbeitskampf mit der Lufthansa. „Wir bedauern das natürlich aufs Äußerste, dass unsere Fluggäste darunter leiden“, sagte Ufo-Sprecher Alexander Behrens der Nachrichtenagentur dpa. „Nur ist es für uns in unserer Situation die einzige Möglichkeit, die wir haben.“

Die Gewerkschaft Ufo hat in den seit 13 Monaten andauernden Verhandlungen nach drei Jahren Nullrunden neben fünf Prozent höheren Entgelten unter anderem das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs verlangt. Lufthansa plant hingegen mittelfristige Einsparungen bei den Personalkosten und will dafür unter anderem die Beförderungsstufen strecken. (FR/dpa/afp)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/streik-lufthansa-hunderte-fluege-annulliert,1472780,17059576.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-021	04-09-12	Frankfurt	dpa/dapd/afp	

LUFTHANSA-STREIK FRANKFURT FLUGHAFEN

Streik verursacht Millionen-Schaden

Von KEVIN SCHUBERT

Verärgerte Passagiere, hunderte Flugausfälle und rund 1800 Flugbegleiter im Ausstand. Dazu überfüllte Züge und ein Millionenschaden für die Lufthansa - das war der Streiktag am Frankfurter Flughafen. Nachzulesen im Ticker.

14.00 Uhr: Der Streik am Frankfurter Flughafen ist beendet.

13.58 Uhr: Der Betrieb am Flughafen beginnt sich zu normalisieren. In Halle A lässt es sich inzwischen sehr schnell einchecken, warten müssen nur noch wenige. Der letzte annullierte Flug ist auf der Anzeigetafel für 14.10 Uhr ausgewiesen. Er wäre nach Mexiko-City gegangen. Danach ist kein Flug mehr gestrichen. Teilweise starten die Flieger noch mit Verspätung, andere werden nachgeholt. Statt um 9.15 Uhr hebt der Flug nach San Francisco nun um 15.15 Uhr ab, nach Barcelona geht es nicht um 13.15 Uhr, sondern um 15.15 Uhr.

13.45 Uhr: Am Streikposten ist mehr los als heute morgen. Die Flugbegleiter rauchen, essen Eis und unterhalten sich. Die Stimmung ist gut. Sascha-Nikolas Berger, Referent des Ufo-Vorstands, schätzt die Zahl der Flugbegleiter im Ausstand auf 1800. Er freut sich, dass die Lufthansa in München bereits Flüge streichen muss. Dort hat der Streik um 13 Uhr begonnen. "Hier schien auf den ersten Blick das Chaos erst mal nicht so groß gewesen zu sein", sagt Berger. "Aber am Himmel hat man kaum Flieger gesehen." Er glaubt an eine strategische Kreation der Lufthansa. "Die haben einfach weniger Flüge nach Frankfurt zugelassen, damit die Stellplätze für die Flugzeuge ausreichen." Am vergangenen Freitag hatte die Kapazität des Flughafens nicht gereicht, alle Flieger parken zu können. Deshalb hatte eine Zeit lang kein Flieger in Europa Richtung Frankfurt starten dürfen.

azu, dass Lufthansa-Sprecher Walther sagte, die Fluggesellschaft wolle Leiharbeit ausschließen, meint Berger: "Wir hören die Worte wohl - aber dann soll den Worten auch ein explizit an die Ufo gerichtetes Angebot folgen."

13.30 Uhr: In Halle B sind zahlreiche Service-Kräfte in lila Westen unterwegs. Sie helfen bei Umbuchungen der Flugtickets in Bahnfahrkarten. "Ich hab mich heute freiwillig dafür gemeldet", sagt eine der Service-Kräfte. Normalerweise sei sie in der Verwaltung tätig. "Aber ich will den Leuten heute helfen." Sie zeigt den Fluggästen auch, in welche der Schlangen sie sich bei welchem Problem zu stellen haben: Jede Schlange ist mit einer andersfarbigen Fahne am Ende markiert. Lila bedeutet zum Beispiel

- wer hätte das jetzt gedacht: Umbuchen in Bahntickets.

Nicht jeder scheint das Farbsystem aber wohl verstanden zu haben. In der lilafarbenen Schlange flucht ein Mann lautstark auf Hessisch. Er echauffiert sich über die unbeständigen Infos: Erst müsse er in Halle A, dann ganz woanders hin - und am Ziel sei er immer noch nicht.

13.20 Uhr: Rebecka Jirestrand steht mit ihrem Mann Hakan und den Freunden Martin Rustberg und Jeanette Johansson in der Schlange. Eigentlich wollten die vier um 12.45 Uhr nach Göteborg fliegen. Von einer Radtour durch das Elsass kommen sie gerade, haben vom Streik vorher noch gar nichts mitbekommen. Erst beim Einchecken erfahren sie, dass ihr Flug annulliert ist. Nun sind sie ein bisschen verärgert und enttäuscht, dass die Info so spät kam. "Vielleicht werden wir nie wieder mit der Lufthansa fliegen", sagt Rebecka Jirestrand. Immerhin sei es für sie zu viert nicht ganz so schlimm, da könne man sich wenigstens die Zeit ganz gut vertreiben. Aber alle wollen einfach nur so schnell wie möglich nach Hause nach Schweden.

Boarding, Flying, Smiling - nicht heute

13.15 Uhr: Eine Flugbegleiterin verteilt in Halle A eifrig Infozettel an Fluggäste. "Wir möchten die Passagiere darüber informieren, dass es nicht an uns liegt", erklärt sie. Die Flugbegleiter wären heute auch gerne mit den Passagieren geflogen, aber sie müssten ein Zeichen setzen. "Unsere Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, werden teilweise unmenschlich."

13.00 Uhr: Über den Anzeigetafeln im Terminal 1 steht in großen Buchstaben: „Boarding, Flying, Smiling“. Doch das Lächeln vergeht vielen Fluggästen heute bereits vor dem Einchecken.

12.45 Uhr: Der UFO-Vorsitzende Nicoley Baublies warnt im Fernsehsender N24 vor einer flächendeckenden Ausweitung des Flugbegleiterstreiks, sollte die Airline zu keinen Zugeständnissen an die Gewerkschaft bereit sein. „Sollte diese Arroganz beibehalten werden, dann wird es jetzt aufhören mit diesen zeitlich und vor allem örtlich begrenzten Streiks“, sagte Baublies. „Dann werden wir in den nächsten Tagen irgendwann sagen, Deutschland steht still von null bis vierundzwanzig Uhr.“

12.30 Uhr: Lufthansa-Sprecher Klaus Walther zieht am Mittag im Terminal 1 Zwischenbilanz: "Aus Kundensicht sieht die miserabel aus", gibt er zu. Doch die LH versuche, die Auswirkungen auf die Passagiere so gering wie möglich zu halten. "Ein paar Dinge konnten wir regeln, etwa die Versorgung der gestrandeten Passagiere im Terminal." Auf der anderen Seite habe man Flüge aus Asien und Amerika nicht reinlassen können. "Diese Passagiere haben meistens einen Anschlussflug und wären in Frankfurt gestrandet", sagt Walther. Deshalb seien diese Flüge umgeleitet worden.

Den Schaden für die Lufthansa schätzt Walther auf mehrere Millionen. "Alleine die Ankündigung eines Streiks führt zu Buchungsrückgängen", sagt er. Der Schaden sei auch mittelfristig beträchtlich, "wenn Kunden es dann bevorzugen, zu einer Airline zu gehen, die nicht bestreikt wird".

Walther erklärt die Lufthansa noch immer für verhandlungsbereit mit der Gewerkschaft. "Wir haben angeboten, die Leiharbeit tariflich auszuschließen", sagt er. "Wenn die Gewerkschaft sagt, wir seien nicht verhandlungsbereit, dann tut es mir leid."

Es werde noch einige Stunden dauern bis der Regelverkehr am Flughafen Frankfurt wieder stattfinden kann. Auch am Nachmittag sei noch mit erheblichen Verspätungen zu rechnen. "Teilweise auch noch am Abend und in den frühen Morgenstunden", sagt Walther.

12.15 Uhr: Lufthansa rechnet wegen der gestörten Umläufe auch für den Mittwoch mit weiteren Auswirkungen des Streiks auf den Flugplan. Bei der Planung des Flugprogramms haben Interkontinentalverbindungen Vorrang, auf kürzere Entfernungen wurden die Gäste auf die Bahn umgebucht.

11.40 Uhr: Familie Poulet taucht wieder auf. Zur Erinnerung: Christine Poulet wollte heute Morgen mit ihrem Mann nach Neapel fliegen, ihr eigentliches Reiseziel liegt aber noch einmal drei Stunden davon entfernt. Die Lufthansa bietet ihnen einen Ausweichflug um 20.45 Uhr an. Die Nacht müssten die Poulets dann aber in einem Hotel in Neapel verbringen. Die Familie ist nun konsterniert: Das Hotel müssen sie aus eigener Tasche zahlen. "Die Lufthansa sagt, sie sei nur für den Transport nach Neapel verantwortlich", ärgert sich Poulet. "Was am Ziel passiert, ist unser Problem." Nun stehen die Poulets wieder in einer Schlange und versuchen herauszufinden, was mit ihrem bereits aufgegebenen Gepäck ist. Voraussichtliche Wartedauer bis zum Schalter: 45 Minuten.

11.30 Uhr: Der Autovermieter Europcar registrierte vermehrt Kunden an den Stationen, die wegen des Streiks einen Mietwagen benötigen. Gleichzeitig gebe es aber auch Stornierungen, sagte eine Sprecherin. Die Nachfrage bleibe damit in etwa gleich.

11.15 Uhr: Bis zum Vormittag strich die Lufthansa mehr als 300 Flüge aus ihrem Flugplan in Frankfurt und Berlin, das ist etwa ein Drittel.

Menschenmassen am Fernbahnhof

11.00 Uhr: Am Fernbahnhof läuft der Betrieb inzwischen wieder normal. Heute Morgen zwischen sieben und zehn Uhr sah das noch ganz anders aus. Viele, deren Inlandsflüge annulliert worden waren, stiegen auf die Bahn um. Nicole Schäfer vom DB-Informationszentrum erzählt von Menschenmassen, die bei ihr anstanden. "Alle waren gestresst, einige wurden stinkig", sagt sie. Sonderzüge habe es nicht gegeben, die Bahnen seien daher überfüllt gewesen. Allerdings hat die Deutsche Bahn Mitarbeiter von umliegenden Bahnhöfen abgezogen und zum Flughafen geschickt. Auch Schäfer hätte eigentlich heute am Südbahnhof arbeiten sollen. "Letztendlich hat es zwar alles etwas länger gedauert als normalerweise - aber jeder ist irgendwie weggekommen."

Die Deutsche Bahn verkündet unterdessen: An den Streikorten in Frankfurt am Main, Berlin und München stünden zusätzliche Züge bereit, sagte eine Bahn-Sprecherin. Bisher gab es nach ihren Angaben kein erhöhtes Aufkommen an den Bahnhöfen.

10.45 Uhr: Sigfried und Rita Jorda sind mit einer Bekannten auf dem Weg in die litauische Hauptstadt Vilnius. Vor zwanzig Minuten haben sie erfahren, dass ihr Flug annulliert wurde, das Gepäck ist bereits aufgegeben. Auch dieser Flug wurde erst kurzfristig abgesagt. "Heute morgen haben wir uns noch gefreut, dass der Flug gehen wird", sagt Sigfried Jorda. "Nun sind wir schon sehr enttäuscht."

Die Gruppe hat in Litauen eine Bustour gebucht - ob sie aber rechtzeitig zur Abfahrt dort sein werden, wissen sie noch nicht. Dennoch haben sie ihren Humor noch nicht ganz verloren. "Meinen Chef wird es freuen", sagt Rita Jorda. "Er sagte schon, er habe immer ein warmes Plätzchen im Büro für mich frei." Auch die Mitreisende der Jordas ist optimistisch, dass es mit dem Flug und der Bustour noch klappt. "Für uns aus dem Frankfurter Raum ist das ja ohnehin nicht ganz so schlimm wie für andere."
Mehr Service-Personal als am Freitag

10.35 Uhr: Christine Poulet wollte eigentlich um 10.30 Uhr mit ihrem Mann nach Neapel fliegen - und alles schien auch zuerst nach Plan zu laufen. Eingecheckt haben sie, das Gepäck ist abgegeben. Doch bei der Sicherheitskontrolle erfahren sie dann um 9.50 Uhr: Ihr Flug ist doch gecancelt worden. "Warum muss das so kurzfristig sein?", sagt Poulet. "Warum erfährt man das erst, wenn das Gepäck schon weg ist?"

Poulet hat sich einen Ausweichflug herausgesucht. "Aber das ist doch nicht zumutbar", sagt sie. "Der geht erst um 20.45 Uhr - was mache ich denn in der Nacht in Neapel?" Ihr Reiseziel ist nämlich drei Stunden entfernt von Neapel. "Ich bin gespannt, ob die Lufthansa nun ein Hotel anbietet." Verständnis für den Streik hat sie aber dennoch. "Auch wenn ich persönlich nun unheimlich wütend bin - streiken ist einfach ein Menschenrecht."

10.30 Uhr: Am Flughafen stehen zwar die Menschen Schlange, dennoch geht es deutlich entspannter zu als am Freitag. Es scheint zumindest so, als sei mehr Service-Personal in gelben Westen unterwegs. Lufthansa-Mitarbeiter gehen mit iPads durch die Reihen und helfen direkt beim Umbuchen. Es werden Snacks und Getränke verteilt.

10.25 Uhr: Lufthansa-Sprecher Klaus Walther in Frankfurt zur neuen Streiktaktik der Kabinengewerkschaft Ufo, die nacheinander gestaffelte Streiks an drei deutschen Flughäfen angekündigt hat:. „Das hat nichts mehr mit Nadelstichen zu tun, (...) sondern das sind Nackenschläge oder Faustschläge ins Gesicht unserer Kunden. Hier streikt eine Gewerkschaftsführung gegen die Kunden. Und das kann nicht sein.“

10.05 Uhr: Vor Tor 20 und 21 sammeln sich auch heute wieder die Streikposten der Flugbegleiter. Sie tragen gelbe Westen mit der Aufschrift "Ufo-Streik", halten Schilder in die Höhe und trillern auf Pfeifen. Einer informiert über ein Megaphon alle anderen über die aktuellen Geschehnisse am Flughafen. Neu am Streikposten eintreffende Flugbegleiter werden frenetisch mit Applaus und Trillern begrüßt.

Momentan seien etwa 750 Streikende vor den Toren, sagt Sascha-Nikolas Berger, Referent des Ufo-Vorstands. "Die Stimmung ist gut, aber wir wollen ganz bewusst nicht von einem Erfolg sprechen - der Anlass ist ein trauriger." Die Gewerkschaft sei irritiert und entsetzt, dass die Lufthansa ihren Passagieren weiterhin die Strapazen zumute. Am Wochenende habe es keine Kontaktaufnahme seitens der LH gegeben. "Der Lufthansa-Pressesprecher verkündet im Terminal zwar weiterhin ein Angebot - doch das halten wir ebenfalls weiterhin für nicht verhandelbar", sagt Berger. Die Gewerkschaft sei immer noch gesprächsbereit und warte auf Kontaktaufnahme. "Wir haben Kontakt zu Leuten in Terminal und wissen, was wir den Passagieren zumuten müssen", sagt Berger. Aber diese Situation hätten nicht die Flugbegleiter zu verantworten, sondern das Lufthansa-Management, "das bewusst diese fulminante Konfrontation eingeht". Auch kündigt Berger an, eine Ausweitung des Streiks sei jederzeit möglich - auch heute noch.

9.51 Uhr: Gestreikt wird auch in Berlin.

9.39 Uhr: Lufthansa-Sprecherin Sandra Kraft spricht davon, dass bisher die Hälfte der Kurz- und Mittelstreckenflüge annulliert worden seien. Von Langstreckenflüge fänden zwei Drittel statt. Ziel der Lufthansa sei es, dieses Verhältnis während des Streiks beizubehalten. "Allerdings ist das ein dynamischer Prozess, wir müssen sehen, wie sich das entwickelt." Personal sei am Flughafen eingesetzt, das beim Umbuchen oder Umwandeln der Flugtickets in Bahnfahrkarten hilft. Sobald Schlangen länger werden sollten, werde Lufthansa wieder Snacks und Getränke herumreichen.

Der Lufthansa fehlt jedes Verständnis dafür, dass der Streik auf dem Rücken der Passagiere ausgetragen wird. "Das ist aber der Fall, wenn die Gewerkschaft die Streik immer nur kurzfristig ankündigt und nur scheibchenweise Informationen bekannt gibt", sagt Kraft. "So können wir nicht rechtzeitig reagieren." Freitag und heute habe man insgesamt bereits 11.000 SMS an betroffene Passagiere versendet. Alle Passagiere sollen sich vor Abflug aber in jedem Fall unter www.lufthansa.com informieren.

9.30 Uhr: Eine Fraport-Sprecherin gibt bekannt: Bisher seien 225 Flüge annulliert worden, davon 105 ankommende und 120 abfliegende.

Unzufrieden mit dem LH-Management

9.20 Uhr: Alexandra und Norbert Schulze wollen eigentlich um 10.20 Uhr nach New York fliegen. Sie werden auch dorthin abheben, aber erst am späten Nachmittag. Sieben Stunden Verspätung hat ihr Flug. Im Internet hatten sie das bereits heute morgen gecheckt und sich das anschließend noch mal von der Hotline bestätigen lassen. Nun stehen sie in der Schlange am Lufthansa-Schalter und warten seit über einer Stunde. Alexandra Schulze kann die Gehaltsforderungen der Flugbegleiter nicht nachvollziehen: "Die bekommen doch ohnehin schon 20 Prozent mehr als bei anderen Airlines." Dass sie wirklich um 17.20 nach New York abheben wird, da ist sie sich nicht sicher. Übers Radio hatte sie vergangenen Freitag mitbekommen, dass Leute ins Flugzeug zwar einstiegen waren, kurz vor dem geplanten Abflug aber wieder aussteigen mussten. "Wir wissen jetzt gar nicht, was wir mit unserer Zeit hier machen sollen."

Zunächst wollen die beiden sich auf die Suche nach Verpflegung durch die Lufthansa machen. "Das steht uns bei so einer Verspätung schließlich zu", sagt Schulze.

Das Paar ist vor allem unzufrieden, wie die Lufthansa den Streik managt. "Es ist zu wenig Personal hier, das könnte viel besser laufen."

9.15 Uhr: Die Szenen am Frankfurter Flughafen gleichen denen vom Freitag: In Halle A des Terminals 1 herrscht Chaos. Lange Schlangen - bis hinein nach Halle B - bilden sich vor den Lufthansa-Schaltern. Reisende blicken ratlos auf die Anzeigetafeln: Hinter den meisten Flügen steht annulliert. Bremen, Amsterdam, Berlin - wer dorthin am Morgen fliegen wollte, ist noch immer am Boden. Auch die Interkontinentalflüge sind betroffen. LA oder Houston - nicht an diesem Tag. Der Ausstand der Flugbegleiter soll bis 14 Uhr dauern. (mit dpa/dapd/afp)

Link	http://www.fr-online.de/frankfurt/lufthansa-streik-frankfurt-flughafen-streik-verursacht-millionen-schaden,1472798,17048724.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-022	05-09-12	Wirtschaft	dpa/dapd/jam	

BUNDESWEITER STREIK DER FLUGBEGLEITER

Lufthansa streicht zwei Drittel der Flüge

Von PETER DIETZ

Am Freitag steht das große Lufthansa-Chaos an. Wegen des Streiks der Flugbegleiter sollen etwa 1200 Flüge - zirka zwei Drittel der geplanten Verbindungen - gestrichen werden. Die Airline reagiert mit einem Sonderflugplan.

Lufthansa reagiert mit einem Sonderflugplan auf den drohenden großen Streik am Freitag. Etwa 1200 der weltweit 1800 Flüge werden gestrichen, sagte eine Sprecher am Mittwoch. Auf alle Fälle stattfinden würden aber die 600 Starts und Landungen der Regionaltöchter wie Germanwings.

Trotz des Notfallplans würde ein flächendeckender Streik, wie ihn die Flugbegleiter für Freitag angekündigt haben, „sehr, sehr gravierende Folgen“ sowohl für die Reisenden wie auch für den Konzern selbst haben. Lufthansa rechnet durch Flugausfälle und Stornierungen mit Schäden in Millionenhöhe. „Das trifft uns empfindlich, das wird nicht billig“, sagte Gerber.

Die Deutsche Bahn sorgt ebenfalls vor. „Wir werden die Lage beobachten und gegebenenfalls zusätzliche Züge einsetzen“, sagte eine Bahnsprecherin. Genau lasse sich die zusätzliche Nachfrage bei der Bahn nicht vorhersagen, „weil wir nicht wissen, wie viele Fluggäste umsteigen“, sagte die Sprecherin. Auf den Bahnhöfen an den Flughäfen würden, wo nötig, zusätzliche Mitarbeiter eingesetzt. Lufthansa-Kunden können ihre Tickets im Internet oder an einem Schalter gegen Reisegutscheine der Bahn tauschen.

Grundsätzlich ist die Bahn aber gelassen. Da der Freitag ohnehin ein Hauptreisetag ist, sind vergleichsweise viele Züge im Einsatz. Zudem kam es bei den vorherigen Streiks nicht zu Schwierigkeiten, sagte ein Sprecher.

Vor allem auf den Strecken Frankfurt-München, Frankfurt-Berlin und München-Stuttgart rechnet die Bahn mit deutlich mehr Fahrgästen. Sie empfiehlt Kunden, für Fernreisen einen Platz zu reservieren.

Air Berlin denkt unterdessen darüber nach, auf einigen Strecken größere Maschinen einzusetzen. Ein Sprecher sagte, Lufthansa-Passagiere könnten natürlich „gerne“ auf Air-Berlin-Flüge umbuchen.

Auch auf einigen Fernstraßen ist von Freitag an Gedränge zu erwarten. Grund dafür ist allerdings nicht der Lufthansa-Streik. „In Baden-Württemberg und Bayern gehen am Wochenende die Sommerferien zu Ende. Es dürfte eine größere Reisewelle geben, vor allem auf den Autobahnen im Süden wird es eng werden“, sagte ADAC-Sprecher Otto Saalmann am Mittwoch in München. Die Flugreisenden, die ihre Termine am Freitag nicht absagen könnten und aufs Auto umstiegen, fielen da nicht mehr ins Gewicht.

Am Dienstag hatten die Stewardessen und Stewards zeitlich gestaffelt an drei Flughäfen gestreikt. In Frankfurt, München und Berlin fielen über den Tag insgesamt mehr als 300 Lufthansa-Flüge aus; das habe insgesamt rund 51.000 Passagiere getroffen. Weitere 39.000 Fluggäste seien verspätet an ihr Ziel gekommen.

Grund für den durchschlagenden Erfolg war nicht zuletzt die Streikbereitschaft der Stewardessen. Laut Lufthansa haben sich rund 80 Prozent der im Dienst befindlichen Flugbegleiter an dem Ausstand beteiligt. Aber auch der kurze Vorlauf habe große Wirkung gehabt. Die Flugbegleitergewerkschaft Ufo hatte die Streiks sechs Stunden vor Beginn angekündigt. „Da ist man als Fluglinie ohnmächtig“, sagte Gerber. Es bleibe kaum Zeit, um auf den Arbeitskampf zu reagieren.

Mit Blick auf den geplanten Großstreik am Freitag sei das nun anders. Lufthansa habe die Zeit genutzt, um Gegenmaßnahmen zu treffen. Gespräche mit Ufo gebe es derzeit nicht. Lufthansa sei aber bereit zu weiteren Gesprächen, sagte Gerber. Er sieht aber die Gewerkschaft am Zug. Ufo habe den Verhandlungstisch verlassen, und wer gehe, müsse auch zurückkommen. (mit dpa/dapd/jam)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/bundesweiter-streik-der-flugbegleiter-lufthansa-streicht-zwei-drittel-der-fluege,1472780,17178006.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-023	05-09-12	Wirtschaft	dpa	

Lufthansa vor massiven Streiks am Freitag

Lufthansa steuert auf den ersten bundesweiten Streik der Flugbegleiter zu. Nach zwei regionalen Streikwellen mit mehr ...
Frankfurt/München. Lufthansa steuert auf den ersten bundesweiten Streik der Flugbegleiter zu. Nach zwei regionalen Streikwellen mit mehr als 500 Flugausfällen und rund 90 000 direkt und indirekt betroffenen Passagieren deutete zunächst nichts auf eine Annäherung mit der Gewerkschaft Ufo hin.

Diese hat für Freitag zu einem 24-Stunden-Streik an allen deutschen Lufthansa-Standorten aufgerufen. Ufo fordert fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa bietet bei einer längeren Laufzeit 3,5 Prozent Lohnerhöhung, plant aber eine konzerninterne Billigtochter und will die Gehaltsstufen abflachen.

Die Lufthansa hat wegen des angekündigten Streiks der Flugbegleiter bereits zwei Drittel ihrer Flüge am Freitag gestrichen. Das sagte ein Sprecher der Lufthansa am Mittwochabend der dpa.

Die Lufthansa hoffe, dass sie ein Drittel der Flüge anbieten könne. Dazu zählten Flüge von Regionalpartnern, die nicht bestreikt werden sollen. Die Lufthansa wolle aber auch Langstreckenflüge anbieten. Die Fluggesellschaft informiert auf ihrer Internetseite über die gestrichenen Flüge.

Der Lufthansa-Manager Peter Gerber hatte zuvor wieder eine auf wenige Fragen reduzierte Schlichtung ins Spiel gebracht, die er aber an schwierige Bedingungen knüpfte. Ufo reagierte abwartend.

In einer Schlichtung könnten die Fragen des offenen Vergütungstarifvertrages behandelt werden, nicht aber komplexe Punkte aus dem Manteltarif oder unternehmerische Entscheidungen, sagte Lufthansa-Manager Gerber. Damit meinte er besonders den von Ufo

bislang heftig bekämpften Plan einer internen Billigfluglinie auf dem Tarifniveau der Tochter Germanwings.

Ufo-Chef Nicoley Baublies forderte Gerber auf, seine Vorstellungen im direkten Gespräch der Gewerkschaft zu erläutern. Man werde sich alles anhören, was die Streiks am Freitag möglicherweise überflüssig machen könnte.

Ein Lufthansa-Sprecher hatte am Nachmittag noch gesagt, von den rund 1800 Flügen am Freitag fänden rund 600 sicher statt, weil sie von Regionalpartnern geflogen werden. Erneut sollen die Passagiere per Mail oder SMS benachrichtigt werden.

Bei der zweiten Streikwelle am Dienstag in Berlin, Frankfurt und München waren mehr als 300 Flüge ausgefallen, 51 000 Passagiere mussten umgebucht werden oder konnten gar nicht fliegen. Die Airline hatte zunächst nur von 43 000 direkt betroffenen Passagieren gesprochen. Weitere rund 39 000 Fluggäste waren von streikbedingten Verspätungen betroffen. Ufo-Chef Baublies sagte, nach Freitag seien zunächst keine weiteren Streiks geplant, sondern eine Denkpause.

Lufthansa verzichtet auf eine Klage gegen den Streik. Gerber nannte ein gerichtliches Vorgehen gegen den Streik «aussichtslos». Solange die Gewerkschaft sich formell auf die bestreikbaren Fragen aus dem Vergütungstarifvertrag beschränke, sei das nicht angreifbar. «So lange es bei der Vergütung bleibt, ist das sauber.»

Gerber forderte die Gewerkschaft auf, Gesprächsbereitschaft über die Einkommensstruktur der rund 18 000 Flugbegleiter zu zeigen. Dann könne man schnell wieder in Verhandlungen kommen. Er betonte erneut, dass mit dem vorgelegten Angebot keinem Flugbegleiter der Lufthansa etwas weggenommen werden solle.

Für den Freitag prüft Konkurrent Air Berlin bereits den Einsatz größerer Jets, Lufthansa könnte möglicherweise Maschinen der Töchter AUA und Swiss einsetzen, wurde spekuliert. Die Deutsche Bahn stellt sich auf mehrere tausend zusätzliche Fahrgäste ein und will notfalls zusätzliche Züge bereitstellen.

Mit Verzögerungen und Ausfällen mussten Passagiere auch am Mittwoch noch leben, weil die Ausfälle vom Dienstag noch nachwirkten. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-vor-massiven-streiks-am-freitag,1472780,17174758.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	Journ. Darstellungsform
FR-024	06-09-12	Ratgeber	dpa/tmn	

Lufthansa-Streik: Umbuchen nach Flugannullierung

Weitere Streiks die Gewerkschaft der Lufthansa-Flugbegleiter bereits angekündigt. Um das befürchtete Chaos an den Flughäfen ... Potsdam. Weitere Streiks die Gewerkschaft der Lufthansa-Flugbegleiter bereits angekündigt. Um das befürchtete Chaos an den Flughäfen zu mindern, hat die Airline bereits viele Flüge für die kommenden Tage gestrichen. Betroffene können also jetzt handeln.

Sobald ein Flug annulliert ist, können Reisende kostenlos auf die Bahn umbuchen oder ihr Ticket zurückgeben. «Dieses Recht steht Fluggästen erst zu, wenn der Flug offiziell annulliert wurde», erklärt Sabine Fischer-Volk von der Verbraucherzentrale Brandenburg. Eventuell erfolge ein Umbuchung oder Stornierung im Voraus auf Kulanz, andernfalls bleibt der Kunde möglicherweise auf seinen Mehrkosten sitzen. Die Gewerkschaft der Lufthansa-Flugbegleiter hat für diesen Freitag bundesweit Streiks angekündigt - und die Lufthansa hat rund zwei Drittel ihrer Flüge gestrichen, auch für Donnerstag und Samstag wurden bereits Flüge gecancelt.

Fluggäste können am Schalter oder im Internet Ersatztickets für ihre Flüge erhalten - bei Letzterem erspart sich der Reisende die Anfahrt und das Schlangestehen. Überall gilt aber: «'Wer zuerst kommt, mahlt zuerst' - sprich: Wer zuerst am Schalter ist, erhält den nächsten verfügbaren Flug», sagt Reiserechtler Paul Degott aus Hannover. Der Passagier kann sich auch entscheiden, ob er die Reise überhaupt noch antritt. Tut er es nicht, muss die Fluggesellschaft laut dem ADAC den Kaufpreis erstatten. Ist der Flug Teil einer Pauschalreise, sollte sich der Reisende für Umbuchungen oder eventuelle Entschädigung an seinen Reiseveranstalter wenden. (dpa/tmn)

Link	http://www.fr-online.de/ratgeber/lufthansa-streik--umbuchen-nach-flugannullierung,1472794,17177482.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-025	06-09-12	Wirtschaft	dpa	

Lufthansa bleibt am Boden - Flugbegleiter rüsten zum Streik

Die Lufthansa bleibt am Freitag wegen des angedrohten Streiks ihrer Flugbegleiter mit den meisten Maschinen am Boden. ...

Frankfurt/Main. Die Lufthansa bleibt am Freitag wegen des angedrohten Streiks ihrer Flugbegleiter mit den meisten Maschinen am Boden. Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben nahezu 1000 der 1800 geplanten Verbindungen für diesen Tag gestrichen.

amit trifft die Gewerkschaft Ufo die Lufthansa hart - selbst dann, wenn der Streik noch in letzter Minute abgewendet werden sollte. Eine Annäherung ist in dem Tarifstreit weiterhin nicht in Sicht.

Für das Unternehmen sei der Schaden längst eingetreten, erklärte Sprecher Andreas Bartels am Donnerstag. Betroffene Fluggäste seien umgebucht worden. «Leere Flugzeuge zu fliegen, macht keinen Sinn.» Damit richtet die bislang als brav beschriebene Gewerkschaft Ufo den bislang größten Ausfall an einem einzigen Streiktag in der Geschichte der Lufthansa an.

Bereits am Donnerstag wurden knapp 50 Flüge nach Deutschland abgesagt. Für Samstag fehlten 13 Verbindungen auf dem Flugplan. Mit dieser Maßnahmen sollen möglichst viele Maschinen bereit stehen, wenn das Unternehmen ab Samstag wieder weitgehend nach Plan fliegen will.

Die Konkurrenten der Airline und die Bahn richten sich zum Ferienende in Süddeutschland auf einen großen Ansturm ein. Normalerweise befördert Lufthansa an einem Freitag rund 170 000 Menschen. Das Restprogramm der Lufthansa besteht wesentlich aus Flügen nicht bestreikter Tochtergesellschaften wie Germanwings. Nur wenige Überseeziele sollen am Freitag von Frankfurt und München angeflogen werden.

Der Streikaufruf ging an die rund 18 000 Beschäftigten an den Lufthansa-Standorten Frankfurt, München, Düsseldorf, Berlin, Hamburg und Stuttgart. Selbst die Pilotenstreiks aus den Jahren 2001 und 2010 hatten nicht eine derart durchschlagende Wirkung.

Die Hoffnung auf eine Schlichtung wurde am Donnerstag enttäuscht, weil sich die Tarifparteien nicht näher kamen. Der Personalchef der Lufthansa Passage, Peter Gerber, hatte am Mittwoch eine auf wenige Vergütungsfragen verengte Schlichtung angeregt. Über den Einsatz von Leiharbeitern oder die Gründung einer internen Billiglinie mit niedrigeren Tarifen wollte er aber explizit nicht sprechen und behielt damit die bisherige Linie in der Schlichtungsfrage bei. Ufo-Chef Nicoley Baublies gab sich seinerseits verhandlungsbereit: «Alles, was diesen Streik abwenden kann, ist eine gute Idee. Da muss aber Lufthansa mit uns sprechen, wie wir das genau hinbekommen können», sagte er dem TV-Sender N24. Zu einer Einigung auf die Schlichtung kam es zunächst aber nicht.

Die Flughäfen rechnen wegen der langen Vorlaufzeit mit wenig Andrang an den Terminals. Eng könnte es hingegen auf den an Wochenenden ohnehin vollen Bahnhöfen und in den Zügen werden. Lufthansa-Konkurrent Air Berlin setzt auf seinen innerdeutschen Verbindungen größere Jets ein.

Die Deutsche Bahn stellte sich auf mehrere tausend zusätzliche Fahrgäste ein. Das Unternehmen teilte in Berlin mit, es werde alle zur Verfügung stehenden Züge auf die Schiene bringen. Bei Bedarf würden in besonders stark genutzten Bahnhöfen auch zusätzliche Mitarbeiter eingesetzt. Eine Sprecherin der DB Nord riet allen Reisenden, rechtzeitig zu reservieren.

Entspannte Ruhe herrschte hingegen beim Autovermieter Sixt: Die Zahl der Reservierungen bewege sich im Bereich des Üblichen, sagte Sprecher Frank Elsner am Donnerstag in München. «Wir sind nicht ausgebucht.» An Freitagen seien ohnehin weniger Geschäftskunden unterwegs als an anderen Wochentagen. Einige Passagiere stiegen zwar auf Mietwagen um, aber es würden auch Auto-Reservierungen am Zielort wegen annullierter Flüge abgesagt. Man erwarte daher nicht, dass die Mietwagenschalter gestürmt werden.

Ufo fordert in dem seit 13 Monaten währenden Tarifkonflikt fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa bietet bei einer längeren Laufzeit 3,5 Prozent Lohnerhöhung, plant aber eine konzerninterne Billigtochter mit niedrigeren Gehaltstarifen. Für die verbleibenden Lufthanseaten will das Unternehmen die Gehaltsstufen abflachen und für Neueinsteiger niedrigere Bedingungen durchsetzen. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-bleibt-am-boden---flugbegleiter-ruesten-zum-streik,1472780,17185302.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-026	06-09-12	Ratgeber	dpa/tmn	

Lufthansa-Streik: Umstieg auf Bahn nur nach Ticketumtausch

Wegen des drohenden Streiks der Flugbegleiter hat die Lufthansa viele Flüge für die kommenden Tage gestrichen. Viele ...

Berlin. Wegen des drohenden Streiks der Flugbegleiter hat die Lufthansa viele Flüge für die kommenden Tage gestrichen. Viele Passagiere innerdeutscher Flüge werden wohl auf die Bahn umsteigen. Wer umbuchen will, kann dafür auch das Internet nutzen.

, am Check-In-Automaten oder am Lufthansa-Schalter in einen Bahngutschein umtauschen. Dieser berechtigt laut Deutscher Bahn bei geplanten innerdeutschen Flügen zum Umsteigen auf den Zug - das Flugticket allein dagegen nicht. Bei internationalen Flugverbindungen muss der Reisegutschein vor Fahrtantritt in einem DB-Reisezentrum oder einer DB-Agentur gegen eine Fahrkarte eingetauscht werden.

Wegen des angekündigten Streiks erwartet die Deutsche Bahn volle Züge. Deshalb empfiehlt sie eine Sitzplatzreservierung. Alle zur Verfügung stehenden Züge würden eingesetzt, an den Bahnhöfen stünden bei Bedarf zusätzliche Mitarbeiter zur Verfügung.

Fällt ein Flug aus, müssen die Fluggesellschaften Passagieren eine Alternative bieten, um ihr Ziel zu erreichen. Passagiere müssen dabei mitunter andere Verkehrsmittel, Zeiten und Strecken in Kauf nehmen - oder sich gegebenenfalls entscheiden, die Reise gar nicht anzutreten. In dem Fall muss die Fluggesellschaft laut dem ADAC den Kaufpreis erstatten. Ist der Flug Teil einer Pauschalreise, sollte sich der Reisende für Umbuchungen oder eventuelle Entschädigung an seinen Reiseveranstalter wenden. (dpa/tmn)

Link	http://www.fr-online.de/ratgeber/lufthansa-streik--umstieg-auf-bahn-nur-nach-ticketumtausch,1472794,17187084.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-027	07-09-12	Wirtschaft	dpa	

LUFTHANSA-STREIK

Lufthansa und Ufo setzen sich zusammen

1000 gestrichene Flüge, 100.000 betroffene Reisende - es ist der größte Streiktag in der Lufthansa-Geschichte. Das wichtigste Ergebnis: Lufthansa und die Kabinengewerkschaft Ufo sprechen wieder miteinander.

FRANKFURT/MAIN – Sie reden wieder miteinander. In den Tarifkonflikt der Flugbegleiter bei der Lufthansa ist hinter den Kulissen Bewegung gekommen - bereits seit Mittwochabend. Zunächst wurden SMS geschickt, dann gesprochen: Beide Seiten suchen nun wieder gemeinsam einen Weg aus dem bislang schärfsten Streik bei der Airline. Der Weg zur Lösung könnte ein Schlichter sein. Bei Lufthansa wurden bereits häufiger Konflikte mit Hilfe von Externen beigelegt.

Müntefering als Schlichter?

Für den Posten kursierten am Freitag bereits erste Namen: Der des früheren SPD-Chefs Franz Müntefering, des Hamburger Ex-Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) und des früheren Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier. Doch vor der Kür eines Ex-Politikers müssen sich die Tarifpartner erst einmal darauf einigen, über was überhaupt geredet werden soll.

Ein Schlichter könne nicht bis in die letzten Winkel des Manteltarifvertrags gelangen, sagt der Verhandlungsführer der Lufthansa, Passage-Personalvorstand Peter Gerber. Er hatte am Mittwoch eine Schlichtung angeregt, die sich ausschließlich mit Gehältern, Gewinnbeteiligungen und dem langfristig kostspieligen Tarifstufensystem beschäftigt. Offiziell streikt auch Ufo nur zu diesen allein schon komplexen Themen, doch im Hintergrund stehen die Fragen nach dem bereits erprobten Einsatz von Leiharbeitern und dem Tarifsystem bei der für das kommende Jahr erwarteten internen Billigtochter mit dem Arbeitstitel „Direct4U“.

Etwa 1200 Mitarbeiter der Lufthansa könnten zu dem neuen Unternehmen abgeordnet werden, sie sollen aber ihre alten Verträge behalten, verspricht das Unternehmen. Mittelfristig soll laut Gerber bei der Direkttochter aber der viel niedrigere Tarif der Lufthansa-Tochter Germanwings gelten. Ein wenig peinlich für Ufo: Auch diesen angeblich rund 40 Prozent schlechteren Vertrag hat die Kabinengewerkschaft ausgehandelt, aber von einem niedrigen Niveau keine wesentlichen Erhöhungen rausholen können.

Zuletzt gab es zum Juli 2011 eine Tabellenerhöhung um 3,5 Prozent und eine Gehaltsstufe mehr.

Nach dem Streik kann die Gewerkschaft nicht mit leeren Händen vor ihre Mitglieder treten. Sie steht bei der Lufthansa im Wettbewerb zu anderen Gewerkschaften, erinnert der Tarifexperte Reinhard Bispinck vom gewerkschaftsnahen Boeckler-Institut im Deutschlandradio. Ufo habe noch bis Januar gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi verhandelt. „Aber dann hat Ufo gesagt, wir wollen mehr erreichen." Ufo habe sich dem Abschluss nicht angeschlossen, sondern versuche jetzt für ihre Mitglieder mehr durchzusetzen. Langfristig bringe eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften mehr.

Vertrauen und Betriebsklima zerstört

Mindestens müsse sich die Lufthansa eine Arbeitskampfordnung geben, meint Hagen Lesch, Tarifexperte des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die schnelle Eskalation und die harschen öffentlichen Angriffe gegeneinander zerstörten Vertrauen und Betriebsklima. Offenbar verfügten die Kontrahenten bei der Lufthansa nicht über ein auch im Krisenfall funktionierendes Verständigungssystem hinter den Kulissen, wie es beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie seit langem vorhanden sei. Seine eigentliche Aufgabe, nämlich einen Streik überflüssig zu machen, könne ein Schlichter bereits nicht mehr erfüllen, sagt Lesch. Den Verhandlungspartnern müssten die Grenzlinien des jeweils anderen inzwischen selbst klar sein, so dass eigentlich kein Schlichter mehr notwendig wäre. Doch der immense Schaden, den Ufo mit jedem Streiktag der Lufthansa zufügen könne, sei letztlich auch Bürde für die Gewerkschaft. „Die sägen an dem Ast, auf dem sie selbst sitzen." Ein Schlichter könne in dieser Situation auch in Richtung der Aktionäre und der Gewerkschaftsmitglieder eine saubere Interessenabwägung dokumentieren. Mit meist aus der Politik stammenden Schlichtern hat die vielbestreikte Lufthansa schon reichlich Erfahrung. Zuletzt hatte die frühere SPD-Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, im Januar 2011 für die Kabine nur einen kurzen Burgfrieden zimmern können, bei dem die wichtige Tarifstruktur ausgespart wurde. Ihre Vorgänger waren 2001 beim Pilotenstreik der Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) sowie der frühere SPD-Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, der schon bei den Piloten (2010) wie auch bei den Flugbegleitern (2003) aktiv war.

Bahn freut sich über 10.000 Fahrgäste

Wegen des Streiks bei der Lufthansa hat die Deutsche Bahn am Freitag bislang rund 10 000 zusätzliche Passagiere gezählt. Besonders auf den Strecken Frankfurt-München und Frankfurt-Berlin seien mehr Menschen unterwegs gewesen, sagte ein Sprecher. Bis zum Nachmittag sei die Bahn aber ohne zusätzliche Züge ausgekommen, weil am Freitag ohnehin mehr unterwegs seien. Auch im Laufe des Abends werde das Unternehmen voraussichtlich keine Extrazüge auf die Schiene bringen zu müssen.(dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-lufthansa-und-ufo-setzen-sich-zusammen,1472780,17194324.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-028	07-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Lufthansa bestätigt Schlichtung zunächst nicht

Die Lufthansa hat vorerst keine Schlichtung im Tarifkonflikt mit den Flugbegleitern bestätigt. Es gebe «zarte Kontakte» ...

Frankfurt/Main. Die Lufthansa hat vorerst keine Schlichtung im Tarifkonflikt mit den Flugbegleitern bestätigt. Es gebe «zarte Kontakte» mit der Gewerkschaft Ufo, sagte Lufthansa-Sprecher Klaus Walther am Freitag in Frankfurt. Über den Inhalt der Gespräche habe man Stillschweigen vereinbart. Zu den vom ZDF genannten Schlichter-Kandidaten Franz Müntefering, Henning Voscherau und Hans-Jürgen Papier wollte Walther keinen Kommentar abgeben. Am Freitag hatte die Gewerkschaft Ufo den in der vergangenen Woche begonnenen Streik auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt und Lufthansa zur Streichung von rund 1000 Flügen gezwungen. Rund 100 000 Passagiere waren betroffen. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/lufthansa-bestaetigt-schlichtung-zunaechst-nicht,1472796,17194552.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-030	07-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Lufthansa: Flugbegleiter-Streik trifft mehr als 100 000 Passagiere

Der flächendeckende Streik der Lufthansa-Flugbegleiter trifft nach Angaben des Unternehmens mehr als 100 000 Passagiere. ... Frankfurt/Main. Der flächendeckende Streik der Lufthansa-Flugbegleiter trifft nach Angaben des Unternehmens mehr als 100 000 Passagiere. «Es ist ein bitterer Tag, wenn über 1000 Flüge gestrichen werden müssen», sagte Lufthansa-Sprecher Klaus Walther am Freitag in Frankfurt. Etwa 55 000 bis 60 000 Passagiere habe die Lufthansa vorab per SMS und E-Mail erreichen und ihnen Alternativen anbieten können.

Es gebe nach mehreren Streiktagen auch Kontakt zur Gewerkschaft Unabhängige Flugbegleiter(Ufo), bestätigte der Lufthansa-Sprecher. Er hoffe, dass der Kontakt demnächst auch «zielführend» sein könne. Bislang sei dies noch nicht der Fall. Die ersten Kontakte seien allenfalls ein Zeichen der Hoffnung.

Die Deutsche Bahn habe sich wegen der Flugausfälle kooperativ gezeigt, allerdings sei der Freitag ohnehin ein starker Verkehrstag bei der Bahn. «Insofern wird es sicherlich etwas kuschelig werden in den Zügen», sagte Walther. Die Bahn rechnet mit mehreren tausend zusätzlichen Fahrgästen. Das Unternehmen will alle zur Verfügung stehenden Züge auf die Schiene bringen.

Der Streikaufruf für den gesamten Freitag ging an rund 18 000 Beschäftigte der Kabine an den Lufthansa-Standorten Frankfurt, München, Düsseldorf, Berlin, Hamburg und Stuttgart. Selbst die Pilotenstreiks aus den Jahren 2001 und 2010 hatten nicht eine derart durchschlagende Wirkung. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/lufthansa--flugbegleiter-streik-trifft-mehr-als-100-000-passagiere,1472796,17193082.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-031	07-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Lufthansa bestätigt: Schlichtung im Tarifkonflikt

Die Lufthansa hat bestätigt, dass die Fluggesellschaft in einer Schlichtung den Tarifkonflikt mit der Kabinengewerkschaft Frankfurt/Main. Die Lufthansa hat bestätigt, dass die Fluggesellschaft in einer Schlichtung den Tarifkonflikt mit der Kabinengewerkschaft Ufo beilegen will. Nähere Einzelheiten wollte ein Sprecher der Lufthansa am Freitagabend zunächst nicht nennen. Er verwies auf Mitteilung, die in Kürze veröffentlicht werde solle. Zuvor hatte Gewerkschaftschef Nicoley Baublies die Schlichtung angekündigt. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/lufthansa-bestaetigt--schlichtung-im-tarifkonflikt,1472796,17200556.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-032	07-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Lufthansa-Flüge fallen bis Donnerstag aus

Bis Donnerstag fallen noch einige Flüge der Lufthansa aus. Die zwischenzeitlich auf der Homepage gezeigten 41 Ausfälle ...

Frankfurt/Main. Bis Donnerstag fallen noch einige Flüge der Lufthansa aus. Die zwischenzeitlich auf der Homepage gezeigten 41 Ausfälle von Samstag bis Donnerstag kommender Woche seien aber längst nicht alle streikbedingt, erklärte ein Sprecher am Freitag in Frankfurt. Vielmehr handele es sich um bereits langfristig geplante Änderungen. Zwischenzeitlich wurden die Informationen für die Tage ab Montag von der Website genommen. Für den Samstag erscheinen weiterhin 18 gestrichene Verbindungen, von denen nur zwei aus Deutschland starten sollten. Am Sonntag bleibt ein Flug aus dem chinesischen Shenyang nach Frankfurt gestrichen. Für Freitag hatte Lufthansa wegen des Streiks der Flugbegleiter knapp 1000 Flüge im gesamten Netz abgesagt. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/lufthansa-fluege-fallen-bis-donnerstag-aus,1472796,17197798.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-033	07-09-12	Wirtschaft	dpa	

LUFTHANSA STREIK FLUGBEGLEITER

Lufthansa und Ufo vereinbaren Schlichtung

Von PETER DIETZ

Lufthansa beendet den Einsatz von Leih-Stewardessen in Berlin. Die Kräfte der Aviation Power sollen im kommenden Jahr ein Übernahmeangebot erhalten, teilt die Fluggesellschaft mit. Außerdem wird ein Schlichter eingesetzt.

BERLIN/FRANKFURT – Die Lufthansa und die Flugbegleiter haben eine Schlichtung vereinbart. Die Streiks werden ausgesetzt, sagte der Chef der Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, am Freitag in Frankfurt. Ein Schlichter wird nach Angaben von Baublies noch gesucht. Während der Schlichtung gilt Friedenspflicht.
Im Schlichtungsverfahren geht es nach Angaben von Ufo in erster Linie um die Vergütungsfragen. Parallel dazu sollen aber über alle anderen strittigen Fragen wie Leiharbeit verhandelt werden. „Damit ist die Ufo sehr zufrieden“, sagte Baublies. Es sei der Gewerkschaft immer um ein Gesamtpaket gegangen. Die Ankündigung der Lufthansa, künftig keine Leih-Stewardessen mehr auf ihren Berlin-Verbindungen einzusetzen, sei ein „wichtiges Signal“ gewesen.

Diese Zusage hatte das streikende Kabinenpersonal der Lufthansa zuvor in Berlin als Erfolg verbuchen können. Der Konzern beendet den Einsatz von Leih-Stewardessen in Tegel. Das Unternehmen verzichte „einseitig, auf absehbare Zeit und ohne weitere Vorbedingungen auf den Einsatz von externen Kabinencrews in Berlin“, kündigte Vorstandschef Christoph Franz an. Die rund 210 betroffenen Stewardessen der Zeitarbeitsfirma Aviation Power sollen im kommenden Jahr Jobangebote der Lufthansa erhalten.

Franz verspricht sich von dem Schritt Fortschritte in den festgefahrenen Tarifverhandlungen für die rund 18000 Flugbegleiter der Lufthansa Passage. „Wir hoffen, dass dieser Schritt der Gewerkschaft Ufo hilft, mit uns gemeinsam in konstruktiven Gesprächen den Weg zu einer zukunfts- und wettbewerbsfähigen Vergütungsstruktur für die Mitarbeiter der Kabine zu beschreiten.“

Strittiges Stufensystem

Noch am Freitag hatten die Leiharbeiter dafür gesorgt, dass Lufthansa aus Berlin Europaflüge anbieten konnte, während die festangestellten Lufthansa-Crews streikten. Passage-Vorstand Carsten Spohr dankte am Flughafen Tegel den Beschäftigten und kündigte die Job-Angebote für das kommende Jahr an. „Damit haben sie eine sichere und gute Perspektive in unserem Konzern.“

Der Freitag war in ganz Deutschland der heftigste Streiktag in der Geschichte der Lufthansa: Die Flugbegleiter des Konzerns ließen bundesweit die Arbeit für 24 Stunden ruhen. Schon am Donnerstagabend hatte Lufthansa zwei Drittel der weltweit 1800 Flüge gestrichen. Mehr als 100000 Reisende waren davon betroffen, sagte ein Lufthansa-Sprecher. Auf dem Flughafen Tegel fielen die Hälfte der 80 geplanten Flüge aus. Betroffene Passagiere seien rechtzeitig von dem Streik per E-Mail und SMS benachrichtigt worden, hieß es. Der Flughafen Schönefeld war vom Streik nicht betroffen.

Chaos gab es in ganz Deutschland weder an Flughäfen noch an Bahnhöfen. Die Gewerkschaft hatte den Ausstand relativ frühzeitig angekündigt, so dass Lufthansa Passagiere informieren konnte. Wegen des Streiks hatten sich Lufthansa-Konkurrenten sowie die Bahn zum Ferienende in Süddeutschland auf einen großen Ansturm eingerichtet. Dieser blieb bei der Bahn und bei Autovermietern aber aus.

Verzicht auf Urlaubstage

Für Reisende gibt es also eine gute Nachricht: Zunächst wird es wegen der Friedenspflicht im Schlichtungsverfahren keine weiteren Streiks geben. Allerdings gibt es trotz des Entgegenkommens der Airline in Sachen Leiharbeit genügend Konfliktstoff. So ist die Vergütung der 18.000 Flugbegleiter weiter noch ungelöst. Ein Schlichter darf sich nur mit Fragen aus offenen Tarifverträgen beschäftigen – und das ist in diesem Fall die Gehaltsstruktur. Die Flugbegleiter der Lufthansa haben drei Jahre hintereinander eine Nullrunde hinnehmen müssen. Jetzt fordert die Gewerkschaft Ufo einen Aufschlag von fünf Prozent, die Fluggesellschaft bietet 3,5 Prozent.

Gestritten wird auch über das Stufensystem der Lufthansa. Das ist recht kompliziert. Vereinfacht kann man sich die Gehaltsentwicklung eines Stewards als Treppe vorstellen. Die Lufthansa möchte die höchsten Stufen für neue Mitarbeiter entfernen und den Aufstieg flacher gestalten. Der Konzern begründet das mit den höheren Kosten im Vergleich zur Konkurrenz. Die

Gewerkschaft Ufo lehnt das vom Management angebotene Stufensystem ab. Denn Lufthansa fordere von der Kabine zudem den Verzicht auf Urlaubstage, weniger freie Tage und Mehrarbeit – alles in allem würden sich die Einbußen der Mitarbeiter auf bis zu 30 Prozent summieren. (mit Agenturen)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/lufthansa-streik-flugbegleiter-lufthansa-und-ufo-vereinbaren-schlichtung,1472780,17198478.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-034	07-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Streikroutine im Terminal - Passagiere reagieren gelassen

Brigitte Maier schaut voller Vorfreude auf die Anzeigetafel in Abflughalle A - ein Bild, das an den bisherigen Streiktagen ...

Frankfurt. Brigitte Maier schaut voller Vorfreude auf die Anzeigetafel in Abflughalle A - ein Bild, das an den bisherigen Streiktagen in Frankfurt eher selten war. «Wir haben zwei Tage lang zu Haus gezittert», sagt die 56-Jährige aus Bad Dürkheim in der Pfalz mit dem Blick auf ihre Bordkarte. Sie fliegt mit ihrem Partner nach Athen, und von da aus weiter auf die Insel Samos. «Acht Tage aufs Schiff und Segeln», sagt die Lufthansa-Kundin, deren Flug um 9.05 Uhr wie geplant abheben konnte.

Klar war das zunächst keineswegs: Denn am Freitag hatte die Gewerkschaft Ufo den in der vergangenen Woche begonnenen Streik auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt und Lufthansa zur Streichung von rund 1000 Flügen gezwungen. Rund 100 000 Passagiere waren betroffen, darunter auch etliche in Frankfurt. Bei der Bahn zeigte sich bis zum Mittag jedoch kein besonderer Andrang wegen der ausgefallenen Flüge.

Wegen der angespannten Lage hatte sich Brigitte Maier in den vergangenen Tagen übers Internet und bei ihrem Reisebüro erkundigt. Dann konnte sie sicher sein: Sie kann fliegen - trotz der Streiks.

Etwas skeptischer ist dagegen Udo Thiele. Der 45-jährige Elektrotechniker muss für die Arbeit übers Wochenende ins spanische Ourense an der portugiesischen Grenze, er will nach Porto fliegen. «Das ist schon das zweite Mal innerhalb eines Jahres, dass mein Flug vom Streik bedroht ist», berichtet er. Insgeheim habe er allerdings auch ein wenig gehofft, dass sein Flug vielleicht doch ausfalle, sagt er mit einem Augenzwinkern. Schließlich sei das Wetter in Deutschland am Wochenende vermutlich ähnlich gut wie in Spanien. «Aber da gibt es wundervolle Tapas-Bars.»

Auch bei den Streikenden ist im Vergleich zum vergangenen Dienstag etwas Ruhe eingekehrt. Vor Beginn der offiziellen Kundgebung haben sich deutlich weniger Flugbegleiter vor dem Verwaltungsgebäude der Stewards und Stewardessen versammelt. Streikleiter Sascha Berger führt das auf die vielen Streikstandorte an diesem Tag zurück. «Die Rückmeldungen von den Standorten sind sehr positiv und die Beteiligung ist gut.»

Auch die deutsche Rollhockey-Nationalmannschaft der Männer ist zuversichtlich. Sie fliegt ebenfalls nach Porto. Im portugiesischen Paredes findet ab Samstag die Europameisterschaft statt. «Wir haben uns ständig gefragt: Geht er, geht er nicht?» sagt Nationaltrainer Mike Neubauer über den nicht abgesagten Flug. In Afrika sei das Team nämlich vor kurzem des öfteren tageweise steckengeblieben. Diesmal scheint für die 13-köpfige Truppe alles zu klappen. «Wir hoffen, dass wir mit der Lufthansa am übernächsten Samstag dann auch wieder zurückkommen.» Dann vielleicht mit einem Pokal im Gepäck.

Am Frankfurter Hauptbahnhof war bis zum Mittag nicht viel von zusätzlichen Reisenden aufgrund der Streiks zu spüren. Bei den Autovermietern, im Reisezentrum der Deutschen Bahn sowie am Gleis zeigten sich die Mitarbeiter gelassen. Bislang sei sogar eher wenig los für einen Freitag. Mit der Heimreisewelle nach Feierabend könnte der Ansturm aber noch kommen. Felix Herkernberg, der am Wochenende normalerweise mit dem Flugzeug nach Hamburg in die Heimat pendelt, hat daher vorgesorgt: Er buchte seinen Zug bereits für mittags 12 Uhr. «Weil ich keine Lust hatte, wie die Hühner auf der Stange in der Bahn zu sitzen», erzählt der 40-Jährige am Gleis. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/streikroutine-im-terminal---passagiere-reagieren-gelassen,1472796,17196318.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-035	07-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Gewerkschaft: Erste Sondierungsgespräche mit Lufthansa am Freitag

Zur Lösung des Tarifkonflikts bei der Lufthansa sollen bereits an diesem Freitag erste Sondierungsgespräche stattfinden. ...

Frankfurt/Main. Zur Lösung des Tarifkonflikts bei der Lufthansa sollen bereits an diesem Freitag erste Sondierungsgespräche stattfinden. Das sagte ein Sprecher der Gewerkschaft Ufo während des Flugbegleiterstreiks am Freitag in Frankfurt. Weitere Informationen zum Inhalt der Gespräche könnten zunächst nicht mitgeteilt werden.

Lufthansa hatte am Morgen bestätigt, dass bereits seit Donnerstag nach einem Weg aus dem Streikgeschehen gesucht werde. Die Einsetzung eines Schlichters sei aber noch nicht beschlossen, hieß es in Unternehmenskreisen. Vielmehr solle zunächst bilateral gesprochen werden. Der Lufthansa-Personalmanager Peter Gerber hatte selbst die Möglichkeit einer auf wenige Fragen verengten Schlichtung ins Spiel gebracht.

Am Freitag hatte der Streik der rund 18 000 Fluglotsten seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Nach zwei regionalen Streikwellen hatte Ufo zu einem bundesweiten Streik aufgerufen. Die Lufthansa hatte nach der Ankündigung bereits am Mittwoch rund 1000 ihrer 1800 Flüge für Freitag gestrichen. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/gewerkschaft--erste-sondierungsgespraeche-mit-lufthansa-am-freitag,1472796,17196128.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-037	07-09-12	Wirtschaft	dpa	

Entwarnung für Fluggäste: Friedenspflicht bei Lufthansa

Die Lufthansa und ihre Passagiere können aufatmen: Von Samstag an wird es keine weiteren Streiks der Flugbegleiter geben. ...

Frankfurt/Main. Die Lufthansa und ihre Passagiere können aufatmen: Von Samstag an wird es keine weiteren Streiks der Flugbegleiter geben. Deren Gewerkschaft Ufo einigte sich mit der Airline darauf, den Tarifkonflikt in einer Schlichtung zu lösen. Das teilten beide Seiten übereinstimmend in Frankfurt mit.

Wer die Rolle des Schlichters übernimmt, darüber soll laut Lufthansa «möglichst bis Ende kommender Woche Einvernehmen erzielt werden».

Damit zeigt der Ausstand der Flugbegleiter eine Woche nach Beginn Wirkung. Am bislang letzten Streiktag musste Europas größte Fluggesellschaft am Freitag weit mehr als die Hälfte ihrer Flüge streichen, rund 100 000 Reisende waren von dem beispiellosen Ausstand betroffen. Selbst die Pilotenstreiks aus den Jahren 2001 und 2010 hatten nicht eine derart durchschlagende Wirkung. Chaos gab es aber weder an Flughäfen, Bahnhöfen noch auf den Autobahnen.

Nach Angaben der Tarifparteien geht es im Schlichtungsverfahren in erster Linie um die Vergütungen und eine Ergebnisbeteiligung für die rund 18 000 Flugbegleiter. Ein Schlichtungsabkommen über die Modalitäten des Verfahrens soll bis zum kommenden Mittwoch vorliegen.

«Ab morgen herrscht bis zur endgültigen Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsspruches eine uneingeschränkte Friedenspflicht, so dass Fluggäste der Lufthansa vorerst nicht mit weiteren streikbedingten Flugausfällen rechnen müssen», teilte Lufthansa weiter mit. Der Vereinbarung waren bereits seit längerem Sondierungsgespräche hinter den Kulissen vorausgegangen.

Auch alle anderen strittigen Fragen sollen auf den Tischkommen, wie zum Beispiel das Thema Leiharbeit. «Beide Seiten sind sich darüber einig, dass auch die im Schlichtungsverfahren nicht regelbaren Themen rasch gelöst werden müssen», heißt es in einer Lufthansa-Mitteilung. «Damit ist die Ufo sehr zufrieden», sagte deren Vorsitzender Nicoley Baublies. Es sei der Gewerkschaft immer um ein Gesamtpaket gegangen. Die Ankündigung der Lufthansa, künftig keine Leih-Stewardessen mehr auf ihren Berlin-Verbindungen einzusetzen, sei ein «wichtiges Signal» gewesen.

Das Unternehmen verzichte «einseitig, auf absehbare Zeit und ohne weitere Vorbedingungen auf den Einsatz von externen

Kabinencrews in Berlin», so Lufthansa-Chef Christoph Franz. Die rund 200 betroffenen Stewardessen der Zeitarbeitsfirma Aviation Power sollen im kommenden Jahr Jobangebote der Lufthansa erhalten. Noch am Freitag hatten die Leiharbeiter dafür gesorgt, dass Lufthansa aus Berlin Europaflüge anbieten konnte, während die Lufthansa-Crews streikten.

Die Streiks hatten am vorigen Freitag begonnen und waren zunächst auf Frankfurt und auf mehrere Stunden beschränkt. In einer zweiten Welle hatte Ufo dann neben Frankfurt auch die Lufthansa-Standorte Berlin und München bestreikt.

Ufo fordert in dem seit 13 Monaten währenden Tarifkonflikt fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und Schutz gegen die Auslagerung von Jobs. Lufthansa bietet bei einer längeren Laufzeit 3,5 Prozent Lohnerhöhung, plant aber eine große konzerninterne Billigtochter mit niedrigeren Gehaltstarifen. Für die verbleibenden Mitarbeiter will das Unternehmen die Gehaltsstufen abflachen und für Neueinsteiger niedrigere Bedingungen durchsetzen. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/entwarnung-fuer-fluggaeste--friedenspflicht-bei-lufthansa,1472780,17193106.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-038	08-09-12	Wirtschaft	dpa	

Nach Streik läuft Lufthansa-Flugbetrieb nach Plan

Einen Tag nach der Einigung auf eine Schlichtung im Tarifstreit mit der Lufthansa hat die Flugbegleitergewerkschaft ...

Frankfurt/Main. Einen Tag nach der Einigung auf eine Schlichtung im Tarifstreit mit der Lufthansa hat die Flugbegleitergewerkschaft Ufo ihre Kampfbereitschaft betont. «Wir haben 20 Jahre Mitgliedsbeiträge angespart», sagte der Ufo-Vorsitzende Nicoley Baublies dem Nachrichtenmagazin «Focus».

Insofern könne die Gewerkschaft den Arbeitskampf «sehr lange» durchhalten, sollte die am Freitag vereinbarte Schlichtung keine Lösung bringen.

Er forderte die Airline auf, die von der Gewerkschaft vorgelegten Vorschläge für Einsparungen zu prüfen. Mit diesen könne die Lufthansa acht Prozent oder 72 Millionen Euro Personalkosten jährlich einsparen. Darauf sollte der Vorstand eingehen, sagte er dem Magazin. Ein Lufthansa-Sprecher wollte dies am Samstag nicht kommentieren. «Wir konzentrieren uns auf das Schlichtungsverfahren», sagte er.

Der dpa sagte Baublies am Samstag, er gehe zwar optimistisch in die kommenden Tage. «Es wird aber kein Selbstläufer». Ein Knackpunkt könne das Tarifsystem bei der für das kommende Jahr erwarteten internen Billigtochter mit dem Arbeitstitel «Direct4U» werden, über das parallel zur Schlichtung gesprochen werden soll.

Lufthansa und Ufo hatten sich am Freitag nach dem heftigsten Streik in der Geschichte der größten deutschen Fluggesellschaft auf eine Schlichtung geeinigt. Bis zum 12. September soll eine Vereinbarung über das Vorgehen in der Schlichtung vorliegen. Bis dahin hätten beide Parteien Stillschweigen vereinbart, sagte ein Lufthansa-Sprecher. Bis Ende kommender Woche will man sich auch auf einen Schlichter verständigt haben.

Der eintägige Ausstand der Flugbegleiter war in der Nacht auf Samstag um Mitternacht beendet worden. Zuvor hatte die Lufthansa weit mehr als die Hälfte ihrer Flüge streichen müssen, mehr als 100 000 Reisende waren von dem Ausstand betroffen. Mittlerweile läuft der Flugbetrieb der Lufthansa aber wieder planmäßig. «Es ist Routine für einen Samstag», sagte ein Sprecher.

In Frankfurt hätten in der Nacht auf Samstag keine Passagiere in den Terminals übernachten müssen. In Hotels seien einige hundert Hotelbetten organisiert worden. Dort seien Passagiere untergebracht worden, deren Flüge sich auf Samstagvormittag verspätet hätten. Dabei habe es sich vor allem um interkontinentale Flüge gehandelt. «Diese Passagiere sind mittlerweile alle wieder weg», sagte der Sprecher. Bereits am Donnerstag seien vorsorglich 20 Flüge für den Samstag gestrichen worden, was zusätzlich Luft geschaffen habe.

Ein ähnliches Bild zeigte sich am zweiten Lufthansa-Drehkreuz in München. Hier wurden noch zwei Landungen und ein Start in der Folge des Streiks gestrichen. «Die streikbedingten Auswirkungen sind Geschichte», sagte ein Sprecher. In Berlin konnten nach Angaben des Unternehmens am Samstag alle Verbindungen planmäßig angeboten werden. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/wirtschaft/nach-streik-laeuft-lufthansa-flugbetrieb-nach-plan,1472780,17202710.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-039	08-09-12	Meinung	FRANK-THOMAS WENZEL	

LEITARTIKEL LUFTHANSA STREIK

Wohin steuert die Lufthansa?

Von FRANK-THOMAS WENZEL

Die Stewardessen und Stewards haben mit ihrem Arbeitskampf klargemacht, dass es ums Ganze geht. Das wirft die Frage auf, wohin die mit Abstand größte Fluggesellschaft steuert.

Hut ab. Das haben die Stewardessen und Stewards der Lufthansa richtig gut gemacht. Die immer freundlichen Damen und Herren aus der Kabine zeigen, dass sie kämpfen können. Zwanzig Jahre nach der Gründung ihrer kleinen Sparten-Gewerkschaft Ufo haben sie all ihren Mut zusammengenommen und zum ersten Mal gestreikt – und dabei auch noch Umsicht bewiesen. Der ganztägige Streik am Freitag wurde schon am Mittwoch angekündigt, so konnte die Lufthansa ihren Krisenmechanismus rechtzeitig in Gang setzen. Das große Chaos wurde vermieden. Zugleich haben sie dem Management eindrucksvoll ihre Schlagkraft bewiesen und damit eine Lektion erteilt, das die Entschlossenheit der sonst so netten Flugbegleiter lange unterschätzt hatte.

Der Streik war nötig. Er hat die Voraussetzungen für einen Kompromiss geschaffen, dessen Umrisse schon erkennbar sind. Natürlich wird es eine merkliche Lohnerhöhung geben. Doch das ist nur Nebensache. Viel wichtiger ist: Die Lufthansa wird wohl für die Laufzeit des neuen Tarifvertrages, also für zwei oder zweieinhalb Jahre, vorerst auf Leiharbeiter in der Kabine verzichten. Neu eingestellte Flugbegleiter werden zwar künftig weniger als Altgediente verdienen, doch über die Höhe der Gehaltsdifferenz wird hart verhandelt.

Das ist ein großer Erfolg für die Unabhängige Flugbegleiter Organisation. Sie hat vor allem Zeit gewonnen, bis das Thema Leiharbeit wieder aufgerufen wird. Das ist immens wichtig. Denn beim Kampf der Flugbegleiter geht es um mehr als nur einen Tarifkonflikt. Die Stewardessen und Stewards haben mit ihrem Arbeitskampf klargemacht, dass es ums Ganze geht. Wohin steuert Deutschlands mit Abstand größte Fluggesellschaft? Ein klarer Kurs ist derzeit nicht erkennbar. Management und Belegschaft müssen die nächsten Jahre nutzen, um den Konzern neu zu justieren.

Schlingern gefährdet die Lufthansa

Das Unternehmen schlingert seit geraumer Zeit. Einerseits versuchen die Manager beim Verkehr in Europa mit Billigfliegern mitzuhalten. Andererseits mühen sie sich, auf der Langstrecke den Nimbus des Premiumanbieters zu halten. Doch das wird immer schwerer. Die bei Interkontinentalflügen alles entscheidende Businessclass kann mit Konkurrenten wie Emirates immer weniger mithalten. Die Araber sind preiswert und bieten mehr Komfort. Das wissen Geschäftsleute zu schätzen, auf die am Zielort in der Regel ein langer Arbeitstag zukommt.

Das Schlingern gefährdet die Lufthansa. Denn der Wettbewerb wird sich verschärfen. Vor allem weil die Kerosinpreise weiter steigen. Das führt zu Extremen. Auf der einen Seite wird es eine kleine Gruppe von Airlines geben, die Service und Komfort bieten und deshalb höhere Preise vor allem bei den Geschäftsleuten verlangen können. Auf der anderen Seite wird eine Reihe von Billiganbietern stehen, die sich mit Sonderangeboten permanent unterbieten. Sie werden permanent an der Rentabilitätsgrenze entlang fliegen. Deshalb wird diese Ausprägung des Fliegens in Zukunft bei Service und Komfort noch viel mehr als heute einer Fahrt mit dem Stadtbus ähneln.

Schweres Erbe der Vergangenheit

Große, seit Jahrzehnten etablierte Airlines tragen hingegen noch die Erbschaft aus den Zeiten mit sich herum, als sie in staatlicher Obhut waren und weitgehend ohne Konkurrenz operierten. Lufthansa-Manager versuchen nun, den Geburtsfehler zu beheben. Das wirkt auf den ersten Blick plausibel, doch genauer betrachtet ist es extrem riskant. In der Low-cost-Branche gilt der Leitspruch: Zum Billigflieger muss man geboren sein. Erfolgreich sind junge Firmen, die vom Prinzip fast schon manischer Sparsamkeit durchwirkt sind, das fängt bei der Beschaffung der Flugzeuge an und endet damit, dass sich Führungskräfte mit spartanischen Büroausstattungen zufrieden geben. Kein Wunder, dass bislang kein Beispiel eines gelungenen Umbaus vom sogenannten Legacy-Carrier zum Billiganbieter bekannt ist.

Die Lufthansa-Manager sollten daraus ihre Schlussfolgerungen ziehen. Der Streik der Flugbegleiter kann da wie ein Weckruf wirken. Er hat bis auf weiteres mehr als nur Leiharbeit an Bord verhindert. Denn die Lufthansa-Manager wollten langfristig

angelernte Niedriglöhner und Nebenjobber in der Kabine einsetzen, die mit minimalen Ruhephasen zwischen den Flügen auskommen sollten. Der Streik kam gerade rechtzeitig, denn die Airline kann künftig nur erfolgreich sein, wenn sie liefert, was die Businessklasse unter den Fluggästen verlangt.

Um das alte Qualitätsversprechen der Lufthansa einzulösen, braucht es ein ganzes Paket – bequeme Sitze für Geschäftsleute gehören dazu. Noch viel wichtiger aber ist das Personal, das den direkten Kontakt mit den Kunden hat. Die Lufthansa braucht mehr denn je kompetente und ausgeruhte Flugbegleiter.

Link	http://www.fr-online.de/meinung/leitartikel-lufthansa-streik-wohin-steuert-die-lufthansa-,1472602,17199356.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-040	08-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Nach Streik-Chaos: Lufthansa nimmt Flugbetrieb wieder auf

Am Tag nach dem heftigsten Streik ihrer Geschichte hat die Lufthansa ihren Flugbetrieb am frühen Samstagmorgen wieder ...

Frankfurt/Main. Am Tag nach dem heftigsten Streik ihrer Geschichte hat die Lufthansa ihren Flugbetrieb am frühen Samstagmorgen wieder aufgenommen. «Wir gehen davon aus, dass es auch an den großen Flughäfen in Frankfurt und München keine Probleme mehr geben wird», sagte ein Sprecher der Airline am Morgen in Frankfurt.
Der eintägige Ausstand der Flugbegleiter war um Mitternacht beendet worden. Die Lufthansa musste am Freitag weit mehr als die Hälfte ihrer Flüge streichen, mehr als 100 000 Reisende waren von dem Ausstand betroffen.
Weitere Streiks müssen die Fluggesellschaft und ihre Passagiere vorerst nicht fürchten. Ufo und die Lufthansa hatten sich am Freitag auf eine Schlichtung geeinigt. Damit gilt von heute an wieder Friedenspflicht. (dpa)

Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/nach-streik-chaos--lufthansa-nimmt-flugbetrieb-wieder-auf,1472796,17202954.html

Code	Datum	Ressort/ Rubrik	AutorIn	
FR-041	08-09-12	Frankfurt/Rhein-Main	dpa	

Flugbegleiter beenden Lufthansa-Streik

Der bislang größte Streiktag bei der Lufthansa ist zu Ende. Der eintägige und flächendeckende Ausstand der Flugbegleiter ...

Frankfurt/Main. Der bislang größte Streiktag bei der Lufthansa ist zu Ende. Der eintägige und flächendeckende Ausstand der Flugbegleiter wurde am Freitag um Mitternacht planmäßig beendet. Das bestätigte ein Sprecher der Fluggesellschaft in Frankfurt. Weitere Streiks müssen Lufthansa und ihre Passagiere vorerst nicht fürchten. Ufo und das Unternehmen hatten sich am Freitag darauf geeinigt, ihren Tarifkonflikt auf dem Wege einer Schlichtung beizulegen. Damit gilt von Samstag an wieder Friedenspflicht.

Mit der Vereinbarung über eine Schlichtung zeigt der Ausstand der Flugbegleiter eine Woche nach Beginn Wirkung. Am bislang letzten Streiktag hatte Europas größte Fluggesellschaft am Freitag weit mehr als die Hälfte ihrer Flüge streichen müssen, mehr als 100 000 Reisende waren von dem beispiellosen Ausstand betroffen. Selbst die Pilotenstreiks aus den Jahren 2001 und 2010 hatten nicht eine derart durchschlagende Wirkung. Chaos gab es aber weder an Flughäfen, Bahnhöfen noch auf den Autobahnen.

Nach Angaben der Tarifparteien geht es im Schlichtungsverfahren in erster Linie um die Vergütungen und eine Ergebnisbeteiligung für die rund 18 000 Flugbegleiter. Ein Schlichtungsabkommen über die Modalitäten des Verfahrens soll bis zum kommenden Mittwoch vorliegen. Wer die Rolle des Schlichters übernimmt, darüber soll laut Lufthansa «möglichst bis Ende kommender Woche Einvernehmen erzielt werden».

«Ab morgen herrscht bis zur endgültigen Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsspruches eine uneingeschränkte Friedenspflicht, so dass Fluggäste der Lufthansa vorerst nicht mit weiteren streikbedingten Flugausfällen rechnen müssen», teilte Lufthansa weiter mit.

Auch alle anderen strittigen Fragen sollen auf den Tisch kommen, wie zum Beispiel das Thema Leiharbeit. «Beide Seiten sind sich darüber einig, dass auch die im Schlichtungsverfahren nicht regelbaren Themen rasch gelöst werden müssen», heißt es in einer Lufthansa-Mitteilung. «Damit ist die Ufo sehr zufrieden», sagte deren Vorsitzender Nicoley Baublies. Es sei der Gewerkschaft immer um ein Gesamtpaket gegangen. Die Ankündigung der Lufthansa, künftig keine Leih-Stewardessen mehr auf ihren Berlin-

Verbindungen einzusetzen, sei ein «wichtiges Signal» gewesen. Das Unternehmen verzichte «einseitig, auf absehbare Zeit und ohne weitere Vorbedingungen auf den Einsatz von externen Kabinencrews in Berlin», so Lufthansa-Chef Christoph Franz. Die rund 200 betroffenen Stewardessen der Zeitarbeitsfirma Aviation Power sollen im kommenden Jahr Jobangebote der Lufthansa erhalten. Noch am Freitag hatten die Leiharbeiter dafür gesorgt, dass Lufthansa aus Berlin Europaflüge anbieten konnte, während die Lufthansa-Crews streikten. (dpa)	
Link	http://www.fr-online.de/rhein-main/flugbegleiter-beenden-lufthansa-streik,1472796,17202756.html

Codebuch

Inhalt

Index, S. 2

Kapitel 1: Akteur-Frames und Metaphern, S. 4

Kapitel 2: Kategorien und Unterkategorien, S. 48

Kapitel 3: Kategoriengruppen und Ausprägungen, S. 71

Kapitel 4: Thematische Überschneidungen, S. 84

Index

Tabelle: Index - Akteur-Frames

Akteur-Frames	Akteur-Frames/ **Seitenzahl**				
1 - 5	1/5	2/6	3/7	4/8	5/8
6 –10	6/8	7/9	8/9	9/10	10/10
11 – 15	11/13	12/11	13/12	14/12	15/16
16 – 20	16/18	17/18	18/19	019/20	20/20
21 – 25	21/21	22/21	23/22	24/23	25/30
26 – 30	26/30	27/31	28/31	29/31	30/31
31 - 35	031/32	32/32	33/33	34/34	35/34
36 - 00	36/34	37/35	38/35	39/35	40/35
41 - 44	41/36	42/36	43/38	44/40	

Tabelle: Index - Metaphern

Metaphern	**Metaphern/ Seitenzahl**				
1 - 5	1/14	2/14	3/14	4/14	5/14
6 –10	6/24	7/25	8/26	9/27	10/28
11 – 15	11/28	12/28	13/29	14/29	15/36
16 – 20	16/36	17/41	18/42	19/43	20/44
21 – 25	21/45	22/45	23/46	24/47	25/47

Tabelle: Index - Kategorien

Kategorien	**Kategorien / Seitenzahl**				
1 - 5	1/48	2/48	3/49	4/50	5/50
6 –10	6/50	7/53	8/53	9/54	10/55
11 – 15	11/57	12/57	13/58	14/60	15/60
16 – 20	16/61	17/61	18/61	19/61	20/62
21 – 25	21/62	22/63	23/64	24/64	25/64
26 – 30	26/65	27/65	28/65	29/66	30/68
31 - 32	031/68	32/70			

Tabelle: Index - Unterkategorien

	Unterkategorien/ Seitenzahl				
	6-1/51	6-2/51	6-3/51	6-4/51	6-5/52
	6-6/52	6-7/52	8-1/53	8-2/54	10-1/55
	10-2/56	10-3/56	13-1/58	13-2/58	13-3/58
	13-4/59	13-5/59	13-6/59	13-7/59	13-8/60
	20-1/62	20-2/62	20-3/62	22-1/63	22-2/63
	22-3/63	25-1/64	25-2/64	28-1/65	28-2/65
	28-3/65	29-1/66	29-2/66	29-3/67	29-4/67
	30-1/68	30-2/68	31-1/68	31-2/69	31-3/69

Tabelle: Index - Kategoriengruppe

Kategorien -gruppe	**Kategoriengruppe/ Seitenzahl**				
1 - 5	1/71	2/71	3/73	4/77	5/78
6 –10	6/78	7/79	8/80	9/80	10/10
11 – 15	11/81	12/82	13/83		

Tabelle: Index - Ausprägung

	Ausprägung/ Seitenzahl				
	1-1/71	1-2/71	1-3/71	2-1/72	2-2/72
	2-3/73	2-4/73	3-1/74	3-2/74	3-3/75
	3-4/75	3-5/76	3-6/76	4-1/77	4-2/77
	6-1/78	6-2/78	6-3/79	8-1/80	8-2/80
	8-3/80	8-4/80	11-1/81	11-2/81	12-1/82
	12-2/82				

Kapitel 1: Akteur-Frames und Metaphern

Kapitel 1-1: Unterscheidung von EZ 1 nach Akteur-Frames

In Erhebungszeitraum 1 konnten folgende Akteursgruppen unterschieden werden: gewerkschaftliche, politische, wirtschaftliche, statistische, sonstige Akteure, sowie Akteure der Arbeitgebervertretung. Anhand der Akteursgruppen werden Problemstellung, Bewertung und Begründung, Ziele und Lösungen formuliert.

Kapitel 1-1-1: Frames nach gewerkschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 1-2): In diesem Erhebungszeitraum konnten aus folgenden gewerkschaftlichen Akteuren Frames gewonnen werden:

- Vier Akteure der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)
- Ein Akteur der Vereinten Dienstleistungsgesellschaft (Ver.di)
- Eine Akteurin der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen (Juso)
- Ein weiterer Akteur, der in der Berichterstattung „die Gewerkschaften" genannt wird.

Tabelle: Gewerkschaftliche Akteure in EZ 1

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
Gewerkschaftliche Akteure	Reiner Geis (Ver.di Geschäftsführer)	BZ-001
	Luisa Boos (stellvertretende Juso-Landesvorsitzende)	BZ-002, -020
	Ahmet Karademir, (Erste Bevollmächtigte IG Metall)	BZ-003
	Hermann Spieß (Chef der IG Metall in Südbaden)	BZ-009, -012, -021
	Thomas Wamsler (zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Lörrach)	BZ-009
	Berthold Huber (Erste Vorsitzender IG Metall)	BZ-010
	Die Gewerkschaften	BZ-013, -018

Die gewerkschaftlichen Akteure problematisieren Leiharbeit als Ungleichbehandlung. Einerseits als Ungleichbehandlung in Betrieben und andererseits als pekuniäre Ungleichbehandlung.

Durch Leiharbeit soll eine betriebliche Ungleichbehandlung entstehen, weil Leiharbeitnehmer nicht wie Stammbeschäftigte behandelt werden (vgl. BZ-021). Diese Ungleichbehandlung stellt für die gewerkschaftlichen Akteure ein Problem dar, weil Leiharbeit als prekäre Beschäftigung klassifiziert wird, die den Solidaritätsgedanke zwischen den Beschäftigten unterbinde und die Belegschaft in

zwei Klassen aufteile (vgl. BZ-021). Leiharbeit wird in diesem Kontext als „Apartheid“ betitelt, weil sie die Solidarität unter Beschäftigten unterbinde:

„Leiharbeiter sind separiert, sie laufen nebenher, denn niemand weiß, ob ein Leiharbeiter nächste Woche noch im Betrieb ist oder schon woanders. Die Leiharbeiter werden nicht selten vom Arbeitgeber bewusst und regelmäßig gegen andere Leiharbeiter ausgetauscht. Wie soll da ein Solidaritätsgedanke in der Belegschaft aufkommen?“ (*BZ*-021)

Für die gewerkschaftlichen Akteure werde dadurch die Belegschaft in zwei Klassen aufgeteilt (vgl. BZ-021).

Tabelle: Akteur-Frame 1: Ungleichbehandlung in Betrieben

Problemstellung	Leiharbeitnehmern werden in Betrieben ungleich wie Stammbeschäftigte behandelt (vgl. BZ-021).
Bewertung und Begründung	Leiharbeit ist eine prekäre Beschäftigung: - Durch Leiharbeit wird der Solidaritätsgedanke zwischen den Beschäftigten unterbunden (vgl. BZ-021) - Durch Leiharbeit wird die Belegschaft in zwei Klassen aufgeteilt (vgl. BZ-021) - Leiharbeit ist Apartheid, weil sie Solidarität unter Beschäftigten unterbindet (vgl. BZ-021)

Die pekuniäre Gleichbehandlung wird mit der Frage eingeläutet, „ob es gerecht sei, dass Menschen, die genauso lange arbeiten und das gleiche tun wie ihre Kollegen, weniger Lohn bekommen“ (BZ-021). Leiharbeit führe zu „prekären Situationen“, denn Leiharbeitnehmer bleiben „Arm trotz Arbeit“ (BZ-002) und viele „müssen bei Hartz IV anklopfen und sich ihren Lohn aufstocken lassen“ (BZ-021). Die Realität des Arbeitslebens soll bei vielen Jugendlichen aus prekärer Beschäftigung bestehen (vgl. BZ-002). Leiharbeit soll aus Gewerkschaftssicht bei Jugendlichen zu einer Angst vor der Zukunft führen (vgl. BZ-020), denn ein gesellschaftliches Versprechen werde damit durchbrochen: „Bislang sei jede Generation mit der Aussicht herangewachsen, dass es ihr besser gehen werde als den Eltern.“ (BZ-009) Im Rahmen der Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Südwestmetall, hat die IG Metall folgende Ziele formuliert: 6,5 % mehr Lohn für Leiharbeitnehmer und ein Mitspracherecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit (vgl. BZ-010, BZ-018). Betriebsräte sollen ein Mitspracherecht bei Anlass, Volumen, Dauer und Einsatzbereich von Leiharbeit bekommen (vgl. BZ-003).

Als Lösungsstrategie wird Equal Pay verfolgt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (BZ-012). Nach kurzer Einarbeitungszeit soll das Gehalt von Leiharbeitnehmer mit denen von Stammbeschäftigten gleichgestellt werden (vgl. BZ-013). Equal Pay soll gesetzlich zugesichert werden (vgl. BZ-021). Ein weiterer Lösungsweg wird in

gesetzlichen Mindestlöhnen von 8,50 € gesehen (vgl. BZ-020, BZ-001). Ebenfalls werden Tarifverträge als Lösung betrachtet (vgl. BZ-012). Es wir auch argumentiert, dass Betriebe die Löhne ihrer Beschäftigten anheben sollen. Begründet wird es damit, dass die Zeit der Wirtschaftskrise vorbei sei (vgl. BZ-012):

„Nach dem maßvollen und krisengeprägten Abschlüssen von 2008 und 2010 gehe es nun darum, die Beschäftigten am Aufschwung zu beteiligen." (BZ-009)

Und…

„Wenn man sich die enormen Gewinne der Unternehmern so kurz nach der Krise anschaut, dann kann man keine Zweifel daran haben, dass sie [die Betriebe] es verkraften würden, den Leiharbeitern so viel zu zahlen wie den regulär beschäftigten." (BZ-021)

Tabelle: Akteur-Frame 2: Ungleiche Entlohnung

Problemstellung	Pekuniäre Ungleichbehandlung von Leiharbeitnehmern in Betrieben gegenüber festangestellten Mitarbeitern (vgl. BZ-021).
Bewertung und Begründung	Leiharbeit ist eine prekäre Beschäftigung: - Leiharbeitnehmer bleiben Arm trotz Arbeit (vgl. BZ-002) - Viele Leiharbeitnehmer müssen ihr Lohn durch staatliche Beihilfen aufstocken lassen (vgl. BZ-021) - Leiharbeit sorgt dafür, dass es künftige Generationen nicht besser gehen wird als ihren Eltern (vgl. BZ-009)
Ziele	- 6,5 % mehr Lohn für Leiharbeitnehmer (vgl. BZ-010). - Mitspracherecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit (vgl. BZ-003, -010, -018).
Lösungen	- Equal Pay: Gesetzliche Zusicherung, dass Leiharbeitnehmer nach kurzer Einarbeitungszeit den selben Lohn erhalten wie Stammbeschäftigte (vgl. (BZ-012, -013, -021) - Gesetzliche Mindestlöhne (vgl. BZ-001, -020,). - Tarifverträge (vgl. BZ-012). - Betriebe sollen Löhne von Leiharbeitnehmern anheben (vgl. BZ-012, BZ-009, BZ-021)

Kapitel 1-1-2: Frames nach politischen Akteuren (Akteur-Frame 3): Aus folgenden politischen Akteuren konnten Frames gewonnen werden:

- Zwei Akteure der Partei „SPD"
- Zwei Akteure der Partei „CDU"
- Die Partei „Die Linke"

Tabelle: Politische Akteure in EZ 1

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
Politische Akteure	Susanne Tröndle, SPD-Ortsvereinsvorsitzende Waldkirch	BZ-001
	Gernot Erler stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	BZ-006
	Peter Weiß CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Emmendingen-Lahr und Sprecher des Arbeitnehmerflügels der CDU	BZ-007
	Ursula von der Leyen Arbitsministerin (CDU)	BZ-018
	Die Linke	BZ-018

Die politischen Akteure problematisieren Leiharbeit als Ursache von Niedriglöhnen (vgl. BZ-001). Leiharbeit wird als sinnvoll bewertet, wenn Leiharbeitnehmer von Betrieben eine Festanstellung bekommen (vgl. BZ-006). „Inakzeptabel" sei sie dagegen, wenn „Mitarbeiter längerfristig ein und dieselbe Arbeit machen und es dafür unterschiedliche Löhne gibt" (BZ-018). Niedriglöhne durch Leiharbeit soll durch eine gesetzliche Regel abgeschafft werden, die die Löhne von Leiharbeitnehmern an denen von Stammbeschäftigten angleicht:

„Drei Monate, höchstens aber ein halbes Jahr, so die einhellige Meinung am SPD-Stammtisch, solle ein Leiharbeiter ‚eingearbeitet' werden. Dann spätestens müsse sein Gehalt steigen." (BZ-001)

Und…

"Es muss eine Regelung für die Zeitarbeit geben in Sachen Equal pay." (BZ-007)

Wie die gewerkschaftlichen Akteure, plädieren die politischen Akteure für Equal Pay als Lösungsweg. Eine konkrete Vorstellungen wie Equal Pay arbeitsrechtlich verankert werden soll, wird von den politischen Akteuren nicht als Ziel formuliert.

Tabelle: EZ 1 – politische Akteure - Akteur Frame 3: Leiharbeit als Ursache für Niedriglöhne

Problemstellung	Leiharbeit als Ursache für Niedriglöhne (vgl. BZ-001).
Bewertung und Begründung	Leiharbeit ist akzeptabel, wenn sie zu einer Stammbeschäftigung führt. Nicht akzeptabel wenn Stammbeschäftigte und Leiharbeitnehmer unterschiedlich entlohnt werden (vgl. BZ-018)
Lösungen	Equal Pay: Gesetzliche Zusicherung, dass Leiharbeitnehmer nach kurzer Einarbeitungszeit den selben Lohn erhalten wie Stammbeschäftigte (vgl. BZ-001, -007)

Kapitel 1-1-3: Frames nach statistischen Akteuren (Akteur-Frame 4-6): Aus folgenden statistischen Akteuren konnten Frames gewonnen werden:

- Bundesagentur für Arbeit (BA)
- Bundesarbeitsministerium
- Arbeitsagentur Freiburg im Breisgau
- Bertelsmann-Stiftung

Tabelle: Statistische Akteure in EZ 1

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
statistische Akteure	Bundesagentur für Arbeit (BA)	BZ-008
	Bundesarbeitsministerium	BZ-013
	Arbeitsagentur Freiburg im Breisgau	BZ-017
	Bertelsmann-Stiftung	BZ-018

Die statistischen Akteure stellen als Problem fest, dass Leiharbeitnehmer zu wenig verdienen (vgl. BZ-017, -018). Es wird statistisch festgestellt, dass die Stadt Freiburg

im Breisgau die höchste Quote an Niedriglohnbeschäftigten im Bundesland Baden-Württemberg hat (vgl. BZ-017). Leiharbeitnehmer verdienen weniger als Stammbeschäftigte, weil sie „die Kosten der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt“ (BZ-018) tragen. Desweiteren sollen in Westdeutschland Leiharbeitnehmer 47% und in Ostdeutschland 36% weniger als Festangestellte mit dem gleichen Bildungsniveau verdienen (vgl. BZ-018). Deutschlandweit soll jeder zwölfte Leiharbeitnehmer Arbeitslosengeld II vom Staat beziehen (vgl. BZ-013). Als Lösung wird ein Mindestlohn für Leiharbeitnehmer betrachtet (vgl. BZ-018). Konkrete Ziele werden von den statistischen Akteuren nicht formuliert.

Tabelle: EZ 1 – statistische Akteure - Akteur Frame 4: Leiharbeit als Ursache für Niedriglöhne

Problemstellung	Leiharbeitnehmer verdienen zu wenig (vgl. BZ-017, -018).
Bewertung und Begründung	- Freiburg im Breisgau hat die höchste Quote an Niedriglohnbeschäftigten in Baden-Württemberg (vgl. BZ-017) - Leiharbeitnehmer verdienen weniger, weil sie die Kosten der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt tragen (vgl. BZ-017). - Leiharbeitnehmer in Westdeutschland verdienen 47% weniger als Festangestellte mit dem gleichen Bildungsniveau. In Ostdeutschland verdienen sie 36% weniger (vgl. BZ-018) - Jeder muss zwölfte Leiharbeitnehmer muss Arbeitslosengeld II vom Staat beziehen (vgl. BZ-013).
Lösungen	Mindestlohn (vgl. BZ-018)

Die statistischen Akteure sehen in Leiharbeit keine Brücke für Arbeitslose in den Arbeitsmarkt (vgl. BZ-008). Das wird damit begründet, dass Leiharbeitsverhältnisse oft von kurzer Dauer sind:

„Die häufig kurze Dauer von Leiharbeitsverhältnissen deutet darauf hin, dass Verleiher ihren Personalbestand möglichst elastisch ihrer Auftragslage anpassen" (BZ-008).

Dennoch wird festgestellt, dass Leiharbeit helfe die „Stammbelegschaft zu sichern oder zu erhöhen“ (BZ-018). Ziele und Lösungen werden nicht formuliert.

Tabelle: EZ 1 – statistische Akteure – Akteur-Frame 5: Brücke in den Arbeitsmarkt

Problemstellung	Leiharbeit ist keine Brücke für Arbeitslose in den Arbeitsmarkt (vgl. BZ-008).
Bewertung und Begründung	- Leiharbeitsverhältnisse sind von kurzer Dauer, weil Betriebe ihren Personalstand an ihre Auftragslage anpassen (vgl. BZ-008).

Tabelle: EZ 1 – statistische Akteure – Akteur-Frame 6: Leiharbeit sichert Arbeitsplätze

Bewertung und Begründung	Leiharbeit sichert und erhöht Anzahl von Stammbeschäftigten im Betrieb (vgl. BZ-008).

Kapitel 1-1-4: Frames nach Akteuren der Arbeitgebervertretung (Akteur-Frame 7-9): Anhand des Akteurs Stephan Wilcken, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, konnten Frames gewonnen werden.

Tabelle: Akteure der Arbeitgebervertretung in EZ 1

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
Akteure der Arbeitgebervertretung	Stephan Wilcken Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Freiburg und der Ortenau	BZ-012

Die Akteure der Arbeitgebervertretung reagieren auf die Problematisierung der Ungleichen Bezahlung von Leiharbeitnehmer und Festangestellten folgendermaßen: Es wird argumentiert, dass Equal Pay nicht möglich sei, weil das Arbeitsverhältnis zwischen Zeitarbeiter und Zeitarbeitsfirma bestehe (vgl. BZ-012). Damit wird begründet, dass Betriebe nicht für die Löhne von Leiharbeitnehmer zuständig seien.

Tabelle: EZ 1 – Akteure der Arbeitgebervertretung – Akteur-Frame 7: Leiharbeitnehmer werden nicht gleich wie Festangestellte bezahlt

Problemstellung	Leiharbeitnehmer werden nicht gleich wie Festangestellte bezahlt
Bewertung und Begründung	Equal Pay für Betreibe nicht möglich: Arbeitsverhältnis zwischen besteht zwischen Zeitarbeiter und Zeitarbeitsfirma (vgl. BZ-012)

Außerdem wird argumentiert, dass es 20 % der Leiharbeitnehmer, in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg, in eine Festanstellung schaffen (vgl. BZ-012). Mit dieser Bewertung wird auf eine Problematisierung von Leiharbeit reagiert, die besagt, dass es zu wenige Leiharbeitnehmer in eine Festanstellung schaffen

Tabelle: EZ 1 – Akteure der Arbeitgebervertretung – Akteur-Frame 8: Zu wenige Leiharbeitnehmer bekommen eine Festanstellung

Problemstellung	Zu wenige Leiharbeitnehmer bekommen eine Festanstellung
Bewertung und Begründung	20 Prozent der Leiharbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg schaffen es in eine Festanstellung (vgl. BZ-012)

Der Forderung nach einer Anhebung von Löhnen für Leiharbeitnehmer entgegnen die Akteure der Arbeitgebervertretung damit, dass während der Rezession, in Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie, das Eigenkapital geschrumpft sei. Das Geld werde nun für Investitionen gebraucht:

„In unserer Branche zahlten die Arbeitgeber einen Zuschlag zum Kurzarbeitergeld. Das Eigenkapital vieler Betriebe ist geschrumpft. Zwar gibt es Firmen, die 2011 das Niveau von vor der Krise erreicht haben, aber nicht alle. Jetzt brauchen die Betriebe viel Geld für Investitionen, die sie während der Krise zurückgestellt haben.“ (BZ-012)

Tabelle: EZ 1 – Akteure der Arbeitgebervertretung – Akteur-Frame 9: Anhebung der Löhne nicht möglich

Problemstellung	Leiharbeitnehmer bekommen nicht genug Lohn
Bewertung und Begründung	Anhebung der Löhne von Leiharbeitnehmer durch Betriebe ist nicht möglich: - weil das Eigenkapitel von Betrieben der Metall- und Elektroindustrie geschrumpft ist (vgl. BZ-012) - weil Betreibe das Geld für Investitionen brauchen (vgl. BZ-012)

Kapitel 1-1-5: Frames nach wirtschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 10): Aus folgenden wirtschaftlichen Akteuren konnten Frames gewonnen werden:

- Klaus Endress (Chef der Firma Endress+Hauser, Hersteller von Messgeräten)
- Arbeitgeber
- BMW und Lufthansa
- Markus Vatter (Chef der Firma Sick, Sensorenhersteller)

Tabelle: Wirtschaftliche Akteure in EZ 1

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
Wirtschaftliche Akteure	Klaus Endress (Chef der Firma Endress+Hauser, Hersteller von Messgeräten)	BZ-004
	Arbeitgeber	BZ-010
	BMW und Lufthansa	BZ-015
	Markus Vatter (Chef der Firma des Sick, Sensorenhersteller)	BZ-023

Die wirtschaftlichen Akteure sehen in einer Beschränkung von Leiharbeit eine Einschränkung ihrer Flexibilität: „Die Arbeitgeber warnen davor, die Flexibilität der Betriebe zu beschränken“ (BZ-010). Das wird damit begründet, dass Leiharbeit bei schwankender Auftragslage als „Flexibilitätspuffer“ dient (vgl. BZ-023). Außerdem wird eingewendet, dass ein Leiharbeitnehmer mehr koste als ein Festangestellter und dafür weniger motiviert sei:

„Obwohl die Leiharbeit das Beschäftigungsrisiko für den Arbeitgeber senkt, bin ich kein Freund dieser Beschäftigungsform. Zum einen kostet ein Leiharbeiter in der Regel mehr als ein Festangestellter. Zwar liegt der Lohn des Leiharbeiters niedriger, aber die Verleihfirma will ja auch noch Geld verdienen. Zum anderen ist die Motivation des Leiharbeiters in der Regel geringer.“ (BZ-004)

Tabelle: EZ 1 - Wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 10: Beschränkung von Leiharbeit bedeutet Beschränkung betrieblicher Flexibilität

Problemstellung	Beschränkung von Leiharbeit bedeutet Beschränkung betrieblicher Flexibilität (vgl. BZ-010).
Bewertung und Begründung	- Leiharbeit dient bei schwankender Auftragslage als Flexibilitätspuffer (vgl. BZ-023) - Leiharbeitnehmer sind Betriebe teurer als Festangestellte (vgl. BZ-004). - Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte (vgl. BZ-004).

Kapitel 1-1-6: Frames nach BZ-Akteuren (Akteur-Frame 12-13): Anhand des Redakteurs der Badischen Zeitung, Ronny Gert Bürckholdt, konnten Frames gewonnen werden.

Tabelle: BZ-Akteure in EZ 1

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
BZ-Akteure	Ronny Gert Bürckholdt (Redakteur der Badischen Zeitung)	BZ-005, -011, -022

Der BZ-Redakteur problematisiert den wachsenden Niedriglohnsektor. Er stellt fest, dass sich der Arbeitsmarkt gut entwickelt habe:

„Die Zahl der Erwerbslosen hat sich fast halbiert, die Zahl der Beschäftigten erklimmt Bestmarken, es gibt so viele offene Stellen wie nie. Es findet sich leider nicht Arbeit für alle, aber wieder Arbeit für viele, von denen einige selbst nicht mehr daran geglaubt hatten. Das ist eine soziale, eine erfreuliche Entwicklung." (BZ-005)

Dennoch sorgt dieser Arbeitsmarkt dafür, dass Leiharbeit zunimmt und der Niedriglohnsektor wächst:

„Doch die neue Dynamik des Arbeitsmarkts hat ihren Preis: der wachsende Niedriglohnsektor, der Boom der Leiharbeit, das Auseinanderdriften der Löhne unten und oben." (BZ-005)

In Bürckholdts Augen liegt es an den Politikern und Tarifpartnern (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) Lösungen zu finden, „die den sozialen Aufstieg von möglichst vielen Niedriglöhnern erleichtern, ohne den Zugang zum Arbeitsmarkt wie in alten Zeiten zu versperren" (BZ-005). Bürckholdt selbst schlägt eine gute Aus- und Weiterbildung als Lösung vor.

Tabelle: EZ 1 – BZ-Akteure – Akteur-Frame 12: Niedriglohnsektor wächst

Problemstellung	Der Niedriglohnsektor wächst (vgl. BZ-005).
Bewertung und Begründung	Der Arbeitsmarkt hat sich gut entwickelt, dennoch nimmt die Beschäftigungsform Leiharbeit zu und der Niedriglohnsektor wächst und Löhne „unten und oben" auseinanderdriften (vgl. BZ-005).
Lösungen	- Politiker und Tarifpartner sollen „den sozialen Aufstieg von möglichst vielen Niedriglöhnern erleichtern" (BZ-005). - Gute Aus- und Weiterbildung (vgl. BZ-005).

Für Bürckholdt garantiert Flexibilität die Einbettung deutscher Firmen in den Welthandel. Darüber würden durch Flexibilität Löhne steigen und Beschäftigte würden ihren Arbeitsplatz nicht verlieren (vgl. BZ-011). Ohne Flexibilität würde, so Bürckholdt, die Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und damit gebe es auch nichts zu verteilen (vgl. BZ-022). Mit dem Verbot von Leiharbeit oder der Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer würde der Wirtschaft ihre Flexibilität genommen werden:

„Das ist verständlich, aber es sollte nicht der Fehler gemacht werden, den Firmen ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder zu nehmen. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass es künftig etwas zu verteilen gibt. Wer etwa wie die Linke die Leiharbeit verbieten will, oder wie so manche Gewerkschaft per Tarifvertrag praktisch aushebeln ohne Ersatz zu schaffen, würde der Wirtschaft ihre Flexibilität rauben." (BZ-022)

Tabelle: EZ 1 – BZ-Akteure – Akteur Frame 13: Flexibilität von Betrieben ist wichtig

Problemstellung	Ein Verbot von Leiharbeit oder die Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer würde der Wirtschaft ihre Flexibilität nehmen (vgl. BZ-022).
Bewertung und Begründung	- Flexibilität garantiert die Einbettung deutscher Firmen in den Welthandel (vgl. BZ-011). - Durch Flexibilität steigen Löhne von Arbeitnehmern (vgl. BZ-011). - Durch Flexibilität werden Arbeitsplätze gesichert (vgl. BZ-011). - Das Verbot von Leiharbeit oder die Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer würde Firmen ihre Flexibilität rauben (vgl. BZ-022). - Flexibilität macht es möglich, dass es etwas zu verteilen gibt (vgl. BZ-022).
Lösung	Leiharbeit sollte nicht eingeschränkt oder abgeschafft werden, ohne einen Ersatz dafür gefunden zu haben (vgl. BZ-022).

Bürckholdt fordert ebenfalls die gleiche Entlohnung innerhalb der Arbeitnehmerschaft:

„Ist es nach dem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht an der Zeit, Einkommen und Sicherheit innerhalb der Arbeitnehmerschaft gerechter zu verteilen?" (BZ-011)

Daraus lässt sich ableiten, dass der BZ-Redakteur die Ungleiche Entlohnung innerhalb der Arbeitnehmerschaft problematisiert. Bürckholdt findet die Forderung der IG Metall nach einer Entgelterhöhung von 6,5% für Arbeitnehmer der Metall- und Elektrobranche nachvollziehbar:

„Geld ist selten alles und in der Tarifrunde des wichtigsten deutschen Industriezweigs diesmal sogar nur Nebensache. Mit einer sechs vor dem Komma geht die Gewerkschaft in die Verhandlungen für die Metall- und Elektrobranche. Das ficht die Arbeitgeber nicht an. Kaum ist die tiefste Rezession der Nachkriegszeit vorbei, verdienen sie prächtig. Die Betriebe sind jüngst derart wettbewerbsfähig geworden, dass nun selbst deutliche Reallohnsteigerungen daran nichts ändern würden. Deshalb können sich die Tarifpartner in der Geldfrage geräuschlos einigen, wenn sie das wollen." (BZ-011)

Aus der Sicht Bürckholdts haben sich die Betriebe nach der „tiefsten Rezession der Nachkriegszeit" (BZ-011) im Jahre 2010 und 2011 einen „fulminanten Aufschwung" (BZ-022) hingelegt. Auch eine „Krise der Eurozone" würde einem Reallohnplus nicht im Wege stehen (vgl. BZ-022).

„Viele deutsche Unternehmen haben prächtig verdient im fulminanten Aufschwung der Jahre 2010 und 2011. Nun fordern die Arbeitnehmer in Tarifrunden mit Recht ihren Anteil. Auch wenn derzeit die Krise der Eurozone die Konjunktur bremst, ist eine tiefe Rezession hierzulande nicht in Sicht. Deshalb stehen die Chancen so gut wie lange nicht, dass die Beschäftigten ein gutes Stück vom gewachsenen Wohlstand abbekommen. […] Tarifabschlüsse mit einer Drei oder Vier vorm Komma für zwölf Monate – vor Jahren wäre das Gift gewesen für viele Firmen, heute sind die meisten stark genug. Für die anderen gibt es Öffnungsklauseln. Wenn nicht jetzt die Zeit für ein Reallohnplus da ist, kommt sie nie. Bisher deutet nichts darauf hin, dass die Löhne derart stark steigen, als dass sie die Inflation anheizen könnten." (BZ-022)

Tabelle: EZ 1 –BZ-Akteure – Akteur-Frame 14: Ungleiche Bezahlung innerhalb der Arbeitnehmerschaft

Problemstellung	Ungleiche Bezahlung innerhalb der Arbeitnehmerschaft (vgl. BZ-011)
Bewertung und Begründung	Entgelterhöhung von 6,5-prozentige für Arbeitnehmer der Metall- und Elektrobranche ist möglich, weil Betriebe nach der „tiefsten Rezession der Nachkriegszeit“ (BZ-011) im Jahre 2010 und 2011 einen „fulminanten Aufschwung“ (BZ-022) hingelegt haben.
Lösungen	Bürckholdt fordert die gleiche Entlohnung innerhalb der Arbeitnehmerschaft (vgl. BZ-011).

Kapitel 1-1-7: Frames nach sonstigen Akteuren (Akteur-Frame 11): Anhand eines Lesers konnte ein Frame entwickelt werden.

Tabelle: Akteurgruppen, Akteure, Artikel in EZ 1

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
sonstige Akteure	Leser	BZ-016

Der Leser wirft die Problematik auf, dass Leiharbeit der Gewinnmaximierung von Betrieben diene: „Für gleiche Arbeit und Leistung eine unterschiedliche Bezahlung zu leisten, dient der Gewinnmaximierung“ (BZ-016). Außerdem wird auf einen Drehtüreffekt von Leiharbeit hingewiesen: „Häufig trennen sich Firmen von Arbeitnehmern, um sie als Leiharbeiter für die gleiche Arbeit wieder einzustellen“ (BZ-016). Auf diese Weise können die Löhne von Festangestellten in Löhne von Leiharbeitnehmer umgewandelt werden und Personalkosten gespart werden.

Tabelle: EZ 1 – Leser – Akteur-Frame 11: Leiharbeit dient Betrieben zur Gewinnmaximierung

Problemstellung	Leiharbeit dient Betrieben zur Gewinnmaximierung (vgl. BZ-016).
Bewertung und Begründung	- Leiharbeitnehmer und Festangestellte werden unterschiedliche bezahlt (vgl. BZ-016) - Betriebe wenden einen Drehtüreffekt an und kündigen festangestellte Arbeitnehmern, um sie als Leiharbeiter für die gleiche Arbeit wieder einzustellen (vgl. BZ-004).

Kapitel 1-2: Unterscheidung von EZ 1 nach Metaphern: In Erhebungszeitraum 1 konnten fünf Metaphern erhoben werden.

Kapitel 1-2-1: Metapher 1: „Die Jugend“: Die Berichterstattung zeichnet das Bild einer Jugend, die sich vor der Zukunft fürchtet (vgl. BZ-020), weil Leiharbeit das gesellschaftliche Versprechen breche, dass es der nächsten Generation besser gehen werden als der zuvor (vgl. BZ-009). Dieses Bild lässt sich dahingehend interpretieren, dass Leiharbeit, wenn sie weiterhin Anwendung findet, zur Verarmung der Gesellschaft führen kann.

Tabelle: Metapher 1 - EZ 1 – „Die Jugend“

Bild	Leiharbeit führt bei Jugendlichen zu Zukunftsangst (vgl. BZ-020), durch Leiharbeit wird das gesellschaftliche Versprechen gebrochen, dass es der nächsten Generation besser gehen werden als der zuvor (vgl. BZ-009).
Interpretation	Das Bild einer Jugend, die sich vor der Zukunft, aufgrund von Leiharbeit, fürchtet veranschaulicht, dass Leiharbeit zur Verarmung der Gesellschaft führen kann.

Kapitel 1-2-2: Metapher 2: „Prekäre Beschäftigung“: Leiharbeit wird mit prekärer Beschäftigung gleichgesetzt, weil sie den Solidaritätsgedanke zwischen Beschäftigten unterbindet und diese teilt (vgl. BZ-021). Anhand dieser Gleichsetzung wird, in den Augen des Verfassers, die Anwendung von Leiharbeit in Betrieben kritisiert.

Tabelle: Metapher 2 - EZ 1 – „Prekäre Beschäftigung“

Bild	Leiharbeit ist eine prekäre Beschäftigung, weil sie sich in Betrieben so auswirken, dass sie den Solidaritätsgedanke zwischen Beschäftigten unterbindet und sie teilt (vgl. BZ-021)
Interpretation	Mit der Gleichsetzung von Leiharbeit mit prekärer Beschäftigung wird die Situation innerhalb von Betrieben, die Leiharbeit anwenden, kritisiert.

Kapitel 1-2-3: Metapher 3: „Zwei Klassen“: Kritik an der Anwendung von Leiharbeit wird ebenfalls geäußert, wenn darauf hingewiesen wird, dass Leiharbeit zu einer Zweiklassengesellschaft innerhalb von Betrieben führt (vgl. BZ-021).

Tabelle: Metapher 3- EZ 1 – „ Zwei Klassen“

Bild	Leiharbeit teilt die Beschäftigten in zwei Klassen (vgl. BZ-021)
Interpretation	Mit dem Bild einer Zweiklassengesellschaft, wird die Situation innerhalb der Betriebe, die Leiharbeit anwenden, kritisiert.

Kapitel 1-2-4: Metapher 4: „Apartheid“: Die Gleichsetzung von Leiharbeit mit Apartheid lässt sich ebenfalls als Kritik gegenüber den Betrieben auffassen. Hier wird kritisiert, dass Leiharbeitnehmer nach kurzer Einsatzzeit ausgetauscht werden sollen (vgl. BZ-021).

Tabelle: Metapher 4 - EZ 1 – „Apartheid“

Bild	Leiharbeitnehmer sind in Betrieben separiert, weil sie regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt werden (vgl. BZ-021)
Interpretation	Mit der Gleichsetzung von Leiharbeit mit Apartheid wird darauf hingewiesen, dass Leiharbeitnehmer in Betrieben häufig nur kurzzeitig eingesetzt werden.

Kapitel 1-2-5: Metapher 5: „Prekäre Situation“: Leiharbeit wird mit einer prekären Situation gleichgesetzt, weil Leiharbeitnehmer so wenig verdienen, bzw. arm trotz Arbeit bleiben (vgl. BZ-002), sodass sie ihren Lohn durch Sozialleistungen aufstocken lassen müssen (vgl. BZ-021). Für den Verfasser lässt sich diese

Gleichsetzung so interpretieren, dass Leiharbeit nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts reicht.

Tabelle: Metapher 5 - EZ 1 – „Prekäre Situationen“

Bild	Leiharbeit führt zu prekären Situationen, denn Leiharbeitnehmer bleiben trotz Arbeit arm (vgl. BZ-002) und müssen durch Hartz IV ihren Lohn aufstocken (vgl. BZ-021)
Interpretation	Mit der Gleichsetzung von Leiharbeit mit einer prekären Situation wird darauf hingewiesen, dass Leiharbeit nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts reicht.

Kapitel 1-3: Unterscheidung von EZ 2 nach Akteur-Frames

In Erhebungszeitraum 2 konnten folgende Akteursgruppen unterschieden werden: gewerkschaftliche, politische, wirtschaftliche, statistische, Akteure, sowie Akteure der Arbeitgebervertretung. Anhand der Akteursgruppen werden Frames formuliert.

Kapitel 1-3-1: Frames nach gewerkschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 15-17):

Auf Basis folgender gewerkschaftlichen Akteuren konnten Frames gebildet werden:

- Auf Basis von 12 Akteuren der IG Metall
- Auf Basis von zwei Akteuren des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- Auf Basis von drei Betriebsratsmitgliedern
- Auf Basis des Akteurs IG B C E (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie)

Tabelle: Gewerkschaftliche Akteure in EZ 2

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
Gewerkschaftliche Akteure	Ahmet Karademir, (Erste Bevollmächtigte IG Metall)	BZ-049
	Hermann Spieß (Chef der IG Metall in Südbaden)	BZ-024, -025, -036a, -036, -037
	IG Metall	BZ-026, -029, -031, -033, -036, -037, -038, -039, -041, -042, -044, -045, -046, -047, -050, -051, -052
	Marco Sprengler (IG-Metall-Geschäftsführer für Freiburg)	BZ-031
	Berthold Huber (Erste Vorsitzender IG Metall)	BZ-026, -047
	Detlef Wetzel (IG-Metall-Chef Zweiter Vorsitzende)	BZ-047
	Thomas Kandelhardt (IG-Metall-Gewerkschaftssekretär)	BZ-050
	Jürgen Lussi (IG-Metall-Jugendsekretär)	BZ-050
	Thomas Wamsler (zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Lörrach)	BZ-036a, -041, -042, -053
	Regina Görner (IG Metall)	BZ-030

	Jörg Hofmann (IG-Metall-Bezirksleiter)	BZ-033, -052, -054, -058
	Thomas Bleile (IG-Metall-Bevollmächtigter)	BZ-038, -044, -045
	Jürgen Höfflin (DGB-Regionsvorsitzende Südbaden)	BZ-027, -028
	Nikolaus Landgraf (Landesvorsitzender des DGB Baden-Württemberg)	BZ-051
	Uwe Hück (Betriebsratschef bei Porsche)	BZ-026
	Siegrun Dietze (Betriebsratchefin vom S&G-Autohaus)	BZ-038
	Helmut Bär (Betriebsratmitglied)	BZ-043
	IG B C E (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie)	BZ-043

Die gewerkschaftlichen Akteure sehen es als Problem, wenn Auszubildende in Betrieben nicht unbefristet übernommen werden (vgl. BZ-050). Die befristete Einstellung von jungen Menschen nach einem dualen Studium soll zu existenziellen Unsicherheiten führen (vgl. BZ-036a). Mit der Aussicht auf Festanstellungen sollen junge Menschen in Betrieben erpresst worden sein (vgl. BZ-036a). Die existenziellen Unsicherheiten entstehen aus befristeter Anstellung, Werkverträgen und niedriger Bezahlung (vgl. BZ-030). Als Lösung wird eine unbefristete Übernahme von Lehrlingen in Betrieben gesehen (vgl. BZ-047). Für die Tarifverhandlung in der Elektro- und Metallindustrie hat sich die IG Metall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende gesetzt (vgl. u.a. BZ-024, -026, -029).

Tabelle: EZ 2 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 15: Keine unbefristete Anstellung für junge Menschen

Problemstellung	Ausgebildete, ausgelernte Lehrlinge und Dual-Studierende bekommen in Betrieben keine unbefristete Festanstellung (vgl. BZ-050).
Bewertung und Begründung	- Mit der Aussicht auf eine Festanstellung werden junge Menschen in Betrieben erpresst (vgl. BZ-036a). - Befristete Anstellungen sorgen bei jungen Menschen für existentielle Unsicherheiten (vgl. BZ-030).
Ziele	Für die Tarifverhandlung in der Elektro- und Metallindustrie fordert die IG Metall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (vgl. BZ-024, -026, -029, -031, -033, -036, -037, -038, -039, -041, -042, -047, -050, -052 , -054).
Lösungen	Unbefristete Übernahme von Lehrlingen in Betrieben (vgl. BZ-047)

Die gewerkschaftlichen Akteure benennen den Niedriglohnsektor als weiteres Problem. Als Ursache für die Ausbreitung wird u.a. Leiharbeit gesehen, denn Leiharbeitnehmer werden „zu erheblich schlechteren finanziellen Konditionen, auf

Basis des niedrigsten Tariflohnabschlusses 7,89 Euro/Stunde bezahlt“ (BZ-043). Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen sollen hohe Kosten bei den Gemeinden verursachen und auf staatliche Unterstützung angewiesen sein (vgl. BZ-027). Beschäftigungsverhältnisse mit einer niedrigen Entlohnung werden als prekäre Beschäftigung bezeichnet (vgl. BZ-028). Ziel der Gewerkschaft IG Metall ist es in den Tarifverhandlungen eine Entgelterhöhung von 6,5% für die Metall- und Elektroindustrie durchzusetzen (vgl. u.a. BZ-024, -025, -026). Die Ausbreitung des Niedriglohsektors soll durch Equal Pay, gleicher Lohn für gleiche Arbeit (vgl. BZ-027, -043) eingedämmt werden. Ebenfalls wird erwartet, dass Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie von sich aus die Löhne von Arbeitnehmern um 6,5% anheben (vgl. BZ-036, -036a, -050). Dabei wird Argumentiert, dass Arbeitnehmer in den Jahren zuvor geringe Lohnzuwächse verzeichnen konnten und Betriebe Gewinne verzeichnet hätten:

„In ihrer von viel Zwischenapplaus begleiteten Kampfansprache ging Görner auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ein, von der Deutschland sich einigermaßen erholt habe. Entlassungen seien vermieden worden, Fachkräfte gingen nicht verloren: Daraus habe sich ein enormer Wettbewerbsvorsprung ergeben. Es werde wieder gutes Geld verdient: ‚Die Arbeitnehmer dürfen jetzt nicht leer ausgehen.'" (BZ-030)

Und...

„ ‚Das letzte Jahr war ein Super-Jahr, wir wollen ein Stück vom Kuchen haben', so S&G-Betriebsratschefin Sigrun Dietze.“ (BZ-038)

Und...

„ ‚Der Automobilindustrie und ihren Zulieferern geht es gut', sagte Thomas Wamsler, Geschäftsführer der IG Metall Lörrach. ‚In der Krise brachten alle Opfer, nun sollen die Arbeitnehmer am Erfolg beteiligt werden.'“ (BZ-041)

Als ein weiterer Lösungsansatz wird ein gesetzlicher Mindestlohn verlangt (vgl. BZ-030), dabei werden Politiker aufgefordert „in Sachen Mindestlohn“ etwas zu tun (vgl. BZ-051).

Tabelle: EZ 2 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 16: Ausbreitung des Niedriglohnsektors

Problemstellung	Ausbreitung des Niedriglohnsektors
Bewertung und Begründung	- Eine Ursache für die Ausbreitung des Niedriglohnsektors ist der Tariflohnabschlusses (7,89 Euro/Stunde) für Leiharbeitnehmer (vgl. BZ-043). - Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen verursachen hohe Kosten für Gemeinden und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen (vgl. BZ-027). - Beschäftigungsverhältnisse mit einer niedrigen Entlohnung werden als prekäre Beschäftigung gesehen (vgl. BZ-028).
Ziele	Entgelterhöhung von 6,5 Prozent als Forderung in den Tarifverhandlungen (vgl. BZ-024, -025, -026, -029, -031, -033, -036, -037, -038, -039, -042, -047, -050, -052)
Lösungen	Equal Pay (BZ-027, -043) Bildung (BZ-027) Mindestlöhne (BZ-030, 051) Betriebe sollen Löhne von Arbeitnehmern in der Metall- und Elektroindustrie anheben (vgl. BZ-030, -036a, -036, -043, -038, -041, -050)

Ein weiteres Problem, in den Augen gewerkschaftlicher Akteure, ist, dass Arbeitgeber durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau in Betrieben etablieren (vgl. BZ-036a). Es wird befürchtet, „dass Leiharbeit der beherrschende Arbeitstypus in der gesamten Industrie“ (BZ-047) wird. Als Lösung fordert die IG Metall, bei den Tarifverhandlungen mit Südwest Metall, mehr Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit (vgl. u.a. BZ-026, BZ-029, BZ-031) in Form von besserer Regelung von Leiharbeit (vgl. BZ-037) und weniger Leiharbeit (vgl. BZ-036)

Tabelle: EZ 2 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 17: Arbeitgeber etablieren ein zweites Lohnniveau durch Leiharbeit

Problemstellung	Arbeitgeber etablieren ein zweites Lohnniveau durch Leiharbeit (vgl. BZ-036a).
Bewertung und Begründung	Leiharbeit soll nicht der beherrschende Arbeitstypus in der Metall und Elektroindustrie werden (vgl. BZ-047).
Ziele	IG Metall fordert bei der Tarifverhandlung mit Südwest Metall mehr Mitbestimmung der Betriebsräte (vgl. BZ-026, -029, -031, -033, -039, -041, -042, -047, -050, -052)
Lösungen	- Mehr Mitbestimmung der Betriebsräte in Form von besserer Regelung (vgl. BZ-037) und Verringerung von Leiharbeit (vgl. BZ-036).

Kapitel 1-3-2: Frames nach politischen Akteuren (Akteur-Frame 18-20): Auf Basis folgender politischer Akteure konnten Frames gebildet werden:

- Auf Basis von einer Akteurin der „SPD“
- Auf Basis eines Bürgermeisters
- Auf Basis von einer Akteurin der „CDU“
- Auf Basis der Akteure „Die Linke“ und „Die Grünen“

Tabelle: politische Akteure in EZ 2

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
politische Akteure	Ursula Querfurth (SPD, Bürgermeisterstellvertreterin Waldkirch)	BZ-027
	Rolf Karrers (Bürgermeister von Rheinfelden)	BZ-035
	Ursula von der Leyen Arbeitsministerin (CDU)	BZ-032
	Die Linke	BZ-040
	Die Grünen	BZ-048

Die politischen Akteure sind der Meinung, dass Leiharbeit von Betrieben als betriebswirtschaftliches Instrument genutzt wird:

„Die Firmen betrachten Leiharbeit als nützliches betriebswirtschaftliches Instrument; viele der betroffenen Arbeitnehmer sehen sich oft als Beschäftigte zweiter Wahl, schlecht bezahlt und ohne Aussicht auf einen festen Job." (BZ-048)

Tabelle: EZ 2 – politische Akteure – Akteur-Frame 18: Leiharbeit wird als betriebswirtschaftliches Instrument genutzt

Problemstellung	Leiharbeit wird von Firmen als betriebswirtschaftliches Instrument genutzt (vgl. BZ-048)
Bewertung und Begründung	Viele Leiharbeitnehmer fühlen sich deswegen als „Beschäftigte zweiter Wahl": „ schlecht bezahlt und ohne Aussicht auf einen festen Job." (BZ-048)

Diese Vorgangsweise findet, für die politischen Akteure, in prekären Arbeitsverhältnissen ihren Ausdruck. Prekären Arbeitsverhältnissen sind gekennzeichnet durch Billiglöhne, unterbezahlte Leiharbeit und schlechtere Löhne für Frauen. Außerdem sollen viele dieser Arbeitsverhältnisse nicht sozialversicherungspflichtig und damit „den Weg in die Altersarmut" ebnen (vgl. BZ-040).

Als Lösung wird die „Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns" beschrieben (vgl. BZ-027). Die Lösung bezieht sich auf prekäre Beschäftigung, während für das eigentliche Problem die Nutzung von Leiharbeit betriebswirtschaftliches Instrument keine Lösungsvorschläge gemacht werden.

Zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns werden keine konkreten Ziele formuliert, vielmehr scheint die Verantwortung auf die Gewerkschaft übertragen zu werden:

„Doch auch Bürgermeister Rolf Karrers Grußworte stießen auf viel Zustimmung: Baden-Württemberg, so meinte er, sei zwar auf vielen Gebieten Spitze, doch erst jetzt werde ein Tariftreuegesetz entwickelt, wo schon zehn Bundesländer Jahre voraus seien. Mit Blick auf die Mindestlohndiskussion und das Thema Leiharbeiter zeige sich, dass Gewerkschaften immer wichtiger werden." (BZ-035)

Tabelle: EZ 2 – politische Akteure – Akteur-Frame 19: Leiharbeit ist ein prekäres Arbeitsverhältnis

Problemstellung	Leiharbeit ist ein prekäres Arbeitsverhältnis (vgl. BZ-040)
Bewertung und Begründung	- Prekäre Arbeitsverhältnisse sind definiert durch Billiglöhnen, unterbezahlte Leiharbeit und schlechtere Löhne für Frauen (vgl. BZ-040) - Prekäre Arbeitsverhältnisse sind nicht sozialversicherungspflichtig und führen daher zu Altersarmut (vgl. BZ-040).
Lösung	Prekäre Beschäftigung soll durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns bekämpft werden (vgl. BZ-027)

Als ein weiteres Problem wird der Anstieg von Fehltagen durch psychische Störungen thematisiert. Ursache dafür sind Beschleunigung der Arbeitsprozesse, steigende Anforderungen, höhere Eigenverantwortung, berufliche Unsicherheit, häufiger Berufs- und Ortswechsel, wachsende Konkurrenz am Arbeitsplatz, sowie Leiharbeit verantwortlich gemacht:

„Viele Leiharbeiter arbeiteten unter Bedingungen, die die Gesundheit negativ beeinflussen können. Sie seien etwa schlechter qualifiziert, mit ihrem Job unzufriedener und hätten ein höheres Risiko, den Job zu verlieren." (BZ-032)

Als Lösung wird eine gemeinsame „Arbeitsschutzstrategie mit Arbeitgebern und Gewerkschaften angegangen" (BZ-032). Als Ziel ist eine Schutzmaßnahme in Form einer Anti-Stress-Verordnung angedacht.

Tabelle: EZ 2 – politische Akteure – Akteur-Frame 20: Anstieg von Fehltagen durch psychische Störungen

Problemstellung	Anstieg von Fehltagen durch psychische Störungen (vgl. BZ-032)
Bewertung und Begründung	Ursache psychischer Störungen ist u.a. Leiharbeit. Sie beeinflusst die Gesundheit negativ, führt zu Unzufriedenheit im Beruf und das Risiko die Arbeit zu verlieren ist höher (vgl. BZ-032)
Ziele	Schutzmaßnahme in Form einer Anti-Stress-Veordnung (vgl. BZ-032)
Lösungen	Gemeinsame „Arbeitsschutzstrategie mit Arbeitgebern und Gewerkschaften angegangen" (BZ-032)

Kapitel 1-3-3: Frames nach statistischen Akteuren (Akteur-Frame 21): Auf Basis des statistischen Akteurs Internationale Arbeitsorganisation (ILO) konnte ein Frame gebildet werden.

Tabelle: statistische Akteure in EZ 2

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
statistische Akteure	Internationale Arbeitsorganisation (ILO)	BZ-026

Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist seit die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit seit 2010 gestiegen (vgl. BZ-026).

Tabelle: EZ 2- statistische Akteure – Akteur-Frame 21: Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen

Problemstellung	Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen (vgl. BZ-026)

Kapitel 1-3-4: Frames nach Akteuren der Arbeitgebervertretung (Akteur-Frame 22-23): Auf Basis folgender gewerkschaftlichen Akteuren konnten Frames gebildet werden:

- Auf Basis von zwei Akteuren des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall
- Auf Basis eines Akteures des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

Tabelle: Akteure der Arbeitgebervertretung in EZ 2

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
Akteure der Arbeitgebervertretung	Stephan Wilcken (Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Freiburg und der Ortenau)	BZ-025, -031
	Rainer Dulger (Südwestmetall-Chef)	BZ-054
	Martin Kannegieser (Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und Unternehmer)	BZ-031

In den Augen der Arbeitgebervertretung richten Warnstreiks einen erheblichen wirtschaftlichen schaden an (vgl. BZ-031). In diesem Erhebungszeitraum sind Akteure der Arbeitgebervertretung gerade in zwei Artikeln (BZ-025, -031) durch einen Akteur vertreten (Stephan Wilcken, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall Freiburg). Das könnte erkläre weshalb es zu keiner Bewertung/ Begründung, Lösung und Ziel für die Problemstellung kommt. Als Ziel lässt sich interpretieren, das Südwestmetall ein großes Interesse hat, dass die IG Metall die Warnstreiks beendet.

Tabelle: EZ 2 – Akteure der Arbeitgebervertretung - Akteur Frame 22: Warnstreiks richten wirtschaftlichen Schaden an

Problemstellung	„Warnstreiks richten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden an.“ (BZ-031)
Ziel	IG Metall soll Warnstreiks beenden

Nach Ansicht der Arbeitgebervertretung würden die Forderungen der IG Metall (die Übernahme aller Ausgebildeten, Lehrlinge usw., sowie einen Entgelterhöhung von 6,5%) die Flexibilität der Betriebe einschränken (vgl. BZ-025). Als Lösung bietet Südwestmetall eine Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent mit einer Laufzeit von 12 Monaten an (vgl. BZ-024, -027). Das Ziel der Südwestmetall bei den Tarifverhandlungen lässt sich folgendermaßen interpretieren: Keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben und so wenig wie möglich von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent abrücken.

Tabelle: EZ 2 – Akteure der Arbeitgebervertretung – Akteur-Frame 23: IG-Metall Forderungen schränken die Flexibilität von Betrieben ein

Problemstellung	Die Forderungen von IG Metall schränken die Flexibilität von Betrieben ein.
Bewertung und Begründung	Die Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben würde die Flexibilität von Betrieben einschränken (vgl. BZ-025) Das Anheben der Löhne um 6,5 Prozent würde die Flexibilität von Betrieben einschränken (vgl. BZ-025)
Ziel	Keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben So wenig wie möglich von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3% abrücken
Lösungen	Südwestmetall bietet eine Entgelterhöhung von 2,6 bis 3Prozent mit einer Laufzeit von 12 Monaten (vgl. BZ-024, BZ-027).

Kapitel 1-3-5: Frames nach wirtschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 24): Auf Basis des wirtschaftlichen Akteurs Fabian Wildfang konnten Frames gebildet werden.

Tabelle: wirtschaftliche Akteure in EZ 2

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
wirtschaftliche Akteure	Fabian Wildfang (Geschäftsführer der Firma Neoperl)	BZ-053

In Erhebungszeitrum 2 kommt ein einziger wirtschaftlicher Akteur zu Wort: Fabian Wildfang der Firma Neoperl (Produktentwicklung für die Sanitärarmaturenindustrie) (vgl. BZ-053). In der Berichterstattung wird problematisiert, dass Neoperl zu viele Leiharbeitnehmer anstellt. Der wirtschaftliche Akteur führt es auf eine „ungewöhnlich boomenden Auftragslage“ zurück (vgl. BZ-053). Wildfang räumt ein, dass ohne Leiharbeitnehmer die Marktführerposition nicht zu halten sei:

„Um die Position als Marktführer in einer Marktnische zu halten [...] habe die Firma gar keine andere Möglichkeit, als die Kundenaufträge anzunehmen und zu erfüllen. Nur mit der Stammbelegschaft sei das nicht möglich.“ (BZ-053)

Der gewerkschaftliche Akteur erläutert, dass Leiharbeit der betrieblichen Flexibilität nutze. Das Ziel dieses Betriebes kann folglich dahingehend interpretiert werden, dass Leiharbeit weiterhin zur betrieblichen Flexibilität genutzt werden soll. Für Wildfang sei Leiharbeit in seinem Betrieb nicht problematisch, weil Leiharbeitnehmer, gemäß einer Betriebsvereinbarung, das gleiche Geld wie die Stammbelegschaft nach sechs Beschäftigungsmonaten bekommen sollen. Außerdem sollen noch andere Vergünstigungen angeboten werden (vgl. BZ-053).

Tabelle: EZ 2- wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 24: Ein Betrieb beschäftigt zu viele Leiharbeitnehmer

Problemstellung	Ein Betrieb beschäftigt zu viele Leiharbeitnehmer (vgl. BZ-053)
Bewertung und Begründung	- Hohe Anzahl an Leiharbeitnehmern wird mit einer hohen Auftragslage begründet (vgl. BZ-053) - Ohne Leiharbeit ist die Marktführerposition des Betriebes nicht zu halten (vgl. BZ-053)
Ziel	Leiharbeit soll weiterhin der betrieblichen Flexibilität dienen.
Lösungen	Eine Betriebsvereinbarung, die Leiharbeitnehmern das gleiche Entgelt wie Stammbeschäftigten nach sechs Beschäftigungsmonaten garantiert und weitere Vergünstigungen (vgl. BZ-053)

Kapitel 1-4: Unterscheidung von EZ 2 nach Metaphern

Der Tarifkonflikt zwischen IG Metall und Südwestmetall ist ein Ereignis, auf den die Berichterstattung innerhalb von Erhebungszeitraum 2 immer wieder Bezug nimmt. Das drückt sich durch folgende Metaphern aus:

- „Resonanz auf Warnstreiks“
- „Rivalität zwischen den Tarifpartnern IG Metall und Südwestmetall“
- „Androhung eines großen Streiks von Seiten der IG Metall“
- „Sympathie für die IG Metall“
- „Pejorative Konnotationen von Leiharbeit: Ausbeutung pur“
- „ ‚Die Jugend’ zur Kritik an Werkverträge“
- „ ‚Die Jugend’ als Grund für den Arbeitskampf“
- „Leiharbeit als Missbrauch der Jugend“

Kapitel 1-4-1: Metapher 6: „Resonanz auf Warnstreiks“: Eine Metapher ist „Resonanz auf Warnstreiks“ der IG Metall. Es wird regelmäßig über die Anzahl der Streikteilnehmer in Betrieben berichtet und teilweise werden die Forderungen der IG Metall formuliert:

„Die allgemeine Warnstreikwelle erreichte Waldkirch: Mit einem einstündigen Warnstreik solidarisierten sich gestern Mittag knapp 300 Beschäftigte (darunter auch einige von Sick Reute) der Sick AG mit den Forderungen der Gewerkschaft IG Metall. Diese will 6,5 Prozent mehr Lohn, mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit und die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und dual Studierenden.“ (BZ-046)

Und...

„Rund 23 600 Metaller nahmen an Warnstreiks im Südwesten teil, wobei der Schwerpunkt in Friedrichshafen lag mit 10 000 Teilnehmern.“ (BZ-052)

Und...

„Ahmet Karademir, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Offenburg, blickte auf die bisherigen Warnstreiks zurück: ‚Seit Ende der Friedenspflicht haben sich bundesweit rund 600 000 Beschäftigte an den Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie beteiligt.’“ (BZ-049)

Und...

„Ob in Freiburg, Waldkirch oder Teningen, immer seien viele Arbeitnehmer der Aufforderung zum Warnstreik seit Beginn des Tarifkonflikts am 30. April gefolgt.“ (BZ-050)

In 19 unterschiedlichen Artikeln wird von einer hohen Resonanz auf die Warnstreiks berichtet und streckenweise Forderungen der IG-Metall formuliert. Nach Ansicht des Verfassers wird mit dem Bild eine hohen Resonanz von Warnstreiks vermittelt, dass Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie hinter den Forderungen der IG Metall stehen. Durch die hohe Resonanz wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet.

Tabelle: Metapher 6 - EZ 2– „Resonanz auf Warnstreiks“

Bild	In der Berichterstattung über Leiharbeit wird in 19 unterschiedlichen Artikeln über eine hohe Anzahl von Streikteilnehmer berichtet und teilweise die Forderungen der IG-Metall formuliert (vgl. BZ-024, -025, -026, -031, -033, -036, -036a, -037, -039, -041 -042, -044, -045, -046, -047, -049, -050, -051, -052).
Interpretation	Die hohe Resonanz von Warnstreiks vermittelt, dass Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie hinter den Forderungen der IG Metall stehen. Durch die hohe Resonanz wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet.

Kapitel 1-4-2: Metapher 7: „Rivalität zwischen den Tarifpartnern IG Metall und Südwestmetall“: In der Berichterstattung in Erhebungszeitraum 2 ist von einer wiederkehrenden Rivalität zwischen den Tarifverhandlungspartnern IG Metall und Südwestmetall zu lesen. Anlass für die Rivalität ist die unterschiedliche Vorstellung von Entgelterhöhung für Arbeitnehmer. Während IG Metall eine Erhöhung von 6,5% mit einer Laufzeit von 12 Monaten fordert, bietet Südwestmetall 2,6% bis 3 % mit einer Laufzeit von 14 Monaten an (vgl. BZ-024, BZ-027). Dieses Angebot wird von den gewerkschaftlichen Akteuren als „unvernünftig“(vgl. BZ-024, BZ-025) abgetan und als „Provokation“ empfunden: „Wir fordern ein Angebot, das die Beschäftigten und ihre Leistung ernst nimmt“ (BZ-026). In der Berichterstattung wird diese Differenz zum Anlass genommen von einer unversöhnlichen Rivalität zwischen beiden Parteien zu berichten:

„Die Gewerkschaft rief für Mittwoch zu Warnstreiks in rund drei Dutzend baden-württembergischen Betrieben auf. ‚Das Angebot der Arbeitgeber vom 19. April hat die Gräben vertieft, nicht geglättet’, sagte IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann der Nachrichtenagentur dpa am Vormittag.“ (BZ-033)

Neben „vertieften Gräben“ wird die IG Metall mit einer „kampfeslustigen Stimme“ (BZ-046) versehen und ihre Warnstreiks als „härtere Gangart bei den Tarifverhandlungen“ bewertet (BZ-033). Es wird im Bezug auf die IG Metall auch von Kampfkraft und Muskeln geschrieben:

„Die IG Metall zeigt erstmal ihre Muskeln.“ (BZ-026)

Und...

„Die IG Metall im Südwesten erhöht die Schlagzahl im Kampf um mehr Gehalt und mehr Macht bei Leiharbeit.“ (BZ-029)

Und...

„Metall und Elektro: Die größte deutsche Industriebranche mit rund 3,3 Millionen Beschäftigten ist für ihre Kampfkraft bekannt.“ (BZ-033)

Im Laufe der Berichterstattung flaut diese Rivalität ab und es wird über Kompromisse berichtet:

„Die Arbeitgeber haben bislang 3,0 Prozent mehr Geld bei einer längeren Laufzeit angeboten und die übrigen Forderungen abgelehnt. Im Südwesten haben die Tarifparteien in dieser Woche eine Expertenkommission eingesetzt, die bis zum kommenden Dienstag Kompromisse erarbeiten soll.“ (BZ-047)

Anhand der unterschiedlichen Auffassung über die Entgelterhöhung wird, durch die Berichterstattung, ein Bild von rivalisierenden Tarifpartnern gezeichnet. Es wird von vertiefte Gräben zwischen IG Metall und Südwestmetall berichtet (vgl. BZ-033) Die Gewerkschaft wird mit einer kampfeslustigen Stimme (vgl. BZ-046) und einer härteren Gangart bei den Tarifverhandlungen versehen (vgl. BZ-033), sowie als kampfbereit beschrieben (vgl. BZ-029). Außerdem wird der Gewerkschaft suggeriert, dass sie Muskeln zeige (vgl. BZ-026) und über Kampfkraft verfüge (vgl. BZ-033). Für den Verfasser lässt sich dieses Bild so interpretieren, dass eine starke Gewerkschaft mindestens auf Augenhöhe einem Arbeitgeberverband in den Tarifverhandlungen entgegen tritt.

Tabelle: Metapher 7 – EZ 2 - „Rivalität zwischen den Tarifpartnern IG Metall und Südwestmetall“

Bild	Die unterschiedliche Auffassung über die Entgelterhöhung bei IG Metall und Südwestmetall wird zum Anlass genommen über vertiefte Gräben (vgl. BZ-033) zu berichten. Die IG Metall wird mit einer kampfeslustigen Stimme (vgl. BZ-046) und einer härteren Gangart bei den Tarifverhandlungen versehen (vgl. BZ-033), sowie als zum Kampf bereit beschrieben(vgl. BZ-029). Außerdem wird der Gewerkschaft suggeriert, dass sie Muskeln zeigt (vgl. BZ-026) und über eine Kampfkraft verfügt (vgl. BZ-033).
Interpretation	Diese Begriffe und Begriffsgruppen werden dazu verwendet um das Bild einer starken Gewerkschaft zu vermitteln, die auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeberverband Südwestmetall ist.

Kapitel 1-4-3: Metapher 8: „Androhung eines großen Streiks durch die IG Metall“: Eine weitere Metapher ist die „Androhung eines großen Streiks von Seiten der IG Metall“ falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden:

„Wenn es am kommenden Dienstag (15.5.) im Tarifgebiet Baden-Württemberg nicht gelinge, für die Themen unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und Mitbestimmung bei der Leiharbeit einen Lösungsweg zu finden, könne es umgehend eine Urabstimmung zum Streik geben, sagte der Gewerkschaftschef in Frankfurt der Nachrichtenagentur dpa.“ (BZ-047)

Und...

„Wenn kein Durchbruch absehbar sei, werde heute die Große Tarifkommission der IG Metall voraussichtlich über einen Arbeitskampf abstimmen, erläuterte Hofmann.“ (BZ-052)

Und...

„IG-Metall droht mit frühem Streik“(BZ-047)

In der Berichterstattung wird hervorgehoben, dass Baden-Württemberg ein Pilotbezirk sei und damit Entscheidungen beider Tarifpartner bundesweit übernommen werden sollen (vgl. BZ-056). Es wird das Bedrohungspotenzial eines bundesweiten Streiks gezeichnet und über die Zuspitzung eines Konflikts geschrieben (vgl. BZ-031, -047):

„Die Tarifvertragsparteien haben im traditionellen Pilottarifbezirk die letzte Chance, Lösungen am Verhandlungstisch zu finden und so einen Streik in der Metall- und Elektroindustrie mit ihren 3,6 Millionen Beschäftigten abzuwenden.“ (BZ-052)

Wie in der Erzählstruktur Resonanz führt auch dieser Konflikt zu Kompromissbereitschaft beider Parteien:

„Im Metall-Tarifkonflikt wollen Arbeitgeber und Gewerkschaft heute, Freitag, um eine Lösung ringen und so den ersten großen Streik in Deutschlands Schlüsselindustrie seit zehn Jahren in letzter Minute abwenden. Die Zeit wird langsam knapp: Sollte es bei den Verhandlungen im möglichen Pilotbezirk Baden-Württemberg zu keiner Einigung kommen, will die IG Metall das Scheitern der Gespräche erklären.“ (BZ-054)

Und...

„Wamsler gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die gute Beteiligung an den Warnstreiks die Arbeitgeber zur Vernunft bringe, damit ein Arbeitskampf abgewendet werden kann.“ (BZ-041)

In der Berichterstattung wird das Bild eines Tarifkonflikts gezeichnet, das mit einem bundesweiten Streik von 3,6 Millionen Menschen enden kann. Nach der Meinung des Verfassers wir durch dieses Bild der potentielle finanzielle Schaden hervorgehoben, den die Gewerkschaft bei den Arbeitgebern anrichten kann.

Tabelle: Metapher 8 - EZ 2 - „Androhung eines großen Streiks von Seiten der IG Metall“

Bild	Es wird über ein sich zuspitzender Konflikt zwischen IG Metall und Südwestmetall berichtet (vgl. BZ-031, BZ-047), der mit einem bundesweiten Streik von 3,6 Millionen Beschäftigten enden kann (vgl. BZ-052).
Interpretation	In der Berichterstattung wird durch dieses Bild der potentielle finanzielle Schaden hervorgehoben, den die Gewerkschaft bei den Arbeitgebern anrichten kann.

Kapitel 1-4-4: Metapher 9: „Sympathie für die IG Metall“: In diesem Erhebungszeitraum scheint die Berichterstattung Wert darauf zu legen für die Absichten und Methoden der IG Metall Verständnis zu erwecken:

„Das Ende des Arbeitskampfes ist noch nicht abzusehen, die Gewerkschaft und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall rechnen mit einer Zuspitzung. Die Fahne auf dem Autodach flattert im Wind. ‚Freie Fahrt für 6,5 Prozent’ steht darauf.’“ (BZ-031)

Und...

„Wenn es stimmt, was Hermann Spieß und Hella-Betriebsratsvorsitzender Christoph Rudiger sagen, dann steht während der Kundgebung die Produktion still. Für die IG Metall ein Punktsieg. ‚Die Arbeitgeber haben uns das nicht zugetraut’, freut sich Hermann Spieß.’“ (BZ-097)

In diesen Teilen der Berichterstattung scheint sich die Berichterstattung mit den Zielen der IG Metall zu identifizieren. Der Forderung von 6,5% mehr Entlohnung wird „freie Fahrt“ gegeben (vgl. BZ-031). Die IG Metall selbst wird als „Underdog“ zitiert, bzw. als die Unterlegene gegenüber Südwestmetall zitiert, der man nicht so viel Erfolg zugetraut hätte (vgl. BZ-097). Die Berichterstattung pflichtet auch der Gewerkschaft argumentativ bei:

„Für IG Metaller Hermann Spieß ist klar: ‚Wir wollen in dieser Tarifauseinandersetzung einen kräftigen Schluck aus der Pulle.’ Wer den Argumenten eine Weile zuhört und sich an der guten Stimmung der Gruppe erfreut, kommt schnell zum Schluss, dass die Gewerkschaftsforderungen nicht ungerechtfertigt sind.“ (BZ-036)

In diesem Teil der Berichterstattung sympathisiert die Berichterstattung auch mit der Methode der Warnstreiks und scheint indirekt dazu aufzurufen:

„Aus den Lautsprechern auf der Ladefläche des Unimogs dröhnt lautstark Punkrock. Die Band Die Ärzte singt: ‚Nein – geh’ mal wieder auf die Straße, geh’ mal wieder demonstrieren. Denn wer nicht mehr versucht zu kämpfen, kann nur verlieren!’“ (BZ-031)

Die Berichterstattung zeichnet das Bild einer sympathischen Gewerkschaft mit der, die als Underdog beschrieben wird (vgl. BZ-097). Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit ihren Zielen (vgl. BZ-031, BZ-036) und ihrer Argumentationslinie wird beigepflichtet (vgl. BZ-036), sowie indirekt zum Warnstreik aufgerufen (vgl. BZ-016). Für den Verfasser macht dieses Bild die Ziele und Methoden der IG Metall nachvollziehbar.

Tabelle: Metapher 9 – EZ 2 - „Sympathie für die IG Metall“

Bild	Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen (vgl. BZ-031, BZ-036) und Methoden der IG Metall: IG Metall wird als Underdog beschrieben (vgl. BZ-097), der gewerkschaftlichen Argumentation wird beigepflichtet (vgl. BZ-036) und es wird indirekt zum Warnstreik aufgerufen (vgl. BZ-016).
Interpretation	Für den Verfasser macht dieses Bild die Ziele und Methoden der IG Metall nachvollziehbar.

Kapitel 1-4-5: Metapher 10 - 11: „Pejorative Konnotationen von Leiharbeit“: In diesem Erhebungszeitraum tauchen auch Metaphern immer wieder auf, die, in den Augen des Verfassers, zu einer pejorativen Konnotation von Leiharbeit führen. Leiharbeit wird von den Gewerkschaftsakteuren als „Ausbeutung pur“ (BZ-038, BZ-043, BZ-045) bezeichnet und argumentiert, dass sie gegen „Gerechtigkeitsformen“ verstoße (vgl. BZ-043). Im Zusammenhang von Leiharbeit wird auch von einer „Zwei-Klassengesellschaft“ berichtet, weil Leiharbeit Betriebe in zwei Klassen spalten soll (vgl. BZ-044, BZ-049).

Tabelle: Metapher 10 – EZ 2 - „Ausbeutung pur als pejorative Konnotationen von Leiharbeit: Ausbeutung pur“

Bild	Leiharbeit ist „Ausbeutung pur“ (BZ-038, BZ-043, BZ-045) und sie verstößt gegen Gerechtigkeitsformen (vgl. BZ-043)
Interpretation	pejorative Konnotation von Leiharbeit

Tabelle: Metapher 11 – EZ 2 - „Zwei-Klassengesellschaft als pejorative Konnotationen von Leiharbeit: Zwei-Klassengesellschaft“

Bild	Durch Leiharbeit wird in Betrieben eine „Zwei-Klassengesellschaft“ etabliert (vgl. BZ-044, BZ-049).
Interpretation	pejorative Konnotation von Leiharbeit

Kapitel 1-4-6: Metapher 12 - 14: „Die Jugend“: „Die Jugend“ ist auch eine Metapher, die in der Berichterstattung unterschiedlich mit Bedeutung belegt wird. Es wird von einer verbitterten und wütenden Jugend geschrieben: „Befristete Anstellungen, Werkverträge und miese Bezahlung sorgten vor allem bei jungen Leuten für Wut und Verbitterung“ (vgl. BZ-030). Der Verfasser ist der Meinung, dass dieses Bild genutzt, um Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge zu kritisieren.

Tabelle: Metapher 12 – EZ 2 - „Die Jugend zur Kritik an Werkverträge“

Bild	Befristete Anstellungen, Werkverträge und schlechte Bezahlung sorgen bei jungen Leuten für Wut und Verbitterung (vgl. BZ-030).
Interpretation	Anhand dieses Bildes werden Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge zu kritisiert.

„Die Jugend“ wird auch als Grund für den Arbeitskampf aufgezählt:

„‚Ich glaube, wir werden einen der härtesten Arbeitskämpfe bekommen, den wir je hatten"', sagte Hück [Betriebsratschef bei Porsche, Anmerkung E.D.]. "Ich bin davon nicht begeistert, aber wir dürfen die Jugend nicht im Stich lassen." (BZ-026)

Mit dem Bild der Jugend als Grund für den Arbeitskampf wird in den Augen des Verfassers eine Gewerkschaft beschrieben, die sich der Belange junger Arbeitnehmer annimmt.

Tabelle: Metapher 13 – EZ 2 - „Die Jugend als Grund für den Arbeitskampf“

Bild	Die Jugend als Grund für den Arbeitskampf (vgl. BZ-026).
Interpretation	Mit diesem Bild wird eine Gewerkschaft beschrieben, die sich der Belange junger Arbeitnehmer annimmt

Leiharbeit wird auch als Missbrach der Jugend beschrieben:

„‚Leiharbeit ist Missbrauch, die Jugend braucht eine Perspektive, und auch wir wollen von den von uns erwirtschafteten Rekordumsätzen profitieren', rief Sprengler auf der Kundgebung in Freiburg ins Mikrophon. "Ein Warnstreik ist ein Kindergeburtstag verglichen mit dem, was noch kommen kann." (BZ-031)

Mit diesem Bild wird, für den Verfasser, eine pejorative Konnotation von Leiharbeit, angestrebt.

Tabelle: Metapher 14 – EZ 2 - Leiharbeit als Missbrauch der Jugend

Bild	Leiharbeit als Missbrach der Jugend (vgl. BZ-031)
Interpretation	pejorative Konnotation von Leiharbeit

Kapitel 1-5: Unterscheidung von EZ 3 nach Akteur-Frames: In Erhebungszeitraum 3 konnten folgende Akteursgruppen unterschieden werden: gewerkschaftliche, politische, wirtschaftliche, statistische, sonstige Akteure, sowie Akteure der Arbeitgebervertretung. Anhand der Akteursgruppen werden Problemstellung, Bewertung und Begründung, Ziele und Lösungen formuliert.

Kapitel 1-5-1: Frames nach gewerkschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 25-32): Auf Grundlage folgender gewerkschaftlicher Akteure wurden Frames gebildet:

- Auf Grundlage von drei Akteuren der IG Metall
- Auf Grundlage eines Betriebsratsvorsitzenden
- Auf Grundlage eines Akteurs des katholischen Arbeitnehmerpastorals
- Auf Grundlage eines Arbeitnehmers
- Auf Grundlage eines Akteurs des DGB

Tabelle: Gewerkschaftliche Akteure in EZ 3

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
Gewerkschaftliche Akteure	Marco Sprengler (IG-Metall-Geschäftsführer für Freiburg)	BZ-059
	IG Metall	BZ-067

	Ahmet Karademir, (Erste Bevollmächtigte IG Metall)	BZ-066
	Stefan Krischak (Betriebsratfortsitzende von Hansgrohe)	BZ-060
	Franz Feger (katholische Arbeitnehmerpastoral)	BZ-060
	Sebastian Gartner (DGB-Kreisverbandsvorsitzende)	BZ-070
	Thomas Heidt (Arbeitnehmern der Firma Caravan-Bürstner)	BZ-066

Aus Gewerkschaftssicht wird im Betrieb Airbus die Belegschaft durch Leiharbeit verunsichert. Die Verunsicherung beruht darauf, dass immer mehr Leiharbeitnehmer die Arbeit in diesem Betrieb verrichten und dass diese zu fünf Jahre keine feste Anstellung bekommen. Als Lösung schlägt die IG Metall vor Aushilfen spätestens nach 24 Monaten fest bei Airbus zu übernehmen (vgl. BZ-067).

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 25: Leiharbeit verunsichert Belegschaft eines Betriebes

Problemstellung	Leiharbeit verunsichert Belegschaft eines Betriebes (vgl. BZ-067).
Bewertung und Begründung	Verunsicherung beruht darauf, dass immer mehr Leiharbeitnehmer in diesem Betrieb arbeiten und bis zu fünf Jahre keine Festanstellung bekommen (vgl. BZ-067).
Lösungen	Die Aushilfen sollen spätestens nach 24 Monaten fest beim Betrieb übernommen werden (vgl. BZ-067).

Als weiteres Problem wird aufgeworfen, dass Leiharbeitnehmer einem hohen Risiko von Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Das Risiko wird darauf zurück geführt, dass Leiharbeitsverhältnisse von kurzer Dauer sind:

„Etwa die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse wird nach weniger als drei Monaten wieder beendet, was zu einem sehr hohen Risiko der Arbeitslosigkeit im Verleihgewerbe führt.“ (BZ-070)

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 26: Leiharbeitnehmer haben ein hohes Risiko von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden

Problemstellung	Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden (vgl. BZ-070)
Bewertung und Begründung	Dieses Risiko beruht darauf, dass die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten wieder beendet werden (vgl. BZ-070)

Die gewerkschaftlichen Akteure problematisieren auch, dass durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau entstehen soll:

„Mehr und mehr wird sie [Leiharbeit, Anmerkung E.D.] von einigen Betrieben systematisch eingesetzt, um mit den schlechten Leiharbeitslöhnen Geschäfte zu machen und die Stammbelegschaften in den Einsatzbetrieben unter Druck zu setzen", so der Kreisverbandsvorsitzende.“ (BZ-070)

Und...

„Die Firmen nutzen sie [Leiharbeit, Anmerkung E.D.] demnach vorwiegend, um reguläre, besser entlohnte Stellen zu verdrängen.“ (BZ-059)

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 27: Zweites Lohnniveau und Verdrängung von Stellen durch Leiharbeit

Problemstellung	Durch Leiharbeit wird ein zweites Lohnniveau in Betrieben durchgesetzt und besser entlohnte Stellen verdrängt (vgl. BZ-070, BZ-059)

Es wird auch aus Gewerkschaftssicht ebenfalls behauptet, dass durch Leiharbeit die Stammbelegschaft in den Einsatzbetrieben unter Druck gesetzt werden (vgl. BZ-070).

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 28: Durch Leiharbeit wird Stammbelegschaft unter Druck gesetzt

Problemstellung	Durch Leiharbeit wird Stammbelegschaft in Betrieben unter Druck gesetzt (vgl. BZ-070)

Für die Gewerkschaftsakteure verdrängt Leiharbeit neue Arbeitsstellen:

„‚Es kann nicht sein, dass neue Stellen entstehen und diese dann durch Leiharbeit besetzt werden.', stellte der Kreisverbandsvorsitzende fest." (BZ-070)

Tabelle : EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 29: Leiharbeit verdrängt neue Arbeitsstellen

Problemstellung	Leiharbeit verdrängt neue Arbeitsstellen (vgl. BZ-070)

Desweiteren wird durch Leiharbeit „schlecht bezahlte instabile Beschäftigung" in den Arbeitsmarkt gebracht (vgl. BZ-070).

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 30: Schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung

Problemstellung	Durch Leiharbeit wird schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt etabliert (vgl. BZ-070)

Aus einem anderen Blickwinkel wird nicht Leiharbeit als Problem betrachtet, sondern der fehlende Mindestlohn (vgl. BZ-060). Der Niedriglohnsektor soll sich dadurch ausbreiten, dass Leiharbeitnehmer durchschnittlich halb so viel „wie normale Beschäftigte" (BZ-070) verdienen. Außerdem sollen bundesweit drei Viertel der Leiharbeitnehmer unter der Niedriglohnschwelle arbeiten (vgl. BZ-070). Der Niedrige Lohn wirkt sich dahingehend aus, dass Leiharbeitnehmer von staatlichen Zuschüssen abhängig sind:

„Es könne nicht angehen, dass Menschen arbeiten und obendrauf staatlichen Zuschuss erhalten, um über die Runden zu kommen: ‚Das ist Firmensubventionierung.'" (BZ-060)

Und…

„Leiharbeiter, die den ganzen Tag arbeiten, dürften nicht noch Unterstützung von der Volksgemeinschaft benötigen: ‚Das Gehalt muss reichen, um eine Familie ernähren zu können.'" (BZ-060)

Zur Lösung wird ein Mindestlohn gefordert und die Vorzüge, die dadurch entstünden dargelegt:

„Erhielten fünf Millionen Menschen in Deutschland 8,50 Euro pro Stunde, würde der Staat 14,7 Milliarden Euro Mehreinnahmen verbuchen, da die Einkommenssteuereinnahmen steigen, der Konsum angekurbelt und die Sozialleistungen sinken würden." (BZ-060)

Als weiterer Lösungsvorschlag wird die Schaffung eines staatlichen Fonds für Unternehmen gefordert:

„Krischak plädierte für die Schaffung eines staatlichen Fonds für diejenigen Unternehmen, die Leiharbeiter in Festanstellung übernehmen. Das Geld soll zweckgebunden in die Qualifizierung der neuen Mitarbeiter investiert werden." (BZ-060)

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 31: Ausbreitung des Mindestlohnsektors

Problemstellung	Ausbreitung des Mindestlohnsektors
Bewertung und Begründung	- Der Mindestlohnsektor ist dadurch gekennzeichnet, dass Leiharbeitnehmer durchschnittlich nur halb so viel verdienen „wie normale Beschäftigte" (BZ-070) und dass bundesweit drei Viertel der Leiharbeitnehmer unter der Niedriglohnschwelle arbeiten (vgl. BZ-070). - Der Mindestlohnsektor wirkt sich dahingehend aus, dass Leiharbeitnehmer von staatlichen Zuschüssen abhängig sind (vgl. BZ-060).
Lösungen	- Ein Mindestlohn von 8,50 Euro wird zur Lösung gefordert (vgl. BZ-060). - Es wird ein staatliches Fond für die Unternehmen vorgeschlagen, die Leiharbeiter in Festanstellung übernehmen (vgl. BZ-060).

Der Anstieg von Leiharbeit in zwei Landkreisen wird problematisiert (vgl. BZ-066, -070).

Tabelle: EZ 3 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 32: Anstieg von Leiharbeit

Problemstellung	Anstieg von Leiharbeit in zwei Landkreisen (vgl. BZ-066, -070).

Kapitel 1-5-2: Frames nach politischen Akteuren (Akteur-Frame 33): Auf Grundlage folgender politischer Akteure wurden Frames gebildet:

- Auf Grundlage eines Akteurs der Partei „Die Grünen"
- Auf Grundlage einer Akteurin der Partei „CDU"
- Auf Grundlage eines Akteurs der Partei „Die Linke"
- Auf Grundlage eines Akteurs der Partei „FDP"
- Auf Grundlage eines Oberbürgermeisters

Tabelle: politische Akteure in EZ 3

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
politische Akteure	Stefan Böhm (Die Grünen)	BZ-060
	Ursula von der Leyen (Arbeitsministerin, CDU)	BZ-061
	Bernd Riexinger (Die Linke)	BZ-062
	Pascal Kober (FDP)	BZ-069
	Klaus Ebrhardt (Oberbürgermeister)	BZ-073

Die politischen Akteure problematisieren Leiharbeit im Niedriglohnbereich: „Wir haben ja in Deutschland eine enorme Zunahme gerade im Niedriglohnbereich, bei prekärer Beschäftigung, Leiharbeit“ (BZ-064). Leiharbeit dürfe nicht zu „Lohndumping“ (BZ-060) führen, denn „es ist nicht das Ziel der Leiharbeit, Lohnkosten dauerhaft zu senken“ (BZ-069). Leiharbeit soll als „Notlösung bei Fachkräftemangel“ betrachtet werden (vgl. BZ-073).

Tabelle: EZ 3 – politische Akteure - Akteur Frame 33: Leiharbeit im Niedriglohnbereich

Problemstellung	Zunahme von Leiharbeit im Niedriglohnbereich (vgl. BZ-064).
Bewertung und Begründung	- Leiharbeit ist eine prekäre Beschäftigung (vgl. BZ-064). - Leiharbeit dürfe nicht zu „Lohndumping“ (BZ-060) führen - Leiharbeit soll nicht dafür eingesetzt werden Lohnkosten dauerhaft zu senken (vgl. BZ-069).
Lösungen	- Leiharbeit soll als „Notlösung bei Fachkräftemangel“ betrachtet werden (BZ-073).

Kapitel 1-5-3: Frames nach Akteuren der Arbeitgebervertretung (Akteur-Frame 34): Auf Grundlage folgender Akteure der Arbeitgebervertretung wurden Frames gebildet:

- Auf Grundlage eines Managers der Leiharbeitsbranche
- Auf Grundlage eines Akteurs des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

Tabelle: Akteure der Arbeitgebervertretung in EZ 3

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
Akteure der Arbeitgebervertretung	Thomas Bäumer (Manager der Leiharbeitsbranche)	BZ-061
	Martin Kannegieser (Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und Unternehmer)	BZ-061

Die Akteure der Arbeitgebervertretung merken an, dass die Verteuerung von Leiharbeit die Jobsuche für Geringqualifizierte erschweren wird (vgl. BZ-061)

Tabelle: EZ 3 – Akteure der Arbeitgebervertretung – Akteur-Frame 34: Verteuerung von Leiharbeit

Bewertung und Begründung	Die Verteuerung von Leiharbeit erschwert die Jobsuche für Geringqualifizierte (vgl. BZ-061)

Kapitel 1-5-4: Frames nach wirtschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 35-39):

Auf Grundlage folgender wirtschaftlichen Akteure wurden Frames gebildet:

- Auf Grundlage vier Unternehmensbesitzern
- Auf Grundlage eines Unternehmens

Tabelle: wirtschaftliche Akteure in EZ 3

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
wirtschaftliche Akteure	Silvia Selinger (Geschäftsführerin der Zeitarbeitsfirma Acrobat)	BZ-060
	Alfred Baum (Geschäftsführer eines Bauunternehmens)	BZ-060
	Axel Glatz (Werksleiter der Firma Pfizer)	BZ-063
	Familie Schlecker (Schlecker)	BZ-065
	Evonik (Betrieb)	BZ-072

Aus Sicht eines wirtschaftlichen Akteurs dient Leiharbeit als Mittel um große Aufträge aufzufangen:

„Er habe erst im April ‚Knall auf Fall' einen großen Auftrag erhalten, den er innerhalb von drei Monaten zu erledigen hatte. Baum wertete die Zeitarbeit als ‚sehr gutes Mittel, um Spitzen abzufangen'. Ohne diese Möglichkeit hätte er den Auftrag ablehnen müssen." (BZ-060)

Tabelle: EZ 3 – wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 35: Leiharbeit fängt große Aufträge auf

Bewertung und Begründung	Leiharbeit als Mittel um große Aufträge aufzufangen, bzw. um Spitzen aufzufangen (vgl. BZ-060)

Eine Akteurin betont, dass Leiharbeit helfe Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen in Arbeit zu bringen:

„ ‚Konzernleihe hat mit Leiharbeit nichts zu tun' Viele Leiharbeiter hätten keine Ausbildung, seien schon älter und müssten oft an die Hand genommen werden: Ohne dieses Beschäftigungsangebot würden viele von ihnen arbeitslos bleiben." (BZ-060)

Tabelle: EZ 3 – wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 36: Leiharbeit hilft Arbeit zu bekommen

Bewertung und Begründung	Leiharbeit hilft Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen Arbeit zu bekommen (vgl. BZ-060)

In der Berichterstattung werden auch wirtschaftliche Akteure kritisch betrachtet. Ein Betrieb wird dafür kritisiert, dass er feste Arbeitsplätze mit Leiharbeitnehmern besetze und dass er diese nicht gleich bezahle wie Festangestellte:

„Am Samstag protestierten Montagsdemonstranten vor dem Werk von Evonik gegen die Rechtlosigkeit von Leiharbeitnehmern. Der Protest richtete sich gegen Firmen, die trotz satter Gewinne Leiharbeiter unter Missachtung des Equal Pay- Grundsatzes (Gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeit) einsetzen." (BZ-072)

Tabelle: EZ 3 – wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 37: Durch Leiharbeit werden feste Arbeitsplätze besetzt

Bewertung und Begründung	Durch Leiharbeit werden feste Arbeitsplätze besetzt (vgl. BZ-072)

Tabelle: EZ 3 – wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 38: Durch Leiharbeit wird der Equal-Pay-Grundsatz durchbrochen

Bewertung und Begründung	Durch Leiharbeit wird der Equal-Pay-Grundsatz durchbrochen (vgl. BZ-072)

Ein weiterer wirtschaftlicher Akteur muss sich dafür rechtfertigen, dass er Leiharbeit einsetzt:

„Wir haben uns in der Vergangenheit immer bemüht, diesen Anteil je nach Bedarf bei sechs bis acht Prozent gering zu halten. Zudem profitieren natürlich auch die Mitarbeiter der Zeitarbeitsfirmen von unserem sehr guten Arbeitsumfeld." (BZ-063)

Tabelle: EZ 3 – wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 39: Kritik an wirtschaftliche Akteure

Bewertung und Begründung	Ein wirtschaftlicher Akteur muss sich für den Einsatz von Leiharbeit rechtfertigen (vgl. BZ-063)

Kapitel 1-5-5: Frames nach sonstigen Akteuren (Akteur-Frame 40-42): Auf Grundlage folgender Akteure wurden Frames gebildet:

- Markus Ückert (Hauptzollamt)
- Leser

Tabelle: sonstigeAkteure in EZ 3

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
sonstigeAkteure	Leser	BZ-062
	Markus Ückert (Hauptzollamt Lörrach)	BZ-075

Markus Ückert vom Hauptzollamt stellt fest, dass der verbindliche Mindestlohn von 7,89€ die Stunde von Firmen durch Scheinwerkverträge umgangen wird (vgl. BZ-075).

Tabelle: EZ 3 – Sonstige Akteure: Ückert (Hauptzollamt) – Akteur-Frame 40: Mindestlohn von Firmen umgangen

Bewertung und Begründung	Der verbindliche Mindestlohn von 7,89 Euro die Stunde wird von Firmen durch Scheinwerkverträge umgangen (vgl. BZ-075).

Ein Leser ist der Meinung, dass die Verteuerung von Leiharbeit, durch Erhöhung des Stundenlohns, diese Beschäftigungsform nicht abschaffen würde:

„Am Ende ist es egal, was ein Leiharbeiter kostet. Wenn die Produktion 30 braucht, bekommt sie 30 und nicht 28, weil etwa die Leiharbeiterlöhne zu hoch sind. Und wenn man sie einsparen kann, spart man sie ein, auch wenn sie nur die Hälfte kosten." (BZ-062)

Der Leser merkt ebenfalls an, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert und sich weniger mit dem Unternehmen identifizieren als Festangestellte:

„Über weiche Faktoren wie Motivation, Unternehmensidentifikation der Leiharbeiter und Unternehmensethik möchte ich gar nicht sprechen." (BZ-062)

Tabelle: EZ 3 – Sonstige Akteure: Leser – Akteur-Frame 41: Erhöhung von Stundenlohns schafft Leiharbeit nicht ab

Bewertung und Begründung	Durch die Erhöhung von Stundenlöhnen für Leiharbeitnehmer wird Leiharbeit nicht abgeschafft (vgl. BZ-062).

Tabelle: EZ 3 – Sonstige Akteure: Leser – Akteur-Frame 42: Leiharbeitnehmern weniger Motivation und Identifikation

Bewertung und Begründung	Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert und identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte (vgl. BZ-062).

Kapitel 1-6: Unterscheidung von EZ 3 nach Metaphern

In Erhebungszeitraum 3 konnten zwei Metaphern gefunden werden, die als pejorative Konnotationen von Leiharbeit interpretiert werden.

Kapitel 1-6-1: Metapher 15: „Pejorative Konnotationen von Leiharbeit als Ausbeutung": Leiharbeit wird als Ausbeutung bezeichnet (vgl. BZ-059). Mit dieser Zuschreibung wird, in den Augen des Verfassers, einer pejorativen Konnotation von Leiharbeit verfolgt.

Tabelle: Metapher 15 – EZ 3 - „Pejorative Konnotationen von Leiharbeit: Ausbeutung pur"

Bild	Leiharbeit als „Ausbeutung" (BZ-059)
Interpretation	pejorative Konnotation von Leiharbeit

Kapitel 1-6-2: Metapher 16: „Leiharbeit spaltet Belegschaft in einem Betrieb in zwei Klassen": Es wird auch betont, dass Leiharbeit die Belegschaft eines Unternehmens in zwei Klassen spaltet:

„Das spalte die Belegschaft" (BZ-072)

Und…

„Die Belegschaft wird in zwei Klassen gespaltet" (BZ-059)

Und…

„Diese [die Belegschaft eines Betriebes] ist zerrissen in Stammbelegschaft und Leiharbeiter – wie bei vielen deutschen Industriechampions.“ (BZ-067)

Tabelle: Metapher 16 – EZ 3 - „Pejorative Konnotationen von Leiharbeit: Ausbeutung pur“

Bild	Durch Leiharbeit wird Belegschaft eines Betriebes in zwei Klassen gespalten (BZ-059, BZ-067, BZ-072).
Interpretation	pejorative Konnotation von Leiharbeit

Kapitel 1-7: Unterscheidung von EZ 4 nach Akteur-Frames

In Erhebungszeitraum 4 konnten gewerkschaftliche und wirtschaftliche Akteure unterschieden werden.

Kapitel 1-7-1: Frames nach gewerkschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 43): Durch die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO) und deren Gewerkschaftschef konnten Frames erhoben werden.

Tabelle: Gewerkschaftliche Akteure in EZ 3

Akteursgruppe	Akteure	Artikel
Gewerkschaftliche Akteure	Nicolay Baublies (Gewerkschaftschef UFO)	BZ-076, -077, -079, -081, -083, -085
	UFO (Unabhängige Flugbegleiterorganisation)	BZ-077, -079, -083, -084, -085, -087, -088

Die Gewerkschaft Unabhängige Flugbegleiter Organisation (UFO) problematisiert, dass Lufthansa Personalkosten einsparen will. Lufthansa plane eine konzerninterne Billigtochter**,** um Gehaltsstufen abzuflachen (vgl. BZ-085, -088). Die Fluggesellschaft plane ebenfalls mittelfristige Einsparungen von Personalkosten durch das Strecken von Beförderungsstufen (vgl. BZ-083, BZ-085).

Bei den Verhandlungen mit Lufthansa fordert die Gewerkschaft fünf Prozent mehr Lohn (vgl. u.a. BZ-076, -077, -079). Weiterhin fordert sie das „Ende der Leiharbeit an Bord der Lufhansa-Maschinen“ (BZ-076, -079). Drittens wird ein Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen gefordert (vgl. u.a. BZ-081, -084, -083).

„Sie [UFO, Anmerkung E. D.] wollten zudem die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die angestrebte Direktflugtochter mit damit verbundenen Einkommenseinbußen verhindern und das bisherige Tarifstufensystem weitgehend beibehalten.“ (BZ-076)

Und...

„Lufthansa und UFO hatten wochenlang verhandelt. UFO setzte sich auch gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die angestrebte Direktflugtochter mit damit verbundenen Einkommenseinbußen ein und will das bisherige Tarifstufensystem weitgehend beibehalten.“ (BZ-077)

Die gewerkschaftlichen Akteure sehen diese Forderungen als gerechtfertigt, weil sie drei Jahre hintereinander eine Tarifrunden ohne Erhöhung von Gehältern hingenommen haben sollen (vgl. u.a. BZ-081, -083, -084). UFO versucht das Problem mit punktuellen Streiks zu lösen:

„Der neue Gewerkschaftschef Nicoley Baublies hat bereits eine Taktik der Nadelstiche angekündigt, bei der mit zeitlich begrenzten Aktionen an einzelnen Stationen der Flugplan nachhaltig durcheinandergebracht werden könne." (BZ-076)

Tabelle: EZ 4 – gewerkschaftliche Akteure – Akteur-Frame 43: Lufthansa versucht Personalkosten einzusparen

Problemstellung	Lufthansa versucht Personalkosten einzusparen: - Lufthansa plant eine konzerninterne Billigtochter, um Gehaltsstufen abzuflachen (vgl. BZ-085, -088). - Lufthansa plant mittelfristige Einsparungen von Personalkosten, um Beförderungsstufen zu strecken (vgl. BZ-083, -085)
Bewertung und Begründung	Die Forderungen sind gerechtfertigt, weil UFO drei Jahre hintereinander eine Tarifrunden ohne Erhöhung von Gehältern hinnehmen musste (vgl. BZ-081, BZ-083, -084, -085).
Ziel	- UFO fordert fünf Prozent mehr Lohn (vgl. BZ-076, -077, -079, -081, -084, -083, -085, -087, -088) - UFO fordert das Ende der Leiharbeit (vgl. BZ-076, -077, -079, -081, -084, -083, -085,-087, -088) - UFO fordert Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen (vgl. BZ-076, -077, -081, -084, -083, -085, -087).
Lösungen	UFO versucht, durch punktuelle Streiks, ihre Ziele umzusetzen (BZ-076)

Kapitel 1-7-2: Frames nach wirtschaftlichen Akteuren (Akteur-Frame 44):

Anhand von vier Lufthansa-Akteuren konnten Frames erhoben werden.

Tabelle: Wirtschaftliche Akteure in EZ 3

Akteursgruppe	**Akteure**	**Artikel**
Wirtschaftliche Akteure	Peter Gerber (Personalratsvorsitzende Lufthansa)	BZ-077
	Stephan Lauer (Vorstand Lufthansa)	BZ-077
	Walther (Lufthansa Sprecher)	BZ-086
	Lufthansa	BZ-076

Aus der Sicht der wirtschaftlichen Akteure hat die Lufthansa mit drei Problemen zu kämpfen starker Wettbewerb, Milliarden-Investitionen und Schulden. Lufthansa soll einem starken Wettbewerb ausgesetzt sein, der von Billigfliegern ausgeht (vgl. BZ-076, -077):

„Europäische Billigflieger und Konkurrenten aus Asien drücken zudem auf die Gewinnmargen bei den Tickets. Die Aussichten sind nicht rosig: Das Wachstum bei den Buchungen lasse auch wegen der wirtschaftlichen Probleme in Südeuropa nach, hatte Lufthansa-Vorstand Stefan Lauer kürzlich berichtet. Aktuell reagiert die Gesellschaft auf die schwächelnde Nachfrage mit einem ausgedünnten Flugplan." (BZ-077)

Auch Schulden, die auf Treibstoffkosten zurückgeführt werden, sollen Lufthansa vor Probleme stellen:

„Das Problem für die Airline: Die Lufthansa fliegt derzeit wie die meisten europäischen Konkurrenten rote Zahlen ein. Im ersten Halbjahr blieb trotz einer deutlichen Erholung im zweiten Quartal ein operativer Verlust von 20 Millionen Euro (2011: plus 114 Mio). Grund sind unter anderem die erneut gestiegenen Treibstoffpreise in Verbindung mit dem schwachen Euro, der den Einkauf des Kerosin in US-Dollar verteuert." (BZ-077)

Milliarden-Investitionen sollen Lufthansa vor einem Problem stellen (vgl. BZ-077). Der Abbau von Personalkosten wird mit Investitionen und der Konkurrenzsituation gerechtfertigt:

„Europas größte Fluggesellschaft sieht sich wegen des starken Wettbewerbs und anstehender Milliarden-Investitionen zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Eine wichtige Stellschraube im 1,5 Milliarden Euro schweren Sparprogramm ‚Score' sind dabei die im Vergleich zum Wettbewerb sehr hohen Personalkosten." (BZ-076)

Und...

„Dieses System mit fortwährenden Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip will Lufthansa nicht mehr akzeptieren." (BZ-076)

Nach Ansicht der wirtschaftlichen Akteure sind die Personalkosten bei Lufthansa höher als jene der Konkurrenz (vgl. BZ-076). Auch Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip werden nicht akzeptiert (vgl. BZ-076).
Ziel ist es deshalb ein Tochterunternehmen zu gründen, um den Lufthansa-Tarif zu senken:

„Stattdessen sollen die Tochter Germanwings und die europäischen Direktverkehre in einer neuen Einheit zusammengefasst werden, in der unter dem Lufthansa-Tarif gezahlt werden soll." (BZ-076)

Und...

„An den Plänen zu einer internen Billiglinie hält die Lufthansa aber fest." (BZ-084)

Außerdem soll Lufthansa längere Arbeitszeiten von ihren Angestellten verlangen (vgl. BZ-077). Um den Tarifstreit mit UFO zu beenden bietet Lufthansa eine „umfassendes Absicherungsangebot" (BZ-077), „3,5 Prozent mehr Gehalt sowie den Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigung" (BZ-084).

Tabelle: EZ 4 –wirtschaftliche Akteure – Akteur-Frame 44: Probleme von Lufthansa

Problemstellung	- Lufthansa ist einem starken Wettbewerb mit Billigfliegern ausgesetzt (vgl. BZ-076, -077) - Lufthansa macht Schulden aufgrund von hohen Treibstoffkosten (vgl. BZ-077) - Milliarden-Investitionen stellen Lufthansa vor einem Problem (vgl. BZ-077).
Bewertung und Begründung	- Die Personalkosten bei Lufthansa sind höher als jene der Konkurrenz (vgl. BZ-076). - Auch Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip werden von Lufthansa nicht mehr akzeptiert (vgl. BZ-076).
Ziel	- Gründung eines Tochterunternehmes, um den Lufthansa-Tarif zu senken (vgl. BZ-076, BZ-084). - Arbeitszeiten von Angestellten sollen verlängert werden vgl. BZ-077) - Tarifstreit mit UFO beenden
Lösungen	Um den Tarifstreit mit UFO zu beenden bietet Lufthansa: - eine „umfassendes Absicherungsangebot“ an (BZ-077) - 3,5 Prozent mehr Gehalt (vgl. BZ-084). - den Verzicht auf Leiharbeit (vgl. BZ-084) - den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung“(vgl. BZ-084).

Kapitel 1-8: Unterscheidung von EZ 4 nach Metaphern

In Erhebungszeitraum 4 lassen sich folgende Metaphern identifizieren:

- „Ankündigung von punktuellen Streiks“
- „Positive Bewertung des punktuellen Streiks durch UFO“
- „Androhung eines dauerhaften Streiks“
- „Leidende Passagiere“
- „Lufthansa-Kritik“
- „Verhandlungstisch“
- „Rechtfertigung für Streikmethode“
- „Geteilte Meinung von Passagieren“
- „Information für Passagiere“

Kapitel 1-8-1: Metapher 17: „Ankündigung von punktuellen Streiks“: Die Berichterstattung befasst sich mit Ankündigungen von punktuellen Streiks durch die Gewerkschaft UFO (vgl. BZ-077):

„Baublies kündigte für ‚die nächsten Tage‘ mehrstündige Streikaktionen an, die jeweils ‚mit ein paar Stunden Vorlauf‘ über die Medien und die Lufthansa angekündigt werden sollen.“ (BZ-079)

Die Berichterstattung betont, dass Zeit und Ort der Warnstreiks unbekannt sind:

„Er ließ offen, an wie vielen Flughäfen der Arbeitskampf ausgetragen werden soll. ‚Ob das ein, zwei oder drei Stationen sind, können wir noch nicht sagen.‘" (BZ-081)

In unterschiedlichen Artikeln wird betont welchen Schaden die Streiks anrichten:

„Die Gewerkschaft plant zunächst an einzelnen Standorten in Deutschland Arbeitsniederlegungen, die wegen der Vernetzung des Flugverkehrs schnell andernorts Auswirkungen haben könnten." (BZ-081)

Und...

„Zum Ende vergangener Woche hatten die Flugbegleiter in einer ersten Welle für acht Stunden schon einmal in Frankfurt die Arbeit niedergelegt und damit Deutschlands größten Flughafen teils lahmgelegt. Etwa die Hälfte aller Kurz- und Mittelstreckenflüge und sogar einige Langstreckenflüge müsse die Airline in der Zeit der Ausstände annullieren, sagte ein Sprecher am Dienstagmorgen." (BZ-084)

Und...

„Der Chef der Flugbegleiter-Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies, nannte die Streikbereitschaft der Stewardessen und Stewards der Lufthansa ‚absolut überwältigend'. Er betonte im ARD-Morgenmagazin, Passagiere müssten auch nach dem offiziellen Streikende um 13 Uhr noch mit Verzögerungen rechnen. ‚Es dauert Tage, bis der Flugplan wieder ganz normal ist', meinte Baublies." (BZ-083)

Und...

„ ‚Am Mittwoch wird noch genug Chaos herrschen', sagte der UFO-Chef. Tatsächlich hat Europas größte Fluggesellschaft bereits erste Verbindungen für den Mittwoch gestrichen." (BZ-085)

An diesen Zitaten wird merklich, dass die Berichterstattung die Folgen des punktuellen Streiks hervorhebt. Es wird betont, dass die Streiks Vernetzung des Flugverkehrs Auswirkungen auf andere Flughäfen haben könnten (vgl. BZ-081). Es wird berichtet wie der Flughafen Frankfurt am Main kurzzeitig „lahmgelegt" wurde (vgl. BZ-084). Es wird von Verzögerungen an Flughäfen (vgl. BZ-081) und von Chaos gesprochen (vgl. BZ-084). Durch die Konzentration der Berichterstattung auf die Folgen der punktuellen Streiks gerät die Ursache für den Streik (Personalabbau von Lufthansa) in den Hintergrund und die Verantwortlichkeit von UFO für die Folgen der Streiks wird hervorgehoben.

Tabelle: Metapher 17 – EZ 4 - „Ankündigung von punktuellen Streiks"

Bild	Die Berichterstattung hebt die Folgen des punktuellen Streiks hervor: Lahmgelegte Flughäfen (vgl. BZ-084), Verzögerungen an Flughäfen (vgl. BZ-081), Chaos (vgl. BZ-084).
Interpretation	Durch dieses Bild wird der Schaden hervorgehoben, den die punktuellen Streiks der UFO anrichten. Damit wird UFO für den Schaden für den Schaden verantwortlich gemacht. Der Umstand, dass die Gewerkschaft wegen dem Personalabbau von Lufthansa streikt gerät in den Hintergrund

Kapitel 1-8-2: Metapher 18: „Positive Bewertung der punktuellen Streiks durch UFO“: Baublie findet die Streikbereitschaft der Flugbegleiter „überwältigend“ (vgl. BZ-083). Im selben Artikel wird er weiterhin folgendermaßen zitiert; „Es dauert Tage, bis der Flugplan wieder ganz normal ist“ (BZ-083). Im Zusammenhang mit Verzögerungen auf Flughäfen folgendermaßen zitiert: „Am Mittwoch wird noch genug Chaos herrschen“ (BZ-085). Baublie scheint zwar nur die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft zu loben. Doch wenn man das Bild eines freudigen Gewerkschaftschefs im Zusammenhang mit der Metapher „Ankündigung von punktuellen Streiks“ sieht dann wirft die Berichterstattung ein negatives Licht auf die Gewerkschaft. Im Zusammenhang mit den Schäden, lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen an Flughäfen, Chaos (vgl. Metapher „Ankündigung von punktuellen Streiks“), wirkt die Gewerkschaft so als würde sie ihre Erfolge auf Kosten der Flugpassagiere erzielen.

Tabelle: Metapher 18 – EZ 4 - „Positive Bewertung des punktuellen Streiks durch UFO“

Bild	Der UFO-Gewerkschaftschef freut sich über die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft (vgl. BZ-083).
Interpretation	Im Zusammenhang mit Metapher „Ankündigung von punktuellen Streiks“ (Schäden: Lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen an Flughäfen, Chaos) wirkt die UFO so als würde sie ihre Erfolge auf Kosten der Flugpassagiere erzielen.

Kapitel 1-8-3: Metapher 19: „Androhung eines dauerhaften Streiks“: Eine weitere Metapher ist die „Androhung eines dauerhaften Streiks“ durch die Gewerkschaft UFO:

„Einen flächendeckenden Streik werde man in den nächsten Wochen vorbereiten.“ (BZ-077)

Und...

„Lufthansa soll ein verbessertes Angebot vorlegen, verlangte Baublies. ‚Sollte das nicht passieren, haben wir auch flächendeckende und dauerhafte Streiks in der Schublade.‘ Auf der Ufo-Webseite heißt es: ‚Es kann sein, dass dieser Arbeitskampf noch sehr lange dauern wird.‘" (BZ-081)

Und...

„Sollte das Unternehmen nach der zweiten Streikwelle am Dienstag bei seiner ‚arroganten Linie’ bleiben, machten weitere Nadelstiche voraussichtlich keinen Sinn mehr, sagte Gewerkschaftschef Nicoley Baublies. Am Mittwoch sei ein flächendeckender Streik aber noch ‚unrealistisch‘ und wegen der zu erwartenden Auswirkungen der zweiten Streikwelle vom Dienstag auch nicht notwendig. Man wolle der Lufthansa zudem auch Zeit für eine Reaktion einräumen.“ (BZ-084)

Und...

„Die Kabinengewerkschaft UFO hat für Freitag eine ganztägige und flächendeckende Arbeitsniederlegung angedroht, falls sich Lufthansa nicht bewegt.“ (BZ-085)

Und...

„Nach zwei regionalen Streikwellen mit zusammen mehr als 500 Flugausfällen und rund 90.000 direkt und indirekt betroffenen Passagieren deutete am Mittwoch zunächst nichts auf eine Annäherung mit der Gewerkschaft Ufo hin. Diese hat für Freitag zu einem 24-Stunden-Streik an allen deutschen Lufthansa-Standorten aufgerufen.“ (BZ-088)

Wie diese Erzählstruktur zeigt, weist die Berichterstattung darauf hin, dass die Gewerkschaft die Streiks zur Interessensdurchsetzung instrumentalisiert. Diese Instrumentalisierung bekommt einen pejorativen Beiklang, indem Baublies Zitate einen drohenden Charakter aufweisen:

„Sollte das nicht passieren, haben wir auch flächendeckende und dauerhafte Streiks in der Schublade." (BZ-081)

Und...

„Sollte das Unternehmen nach der zweiten Streikwelle am Dienstag bei seiner ‚arroganten Linie' bleiben, machten weitere Nadelstiche voraussichtlich keinen Sinn mehr, sagte Gewerkschaftschef Nicoley Baublies.“ (BZ-081)

Und...

„Lufthansa soll ein verbessertes Angebot vorlegen, verlangte Baublies. ‚Sollte das nicht passieren, haben wir auch flächendeckende und dauerhafte Streiks in der Schublade.'" (BZ-084)

Durch die Androhungen eines großen Streiks wirken Baublie und die Gewerkschaft UFO, so als würden sie den Schaden (Lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen an Flughäfen, Chaos) billigend für ihre Zwecke in Kauf nehmen.

Tabelle: Metapher 19 – EZ 4 - „Androhung eines dauerhaften Streiks“

Bild	Berichterstattung hebt hervor wie die Gewerkschaft UFO die Streiks zur Interessensdurchsetzung instrumentalisiert (vgl. BZ-077, BZ-081, BZ-084, BZ-085, BZ-088)
Interpretation	Durch die Androhungen eines großen Streiks wirken Baublie und die Gewerkschaft UFO, so als würden sie den Schaden (Lahmgelegte Flughäfen, Verzögerungen an Flughäfen, Chaos) billigend für ihre Zwecke in Kauf nehmen

Kapitel 1-8-4: Metapher 20: „Leidende Passagiere“: Die Berichterstattung fokussiert zunächst die Folgen der UFO-Streiks für die Lufthansa-Passagiere: „Die Lufthansa und ihre Passagiere stellen sich seit Tagen auf einen Streik des Kabinenpersonals ein“ (vgl. BZ-081). Im Laufe der Berichterstattung werden aus wartenden Passagieren leidende Passagiere:

„Passagiere der Lufthansa müssen nun erhebliche Verspätungen und Ausfälle von Flügen in nächster Zeit befürchten.“ (BZ-077)

Und..

„Für viele Flugpassagiere am Frankfurter Flughafen ist es ein Alptraum: Ausgerechnet am letzten Tag der Woche streikt das Kabinenpersonal an Deutschlands größtem Airport.“ (BZ-083)

Und...

„Passagiere der Lufthansa sind in diesen Tagen leidgeprüft. Mit gestaffelten Streiks an drei großen Flughäfen haben die Flugbegleiter der Lufthansa am Dienstag mehr als 300 Flüge ausfallen lassen.“ (BZ-085)

Und...

„Der Flughafen hatte 500 Feldbetten für gestrandete Passagiere aufstellen lassen. 350 Reisende verbrachten dort die Nacht.“ (BZ-087)

Es wird merklich, dass die Berichterstattung die Perspektive der gestrandeten Passagiere einnimmt und von ihren Schicksal berichtet. Berichtet wird auf eine Weise, die Anteilnahme erzeugt. Es wird von Menschen berichtet, die sich in einem „Alptraum“ befinden (vgl. BZ-083), „leidgeprüft“ sind (vgl. BZ-085) und in Feldbetten im Flughafen übernachten müssen (vgl. BZ-087). Die Berichterstattung zeichnet damit ein Bild von Passagieren, denen Leid widerfährt. Mit der Hervorhebung dieses Leids wird eine anteilnehmende Berichterstattung erzeugt.

Tabelle: Metapher 20 – EZ 4- „Leidende Passagiere“

Bild	Es wird Bild von leidenden Passagieren gezeichnet, indem von Menschen berichtet wird, die sich in einem „Alptraum“ befinden (vgl. BZ-083), „leidgeprüft“ sind (vgl. BZ-085) und in Feldbetten im Flughafen übernachten müssen (vgl. BZ-087).
Interpretation	Anhand dieses Bildes wird der Schaden wiedergegeben, der den Passagieren widerfährt. Damit wird eine anteilnehmende Berichterstattung erzeugt.

Kapitel 1-8-5: Metapher 21: „ Lufthansa-Kritik “: Es wurden Zitate gefunden, in denen Lufthansa die Nadelstichtaktik von UFO kritisiert:

„Lufthansa kritisierte die UFO-Taktik der gestuften Streiks und Ankündigungen heftig: ‚Das hat nichts mehr mit Nadelstichen zu tun, (...) sondern das sind Nackenschläge oder Faustschläge ins Gesicht unserer Kunden. Hier streikt eine Gewerkschaftsführung gegen die Kunden. Und das kann nicht sein", sagte Konzernsprecher Klaus Walther.“ (BZ-086)

Und..

„’Ich glaube, es ist ziemlich arrogant, was die Gewerkschaftsführung gegenüber unseren Kunden macht. (...) Das richtet sich gegen die Flugpassagiere und ist unerträglich aus Sicht der Kunden’, sagte er [Lufthansa-Sprecher Walther] N-tv. Zuvor hatte UFO-Chef Baublies die Lufthansa aufgefordert, ihre arrogante Haltung aufzugeben.“ (BZ-086)

Und..

„Walther forderte die Gewerkschaft erneut auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, den UFO verlassen habe.“ (BZ-086)

Und..

„Schon vor der gestaffelten Streikankündigung in der Nacht zum Dienstag hatte Lufthansa-Sprecher Andreas Bartels die Ufo-Streiktaktik als ‚sehr fluggastfeindlich' kritisiert. Das kurze Zeitfenster von sechs Stunden lasse der Gesellschaft kaum eine Chance, die Passagiere rechtzeitig zu informieren." (BZ-084)

Und..

„ ‚Uns fehlt jedes Verständnis dafür, dass man sich hier über die Nacht so austobt auf dem Rücken der Fluggäste', sagte Lufthansa-Sprecher Michael Lamberty." (BZ-084)

Durch die Lufthansa-Kritik wird das Bild einer Gewerkschaft gezeichnet, die sich mit ihrer Nadelstichtaktik arrogant und fluggastfeindlich verhält (vgl. BZ-086), sich „auf dem Rücken der Fluggästen" austobt (vgl. BZ-084) und Nackenschläge und Faustschläge in die Gesichter von Lufthansa-Kunden verteilt (vgl. BZ-086). Für den Verfasser lässt aus diesem Bild eine Gewerkschaft interpretieren, der es egal ist, ob Fluggäste leiden.

Tabelle: Metapher 21 – EZ 4 – „Lufthansa-Kritik"

Bild	Durch die Lufthansa-Kritik wird das Bild einer Gewerkschaft gezeichnet, die sich mit ihrer Nadelstichtaktik arrogant und fluggastfeindlich verhält (vgl. BZ-086), sich „auf dem Rücken der Fluggästen" austobt (vgl. BZ-084) und Nackenschläge und Faustschläge in die Gesichter von Lufthansa-Kunden verteilt (vgl. BZ-086).
Interpretation	Durch dieses Bild lässt sich UFO als eine Gewerkschaft interpretieren der es egal ist, ob Fluggäste unter den Folgen ihrer Streiks leiden.

Kapitel 1-8-6: Metapher 22: „Verhandlungstisch": In der Berichterstattung wird betont, dass UFO den Verhandlungstisch zuerst verlassen habe (vgl. BZ-086). Damit wird, in den Augen des Verfassers, UFO als derjenige Verhandlungspartner dargestellt, der zuerst zu drastischen Mitteln gegriffen habe. Diese, für eine Gewerkschaft nicht unübliche, Vorgehensweise erscheint, durch den Einbezug der Passagierschicksale, als unvernünftig und übereilt.

Tabelle: Metapher 22 – EZ 4 - „Verhandlungstisch"

Bild	UFO hat zuerst den Verhandlungstisch verlassen (vgl. BZ-086).
Interpretation	In anbetracht dessen, dass durch Warnstreiks den Passagieren Schaden zugefügt wird, wirken die Streiks von UFO übereilt und drastisch, obwohl Warnstreiks als gewerkschaftliche Methode zur Interessensdurchsetzung üblich sind.

Kapitel 1-8-7: Metapher 23: „Rechtfertigung für Streikmethode": In der Berichterstattung konnten auch Stellungnahmen von UFO-Akteure gefunden, die für ein Verständnis für die „Nadelstichtaktik" bitten:

„Ufo sieht dagegen eine kurzfristige Streikankündigung derzeit als einziges Mittel im Arbeitskampf mit der Lufthansa. ‚Wir bedauern das natürlich aufs Äußerste, dass unsere Fluggäste darunter leiden', sagte Ufo-Sprecher Alexander Behrens. ‚Nur ist es für uns in unserer Situation die einzige Möglichkeit, die wir haben.'" (BZ-084)

Und..

„Die genaue Uhrzeit des Streiks und die betroffenen Flughäfen würden erst sechs Stunden vorher bekanntgegeben. "Aus Rücksicht auf die Gäste werden wir diese sechs Stunden einhalten, aber wenn die Lufthansa das weit vorher weiß, dann wird sie ihre Bemühungen, andere Airlines und Personal an bestreikte Flughäfen zu verschiffen, verstärken", sagte Baublies. ‚Und dann müssten wir in die Fläche gehen und noch mehr Gäste betreffen. Und das möchten wir derzeit noch vermeiden. Deswegen die Zurückhaltung in der Ankündigung von Zeit und Ort.'"(BZ-081)

Und..

„Es gehört zur erklärten Taktik von UFO, die Lufthansa über die einzelnen Schritte möglichst lange im Unklaren zu lassen. Allein die Drohung mit punktuellen Streiks schmerzt die Airline bereits, weil vorsichtige Kunden auf Flüge der Konkurrenz umbuchen oder ganz stornieren. Mit kurzer Vorlaufzeit ist es zudem schwierig, Ersatzpersonal vor Ort zu holen. Mit der Nadelstichtaktik ist aus Sicht der Gewerkschaft eine langsame Eskalation des Arbeitskampfes und der Wiedereinstieg in Verhandlungen möglich." (BZ-082)

Und..

"Aus Rücksicht auf die Gäste werden wir diese sechs Stunden einhalten, aber wenn die Lufthansa das weit vorher weiß, dann wird sie ihre Bemühungen, andere Airlines und Personal an bestreikte Flughäfen zu verschiffen, verstärken", sagte Baublies. ‚Und dann müssten wir in die Fläche gehen und noch mehr Gäste betreffen.'"(BZ-081)

Anhand dieser Auszüge scheint es als würde UFO für ein Verständnis ihrer „Nadelstichtaktik" werben. Es wird argumentiert, dass dies die einzige Möglichkeit sei wieder mit Lufthansa in Verhandlungen zu treten (vgl. BZ-082). Außerdem wird ein Bedauern gegenüber den betroffenen Passagiere ausgedrückt (vgl. BZ-084). Die Nichtbekanntgabe von Ort und Zeit der Streiks werden von der Gewerkschaft damit gerechtfertigt, dass sich dadurch ein flächendeckender Streik vermeiden ließe (vgl. BZ-081). Für den Verfasser nimmt die Gewerkschaft durch die Rechtfertigung ihrer Methode und das Bedauern der Passagiere die Verantwortung für die entstandenen Schäden auf sich.

Tabelle: Metapher 23 – EZ 4 - „Rechtfertigung für Streikmethode"

Bild	UFO rechtfertigt sich für ihre „Nadelstichtaktik"(vgl. BZ-082, -081) und bedauert die Schäden, die den Passagieren entstehen (vgl. BZ-084)..
Interpretation	Durch die Rechtfertigung ihrer Methode und das Bedauern der Passagiere macht sich die Gewerkschaft zur alleinigen Verantwortlichen für die entstandenen Schäden.

Kapitel 1-8-8: Metapher 24: „Geteilte Meinung von Passagieren": Die Passagiere selbst kommen in der Berichterstattung ebenfalls Wort. Ihre Meinung ist geteilt:

„Die Passagiere in den Warteschlangen schwankten am Dienstag zwischen Empörung über die Streikenden und Verständnis für ihre Forderungen. "Wenn man drei Jahre keine Erhöhung bekommen hat, darf man auch mal streiken", meinte in Berlin der wartende Thomas Hufnagel. Sein Mitreisender Dirk Dittner hält hingegen die Situation der Lufthanseaten für komfortabel. Er erwarte, dass die Angestellten über den Tellerrand hinausblicken und auf die Konsequenzen ihrer Aktionen achten." (BZ-085)

Durch dieses Zitat wird dargestellt, dass es Sympathisanten und Gegner der Streikmethode von UFO gibt. Damit wird vermittelt, dass es keine Mehrheit unter den Passagieren gibt, die mit den Methoden von UFO beipflichtet.

Tabelle: Metapher 24 – EZ 4 - „Geteilte Meinung von Passagieren“

Bild	Die Meinung der Passagiere zur Streikmethode von UFO ist geteilt (vgl. BZ-085)
Interpretation	Dieses Bild vermittelt, dass es keine Mehrheit unter den Passagieren gibt, die mit den Methoden von UFO beipflichtet.

Kapitel 1-8-9: Metapher 25: „Information für Passagiere“: In der Berichterstattung wird darauf hingewiesen, dass auf der Webseite von Lufthansa eine Liste mit gestrichenen Flügen zu finden ist (vgl. BZ-083, -088), sowie Informationen über Lufthansa-Hotlines abrufbar sind (vgl. BZ-082). In den Augen des Verfassers wird damit, innerhalb der Berichterstattung, ein Service für die Lufthansa-Passagiere angeboten

Tabelle: Metapher 25 – EZ 4 – „Information für Passagiere“

Bild	In der Berichterstattung wird auf Informationen über gestrichene Flüge auf Webseiten und über Hotlines verwiesen (vgl. BZ-082, -083, -088).
Interpretation	Innerhalb der Berichterstattung wird ein Service für Lufthansa-Passagiere angeboten.

Kapitel 2: Kategorien und Unterkategorien

Kapitel 2-1: Kategorie 1: „Mindestlohn“: Der Begriff „Mindestlohn“ ist bei der Thematisierung von Leiharbeit durchgehend bedeutsam. In Erhebungszeitraum 1 (EZ 1) wird darauf hingewiesen, dass durch Mindestlöhne Gehälter steigen (vgl. Akteur-Frame 2, 4). In EZ 2 werden Mindestlöhne als Lösungsansatz für den Mindestlohnsektor (vgl. Akteur-Frame 16) und prekäre Beschäftigung (vgl. Akteur-Frame 19) gesehen. In EZ 3 wird ein Mindestlohn 8,50 Euro zur Eindämmung des Mindestlohnsektors gefordert (vgl. Akteur-Frame 31).

Tabelle: Kategorie 1: „Mindestlohn“

	EZ 1	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Löhne steigen durch Mindestlöhne (vgl. Akteur-Frame 2, 4).	Mindestlöhne sind ein Lösungsansatz für den Mindestlohnsektor (vgl. Akteur-Frame 16) und prekäre Beschäftigung (vgl. Akteur-Frame 19)	Ein Mindestlohn von 8,50 wird zur Eindämmung des Mindestlohnsektors gefordert (vgl. Akteur-Frame 31).

Kapitel 2-2: Kategorie 2: „Leiharbeit als Instrument zur Gewinnmaximierung“: Die Betrachtung von „Leiharbeit als Instrument zur Gewinnmaximierung“ ist in den ersten drei Erhebungszeiträumen bedeutsam. Leiharbeit soll Betrieben zur Maximierung ihrer Gewinne nutzen (vgl. Akteur-Frame 11), indem Lohnkosten dauerhaft gesenkt werden (vgl. Akteur-Frame 32). In EZ 2 soll Leiharbeit ein betriebswirtschaftliches Instrument sein (vgl. Akteur-Frame 18), mit dem der Equal-Pay-Grundsatz durchbrochen werde sein soll (vgl. Akteur-Frame 38). Außerdem wird hinzugefügt, dass der verbindliche Mindestlohn von 7,89€ die Stunde durch Scheinwerkverträge umgangen werden soll (vgl. Akteur-Frame 40).

Tabelle: Kategorie 2: „Leiharbeit als Instrument zur Gewinnmaximierung“

	EZ 1	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Leiharbeit dient Gewinnmaximierung von Betrieben (vgl. Akteur-Frame 11).	Leiharbeit wird von Betrieben als betriebswirtschaftliches Instrument genutzt (vgl. Akteur-Frame 18). Durch Leiharbeit wird der Equal-Pay-Grundsatz durchbrochen (vgl. Akteur-Frame 38). Der verbindliche Mindestlohn von 7,89€ die Stunde wird von Firmen durch Scheinwerkverträge umgangen (vgl. Akteur-Frame 40).	Leiharbeit soll nicht dafür eingesetzt werden Lohnkosten dauerhaft zu senken (vgl. Akteur-Frame 32).

Kapitel 2-3: Kategorie 3: „Niedriglohnsektor wächst“: In Erhebungszeitraum 1, 2 und 3 wird Leiharbeit für das Wachstum des Niedriglohnsektors verantwortlich gemacht. In EZ 1 wird zunächst auf das Wachstum hingewiesen (vgl. Akteur-Frame 4, Akteur-Frame 12) und später Leiharbeit als Ursache des Wachstums gesehen (vgl. Akteur-Frame 12, Akteur-Frame 16). In EZ 2 wird der Tariflohnabschluss von 7,89 Euro die Stunde für Leiharbeitnehmer als Ursache gesehen (vgl. Akteur-Frame 16). Die Ansicht, dass Leiharbeitnehmer halb so viel verdienen wie normale Beschäftigte wird in EZ 3 als Ursache für die Ausbreitung des Niedriglohnsektors gesehen (vgl. Akteur-Frame 31, Akteur-Frame 33). Dem wird angefügt, dass drei Viertel der Leiharbeitnehmer unter der Niedriglohnschwelle arbeiten (vgl. Akteur-Frame 31) und sich durch Leiharbeit schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt etabliert (vgl. Akteur-Frame 30).

Tabelle: Kategorie 3: „Niedriglohnsektor wächst“

	EZ 1	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Der Niedriglohnsektor wächst (vgl. Akteur-Frame 4, Akteur-Frame 12). Leiharbeit ist verantwortlich für diesen Wachstum (vgl. Akteur-Frame 12, Akteur-Frame 16).	Der Tariflohnabschlusses (7,89 Euro/Stunde) für Leiharbeitnehmer ist die Ursache für die Ausbreitung des Niedriglohnsektors (vgl. Akteur-Frame 16).	Dass Leiharbeitnehmer halb so viel verdienen wie normale Beschäftigte, ist Ursache für die Ausbreitung des Niedriglohnsektors gesehen (vgl. Akteur-Frame 31, Akteur-Frame 33). Drei Viertel der Leiharbeitnehmer arbeiten bundesweit unter der Niedriglohnschwelle (vgl. Akteur-Frame 31). Durch Leiharbeit wird schlecht bezahlte und instabile Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt etabliert (vgl. Akteur-Frame 30).

Kapitel 2-4: Kategorie 4: „Leiharbeit wird niedrig entlohnt“: In EZ 1 wird thematisiert, dass Leiharbeit für Niedriglöhne verantwortlich sei (vgl. Akteur-Frame 3, Akteur-Frame 4, Akteur-Frame 9) und daher Leiharbeitnehmer arm trotz Arbeit bleiben (vgl. Akteur-Frame 2). In EZ 2 wird Leiharbeit mit niedriger Entlohnung als prekäre Beschäftigung gesehen (vgl. Akteur-Frame 16, Akteur-Frame 19). In EZ 3 wird gefordert, dass Leiharbeit nicht zu Lohndumping führen dürfe (vgl. Akteur-Frame 31).

Tabelle: Kategorie 4: „Leiharbeit wird niedrig entlohnt“

	EZ 1	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Leiharbeit ist verantwortlich für Niedriglöhne (vgl. Akteur-Frame 3, Akteur-Frame 4, Akteur-Frame 9). Leiharbeitnehmer bleiben arm trotz Arbeit (vgl. Akteur-Frame 2).	Leiharbeit mit niedriger Entlohnung gilt als prekäre Beschäftigung (vgl. Akteur-Frame 16, Akteur-Frame 19).	Leiharbeit darf nicht zu Lohndumping führen (vgl. Akteur-Frame 31).

Kapitel 2-5: Kategorie 5: „Leiharbeitnehmer müssen ihre Gehälter aufstocken lassen“: In den ersten drei Erhebungszeiträumen wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer ihre Gehälter aufstocken lassen müssen. In EZ 1 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer ihr Gehalt durch staatliche Beihilfe aufstocken lassen müssen (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 4). Diese Behauptung wird durch die Gleichsetzung von Leiharbeit mit prekärer Beschäftigung gestützt, denn prekär Beschäftigte müssen ihr Einkommen durch Hartz IV aufstocken (vgl. Metapher 5). In EZ 2 wird betont, dass Niedriglohnverdiener hohe Kosten für Gemeinden verursachen und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind (vgl. Akteur-Frame 16). In EZ 3 wird der Mindestlohnsektor dafür verantwortlich gemacht, dass Leiharbeitnehmer von staatlichen Zuschüssen abhängig seien. (vgl. Akteur-Frame 31).

Tabelle: Kategorie 5: „Leiharbeitnehmer müssen ihre Gehälter aufstocken lassen“

	EZ 1	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Leiharbeitnehmer müssen ihr Gehalt durch staatliche Beihilfe aufstocken lassen (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 4). Leiharbeitnehmer sind prekär beschäftigt, denn sie müssen ihre Einkommen durch Hartz IV aufstocken lassen (vgl. Metapher 5).	Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen verursachen hohe Kosten für Gemeinden und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen (vgl. Akteur-Frame 16).	Der Mindestlohnsektor ist verantwortlich dafür, dass Leiharbeitnehmer von staatlichen Zuschüssen abhängig sind (vgl. Akteur-Frame 31).

Kapitel 2-6: Kategorie 6: „Zwei Klassen“: Die Kategorie „Zwei Klassen“ ist innerhalb der Erhebungszeiträume 1, 2 und 3 in unterschiedlichen Unterkategorien situativ und durchgehend bedeutsam.

Unterkategorie 6-1: „Leiharbeit teilt die Beschäftigten in zwei Klassen“: In allen drei Erhebungszeiträumen wird die Wirkung von Leiharbeit in Betrieben dahingehend gedeutet, dass sie die Beschäftigten in zwei Klassen teilt (vgl. Metapher 3, Metapher 11, Metapher 16).

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen – Unterkategorie 6-1: Leiharbeit teilt die Beschäftigten in zwei Klassen“

	EZ 1	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Leiharbeit teilt die Beschäftigten in zwei Klassen (vgl. Metapher 3).	Leiharbeit erzeugt eine „Zwei-Klassengesellschaft“ (vgl. Metapher 11)	Leiharbeit ist der Grund für die Ausbildung von „zwei Klassen“ von Beschäftigten in Betrieben (vgl. Metapher 16)

Unterkategorie 6-2: „Zweites Lohnniveau in Betrieben durch Leiharbeit“: In EZ 2 und 3 wird behauptet, dass durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau in Betrieben installiert wird. In EZ 2 wird beschrieben, dass sich deswegen viele Leiharbeitnehmer als beschäftigte zweiter Wahl fühlen. In EZ 3wird betont, dass sich durch ein zweites Lohnniveau dass besser entlohnte Stellen verdrängt werden (vgl. Akteur-Frame 27).

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen - Unterkategorie 6-2: Zweites Lohnniveau in Betrieben durch Leiharbeit“

	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Arbeitgeber etablieren in Betrieben ein zweites Lohnniveau durch Leiharbeit (vgl. Akteur-Frame 17). Viele Leiharbeitnehmer fühlen sich als Beschäftigte zweiter Wahl, weil sie schlecht bezahlt werden (vgl. Akteur-Frame 18).	Durch Leiharbeit wird ein zweites Lohnniveau in Betrieben durchgesetzt mit der Folge, dass besser entlohnte Stellen verdrängt werden (vgl. Akteur-Frame 27).

Unterkategorie 6-3: „Leiharbeit ist Ausbeutung“: In EZ 2 und 3 wird Leiharbeit mit Ausbeutung gleichgesetzt (vgl. Metapher 10, Metapher 15)

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen - Unterkategorie 6-3: Leiharbeit ist Ausbeutung“

	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Leiharbeit wird in der Berichterstattung eine negative Bedeutung zugefügt: „Ausbeutung pur“ (vgl. Metapher 10)	Leiharbeit wird mit Ausbeutung“ gleichgesetzt (vgl. Metapher 15)

Durch die Kategorie „Zwei Klassen“ werden auch Selektion offeriert, die ausschließlich in einem Erhebungszeiträum aufgegriffen werden.

Unterkategorie 6-4: „Leiharbeitnehmer werden regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt“: Laut Berichterstattung in EZ 1 sollen Leiharbeitnehmer in Betrieben separiert sein, weil sie regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt werden (vgl. Metapher 4).

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen - Unterkategorie 6-4: Leiharbeitnehmer werden regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeitnehmer sind in Betrieben separiert, weil sie regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt werden (vgl. Metapher 4)

Unterkategorie 6-5: „Leiharbeit unterbindet Solidarität unter Arbeitnehmern“: Leiharbeit soll den Solidaritätsgedanke zwischen Arbeitnehmern unterbinden (vgl. Akteur-Frame 1, Metapher 2).

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen - Unterkategorie 6-5: Leiharbeit unterbindet Solidarität unter Arbeitnehmern“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeit unterbindet die Solidarität zwischen den Arbeitnehmern in Betrieben und teilt die Belegschaft in zwei Klassen (vgl. Akteur-Frame 1). Leiharbeit ist eine prekäre Beschäftigung, weil sie sich in Betrieben so auswirken, dass sie den Solidaritätsgedanke zwischen Beschäftigten unterbindet und sie teilt (vgl. Metapher 2).

Unterkategorie 6-6: „Keine Aussicht auf eine feste Anstellung“: In EZ 2 wird berichtet, dass sich Leiharbeitnehmer als Beschäftigte zweiter Wahl fühlen sollen, weil sie keine Aussicht auf eine feste Anstellung hätten (vgl. Akteur-Frame 18).

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen - Unterkategorie 6-6: Keine Aussicht auf eine feste Anstellung“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Viele Leiharbeitnehmer fühlen sich als Beschäftigte zweiter Wahl, weil sie keine Aussicht auf eine feste Anstellung haben (vgl. Akteur-Frame 18).

Unterkategorie 6-7: „Leiharbeit als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen, Missbrauch der Jugend, wütende und verbitterte Jugend“: Leiharbeit wird außerdem in EZ 2 als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen (vgl. Metapher 10) und Missbrauch der Jugend (vgl. Metapher 14) beschrieben. Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge werden durch das Bild einer wütenden und verbitterten Jugend negativ besetzt (vgl. Metapher 12).

Tabelle: Kategorie „Zwei Klassen – Unterkategorie 6-7: Leiharbeit als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen, Missbrauch der Jugend, wütende und verbitterte Jugend“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Leiharbeit wird in der Berichterstattung eine negative Bedeutung zugefügt: Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen (vgl. Metapher 10) Leiharbeit ist Missbrauch der Jugend (vgl. Metapher 14). Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge werden durch das Bild einer wütenden und verbitterten Jugend ebenfalls negativ besetzt (vgl. Metapher 12).

Kapitel 2-7: Kategorie 7: „Schlechte Zukunftsperspektive für Leiharbeitnehmer“: In EZ 1 und 2 werden die „schlechten Zukunftsperspektiven für Leiharbeitnehmer“ thematisiert. So soll es durch Leiharbeit künftigen Generationen nicht besser gehen als denen zuvor (vgl. Akteur-Frame 2). Leiharbeit wird außerdem mit gesellschaftlicher Verarmung in Beziehung gebracht, indem die Berichterstattung das Bild einer Jugend zeichnet, die Angst vor der Zukunft, aufgrund von Leiharbeit, hat (vgl. Metapher 1). In EZ 2 wird die Zukunftsperspektive für Leiharbeitnehmer mit Altersarmut assoziiert, denn Leiharbeit sei nicht sozialversicherungspflichtig (vgl. Akteur-Frame 19).

Tabelle: Kategorie 7 „Schlechte Zukunftsperspektive für Leiharbeitnehmer“

	EZ 1	EZ 2
durch-gehend bedeutsam	Durch Leiharbeit wird es der künftigen Generation nicht besser gehen werde als der zuvor (vgl. Akteur-Frame 2). Das Bild einer Jugend, die Angst vor der Zukunft, aufgrund von Leiharbeit, hat, lässt sich als gesellschaftliche Verarmung durch Leiharbeit interpretieren. (vgl. Metapher 1).	Die Zukunftsperspektive für Leiharbeitnehmer bedeutet Altersarmut, denn Leiharbeit ist nicht sozialversicherungspflichtig (vgl. Akteur-Frame 19).

Kapitel 2-8: Kategorie 8: „Equal Pay“: Kategorie 8 gliedert sich in zwei Unterkategorien.

Unterkategorie 8-1: „Leiharbeitnehmer sollen dasselbe Gehalt bekommen wie Festangestellte“: In EZ 1 wird von Equal Pay als eine gesetzliche Zusicherung berichtet, die Leiharbeitnehmern, nach kurzer Einarbeitungszeit, den gleichen Lohn zukommen lässt wie Stammbeschäftigte (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 3, Akteur-Frame 14). In EZ 2 wird berichtet, dass durch Equal Pay, als gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Ausbreitung des Niedriglohsektors eingedämmt werden soll (vgl. Akteur-Frame 16). Im selben Erhebungszeitraum wird Equal Pay, im Unterschied zu EZ 1, als eine Betriebsvereinbarung thematisiert, die Leiharbeitnehmern das gleiche Entgelt wie Stammbeschäftigten nach sechs Beschäftigungsmonaten garantiert (vgl. Akteur-Frame 24). Es ist zu beobachten, dass Equal Pay nur in EZ 1 als gesetzlich-verbindliche Zusicherung thematisiert wird, während sie in EZ 2 gleicher Lohn für gleiche Arbeit aufgrund einer Betriebsvereinbarung thematisiert wird.

Tabelle: Kategorie „Equal Pay - Unterkategorie 8-1: Leiharbeitnehmer sollen dasselbe Gehalt bekommen wie Festangestellte“

	EZ 1	EZ 2
durch-gehend bedeutsam	Equal Pay als eine gesetzliche Zusicherung berichtet, die Leiharbeitnehmern, nach kurzer Einarbeitungszeit, den gleichen Lohn zukommen lässt wie Stammbeschäftigte (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 3, Akteur-Frame 14).	Equal Pay als gleicher Lohn für gleiche Arbeit zur Eindämmung der Ausbreitung des Niedriglohsektors (vgl. Akteur-Frame 16). Equal Pay als eine Betriebsvereinbarung, die Leiharbeitnehmern das gleiche Entgelt wie Stammbeschäftigten, nach sechs Beschäftigungsmonaten, garantiert (vgl. Akteur-Frame 24).

Unterkategorie 8-2: „Equal Pay ist für Betriebe nicht möglich“: Einzig in EZ 1 wird berichtet, dass Equal Pay für Arbeitgeber nicht möglich sein, weil das Arbeitsverhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Leiharbeitsfirma besehe (vgl. Akteur-Frame 7).

Tabelle: Kategorie „Equal Pay – Unterkategorie 8-2: Equal Pay ist für Betriebe nicht möglich“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Equal Pay ist für Betriebe nicht möglich, weil das Arbeitsverhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Leiharbeitsfirma beseht (vgl. Akteur-Frame 7).

Kapitel 2-9: Kategorie 9: „Betriebe sollen die Gehälter der Arbeitnehmer anheben“: In EZ 1 wird argumentiert, dass Betriebe ihre Gewinne dazu nutzen sollen, um die Gehälter ihrer Arbeitnehmer anzuheben (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 13). Begründet wird es damit, dass die Wirtschaftskrise vorbei sei (vgl. Akteur-Frame 2) und sie einen Aufschwung hingelegt haben sollen (vgl. Akteur-Frame 14). In EZ 2 wird die Forderung zur Anhebung von Gehälter auf die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie bezogen. Die Forderung wird damit gerechtfertigt, dass sich die Betriebe von der Wirtschafts- und Finanzkrise gut erholt haben sollen (vgl. Akteur-Frame 16). Es wird berichtet, dass der Arbeitgeberverband Südwestmetall eine Entgelterhöhung von 2,6 bis 3% mit einer Laufzeit von 12 Monaten bietet (vgl. Akteur-Frame 23). An dieser Kategorie lässt sich beobachten wie eine in EZ 1 allgemein formulierte Forderung, im Rahmen des Tarifkonflikts zwischen IG Metall und Südwestmetall, auf eine bestimmte Branche spezifiziert wird.

Tabelle: Kategorie 9: „Betriebe sollen die Gehälter der Arbeitnehmer anheben“

	EZ 1	EZ 2
situativ bedeutsam	Betriebe sollen ihre Gewinne zur Anhebung der Löhne ihrer Arbeitnehmer verwenden (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 13). Die Anhebung wird damit begründet, dass die Wirtschaftskrise vorbei ist (vgl. Akteur-Frame 2) und sie einen Aufschwung hingelegt haben (vgl. Akteur-Frame 14).	Betriebe der Metall- und Elektroindustrie sollen Löhne von Arbeitnehmern in der anheben (vgl. Akteur-Frame 16). Die Betriebe haben sich von der Wirtschafts- und Finanzkrise gut erholt, deswegen können sie die Löhne von Arbeitnehmern anheben (vgl. Akteur-Frame 16). Südwestmetall bietet eine Entgelterhöhung von 2,6 bis 3% mit einer Laufzeit von 12 Monaten (vgl. Akteur-Frame 23).

Kapitel 2-10: Kategorie 10: „Flexibilität“: Die Kategorie „Flexibilität“ gliedert sich in Ausprägungen, die durchgehend und situativ bedeutsam sind.

Unterkategorie 10-1: „Einschränkung von Leiharbeit beschränkt betriebliche Flexibilität“: In den ersten beiden Erhebungszeiträumen wird die Einschränkung von Leiharbeit als Beschränkung betrieblicher Flexibilität thematisiert. In EZ 1 wird die Beschränkung vgl. Akteur-Frame 10) und das Verbot von Leiharbeit (vgl. Akteur-Frame 13), sowie die Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer (vgl. Akteur-Frame 13) als Beschränkung betrieblicher Flexibilität betrachtet. In EZ 2 wird bei der Thematisierung auf den Tarifkonflikt zwischen IG Metall und Südwestmetall Bezug genommen. Es wird berichtet, dass die Forderungen der IG Metall die Flexibilität von Betrieben einschränken würde (vgl. Akteur-Frame 23). Leiharbeit soll weiterhin der betrieblichen Flexibilität dienen (vgl. Akteur-Frame 24). Leiharbeit soll außerdem nicht ohne Ersatz eingeschränkt oder abgeschafft werden, (vgl. Akteur-Frame 13). Die IG Metall-Forderungen sind die Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (vgl. Akteur-Frame 23), sowie die Erhöhung der Löhne der Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie um 6,5 Prozent (vgl. Akteur-Frame 23). In EZ 1wird die Einschränkung von Flexibilität allgemein auf alle Betriebe formuliert. In EZ 2 wird die Einschränkung spezifisch auf die Elektro- und Metallindustrie formuliert.

Tabelle: Kategorie „Flexibilität – Unterkategorie 10-1: Einschränkung von Leiharbeit beschränkt betriebliche Flexibilität“

	EZ 1	EZ 2
durch-gehend bedeutsam	Beschränkung von Leiharbeit (vgl. Akteur-Frame 10), das Verbot von Leiharbeit (vgl. Akteur-Frame 13), sowie die Erhöhung des Tarifvertrags für Leiharbeitnehmer (vgl. Akteur-Frame 13) beschränken die Flexibilität von Betrieben	Die Forderungen von IG Metall schränken die Flexibilität von Betrieben ein (vgl. Akteur-Frame 23). Leiharbeit soll weiterhin der betrieblichen Flexibilität dienen (vgl. Akteur-Frame 24). Leiharbeit soll nicht eingeschränkt oder abgeschafft werden, ohne einen Ersatz dafür gefunden zu haben (vgl. Akteur-Frame 13). IG-Metall-Forderungen: Die Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (vgl. Akteur-Frame 23). Erhöhung Löhne der Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie um 6,5 Prozent (vgl. Akteur-Frame 23).

Unterkategorie 10-2: „Negative Auswirkungen von Flexibilität für Leiharbeitnehmer“: Einzig in EZ 1 wird über einen negativen Zusammenhang von Leiharbeit und betrieblicher Flexibilität berichtet. Leiharbeitnehmer sollen weniger verdienen, weil sie die Kosten der Flexibilität tragen (vgl. Akteur-Frame 4). Leiharbeitsverhältnisse sind von kurzer Dauer, weil Betriebe ihren Personalstand an ihre Auftragslage anpassen (vgl. Akteur-Frame 5).

Tabelle: Kategorie „Flexibilität – Unterkategorie 10-2: Negative Auswirkungen von Flexibilität für Leiharbeitnehmer“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeitnehmer verdienen weniger, weil sie die Kosten der Flexibilität tragen (vgl. Akteur-Frame 4). Leiharbeitsverhältnisse sind von kurzer Dauer, weil Betriebe ihren Personalstand an ihre Auftragslage anpassen (vgl. Akteur-Frame 5).

Unterkategorie 10-3: „Positive Auswirkungen von Flexibilität für Betriebe und Arbeitnehmer“: Ebenfalls wird nur in EZ 1 thematisiert welchen Nutzen Betriebe aus ihrer Flexibilität ziehen. Leiharbeit soll bei schwankender Auftragslage als Flexibilitätspuffer dienen (vgl. Akteur-Frame 10). Durch Flexibilität sollen deutsche Betriebe weltweit wettbewerbsfähig bleiben (vgl. Akteur-Frame 13). Und durch Flexibilität sollen Löhne und Arbeitsplätze werden gesichert werden (vgl. Akteur-Frame 13).

Tabelle: Kategorie „Flexibilität – Unterkategorie 10-3: Positive Auswirkungen von Flexibilität für Betriebe und Arbeitnehmer“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeit dient bei schwankender Auftragslage als Flexibilitätspuffer (vgl. Akteur-Frame 10). Durch Flexibilität bleiben deutsche Betriebe weltweit wettbewerbsfähig (vgl. Akteur-Frame 13). Durch Flexibilität steigen Löhne und Arbeitsplätze werden gesichert (vgl. Akteur-Frame 13).

Kapitel 2-11: Kategorie 11: „IG Metall fordert eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung für Arbeitnehmer“: In EZ 1 und 2 wird berichtet, dass IG Metall eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung für die der Arbeitnehmer in der Elektro- und Metallindustrie, bei den Tarifverhandlungen mit Südwestmetall, fordert. (vgl. Akteur-Frame 2, Akteur-Frame 16). Die Tatsache, dass diese Forderung in EZ 3 und 4 nicht vorkommt liegt darin begründet, dass die Tarifverhandlungen in EZ 2 abgeschlossen werden.

Tabelle: Kategorie 11: „IG Metall fordert eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung der Arbeitnehmer“

	EZ 1	EZ 2
durch-gehend bedeutsam	IG Metall fordert eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung der Arbeitnehmer in der Elektro- und Metallindustrie (vgl. Akteur-Frame 2).	IG Metall fordert eine Entgelterhöhung von 6,5 Prozent in den Tarifverhandlungen (vgl. Akteur-Frame 16).

Kapitel 2-12: Kategorie 12: „IG Metall fordert Mitspracherecht von Betriebsräten bei Einsatz von Leiharbeit“: In den ersten beiden Erhebungszeiträumen wird berichtet, dass IG Metall, bei den Tarifverhandlungen, mehr Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit fordert. Wie bei der letzten Kategorie ist der Grund weshalb diese Kategorie nicht in weiteren Erhebungszeiträumen vorkommt darin zu finden, dass die Tarifverhandlungen zwischen IG Metall und Südwestmetall in EZ 2 abgeschlossen wurden.

Tabelle: Kategorie 12: „IG Metall fordert Mitspracherecht von Betriebsräten bei Einsatz von Leiharbeit“

	EZ 1	EZ 2
durch-gehend bedeutsam	IG Metall fordert eine Mitspracherecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit (vgl. Akteur-Frame 2).	IG Metall fordert bei der Tarifverhandlung mit Südwest Metall mehr Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit (vgl. Akteur-Frame17).

Kapitel 2-13: Kategorie 13: „Arbeitsbedingungen in Betrieben“: Die Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben“ gliedert sich in Unterkategorien die durchgehend und situativ bedeutsam sind.

Unterkategorie 13-1: „Unsicherheit, Verunsicherung und Druck für Arbeitnehmer in Betrieben“: In EZ 2 und 3 wird berichtet, dass Arbeitnehmer erpresst, verunsichert und unter Druck gesetzt werden. In EZ 2 wird thematisiert wie junge Menschen mit der Aussicht auf eine Festanstellung in Betrieben erpresst werden (vgl. Akteur-Frame 15). Befristete Anstellungen sollen bei jungen Menschen für existentielle Unsicherheiten sorgen (vgl. Akteur-Frame 15). In EZ 3 wird berichtet wie die Belegschaft eines Betriebes durch Leiharbeit verunsichert werde, denn Leiharbeitnehmer würden nach fünf Jahren keine Festanstellung bekommen (vgl. Akteur-Frame 25). Durch Leiharbeit soll die Belegschaft in Betrieben unter Druck gesetzt werden (vgl. Akteur-Frame 25).

Tabelle:: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben - Unterkategorie 13-1: Unsicherheit, Verunsicherung und Druck für Arbeitnehmer in Betrieben“

	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Junge Menschen werden mit der Aussicht auf eine Festanstellung in Betrieben **erpresst** (vgl. Akteur-Frame 15). Befristete Anstellungen sorgen bei jungen Menschen für existentielle **Unsicherheiten** (vgl. Akteur-Frame 15).	Leiharbeit **verunsichert** die Belegschaft eines Betriebes, weil Leiharbeitnehmer auch nach fünf Jahren keine Festanstellung bekommen (vgl. Akteur-Frame 25). Durch Leiharbeit wird die Stammbelegschaft in Betrieben unter **Druck** gesetzt (vgl. Akteur-Frame 28).

Unterkategorie 13-2: „Leiharbeitnehmer sind für Betriebe teurer als Festangestellte“: In EZ 1 wird behauptet, dass Leiharbeitnehmer für Betriebe teurer seien als Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 10).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben – Unterkategorie 13-2: Leiharbeitnehmer sind für Betriebe teurer als Festangestellte“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Die Beschäftigung von Leiharbeitnehmern ist für Betriebe teurer als die Einstellung von Festangestellten (vgl. Akteur-Frame 10).

Unterkategorie 13-3: „Leiharbeitnehmer bekommen in Betrieben nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte“: Desweiteren wird in EZ 1 thematisiert, dass Leiharbeitnehmer nicht den gleichen Lohn bekommen wie Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 2, 3, 7, 11, 14).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben - Unterkategorie 13-3: Leiharbeitnehmer bekommen in Betrieben nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeitnehmer bekommen nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 2, 3, 7, 11, 14).

Unterkategorie 13-4: „Drehtüreffekt von Leiharbeit in Betrieben“: Außerdem sollen fest angestellte Leiharbeitnehmer in Betrieben gekündigt worden sein, um sie Leiharbeitnehmer wieder einzustellen (vgl. Akteur-Frame 11).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben - Unterkategorie 13-4: Drehtüreffekt von Leiharbeit in Betrieben“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Festangestellte wurden gekündigt, um sie als Leiharbeitnehmer wieder einzustellen (Drehtüreffekt) (vgl. Akteur-Frame 11).

Unterkategorie 13-5: „Klebeeffekt von Leiharbeit in Betrieben“: Es wird in EZ 1 berichtet, dass es 20 Prozent der Leiharbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie es in eine Festanstellung schaffen (vgl. Akteur-Frame 8).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben – Unterkategorie 13-5: Klebeeffekt von Leiharbeit in Betrieben“

	EZ 1
situativ bedeutsam	20 Prozent der Leiharbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie in schaffen es in eine Festanstellung (vgl. Akteur-Frame 8).

Unterkategorie 13-6: „Leiharbeit erhöht Anzahl von Stammbeschäftigten“: Außerdem wird in EZ 1 noch behauptet, dass Leiharbeit die Anzahl der Stammbeschäftigten in Betrieben erhöhe (vgl. Akteur-Frame 8).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben - Unterkategorie 13-6: Leiharbeit erhöht Anzahl von Stammbeschäftigten“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeit soll den Effekt haben, dass sie die Anzahl von Stammbeschäftigten in Betrieben erhöht (vgl. Akteur-Frame 6).

Unterkategorie 13-7: Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition eines Betriebes“: In EZ 2 wird berichtet, dass die Markführerposition eines Betriebes ohne Leiharbeit nicht zu halten sei (vgl. Akteur-Frame 24).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben - Unterkategorie 13-7: Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition eines Betriebes“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Ohne Leiharbeit ist die Marktführerposition eines Betriebes nicht zu halten (vgl. Akteur-Frame 24).

Unterkategorie 13-8: „Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen“: Über Leiharbeit wird in EZ 2 auch noch berichtet, dass neue Arbeitsstellen verdränge (vgl. Akteur-Frame 29) und feste Arbeitsstellen besetze (vgl. Akteur-Frame 37).

Tabelle: Kategorie „Arbeitsbedingungen in Betrieben - Unterkategorie 13-8: Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Leiharbeit verdrängt neue Arbeitsstellen (vgl. Akteur-Frame 29). Durch Leiharbeit werden feste Arbeitsplätze besetzt (vgl. Akteur-Frame 37).

Kapitel 2-14: Kategorie 14: „Rechtfertigung für den Einsatz von Leiharbeit“: In EZ 1 wird darüber berichtet, dass ein Betrieb zu viele Arbeitnehmer beschäftigt. Die hohe Anzahl soll auf eine hohe Auftragslage zurück zu führen sein (vgl. Akteur-Frame 24). In EZ 2 muss sich ein wirtschaftlicher Akteur ebenfalls für den Einsatz von Leiharbeit rechtfertigen (vgl. Akteur-Frame 39). Es wird berichtet, dass Leiharbeit nur eine Notlösung für Fachkräftemangel sein soll (vgl. Akteur-Frame 32) oder ein Mittel um große Aufträge aufzufangen (vgl. Akteur-Frame 35). Anhand dieser Kategorie lässt sich beobachten, dass in EZ 1 und 2 der Einsatz von Leiharbeit in Betrieben als Mittel um hohe Auftragslagen aufzufangen gerechtfertigt sei.

Tabelle: Kategorie 14: „Rechtfertigung für den Einsatz von Leiharbeit“

	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Ein Betrieb beschäftigt zu viele Leiharbeitnehmer Die hohe Anzahl an Leiharbeitnehmern in einem Betrieb wird mit einer hohen Auftragslage begründet (vgl. Akteur-Frame 24).	Ein wirtschaftlicher Akteur muss sich für den Einsatz von Leiharbeit rechtfertigen (vgl. Akteur-Frame 39). Leiharbeit soll nur eine Notlösung bei Fachkräftemangel sein (vgl. Akteur-Frame 32). Leiharbeit ist ein Mittel um große Aufträge aufzufangen, bzw. um Spitzen aufzufangen (vgl. Akteur-Frame 35).

Kapitel 2-15: Kategorie 15: „Forderung der festen Übernahme von Arbeitnehmern in Betrieben“: In EZ 1 und 3 wird die feste Übernahme von Arbeitnehmer in Betrieben gefordert (vgl. Akteur-Frame 23, Akteur-Frame 25).

Tabelle: Kategorie 15: „Forderung der festen Übernahme von Arbeitnehmern in Betrieben“

	EZ 2	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Unbefristete Übernahme von Lehrlingen in Betrieben (vgl. Akteur-Frame 23).	Aushilfen sollen spätestens nach 24 Monaten fest beim Betrieb übernommen werden (vgl. Akteur-Frame 25).

Kapitel 2-16: Kategorie 16: „Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte“: In EZ 1 und 3 wird thematisiert, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert seine als Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 10, Akteur-Frame 42).

Tabelle: Kategorie 16: „Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte“

	EZ 1	EZ 3
durch-gehend bedeutsam	Leiharbeitnehmern sind sie weniger motiviert als Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 10).	Leiharbeitnehmer sind weniger motiviert als Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 42).

Kapitel 2-17: Kategorie 17: „Zu wenige Leiharbeitnehmer bekommen eine Festanstellung“: In EZ 1 wird thematisiert, dass zu wenige Leiharbeitnehmer eine Festanstellung bekommen sollen (vgl. Akteur-Frame 8).

Tabelle: Kategorie 17: „Zu wenige Leiharbeitnehmer bekommen eine Festanstellung“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Zu wenige Leiharbeitnehmer bekommen eine Festanstellung (vgl. Akteur-Frame 8).

Kapitel 2-18: Kategorie 18: „Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt“: In EZ 1 wird auch noch berichtet, dass Leiharbeit für Arbeitssuchende keine Brücke in den Arbeitsmarkt bilde (vgl. Akteur-Frame 5).

Tabelle: Kategorie 18: „Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt“

	EZ 1
situativ bedeutsam	Leiharbeit bildet keine Brücke für Arbeitssuchende in den Arbeitsmarkt (vgl. Akteur-Frame 5).

Kapitel 2-19: Kategorie 19: „Leiharbeit als Ursache psychischer Störungen“: Leiharbeit wird einzig in EZ 2 als Ursache psychischer Störungen thematisiert (vgl. Akteur-Frame 20).

Tabelle: Kategorie 19: „Leiharbeit als Ursache psychischer Störungen“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Ursache psychischer Störungen ist u.a. Leiharbeit. Sie beeinflusst die Gesundheit negativ, führt zu Unzufriedenheit im Beruf und das Risiko die Arbeit zu verlieren ist höher (vgl. Akteur-Frame 20).

Kapitel 2-20: Kategorie 20: „Jugend“: Die Kategorie „Jugend“ gliedert sich, in EZ 2, in drei Unterkategorien.

Unterkategorie 20-1, 20-2 und 20-3: Es wird thematisiert, dass die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit gestiegen sei (vgl. Akteur-Frame 21), dass junge Menschen in Betrieben keine unbefristete Festanstellung bekommen sollen und dass IG Metall die Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben fordere (vgl. Akteur-Frame 15).

Tabelle: Kategorie „Jugend – Unterkategorie 20-1: Anstieg von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen (vgl. Akteur-Frame 21).

Tabelle: Kategorie „Jugend – Unterkategorie 20-2: Junge Menschen bekommen in Betrieben keine unbefristete Festanstellung“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Ausgebildete, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende bekommen in Betrieben keine unbefristete Festanstellung (vgl. Akteur-Frame 15).

Tabelle: Kategorie „Jugend – Unterkategorie 20-3: IG Metall fordert Übernahme junger Menschen (Auszubildende und Ausgelernte) in Betrieben“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Für die Tarifverhandlung in der Elektro- und Metallindustrie fordert die IG Metall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (vgl. Akteur-Frame 15).

Kapitel 2-21: Kategorie 21: „Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall“: In der Berichterstattung in EZ 2 werden die Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall formuliert: Die IG Metall soll Warnstreiks beenden (vgl. Akteur-Frame 22). Es soll keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben geben (vgl. Akteur-Frame 23). Außerdem soll so wenig wie möglich, bei den Tarifverhandlungen, von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3% abrückt werden (vgl. Akteur-Frame 23).

Tabelle: Kategorie 21: „Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Die IG Metall soll Warnstreiks beenden (vgl. Akteur-Frame 22). Es soll keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben geben (vgl. Akteur-Frame 23). Außerdem so wenig wie möglich, bei den Tarifverhandlungen, von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3% abrücken (vgl. Akteur-Frame 23).

Kapitel 2-22: Kategorie 22: „Bild der IG Metall“: Die Berichterstattung zeichnet in EZ 2 Bilder der Gewerkschaft, die in drei Unterkategorien zusammengefasst werden.

Unterkategorie 22-1: „Identifikation mit der Gewerkschaft“: Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft. Es wird indirekt zur Teilnahme an den Warnstreiks aufgerufen (vgl. Metapher 9). Zudem wird in der Berichterstattung thematisiert, dass sich die Gewerkschaft um die Belange junger Arbeitnehmer kümmere (vgl. Metapher 13).

Tabelle: Kategorie „Bild der IG Metall – Unterkategorie 22-1: Identifikation mit der Gewerkschaft“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft. Es wird indirekt zur Teilnahme an den Warnstreiks aufgerufen (vgl. Metapher 9). Zudem wird in der Berichterstattung thematisiert, dass sich die Gewerkschaft **um die Belange junger Arbeitnehmer** kümmert (vgl. Metapher 13).

Unterkategorie 22-2: „Starke Gewerkschaft“: In der Berichterstattung wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet, indem über eine hohe Beteiligung von Arbeitnehmern an den Warnstreiks (vgl. Metapher 6) berichtet wird und Begriffspaare verwendet werden, die Stärke suggerieren (vgl. Metapher 7).

Tabelle: Kategorie „Bild der IG Metall – Unterkategorie 22-2: Starke Gewerkschaft“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Metapher 6 und 7 präsentieren Bilder, von denen sich auf eine starke IG Metall schließen lassen kann. Einerseits durch eine hohe Beteiligung von Arbeitnehmern an den Warnstreiks (vgl. Metapher 6), andererseits durch Begriffspaare, die Stärke suggerieren (vgl. Metapher 7).

Unterkategorie 22-3: „Durch Streiks entstehen Schäden bei Betrieben“: Desweiteren wird über einen potentiellen finanziellen Schaden berichtet, denn die Gewerkschaft, durch einen bundesweiten Streik von 3,6 Millionen Beschäftigten, anrichten kann (vgl. Metapher 8). Das kann ebenfalls ein Zeichen der Stärke gedeutet werden.

Tabelle: Kategorie „Bild der IG Metall – Unterkategorie 22-3: Durch Streiks entstehen Schäden bei Betrieben“

	EZ 2
situativ bedeutsam	Mit dem möglichen Szenario eines bundesweiten Streiks von 3,6 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie wird der potentielle finanzielle Schaden hervorgehoben, den die Gewerkschaft bei den Arbeitgebern anrichten kann (vgl. Metapher 8).

Kapitel 2-23: Kategorie 23: „Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte“: In EZ 3 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer sich weniger mit dem Unternehmen identifizieren sollen als Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 42).

Tabelle: Kategorie 23: „Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte“

	EZ 3
situativ bedeutsam	Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte (vgl. Akteur-Frame 42).

Kapitel 2-24: Kategorie 24: „Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden“: In EZ 3 wird außerdem berichtet, dass Leiharbeitnehmer einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden seien, weil die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten wieder beendet würden (vgl. Akteur-Frame 26).

Tabelle: Kategorie 24: „Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden“

	EZ 3
situativ bedeutsam	Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden, weil die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten wieder beendet wird (vgl. Akteur-Frame 26).

Kapitel 2-25: Kategorie 25: „Reflexion von Lösungswegen für Leiharbeit“: Im dritten Erhebungszeitraum werden Lösungswege für Leiharbeit reflektiert. Diese werden in zwei Unterkategorien gegliedert.

Unterkategorie 25-1 und 25-2: Es wird von der Ansicht berichtet, dass Verteuerung von Leiharbeit die Arbeitssuche für Geringqualifizierte erschweren würde (vgl. Akteur-Frame 34) und dadurch Leiharbeit auch nicht abgeschafft werde (vgl. Akteur-Frame 41).

Tabelle: Kategorie „Reflexion von Lösungswegen für Leiharbeit – Unterkategorie 25-1: Verteuerung von Leiharbeit erschwert Arbeitssuche “

	EZ 3
situativ bedeutsam	Die Verteuerung von Leiharbeit erschwert die Arbeitssuche für Geringqualifizierte (vgl. Akteur-Frame 34).

Tabelle: Kategorie „Reflexion von Lösungswegen für Leiharbeit – Unterkategorie 25-2: Erhöhung von Stundenlöhnen schafft Leiharbeit nicht ab“

	EZ 3
situativ bedeutsam	Erhöhung von Stundenlöhnen schafft Leiharbeit nicht ab (vgl. Akteur-Frame 41).

Kapitel 2-26: Kategorie 26: „Leiharbeit ist eine Brücke in den Arbeitsmarkt“: Leiharbeit wird in EZ 3 als Brücke in den Arbeitsmarkt thematisiert. Denn sie helfe Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen Arbeit zu bekommen (vgl. Akteur-Frame 36).

Tabelle: Kategorie 26: „Leiharbeit ist eine Brücke in den Arbeitsmarkt“

	EZ 3
situativ bedeutsam	Leiharbeit hilft Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen Arbeit zu bekommen (vgl. Akteur-Frame 36).

Kapitel 2-27: Kategorie 27: „Anstieg von Leiharbeit“: Der Anstieg von Leiharbeit in einem Landkreis wird in EZ 3 zum Thema gemacht.

Tabelle: Kategorie 27: „Anstieg von Leiharbeit“

	EZ 3
situativ bedeutsam	Anstieg von Leiharbeit in zwei Landkreise (vgl. Akteur-Frame 32).

Kapitel 2-28: Kategorie 28: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO“: In EZ 4 werden die Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO thematisiert. Diese werden in drei Unterkategorien ausgedrückt.

Unterkategorie 28-1, 28-2, 28-3: Es wird berichtet, dass die gewerkschaftliche Forderung einer Lohnerhöhung gerechtfertigt sein weil UFO drei Jahre hintereinander eine Tarifrunden ohne Erhöhung von Gehältern hingenommen haben soll (vgl. Akteur-Frame 43). Außerdem wird thematisiert, dass UFO durch punktuelle Streiks versucht ihre Forderungen umzusetzen (vgl. Akteur-Frame 43). Desweiteren wird erwähnt, dass UFO fünf Prozent mehr Lohn für die Flugbegleiter bei Lufthansa fordert, sowie das Ende der Leiharbeit und einen Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen (vgl. Akteur-Frame 43).

Tabelle: Kategorie 28: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 28-1: Rechtfertigung einer Lohnerhöhung“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Die Forderung nach einer Lohnerhöhung ist gerechtfertigt, weil UFO drei Jahre hintereinander eine Tarifrunden ohne Erhöhung von Gehältern hinnehmen musste (vgl. Akteur-Frame 43).

Tabelle: Kategorie 28: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 28-2: Streik als Mittel von UFO zur Interessensdurchsetzung“

	EZ 4
situativ bedeutsam	UFO versucht, durch punktuelle Streiks, ihre Forderungen umzusetzen (vgl. Akteur-Frame 43).

Tabelle: Kategorie „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 28-3: Ziele der Gewerkschaft UFO“

	EZ 4
situativ bedeutsam	UFO fordert fünf Prozent mehr Lohn, das Ende der Leiharbeit und einen Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen (vgl. Akteur-Frame 43).

Kapitel 2-29: Kategorie 29: „Bild der Gewerkschaft UFO“: In EZ 4 zeichnet die Berichterstattung drei Bilder der Gewerkschaft UFO. Diese werden in vier Unterkategorien wiedergegeben.

Unterkategorie 29-1: „Durch Betonung auf Schaden und gewerkschaftlicher Rechtfertigung gerät der Streikgrund in den Hintergrund“: In der Berichterstattung wird durch das Bild lahmgelegter Flughäfen, Verzögerungen und Chaos der Schaden hervorgehoben, der durch die Punktuellen Streiks entsteht (vgl. Metapher 17). Weiterhin wird berichtet wie sich UFO für die Folgen des Streiks entschuldigt. Dadurch wirkt die Gewerkschaft so als würde sie die Verantwortung für die entstandenen Schäden bei den Passagieren auf sich nehmen (vgl. Metapher 23). Die Betonung der Schäden und die Rechtfertigung UFOs können zur Folge haben, dass der Streikgrund, also der Personalabbau von Lufthansa, in den Hintergrund gerät.

Tabelle: Kategorie „Bild der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 29-1: Durch Betonung auf Schaden und gewerkschaftlicher Rechtfertigung gerät der Streikgrund in den Hintergrund“

	EZ 4
situativ bedeutsam	In der Berichterstattung wird durch das Bild lahmgelegter Flughäfen, Verzögerungen und Chaos der den Schaden hervorgehoben, den UFO mit ihren Punktuellen Streiks anrichtet. (vgl. Metapher 17). Weiterhin wird berichtet wie sich UFO für die Folgen des Streiks entschuldigt. Dadurch wirkt die Gewerkschaft so als würde sie die Verantwortung für die entstandenen Schäden bei den Passagieren auf sich nehmen (vgl. Metapher 23). Die Betonung der Schäden und die Rechtfertigung UFOs können zur Folge haben, dass der Streikgrund, der Personalabbau durch Lufthansa, in den Hintergrund gerät.

Unterkategorie 29-2: „Durch Streiks entstehen Schäden für Passagiere“: Außerdem wird in der Berichterstattung wiedergegeben wie sich der UFO-Gewerkschaftschef über die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft freut. Die Freude des UFO-Gewerkschaftschefs über die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft kann dahingehend ausgelegt werden, dass UFO ihre Erfolge auf Kosten der Lufthansa-Passagiere erzielt (vgl. Metapher 18). Durch das Bild einer Gewerkschaft, die die Streiks zur Interessensdurchsetzung instrumentalisiert, kann UFO so wirken als würden sie die Schäden billigend in Kauf nehmen (vgl. Metapher 19). Das Bild leidender Passagiere betont den Schaden, der durch die Streiks entsteht (vgl. Metapher 20). Durch die Lufthansa-Kritik in der Berichterstattung wird das Bild einer

fluggastfeindlichen Gewerkschaft gezeichnet, die dahingehend interpretiert werden kann, dass ihr die den Schäden, die bei den Fluggästen entstehen, gleichgültig sind (vgl. Metapher 21).

Tabelle: Kategorie „Bild der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 29-2: Durch Streiks entstehen Schäden für Passagiere“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Die Freude des UFO-Gewerkschaftschefs über die Streikbereitschaft seiner Gewerkschaft kann dahingehend ausgelegt werden, dass UFO ihre Erfolge auf Kosten der Lufthansa-Passagiere erzielt (vgl. Metapher 18). Durch das Bild einer Gewerkschaft, die die Streiks zur Interessensdurchsetzung instrumentalisiert, kann UFO so wirken als würden sie die Schäden billigend in Kauf nehmen (vgl. Metapher 19). Das Bild leidender Passagiere betont den Schaden, der durch die Streiks entsteht (vgl. Metapher 20). Durch die Lufthansa-Kritik wird das Bild einer fluggastfeindlichen Gewerkschaft gezeichnet, die dahingehend interpretiert werden kann, dass ihr die den Schäden, die bei den Fluggästen entstehen, gleichgültig sind (vgl. Metapher 21).

Unterkategorie 29-3: „Unsouveräne Gewerkschaft“: In Anbetracht der Kategorie „Schaden“ kann UFO’s Entscheidung zu streiken als übereilt, unüberlegt und drastisch interpretiert werden (vgl. Metapher 22).

Tabelle: Kategorie „Bild der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 29-3: Unsouveräne Gewerkschaft“

	EZ 4
situativ bedeutsam	In Anbetracht der Kategorie „Schaden“ kann UFO’s Entscheidung zu streiken als übereilt, unüberlegt und drastisch interpretiert werden (vgl. Metapher 22).

Unterkategorie 29-4: „Keine Identifikation mit den Zielen der Gewerkschaft“: Das Bild von Passagieren, die sich gleichmäßig zwischen Sympathisanten und Gegner der Streikmethode aufteilt vermittelt, dass es keine Mehrheit unter den Passagieren gibt, die den Methoden von UFO beipflichtet (vgl. Metapher 24).

Tabelle: Kategorie „Bild der Gewerkschaft UFO – Unterkategorie 29-4: Keine Identifikation mit den Zielen der Gewerkschaft“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Das Bild von Passagieren, die sich gleichmäßig zwischen Sympathisanten und Gegner der Streikmethode aufteilt vermittelt, dass es keine Mehrheit unter den Passagieren gibt, die den Methoden von UFO beipflichtet (vgl. Metapher 24).

Kapitel 2-30: Kategorie 30: „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“: In der Berichterstattung werden die Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa erwähnt. Diese werden in zwei Unterkategorien gegliedert.

Unterkategorie 30-1 „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“: Lufthansa soll vorhaben ein Tochterunternehmen zu gründen, um den Lufthansa-Tarif zu senken. Außerdem sollen die Arbeitszeiten der Angestellten verlängert werden. Darüber hinaus verfolgt der Arbeitgeber das ziel den Tarifstreits mit UFO zu beenden (vgl. Akteur-Frame 44).

Tabelle: Kategorie 30: „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa: – Unterkategorie 30-1: Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Gründung eines Tochterunternehmens, um den Lufthansa-Tarif zu senken. Verlängerung der Arbeitszeiten von Angestellten. Beendigung des Tarifstreits mit UFO (vgl. Akteur-Frame 44).

Unterkategorie 30-2: „Mittel, mit denen Lufthansa den Tarifstreit beenden will“: Um den Tarifstreit mit UFO zu beenden soll Lufthansa ein Absicherungsangebot, 3,5 Prozent mehr Gehalt für Arbeitnehmer, ein Verzicht auf Leiharbeit, sowie der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung anbieten (vgl. Akteur-Frame 44).

Tabelle: Kategorie „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa: – Unterkategorie 30-2: Mittel, mit denen Lufthansa den Tarifstreit beenden will“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Um den Tarifstreit mit UFO zu beenden bietet Lufthansa ein Absicherungsangebot, 3,5 Prozent mehr Gehalt für Arbeitnehmer, ein Verzicht auf Leiharbeit, sowie der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung (vgl. Akteur-Frame 44).

Kapitel 2-31: Kategorie 31: „Einsparung von Personalkosten“: Lufthansas Einsparung von Personalkosten wird in EZ 4 ebenfalls thematisiert. Diese Kategorie wir in drei Ausprägungen erläutert.

Unterkategorie 31-1: „Erläuterung der Lufthansa-Pläne“: Lufthansa soll, der Berichterstattung folgend, versuchen Personalkosten einzusparen, indem durch eine konzerninterne Billigtochter Gehaltsstufen abgeflacht werden. Außerdem soll Lufthansa planen die Beförderungsstufen zu strecken (vgl. Akteur-Frame 43).

Tabelle: Kategorie „Einsparung von Personalkosten – Unterkategorie 31-1: Erläuterung der Lufthansa-Pläne“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Lufthansa versucht Personalkosten einzusparen, indem durch eine konzerninterne Billigtochter Gehaltsstufen abgeflacht werden sollen. Außerdem plant Lufthansa die Beförderungsstufen zu strecken (vgl. Akteur-Frame 43).

Unterkategorie 31-2: „Probleme, die für Lufthansa die Einsparung von Personalkosten notwendig machen“: Berichtet wird auch darüber welche Probleme die Einsparung von Personalkosten für Lufthansa notwendig machen. Lufthansa soll einem starken Wettbewerb mit Billigfliegern ausgesetzt sein und Schulden Lufthansa wegen hohen Treibstoffkosten haben. (vgl. Akteur-Frame 44). Außerdem sollen Milliarden-Investitionen Lufthansa vor einem Problem stellen (vgl. Akteur-Frame 44).

Tabelle: Kategorie „Einsparung von Personalkosten – Unterkategorie 31-2: Probleme, die für Lufthansa die Einsparung von Personalkosten notwendig machen“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Lufthansa ist einem starken Wettbewerb mit Billigfliegern ausgesetzt (vgl. Akteur-Frame 44). Lufthansa macht Schulden aufgrund von hohen Treibstoffkosten (vgl. Akteur-Frame 44). Milliarden-Investitionen stellen Lufthansa vor einem Problem (vgl. Akteur-Frame 44).

Unterkategorie 31-3: „Rechtfertigung des Personalabbaus“: Es wird in Bezug auf den Personalabbau hinzugefügt, dass die Personalkosten bei Lufthansa höher seien als jene der Konkurrenz. Außerdem wird berichtet, dass Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip von Lufthansa nicht mehr akzeptiert werden würden (vgl. Akteur-Frame 44).

Tabelle: Kategorie „Einsparung von Personalkosten – Unterkategorie 31-3: Rechtfertigung des Personalabbaus“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Im Bezug auf den Personalabbau wird bewertet, dass die Personalkosten bei Lufthansa höher sind als jene der Konkurrenz. Außerdem wird berichtet, dass Hochstufungen nach dem Senioritätsprinzip von Lufthansa nicht mehr akzeptiert werden (vgl. Akteur-Frame 44).

Kapitel 2-32: Kategorie 32 „Informationsservice für Passagiere“: Der Verweis auf Informationen über gestrichene Flüge auf Webseiten und über Hotlines kann als redaktionelle Reaktion auf den Schaden, der durch die Streiks entsteht, interpretiert werden (vgl. Metapher 25).

Tabelle: Kategorie 32: „Informationen für Passagiere als redaktionelle Reaktion“

	EZ 4
situativ bedeutsam	Der Verweis auf Informationen über gestrichene Flüge auf Webseiten und über Hotlines kann als Reaktion auf den Schaden, der durch die Streiks entsteht, interpretiert werden (vgl. Metapher 25).

Kapitel 3: Kategoriengruppen und Ausprägungen

Kapitel 3-1: Kategoriengruppe 1: „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“: Die Kategoriengruppe „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“ besteht aus folgenden Ausprägungen, die in EZ 1, 2 und 3 bedeutsam sind:

- Ausprägung 1-1: „Mindestlohn, als Anstieg von Löhnen zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors“
- Ausprägung 1-2: „Leiharbeit ist verantwortlich für das Wachstum des Niedriglohnsektors“
- Ausprägung 1-3: „Leiharbeit wird zu niedrig entlohnt“
- Ausprägung 1-4: „Leiharbeitnehmer müssen durch staatliche Unterstützung ihre Gehälter aufstocken“

In den ersten drei Erhebungszeiträumen können Kategorien zur Gruppe „Leiharbeit als niedrige Entlohnung“ zusammengefasst werden. Mindestlohn wird als Anstieg von Löhnen zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors thematisiert (vgl. Kategorie 1). Leiharbeit wird für das Wachstum des Niedriglohnsektors verantwortlich gemacht (vgl. Kategorie 3). Leiharbeit wird zu niedrig entlohnt (vgl. Kategorie 4). Leiharbeitnehmer müssen durch staatliche Unterstützung ihre Gehälter aufstocken (vgl. Kategorie 5).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1, 2 und 3

Kategoriengruppe	Ausprägungen 1-1 bis 1-4
Leiharbeit als niedrige Entlohnung	Ausprägung 1-1 **„Mindestlohn, als Anstieg von Löhnen zur Bekämpfung des Mindestlohnsektors“** (vgl. Kategorie 1).
	Ausprägung 1-2 **„Leiharbeit ist verantwortlich für das Wachstum des Niedriglohnsektors“** (vgl. Kategorie 3).
	Ausprägung 1-3 **„Leiharbeit wird zu niedrig entlohnt“** (vgl. Kategorie 4).
	Ausprägung 1-4 **„Leiharbeitnehmer müssen durch staatliche Unterstützung ihre Gehälter aufstocken“** (vgl. Kategorie 5).

Kapitel 3-2: Kategoriengruppe 2: „Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen“: Diese Kategoriengruppe besteht aus Ausprägungen, die Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen thematisieren:

- Ausprägung 2-1: „Leiharbeit teilt Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen“
- Ausprägung 2-2: „Leiharbeitnehmer als schlecht verdienende und ausgebeutete Klasse“

- Ausprägung 2-3: „Leiharbeitnehmer sind austauschbar und unterbinden Solidarität zwischen Arbeitnehmern“
- Ausprägung 2-4: „Leiharbeitnehmer als Arbeitnehmer zweiter Wahl“

Ausprägung 2-1: „Leiharbeit teilt Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen“: In den ersten drei Erhebungszeiträumen wird berichtet, dass Leiharbeit die Beschäftigten in Betrieben in zwei Klassen teilt (vgl. Unterkategorie 6-1).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1, 2 und 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 2-1
Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen	Ausprägung 2-1 **„Leiharbeit teilt Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen“** (vgl. Unterkategorie 6-1).

Ausprägung 2-2: „Leiharbeitnehmer als schlecht verdienende und ausgebeutete Klasse“: In EZ 2 und 3 wird berichtet, dass durch Leiharbeit ein zweites Lohnniveau in Betrieben etabliert wird (vgl. Unterkategorie 6-2). In beiden Erhebungszeiträumen wird Leiharbeit auch als Ausbeutung definiert (vgl. Unterkategorie 6-3). In der Berichterstattung werden Gegensatzpaare gebildet, ohne dass der Gegenpart Erwähnung findet. Wenn von einem zweiten Lohnniveau durch Leiharbeit berichtet wird, dann muss davon ausgegangen werden, dass es in Betrieben eine Klasse von Arbeitnehmern gibt, die besser verdient als jene Klasse Leiharbeitnehmer. Wenn von Leiharbeit als Ausbeutung geschrieben wird, dann muss eine Ausbeuterklasse einer ausgebeuteten Klasse gegenüberstehen. In den durchgehend bedeutsamen Kategorien in EZ 2 und 3 wird ein Klassenbegriff über Gegensatzpaare thematisiert. Insofern lassen sich diese Kategorien der Gruppe „Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen“ zuordnen.

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2 und 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 2-2
Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen	Ausprägung 2-2 **„Leiharbeitnehmer als schlecht verdienende und ausgebeutete Klasse“:** In EZ 2 und 3 wird ein Klassenbegriff über Gegensatzpaare thematisiert: Eine besser verdienende Klasse von Arbeitnehmer steht einer schlechter verdienenden Klasse von Leiharbeitnehmern gegenüber (vgl. Unterkategorie 6-2). Eine Ausbeuterklasse steht einer Klasse von ausgebeuteten Leiharbeitnehmern gegenüber (vgl. Unterkategorie 6-3).

Ausprägung 2-3: „Leiharbeitnehmer sind austauschbar und unterbinden Solidarität zwischen Arbeitnehmern“: In EZ 1 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer regelmäßig vom Arbeitgeber ersetzt werden (vgl. Unterkategorie 6-4). Außerdem soll Leiharbeit die Solidarität unter den Arbeitnehmern unterbinden (vgl. Unterkategorie 6-5). Beide Unterkategorien lassen sich der Kategoriengruppe „Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen“ zuordnen. Denn aus der Sicht einer Zweiklassengesellschaft, die durch Leiharbeit entsteht, kann der regelmäßige Austausch als eine Abwertung von Leiharbeitnehmern verstanden werden. Die Unterbundene Solidarität kann als ein Effekt verstanden werden, der die Ausbildung von zwei Klassen in Bertrieben begünstigt.

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1

Kategoriengruppe	Ausprägung 2-3
Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen	**„Leiharbeitnehmer sind austauschbar und unterbinden Solidarität zwischen Arbeitnehmern“:** Aus der Sicht einer Zweiklassengesellschaft kann die Austauschbarkeit von Leiharbeitnehmer als eine Abwertung verstanden werden (vgl. Unterkategorie 6-4). Die Unterbundene Solidarität zwischen Arbeitnehmern, durch Leiharbeit, kann als ein Effekt verstanden werden, der die Ausbildung von zwei Klassen in Betrieben begünstigt (vgl. Unterkategorie 6-5).

Ausprägung 2-4: „Leiharbeitnehmer als Arbeitnehmer zweiter Wahl“: In EZ 2 wird berichtet, dass sich viele Leiharbeitnehmer als Beschäftigte zweiter Wahl fühlen, weil sie keine Aussicht auf eine feste Anstellung haben (vgl. Unterkategorie 6-6).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 2-4
Leiharbeit als Ursache für die Ausbildung von zwei Klassen	„ **Leiharbeitnehmer als Arbeitnehmer zweiter Wahl“:** Viele Leiharbeitnehmer fühlen sich als Beschäftigte zweiter Wahl, weil sie keine Aussicht auf eine feste Anstellung haben (vgl. Unterkategorie 6-6).

Kapitel 3-3: Kategoriengruppe 3: „Leiharbeit in Betrieben“: Die Kategoriengruppe „Leiharbeit in Betrieben“ gliedert sich folgende Ausprägungen:

- Ausprägung 3-1: „Leiharbeit dient der Gewinnmaximierung von Betrieben“
- Ausprägung 3-2: „Ansätze, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen“ und „Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit schränken betriebliche Flexibilität ein“

- Ausprägung 3-3: „Leiharbeitnehmern sind sie weniger motiviert als Festangestellte“
- Ausprägung 3-4: „Gegensatzpaare 1 - 4“
- Ausprägung 3-5: „Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition“ und „Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen“
- Ausprägung 3-6: „Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte“

Ausprägung 3-1: „Leiharbeit dient der Gewinnmaximierung von Betrieben“: In den ersten drei Erhebungszeiträumen wird berichtet, dass Leiharbeit der Gewinnmaximierung von Betrieben dient (vgl. Kategorie 2).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1, 2 und 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 3-1
Leiharbeit in Betrieben	**Leiharbeit dient der Gewinnmaximierung von Betrieben** (vgl. Kategorie 2).

Ausprägung 3-2: „Ansätze, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen“ und „Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit schränken betriebliche Flexibilität ein“: In EZ 1 und 2 wird über Ansätze berichtet, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen. Durch Equal Pay soll gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Betrieben bezahlt werden (vgl. Unterkategorie 8-1). Betriebe sollen ihre Gewinne zur Anhebung der Löhne ihrer Arbeitnehmer verwenden (vgl. Kategorie 9).

In beiden Erhebungszeiträumen wird berichtet, dass Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit die betriebliche Flexibilität einschränken würde (vgl. Unterkategorie 10-1).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1 und 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 3-2 „Ansätze, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen“ und „Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit schränken betriebliche Flexibilität ein“
Leiharbeit in Betrieben	**Equal Pay und Gewinne als Ansätze, mit denen Löhne von Arbeitnehmern angehoben werden sollen:** Durch Equal Pay soll gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Betrieben bezahlt werden (vgl. Unterkategorie 8-1). Betriebe sollen ihre Gewinne zur Anhebung der Löhne ihrer Arbeitnehmer verwenden (vgl. Kategorie 9).
	Maßnahmen zur Einschränkung von Leiharbeit schränken betriebliche Flexibilität ein (vgl. Unterkategorie 10-1).

Ausprägung 3-3: „Leiharbeitnehmern sind weniger motiviert als Festangestellte“: In EZ 1 und 3 wird berichtet, dass Leiharbeitnehmer weniger motiviert sind als Festangestellte (vgl. Kategorie 16).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1 und 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 3-3
Leiharbeit in Betrieben	**Leiharbeitnehmern sind sie weniger motiviert als Festangestellte** (vgl. Kategorie 16).

Ausprägung 3-4: „Gegensatzpaare 1 - 4“: In EZ 1 wird Leiharbeit in Betrieben anhand von Gegensatzpaaren beschrieben:

- ***Gegensatzpaar 1:*** Positive Auswirkungen von Flexibilität für Betriebe und Arbeitnehmer (vgl. Unterkategorie 10-3) stehen negativen Auswirkungen für Leiharbeitnehmer gegenüber (vgl. Unterkategorie 10-4).
- ***Gegensatzpaar 2:*** Es wird betont, dass Leiharbeitnehmer nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte bekommen (vgl. Unterkategorie 13-3), gleichzeitig wird erwähnt dass Equal Pay für Betriebe nicht möglich ist (vgl. Unterkategorie 8-2). Damit steht die Thematisierung ungleicher Entlohnung der Rechtfertigung ungleicher Entlohnung gegenüber.
- ***Gegensatzpaar 3:*** Es wird berichtet, dass Leiharbeit die Anzahl der Stammbeschäftigten erhöht (vgl. Unterkategorie 13-6) und dass es 20 Prozent der Leiharbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie es in eine Festanstellung schaffen (vgl. Unterkategorie 13-5). Dem entgegengesetzt wird berichtet, dass es zu wenige Leiharbeitnehmer in eine Festanstellung schaffen (vgl. Kategorie 17).
- ***Gegensatzpaar 4:*** Außerdem wird berichtet, das fest angestellte Arbeitnehmer gekündigt werden, um sie wieder als Arbeitnehmer einzustellen (vgl. Unterkategorie 14-5). Gleichzeitig sind Leiharbeitnehmer teurer als Festangestellte für Betreibe (vgl. Unterkategorie 13-2).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1

Kategoriengruppe	Ausprägung 3-4: Gegensatzpaare 1 -4“
Leiharbeit in Betrieben	**Gegensatzpaar 1: Negative Auswirkungen von Flexibilität vs. positive Auswirkungen von Flexibilität:** Positiven Auswirkungen von Flexibilität für Betriebe und Arbeitnehmer (vgl. Unterkategorie 10-3) stehen negativen Auswirkungen von Flexibilität für Leiharbeitnehmer gegenüber (vgl. Unterkategorie 10-4).
	Gegensatzpaar 2: Ungleiche Entlohnung vs. Rechtfertigung ungleicher Entlohnung: Leiharbeitnehmer bekommen nicht den gleichen Lohn wie Festangestellte (vgl. Unterkategorie 13-3), gleichzeitig wird erwähnt dass Equal Pay für Betriebe nicht möglich ist (vgl. Unterkategorie 8-2).
	Gegensatzpaar 3: Leiharbeit erhöht Anzahl von Festangestellten vs. wenige Leiharbeitnehmer schaffen es in eine Festanstellungen: Leiharbeit erhöht die Anzahl der Stammbeschäftigten t (vgl. Unterkategorie 13-6) und 20 Prozent der Leiharbeitnehmer schaffen es in der Metall- und Elektroindustrie in eine Festanstellung (vgl. Unterkategorie 13-5). Gleichzeitig schaffen es zu wenige Leiharbeitnehmer in eine Festanstellung (vgl. Kategorie 17).
	Gegensatzpaar 4: Drehtüreffekt vs. teure Leiharbeitnehmer: Festangestellte Arbeitnehmer werden gekündigt werden, um sie wieder als Arbeitnehmer einzustellen (vgl. Unterkategorie 14-5). Gleichzeitig sind Leiharbeitnehmer teurer als Festangestellte für Betreibe (vgl. Unterkategorie 13-2).

Ausprägung 3-5: „Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition“ und „Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen“: Ohne Leiharbeit ist die Marktführerposition eines Betriebes nicht zu halten (vgl. Unterkategorie 13-7). Außerdem wird berichtet, dass Leiharbeit neue Arbeitsstellen verdrängt und besetzt (vgl. Unterkategorie 13-8).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 3-5
Auswirkung von Leiharbeit in Betrieben	**Ohne Leiharbeit keine Marktführerposition:** Ohne Leiharbeit ist die Marktführerposition eines Betriebes nicht zu halten (vgl. Unterkategorie 13-7).
	Leiharbeit verdrängt und besetzt neue Arbeitsstellen (vgl. Unterkategorie 13-8).

Ausprägung 3-6: „Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte“: Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte (vgl. Kategorie 23).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 3-6
Auswirkung von Leiharbeit in Betrieben	**Leiharbeitnehmer identifizieren sich weniger mit dem Unternehmen als Festangestellte** (vgl. Kategorie 23).

Kapitel 3-4: Kategoriengruppe 4 „IG Metall“: Die Kategoriengruppe „IG Metall“ gliedert sich in folgende Ausprägungen:

- Ausprägung 4-1: „Forderungen der IG Metall – Lohnerhöhung und Mitspracherecht“
- Ausprägung 4-2: „Bild der IG Metall“ und „Forderungen der IG Metall – Unbefristete Übernahme“

Ausprägung 4-1: „Forderungen der IG Metall – Lohnerhöhung und Mitspracherecht“: Im Tarifkonflikt mit Südwestmetall fordert IG Metall eine 6,5-prozentige Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer der Elektro- und Metallindustrie (vgl. Kategorie 11). Ebenfalls fordert IG Metall ein Mitspracherecht von Betriebsräten bei Einsatz von Leiharbeit (vgl. Kategorie 12).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1 und 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 4-1
IG Metall	**Forderungen der IG Metall – Lohnerhöhung und Mitspracherecht von Betrieben:** Im Tarifkonflikt mit Südwestmetall fordert IG Metall 6,5-prozentige Lohnerhöhung der Arbeitnehmer der Elektro- und Metallindustrie (vgl. Kategorie 11) und ein Mitspracherecht von Betriebsräten bei Einsatz von Leiharbeit (vgl. Kategorie 12).

Ausprägung 4-2: „Bild der IG Metall“ und „Forderungen der IG Metall – Unbefristete Übernahme“: Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft (vgl. Unterkategorie 22-1). In der Berichterstattung wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet (vgl. Unterkategorie 22-2). Außerdem wird über einen potentiellen finanziellen Schaden berichtet, denn die Gewerkschaft, durch einen bundesweiten Streik anrichten kann (vgl. Unterkategorie 22-3). Für die Tarifverhandlung mit Südwestmetall fordert IG Metall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben (vgl. Unterkategorie 20-3).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 4-2
IG Metall	**Bild der IG Metall – Identifikation mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft und potentieller Schaden durch einen großen Streik**: Die Berichterstattung identifiziert sich teilweise mit Zielen und Argumentationslinien der Gewerkschaft (vgl. Unterkategorie 22-1). Es wird das Bild einer starken Gewerkschaft gezeichnet (vgl. Unterkategorie 22-2). Außerdem wird über einen potentiellen finanziellen Schaden berichtet, denn die Gewerkschaft, durch einen bundesweiten Streik anrichten kann (vgl. Unterkategorie 22-3).
	Forderungen der IG Metall – Unbefristete Übernahme: Für die Tarifverhandlung mit Südwestmetall fordert IG Metall die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in

	Betrieben (vgl. Unterkategorie 20-3).

Kapitel 3-5: Kategoriengruppe 5: „Leiharbeit als schlechte Zukunftsperspektive“: In der Berichterstattung wird Arbeitnehmern durch Leiharbeit eine schlechte Zukunftsperspektive gegeben (vgl. Kategorie 7).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1 und 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 5-1
Leiharbeit als schlechte Zukunftsperspektive	**Schlechte Zukunftsperspektive durch Leiharbeit:** Leiharbeitnehmer haben eine schlechte Zukunftsperspektive (vgl. Kategorie 7).

Kapitel 3-6: Kategoriengruppe 6 „Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt“: Aus EZ 1 und 3 können Ausprägungen gewonnen werden, die die Auswirkung von Leiharbeit auf den Arbeitsmarkt thematisieren:

- Ausprägung 6-1: „Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt“
- Ausprägung 6-2: „Gegensatzpaar 5: Hohes Risiko von Arbeitslosigkeit vs. Brücke in den Arbeitsmarkt“ und „Reflexion von Lösungswegen“
- Ausprägung 6-3: „Reflexion von Lösungswegen“

Ausprägung 6-1: „Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt“: In EZ 1 wird die Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt thematisiert, indem berichtet wird, dass Leiharbeit keine Brücke in den Arbeitsmarkt bildet (vgl. Kategorie 18).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 1

Kategoriengruppe	Ausprägung 6-1
Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt	**Leiharbeit bildet keine Brücke in den Arbeitsmarkt** (vgl. Kategorie 18).

Ausprägung 6-2: „Gegensatzpaar 5: Hohes Risiko von Arbeitslosigkeit vs. Brücke in den Arbeitsmarkt “ und „Reflexion von Lösungswegen“: Leiharbeitnehmer sind einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden, weil die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse nach weniger als drei Monaten wieder beendet werden (vgl. Kategorie 24). Leiharbeit dient Menschen ohne Ausbildung und ältere

Menschen als Brücke in den Arbeitsmarkt, denn sie hilft Arbeit zu bekommen (vgl. Kategorie 26).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 6-2
Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt	**Gegensatzpaar 5: Hohes Risiko von Arbeitslosigkeit für Leiharbeitnehmer vs. Leiharbeit als Brücke in den Arbeitsmarkt:** Leiharbeitnehmer sind einerseits einem hohen Risiko ausgesetzt Arbeitslos zu werden (vgl. Kategorie 24), andererseits dient sie Menschen ohne Ausbildung und ältere Menschen als Brücke in den Arbeitsmarkt (vgl. Kategorie 26)

Ausprägung 6-3: „Reflexion von Lösungswegen“: In EZ 3 werden außerdem Lösungswege zur Eindämmung von Leiharbeit reflektiert. So wird berichtet, dass die Verteuerung von Leiharbeit die Arbeitssuche für Geringqualifizierte erschwert (vgl. Unterkategorie 25-1) und dass die Erhöhung von Stundenlöhnen Leiharbeit nicht abschafft (vgl. Unterkategorie 25-2).

Tabelle: Ausprägungen der durchgehend bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 6-3
Auswirkung von Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt	**Reflexion von Lösungswegen für Leiharbeit: Verteuerung erschwert Arbeitssuche und schafft sie nicht ab** Die Verteuerung von Leiharbeit erschwert die Arbeitssuche für Geringqualifizierte (vgl. Unterkategorie 25-1) und die Erhöhung von Stundenlöhnen schafft Leiharbeit nicht ab (vgl. Unterkategorie 25-2)

Kapitel 3-7: Kategoriengruppe 7 „Südwestmetall“: In dieser Kategoriengruppe sind die Ziele des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall verzeichnet.

Südwestmetall hat folgende Ziele:

- Beendigung der Warnstreiks von IG Metall.
- Außerdem soll es keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben geben.
- Es soll so wenig wie möglich, bei den Tarifverhandlungen, von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3Prozent abrückt werden (vgl. Kategorie 21).

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 7-1
Südwestmetall	**Ziele des Arbeitgeberverbands Südwestmetall: Ende Warnstreiks, kein Übernahmepflicht von Auszubildende und Entgelterhöhung von c.a. 3%** Die IG Metall soll Warnstreiks beenden. Es soll keine Übernahmepflicht von ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben geben. Außerdem soll so wenig wie möglich, bei den Tarifverhandlungen, von einer Entgelterhöhung von 2,6 bis 3 Prozent abrückt werden (vgl. Kategorie 21).

Kapitel 3-8: Kategoriengruppe 8 „Jugend“: Die Kategoriengruppe „Jugend“ gliedert sich in folgende Ausprägungen:

- **Ausprägung 8-1: „Die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen“** (vgl. Unterkategorie 20-1).
- **Ausprägung 8-2: „Keine unbefristete Anstellung für junge Arbeitnehmer“:** Es wird berichtet, dass Ausgebildete, ausgelernten Lehrlinge und Dual-Studierende in Betrieben keine unbefristete Festanstellung bekommen (vgl. Unterkategorie 20-2).
- **Ausprägung 8-3: „Leiharbeit als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen und Missbrauch der Jugend“:** Leiharbeit wird als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen und Missbrauch der Jugend bezeichnet (vgl. Unterkategorie 6-7).
- **Ausprägung 8-4: „Jugend wütend auf Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge“:** Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge werden durch das Bild einer wütenden und verbitterten Jugend negativ besetzt (vgl. Unterkategorie 6-7).

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2

Kategoriengruppe	Ausprägungen der Kategoriengruppe 8 „Jugend“
Jugend	Ausprägung 8-1 **Die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen** (vgl. Unterkategorie 20-1).
	Ausprägung 8-2 **Keine unbefristete Anstellung für junge Arbeitnehmer** (vgl. Unterkategorie 20-2).
	Ausprägung 8-3 **Leiharbeit als Verstoß gegen Gerechtigkeitsformen und Missbrauch der Jugend** (vgl. Unterkategorie 6-7).
	Ausprägung 8-4 **Jugend wütend auf Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Werkverträge** (vgl. Unterkategorie 6-7).

Kapitel 3-9: Kategoriengruppe 9: „Psychische Störung“: Es wird berichtet, dass Leiharbeit psychische Störungen verursacht (vgl. Kategorie 19).

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 2

Kategoriengruppe	Ausprägung 9-1
Psychische Störung	**Leiharbeit als Ursache psychischer Störungen** (vgl. Kategorie 19).

Kapitel 3-10: Kategoriengruppe 10: „Anstieg von Leiharbeit“: Es wird berichtet, dass Leiharbeit in zwei Landkreise gestiegen ist (vgl. Kategorie 27).

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 3

Kategoriengruppe	Ausprägung 10-1
Anstieg von Leiharbeit	**Leiharbeit ist in zwei Landkreise gestiegen** (vgl. Kategorie 27)

Kapitel 3-11: Kategoriengruppe 11: „UFO“: Die Kategoriengruppe „UFO“ besteht aus folgenden Ausprägungen:

- Ausprägung 11-1: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO“
- Ausprägung 11-2: „Bild der Gewerkschaft UFO“

Ausprägung 11-1: „Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO“: UFO hat sich zum Ziel das Ende der Leiharbeit bei Lufthansa, einen Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen, sowie mehr Lohn für die Arbeitnehmer gesetzt. (vgl. Unterkategorie 28-3). Die Forderung nach mehr Lohn wird in der Berichterstattung für gerechtfertigt empfunden (vgl. Unterkategorie 28-1). Punktuelle Streiks ist das Mittel mit dem die Gewerkschaft versucht ihre Forderung gegenüber Lufthansa umzusetzen (vgl. Unterkategorie 28-2).

Ausprägung 11-2: „Bild der Gewerkschaft UFO“: In der Berichterstattung wird das Bild einer Gewerkschaft gezeichnet, die das Leiden von Passagieren verursacht. Die Berichterstattung kann dahingehend interpretiert werden, dass Lufthansa ihre Erfolge auf Kosten der Lufthansa-Passagiere erzielt. Durch die Kritik von Lufthansa an UFO wird die Gewerkschaft als fluggastfeindlich definiert. Diese Definition wird durch den Fokus der Berichterstattung auf leidende Passagiere verstärkt (vgl. Unterkategorie 29-2).

UFO wird auch als Verursacher von Schäden thematisiert, indem über lahmgelegt Flughäfen, Verzögerungen und Chaos berichtet wird. Die Entschuldigung der Gewerkschaft für die Folgen der punktuellen Streiks kann dahingehend interpretiert werden, dass die Gewerkschaft die alleinige Schuld für die Folgen der Streiks auf sich nimmt. Die Betonung von Schaden kann zur Folge haben, dass die UFO-Forderungen und der Personalabbau von Lufthansa in den Hintergrund geraten (vgl. Unterkategorie 29-1).

In Anbetracht des Fokus der Berichterstattung auf Schäden und leidende Passagiere lässt sich die gewerkschaftliche Entscheidung zu streiken als übereilt, unüberlegt, drastisch und daher als unsouverän interpretieren (vgl. Unterkategorie 29-3).
In der Berichterstattung wird das Bild von Passagieren gezeichnet, die nicht mehrheitlich den Methoden von UFO beipflichten (vgl. Unterkategorie 29-4).

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 4

Kategoriengruppe	Ausprägung der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe
UFO	Ausprägung 11-1 **Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO:** Ziele: Ende der Leiharbeit bei Lufthansa, Schutz gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen und mehr Lohn für die Arbeitnehmer (vgl. Unterkategorie 28-1, Unterkategorie 28-3). Mittel: Forderungen soll durch punktuelle Streiks gegenüber Lufthansa umgesetzt werden (vgl. Unterkategorie 28-2).
	Ausprägung 11-2 **Bild der Gewerkschaft UFO:** UFO als Verursacher von für Leid Passagieren (vgl. Unterkategorie 29-2) UFO als Verursacher von Schäden (vgl. Unterkategorie 29-1) UFOs Entscheidung zu streiken kann als unsouverän interpretiert werden (vgl. Unterkategorie 29-3). Die Passagiere befürworten nicht mehrheitlich die Methoden von UFO (vgl. Unterkategorie 29-4).

Kapitel 3-12: Kategoriengruppe 12: „Lufthansa“: Die Kategoriengruppe „Lufthansa“ besteht aus folgenden Ausprägungen:

- Ausprägung 12-1: „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“
- Ausprägung 12-2: „Einsparung von Personalkosten“

Ausprägung 12-1: „Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa“: Lufthansa verfolgt folgende Ziele:

- Gründung eines Tochterunternehmens, um den Lufthansa-Tarif zu senken.
- Verlängerung von Arbeitszeiten der Angestellten.
- Beendigung des Tarifstreits mit UFO (vgl. Unterkategorie 30-1).

Lufthansa will mit folgenden Mitteln den Tarifstreit beenden:

- Ein Absicherungsangebot und 3,5 Prozent mehr Gehalt für die Arbeitnehmer.
- Ein Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen (vgl. Unterkategorie 30-2).

Ausprägung 12-2: „Einsparung von Personalkosten“: Ein weiteres Ziel ist die Einsparung von Personalkosten durch eine konzerninterne Billigtochter (vgl. Unterkategorie 31-1). In der Berichterstattung werden ein starker Wettbewerb, Schulden und Investitionen als Lufthansa-Problem genannt, die die Einsparung

notwendig machen (vgl. Unterkategorie 31-2). Der Personalabbau wird damit gerechtfertigt, dass die Personalkosten von Lufthansa höher sind als jene der Konkurrenz (vgl. Unterkategorie 31-3).

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 4

Kategoriengruppe	Ausprägung der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe
Lufthansa	**Ziele und Mittel des Arbeitgebers Lufthansa:** Ziele: Gründung eines Tochterunternehmen, um den Lufthansa-Tarif zu senken, die Verlängerung von Arbeitszeiten ihrer Angestellten und die Beendigung des Tarifstreits mit UFO (vgl. Unterkategorie 30-1). Mittel: Absicherungsangebot und 3,5 Prozent mehr Gehalt für die Arbeitnehmer, Verzicht auf Leiharbeit und betriebsbedingte Kündigungen (vgl. Unterkategorie 30-2).
	Einsparung von Personalkosten: Ein weiteres Ziel ist die Einsparung von Personalkosten durch eine konzerninterne Billigtochter (vgl. Unterkategorie 31-1). Ein starker Wettbewerb, Schulden und Investitionen sind Probleme, die die Einsparung von Personalkosten für Lufthansa notwendig machen (vgl. Unterkategorie 31-2). Der Personalabbau damit gerechtfertigt, dass die Personalkosten von Lufthansa höher sind als jene der Konkurrenz (vgl. Unterkategorie 31-3).

Kapitel 3-13: Kategoriengruppe 13 „Passagiere“: Der Verweis auf Informationen über gestrichene Flüge auf Webseiten und über Hotlines in der Berichterstattung kann als redaktionelle Reaktion gewertet werden (vgl. Kategorie 32). Diese redaktionelle Reaktion kann auf die Betonung von Schaden (vgl. Unterkategorie 29-1) und leidende Passagiere (vgl. Unterkategorie 29-2) in der Berichterstattung zurückgeführt werden.

Tabelle: Ausprägungen der situativ bedeutsamen Kategoriengruppe in EZ 4

Kategoriengruppe	Ausprägung 13-1
Passagiere	**Informationsservice für Passagiere:** Der Verweis auf Informationen über gestrichene Flüge kann als redaktionelle Reaktion auf die Betonung von Schaden und leidende Passagiere betrachtet werden (vgl. Kategorie 32)

Kapitel 4: Thematische Überschneidungen

In diesem Kapitel werden thematischen Überschneidungen zwischen den Kategoriengruppen (vgl. Kapitel 3) und IG Metall-Mitteilungen, Südwestmetall-Mitteilungen und Artikeln der Frankfurter Rundschau widergegeben. Das Ziel dieses Kapitels die Überschneidungen zwischen den Mitteilungen/ Artikeln und der BZ-Berichterstattung aufzuzeigen.

Kapitel 4-1: Thematische Überschneidung zwischen Kategoriengruppen und IG Metall-Mitteilungen: In den Mitteilungen der IG Metall lassen sich Informationen finden, die sich den Kategoriengruppen zuordnen lassen.

Leiharbeit wird in der Berichterstattung der Badischen Zeitung und in den IG Metall-Mitteilungen als niedrige Entlohnung thematisiert (vgl. Ausprägung 1-3 In: Kategoriengruppe 1 und IGM-002, -003, -010, -028, -029). Leiharbeitnehmer werden als Arbeitnehmer zweiter Wahl thematisiert (vgl. Ausprägung 2-4 In Kategoriengruppe 2 und IGM-014). Nach Gewerkschaftssicht teilt Leiharbeit Beschäftigte in Betrieben in zwei Klassen (vgl. Ausprägung 2-1 In Kategoriengruppe 2 und IGM-021).

In den Mitteilungen sowie in der Berichterstattung lässt sich die Ansicht finden, dass Equal Pay (vgl. IGM-003, -007, -013, -021, -029) gerechtfertigt ist, weil die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2011 hohe Gewinne erwirtschaftet haben (vgl. Ausprägung 3-2 In: Kategoriengruppe 3 und IGM-006, -009, -023, -024, -028, -031). Es wird behauptet, dass nicht wenige Unternehmen Stammbeschäftigte kündigen und sie als Leiharbeitnehmer wieder einstellen (vgl. Ausprägung 3-4 In: Kategoriengruppe 3 und IGM-003). Ebenfalls wird behauptet, dass durch Leiharbeit die Stammbelegschaft in Betrieben schrumpft (vgl. Ausprägung 3-5 und IGM-011, -013, -025, -029, -034, -035).

In der BZ-Berichterstattung wie bei den Gewerkschaftsmitteilungen tauchen folgende Forderungen auf:

- Ein Mitsprachrecht von Betriebsräten beim Einsatz von Leiharbeit (vgl. Ausprägung 4-1 In Kategoriengruppe 4 und IGM-006, -013, -016, -018, -023, -030, -035, -036).

- Eine Lohnerhöhung für die Arbeitnehmer von 6,5 Prozent (vgl. Ausprägung 4-1 In Kategoriengruppe 4 und IGM-006, -013, -016, -018, -023, -024, -025, -028, -030, -031).
- eine Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden in Betrieben (vgl. Ausprägung 4-2 In Kategoriengruppe 4 und IGM-005, -009, -013, -023, -025, -026, -027, -028, -030, -032).

In beiden Quellen werden Leiharbeitnehmern schlechte Zukunftschancen prognostiziert (vgl. Ausprägung 5-1 In: Kategoriengruppe 5 und IGM-003).
Außerdem wird darauf hingewiesen, dass Leiharbeit zu psychischen Störungen führen kann (vgl. Ausprägung 9-1 In: Kategoriengruppe 9 und IGM-019).
Beide Quellen thematisieren ebenfalls, dass die Gewerkschaft Verhandlungen mit den Verbänden der Leiharbeitbranche und Leiharbeitunternehmen führt (vgl. BZ-058, -061 und IGM-012, -015, -036, -037, -038). Mit den Verbänden der Leiharbeitbranche verhandelt IG Metall über einen Branchenzuschlag und eine Einsatzzulage, damit Leiharbeitnehmer wie Stammbeschäftigte bezahlt werden (vgl. BZ-026, -044, -047, -075 und IGM-012, -014, -020). In der Berichterstattung bleibt unerwähnt, dass IG Metall parallel mit ausgewählten Leiharbeitsunternehmen verhandelt (vgl. IGM-015).

Kapitel 4-2: Thematische Überschneidung zwischen Kategoriengruppen und Südwestmetall-Mitteilungen: In den Mitteilungen von Südwestmetall lassen sich Informationen finden, die ebenfalls in der Badischen Zeitung auftauchen.
Leiharbeit wird von Südwestmetall als unverzichtbares Flexibilisierungsinstrument für Betriebe verstanden (vgl. Ausprägung 3-4 In: Kategoriengruppe 3 und SWM-001). Aus Südwestmetallsicht brauchen Betriebe mehr Flexibilität (vgl. SWM-005, -006). Leiharbeit wird von Betrieben der Metall- und Elektrobranche ausschließe als Flexibilisierungsinstrument eingesetzt, um Auftragsschwankungen auszugleichen, so die Arbeitgebervertretung (vgl. SWM-007). Leiharbeit wird als das wichtigste Instrumet für die Flexibilität der Betriebe betrachtet (vgl. SWM-008).
Nach Südwestmetall-Angaben verdrängt Leiharbeit keine Stammbeschäftigte in Betrieben (vgl. SWM-007). In einem Artikel der Badischen Zeitung wird diese Ansicht vom Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) verifiziert (vgl. BZ-008).

Folgende Ziele des Arbeitgeberverbandes lassen sich der Kategoriengruppe 7 „Südwestmetall“ zuordnen (vgl. Ausprägung 7-1):

- Die IG Metall-Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn wird als wirtschaftlich unbegründbar bezeichnet (vgl. SWM-004, -005, -006, -008, -009, -011).
- Eine Übernahmepflicht von Auszubildende wird als Überflüssig erachtet, da in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie bereits vier Fünftel der Auszubildenden unbefristet übernommen werden (vgl. SWM-001, -004, -005, -006, -008, -009, -011, -014).
- Die Forderung der IG Metall nach Mitspracherecht der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit wird zurück gewiesen (vgl. BZ-008).

Der Arbeitgeberverband weist darauf hin, dass die Warnstreiks der IG Metall einen wirtschaftlichen Schaden in Betrieben anrichten (vgl. SWM-012, -014). In der Berichterstattung wird auf diese Informationen in einem Artikel Bezug genommen (vgl. BZ-031).

Kapitel 4-3: Thematische Überschneidung zwischen Kategoriengruppen und Artikel der Frankfurter Rundschau: In der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau lässt sich wie in der BZ-Berichterstattung ein Informationsservice für Passagiere finden (vgl. Ausprägung 13-1 In: Kategoriengruppe 13):

- Es wird über Passagierrechte und die Möglichkeit von Gratisumbuchungen bei Flugausfällen berichtet (vgl. FR-001, -015, -016, -020, -030). Darüber hinaus gibt die Berichterstattung einen Überblick über Orte, Länge und aktueller Entwicklung der Warnstreiks wieder (vgl. FR-003, -004, -011, -032). Sowohl die Badische Zeitung als auch die Frankfurter Rundschau verweisen auf die Deutsche Bahn als Alternativen zum Flieger (vgl. FR-010, -019, -024, -026, -027 und BZ-081, -082. -085). Einzig die Frankfurter Rundschau verweist darauf, dass sich Fraport (Frankfurt Airport) um gestrandete Fluggäste kümmert (vgl. FR-002) und dass in Frankfurt am Main Hotelbetten bereit stehen (vgl. FR-038).

In der Frankfurter Rundschau werden ebenfalls die Ziele und Mittel der Gewerkschaft UFO thematisiert (vgl. Ausprägung 11-1 In Kategoriengruppe 11):

- Es wird berichtet, dass sich UFO gegen eine Verlagerung von Arbeitsplätzen bei Lufthansa und gegen eine Direktflugtochter und den damit verbundenen Einkommenseinbußen einsetzt, mehr Lohn fordert und Schutz gegen

Leiharbeit (vgl. FR-004, -023). Das Mittel um diese Forderungen zu erreichen sind punktuelle Streiks (vgl. FR-006a, -008). Sowohl in der Berichterstattung der Badischen Zeitung sowie in der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau wird die Forderung nach einer Lohnerhöhung für Gerechtfertigt empfunden (vgl. BZ-081 bis BZ-085 und FR-006a).

In beiden Berichterstattungen werden Schlichtungsgesprächen zwischen Lufthansa und UFO thematisiert, bei denen Friedenspflicht gilt bzw. weitere Streiks aussetzen und bei dem Lufthansa verspricht auf den Einsatz von Leih-Stewardessen zu verzichten (vgl. FR-011, -028, -031, -033, -035, -037, -040, -041 und BZ-088, -089).

Die Frankfurter Rundschau thematisiert ebenfalls Schäden, leidende Passagiere und die Lufthansa-Kritik an UFO (Ausprägung 11-2 In: Kategoriengruppe 11):

- Leidende Passagiere: Es wird über Tränen beim Blick auf die Anzeigetafel (vgl. FR-013), von gravierenden Folgen für Passagiere (vgl. FR-022) und Übernachtungen auf Feldbetten (vgl. FR-013a) berichtet.
- Lufthansa-Kritik: Lufthansa kritisiert UFO dafür, dass sie ihre Interessen auf Kosten der Passagiere durchsetzen (vgl. FR-006, -013, -017, -020).
- Schäden: Schäden, die durch die punktuellen Streiks entstehen, werden durch Einnahmeausfälle für Lufthansa (vgl. FR-006a), Flugausfälle (vgl. FR-011, -013a, -018, -025) und Stornierungen (FR-017, -022) thematisiert.
- In den Berichterstattungen beider Zeitungen sind die betroffenen Passagiere geteilter Meinung zwischen Verständnis und Unverständnis über die Streikmethode der Gewerkschaft (vgl. FR-009, -013, -019, -034).

Es werden ebenfalls Ziele und Mittel von Lufthansa thematisiert (vgl. Ausprägung 12-1 In: Kategoriengruppe 12):. Ziel der Lufthansa ist die Gründung einer konzerninterne Billigtochter und Abflachung der Gehaltsstufen bzw. Einsparung von Personalkosten (vgl. FR-006a). Dafür bietet das Unternehmen eine 3,5-prozentige Lohnerhöhung an (vgl. FR-023).

Mitteilungen der IG Metall

Tabelle: Inhaltsverzeichnis

IGM	IGM-Mitteilung/ Seitenzahl				
001 - 005	001/2	002/3	003/4	004/5	005/7
006 – 010	006/8	007/9	008/9	009/10	010/11
011 – 025	011/11	012/14	013/16	014/18	015/19
016 – 020	016/21	017/22	018/23	019/24	020/26
021 – 025	021/28	022/28	023/29	024/30	025/32
026 – 030	026/33	027/34	028/35	029/36	030/37
031 - 035	031/38	032/39	033/41	034/42	035/43
036 - 040	036/44	037/44	038/45		040/45
041 - 045	041/46	042/48	043/50	044/51	045/53

Code	Datum			
IGM-001	11-11-11			

Lohnuntergrenze in der Leiharbeit

Es reicht immer noch nicht

Der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen stellt die Initiative zum Mindestlohn in der Leiharbeit als hehres Ziel dar. Dabei kann man damit aber höchsten den freien Fall der Entgelte in der Leiharbeit verhindern. Eine echte Verbesserung ist noch lange nicht in Sicht.

Die DGB-Gewerkschaften, iGZ und BAP hatten einen gemeinsamen Vorschlag zur Lohnuntergrenze in der Leiharbeit an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geschickt. Der Entwurf zur Rechtsverordnung wird heute im Bundesanzeiger veröffentlicht. Für die IG Metall ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings reicht die Lohnutergrenze noch lange nicht aus. Um Leiharbeit fair zu gestalten, muss endlich das Equal Pay-Prinzip gesetzlich verankert werden. Wenn das weitere Verfahren reibungslos läuft, könnten die Lohnuntergrenzen für alle in- und ausländischen Leiharbeiter noch in diesem Jahr rechtswirksam werden. Der Mindestlohn läge dann bei 8,19 Euro im Westen und bei 7,50 Euro im Osten. Eine Mindestlohnregelung löst aber keines der heute bestehenden Probleme mit der Leiharbeit. Sie leistet allenfalls einen Beitrag dazu, die bestehende Lohndifferenz zwischen Normalarbeit und Leiharbeit nicht weiter anwachsen zu lassen. Die bleibt aber weiter bestehen. Und genau diese Differenz stellt den wirtschaftlichen Anreiz für Unternehmen dar, noch stärker auf Leiharbeit zu setzen. Von fairer Leiharbeit kann man - wenn überhaupt- erst sprechen, wenn folgende Schritte umgesetzt sind:

-eine strikte Durchsetzung des Eual Pay-Prinzips

- die Übernahme des in der EU-Leiharbeitsrichtline und im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vorgesehenen Grundsatzes "gleiches Geld für gleiche Arbeit"

- die Möglichkeit, vom Equal Pay-Grundsatz abweichen zu können, zu streichen.

Ohne Equal Pay bleibt Leiharbeit ungerecht Ein Mindestlohn ändert schließlich nichts an der ungerechten Bezahlung, die Leiharbeit mit sich bringt: Ein Zerspanungsmechaniker aus Nordrhein-Westfalen in der Gruppe 9 des Entgelttarifvertrages erhält 16,48 Euro pro Stunde ohne Zuschläge. Ein Leiharbeiter, der nach einem mit der BZA abgeschlossenen Tarifvertrag bezahlt wird, erhält für die gleiche Arbeit gerade einmal 10,41 Euro pro Stunde (BAP hat die BZA-Tarifverträge übernommen). Der Einzelne erfährt hier eine unglaubliche Ungerechtigkeit: "Ich bekomme weniger als mein Kollege für die gleiche Arbeit." Das kann auf Dauer niemand aushalten. Die IG Metall leistet viel, ist aber nicht die Bundesregierung Um die Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern zu verbessern, bringt die IG Metall Vereinbarungen zur Leiharbeit in die laufenden und kommenden Tarifrunden ein. Ebenso wurden bereits über 400 Besservereinbarungen in einzelnen Unternehmen abgeschlossen. Die IG Metall kann aber nicht den Job der Bundesregierung machen. Die sollte sich nun endlich um einen fairen, geordneten Arbeitsmarkt kümmern.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/lohnuntergrenze-in-der-leiharbeit-9048.htm

IGM-002	11-11-11			

DIW-Studie zur Einkommensentwicklung in Deutschland

Metaller haben mehr im Geldbeutel

Die realen Monatseinkommen der Deutschen schrumpfen - das rechnet uns das DIW in seiner neuesten Studie vor. Doch tatsächlich sind die tariflichen Entgelte in der Metallindustrie in den letzten elf Jahren so gestiegen, dass auch real heute 14 Prozent mehr im Portemonnaie sind. Aber die Leiharbeit drückt die Löhne - in der Metallbranche ebenso wie in der Gesamtwirtschaft.

Sind die Löhne in den letzten zehn Jahren nicht gewachsen? Das behauptet das DIW in seiner neuesten Analyse. Doch was Lohnsteigerungen tatsächlich wert sind, sieht man wenn man die Inflationsrate abzieht. Denn entscheidend ist nicht in erster Linie, wieviel man verdient, sondern was man davon kaufen kann. Die DIW-Forscher haben über alle Branchen und alle Berufe hinweg die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste ermittelt und mit der Inflationsrate verglichen. Das Ergebnis dieser Rechnung kann man in der Tat nur als mager bezeichnen: Danach sind die durchschnittlichen Monatseinkommen in Deutschland real um 93 Euro gesunken. Diese Durchschnittsrechnung ist berechtigt, wenn es um die Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung geht. Sie berücksichtigt allerdings nicht die höchst unterschiedlichen Entwicklungen in einzelnen Branchen und welche Bedeutung in diesem Zusammenhang Tarifverträge haben. In der Metall- und Elektroindustrie sind die tariflichen Entgelte überdurchschnittlich gestiegen. Die Beschäftigten erhalten dort heute 34 Prozent mehr Lohn als vor elf Jahren. Wenn wir jetzt die Inflationsrate von knapp 20 Prozent im gleichen Zeitraum abziehen, so bleibt immer noch ein Plus von 14 Prozent realer Lohnzuwachs.

Mitglieder der IG Metall profitieren

Dass das kein mathematisches Hütchenspiel ist, belegt die Lohnentwicklung am Beispiel eines Arbeitnehmers in Baden Württemberg. Unser Kollege Heinz Jungmann, Facharbeiter in Baden Württemberg, kam im Jahr 2000 auf einen Bruttomonatsverdienst von 2488 Euro. Da er Mitglied der IG Metall ist, profitiert er von den Tarifabschlüssen seiner Gewerkschaft. Heinz bekam in den Jahren zwischen 2000 und 2011 jährliche prozentuale Erhöhungen zwischen 1,5 und 4,1 Prozent. Dazu kommen mehrere Einmalzahlungen. Diese bewegten sich zwischen 122 und 510 Euro. Allein in diesem Jahr bekam Kollege Heinz im April einmalig 320 Euro plus 2,7 Prozent mehr Geld. Ohne die verschiedenen Einmalzahlungen kommt unser baden württembergischer Kollege im Frühjahr 2011 auf einen Verdienst von brutto 3774 Euro. Gegenüber seinem Verdienst vom Jahr 2000 ist das ein Plus von 34 Prozent. Inflationsbereinigt bleibt immer noch ein Mehr von 14 Prozent übrig, das ist der Reallohnzuwachs in diesen elf Jahren.

Leiharbeit und fehlende Tarifverträge drücken die Löhne nach unten

Heinz ist Facharbeiter. Er ist bereits einige Jahre in dem baden-württembergischen Unternehmen angestellt, gehört zur Stammbelegschaft und wird nach Tarif bezahlt. Das ist leider nicht überall so. Betriebe ohne Tarifbindung zahlen meist deutlich weniger. Sind dort wenige Beschäftigte in der Gewerkschaft, so fehlt auch der Druck auf das Niveau eines Tarifvertrages zu kommen. Hinzu kommt die Leiharbeit. Leiharbeitnehmer verdienen meist ein Drittel weniger als die Stammbeschäftigten. Was tatsächlich die durchschnittlichen Verdienste nach unten zieht, sind fehlende Tarifbindungen und die prekäre Beschäftigung auch in vielen Unternehmen der Metallbranche. Vor allem die Leiharbeit und Billiglohn-Jobs drücken auf die Lohnentwicklung.

Armutszeugnis der Politik

Die Analyse des DIW zeigt deutlich das Ausmaß des Niedriglohnsektors. Und es belegt eindringlich, dass eine Regulierung des Arbeitsmarktes längst überfällig ist. Deshalb fordert die IG Metall eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Die Politik muss endlich handeln. Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, stellte fest: "Wenn Minijobs, Befristungen, Leiharbeit und Teilzeit den Arbeitsmarkt zu 75 Prozent wachsen lassen, wir aber gleichzeitig sehen, dass die Menschen nicht gleichberechtigt am Aufschwung teilhaben, ist das eine eindeutige Fehlentwicklung". Deshalb brauchen wir "endlich Equal-Pay in der Leiharbeit und flächendeckende Mindestlöhne", forderte der IG Metall-Vorsitzende.

Dass die durchschnittlichen tariflichen Entgelte in den Metallunternehmen so deutlich über den durchschnittlichen Verdiensten in Deutschland liegen, ist vor allem ein Verdienst der IG Metall, ihrer Tarifpolitik, der engagierten Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder in den Metallfirmen. Denn sie sorgen dafür, dass die Tariferhöhungen auch auf den Gehaltskonten der Kollegen ankommen. Die IG Metall hält es für erforderlich, dass auch außerhalb der Metall- und Elektroindustrie die Realeinkommen der Beschäftigten steigen und dass sie am Wohlstandszuwachs teilhaben.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/diw-studie-zur-einkommensentwicklung-in-deutschland-9012.htm

Code	Datum			
IGM-003	16-11-11			

Prekäre Arbeit

Faire Jobs statt Arbeit um jeden Preis

Eigentlich ein Grund zur Freude: Die Wirtschaft brummt. Konzerne streichen Milliardengewinne ein. Doch dafür ist der Arbeitsmarkt in Schieflage geraten. Denn die Leiharbeit boomt und jungen Menschen wird der Berufseinstieg erschwert. Statt Arbeit um jeden Preis fordert die IG Metall eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik.

Zunehmend wälzen die Arbeitgeber ihr unternehmerisches Risiko auf Beschäftigte ab.
Nach der Krise entstehen zwar neue Jobs, jedoch vor allem in der Leiharbeit oder sie sind befristet. Statt fester Arbeitsverträge bieten die Firmen selbst gut und hoch qualifizierten Fachkräften nur noch befristete Verträge oder stellen sie als Leiharbeitnehmer ein. In anderen Fällen wird Arbeit ausgelagert oder per Werkvertrag eingekauft. Dieser Trend führt dazu, dass immer mehr Menschen von ihrem Job nicht mehr leben können.

Leiharbeit trifft auch Stammbeschäftigte

Etwa sieben Millionen der rund 41 Millionen Erwerbstätigen sind Minijobber. Eine Million sind Leiharbeitnehmer. Der immer größer werdende Niedriglohnsektor führt dazu, dass auch die durchschnittlichen Einkommen sinken. Im Bundesdurchschnitt über alle Branchen und Berufe hinweg gingen die durchschnittlichen Monatseinkommen real in den letzten zehn Jahren um 93 Euro zurück. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgerechnet. Dass das so ist, liegt vor allem an der Zunahme prekärer Beschäftigung. Zwar liegen die Verdienste von Stammbeschäftigten in den Metall- und Elektrounternehmen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Doch auch in diesen Branchen ziehen Leiharbeit und Minijobs die durchschnittliche Einkommensentwicklung nach unten. Auch wenn Stammbeschäftigte ein tarifliches Entgelt bekommen, die zerstörerische Kraft, die von der Leiharbeit ausgeht, wirkt sich nicht nur auf die Leiharbeitnehmer aus, sie trifft auch die Stammbelegschaft. Nicht wenige Unternehmen setzen Stammbeschäftigte vor die Tür und stellen sie alles Leiharbeitnehmer wieder ein. "Noch eindeutigere Belege kann es nicht geben: Wir brauchen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt", fordert Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Ungleiche Bezahlung ist nicht fair

Ein Beispiel für die Ungleichheit: In Nordrhein-Westfalen bekommt ein Leiharbeitnehmer, der in der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt ist und über eine zweijährige Ausbildung verfügt, nach dem BZA/DGB-Tarif einen Stundenlohn von 9,84 Euro. Ein Festangestellter mit vergleichbaren Aufgaben verdient nach Tarif 14,45 Euro in der Stunde. Somit bekommt der ausgebildete Leiharbeiter etwa 32 Prozent weniger als sein festangestellter Kollege. Noch größer sind die Unterschiede bei ungelernten Beschäftigten: Hier liegt der Stundenlohn in der Metall- und Elektrobranche NRW tariflich bei 7,79 Euro. Ein Festangestellter erhält hingegen für Tätigkeiten, die keine oder nur eine kurze Anlernzeit erfordern, einen Stundenlohn von 12,91 Euro. Das ist eine Differenz von 40 Prozent.

"Wenn wir nicht wollen, dass Arbeit als wertvollster Rohstoff Deutschlands zur Ramschware verkommt, muss das Prinzip 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' endlich umgesetzt werden. Wir brauchen eine faire Ordnung am Arbeitsmarkt. Das erreichen wir mit wirkungsvollen Gesetzen und Tarifregelungen", begründet Berthold Huber die Forderung der IG Metall nach Equal Pay bei der Leiharbeit. Es geht nicht um eine pauschale Gleichbezahlung. Die IG Metall fordert, dass jeder Beschäftigte entsprechend seiner Tätigkeit bezahlt wird. Demnach müssen Leiharbeiter so bezahlt werden wie Tarif-Beschäftigte, wenn sie vergleichbare Tätigkeiten verrichten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Jungen nicht die Zukunft verwehren

Aber es geht nicht nur um faire Löhne. Gerade der jungen Generation werden die Chancen auf eine gute Zukunft verbaut. Jeder Dritte unter 35 hat noch nie in einem festem Arbeitsverhältnis gestanden. Und gerade die Berufseinsteiger werden mit einem verrohten Arbeitsmarkt konfrontiert. Nach der Ausbildung wird ein Großteil der Auszubildenden entweder gar nicht oder nur befristet übernommen. Das erschwert die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Denn beim Wechsel in eine andere Firma wird häufig Berufserfahrung erwartet und die bringen Berufseinsteiger nicht mit, wenn sie nach der Ausbildung keinen festen Arbeitsvertrag bekommen. Tatsächlich wurde 2009 jeder zweite Jungfacharbeiter im Osten nach bestandener Prüfung arbeitslos, im Westen waren es über 31 Prozent. Ein materiell gesichertes und selbstbestimmtes Leben ist so nicht möglich. Deshalb hat die IG Metall die Zukunftschancen und Perspektiven der jungen Generation auf ihrer Agenda ganz oben angesiedelt. Junge Menschen haben das Recht auf Arbeit. Und zwar nicht auf irgendeinen Job, sondern auf einen sicheren und guten Arbeitsplatz. Deshalb fordert die IG Metall in der laufenden Stahltarifrunde neben höheren Entgelten, einem verbesserten tariflichen Anspruch auf Altersteilzeit die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/prekaere-arbeit-9052.htm

Code	Datum			
IGM-004	29-11-11			

Migranten und Leiharbeit

Ganz unten 2011

Sie verstehen die deutsche Sprache nur schlecht und brauchen die Arbeit für ihre Aufenthaltsgenehmigung. Migranten sind Verleihfirmen oft ausgeliefert und beißen lieber die Zähne zusammen, als sich über schlechte Behandlung zu beschweren.

Putzen klingt harmlos. Ist es aber nicht. Von "putzen" spricht Ercan (Name geändert), wenn er Teile mit der Flex reinigen muss. Die Arbeit ist schwer. Und gefährlich. Vor ein paar Tagen ist wieder ein Kollege verunglückt. Er musste genäht werden. Gefährliche Arbeit überlassen die anderen gerne Ercan, dem Leiharbeitnehmer, dem Ausländer. In der Hierarchie steht er ganz unten. Er riskiert seine Gesundheit, erledigt die schmutzigen Jobs und murrt nicht, wenn er weniger Geld

bekommt als der deutsche Kollege, der erst vor einer Woche an der Maschine angefangen hat. Ganz unten gibt es keinen Widerstand. Dort gibt es nur die Hoffnung, irgendwann nach oben zu kommen. Was Ercan erzählt, erinnert an die Erlebnisse des Journalisten Günter Wallraff und seines Alter Egos, des Türken Ali. Vor 26 Jahren hatte sich Wallraff einen schwarzen Schnauzer angeklebt und dunkle Kontaktlinsen eingesetzt, um am eigenen Leib zu erfahren, unter welchen Bedingungen Migranten im Deutschland der 80er-Jahre arbeiteten. Sein Bericht erschütterte damals die Öffentlichkeit. Ein Vierteljahrhundert später hat sich Sandra Siebenhüter auf den Weg nach »ganz unten« gemacht. Die Soziologin der Universität Eichstätt befragte 116 Leiharbeitnehmer, Arbeitgeber und Betriebsräte für eine Studie der Otto Brenner Stiftung. Das Ergebnis: Auch im Jahr 2011 werden Menschen, die ganz unten sind, ausgebeutet und diskriminiert.

Manche Verleiher machen gar keinen Hehl daraus. So antwortete eine Personaldisponentin auf die Frage, ob es Unterschiede zwischen Leiharbeitnehmern gebe: "Die Aussiedler aus Russland kann ich überall hinschicken. Diemachen alles, egal, wie dreckig die Arbeit ist." Siebenhüters Arbeit zeigt: Migranten sind für viele Verleiher leichte Beute. Diese Arbeitnehmer kennen ihre Rechte nicht und beherrschen die deutsche Sprache zu schlecht, um komplizierte Verträge zu lesen. Sie unterschreiben Arbeitsverträge, nach denen ihr Lohn halbjährlich gekürzt wird. Oder ihre eigene Kündigung, in der das Datum offen gelassen ist. Werden sie krank, kann der Verleiher das Dokument einfach zurückdatieren. "Verleiher nutzen die Lage von Migranten aus und machen ein unheimliches Geschäft damit", sagt Siebenhüter.

Keine Rücksicht auf die Gesundheit

Denn bei vielen Migranten hängt an der Arbeit nicht nur das Familieneinkommen. Sie würden mit ihrem Job auch ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren. Deshalb beißen sie lieber die Zähne zusammen, bevor sie sich über nicht bezahlte Krankentage beschweren. Für Didem Gökdal (Name geändert) nicht immer leicht zu ertragen. Sie ist Betriebsrätin bei einem Verleiher. Bei ihr beklagen sich die Kollegen über unbezahlte Zeiten zwischen den Einsätzen, gefährliche Arbeit ohne Sicherheitseinweisung oder Schutzkleidung. Doch am Ende des Gesprächs folgt fast immer die Bitte: "Behalte es für dich. Ich brauch' den Job." "Es ist zum Verzweifeln", sagt die Betriebsrätin. "Mit Leiharbeitern können sie alles machen. Das hat der Gesetzgeber gut hingekriegt.« Auch auf die Gesundheit der Menschen nimmt hier kaum einer Rücksicht, wie Didem am eigenen Leib erfuhr. Ihr erster Einsatz als Leiharbeitnehmerin endete nach zwei Wochen mit einer Vergiftung im Krankenhaus. "Wir mussten Teile mit einem aggressiven Putzmittel reinigen, ohne Mundschutz, ohne Handschuhe und ohne Schutzbrille." Geändert hat sich seither nichts. "Viele ausländische Leiharbeiter bekommen keine vernünftige Sicherheitseinweisung. Und Drecksarbeiten, die Stammbeschäftigte nicht machen wollen, gibt es in fast jedem Betrieb."

So auch in dem Stahlunternehmen, in dem Ercan arbeitet. "Ausländische Leiharbeitnehmer bekommen immer die schweren, stressigen Aufträge. Wenn man die Arbeit nicht schafft, heißt es, der Türke ist faul", erzählt Ercan, der in der Türkei ein Betriebswirtschaftsstudium angefangen hatte. Immer wieder versprach ihm der Meister, dass er übernommen wird, aber erst müsse er die Zeichnungen lesen lernen. Ercan lernte die Zeichnungen, aber nichts geschah. Deutsche Kollegen, die nach ihm kamen, zogen an ihm vorbei und wurden übernommen. Als er den Meister fragte, bekam er zur Antwort, sein Deutsch sei zu schlecht. "Zu schlecht für eine Festanstellung", lacht Ercan verbittert. Seit drei Jahren arbeitet er als Leiharbeitnehmer bei dem Stahlunternehmen. Wenn er länger bleiben sollte, blieb er länger. Wenn er am Wochenende arbeiten sollte, kam er auch sonntags. "Ich habe zwölf Stunden am Tag, sechs bis sieben Tage die Woche gearbeitet. Wie soll ich da nebenbei noch Deutsch lernen?", fragt der junge Mann.

Doppelte Ausgrenzung

Leiharbeit bedeutet aus Sicht der Soziologin Siebenhüter für Migranten doppelte Ausgrenzung. Für frühere Einwandergenerationen war der Arbeitsplatz der erste Anker, über den sie auch Kontakte zu Deutschen knüpfen konnten. Das funktioniert bei Leiharbeit nicht. Ohne einen festen Arbeitsplatz fällt es schwer, Wurzeln zu schlagen. Selbst wer

länger in einem Betrieb arbeitet, weiß nie, ob er am nächsten Tag wiederkommt. Hinzu komme die finanzielle Situation. "Viele arbeitenfür 'nen Appel und 'n Ei und sind dafür 13 oder 14 Stunden am Tag unterwegs", sagt Siebenhüter. Die Soziologin kann Politiker nicht verstehen, die Migranten vorwerfen, sich nicht zu integrieren. "Sie sollten erst einmal sicherstellen, dass diese Menschen überhaupt die Chance zur Integration bekommen." Für Ercan und seine türkischen Leiharbeitskollegen haben sich die Bedingungen in den letzten Monaten verbessert. Seit gut einem Jahr haben sie im Stahlwerk einen Betriebsrat. Vor acht Monaten trat Ercan in die IG Metall ein. "Mit der Gewerkschaft haben wir in den letzten Monaten einiges erreicht, wovon wir vor einem Jahr nicht einmal geträumt hätten." Es gab mehr Geld, und der Arbeitgeber ordnet Überstunden nicht mehr einfach an. Die IG Metall gibt Ercan die Sicherheit, die er in Deutschland lange vermisst hat. "Bisher dachte ich: Wenn ich hier rausfliege, kräht kein Hahn danach. Jetzt interessiert es meine Gewerkschaft.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/migranten-und-leiharbeit-9110.htm

Code	Datum			
IGM-005	14-12-11			

IG Metall Pressedienst 37/2011

Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden und 350 Leiharbeiter übernommen - Bausteine gegen prekäre Beschäftigung bei Audi Neckarsulm

Bei Audi in Neckarsulm sollen künftig alle Auszubildenden unbefristet übernommen werden. Das erklärten Unternehmensleitung und Betriebsrat der Audi AG heute am Standort Neckarsulm auf einer Betriebsversammlung.

Demnach wollen beide Seiten die Zahl der Ausbildungsplätze aufrecht halten. Gleichzeitig winkt künftig allen Auszubildenden des Automobilherstellers nach bestandener Ausbildung ein unbefristeter Arbeitsvertrag. Die Regelung soll auch auf Absolventen der Dualen Hochschule angewandt werden. "Die Operation Übernahme ist für Audi somit erfolgreich beendet. Wir können den Jugendlichen damit nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung einen unbefristeten Arbeitsplatz bei Audi garantieren", freut sich Norbert Rank, Betriebsratsvorsitzender Audi Neckarsulm.

Im laufenden Jahr ist es den Arbeitnehmervertretern des Automobilherstellers zudem gelungen, für die Übernahme von 350 am Standort Neckarsulm eingesetzten Leiharbeitnehmern in ein festes Arbeitsverhältnis bei Audi zu sorgen. Für Rank ist dies ein wichtiges Signal, denn das Unternehmen habe somit die Forderungen des Betriebsrats nach Ein-stellung von externen Fachkräften sowie die Übernahme von Leiharbeitern umgesetzt und insgesamt Personal aufgebaut. Rank: "Das ist eine gesunde Wachstumsstrategie."

Dennoch bemängelte der Betriebsratsvorsitzende einen insgesamt noch immer zu hohen Anteil an Leiharbeitnehmern. "Da muss im kommenden Jahr noch etwas passieren", sagte Rank und kündigte gleichzeitig an, mit der Geschäftsführung über eine weitere Übernahme von Leiharbeitskräften verhandeln zu wollen.

Bei Audi in Neckarsulm arbeiten momentan 14.187 Beschäftigte, davon 840 Auszubildende und DHBW-Studenten.

Kontakt für Rückfragen: Wolfgang Lindenmaier, Geschäftsführer des Betriebsrates der AUDI AG Neckarsulm, Tel.: 07132-31 73 126, wolfgang.lindenmaier@audi.de

Link	http://www.bw.igm.de/news/meldung.html?id=48730

Code	Datum			
IGM-006	15-12-11			

Metall und Elektro: Start frei für die Tarifrunde 2012

Geschenkt wird uns nichts

Wieviel mehr soll es sein? Im Januar und Februar haben die Mitglieder in den Betrieben Zeit, intensiv über die Geldforderung für die Metall-Tarifrunde 2012 zu diskutieren. Ende Februar beschließen die Tarifkommissionen und der IG Metall-Vorstand die konkrete Forderung. Doch schon jetzt steht fest: Die Zeichen stehen auf Plus.

Bereits jetzt verhandeln die IG Metall und die Metall-Arbeitgeber. Dabei geht es um bessere Bedingungen bei der Leiharbeit, um die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und um den Zugang zu Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche.

- Die Leiharbeit muss begrenzt und fair geregelt werden. Insbesondere Volumen, Dauer, Einsatzbereiche und Auswahlkriterien. Betriebsräte müssen hier mitbestimmen können.
- Die unbefristete Übernahme der Auszubildenden muss zur Regel werden. Was in der Stahlbranche gilt, muss auch in der Metall- und Elektroindustrie möglich sein.
- Immer mehr junge Menschen haben keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Das will die IG Metall ändern. Sie will schwächere Jugendliche fördern, und zwar per Tarifvertrag. Einer Berufsausbildung soll eine Qualifizierung von sechs bis zwölf Monaten vorangehen.

Gleiche Bezahlung und Behandlung für alle

Außerdem will die IG Metall ab Januar mit den Verbänden der Verleiher über mehr Geld für Beschäftigte in der Leiharbeit verhandeln. Branchenzuschläge und Einsatzzulagen sollen sie dem Ziel "gleiches Geld für gleiche Arbeit" näher bringen. Auf der politischen Bühne kämpft die IG Metall weiter für Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG). Denn: Der Grundsatz gleicher Bezahlung und Behandlung soll für alle und überall gelten.

Das Hauptziel der Tarifrunde 2012 ist mehr Geld. Über die Höhe diskutieren jetzt die Mitglieder in den Betrieben und Tarifkommissionen. Ende Februar 2012 beschließen die Tarifkommissionen und der IG Metall-Vorstand die konkrete Forderung. Bereits jetzt ist aber schon klar: Eine Forderung allein beeindruckt die Arbeitgeber wenig. Wir brauchen das Engagement aller Beschäftigten in den Betrieben, um sie auch durchzusetzen.

Realwirtschaft ist stabil

Die Realwirtschaft ist auf stabilem Niveau, auch wenn sich im Jahresverlauf 2011 das Wachstum etwas abgeschwächt hat. Bei der Produktion gibt es aktuell einen kleinen Dämpfer, der noch im Rahmen normaler Schwankungen liegt. Die Aufträge in der Metall- und Elektrobranche liegen immer noch bei vier Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Produktivität soll zwischen 0,4 und 1,4 Prozent zulegen, bei der Inflationsrate erwarten die Institute zwischen 1,6 und 1,8 Prozent. Für nächstes Jahr ist mit einem Produktionsplus von 2,5 bis 3,5 Prozent zu rechnen. Davon gehen die wirtschaftlichen Prognosen der Institute für die Metall- und Elektroindustrie aus.

Angemessene Beteiligung ist angesagt

Wenn die Firmen im kommenden März und April ihre Bilanzen vorstellen, erwartet die IG Metall positive Zahlen. Nach der Kurzarbeit in der Krise wollen die Beschäftigten angemessen beteiligt werden. Ende Februar, wenn die Entgeltforderung beschlossen wird, ist auch erkennbar, unter welchen Vorzeichen das Jahr 2012 startet.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/metall-und-elektro-start-frei-fuer-die-tarifrunde-2012-9194.htm

Code	Datum			
IGM-007	20-12-11			

Verbindliche Lohnuntergrenze in der Leiharbeit beschlossen

Weihnachtsgeschenk, das keines ist

Das Bundeskabinett hat heute der Verordnung zum Mindestlohn in der Leiharbeit zugestimmt. Für Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, ist das wie ein Geschenk, dessen Verpackung mehr her macht, als der Inhalt: "Die Lohnuntergrenze schützt höchstens vor noch niedrigeren Dumpinglöhnen durch die Ost-Erweiterung, ersetzt aber nicht einen gesetzlich festgeschriebenen Equal Pay-Grundsatz." Real habe dadurch kein Leiharbeiter auch nur einen Euro mehr in der Tasche.

Ab 1. Januar 2012 sollen die neuen Mindestentgelte in der Leiharbeit gelten. Die Bundesregierung beschloss nun die vorgeschlagenen Lohnuntergrenzen für Leiharbeiter im Westen mit 7,89 Euro und für Leiharbeiter im Osten mit 7,01 Euro. Im nächsten Jahr soll die Lohnuntergrenze dann bis auf 8,19 Euro im Westen und 7,50 Euro im Osten steigen. Detlef Wetzel reicht diese Maßnahme noch nicht aus: "Die Menschen empfinden Leiharbeit als immer ungerechter. Die Lohnuntergrenze ist ein Versuch, ein bisschen zu regulieren. Aber ein bisschen ist nicht konsequent genug." Für Wetzel ist die Verordnung daher nur ein Placebo.Die Bundesregierung wolle sich damit frei machen von weiteren wichtigen Regulierungsschritten in der Leiharbeit. Dabei seien gesetzliche Equal Pay-Regelungen längst überfällig.

Tarifverträge müssen Vorrang haben

Der Tarifausschuss des BMAS (Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) hatte am 8. Dezember 2011 dem Vorschlag von BAP, iGZ und DGB-Gewerkschaften auf Festsetzung einer Lohnuntergrenze zugestimmt. Diese Lohnuntergrenze ist aber nur dann sinnvoll, wenn es keine flächendeckenden Tarifverträge gibt. In Branchen, in denen für einzelne Gebiete Tarifverträge abgeschlossen wurden, sollten dagegen die tariflichen Mindestentgelte leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können und damit bundesweit für die gesamte Branche gelten.

In der Metall- und Elektroindustrie wird besonders deutlich, warum nur Equal Pay für gerechte Entlohnung sorgen und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb verhindern kann: Ein Zerspanungsmechaniker aus Nordrhein-Westfalen in der Gruppe 9 des Entgelttarifvertrages erhält 16,48 Euro pro Stunde ohne Zuschläge. Ein Leiharbeiter, der nach einem mit der BZA abgeschlossenen Tarifvertrag bezahlt wird, erhält für die gleiche Arbeit gerade einmal 10,41 Euro pro Stunde (BAP hat die BZA-Tarifverträge übernommen). Wetzel erläutert den Placebo-Effekt der Lohnuntergrenze: "Ein Mindestlohn ist hier erstens nicht relevant und zweitens wird die ungerechte Bezahlung dadurch auch nicht beseitigt." Eine Lohnuntergrenze könne demnach nur schlimmstes Lohndumping verhindern, schaffe aber keine wirkliche Verbesserung der Situation vieler Leiharbeiter.

Die IG Metall bleibt dran: Gleiche Arbeit - gleiches Geld!

Mit ihrer Initiative "Gleiche Arbeit - Gleiches Geld" setzt die IG Metall sich bereits seit langem für faire Leiharbeit ein. Wer möchte, kann online Unterstützer der Kampagne werden, eine E-Card an Politiker senden oder sich einfach informieren. Leiharbeiter selbst können sich über eine Telefonhotline beraten lassen oder ihr Beispiel melden. Und damit wie immer mehr Leiharbeiter der Politik und der Öffentlichkeit zeigen: Unregulierte Leiharbeit ruiniert Lebensperspektiven.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/verbindliche-lohnuntergrenze-in-der-leiharbeit-beschlossen-9248.htm

Code	Datum			
IGM-009	11-01-12			

Tarifrunde Metall und Elektro 2012: Interview mit Helga Schwitzer

Kaufkraft in Deutschland tut auch Europa gut

Die Tarif- und Entgeltpolitik der IG Metall war der Stabilitätsanker in der letzten Krise. Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, erklärt im Interview, wie die IG Metall diese Politik auch in der aktuellen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie fortsetzen wird.

Finanzkrise, Schuldenkrise, Eurokrise - welche Rolle spielt die Lohnpolitik in diesen stürmischen Zeiten?

Helga Schwitzer: Mit unserer Lohnpolitik können wir den Euro nicht retten. Das muss schon die Politik tun. Aber Lohnerhöhungen bei uns können dazu beitragen, die Handelsungleichgewichte in Europa abzubauen. Und wir können in unsicheren Zeiten für Stabilität sorgen. Hauptziel des Tarifabschlusses von 2010 war es beispielweise, Beschäftigung in der Krise zu sichern. Dieses Ziel haben wir erreicht. Mit der Beschäftigungssicherung haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass die Wirtschaft sich so schnell erholt und 2011 ein Boomjahr erlebt hat. Es ist deshalb auch nur gerecht, wenn wir jetzt den Anteil der Beschäftigten hieran einfordern. Sie haben's verdient. Außerdem macht es ökonomisch Sinn, die Inlandsnachfrage über Einkommenszuwächse zu stärken.

Muss die deutsche Wirtschaft weniger exportieren?

Schwitzer: Nein, wir brauchen den Export. Wir müssen aber auch mehr importieren. Das funktioniert über eine stärkere Binnennachfrage, und diese wiederum über höhere Löhne. Die Binnennachfrage ist seit Jahren die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Wenn unsere Beschäftigten mehr ausgeben sollen, müssen sie mehr verdienen. Da werden wir unseren Beitrag leisten.

Haben sich die Einkommen so schlecht entwickelt?

Schwitzer: Das kann man so allgemein nicht sagen. Mit den Tarifsteigerungen der letzten zehn Jahre haben wir den verteilungsneutralen Spielraum mehr als ausgeschöpft. Anders sieht es bei dem aus, was die Unternehmen tatsächlich zahlen, also bei den Effektivlöhnen. Das hat damit zu tun, dass die Zahl der tarifgebundenen Betriebe sinkt und damit auch die Zahl der Beschäftigten, die Anspruch auf Tariflohn haben. Vor allem aber liegt es daran, dass Unternehmen immer mehr Leihbeschäftigte, billige Dienstleister oder Beschäftigte mit Werkverträgen in die Betriebe holen.

Wie wichtig ist die langfristige, tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte?

Schwitzer: Seit der Krise wächst die Wirtschaft wieder von Jahr zu Jahr. An diesem stetigen Wachstum müssen die Beschäftigten genauso stetig beteiligt werden. Das geht nur über prozentuale Tariferhöhungen für alle. Sie stehen deshalb im Zentrum unserer Forderungen. Der Effekt von Einmalzahlungen dagegen ist, die Bezeichnung verrät es, einmalig. Sie sind deshalb kein Ersatz für prozentuale Erhöhungen.

Was kann die IG Metall tun?

Schwitzer: Um die Tarifbindung kümmern wir uns in den Betrieben. Wo wir stark sind, also viele Mitglieder haben, gelingt es uns auch, Tarifverträge zurückzuholen. Bei unsicherer Beschäftigung wie Leiharbeit und Werkverträgen haben wir betrieblich schon eine ganze Menge erreicht. Jetzt wollen wir den Missbrauch der Leiharbeit flächendeckend stoppen und überall faire Bezahlung für Leihbeschäftigte durchsetzen. Deshalb gehen wir dieses Thema auch tarifpolitisch an, und das gleich von zwei Seiten: Von den Metall-Arbeitgebern fordern wir mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte über den Einsatz von Leiharbeit. Mit den Verbänden der Leiharbeit werden wir über Branchenzuschläge und Einsatzzulagen für Leihbeschäftigte verhandeln. Außerdem bleibt die Politik gefordert. Sie muss die Ungerechtigkeiten, die sie auf dem Arbeitsmarkt geschaffen hat, beenden.

Die Forderung nach unbefristeter Übernahme wird von den Arbeitgebern kritisiert. Warum ist sie der IG Metall so wichtig?

Schwitzer: Wenn Arbeitgeber über schon vorhandenen oder drohenden Fachkräftemangel klagen, dann müssen sie mehr für die Sicherung des Nachwuchses tun. Vor allem müssen sie die Attraktivität der Metall- und Elektrobranche für junge Menschen erhöhen. Sie müssen endlich begreifen: Junge Menschen wollen ihr Leben planen können, sie brauchen Perspektiven. Wer das bietet, macht die Ausbildung attraktiver. Deshalb ist die unbefristete Übernahme die richtige Maßnahme. Dafür werden wir kämpfen.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/tarifrunde-metall-und-elektro-2012-interview-mit-helga-schwitzer-9300.htm

Code	Datum			
IGM-010	12-01-12			

DGB-Studie zum Arbeitsmarkt

Geringverdiener auf der Schattenseite

Die gute Arbeitsmarktbilanz der Bundesagentur für Arbeit hat auch ihre Schattenseiten: Bundesweit können etwa 560 000 Menschen nicht von ihrer Arbeit leben. Der Staat muss etwa 4 Milliarden Euro für Aufstockungsbeiträge über Hartz IV aufwenden, wie eine DGB-Studie belegt.

Zählt man geringfügig Beschäftigte und Selbstständige hinzu, ist der Anteil der hilfebedürftigen Erwerbstätigen sogar noch größer. Gegenüber 2007 hat sich die Zahl aller erwerbstätigen Hilfeempfänger nämlich um 100 000 auf 1,36 Millionen in 2011 erhöht.

Hartz IV trotz Arbeit

Rund 560 000 Beschäftigte, die einen sozialversicherten Job hatten und Sozialbeiträge bezahlten, konnten 2011 nicht von ihrer Arbeit leben. Das sind bundesweit 2,5 Prozent aller sozialversichert Beschäftigten. Bei Teilzeitjobs mag das noch einleuchten, aber rund 330 000 der betroffenen Arbeitnehmer davon gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach.

Risiko für Leiharbeiter ist am höchsten

Die Armut trotz Erwerbstätigkeit ist laut der DGB-Studie nicht auf alle Branchen gleich verteilt. Leiharbeiter sind mit dem höchsten Risiko konfrontiert: Von allen Arbeitnehmern mit sozialversichertem Job muss jeder zehnte Leiharbeiter mit Hartz IV aufstocken. Dabei wird häufig eine Vollzeitbeschäftigung ausgeübt. Damit ist das Verarmungsrisiko in keiner anderen Branche so hoch wie in der Leiharbeit.

Hartz IV ist nicht nur Sicherungssystem für Arbeitslose

Hartz IV ist nicht nur ein Sicherungssystem für Erwerbslose. Vielmehr hat sich der Anteil der Haushalte mit Erwerbseinkommen in den letzten Jahren eher erhöht: So stieg die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Erwerbseinkommen von 1,09 Millionen in 2007 auf 1,23 Millionen in 2010 und ihr Anteil an allen hilfebedürftigen Haushalten von 29 Prozent auf 34 Prozent. Dieser Zuwachs ist allein auf die Haushalte mit sozialversicherter sowie geringfügiger Teilzeit zurückzuführen. Die Zahl vollzeitbeschäftigter Aufstocker hingegen hat sich eher verringert. Das führt der DGB auf die Einführung von Mindestlöhnen, Verbesserungen beim vorgelagerten Kinderzuschlag und nominelle Entgelterhöhungen zurück.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/dgb-studie-zum-arbeitsmarkt-9304.htm

Code	Datum			
IGM-011	26-01-12			

Was unsere Arbeit unsicher macht

Vorsicht! Rutschgefahr

Die Angst vor dem sozialen Absturz lähmt viele Menschen. Wer einen festen Job hat, überlegt es sich dreimal, ob er wechselt. Denn der Arbeitsmarkt kann heute schnell zur Rutschbahn nach unten werden. Überall lauern Falltüren: Sie heißen Leiharbeit, Werkverträge, Niedriglohn oder Hartz IV. Die IG Metall hält dagegen: Mit dem Tarifvertrag. Und mit ihrer Forderung nach einem politischen Kurswechsel für sichere und faire Arbeit.

Acht Mark pro Stunde, das war auch Ende der 90er-Jahre nicht üppig. Aber besser als nichts. Und es sollte ja nicht für immer sein. So dachte Marina Güther, als sie in der Produktion eines Elektronikteileherstellers in der Nähe von Leipzig

anfing. Das ist zwölf Jahre her und Marina arbeitet immer noch dort. Dabei wurde es in den letzten Jahren immer schlechter. "Es gibt kein Lob, keine Prämien", sagt Marina. Nur arbeiten, arbeiten, arbeiten. "Vom Geld ganz zu schweigen. Vor einem Jahr verglich sie ihre Stundenlöhne mit denen der Leiharbeitnehmer im Betrieb und stellte fest: Mit ihrem Tarifvertrag der christlichen Gewerkschaft verdienten sie mehr als einige Festangestellte." Ohne Tarifvertrag kam Marina auf 5,12 Euro pro Stunde. Ihre Leiharbeitskollegen auf 6,38 Euro. Natürlich sind viele unzufrieden", sagt die 51-Jährige. Aber die Grenze nach Tschechien ist nicht weit. Niemand muss Marina und ihren Kolleginnen drohen. Die Angst, dass der eigene Arbeitsplatz plötzlich weg sein könnte, ist da, und die Alternativen fehlen. Das einzige, was Marina von dem Arbeitsmarkt da draußen noch erwartet, ist Leiharbeit. Nein, da bleibt sie lieber, wo sie ist.

Angst lähmt

Wie Marina hält auch andere Menschen oft nur der Mangel an Alternativen an ihrem Arbeitsplatz. Das war einmal anders. Das Klischee vom Arbeiter, der von der Ausbildung bis zur Rente in einem Betrieb blieb, zeichnet ein falsches Bild älterer Jahrgänge. In den 50er-Jahren strömten die Menschen aus der Landwirtschaft und dem Handwerk in Scharen in die Industrie. Dort verdienten sie mehr. Gerhard Bosch, geschäftsführender Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) in Duisburg, sieht den Unterschied zwischen früher und heute daher weniger in langen Betriebszugehörigkeiten. "Wer früher den Arbeitsplatz wechselte, hat sich finanziell verbessert. Heute ist die Gefahr groß, abzustürzen." Diese Angst lähmt Menschen. So stellt das IAQ fest: Die Mobilität auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist eher gesunken. Mit den Hartz-Gesetzen entzog die Politik vielen Menschen den sicheren Boden, von dem aus sie einen Sprung wagen konnten.Wer einen festen Job hat, bleibt, auch wenn er unzufrieden ist. Aus Angst abzurutschen. Die Inseln der Sicherheit schrumpfen. Das "Normalarbeitsverhältnis" in Form einer unbefristeten Vollzeitstelle ist auf dem Rückzug. Laut Statistischem Bundesamt nahm es zwischen 1991 und 2010 um 3,8 Millionen ab. Gleichzeitig stieg die Zahl der Teilzeit- und Minijobs, der Befristungen und der Leiharbeitnehmer. Während 2001 weniger als ein Drittel aller neuen Verträge befristet war, war es acht Jahre später schon fast jeder zweite.

Die Zahl der Leiharbeitnehmer hat sich verdreifacht, die der Niedriglöhner stieg um mehr als zwei Millionen. Dabei liegen gute und schlechte Arbeit oft unter einem Dach. In vielen Betrieben schrumpfen die Stammbelegschaften. Leiharbeitnehmer, externe Dienstleister oder Scheinselbstständige mit billigen Werkverträgen füllen die Lücken auf. Die Winkelzüge, mit denen Arbeitgeber stabile Arbeitsbedingungen aufbrechen und Tarifverträge umgehen, stellt Gewerkschaften seit Jahren vor Herausforderungen. In der Leiharbeit hat die IG Metall sie angenommen: Betrieb für Betrieb hat sie in den letzten Jahren bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Leiharbeitnehmer erkämpft und mehr als 1200 Besser-Vereinbarungen abgeschlossen. Die Arbeit ist noch nicht erledigt. Noch immer fehlt es an besseren Gesetzen. Seit Jahren fordert die IG Metall von der Politik, Leiharbeit zu regeln. Dazu gehört die gleiche Bezahlung vom ersten Tag an und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Letzteres wurde mit den Hartz-Gesetzen aufgehoben. Bis dahin hatte es verhindert, dass Verleiher Menschen nur für die Dauer eines Einsatzes beschäftigen. Auch beim Lohn muss die Politik aus Sicht der IG Metall eine Haltelinie einziehen. Denn Schlupflöcher finden sich immer. Neben der Leiharbeit haben Arbeitgeber ein neues Instrument entdeckt: Werkverträge. Gegen deren Missbrauch geht die IG Metall in den Betrieben vor.

Täglich bewerben

Der gnadenlose Wettbewerb hat sich längst bis zu jedem einzelnen Arbeitsplatz durchgefressen. Auch Vorgesetzte sind oft Rädchen im Getriebe, fürchten um ihren eigenen Kopf und geben den Druck weiter. Das spürt Sandra Bohnert. Die 55-Jährige arbeitet im Qualitätsmanagment eines Medizintechnikherstellers und möchte ihren richtigen Namen lieber nicht nennen. Wenn Vorgesetzte ihre Sparziele einhalten müssen, beauftragen sie sogar Lieferanten, die schon vor zehn Jahren

wegen schlechter Produkte gestrichen wurden. "Da treten dann die gleichen Qualitätsmängel wie damals auf", sagt die Betriebswirtin. Mit dem Problem muss sie sich herumschlagen, nicht die Entscheider. Sandra würde viel für einen neuen Job geben. "Aber der Arbeitsmarkt gibt es nicht her."

Doch nicht nur die Angst vor den Falltüren Leiharbeit, Niedriglohn oder Hartz IV lässt Menschen vieles schlucken. Auch im Betrieb können Beschäftigte nach unten rutschen. Stefan Tönes hat es erlebt. Der gelernte Werkzeugmacher, der in Wirklichkeit anders heißt, bildete sich zum Maschinenbautechniker weiter. Zunächst bekam er in der Firma einen passenden Job. Dann fragte er nach mehr Geld. Ganz schnell saß er wieder an einem Arbeitsplatz für Zerspaner. Seine bisherige Tätigkeit solle outgesourct werden, hieß es. "Das ist drei Monate her und nichts wurde verlagert." Stefan sucht nach Alternativen. Doch er findet nur Leiharbeit. "Ich habe gedacht: Wenn man lernt, zahlt sich das aus. Aber in manchen Firmen ist man nur noch eine Personalnummer." An den Rändern löst sich die Sicherheit auf und im Kern steigt der Druck. Für Klaus Dörre, Soziologe von der Universität Jena, behandeln viele Unternehmen ihre Festangestellten inzwischen wie Spitzensportler. Beinahe jedenfalls. "Im Gegensatz zu Spitzensportlern müssen die Menschen an den Bändern und Schreibtischen das ganze Jahr Höchstleistung bringen." Das macht krank. So gaben bei einer IG Metall-Umfrage 40 Prozent der Betriebsräte an, dass Depressionen und Erschöpfung stark zugenommen haben. Für viele Unternehmen kein Grund, einen Gang zurückzuschalten. Mehr als zwei Drittel der Befragten sagte, dass Stress und Leistungsdruck nach der Krise weiter gestiegen sind. Auf Einsicht der Arbeitgeber will die IG Metall nicht länger warten. Sie reagieren auf Gesetze und Vorschriften, wie Umfragen bestätigen. Daher setzt sich die IG Metall für eine Anti-Stressverordnung ein. Darin soll festgelegt werden, was psychische Belastungen ausmacht und wie sie behoben werden.

Tarifverträge durchlöchert

Arbeit um jeden Preis? Das war einmal anders. Im Handwerk galten Tarifverträge lange Zeit als attraktives Angebot, um gute Fachkräfte zu bekommen. Doch mit dem steigenden Druck auf dem Arbeitsmarkt sank der Druck auf Arbeitgeber, Tarife anzubieten. In den vergangenen zehn Jahren haben etwa die Arbeitgeber im Kfz-Handwerk die Bindung an Flächentarifverträge in vielen Bundesländern systematisch durchlöchert. Die Scherben dürfen heute Menschen wie Karl-Heinz Reidenbach zusammenkehren. Reidenbach ist Betriebsrat in einer Kfz-Werkstatt in Krefeld. "Vor zehn Jahren hatten wir einen Flächentarifvertrag. Heute haben wir Wildwest." Der Konkurrenzdruck schlägt auf jeden Arbeitsplatz durch. Jüngere werden nur befristet eingestellt. Sie arbeiten mehr, weil sie übernommen werden wollen. Die Älteren hauen rein, weil sie Angst um ihren Job haben. "Mit Tarifvertrag gab es eine Konkurrenz zwischen guten und schlechten Werkstätten. Heute dreht sich alles um Kosten."

In Reidenbachs Betrieb gilt die 36,5-Stunden-Woche. Dennoch schloss kürzlich ein neu eingestellter Kollege einen Arbeitsvertrag mit 40 Stunden ab. Der Betriebsrat fragte ihn, warum er das unterschrieben hat. Der Kollege schaute ihn groß an und antwortete: "Ich habe mich verbessert, in meinem alten Betrieb hatte ich eine 44- Stunden-Woche." Wo Arbeitnehmer auf Druck des Arbeitgebers schlechtere Bedingungen unterschreiben, greifen klassische Instrumente nicht mehr. Für Oliver Burkhard, IG Metall- Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen, bleibt der Flächentarifvertrag im Kfz-Handwerk zwar oberstes Ziel. Aber nicht um jeden Preis. "Wenn auf einem Tarifvertrag IG Metall steht, muss auch IG Metall drin sein." Solange sich die Arbeitgeber hier nicht bewegen, bleibt der Weg über die Betriebe. Für Beschäftigte heißt das: Sie müssen sich das Recht auf tarifliche Bedingungen wieder Betrieb für Betrieb zurückholen. Manchmal hilft allerdings auch der Chef. Beispiel Autohaus Wolfsburg. Seit fünf Jahren hat die Mannschaft einen Haustarifvertrag. Die beste Aktion dafür hat der Arbeitgeber gemacht, erinnert sich Betriebsrat Helge Fahr. "Nachdem er sein Zukunftspaket vorgestellt hatte, kamen die Leute in Scharen zu uns." Darin hatte er eine 40-Stunden-Woche und die Anrechnung von Krankentagen auf den Urlaub angekündigt. Alles Schnee von gestern. Im Wolfsburger Autohaus gilt ein Haustarifvertrag.

Fahr ist sich sicher: Ohne den Betriebsrat und die starke IG Metall hätten sie den Tarifvertrag nicht.
Überall in der Republik stemmen sich Metaller gegen den Dammbruch in den Betrieben. Zum Beispiel beim saarländischen Autozulieferer Johnson Controls Schwalbach. Seit Jahren beobachtet Betriebsrat Jörg Jungbluth, wie der Leistungsdruck in der Produktion steigt. Die Arbeit wird dichter, mehr Arbeitsschritte in kürzerer Zeit, die Belastung steigt. Rücken, Handgelenke und Schultern verschleißen im Takt der Maschine. "Das ist Gewinnmaximierung auf Kosten der Leute", sagt Jungbluth. Wenn der Betriebsrat nicht mitzieht, droht das Unternehmen mit der Konkurrenz. Doch für Jungbluth gibt es eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf: der Tarifvertrag. Bislang konnte der Betriebsrat alle Angriffe abwehren. "Wir hatten die Stärke, uns zu wehren, weil die Belegschaft hinter uns steht. Und weil wir uns im IGMetall-Arbeitskreis mit den Kollegen anderer Zulieferer austauschen. So einfach können Arbeitgeber uns nicht gegeneinander ausspielen."

Solidarität hilft

Solidarität ist eine starke Waffe. Doch sie muss immer wieder geschärft werden. Für Gewerkschafterin Susanne Kim heißt das: Mit dem Ohr an der Basis bleiben und Aufbauarbeit in den Betrieben leisten. Kim gehört zum Organizing-Team der IG Metall. Wir gehen zu den Leuten, fragen sie nach ihren Anliegen und entwickeln Ideen, wie sie gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen etwas verändern können und zwar zum Guten." Denn die Gewerkschaft kann mit einem Flächentarifvertrag den Rahmen schaffen. Im Betrieb müssen ihn Beschäftigte immer öfter selbst durchsetzen. Das gilt in neuen Branchen wie der Windenergie, wo Gewerkschaften oft vor verschlossenen Toren stehen. Aber eben auch in traditionellen Bereichen wie dem Kfz-Handwerk. Gerade, wenn der Wind in der Arbeitswelt rauer wird, ist es wichtig, sich zu organisieren. "Die Arbeitgeber sitzen am längeren Hebel", sagt Kim. "Dagegen kommen wir nur an, wenn wir uns zusammenschließen und ein Gegengewicht auf der anderen Seite des Hebels schaffen." Das hilft selbst bei schweren Fällen wie dem Betrieb von Marina Güther in Sachsen. Als der Arbeitgeber die Schichtzuschläge strich, hatten selbst geduldigste Kollegen die Nase voll. Mehr als die Hälfte trat in die IG Metall ein. Sie wählten einen Betriebsrat und Marina zur stellvertretenden Vorsitzenden. Einiges konnten sie bereits verbessern. "Die Kolleginnen sind schon froh, dass sie nicht mehr mit Überstunden drangsaliert werden und Wochenendarbeit jetzt frühzeitig angekündigt wird." Auch beim Lohn tat sich was. Marina etwa kommt jetzt auf 6,50 Euro pro Stunde. Für mich ein Riesenschritt."

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-CBC53542-8E70816E/internet/style.xsl/was-unsere-arbeit-unsicher-macht-9372.htm

Code	Datum			
IGM-012	08-02-12			

Metall und Elektro: Leiharbeit per Tarifvertrag begrenzen und besser bezahlen

IG Metall will mehr Fairness für Leiharbeitnehmer

Leihbeschäftigte verdienen oft nur die Hälfte, haben unsichere Jobs und werden missbraucht, um besser bezahlte fest Angestellte vor die Tür zu setzen. Diesen Zuständen will die IG Metall ein Ende setzen. Sie hat Lösungen und will mit den Arbeitgebern darüber verhandeln.

Ab März verhandelt die IG Metall über mehr Geld für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metall- und Elektrobranche. In dieser Tarifrunde geht es aber nicht nur um die rund 3,6 Millionen fest angestellten Beschäftigten in den Firmen. Die IG Metall kämpft auch für bessere Löhne für die rund 300 000 Leihbeschäftigten, die in Metallbetrieben eingesetzt sind. Es sind zum großen Teil junge Leute. Und sie bekommen für die gleiche Arbeit viel weniger Geld. Ein Leiharbeiter in einer Metall- oder Elektrofirma verdient im Durchschnitt über 40 Prozent weniger als sein fest angestellter

Kollege. Das sind brutto 1146 Euro weniger.

Verleihfirmen sollen mehr zahlen

Die IG Metall verhandelt also jetzt nicht nur mit den Arbeitgeberverbänden der Metallbranche, sondern auch mit den Verbänden der Verleihbranche. Sie heißen Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) und Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP). Die IG Metall will, dass die Verleihfirmen Leiharbeitnehmern, die in Metallfirmen eingesetzt werden, künftig einen "Branchenzuschlag" auf ihren Lohn zahlen. In Unternehmen und Regionen, in denen die Entgelte der Stammbelegschaften überdurchschnittlich hoch sind und der Branchenzuschlag nicht reicht, um Stamm- und Leihbeschäftigte gleich zu bezahlen, sollen Leiharbeitnehmer zusätzlich eine Einsatzzulage erhalten. Am 22. Februar starten die Verhandlungen in Düsseldorf.

Keinen festen Job - das kenn ich

Parallel zu den Gesprächen mit der Zeitarbeitsbranche verhandelt die IG Metall auch mit den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie über Leiharbeit. Bei ihnen geht es aber nicht um Geld, sondern darum, den Missbrauch der Leiharbeit zu stoppen. Nach dem Gesetz sollen Firmen Leiharbeiter eigentlich nur einsetzen dürfen, wenn unerwartet vorübergehend viel mehr Arbeit ansteht als gewöhnlich. Tatsächlich wird Leiharbeit aber immer häufiger genutzt, um sichere, feste und gut bezahlte Arbeitsverhältnisse abzuschaffen und durch Leiharbeit zu ersetzen - Motto: "Schnell heuern, schnell feuern" und "schlecht bezahlen". Viele junge Leute haben damit schon ihre Erfahrungen gemacht und können ein Lied davon singen, was es bedeutet:, keine klaren und sicheren Perspektiven zu haben, sondern vielleicht schon bald wieder ohne Arbeit auf der Straße zu sein.

Missbrauch stoppen

Diesen Missbrauch der Leiharbeit will die IG Metall in Zukunft dadurch verhindern, dass die Betriebsräte, die die Interessen der Beschäftigten vertreten, Mitbestimmungsrechte bei Leiharbeit erhalten. Sie sollen mitentscheiden, ob und wo wie viele Leihbeschäftigte wie lange eingesetzt werden dürfen.

Arbeitgeber schreien nicht Hurra

Die Arbeitgeber verlieren damit natürlich Geld und ihre Alleinherrschaft über ihr Personal. Darum schreien sie natürlich nicht begeistert: "Alles supercoole Ideen. Wir sind voll dabei." Wenn die IG Metall das, was sie vorhat, durchsetzen will, ist das ein hartes Stück Arbeit. Aber die IG Metall hat den Arbeitgebern deutlich gesagt: Ohne Erfolge bei der Leiharbeit unterschreiben wir auch keine neuen Verträge für die festangestellten Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Je mehr Menschen die IG Metall dabei unterstützen, desto besser stehen die Chancen auf Erfolg.

Tarifverträge gelten für alle

Schon seit Jahren kämpfen IG Metall-Mitglieder in den Betrieben um bessere Arbeitsbedingungen für Leiharbeitnehmer. Mit Erfolg: Mehr als 1000 betriebliche Vereinbarungen hat die IG Metall bisher abgeschlossen, die Firmen unter anderem verpflichten, Leiharbeiter und Stammbelegschaften gleich zu bezahlen. Was einzelne Betriebe können, muss auch für die ganze Branche möglich sein. Darum führt die IG Metall jetzt die Tarifverhandlungen für Leihbeschäftigte. Denn der Vorteil von Tarifverträgen ist: Was in ihnen steht, gilt einheitlich und verbindlich für alle Firmen der Branche, die an Tarifverträge gebunden sind und für die der Tarifvertrag gilt. Sie werden meist für einzelne Regionen gesondert abgeschlossen, zum Beispiel für Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Aber meistens sind die regionalen Verträge inhaltlich sehr ähnlich.

Politik muss Steine wegräumen

Die IG Metall müsste nicht so hart mit Leiharbeitnehmern für sie kämpfen, wenn die Politik nicht jahrzehntelang schlecht bezahlte Leiharbeit und Heuern und Feuern tatkräftig gefördert hätte. Seit es die Hartz-Gesetze gibt, bestehen für Arbeitgeber, die Leiharbeiter einsetzen wollen, kaum mehr Barrieren. Firmen setzen sie ein, wann sie wollen und so lange sie wollen. Ende 1980 gab es nur 33 000 Leihbeschäftigte. 30 Jahre später, Ende 2010, waren es schon fast eine Million. Leiharbeit schadet nicht nur den Beschäftigten selbst. Auch der Staat macht damit ein schlechtes Geschäft. Ersetzen die Unternehmen 100 000 Festangestellte durch Leiharbeitnehmer, entgehen dem Staat wegen ihres geringeren Einkommens jährlich 300 Millionen Euro Steuereinnahmen und 400 Millionen Euro Sozialversicherungsbeiträge. Wenn die Politik lauter große Steinbrocken in den Weg rollt, kann auch die beste Tarifpolitik sie nicht alle wegräumen. Die Politik muss sie selber wieder entfernen. Die IG Metall fordert Gesetze, die festlegen, dass Leiharbeitnehmer vom ersten Tag an die gleiche Bezahlung wie die Stammbeschäftigten erhalten. Außerdem soll die EInsatzzeit der Leihbeschäftigten in einem Betrieb wieder auf drei Monate beschränkt werden. Und drittens soll das Parlament wieder ein "Synchronisationsverbot" beschließen. Synchronisationsverbot heißt: Verleihfirmen dürfen Leiharbeitnehmer nicht nur so lange beschäftigten, wie ihr Einsatz in einem bestimmmten Betrieb dauert. Dieses Verbot gab es schon mal, wurde aber mit den Hartz-Gesetzen abgeschafft. Seither können Verleihfirmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur für einen Einsatz im Betrieb anheuern. Danach stehen sie wieder auf der Straße. Die Verleihfirmen lassen sich zwar in der Regel für das Beschäftigungsrisiko von ihren Auftraggebern, den Einsatzbetrieben, gut bezahlen. Das Risiko trägt aber allein der Arbeitnehmer.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/metall-und-elektro-leiharbeit-wirksam-regulieren-9243.htm

Code	Datum			
IGM-013	10-02-12			

Metall-Tarifrunde 2012: Was die IG Metall erreichen will

Mehr Geld, faire Leiharbeit, unbefristete Übernahme

"Nicht akzeptabel, völlig daneben, schädlich": Das Vokabular der Arbeitgeber scheint unerschöpflich, um die begründeten Forderungen der IG Metall nach mehr Geld, faire Leiharbeit und unbefristete Übernahme abzuwehren. Trotzdem: Die IG Metall setzt sich mit deren "Bedenken" auseinander und erklärt, warum die Forderungen leistbar und gerecht sind.

Bis zu 6,5 Prozent mehr Geld soll es für die 3,6 Millionen Beschäftigten in der Metallbranche geben. Diese Forderung diskutiert die IG Metall zurzeit. Zuviel, sagt Arbeitgeberpräsident Martin Kannegiesser von Gesamtmetall. Auch die Forderung nach mehr Mitbestimmung und der unbefristeten Übernahme kritisieren die Arbeitgeber. Zu Unrecht.

Mehr Geld

Die Arbeitgeber behaupten: Maximal 3 Prozent könne die IG Metall wirtschaftlich begründen. Für die restlichen 3,5 Prozent gebe es keine Grundlage.

Die IG Metall bleibt dabei: Bis zu 6,5 Prozent sind wirtschaftlich leistbar und auch finanzierbar. Die meisten Unternehmen haben für 2011 hohe Gewinne zu verbuchen und auch der wirtschaftliche Ausblick auf 2012 stabilisiert sich.

Die IG Metall orientiert sich bei ihrer Forderungshöhe an der Prognose für den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs und der Inflation, also wie stark die Preise steigen. Der Produktivitätszuwachs ist das, was die Arbeitnehmer in einem Jahr in der gleichen Zeit mehr produziert haben als im Jahr zuvor. Das und die Inflation bilden

zusammen den "verteilungsneutralen" Spielraum. 2011 wurde dieser Spielraum nicht ausgeschöpft. Der Grund: Der vereinbarte Tarifvertrag aus dem Krisenjahr 2010 hatte eine sehr lange Laufzeit. "Wir wollten für sichere Arbeitsplätze und Planungssicherheit für die Unternehmen sorgen", begründet der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber den damaligen Tarifabschluss.
Gerade in der Metallbranche entwickelte sich die Wirtschaft dann aber besonders positiv. Die Produktivität stieg in 2011 hier sogar um 7,4 Prozent und damit stärker als in der Gesamtwirtschaft. Die Arbeitnehmer wollen fair am Aufschwung beteiligt werden. Ohne ihren Einsatz hätte es ihn so nicht gegeben. Deshalb sind bis zu 6,5 Prozent fair und leistbar.
Die Arbeitgeber behaupten: Die IG Metall will einen "Nachschlag" für das Boomjahr 2011.
Die IG Metall sagt: Es geht nicht um einen Nachschlag. Die IG Metall strebt eine "mittelfristige Tarifpolitik" an. Mittelfristig heißt: Auf mittlere Sicht müssen sich verteilungsneutraler Spielraum und Einkommenserhöhungen parallel entwickeln. Das war in jüngster Zeit nicht der Fall, weil im Boomjahr 2011 der Spielraum nicht ausgeschöpft wurde. Das soll jetzt bei der Lohnforderung mitberücksichtigt werden. Aber: Für die IG Metall wird es künftig nicht einfacher zu entscheiden, wieviel mehr sie fordern soll. Die Wirtschaft wird immer unbeständiger und unberechenbarer, Boom- und Krisenphasen wechseln sich schneller ab. Darauf muss die Tarifpolitik eine Antwort finden.

Leiharbeit begrenzen und besser bezahlen

Arbeitgeberpräsident Martin Kannegießer hat bereits signalisiert: "Wir haben begriffen, dass man bei den Löhnen etwas machen sollte." Auch bei den Leiharbeitnehmern kalkulieren die Metall-Arbeitgeber ein Lohnplus ein.
Die IG Metall sagt: Das ist auch dringend geboten. Denn das Lohngefälle zwischen den Leihbeschäftigten in den Metallbetrieben und ihren fest angestellten Kolleginnen und Kollegen ist riesig. Durchschnittlich über 40 Prozent weniger erhält ein Leiharbeitnehmer für die gleiche Arbeit. Die IG Metall will für die rund 300 000 Betroffenen einen Branchenzuschlag durchsetzen. Den sollen die Verleihfirmen künftig zusätzlich auf den Leiharbeiterlohn zahlen. Darüber verhandelt die IG Metall ab 22. Februar mit den Verbänden der Verleihbranche.
Die Arbeitgeber lehnen mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitern ab. Die Leiharbeit zu begrenzen sei "schädlich und nicht akzeptabel" und "schränke die Flexibilität der Betriebe ein". Betriebsräte müssten sich auf die Stammbelegschaft konzentrieren.

Die IG Metall sagt: Leiharbeit ist Lohndrückerei. Und diesen Missbrauch will die IG Metall stoppen. Nach dem Gesetz sollen Firmen Leiharbeiter nur dann einsetzen dürfen, wenn unerwartet vorübergehend viel mehr Arbeit ansteht als gewöhnlich. Tatsächlich missbrauchen Betriebe Leiharbeit aber immer häufiger, um feste und gut bezahlte Arbeitsverhältnisse durch "billige" Leiharbeit zu ersetzen. Deshalb fordert die IG Metall: Betriebsräte brauchen eine erweiterte Mitbestimmung. Sie müssen künftig mitentscheiden, ob und wo wie viele Leihbeschäftigte wie lange eingesetzt werden dürfen. Darüber verhandelt die IG Metall mit den Metall-Arbeitgebern.

Unbefristete Übernahme zur Regel machen

Die Arbeitgeber finden eine unbefristete Übernahme Jugendlicher nach der Ausbildung als "völlig daneben". Mit ihr drohe ein "Berufsbeamtentum", meint Arbeitgeberpräsident Kannegiesser. Außerdem würde eine solche "Zwangsübernahme" den Jugendlichen schaden. Die Betriebe würden dann weniger Ausbildungsplätze anbieten.

Die IG Metall sagt: Mit solchen Äußerungen diskreditiert Kannegiesser die ganz normalen Wünsche junger Menschen, die nach der Ausbildung einfach nur eine sichere und gute Zukunftsperspektive wollen. Fakt ist: Die Metallindustrie bildet nicht über Bedarf aus. Die Ausbildungsquote der Metall- und Elektroindustrie liegt bei fünf Prozent der Beschäftigten. Das ist zu wenig, um den Bestand an Facharbeitern zu sichern. Nötig wären sieben Prozent. Sollte ein Unternehmen tatsächlich mal über Bedarf ausbilden, sind Ausnahmen möglich. Das gilt auch dann, wenn ein Betrieb sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befindet und nicht alle Ausgebildeten übernehmen kann. Dass das funktioniert, beweist die Stahlbranche. Dort ist die unbefristete Übernahme der Auszubildenden schon seit 2011 tariflich geregelt. Hat ein Betrieb über Bedarf ausgebildet oder besteht ein akutes Beschäftigungsproblem, kann er von dieser Regel abweichen - wenn der Betriebsrat zustimmt.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/metall-tarifrunde-2012-was-will-die-ig-metall-erreichen-9433.htm

Code	Datum			
IGM-014	13-02-12			

Befragung zu Tarifverhandlungen mit den Zeitarbeitsverbänden

97 Prozent fordern Tarifverhandlungen

Dumpinglöhne, schlechte Arbeitsbedingungen, ständige Unsicherheit - das ist Leiharbeit in Deutschland. Für die Betroffenen untragbar. Das will die IG Metall jetzt ändern und verhandelt mit den Zeitarbeitsverbänden. "Dazu haben wir den klaren Auftrag unserer Mitglieder", sagt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Menschen sollen gut von ihrer Arbeit leben können. Das ist einer der Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Doch dieser Grundpfeiler bröckelt. Immer mehr reguläre Arbeitsplätze werden durch Billigjobs ersetzt. Immer Menschen müssen neben ihrer Haupttätigkeit noch einem Nebenjob nachgehen und immer mehr bekommen zusätzlich Hartz IV. Bei den Leiharbeitern war das im letzten Jahr jeder Zehnte.

Für die IG Metall ist dieser Zustand nicht hinnehmbar. Deshalb wird sie ab der nächsten Woche mit den Zeitarbeitsverbänden verhandeln. "Dazu haben wir den klaren Auftrag unserer Mitglieder", stellte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, fest. 2011 zählte die Bundesagentur für Arbeit 910 000 Leiharbeitnehmer. Jeder Dritte von ihnen ist in einem Metall- und Elektrounternehmen eingesetzt. Etwa 38 000 sind Mitglied der IG Metall.

Was die IG Metall in den Verhandlungen erreichen will

Verleihfirmen sollen zukünftig den Leiharbeitnehmern, die in Metallunternehmen eingesetzt werden, einen "Branchenzuschlag" auf ihr Entgelt bezahlen. Außerdem verhandelt die Gewerkschaft über eine Einsatzzulage. Die soll für die Unternehmen und Regionen gelten, in denen die Entgelte der Stammbelegschaften überdurchschnittlich hoch sind und der Branchenzuschlag nicht reicht, um Stamm- und Leihbeschäftigte gleich zu bezahlen.

Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Beschäftigten, das ist das Ziel. Doch gerade den "Betroffenen sichern diese niedrigen Löhne häufig keine menschenwürdige Existenz", stellte Detlef Wetzel fest. Er begründete, warum die IG Metall nun in Verhandlungen mit den Zeitarbeitsverbänden tritt: "Mit einer tariflichen Regelung von Branchenzuschlägen in der Metall- und Elektroindustrie wollen wir einen wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zur gleichen Bezahlung erreichen".

Was die Leiharbeitnehmer wollen

Am 22. Februar 2012 beginnen die Verhandlungen mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V. (iGZ) und dem Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP). Ziel ist, dass Leiharbeiter zu fairen

Bedingungen beschäftigt und fair entlohnt werden. Dafür hat die IG Metall bei einer Befragung im November 2011 ein eindeutiges Mandat erhalten: 97 Prozent der Befragten fordern, dass die IG Metall in Tarifverhandlungen mit den Verbänden der Leiharbeit eintritt. Von den 38 000 Leiharbeitern, die in der IG Metall organisiert sind, beteiligten sich 4452 Leiharbeitnehmer. Die Ergebnisse:

Für 98 Prozent ist es wichtig, in eine Festanstellung übernommen zu werden.

99 Prozent fordern einen Anspruch auf Weiterbildung, um eine besser bezahlte Tätigkeit zu finden.

55 Prozent sind bereits länger als ein Jahr im gleichen Einsatzbetrieb.

97 Prozent fordern die IG Metall zu Tarifverhandlungen mit den Verbänden der Leiharbeit auf.

96 Prozent sind bereit, sich aktiv in die Tarifrunde einzubringen.

Mehr als die Hälfte der befragten Leiharbeiter war seit mindestens Oktober 2010, also in der Hochkonjunkturphase, im gleichen Einsatzbetrieb beschäftigt. Sie haben demnach erheblich zu den Produktionszuwächsen in der Metallbranche beigetragen. "Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, sie nun auch genauso wie die Stammbeschäftigten an den wirtschaftlichen Gewinnen zu beteiligten", so Wetzel.

Leiharbeit basiert auf einem Dreiecksverhältnis

Die Arbeitnehmer in der Leiharbeit haben einen Arbeitsvertrag mit einem Verleihunternehmen, einer sogenannten Zeitarbeitsfirma. Diese verleiht den Leiharbeitnehmer an ein Unternehmen, das als Entleiher auftritt. In dem entliehenen Unternehmen wird der Leiharbeiter eingesetzt wie jeder andere Betriebsangehörige auch. Seine Bezahlung richtet sich jedoch nicht nach den Tarifverträgen, die in dem entliehenen Unternehmen gelten, beispielsweise den Tarifverträgen der IG Metall. Tatsächlich gilt der Tarif, der für die Zeitarbeitsfirma gilt. Und hier wird es ungerecht. Denn die Leiharbeitnehmer beziehen deutlich niedrigere Einkommen als die Stammbeschäftigten - unabhängig von Qualifikation und Bildungsgrad. Auch mit einem Fach- oder Hochschulabschluss liegt ihr Entgelt um rund 34 Prozent unter dem der festangestellten Kollegen mit gleichem Bildungsabschluss. Unter den Beschäftigten mit Berufsausbildung beträgt der Unterschied 44 Prozent, und ohne Berufsausbildung liegt die Differenz gar bei 46 Prozent.

Leiharbeiter - Beschäftigte zweiter Klasse

Über Leiharbeit versorgen die Unternehmen sich mit gut ausgebildeten, billigen Arbeitskräften - je nach Bedarf. Das geht nicht nur auf Kosten der betroffenen Menschen. Es ist auch fatal für den Wirtschaftsstandort Deutschland und belastet zudem den Bund und die Kommunen. Die Renten- und Sozialkassen nehmen weniger ein und immer mehr Menschen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen - jetzt schon und in der Zukunft. Denn viele, die heute in prekären Jobs arbeiten, droht später Altersarmut. Deshalb fordert die IG Metall sichere und faire Arbeit.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/medientag-leiharbeit-der-ig-metall-9430.htm

Code	Datum			
IGM-015	14-02-12			

IG Metall Pressedienst 04/2012

Gleiches Geld für gleiche Arbeit - Ergänzungstarifgemeinschaft Arbeitnehmerüberlassung in Baden-Württemberg

Die IG Metall und ausgewählte Leiharbeitsunternehmen haben in Baden-Württemberg eine Ergänzungstarifgemeinschaft für Arbeitnehmerüberlassung ins Leben gerufen. Das gab die Gewerkschaft heute in Stuttgart bekannt. Zusammen mit den Verleihunternehmen habe man in einem Ergänzungstarifvertrag einen tariflichen Rahmen für die Vergütung von Leiharbeitnehmern, die in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt werden, geregelt.

Individueller und einklagbarer Anspruch

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann: "Das ist ein wichtiges Signal. Wir haben zwar inzwischen in vielen Betrieben Vereinbarungen, in denen die Bezahlung von Leiharbeitern geregelt ist. Aber es gab für die Leiharbeiter keinen individuellen und einklagbaren Anspruch. Das ändert sich jetzt zumindest für die Leiharbeiter, die bei einem Verleiher arbeiten, der Mitglied der Ergänzungstarifgemeinschaft ist."

Von dem Ergänzungstarifvertrag profitieren einige Tausend Leiharbeitsbeschäftigte, die u.a. bei Neue Arbeit, MYPEGASUS, Internationaler Bund (IB) oder Weitblick beschäftigt sind.

Der Ergänzungstarifvertrag regelt für die Beschäftigten der Verleihfirmen ab dem ersten Tag ein Entgelt, das dem des Entgeltrahmentarifvertrages auf Basis einer 35-Stunden-Woche entspricht. Zudem wird darin ein Anspruch auf 30 Tage Urlaub sowie auf Mehrarbeits- und Feiertagszuschläge geregelt.

Hofmann: "Gleiches Geld für gleiche Arbeit - da kann es keine Kompromisslinie geben. Bisher verweigern sich die großen Arbeitgeberverbände der Leiharbeit einer solchen Regelung. Dies ist skandalös. Die Verdrängung von festen Jobs durch Leiharbeit muss ein Ende haben. Ob und unter welchen Bedingungen Leiharbeit in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie stattfindet und wann Leiharbeiter die Chance auf eine Festeinstellung haben, darüber verhandeln wir weiter mit Südwestmetall."

An das reguläre Lohnniveau andocken

Rainer Schwille, Geschäftsführer MYPEGASUS: "Die MYPEGASUS bietet eine Fülle von Dienstleistungen an der Schnittstelle zwischen regulärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit an. Schwerpunkt dabei sind (Personal-)Transfermaßnahmen bei betrieblichen Umstrukturierungen. Beschäftigtentransfer ist allerdings nur sinnvoll möglich, wenn die Perspektive "Normalarbeitsverhältnis" heißt. Auch wenn betriebliche Flexibilität und/oder Erprobungszeiträume bestehen sollen, ist es notwendig, an das reguläre Lohnniveau anzudocken. Scheiden Arbeitnehmer in einem Betrieb aus, müssen sie woanders zu normalen Lohnbedingungen neue Einstiegsmöglichkeiten erhalten. Geht dieser Einstieg nur über Zeitarbeit, muss dies zu tariflichen Lohnbedingungen erfolgen. Daran wollen wir mitwirken."

Möglichst keine ALG II-Aufstockung

Uli Rabeneick, stellvertretender Geschäftsführer Neue Arbeit gGmbH: "Uns ist eine einheitliche Vergütungsstruktur wichtig, und dass möglichst wenig Zeitarbeitskräfte noch aufstockend ALG II benötigen. Wir haben es mit vielen Arbeitslosen zu tun, die schlechte Erfahrungen mit Zeitarbeitsfirmen gemacht haben. Leider werden immer mehr Tätigkeiten nur noch über Zeitarbeit oder Personaldienstleistungen abgewickelt. Es fehlen grundsätzlich Sozial- und Tarifstandards.

Equal pay unverzichtbar

Stefan Guffart und Vera Reimann von ABCD (Arbeit Bildung Consulting und Dienstleistung GmbH): "Wir sind eine Hundertprozent-Tochtergesellschaft des Internationalen Bundes (IB) und damit bundesweit an über 700 Standorten vernetzt und präsent. Wir sind parteilich und konfessionell ungebunden. Wir sind der Überzeugung, dass Unternehmen vor dem Hintergrund des Facharbeitermangels und des demografischen Wandels auf eine Personalakquise mit dem Ansatz equal pay nicht verzichten kann und sehen die Vereinbarung mit der IG Metall als vorbildliche Vorgehensweise für einen equal pay Ansatz. Wir stehen darüber hinaus für einen umfassenden equal pay Ansatz, der sich im Unternehmen nicht nur in der gleichen Vergütung abbildet, sondern auch in einer motivierenden Grundhaltung gegenüber qualifiziertem Personal.

Die ABCD GmbH bietet deshalb auch Qualifizierungen an, um passgenaue Kompetenzen zur Verfügung stellen zu können. Wir würden deshalb eine Unternehmensgemeinschaft von Dienstleistern im Rahmen dieses Sondertarifvertrages begrüßen, die sich über faire Bezahlung hinaus mit Motivationsfaktoren für den Standort Deutschland einsetzt."

Link	http://www.bw.igm.de/news/meldung.html?id=50165

Code	Datum			
IGM-016	14-02-12			

Gutachten zu Leiharbeit und Equal Pay

Erweiterte Mitbestimmung bei Leiharbeit zulässig

Mitbestimmen beim Einsatz von Leiharbeitern - das konnten die Betriebsräte in den Entleihbetrieben bislang nur eingeschränkt. Nun will die IG Metall das ändern und hat das in ihren Forderungskatalog für die nächste Tarifrunde aufgenommen. Ein rechtliches Gutachten unterstützt die Rechtmäßigkeit dieser Forderung.

Die IG Metall will den Missbrauch bei der Leiharbeit stoppen. Leiharbeit wird immer häufiger dazu genutzt, um feste und gut bezahlte Arbeitsverhältnisse durch "billige" Leiharbeit zu ersetzen. Außerdem versuchen die Unternehmen über diesen Weg eine Billiglohnlinie in den Unternehmen einzuziehen. Dagegen konnten die Betriebsräte bisher kaum vorgehen, sie hatten nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte. Dies will die IG Metall nun ändern. Sie fordert, dass Betriebsräte zukünftig darüber mitbestimmen können, ob, wo, wie lange und in welchem Umfang Leihbeschäftigte eingesetzt werden können.

Erweiterte Mitbestimmung ist zulässig

Dass das möglich ist, belegt ein Gutachten von Professor Rüdiger Krause von der Universität Göttingen. Der Arbeitsrechtler hält auch Tarifverträge für zulässig, die mit dem Entleiher oder als dreiseitige Vereinbarung abgeschlossen werden und die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Leiharbeiter verbessern.

Wie nicht anders zu erwarten, blocken die Arbeitgeber bisher. Sie führten rechtliche Bedenken an und behaupteten, die von der IG Metall angestrebte Mitbestimmung sei weder vom Betriebsverfassungsgesetz noch vom Kartellrecht gedeckt. Zudem schränke sie die grundgesetzlich geschützte Unternehmensfreiheit ein.

"Den Arbeitgebern fehlt offensichtlich nur der Wille, tarifpolitisch etwas gegen die Auswüchse der Leiharbeit zu tun", stellte Thomas Klebe, Justitiar der IG Metall, fest. Er fordert die Arbeitgeber auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und konstruktiv in die Verhandlungen mit der IG Metall über die Frage der Mitbestimmung bei Leiharbeit einzutreten.

Leiharbeit basiert auf einem Dreiecksverhältnis

Leihbeschäftigte sind bei einem Zeitarbeitsunternehmen angestellt. Darüber werden auch die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen geregelt. Für die Unternehmen, die Arbeitskräfte bei den Zeitarbeitsverbänden ausleihen, eine willkommene Möglichkeit, Leiharbeiter zu schlechteren Bedingungen als regulär Beschäftigte, einzusetzen.

Leiharbeit braucht enge Grenzen

Grundsätzlich will die IG Metall, dass Leiharbeit nur zulässig ist, um vorübergehende Auftragsspitzen abzuarbeiten. Die Unternehmen sollen nur kurzfristig ihren gestiegenen Personalbedarf über Leiharbeitskräfte decken können. Dafür fordert die IG Metall klare Regeln. Denn sie sind der beste Schutz gegen den Missbrauch von Leiharbeit.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/gutachten-zu-leiharbeit-und-equal-pay-9447.htm

Code	Datum			
IGM-017	15-02-12			

Leiharbeit und Qualifikation

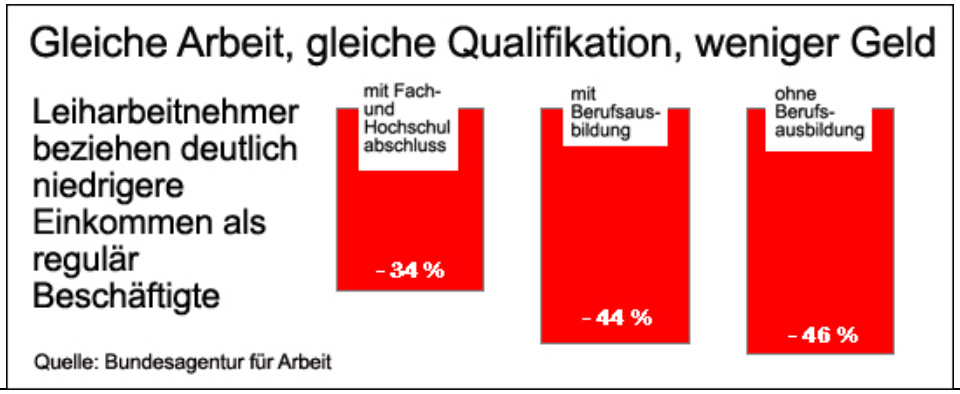
Trotz gleicher Qualifikation weniger Geld

Es beginnt bei der Bezahlung und es hat auch etwas mit Respekt zu tun. Wenn Leiharbeiter die gleiche Tätigkeit verrichten wie Stammbeschäftigte, ist es nur gerecht, wenn sie dafür auch ebenso bezahlt werden. Noch dazu, wenn sie den gleichen Bildungsstand haben. Die IG Metall fordert, dass die Leistung und die Qualifikation von Leiharbeitsbeschäftigten anerkannt werden.

Sie arbeiten Seite an Seite, machen den gleichen Job wie Stammbeschäftigte, trotzdem bekommen Leiharbeitnehmer deutlich niedrigere Einkommen als regulär Beschäftigte. Und zwar unabhängig von der Qualifikation und dem Bildungsgrad. Das Entgelt von Leihbeschäftigten mit einem Fach- oder Hochschulabschluss liegt etwa 34 Prozent unter dem der festangestellten Kollegen mit dem gleichen Bildungsabschluss. Mit abnehmender Qualifikation steigt der Unterschied. Die Lohnunterschiede bei Arbeitnehmern mit einer Berufsausbildung liegen bei 44 Prozent. Werden Leihbeschäftigte und Stammbeschäftigte ohne Berufsausbildung miteinander verglichen, so bekommt der Leihbeschäftigten sogar bis zu 46 Prozent weniger als der regulär beschäftigte Kollege.

Dass Leiharbeiter trotz gleicher Qualifikation schlechter bezahlt werden, ist kein Einzelfall. und es ist nicht auf die unteren Lohngruppen beschränkt - auch wenn sie in ihrem Beruf eingesetzt werden. So berichtet ein Leiharbeiter folgendes: "7,72 Euro sind das, was man zurzeit bei einer Zeitarbeitsfirma bekommt. Auch wenn man in seinem Beruf eingesetzt wird. Das sind gerade mal 1235,20 Euro brutto bei 160 Stunden. Das sind dann cirka 1000 Euro netto. Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig."

Ein anderes Problem ist, dass viele Leihbeschäftigte nicht entsprechend ihrer Ausbildung arbeiten. So schreibt ein Leiharbeitnehmer, der in einem Metallunternehmen eingesetzt ist: "In der Metallbaubranche verfüge ich über einen Facharbeiterbrief, der auch vorliegt, und in meiner jetzigen Tätigkeit habe ich neun Jahre gearbeitet - aber entlohnt werde ich als Anlernkraft". Und ein anderer schreibt uns: "Ich habe zwei Berufe gelernt. Am meisten ärgert mich, dass ich für die gleiche Arbeit deutlich weniger Lohn bekomme. Außerdem werden Zuschläge nicht genauso gehandhabt wie bei den Kollegen. Die bekommen zum Beispiel ab 20 Uhr Nachtschichtzuschlag, ich erst ab 23 Uhr. Wir müssen deutlich flexibler sein und immer damit rechnen, wieder arbeitslos zu werden oder woanders hin zu müssen. Allein schon deswegen müssten Zeitarbeiter mehr Geld bekommen als bisher".



Im November hat die IG Metall ihre Mitglieder in der Leiharbeit angeschrieben und zu ihrer Beschäftigungssituation befragt. Das Ergebnis war niederschmetternd. Die Leiharbeitsbeschäftigten erwarten jetzt, dass die IG Metall handelt. Sie verlangen bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb verhandelt jetzt die IG Metall mit den Zeitarbeitsverbänden über einen Branchenzuschlag, um die Lohndifferenz erheblich zu verkleinern. Zusätzlich sollen Betriebsräte die Möglichkeit erhalten, im Betrieb eine Einsatzzulage auszuhandeln, um die zu verbleibende Lücke zu den Entgelten der Stammbeschäftigten ganz zu schließen. Die IG Metall akzeptiert Leiharbeit nur dann, wenn sie für Auftragsspitzen eingesetzt und angemessen bezahlt wird. Mit Leiharbeit können Unternehmen flexibel einen kurzfristig gestiegenen Personalbedarf abdecken und so auch die Arbeitsplätze der Stammbelegschaft sichern. Aber die Unternehmen sind auch in der Pflicht, Leiharbeiter nicht als Mitarbeiter zweiter Klasse zu behandeln. Die IG Metall will, dass sie bezahlt und behandelt werden wie die Stammbelegschaft - also Equal Pay und Equal Treatment. Zudem muss der Einsatz zeitlich begrenzt sein und nicht Teil eines Geschäftsmodells, das auf Kosten der Menschen für immer mehr Unternehmen und Verleiher äußerst lukrativ ist. Dass das möglich ist, beweisen die mehr als 1200 Besser-Vereinbarungen, die die IG Metall gemeinsam mit ihren Betriebsräten in vielen Unternehmen durchgesetzt hat.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/leiharbeit-und-qualifikation-9441.htm

Code	Datum			
IGM-018	16-02-12			

BMW-Betriebsrat kämpft gegen ausufernde Leiharbeit

Wenn Leiharbeit zum Dauerzustand wird

Eigentlich ist Leiharbeit dazu gedacht, vorübergehend Auftragsspitzen und Personalengpässe abzufangen. Bei BMW in Leipzig ist diese Situation anscheinend zum Dauerzustand geworden. Nicht anders ist es zu erklären, dass dort 2700 Stammbeschäftigten 1120 Leiharbeitnehmer gegenüber stehen. Der Betriebsrat will erreichen, dass mehr von ihnen fest eingestellt werden.

Der Betriebsrat hat nun die Verlängerung aller Leiharbeitsverträge abgelehnt und besteht darauf, dass stattdessen Beschäftigte unbefristet eingestellt werden. BMW wollte sich die Zustimmung des Betriebsrats jedoch durch eine Entscheidung des Arbeitsgerichtes ersetzen lassen. In der ersten Verhandlung über die strittige Einstellung von Leiharbeitern bei BMW Leipzig stimmte das Arbeitsgericht der Verlängerung von 33 Leiharbeitsverträgen zu. Der Leipziger BMW-Betriebsratschef Jens Köhler: "Wir gehen in die zweite Instanz." Da das Problem überbordender Leiharbeit auch an anderen Standorten von BMW bestehe, wird nun eine konzernweite Lösung angestrebt.

"Ziemlich lange Auftragsspitze"

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel wirft BMW vor, die EU-Richtlinie zur Leiharbeit zu verletzen. Zudem widerspreche diese Praxis auch bundesdeutschen Gesetzen. Gegenüber dem MDR-Radio sagte Wetzel, bei BMW arbeiteten einige Leiharbeiter zum Teil schon seit neun Jahren. Wetzel sagte dazu: "Das ist eine ziemlich lange Auftragsspitze."

Schwachstelle der Leiharbeitsrichtlinie

Der IG Metall-Bevollmächtigte Bernd Kruppa monierte, die EU-Richtlinie regele zwar die "zeitliche Befristung" des Einsatzes von Leiharbeitern. Was genau das bedeutet sei jedoch nicht festgelegt. Die IG Metall hatte bereits früher auf die

Schwachstellen bei der Umsetzung der Leiharbeitsrichtlinie hingewiesen.

Rechtsrahmen zum Schutz der Arbeitnehmer schaffen

Ein wesentlicher Kritikpunkt ist, dass der Gesetzgeber bewusst keine nähere Definition des Begriffs "vorübergehend" vorgenommen hat. Konflikte, wie bei BMW in Leipzig, sind damit vorprogrammiert. Dabei ist es gerade Aufgabe der Politik, einen klaren Rechtsrahmen zu schaffen.

Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte "Hier brauchen wir konkrete Vorgaben des Gesetzgebers, wie beispielsweise die zeitliche und sachliche Befristung für den Einsatz von Leiharbeitern", erklärte Detlef Wetzel. Und weiter: "Zudem brauchen wir mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit um den Missbrauch zu verhindern." Deshalb fordert die IG Metall in der anstehenden Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrates beim Einsatz von Leiharbeit.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/bmw-betriebsrat-kaempft-gegen-leiharbeit-9451.htm

Code	Datum			
IGM-019	20-02-12			

Leiharbeit macht kaputt

Aus Angst schleppen sich viele krank zur Arbeit

Sie sind immer unter Zeitdruck, werden wenig geachtet und obendrein noch schlecht bezahlt: Leiharbeitnehmer leben im Dauerstress und fühlen sich als kleine Rädchen im Getriebe. Dem Druck halten nicht alle stand und werden krank.

Wer seine Brötchen als Leiharbeitnehmer verdient, tut das selten freiwillig. Für die meisten ist Leiharbeit nur eine Notlösung, um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Die finanzielle Unsicherheit geht an die Nieren. Die Betroffenen haben keine Lobby, sie werden schlechter behandelt und haben keine Planungssicherheit. Aus Angst um den Arbeitsplatz schleppen sich viele auch bei Krankheit zur Arbeit. "Sonst ist man ganz schnell weg vom Fenster", berichtete etwa ein Leiharbeiter in einer Umfrage der IG Metall im vergangenen November.

Leiharbeitnehmer tragen aus vielen Gründen ohnehin ein höheres Krankheitsrisiko. Schwer zu schaffen macht ihnen zum Beispiel, dass sie häufig an wechselnden Orten eingesetzt werden. 18 Monate war zum Beispiel Andreas T. in drei verschiedenen Betrieben als Lagerist eingesetzt. "Ich musste viel pendeln, das ging an die Substanz, lange hält man das nicht durch", erinnert sich der 27jährige, der heilfroh ist, inzwischen einen festen Vertrag zu haben.

Schwierige Lebensplanung

Dieses Glück haben nur wenige. Nur sieben Prozent der Leiharbeitnehmer schaffen den Sprung in eine unbefristete Beschäftigung. Die flexiblen Einsätze ohne Aussicht auf eine verlässliche Beschäftigung erzeugen Stress. Und Stress nagt an der Gesundheit. Dass Zeitarbeit krank macht, ist in Studien nachgewiesen. Eine Erhebung der Techniker Krankenkasse (TK) belegt, dass Leiharbeitnehmer generell häufiger arbeitsunfähig sind als Beschäftigte in anderen Branchen und das, obwohl sie sich ohnehin nur im äußersten Fall krank melden.

2010 war jeder Leiharbeitnehmer in Deutschland durchschnittlich 15 Tage krank geschrieben. Bei den Arbeitnehmern

anderer Branchen waren es dagegen nur 11,5 Tage, das heißt 3,5 Tage weniger. Die häufigeren Erkrankungen rühren einerseits daher, dass Leiharbeiter oftmals in körperlich belastenden Tätigkeiten beschäftigt sind, sprich Drecksarbeit machen müssen, was erfahrungsgemäß mit erhöhten Fehlzeiten einhergeht. Auch Überstunden und Wochenendarbeit werden gern auf Leiharbeiter abgewälzt

Psychische Störungen

"Es ist schon ein mieses Gefühl, nicht planen zu können und nicht zu wissen, wie lange man noch Arbeit hat und ob man übernommen wird", sagt Andreas T. Dass diese Aussichten am Nervenkostüm zerren, spiegelt sich in den Krankheitsdaten der Leiharbeiter wider. Psychische Störungen gehören zu den Hauptursachen für Fehlzeiten. 2010 meldete sich jeder im Durchschnitt knapp zwei Tage arbeitsunfähig, weil er oder sie psychisch erkrankt war. Das ist ein Anstieg um zwölf Prozent je Leiharbeiter binnen zwei Jahren.

Der Druck der zeitweiligen Beschäftigung lastet aber nicht nur auf der Psyche, sondern auch auf den Schultern. Spitzenreiter bei den Diagnosen der Zeitarbeiter sind Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems. Sie bewirkten 3,4 Fehltage je Leiharbeitnehmer im Jahr 2010. Rückenschmerzen und Co. zwangen besonders die männlichen Leiharbeiter, sich für durchschnittlich 3,8 Tage arbeitsunfähig zu melden. Bei konventionell beschäftigten Männern waren es bei gleichen Beschwerden nur 2,3 Tage, also 67 Prozent weniger.

Druck von Entleiherfirmen

Getoppt wird das noch dadurch, dass Leiharbeitnehmer sofort unter Druck gesetzt werden, wenn sie sich krank melden. Entleiherfirmen gehen mit kranken Beschäftigten nicht zimperlich um. "Wenn Sie nicht sofort zur Arbeit kommen, müssen Sie mit einer sofortigen Kündigung rechnen", wird dann gedroht, egal ob ein ärztliche Attest vorliegt oder nicht. Weil viele befürchten, dass ihre Arbeitsverträge nicht verlängert werden, schleppen sie sich krank zur Arbeit.

"Es kommen Leiharbeiter mit starker Grippe in den Betrieb, während die Festangestellten teilweise wochenlang krank sind", schildert ein befristet Beschäftigter. Ein anderer berichtet: "Ein Kollege brach sich bei einem Arbeitsunfall den Finger, hat sich aber nicht getraut, auch nur einen Tag zuhause zu bleiben. Seine Krankmeldung hat er weggeworfen, aus Angst gekündigt zu werden."

Die bedrückenden Erfahrungen der Leiharbeitrnehmer lassen eigentlich nur einen Schluss zu: Mit den Niedriglöhnen, der Perspektivlosigkeit und Ungerechtigkeit für diese Beschäftigten muss Schluss sein.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/leiharbeit-macht-krank-9446.htm

Code	Datum			
IGM-020	21-02-12			

Interview mit Helga Schwitzer: Leiharbeit begrenzen und besser bezahlen

Die Leiharbeit ist für Auftragsspitzen da

Das normale unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis muss wieder die Regel werden, erklärt Helga Schwitzer, geschäftsführendes IG Metall-Vorstandsmitglied. Sie führt für die IG Metall am 22. Februar in Düsseldorf die Verhandlungen mit den Zeitarbeitsverbänden. Um was es dabei genau geht und was die IG Metall erreichen will - darüber sprachen wir mit der Tarifexpertin.

Ein Leiharbeiter in einem Metallbetrieb erhält für die gleiche Arbeit erheblich weniger als sein fest angestellter Kollege. Dieses Lohngefälle will die IG Metall jetzt angehen. Deshalb verhandelt sie parallel zur Metall-Tarifrunde mit den Verbänden der Verleihbranche über ein Plus für Leihbeschäftigte. Können die Betroffenen endlich auf gleiches Geld für gleiche Arbeit hoffen?

Helga Schwitzer: Gleiches Geld für gleiche Arbeit im ersten Schritt - das wäre zu wünschen. Dafür werden wir uns auch einsetzen, wenn wir jetzt mit den Leiharbeitsverbänden BAP und IGZ verhandeln. Mit ihnen wollen wir einen Branchenzuschlag für Leihbeschäftigte vereinbaren, die in Metall- und Elektrobetrieben eingesetzt sind. Mit einem solchen Zuschlag werden wir aber noch nicht Equal Pay erreichen, weil die betrieblichen Entgeltunterschiede zu groß sind. Deshalb müssen Betriebsräte zusätzlich die Möglichkeit erhalten, die verbleibende Differenz zu den Entgelten der Stammbeschäftigten zu schließen. Das soll eine Einsatzzulage leisten. Welches Ergebnis wir am Ende erreichen, wird auch davon abhängen, welchen Druck wir in gemeinsamen Aktionen von Stamm- und Leihbeschäftigten entwickeln können.

Die Einsatzzulage gibt es dann aber nur mit starken Betriebsräten oder?

Wir fangen nicht bei Null an. Es gibt bereits über 1200 Besservereinbarungen in der Metall- und Elektroindustrie. Darauf bauen wir auf. Dort haben Betriebsräte bereits geregelt: Wenn ein Betrieb Leiharbeiter einsetzt, dann nur zu bestimmten Konditionen. Das wollen wir für die ganze Branche erreichen.

Deshalb verhandelt die IG Metall sowohl mit den Metall-Arbeitgebern als auch mit den Verleihverbänden?

Wir verhandeln zweigleisig, weil wir zwei verschiedene Inhalte regeln wollen. In den Verhandlungen mit den Verleihverbänden geht es um faire Bezahlung. Mit den Metall-Verbänden geht es darum, wie viele Leihbeschäftigte wie lange und wo im Betrieb eingesetzt werden können. Wann muss das Unternehmen sie in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen. Hier will die IG Metall die Rechte der Betriebsräte erweitern. In der Stahlbranche haben wir das bereits erreicht.

Immer häufiger missbrauchen Betriebe Leiharbeit, um feste und gut bezahlte Jobs zu ersetzen. Diesen Missbrauch will die IG Metall durch mehr Mitsprache der Betriebsräte stoppen. Die Arbeitgeber sperren sich aber hier. Besteht eine Chance, da weiter zu kommen?

Ja, weil wir bereit und in der Lage sind, hier Druck auszuüben. Stammbeschäftigte werden gemeinsam mit Leiharbeitnehmern in Aktion treten. Denn es geht nicht nur um Solidarität mit Leiharbeitern. Es geht auch um die ureigensten Interessen der Stammbelegschaften. Je mehr schlecht bezahlte Leiharbeit im Betrieb, desto mehr Druck können Arbeitgeber auf die Entgelte der Stammarbeitnehmer machen - nach dem Motto: Seht her, mit den Leiharbeitern geht's genauso gut und billiger.

Die Arbeitgeber meinen: Leiharbeit zu begrenzen "schränke die Flexibilität der Betriebe ein". Sie sagen, Betriebsräte sollten sich nur auf die Stammbelegschaften konzentrieren.

Über mangelnde Flexibilität können sich die Arbeitgeber nun wirklich nicht beklagen. Welche Flexibilität unsere Tarifverträge ermöglichen und wie flexibel unsere Kolleginnen und Kollegen sind - das haben sie in der Krise gezeigt: Mit Nutzung der Zeitkonten, mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, mit Kurzarbeit. Das war geradezu beispielhaft und wird gerne als Modell Deutschland gepriesen. Natürlich möchten die Arbeitgeber, dass sich die Betriebsräte nur um die

Stammbelegschaften kümmern. Dann können sie die Menschen besser gegeneinander ausspielen.

Gerade in der Krise haben sich die Arbeitgeber als erstes von Leiharbeitern getrennt. Und um diese "Flexibilität" geht es ihnen sicherlich: Sie möchten gerne Leiharbeitnehmer jederzeit heuern und feuern können.

Das normale unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis kennen viele überhaupt nicht mehr. Aber das muss wieder die Regel werden. Über die Hälfte der Neueinstellungen nach der Krise ist über Leiharbeit oder befristet erfolgt. Wir wollen, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, unbefristet in Vollzeit arbeiten und damit eine Lebensperspektive entwickeln zu können. Wenn wir möglichst nah an Equal Pay kommen und mehr Mitspracherechte für Betriebsräte erreichen, dann wird Leiharbeit zu dem, wofür sie gedacht ist: zu einem Flexibilisierungsinstrument für Auftragsspitzen. Die IG Metall sagt nicht: Leiharbeit gehört grundsätzlich verboten. Sie darf aber nicht zu Dumpinglöhnen und zur Spaltung der Belegschaften in Beschäftigte erster und zweiter Klasse führen. Und sie darf keine Stammarbeitsplätze ersetzen.

Die IG Metall sagt: Unsere Forderungen hängen untrennbar zusammen. Wie ernst ist es ihr damit?

Sehr ernst. Die IG Metall hat drei gleichgewichtige Forderungen: Bis zu 6,5 Prozent mehr Geld, faire Leiharbeit und die unbefristete Übernahme. Die lassen wir nicht gegeneinander ausspielen.

Ist das nicht auch ein Hase-Igel-Spiel? Wenn die IG Metall die Leiharbeit geregelt hat, dann setzen Betriebe verstärkt Werkverträge ein?

Die Werkverträge haben mittlerweile extrem zugenommen. Unternehmen setzen diese Beschäftigungsform, zumeist Scheinwerkverträge, immer öfter in Kernbereichen ein. Auch hier geht es um eine zweite und dritte Lohnlinie und darum, die Belegschaften zu spalten. Nach dem Sommer will die IG Metall das Thema Werkverträge mit einer Kampagne angehen.

Die IG Metall müsste den Missbrauch von Leiharbeit nicht bekämpfen, wenn die Politik diesen nicht jahrelang gefördert hätte. Was muss sich politisch ändern?

Die IG Metall kann mit Tarifverträgen das Problem nicht komplett lösen. Die Politik muss das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das die Leiharbeit regelt, ändern. Sie muss den Grundsatz "gleiches Geld für gleiche Arbeit" ins Gesetz schreiben - ohne Wenn und Aber. Dazu gehört, das Synchronisationsverbot wieder aufzunehmen und - was ganz wichtig ist: die Begrenzung von Leiharbeit. Es gibt keine Höchstgrenzen für die Entleihdauer. Ein Betrieb darf heute einen Leiharbeiter bis zu seiner Rente einsetzen. Laut einer Betriebsratsumfrage in Metall- und Elektrobetrieben sind die meisten Leiharbeitnehmer mehr als ein Jahr und länger in Entleih-Betrieben eingesetzt. Und es gibt Betriebe, die ihre Ausgebildeten nicht übernehmen, aber gleichzeitig Leihbeschäftigte einsetzen. Das Gesetz lässt also Missbrauch zu. Das muss geändert werden. Dafür machen wir weiter Druck und setzen unsere Leiharbeitskampagne fort.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/interview-mit-helga-schwitzer-leiharbeit-begrenzen-und-besser-9472.htm

Code	Datum			
IGM-021	22-02-12			

Pressemitteilung Nr. 08/2012

Erste Tarifverhandlungen zwischen IG Metall und

Arbeitgeberverbänden der Leiharbeit vertagt

Düsseldorf - Die ersten Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und dem Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) über Branchenzuschläge für Leiharbeitsbeschäftigte sind nach rund 3 Stunden vertagt worden. "Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht. Wir stehen erst am Anfang eines schwierigen Verhandlungsweges und sind noch ein gutes Stück entfernt von unserem Ziel der fairen Bezahlung von Leiharbeitnehmern entfernt", sagte Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Verhandlungsführerin der IG Metall, am Mittwoch in Düsseldorf. Die Verhandlungen sollen am 20. März 2012 fortgesetzt werden. Schwitzer kritisierte, dass Leihbeschäftigte fast ausnahmslos erheblich schlechter bezahlt würden als Stammbeschäftigte. Zudem werde Leiharbeit in immer größerem Umfang dazu missbraucht, Stammarbeitsplätze zu ersetzen und damit die Belegschaften in Beschäftigte erster und zweiter Klasse zu spalten. Das wolle die IG Metall ändern. "Unser Ziel ist und bleibt das Prinzip: Gleiche Arbeit - Gleiches Geld. Tarifpolitisch können wir die Bezahlung der Leihbeschäftigten aber nur in unserem Organisationsbereich verbessern", sagte Schwitzer. Um die Spaltung der Belegschaften und die in vielen Bereichen skandalösen Bedingungen der Leiharbeit grundlegend zu beseitigen, bleibe der Gesetzgeber gefordert.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/pressemitteilungen-2012-9490.htm

Code	Datum			
IGM-022	23-02-12			

Mitbestimmung bei Leiharbeit notwendig

Missbrauch geht alle an

23.02.2012 I Arbeitgeber können Leiharbeit auf zwei Arten missbrauchen. Sie können Leihbeschäftigte als billige Arbeitskräfte einsetzen, die für die Hälfte des Geldes der Festangestellten arbeiten. Und sie können Stammbelegschaften durch Leiharbeitnehmer gleich ganz ersetzen. Diesen Missbrauch will die IG Metall stoppen. Jeden auf seine Weise.

Mit den Verleihern verhandelt die IG Metall zurzeit über gleiche Bezahlung von Leiharbeitnehmern, die in der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt werden. Damit sie auf ein annähernd vergleichbares Lohnniveau kommen, fordert die IG Metall einen Branchenzuschlag und eine Einsatzzulage für Leihbeschäftigte. Die Verhandlungen haben gerade begonnen. Doch selbst mit gleicher Bezahlung lassen sich Betriebe nicht davon abhalten, Festangestellte durch Leiharbeitnehmer zu ersetzen. Schließlich offeriert Leiharbeit Arbeitgebern eine Beziehung ohne jede Pflichten. Wenn sie einen Leiharbeitnehmer nicht mehr brauchen, melden sie ihn einfach von einem Tag auf den anderen ab. Ohne Kündigungsfrist, ohne Abfindung. Feste Stellen werden im Betrieb verdrängt. Deshalb muss dieser Missbrauch auch dort gestoppt werden. In der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie fordert die IG Metall daher: Betriebsräte müssen bei Leiharbeit in ihrem Unternehmen mitreden. Sie brauchen Mitbestimmungsrechte bei den Fragen, wie viele Leiharbeitnehmer, wie lange, wo im Betrieb eingesetzt werden. Nur so können sie die Zahl der Leiharbeitnehmer beschränken und verhindern, dass das Normalarbeitsverhältnis durch Leiharbeit verdrängt wird.

Als Hilfskraft angefordert, als Fachkraft eingesetzt

Wie wichtig es ist, dass ein Betriebsrat ein Auge auf Leiharbeitsverhältnisse hat, zeigt auch, wenn Leiharbeitnehmer als Hilfskräfte angefordert, dann aber als Fachkräfte eingesetzt werden. Wenn Betriebsräte mitbestimmen könnten, würden sie ein solches Vorgehen verhindern. Schließlich hängt davon ab, was Leihbeschäftigte verdienen. Der Wandel der Arbeitsverhältnisse vom festen Job mit sicherem Einkommen hin zu unsicheren Arbeitsverhältnissen und Einkommen

unterhalb des Existenzminimums betrifft jeden. Leiharbeit erhöht den Druck auf die Stammbelegschaft, bei Mehrarbeit oder Zuschlägen Zugeständnisse zu machen. Unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Jobs oder Werkverträge fressen sich seit Jahren bis in die Kerne der Betriebe durch. Für die IG Metall geht es nicht darum, Leihbeschäftigte aus den Betrieben auszugrenzen, sondern vielmehr darum, sie in die Stammbelegschaften hineinzuholen. Wie das funktioniert, zeigen Besser-Vereinbarungen, die mehr als 1200 Betriebsräte mit ihren Arbeitgebern inzwischen abgeschlossen haben. Bei Ford in Köln konnte der Betriebsrat damit Leiharbeit auf das Notwendigste beschränken. Und zwar auf Produktionsspitzen und bei Krankheit. In Köln arbeiten inzwischen nur noch etwa 70 Leihbeschäftigte. Sie bekommen das gleiche Geld wie Festangestellte und werden über freie Stellen informiert.

Leiharbeit auch gesetzlich begrenzen

Aus Sicht der IG Metall ist allerdings auch die Politik gefordert, Leiharbeit zu begrenzen und den Missbrauch zu verhindern. Die Gewerkschaft fordert seit Jahren, der Leiharbeit auch gesetzlich wieder engere Grenzen zu ziehen. Grenzen, die sie vor den Reformen durch die Hartz-Gesetze hatte. Dazu gehört die gleiche Bezahlung von Leihbeschäftigten vom ersten Tag an, die Begrenzung des Einsatzes auf drei Monate und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Letzteres bestand bis zu den Hartz-Reformen und untersagte Verleihern, Arbeitnehmer nur für die Dauer eines Einsatzes zu beschäftigen. Solche gesetzlichen Regelungen würden die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit aber keineswegs überflüssig machen. Ein Gesetz steht erst einmal auf dem Papier. Es braucht auch jemanden, der darauf achtet, dass es im Betrieb eingehalten wird.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/mitbestimmung-bei-leiharbeit-notwendig-9517.htm

Code	Datum			
IGM-023	24-02-12			

Metall-Tarifrunde 2012: IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Geld

Mehr und fair muss drin sein

6,5 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten sowie mehr Mitsprache für Betriebsräte bei der Leiharbeit. Mit dieser Forderung geht die IG Metall in die Metall-Tarifrunde. Das hat heute der Vorstand beschlossen und folgte damit dem einheitlichen Votum der regionalen IG Metall-Tarifkommissionen.

"Unsere Forderung ist wirtschaftlich vernünftig und sichert den Beschäftigten einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung", erklärte Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, am heutigen Freitag in Frankfurt. Gestern hatten sich die Tarifkommissionen in den sieben IG Metall-Bezirken einheitlich auf die Forderung für die rund 3,6 Millionen Arbeitnehmer in der Metall- und Elektrobranche verständigt. Die Laufzeit der Tarifverträge soll zwölf Monate betragen.

Mehr Geld, faire Leiharbeit, unbefristete Übernahme

Neben den 6,5 Prozent mehr Geld will die IG Metall erreichen, dass Betriebe ihre Ausgebildeten in der Regel übernehmen. Benachteiligte Jugendliche sollen außerdem eine faire Ausbildungschance erhalten, in dem sie stärker gefördert werden. Weiterhin strebt die IG Metall an, dass Betriebsräte über Dauer, Einsatz und Umfang von Leiharbeit mitbestimmen. "Das sind drei gleichwertige Forderungen für die IG Metall. Im Zweifel werden wir einen Konflikt um alle drei Themen führen", sagte Berthold Huber.

Bei ihrer Geldforderung orientiert sich die IG Metall an der Prognose für den gesamtwirtschaftlichen

Produktivitätszuwachs und der Inflation, also wie stark die Preise steigen. Der Produktivitätszuwachs ist das, was die Arbeitnehmer in einem Jahr in der gleichen Zeit mehr produziert haben als im Jahr zuvor. Das und die Inflation bilden zusammen den "verteilungsneutralen Spielraum". Dieser wurde 2011 nicht ausgeschöpft. Der Grund: Der vereinbarte Tarifvertrag aus dem Krisenjahr 2010 hatte eine sehr lange Laufzeit. Damals ging es der IG Metall vor allem darum, Arbeitsplätze zu sichern und dass die Unternehmen sicher planen konnten.

Belegschaften haben Aufschwung ermöglicht

Dann bescherte das Jahr 2011 der Metall- und Elektroindustrie einen grandiosen Aufschwung. Dieses überaus erfolgreiche Jahr will die IG Metall bei den Entgelten berücksichtigt wissen. Auch die Beschäftigten kennen diese Ergebnisse. Sie haben diesen Erfolg möglich gemacht. "Mittelfristig müssen sich wirtschaftliche Zuwächse und die Entgelterhöhungen parallel entwickeln", sagte Helga Schwitzer, Tarifexpertin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Eine dauerhaft wirksame Tariferhöhung sichert die Beteiligung der Belegschaften an diesem großen Erfolg und ist daher nur fair."

Am 6. März 2012 starten die Verhandlungen in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen und in Niedersachsen. In der Metall- und Elektrobranche verhandeln die Tarifparteien regional, bis sich ein Pilotbezirk herauskristallisiert. Erreichen dort die IG Metall und die Arbeitgeber einen Abschluss, wird er in der Regel in den anderen Bezirken übernommen.

Die Tarifverträge laufen am 31. März 2012 aus. Die Friedenspflicht endet am 28. April. Ab dann sind Warnstreiks möglich.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/metall-tarifrunde-2012-ig-metall-fordert-6-5-prozent-mehr-geld-9515.htm

Code	Datum			
IGM-024	27-02-12			

Lohnkosten spielen eine immer geringere Rolle

Mehr Geld, das ist gerecht und leistbar

Das Jahr 2011 war ein gutes Jahr für die deutsche Wirtschaft. Ob davon auch die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie profitieren, das zeigt sich in diesem Frühjahr. Am 6. März 2012 beginnen die Tarifverhandlungen für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Branche. Es geht um 6,5 Prozent mehr Geld, Perspektiven für junge Menschen und Fairness bei der Leiharbeit.

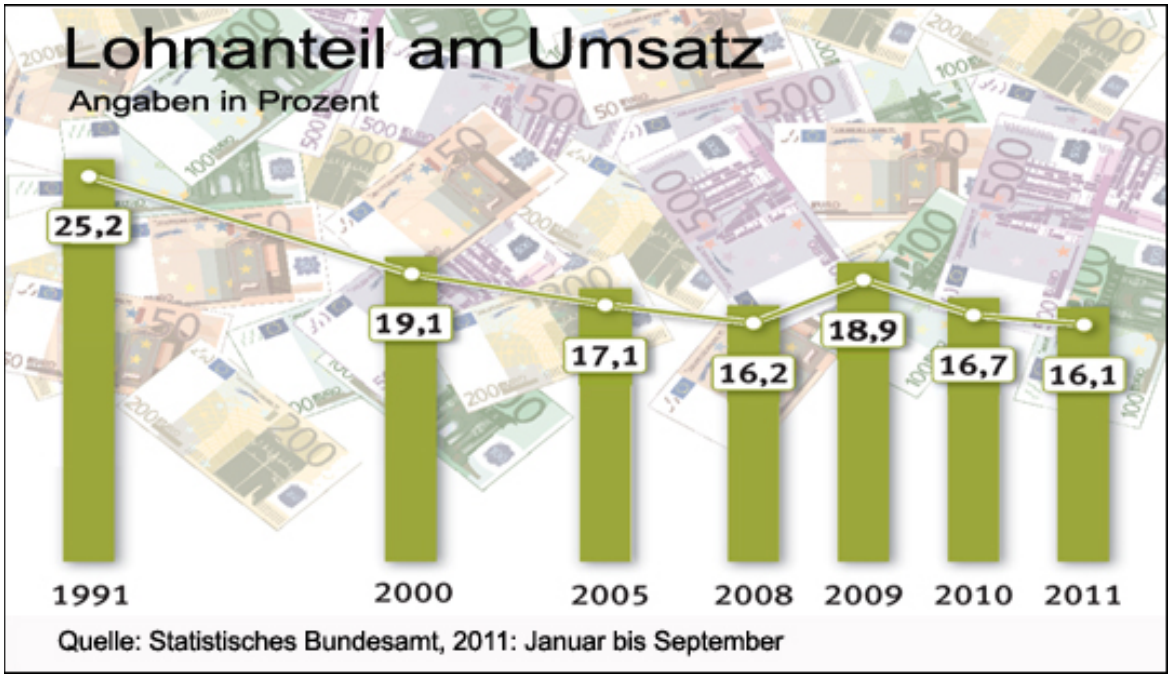
Wieviel darf es mehr sein? Diese Frage wurde in den Betrieben seit Anfang Februar rauf und runter diskutiert. Dabei spielte es eine große Rolle, wie der Betrieb wirtschaftlich dasteht, wie weit die Bestellungen reichen und ob die Produktion läuft. Auch die Konjunktur in Deutschland und in der Branche werden berücksichtigt. Die IG Metall weiß: Die Risiken aus der Finanzmarkt- und der Verschuldungskrise einzelner Staaten sind ebenso wenig überwunden wie die Schwäche der europäischen Banken. Trotzdem ist es nur fair, dass die Beschäftigten in dieser Tarifrunde höhere Entgelte bekommen - das ist wirtschaftlich leistbar und gerecht. Denn der bis März geltende Tarifvertrag war 2010 unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise ausgehandelt worden. Damals standen sichere Arbeitsplätze im Vordergrund.

Bei ihrer Entgeltforderung orientiert sich die IG Metall an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, der Inflationsrate und der mittelfristigen Ausschöpfung des verteilungsneutralen Spieraums. Unter Berücksichtigung aller Aspekte steht nun die Forderung: 6,5 Prozent. Darauf haben sich die regionalen Tarifkommissionen und der Vorstand der IG Metall festgelegt.

Hohe Renditen

Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie erwirtschafteten nach Angaben von Gesamtmetall im Jahr 2011 eine Bruttorendite von insgesamt 52 Milliarden Euro. Das ist etwa so viel, wie die Euroländer bislang für die Rettung Griechenlands überwiesen haben. Doch trotz dieses guten Ergebnisses kündigen die Arbeitgeber an: Mehr als drei Prozent sind nicht drin. Denn ein Plus von einem Prozent, würde die Rendite um 1,5 Milliarden Euro schmälern. Das bedeutet: Steigen die Entgelte um 6,5 Prozent, dann kostet das die Firmen 9,75 Milliarden Euro. Die IG Metall sagt: Auch eine Entgelterhöhung in dieser Größenordnung wäre für die Unternehmen noch verkraftbar. Denn die Bruttorendite läge auch bei einem Lohnplus von 6,5 Prozent immer noch bei 42,25 Milliarden Euro.

Zudem spielen die Lohnkosten in den Unternehmen eine immer geringere Rolle. 1991 lag der Anteil, den die Löhne und Gehälter am Umsatz in der Metall- und Elektroindustrie hatten, noch bei über 25 Prozent. Seither sinkt die Lohnquote von Jahr zu Jahr. 2011 lag sie gerade noch bei 16,1 Prozent. Lediglich in der Finanzmarktkrise, als die Produktion zurückging, stieg sie geringfügig an.



Tarifpolitik muss verlässlich sein

Dass die Wirtschaft immer wechselhafter und unberechenbarer wird, das bedenkt die IG Metall bei ihrer Tarifpolitik. Sie ist mittelfristig und verlässlich. Verlässlichkeit bedeutet, gegenüber dem Tarifpartner, den Arbeitgebern, vertragstreu zu sein und nicht während der Laufzeit eines Tarifvertrags "Nachforderungen" zu stellen. Mittelfristig bedeutet, dass die IG Metall bei der Aufstellung der Forderung sich nicht ausschließlich auf die Prognosen in die Zukunft verläßt. Denn im Vorhinein können diese sich anders darstellen, als dann die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung verläuft. Zudem müssen sich der verteilungsneutrale Spielraum und die Einkommenserhöhungen parallel entwickeln. Das war in jüngster Zeit nicht der Fall, weil im Boomjahr 2011 der Spielraum nicht ausgeschöpft wurde. Das wurde nun aber mitberücksichtigt. Bei ihrer Forderung von 6,5 Prozent hat die IG Metall alle Aspekte mit bedacht. Das vergangene Jahr 2011 war für die Metall- und Elektroindustrie ein überaus erfolgreiches Jahr. Dass das so ist, daran haben auch die Beschäftigten einen Anteil. Sie haben den Erfolg möglich gemacht. Deshalb ist es nur fair, sie jetzt auch zu beteiligen.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/lohnkosten-spielen-eine-immer-geringere-

	rolle-9504.htm

Code	Datum			
IGM-025	13-03-12			

Tarif 2012: Plakate & Flyer

Material zur Tarifrunde 2012: Plakate & Flyer

DIE MASKEN DER UNGERECHTIGKEIT.
SCHLUSS MIT DER MASKERADE!

LEIHARBEIT: Die Unternehmen verharmlosen den Einsatz von Leiharbeit. Sie behaupten, es sei lediglich ein Instrument für mehr Flexibilität und sie würden es »nur« einsetzen, um Produktionsspitzen abzufangen. Aber in vielen Unternehmen sind seit Jahren Leiharbeiter im Einsatz. Die Tätigkeiten bleiben gleich, die Leiharbeiter wechseln. Und das oft zu Armutslöhnen und zu schlechteren Bedingungen als die Stammbeschäftigten. Damit werden auch sichere und fair bezahlte Jobs bedroht. Deshalb fordern wir mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit.

AZUBI-FRUST: Wenn Auszubildende fleißig lernen, dann tun sie das, um weiterzukommen. Und das ist auch gut so, denn unsere Wirtschaft braucht Nachwuchs! Doch der Lohn für eine erfolgreiche Ausbildung? Ein befristeter Job, ein Jahr mehr Unsicherheit, ein Jahr länger keine eigene Wohnung oder gar eine Familie. Hallo? Geht's noch? Wir sagen: Nein, so geht's nicht! Darum fordert die IG Metall die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten. Damit junge Menschen Perspektiven haben!

LOHNGEIZ Trotz Krise im Euroraum schlägt die deutsche Industrie alle Rekorde! Unsere Produkte verkaufen sich weltweit wie noch nie! Maschinen, Autos und andere Produkte erschaffen sich aber nicht von selbst: Sie werden von Menschen gemacht! Und diese fordern jetzt ihren Anteil am Erfolg! 6,5 % mehr Geld sind gerechtfertigt! Die Unternehmen legen vergoldete Bilanzen vor, schreiben Rekordrenditen und verdienen sich eine goldene Nase. Und die deutsche Wirtschaft brummt weiter. Die Beschäftigten garantieren den Erfolg der Unternehmen. Sie wollen jetzt ihren fairen Anteil an den Gewinnen.

Link	http://www.bw.igm.de/news/meldung.html?id=50669

Code	Datum			
IGM-026	15-03-12			

Jugendliche nach der Ausbildung unbefristet übernehmen

Unbefristete Übernahme - ein Gewinn für alle

Junge Menschen brauchen Sicherheit und Perspektiven, die Wirtschaft gut ausgebildete und motivierte Jungfacharbeiter. Wenn Auszubildende nach ihrer Prüfung in unbefristete Arbeitsverträge übernommen werden, bietet das Vorteile - für die Azubis ebenso wie für die Unternehmen.

Die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben sich in den letzten Monaten verbessert. Zwar passt das Lehrstellenangebot nicht immer zur Nachfrage, aber rein statistisch fällt die Bilanz besser aus als in früheren Jahren. Doch was bedeutet das in puncto Sicherheit und Zukunftsperspektiven für junge Menschen? Denn Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz haben nicht alle Jungfacharbeiter. Die Firmen bilden zwar inzwischen mehr aus, doch bei der Übernahme auf einen unbefristeten Arbeitsplatz zieren sie sich. Allenfalls erhalten die Jugendlichen nach bestandener Prüfung einen befristeten Arbeitsvertrag - in der Regel für ein Jahr. So steht es in den Tarifverträgen. Mehr haben die Arbeitgeber bislang verweigert - außer in der Stahlindustrie, wo die IG Metall Ende 2011 die unbefristete Übernahme durchgesetzt hat. Ein Jahr geht schnell vorbei. Anschließend geht es für viele Jungfacharbeiter mit der nächsten Befristung weiter. Andere werden arbeitslos, gehen in Leiharbeit oder wandern in einen anderen Beruf ab, in dem sie dann als Hilfskraft arbeiten. So wird Qualifikation vergeudet. Und an ein Leben mit Zukunftsperspektive, gar mit einer Familie, ist so nicht zu denken.

Wirtschaft will billig an Arbeitskräfte kommen ...

Der Arbeitsmarkt ist gespalten. Die Zahl der regulären sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stagniert, neue Jobs entstehen vor allem in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Der Niedriglohnsektor boomt. Jungfacharbeiter, deren Motivation und Einsatzbereitschaft in den Unternehmen dringend benötigt wird, werden in unsichere und prekäre Jobs gedrängt. Die Wirtschaft will möglichst billig an Arbeitskräfte kommen. Doch wer nicht sicher ist, welchen Job er nächsten Monat erledigen muss, ist wenig motiviert.

... und jammert gleichzeitig über fehlenden Nachwuchs

Fachkräftemangel? Ein ernstzunehmendes Problem für die Firmen oder eher Gejammer auf hohem Niveau? Tatsächlich ist der Fachkräftemangel schon in vielen Regionen, insbesondere im Osten, und in vielen, vor allem kleineren Betrieben angekommen. Dabei zeigen alle Studien, dass berufliche Qualifikation gerade am "Qualitätsstandort" Deutschland immer wichtiger wird. Dazu kommt die demographische Entwicklung: Die Zahl der Schulabgänger sinkt von Jahr zu Jahr - und damit auch die Zahl der Ausbildungsbewerber. Von daher ist Ausbildung für die Unternehmen eine überlebenswichtige Investition in ihre Fachkräfte von morgen. Sie müssen mehr Ausbildungsplätze anbieten und den Ausgebildeten anschließend gute Perspektiven auf unbefristete Jobs bieten. Dann könnte sich der Betrieb auf gut ausgebildeten Nachwuchskräfte stützen, die die betrieblichen Situation kennen und motiviert sind. Ausbildung und Übernahme sind also zwei Seiten einer Medaille, die beide im Interesse der Unternehmen liegen.

Die IG Metall will Sicherheit für junge Menschen und ...

Tatsächlich bilden die Metallbranchen jedoch nicht über Bedarf aus. Um den Bestand an Facharbeitern in der Metall- und Elektroindustrie langfristig zu sichern, wäre eine Ausbildungsquote von sieben Prozent notwendig, der Anteil liegt jedoch bei fünf Prozent der Beschäftigten. Und auch wenn einzelne Betrieb über Bedarf ausbilden, gibt es Lösungen. Dass das funktioniert, beweist die Stahlbranche. Dort ist die unbefristete Übernahme tarifvertraglich geregelt. Zudem gibt es auch in anderen Bereichen Firmen die über Bedarf ausbilden und trotzdem alle Jungfacharbeiter nach der Prüfung übernehmen. Sie suchen gemeinsam mit dem Betriebsrat nach einer Lösung, notfalls erhalten die Ausgebildeten einen Teilzeitvertrag oder werden weitergebildet.

... deshalb die unbefristete Übernahme zur Regel machen

Nicht nachvollziehbar sind Argumente von Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser, dass eine Übernahme nach der Ausbildung einer "Verbeamtung" gleich käme. Das hieße ja, dass dass junge Leute lebenslang unkündbar werden. Die IG Metall will, dass die Ausgebildeten wie alle anderen Beschäftigten behandelt werden, also einen festen Arbeitsvertrag erhalten.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/jugendliche-nach-der-ausbildung-unbefristet-uebernehmen-9524.htm

Code	Datum			
IGM-027	16-03-12			

Lösungen zur unbefristeten Übernahme der Azubis

Unbefristete Übernahme: Geht doch

Die IG Metall fordert feste Jobs nach der Ausbildung. Doch die Arbeitgeber mauern und drohen: Wenn wir Azubis unbefristet übernehmen müssen, dann bilden wir eben weniger aus. Dabei gibt es doch Betriebe, die zeigen: viel ausbilden und trotzdem unbefristet übernehmen - das passt zusammen. Einer dieser Betriebe ist Bosch in Stuttgart-Feuerbach.

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie rückt näher. Die Zeichen stehen auf Konflikt: Neben mehr Geld fordert die IG Metall, dass Azubis nach erfolgreicher Abschlussprüfung in unbefristete Arbeitsverträge übernommen werden. Geht gar nicht, sagen die Arbeitgeber. Sie wollen ihren Ausgelernten weiterhin höchstens befristete Jobs geben. Ansonsten, so drohen sie, werden sie weniger Ausbildungsplätze anbieten.

Viele Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme der Azubis - ein Widerspruch? Keineswegs. Die Stahlindustrie macht es vor: Hier hat die IG Metall bereits Ende 2011 die unbefristete Übernahme in einem Tarifvertrag durchgesetzt. Falls ein Betrieb in Not ist - und tatsächlich Azubis über Bedarf an Bord sind, können Geschäftsleitung und Betriebsrat Abweichungen von der Regel "unbefristet" vereinbaren. Eine mögliche Lösung: Die Ausgelernten machen im Anschluss an die Ausbildung eine Fortbildung. Davon haben beide etwas: Die jungen Beschäftigten satteln noch einmal Qualifikation oben drauf. Und das Unternehmen bekommt junge Fachkräfte mit enger Bindung an den Betrieb.

Grundsätzlich unbefristete Übernahme bei Bosch

In der Stahlbranche funktioniert es. Warum nicht auch in der Metallindustrie? In einigen Metall-Betrieben ist der Grundsatz "unbefristete Übernahme" heute schon Realität. Bei Bosch etwa hat der Gesamtbetriebsrat mit der Konzernleitung verabredet: Wir wollen möglichst vielen Jugendlichen eine Chance auf eine Top-Ausbildung bei uns geben - und trotzdem nach der Ausbildung grundsätzlich in feste Verträge übernehmen.

Im Bosch-Hauptwerk in Stuttgart-Feuerbach hat der Betriebsrat diesen Grundsatz noch verbindlicher festgezogen: Hier muss die Geschäftsführung jedem Azubi einen unbefristeten Arbeitsplatz anbieten. Eine mögliche Option ist - ähnlich wie im Stahl-Tarif - eine Fortbildung. Die Ausgebildeten können aus einer Reihe von Modellen wählen: etwa im Teilzeit-Blockmodell zum Techniker oder ein Vollzeit-Studium mit Rückkehr-Garantie. Die Grundlage hierzu ist ein spezieller Tarifvertrag, den die IG Metall vor zwei Jahren auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise durchgesetzt hat.

Die unbefristete Übernahme gibt es nicht geschenkt

Doch auch bei Bosch gibt es nichts geschenkt. Die Azubis haben sich ihr Recht auf eine unbefristete Perspektive gemeinsam mit ihren älteren Kollegen Ende 2010 erkämpft. Damals wollte die Werkleitung nur 30 von 103 gewerblichen Auslerner unbefristet übernehmen.Mit zahlreichen Aktionen und Mahnwachen vor dem Werkstor haben sich die Azubis durchgesetzt. Alle haben unbefristete Verträge erhalten. Knapp zwei Dutzend von ihnen wählten nach der Ausbildung die Option Weiterbildung.

Was bei Bosch gilt, will die IG Metall nun in der anstehenden Tarifrunde in der IG Metall- und Elektroindustrie auch für alle anderen Azubis durchsetzen: Die unbefristete Jobs nach der Ausbildung soll zum Normalfall werden. Perspektive und Sicherheit - statt Befristung, Leiharbeit oder gar Arbeitslosigkeit. Doch wie bei Bosch werden die Metall-Arbeitgeber das

den Azubis nicht freiwillig geben. Die Metall-Tarifrunde wird ein hartes Stück Arbeit.	
Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/jupo-wege-zur-unbefristeten-uebernahme-im-betrieb-9550.htm

Code	Datum			
IGM-028	20-03-12			

IG Metall Pressedienst 14/2012

"Ein Angebot der Arbeitgeber ist jetzt überfällig" - Mehr und fair

Auf zahlreichen Informationsveranstaltungen haben sich heute über 12.000 Beschäftigte über die aktuelle Situation der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg informiert, darunter Mercedes-Benz in Gaggenau, TCG Hermann, Siemens, Itron.

Angebot auf den Tisch

Scharfe Kritik übte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann an den Arbeitgebern. Vor 10.000 Teilnehmern einer Informationsveranstaltung am Daimler Standort Sindelfingen sagte er am Vormittag: "Man kann nicht monatelang die Chance für konstruktive Gespräche verstreichen lassen und sich gleichzeitig darüber beklagen, die IG Metall drohe mit Arbeitskampf. Kommt am Donnerstag kein verhandelbares Angebot auf den Tisch, treiben die Arbeitgeber die Branche gezielt in Arbeitsniederlegungen - nach Ende der Friedenspflicht zunächst als Warnstreik. Das wäre unverständlich angesichts der guten Auslastung der Betriebe."

Hofmann kritisierte außerdem die Verweigerungshaltung im Arbeitgeberlager mit der IG Metall die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten sowie wirksame Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit im Tarifvertrag regeln zu wollen. "Regeln wir die unbefristete Übernahme nicht, sind die Zukunftschancen und Perspektiven der jungen Generation gefährdet. Das wäre auch angesichts des Fachkräftemangels unverantwortlich", kritisierte der Verhandlungsführer der Gewerkschaft.

Menschen werden als Ware behandelt

Mit Blick auf die Leiharbeit sagte Hofmann: "Hier werden Menschen als Ware behandelt und teilweise zu Schandlöhnen in den Betrieben eingesetzt. Das Ziel ist nicht höhere Flexibilität, die ist in den Betrieben ausreichend vorhanden. Es geht um die freie Verfügbarkeit über billige Arbeitskräfte. Da stören faire Löhne und faire Arbeit." Aus diesem Grund würden sich die Arbeitgeber gegen mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit sträuben. Hofmann stellte fest: "Wenn Befristungen und Leiharbeit jetzt Gegenstand von Tarifforderungen werden, liegt dies daran, dass Arbeitgeber einseitig Fakten geschaffen haben, die wir nicht akzeptieren. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass gerade diese Fragen jetzt den Tarifkonflikt beherrschen."

Entgelterhöhung ist berechtigt

Auch eine deutliche Erhöhung der Entgelte hält Hofmann für mehr als berechtigt. "Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen lässt das zu. Es wurde glänzend verdient. Jetzt wollen die Beschäftigten ihr Stück vom Kuchen abhaben, bevor alles von den Aktionären, Managern und Inhabern vervespert wird." Die IG Metall fordert in der laufenden Tarifrunde 6,5 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten sowie wirksame Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit. Am kommenden Donnerstag gehen die Verhandlungen für die rund 800.000 Beschäftigten der Branche im Land in Ludwigsburg in die zweite Runde.

Informationsrunden finden großen Zulauf	
Weitere seit vergangener Woche im Bezirk stattfindende Informationsrunden fanden ebenfalls großen Zulauf. So zum Beispiel bei Porsche, wo sich am 13. März 2012 3.000 Beschäftigte vor dem Werkstor informierten.	
Link	http://www.bw.igm.de/news/meldung.html?id=50812

Code	Datum			
IGM-029	20-03-12			

Das Argument zur Tarifrunde: Leiharbeit - Missbrauch stoppen

Wenn Leiharbeit - dann fair und gerecht

Leiharbeitnehmer verdienen nicht nur fast die Hälfte weniger als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Leiharbeit wird von Betrieben obendrein auch noch dazu missbraucht, Stammarbeitsplätze abzubauen und Druck auf Beschäftigte sowie Tarifverträge auszuüben. Das will die IG Metall stoppen.

Die Lohndifferenz zwischen einem angelernten Leihbeschäftigten und einem vergleichbar fest angestellten Arbeitnehmer liegt in einem Metall- und Elektrobetrieb zwischen 40 und 48 Prozent. Damit missbrauchen Unternehmen Leiharbeit zu Lohn-Dumping. Diesen Missbrauch will die IG Metall stoppen. Deshalb verhandelt sie aktuell mit den Verbänden der Verleihunternehmen über Branchenzuschläge. Ziel ist gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Für faire Leiharbeit verhandelt die IG Metall zweigleisig

Betriebe missbrauchen Leiharbeit aber auch dazu, Stammarbeitsplätze abzubauen sowie mit einer zweiten, niedrigeren Lohnlinie Druck auf Beschäftigte und Tarifverträge auszuüben. Auch das will die IG Metall stoppen. Sie will erreichen, dass Betriebsräte darüber mitbestimmen, wie viele Leihbeschäftigte wie lange und wo im Betrieb eingesetzt werden. Darüber verhandelt die IG Metall in der Metall-Tarifrunde mit den Arbeitgebern der Metall- und Elektrobranche.

Das Argument

zur MetallTarifrunde 2012

Missbrauch stoppen Leiharbeit fair bezahlen:

LeihbeschaÅNftigte verdienen nach der letzten verfügbaren Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes im Schnitt 46,2 Prozent weniger pro Stunde als NormalbeschaÅNftigte. In der Metall- und Elektroindustrie liegt die Differenz zwischen angelernten LeihbeschaÅNftigten und vergleichbaren fest angestellten BeschaÅNftigten in der gleichen GroÅNssenordnung - zwischen 40 und 48 Prozent. Mit Leiharbeit senken die Unternehmen ihre Kosten. Vor allem deshalb greifen sie zu. Unternehmen missbrauchen ndie Leiharbeit zu Lohn-Dumping. Diesen Missbrauch will die IG Metall stoppen. Deshalb verhandelt sie aktuell mit den VerbaÅNnden der Verleihunternehmen über BranchenzuschlaÅNge. Ziel ist gleiches Geld für gleiche Arbeit - also „Equal Pay". Branchen- ZuschlaÅNge werden dafür allerdings nicht ausreichen. Dafür sind die betrieblichen Strukturen zu unterschiedlich. Deshalb fordert die IG Metall in den Verhandlungen mit den VerleihverbaÅNnden ausserdem: Der neue Tarifvertrag soll die betriebliche Regelung von Einsatzzulagen ermoÅNglichen. Beides zusammen soll annaÅNhernd Equal Pay erreichen. Betriebe missbrauchen Leiharbeit aber auch dazu, StammarbeitsplaÅNtze abzubauen sowie mit einer zweiten, niedrigeren Lohnlinie Druck auf BeschaÅNftigte und TarifvertraÅNge auszuüben. Auch das will die IG Metall stoppen. Sie will erreichen, dass BetriebsraÅNte darüber mitbestimmen, wie viele LeihbeschaÅNftigte wie lange und wo im Betrieb

eingesetzt werden. Darüber verhandelt die IG Metall mit den Arbeitgebern der Metall- und Elektrobranche.	
Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-F2226AB0-40746235/internet/style.xsl/das-argument-zur-tarifrunde-leiharbeit-missbrauch-stoppen-9675.htm

Code	Datum			
IGM-030	22-03-12			

IG Metall Pressedienst 18/2012

IG Metall erhöht den Druck auf die Arbeitgeber - 2. Tarifverhandlung M+E-Industrie Baden-Württemberg - Bilder und Film - Link zum Auftaktstatement Jörg Hofmann - SWR Beitrag

Kurz vor Auftakt der zweiten Verhandlungsrunde in Ludwigsburg haben gut 5.000 Gewerkschafter vor dem Verhandlungslokal die Forderungen der IG Metall in der laufenden Tarifrunde untermauert. 6,5 Prozent mehr Geld, unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und wirksame Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit wollen sie unter dem Motto "Mehr + Fair" durchsetzen.

Wall gegen prekäre Beschäftigung

Mitgebracht hatten sie zahlreiche Bausteine, die als Symbole für betriebliche Regelungen stehen, mit denen sie einen "Wall gegen prekäre Beschäftigung" errichteten.

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann bezeichnete die im vergangenen November gestartete Aktion als "großen Erfolg", bei dem sogar seine "kühnsten Erwartungen" übertroffen worden seien. Insgesamt 240 Vereinbarungen wurden als "Bausteine gegen prekäre Beschäftigung" seither abgeschlossen. Durch sie wird Leiharbeit im Betrieb eingedämmt und besser bezahlt oder Azubis die Übernahme nach dem Ende der Ausbildung zugesichert. Hofmann: "Im Ergebnis zeigt unsere Aktion vor allem eines: In den Betrieben sitzen Praktiker, die bei Leiharbeit und Übernahme der Ausgebildeten den notwendigen Handlungsbedarf erkannt haben. Diese Erkenntnis vermisse ich am Verhandlungstisch auf Arbeitgeberseite. Aber man soll die Hoffnung bekanntlich nie aufgeben."

Zukunft für die junge Generation

Angelo Greiner, Jugendvertreter bei Stihl in Waiblingen, unterstrich die Forderung nach unbefristeter Übernahme: "Wenn also die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wieder die Regel wird, die es früher schon war, dann gibt man der jungen Generation die Möglichkeit sich und dem ganzen System eine Zukunft aufzubauen."

Betriebliche Informationsveranstaltungen

Aber nicht nur in Ludwigsburg informierten sich die Beschäftigten und machten ihrem Ärger über die Haltung der Arbeitgeber Luft. Veranstaltungen gab es mit 4.000 Teilnehmern auch bei Daimler in Untertürkheim und rund 1.700 Teilnehmer kamen zu einer Kundgebung bei Bosch Reutlingen. Insgesamt nahmen über 20.000 Beschäftigte seit Mitte März an den betrieblichen Informationsveranstaltungen teil, die am 13. März mit 3.000 Teilnehmern bei Porsche begonnen hatten. Diesen Dienstag waren 10.000 Beschäftigte der Daimler AG in Sindelfingen vor das Tor gezogen, um sich von ihrem Betriebsratsvorsitzenden Erich Klemm und Bezirksleiter Hofmann auf den aktuellen Stand der Branchensituation bringen zu lassen.

Einige Bausteine im Überblick:

Mann + Hummel in Ludwigsburg: Unbefristete Übernahme der Azubis und Dual-Studierenden, Leiharbeit begrenzt und Equal Pay

Getrag in Rosenberg: Leiharbeit nur mit Zustimmung des Betriebsrates

Schuler in Weingarten: Übernahme aller Winterauslerner 2012

Aluminiumwerke Wutöschingen: Kompletter Verzicht auf Leiharbeit

Diehl Aircabin, Laupheim: Unbefristete Übernahme der Auszubildenden

Sick AG in Waldkirch: Begrenzung von befristeten Arbeitsverträgen und Equal Pay für Leiharbeiter

John Deere in Bruchsal: Leiharbeit mit vollem Equal Pay und Quote

Audi in Neckarsulm: 86% der Azubis werden unbefristet übernommen, Leiharbeit durch Quote begrenzt

Porsche AG Stuttgart: 50% mehr Auszubildende, alle werden im Anschluss an die Ausbildung unbefristet übernommen

Siemens, Kirchheim unter Teck: Quote für Leiharbeit und Übernahme der Leiharbeitnehmer nach 12 Monaten

Daimler Gaggenau: Unbefristete Übernahme aller Azubis

Coperion Stuttgart: Übernahme aller Azubis und Übernahme von 20% Leiharbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis

EvoBus in Mannheim: Unbefristete Übernahme der Azubis für alle Auslerner Januar und Februar 2012

Weitere Bausteine unter www.bausteine.igm.de

Link	http://www.bw.igm.de/news/meldung.html?id=50877

Code	Datum			
IGM-031	22-03-12			

IG Metall Pressedienst 17/2012

Glänzende Ertragslage der Unternehmen - IG Metall Faktencheck zur Tarifrunde 2012: Ertragslage der Betriebe - Anlage: Grafiken

Kurz vor Auftakt der zweiten Verhandlungsrunde der laufenden Tarifgespräche für die 800.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg legt die IG Metall die Ergebnisse einer aktuellen Betriebsräteumfrage vor. Mit den Ergebnissen sieht IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann die Forderung nach 6,5 Prozent mehr Geld als "völlig gerechtfertigt und zur Branchensituation passend."

Massive Einkommenseinbußen

Die Beschäftigten hätten während der Krisenmonate teilweise massive Einkommenseinbußen gehabt und trotz deutlich verbesserter Ertragslage gehe der Aufschwung an einem Großteil von ihnen vorbei. Hofmann: "Deshalb ist es jetzt umso wichtiger die Einkommen der Menschen dauerhaft zu stärken. Unsere Forderung ist für die Unternehmen finanzierbar." Laut Umfrage mussten rund 65 Prozent der Beschäftigten während der Finanz- und Wirtschaftskrise Einbußen verkraften. Diese basierten hauptsächlich auf dem Einsatz von Kurzarbeit, dem Verzicht auf Sonderzahlungen oder reduzierter Arbeitszeit.

Betriebe zu alter Stärke zurückgekehrt

Die Betriebe selbst sind laut der Umfrage längst zu alter Stärke zurückgekehrt. 32 Prozent der Betriebe haben die Umsatzzahlen vor der Krise erreicht und 45 Prozent haben diese sogar übersprungen. Noch besser sieht die Ertragslage der Unternehmen 2011 verglichen mit den Erträgen aus dem Vorjahr aus. Bei rund 23 Prozent ist die Ertragsentwicklung stabil. 43 Prozent melden dagegen steigende und 20 Prozent sogar deutlich steigende Erträge. Für das Jahr 2012 rechnet über ein Drittel der Betriebe mit weiter steigenden Erträgen.

Nicht alle Beschäftigten profitieren

Dagegen profitieren nur in 37 Prozent der Betriebe die Beschäftigten von der verbesserten Ertragslage, denn nur dort gibt es ertragsabhängige Sonderzahlungen. Im Durchschnitt beträgt die Höhe der Einmalzahlungen 1.322 Euro. Die Spanne reicht jedoch von 100 Euro bis 8.250 Euro. Dabei ist festzustellen, dass die deutliche Mehrheit der Betriebe Einmalzahlungen bis 1.000 Euro an die Beschäftigten zahlt, während nur ein kleiner Teil mehr als 2.000 Euro

Erfolgsbeteiligung ausschüttet.

Ebenfalls augenfällig: Über 49 Prozent der befragten Betriebe zahlen trotz steigender oder deutlich steigender Umsätze für 2011 keine Einmalzahlung. Bei mehr als 56 Prozent der Betriebe, in denen Beschäftigte während der Krise Einkommenseinbußen hingenommen haben, gibt es überhaupt keine Einmalzahlung.

Umfrage in 350 Betrieben

Befragt wurden dazu bis Dienstag dieser Woche die Betriebsräte in 350 tarifgebundenen Betrieben. Dort arbeiten rund 312.000 Beschäftigte. Die IG Metall fordert in der laufenden Tarifrunde 6,5 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten sowie wirksame Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit.

Zweite Verhandlungsrunde am Donnerstag

Die Verhandlungen gehen am Donnerstag, 22.März 2012 in Ludwigsburg (Forum am Schlosspark) in die zweite Runde. Verhandlungsbeginn ist für 15:00 Uhr geplant. Im Vorfeld wollen die Metaller ihre Forderungen untermauern. Sie werden deshalb in zwei Demozügen zum Verhandlungslokal kommen, wo um 14:00 Uhr eine Abschlusskundgebung stattfindet. Hauptredner ist IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann, weitere Redner sind Hartwig Geisel, Betriebsratsvorsitzender Bosch Feuerbach, Angelo Greiner, Jugendvertreter Stihl Waiblingen und Konrad Ott, 1. Bevollmächtigter IG Metall Ludwigsburg.

Link	

Code	Datum			
IGM-032	22-03-12			

IG Metall Pressedienst 19/2012

IG Metall macht Lösungsvorschlag zur Übernahme der Ausgebildeten und fordert Angebot der Arbeitgeber ein - Tarifverhandlungen auf 19. April vertragt

In der zweiten Verhandlungsrunde für die 800.000 Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Die Tarifparteien haben sich ohne Ergebnis auf den 19. April 2012 vertagt.

Lösungsvorschlag zur Übernahme der Auszubildenden

Die IG Metall hat in den Gesprächen ihren Lösungsvorschlag für die von den Arbeitgebern abgelehnte Übernahme der Auszubildenden eingebracht (siehe Anlagen).

Der Chef von Südwestmetall, Dr. Rainer Dulger, hatte in einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten beklagt, die Forderung der IG Metall sei in den Betrieben und bei den Arbeitgebern nicht so angekommen, wie IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann sie darstelle. Hofmann hatte die Arbeitgeber aufgefordert, statt ideologischer Aufrüstung sachliche Information in den Vordergrund zu rücken.

Fakten und Argumente auf den Tisch

"Wer zugehört hat, weiß was die IG Metall fordert. Aber spätestens nach Präsentation unseres Lösungsvorschlages kann nicht mehr mit falschen Behauptungen gearbeitet und die eigene Mitgliedschaft im Arbeitgeberlager und die Öffentlichkeit verunsichert werden." Dazu zähle auch "das Gerede, die IG Metall fordere die Verbeamtung der Azubis" sowie die Behauptung "unsere Forderung koste Ausbildungsplätze, da zusätzliche Ausbildung, über den Bedarf hinaus, nicht mehr möglich sei." Deshalb forderte Hofmann: "Jetzt müssen Fakten und Argumente auf den Tisch. Ideologische Schützengräben bringen uns keiner Lösung näher."

Kein Angebot der Arbeitgeber

Verärgert war die Verhandlungskommission der IG Metall allerdings auch, weil von Arbeitgeberseite noch kein Angebot

vorgelegt wurde. So werde unnötig Zeit vertrödelt, hieß es aus Verhandlungskreisen. "Es ist fast schon fahrlässig, wenn eine boomende Branche mit vollen Auftragsbüchern und hervorragender Auslastung ohne Not von den Arbeitgebern in einen Konflikt getrieben wird", kritisierte Hofmann nach den Verhandlungen. "Es war genug Zeit. Die Tarifrunde kommt nicht überraschend und die wirtschaftlichen Daten sind bekannt. Aber offensichtlich will man die Beschäftigten hinhalten. Die Antwort auf diese Taktik werden die Beschäftigten dann spätestens Anfang Mai geben. Bis dahin ist noch Zeit in freien Verhandlungen und ohne Warnstreiks zu einem Ergebnis zu kommen."

5.000 Metaller zeigen Unterstützung

Bereits vor Verhandlungsbeginn hatten gut 5.000 Metaller vor dem Verhandlungslokal die Forderungen der IG Metall untermauert. Mit Bausteinen errichteten sie dort einen Wall gegen prekäre Beschäftigung. Jeder Baustein symbolisierte eine betriebliche Vereinbarung zur Begrenzung von Leiharbeit oder der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden. Insgesamt wurden seit letzten November 240 dieser Regelungen im Bezirk getroffen.

Die IG Metall fordert in der laufenden Tarifrunde 6,5 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten sowie wirksame Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit.

Lösungsvorschlag der IG Metall zur Übernahme von Auszubildenden, einschließlich der Teilnehmer an Dualen Studiengängen

Auszubildende und Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Dualen Studiengängen (im Folgenden: der Auszubildende) werden im Grundsatz nach bestandener Abschlussprüfung unbefristet in ein Arbeitsverhältnis übernommen.

Der Arbeitgeber hat dem Auszubildenden und dem Betriebsrat unter Angabe von Gründen spätestens drei Monate vor Ausbildungsende mitzuteilen, sollte keine unbefristete Übernahme erfolgen. Der Arbeitgeber kann diese ablehnen, wenn folgende Sachgründe vorliegen:

1. Aktuelle Beschäftigungsprobleme

Liegen aktuelle Beschäftigungsprobleme vor, die einer unbefristeten Übernahme entgegenstehen, ist vorab zu prüfen, ob eine Übernahme alternativ

o befristet für mindestens 12 Monate oder

o zunächst in Teilzeit für höchstens 12 Monate mit anschließendem Wechsel in Vollzeit

möglich ist. Widerspricht der BR und kommt keine betriebliche Einigung zu Stande, entscheidet auf Antrag einer Seite die tarifliche Schiedsstelle.

2. Zusätzliche Ausbildung über Bedarf

Hat der Arbeitgeber vor Beginn der Ausbildung entschieden, zusätzliche, als die nach dem voraussichtlichen Bedarf notwendigen, Ausbildungsplätze bereitzustellen, teilt er dies dem Betriebsrat mit. Ist die Zahl zusätzlicher Ausbildungsplätze, etwa auf Basis einer Personalplanung, mit dem Betriebsrat vor Beginn der Ausbildung vereinbart, besteht im Umfang dieser zusätzlichen Ausbildungsplätze keine Übernahmeverpflichtung. Der Arbeitgeber ist dennoch gehalten eine Übernahme entsprechend des aktuellen Bedarfs zum Zeitpunkt der Übernahme zu prüfen.

Liegt kein Einvernehmen vor, kann der Betriebsrat zum Zeitpunkt der Übernahme der Entscheidung des Arbeitgebers widersprechen, insoweit er einen Bedarf zur unbefristeten Übernahme sieht und keine aktuellen Beschäftigungsprobleme vorliegen. Kommt keine betriebliche

Einigung zu Stande, entscheidet auf Antrag einer Seite die tarifliche Schiedsstelle. 3. Personenbedingte Gründe zur Nichtübernahme des Auszubildenden Sind personenbedingte Gründe erkennbar, die einer unbefristeten Übernahme des Auszubildenden entgegenstehen können, soll dies dem Auszubildenden und Betriebsrat in der Regel spätestens 12 Monate vor Ende der Ausbildungszeit mitgeteilt werden. Es sollen die Gründe dargelegt und Maßnahmen besprochen und dokumentiert werden, wie diese Einwände in der verbleibenden Ausbildungszeit behoben werden können. Der Auszubildende kann zu diesen Gesprächen einen Betriebsrat oder Jugendvertreter hinzuziehen. Entscheidet der Arbeitgeber dennoch den Auszubildenden aus personenbedingten Gründen nicht zu übernehmen, ist der Betriebsrat unter Angabe von Gründen zu unterrichten. Widerspricht der Betriebsrat dieser Entscheidung, beraten Betriebsrat und Arbeitgeber, ob dennoch eine Übernahme, gegebenenfalls in ein befristetes Arbeitsverhältnis, möglich ist. Innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten nach Übernahme des Auszubildenden kann das Arbeitsverhältnis nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.
Link http://www.bw.igm.de/news/meldung.html?id=50882

Code	Datum			
IGM-033	26-03-12			

Leiharbeit: Schwierige Verhandlungen mit den Zeitarbeitsverbänden BAB und IGZ

Blockade auf Kosten der Leiharbeiter

Die Verhandlungen mit den Verbänden der Leiharbeit stocken. Auch die zweite Runde letzte Woche in Frankfurt brachte keine Fortschritte. Die Positionen liegen noch weit auseinander. Dabei geht es um einen Branchenzuschlag, der die Lohnlücke möglichst schließen soll. Denn Leiharbeitnehmer verdienen für vergleichbare Arbeit bis zu 50 Prozent weniger.

Die IG Metall will Leiharbeitnehmer in Metall- und Elektrobetrieben erheblich besser stellen. Sie will erreichen, das Leihbeschäftigte möglichst gleiches Geld für gleiche Arbeit erhalten. Darüber verhandelt die IG Metall mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ. Das Ziel ist ein Branchenzuschlag für die Metall- und Elektroindustrie, der die Lohnlücke zwischen Leih- und Metalltarif so weit wie möglich schließt.

Positionen noch weit auseinander

Am 20. März endete die zweite Verhandlung mit den Zeitarbeitsverbänden ebenfalls ergebnislos. Die zweite Runde machte deutlich: Die IG Metall und die Arbeitgeber liegen mit ihren Positionen noch weit auseinander. Knackpunkte sind vor allem: Ab welcher Einsatzzeit soll ein Leihbeschäftigter einen Branchenzuschlag erhalten und ab wann soll der Tarifvertrag gelten. Hier blockieren die Arbeitgeber.

Die dritte Verhandlungsrunde ist der 27. April 2012. Sowohl Leiharbeitnehmer als auch Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie verfolgen die Tarifrunde mit den Verbänden der Leiharbeit sehr aufmerksam. Sie werden sich nicht mit schlechten Angeboten der Arbeitgeber zufrieden geben, sondern mit der IG Metall faire Bedingungen für Leiharbeit durchsetzen wollen.

Zweigleisig zu fairer Leiharbeit

Bei der Leiharbeit fährt die IG Metall zweigleisig: Mit den Zeitarbeitsverbänden strebt sie einen Branchenzuschlag an, der die Lohnlücke möglichst weit schließt.

Parallel verhandelt die IG Metall mit den Metall-Arbeitgebern über mehr Mitbespracherechte für Betriebsräte. Sie sollen mitbestimmen, ob und zu welchen Konditionen Unternehmen Leiharbeiter einsetzen. Das ist bereits in über 1200 Metall- und Elekrobetrieben der Fall. Dort konnten Betriebsräte sogenannte Besservereinbarungen abschließen. Das will die IG Metall tarifvertraglich für die ganze Branche erreichen.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-39148D06-6BE3E836/internet/style.xsl/leiharbeit-schwierige-verhandlungen-mit-den-9715.htm

Code	Datum			
IGM-034	28-03-12			

RWI-Studie zur Leiharbeit

Und sie verdrängt sie doch

Fast die Hälfte aller Neueinstellungen ist heute befristet. In den Branchen der IG Metall liegt dieser Wert noch weit höher und dort dominiert auch der Einsatz von Leiharbeitern. Trotzdem geistert die These "Leiharbeit verdränge keine Stammarbeitsplätze" durch die Medien. Die IG Metall zeigt: Belegbar ist diese These nicht.

"Zeitarbeiter verdrängen die Stammbelegschaft nicht", war Tenor einiger Meiden zur aktuellen Studie "Herausforderung Zeitarbeit" des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Das aber belegt die Studie so nicht. Sie bestätigt aber: Leiharbeiter sind die ersten Krisenopfer. Die Datenbasis der Studie bezieht sich auf den Sommer 2008 und 2009 und beschränkt sich somit auf den Höhepunkt des Konjunktureinbruchs. In diesem Zeitraum ging die Zahl der Leiharbeiter von über 800 000 auf unter 600 000 zurück. Gleichzeitig sank auch die Zahl der fest angestellten Beschäftigten. Sie konnten aber dank gemeinsamer Inititative von Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung in ihren festen Jobs gehalten werden. Nur so konnte letztendlich die Konjunkturkrise schnell überwunden werden.

Krisenopfer Leiharbeiter

Diese Entwicklung dokumentiert die Studie und kommt zu dem Ergebnis: Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 haben über drei Viertel der Entleihbetriebe ihre Zeitarbeitskräfte reduziert. Stammbelegschaften abgebaut haben hingegen nur 40 Prozent der Betriebe.

Den Autoren der Studie ist dieser Aspekt nicht entgangen und sie schränken ein: "Ein berechtigter Einwand bei dieser Analyse ist, dass die Krisenperiode 2008 bis 2009 ein besonderes Ereignis darstellt und sich die Ergebnisse nicht unbedingt auf andere Perioden übertragen lassen."

Die Studienforscher haben außerdem von 2007 bis 2008 herausgefunden, dass fünf Prozent aller Betriebe Leiharbeit aufgebaut und feste Jobs abgebaut haben. Und 13 Prozent haben feste Stellen in befristete Arbeitsplätze umgewandelt. Macht also zusammen 18 Prozent aller Firmen, in denen Beschäftigungsaufbau befristet und in Leiharbeit zustande kam. Halten wir fest: Dass Leiharbeiter Stammbeschäftigte nicht verdrängen, lässt sich mit dieser Studie nicht belegen. Sie zeigt viel mehr: Leiharbeiter sind die ersten Krisenopfer.

Leiharbeit verdrängt feste Jobs - auch in guten Zeiten

Im September 2010 hat die IG Metall erstmals ihre Betriebsräte befragt. 20 Prozent von ihnen gaben an, dass unmittelbar nach dem Ende der Kurzarbeit Stammbelegschaften durch Leiharbeit ersetzt wurde. In Betrieben mit 1000 bis 2000

Beschäftigten war dies besonders deutlich festzustellen. Bei der Wiederholung der Befragung im Februar 2011 stellten schon 27 Prozent der Betriebsräte fest, dass in ihren Betrieben Stammarbeitsplätze verdrängt werden. Zudem konstatierten die Betriebsräte: 85 Prozent der neu Eingestellten erfolgt über Leiharbeit oder befristet.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/rwi-studie-zur-leiharbeit-9738.htm

Code	Datum			
IGM-035	29-03-12			

Das Argument zur Tarifrunde: Leiharbeit - mehr Mitbestimmung für Betriebsräte

Betriebsräte müssen Leiharbeit Grenzen setzen können

Für was war Leiharbeit ursprünglich vorgesehen? Um vorübergehende Auftragsspitzen oder Personalengpässe auszugleichen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Leiharbeit wird immer öfter dazu missbraucht, reguläre Jobs zu verdrängen. Das müssen Betriebräte verhindern können.

Unternehmen missbrauchen Leiharbeit, um Stammarbeitsplätze abzubauen oder neue reguläre Jobs zu vermeiden. Leiharbeit ist auch selten eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt.

Mehr Fairness

Die IG Metall will den Missbrauch stoppen. Deshalb fordert sie in der Metall-Tarifrunde, dass Betriebsräte bei der Leiharbeit mehr mitbestimmen und ihr Grenzen setzen können. Sie müssen mitentscheiden, wie viele Leihbeschäftigte wie lange und wo im Betrieb eingesetzt werden. Und wann das Unternehmen sie in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen muss. Das ist ein Gebot der Fairness.

Leiharbeit begrenzen - mehr Mitbestimmung Leiharbeit ist dazu da, vorübergehende Auftragsspitzen oder Personalengpässe auszugleichen. Doch was passiert in Wirklichkeit?

• Von allen neu eingestellten Beschäftigten sind aktuell rund 38 Prozent Leiharbeiter

• Jede dritte von der Bundesagentur für Arbeit angebotene Stelle ist ein Leiharbeitsplatz.

• Etwa 17.400 Zeitarbeitsfi rmen verleihen knapp eine Million Beschäftigte.

• Viele Leihbeschäftigte in Metall- und Elektrobetrieben sind dort länger als ein Jahr eingesetzt. Einige sogar über zehn Jahre.

Dieser massive Leiharbeitseinsatz lässt sich nicht mit vorübergehenden Auftragsspitzen oder Personalengpässen rechtfertigen. Unternehmen missbrauchen Leiharbeit, um Stammarbeitsplätze abzubauen oder neue feste Jobs zu vermeiden. Leiharbeit ist selten eine Brücke in einen festen Job. Nur sieben Prozent der zuvor arbeitslosen Leiharbeiter wechseln in eine dauerhafte Stelle. Der oft zitierte „Klebeeffekt“ ist also minimal. Betriebsräte müssen mitentscheiden, wie viele Leihbeschäftigte wie lange und wo im Betrieb eingesetzt werden. Und wann das Unternehmen sie in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen muss. Daher fordert die IG Metall: Mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte!

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/das-argument-zur-tarifrunde-leiharbeit-mehr-mitbestimmung-fuer-9722.htm

Code	Datum			
IGM-036	27-04-12			

Die IG Metall erklärt Leiharbeit

Klaus und Inge finden Leiharbeit gar nicht toll

Gleiche Arbeit, gleiches Geld? Nicht für Klaus und Inge. Sie sind von Arbeitgeber Sturm ausgeliehen. Das bedeutet: 40 Prozent weniger Lohn. Und das ist noch nicht alles: Weil Herr Sturm sie vielleicht schon bald nicht mehr benötigt, können sie kaum langfristig planen. Wie Leiharbeit funktioniert und wie sie die IG Metall fair regeln will - das zeigt unser Video.

Arbeitgeber wie Herr Sturm können Leiharbeit gleich zweimal missbrauchen. Sie können Leihbeschäftigte wie Klaus und Inge als billige Arbeitskräfte einsetzen. Sie arbeiten für fast die Hälfte weniger als ihre fest angestellen Kolleginnen und Kollegen. Außerdem kann die Firma Sturm Stammbeschäftigte durch Leiharbeitnehmer ersetzen. Das finden Klaus und Inge gar nicht toll. Und auch die IG Metall. Sie will diesen Missbrauch stoppen.

Leiharbeit fair und gerecht gestalten Ein Branchenzuschlag könnte die Entgeltlücke fast schließen, so dass Leiharbeitnehmer in Metall- und Elektrobetrieben annähernd den gleichen Lohn bekommen wie regulär Beschäftigte.

Außerdem will die IG Metall Leiharbeit auf das beschränken, wofür sie einmal gedacht war: um Produktionsspitzen abzufangen. Deshalb fordert sie: Der Betriebsrat muss ausdrücklich zustimmen, ob, wie lange und wie viele Leiharbeiter eingesetzt werden.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/die-ig-metall-erklaert-leiharbeit-9818.htm

Code	Datum			
IGM-037	27-04-12			

Pressemitteilung Nr. 22/2012

Tarifverhandlungen Leiharbeit: In wesentlichen Punkten keine Annäherung

Frankfurt/Main - Auch in der dritten Runde der Tarifverhandlungen über Branchenzuschläge für die Leiharbeitsbeschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie hat es keine Einigung gegeben. In wesentlichen Punkten liegen IG Metall auf der einen Seite und der Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) und der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) auf der anderen Seite noch weit auseinander. "Ohne eine akzeptable Regelung zur fairen Bezahlung der Leiharbeitnehmer gibt es keine Lösung des Tarifkonflikts", sagte Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Verhandlungsführerin der IG Metall, am Freitag in Frankfurt. Dazu gehöre ein Branchenzuschlag, der ab dem ersten Tag gezahlt werde. Beide Seiten verständigten sich auf die Einrichtung einer technischen Kommission, die den nächsten Verhandlungstermin vorbereiten soll.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/pressemitteilungen-2012-9887.htm

Code	Datum			
IGM-038	30-04-12			

Dritte Verhandlung mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ

Leiharbeitnehmer protestieren für faire Bezahlung

Lautstark und fantasievoll wurde die dritte Verhandlungsrunde mit den Zeitarbeitsverbänden am 27. April 2012 begleitet. Rund 300 Metallerinnen und Metaller versammelten sich vor dem Verhandlungslokal in Frankfurt, um für gerechte Bezahlung in der Leiharbeit zu protestieren.

Bereits zum dritten Mal verhandelte die IG Metall am 27. April mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ. Die Gewerkschaft will für die rund 240 000 Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie einen Branchenzuschlag erreichen. Vor dem Verhandlungslokal in Frankfurt protestierten lautstark mehrere hundert Metallerinnen und Metaller für Fairness in der Leiharbeit und einen Branchenzuschlag. Als Rednerin und Redner waren dabei: Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall sowie Horst Hollube, Gesamtbetriebsrat Firma TUJA Zeitarbeit GmbH und Thomas Freels, Vertrauensmann beim Autobauer Ford in Köln.

Lohnlücke endlich schließen

Leiharbeitnehmer in Metall- und Elektrobetrieben erhalten für vergleichbare Arbeit erheblich weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Die IG Metall will die Lohnlücke mit einem Branchenzuschlag möglichst schließen. Die IG Metall verlangt die Anerkennung der Arbeit von Leiharbeschäftigten. Sie dürften nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden. Es ist nicht fair und auch nicht menschenwürdig, dass sie in den Unternehmen einfach hin und her geschoben werden. Außerdem will die IG Metall auch verhindern, dass Stammarbeitsplätze gestrichen und durch Leiharbeit ersetzt werden.

In die dritte Verhandlung kam jetzt aber Bewegung. Doch bei der Frage, wie hoch der Branchenzuschlag sein soll und ab wann er gezahlt wird, konnten sich IG Metall und Zeitarbeitsverbände nicht einigen. "Hier müssen sich die Arbeitgeber noch ein ganzes Stück bewegen", betonte Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Verhandlungsführerin der IG Metall. Beide Seiten verständigten sich darauf, wie es in den Verhandlungen weitergehen soll.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/dritte-verhandlung-mit-den-zeitarbeitsverbaenden-bab-und-igz-9885.htm

Code	Datum			
IGM-040	11-05-12			

Ratgeber für Leiharbeiter bei Warnstreiks im Einsatzbetrieb

Bei Warnstreiks nicht abseits stehen

In der aktuellen Metall-Tarifrunde geht es auch um faire Leiharbeit. Daher ist es wichtig, dass Leihbeschäftigte bei Warnstreiks nicht abseits stehen. Zumindest sollten sie nicht einfach weiter arbeiten und so zu Streikbrechern werden. Mitmachen - das ist ihr gutes Recht. Warum, das erklärten wir hier.

Müssen LeiharbeitnehmerInnen weiterarbeiten, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Stammbelegschaft streiken?

Nein. LeiharbeitnehmerInnen müssen keine Streikbrucharbeiten leisten. Im Gesetz steht klipp und klar, dass Leiharbeiter das Recht haben, während eines Streiks ebenso wie die Stammbeschäftigten ihre Leistung zu verweigern. Das regelt der § 11 Absatz 5 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Zusätzlich dazu gibt es noch eine Regelung im Tarifvertrag für Leiharbeiter, an den sich die Verleihfirmen halten müssen. Danach dürfen Leihabeitsbeschäftigte nicht in bestreikten Betrieben eingesetzt werden. Der Tarifvertrag gilt für die Zeitarbeitsfirmen Randstad, Adecco, Tuja, Manpower und andere.

Dürfen sich Leiharbeitnehmer an den Aktionen zur Tarifrunde beteiligen?

Ja! Die Teilnahme an betrieblichen Aktionen der IG Metall ist durch die allgemeine Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit (Artikel 8 Grundgesetz) geschützt.

Was muss der Leiharbeitnehmer im Streikfall tun?

Der Leiharbeitnehmer muss seine Teilnahme dem Arbeitgeber (Verleiher) mitteilen, wenn er davon weiß. Die Meldung kann formlos erfolgen. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetzt steht: "Der Leiharbeitnehmer ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. In den Fällen des Arbeitskampfs nach Satz 1 hat der Verleiher den Arbeitnehmer auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen."

Was kann passieren, wenn sich der Leiharbeitnehmer beteiligt?

Die Arbeitszeit, die durch den Streik ausfällt, bekommt der Leihbeschäftigte bezahlt. Allerdings kann der Verleiher den Leiharbeitnehmer in einem anderen, nicht bestreikten Betrieb einsetzen.

Können Leihbeschäftigte auf ihre Rechte zur Teilnahme an Aktionen freiweillig verzichten?

Verleihfirmen, die vorformulierte "Einverständniserklärungen" anbieten und damit Leihbeschäftigte dazu auffordern, auf ihr Leistungsverweigerungsrecht zu verzichten, handeln nicht nur unseriös. Sie verstoßen auch gegen geltendes Recht. Derartige Formulare erhielten einige Leiharbeiter in der jüngsten Vergangenheit von ihren Arbeitgebern. Darin sollen sie freiwillig auf ihr Leistungsverweigerungsrecht bei Warnstreiks im Einsatzbetrieb verzichten. Die IG Metall rät: Nicht unterschreiben. Dies ist gesetzeswidrig.

Können Leiharbeitnehmerinnen Mitglieder der IG Metall werden?

Ja! Die Koalitionsfreiheit ist durch den Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes klar geregelt. Die Mitgliedschaft in der IG M etall bringt erhebliche Vorteile - vor allem bedeutet sie auch einen umfassenden Rechtsschutz in allen Angelegenheiten, die mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/ratgeber-fuer-leiharbeiter-bei-warnstreiks-im-einsatzbetrieb-9987.htm

Code	Datum			
IGM-041	19-05-12			

Tarifergebnis in Baden-Württemberg: 4,3 Prozent mehr Geld

Unbefristete Übernahme wird zur Regel

4,3 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme und faire Bedingungen für Leiharbeiter: Der Einsatz von allen, die sich an den Warnstreiks der vergangenen Wochen beteiligt haben, hat sich gelohnt! Nach der fünften Verhandlungsrunde in Baden-Württemberg haben die Tarifvertragsparteien ein Ergebnis erzielt, das sich sehen lassen kann.

"Dieses Tarifergebnis ist ein ganz besonderes Tarifergebnis. Wir haben einen Forderungsdreiklang aufgestellt, um die Herausforderungen einer modernen Arbeitsgesellschaft erfolgreich bewältigen zu können", erklärte Freitagnacht der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, anlässlich des Tarifergebnisses der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg. Die Verhandlungen hatten sich 17 Stunden hingezogen.

Jörg Hofmann, IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg, bezeichnete das gefundene Tarifergebnis als Erfolg für die IG Metall. "Die dauerhafte Erhöhung der Entgelte beteiligt die Belegschaften am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und sichert den Beschäftigten reale Entgeltzuwächse", sagte er dazu im Anschluss an die Verhandlungen auf einer Pressekonferenz. Auch hätten die Arbeitgeber ihre Totalverweigerung zu den qualitativen Themen wie Übernahme der Ausgebildeten und Leiharbeit endlich aufgegeben.

Es gehe um faire Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt, faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten und faire Zukunftsperspektiven für die jungen Leute. Huber dankte allen, die den Tarifabschluss möglich gemacht haben. "Das heutige Ergebnis war möglich, weil die Mitglieder der IG Metall ein machtvolles Zeichen der Solidarität gesetzt haben. Mehr als 800.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich an Warnstreiks beteiligt. Dafür bedanke ich mich."

Wir haben mit dem Ergebnis eine faire Teilhabe der Beschäftigten an der guten wirtschaftlichen Entwicklung in der Metall- und Elektroindustrie erreicht. Gleichzeitig haben wir für die junge Generation wichtige Fortschritte erzielt. Auch bei der Leiharbeit haben wir viel erreicht, auch wenn wir uns natürlich mehr gewünscht hätten. Trotzdem ist es uns erstmals gelungen, die Einsatzbedingungen von Leiharbeitern in einem Tarifvertrag zu beschreiben. "Das stärkt die Position unserer Betriebsräte gewaltig", sagte Huber. "Auf dem Weg zu einer neuen und vor allem sozialeren Ordnung des Arbeitsmarktes sind wir einen großen Schritt vorangekommen", hat das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Helga Schwitzer das Tarifergebnis begrüßt. Der Tarifvertrag läuft bis zum 30. April 2013. Das Ergebnis im Einzelnen sieht folgendermaßen aus:

Erstens: Mehr Geld

Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg erhalten 4,3 Prozent mehr Geld. Damit wurde beim Entgelt ein Ergebnis erreicht, das deutlich über der Inflationsrate liegt und das die Beschäftigten an der Wohlstandsentwicklung beteiligt. Die außergewöhnlich gute wirtschaftliche Entwicklung aus 2011 wurde einbezogen.

Zweitens: Die unbefristete Übernahme

Die Jungen sind die großen Gewinner des Tarifergebnisses. Die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten wird jetzt zur Regel. Und zwar bereits für alle, die im Januar 2013 und danach auslernen werden. "Die zentrale Botschaft ist: Alle Auszubildenden, die nach dem 31. Dezember 2012 ihre Prüfung bestehen, werden besser gestellt, als das heute der Fall ist", betonte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Wie sieht das genau aus? Arbeitgeber und Betriebsrat können eine Betriebsvereinbarung abschließen. In dieser Vereinbarung wird der Bedarf, den Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam feststellen, festgelegt. Auszubildende, die zu diesem "Bedarf" zählen, werden nach dem neuen Tarifvertrag nach bestandener Abschlussprüfung unbefristet übernommen. Über Bedarf Ausgebildete haben keinen Anspruch auf Übernahme.

Besteht in einem Unternehmen keine Betriebsvereinbarung, dann muss der Arbeitgeber sechs Monate vor Ende der Ausbildung mit dem Betriebsrat den absehbaren Bedarf beraten. Auszubildende, die zum "Bedarf" zählen, werden sodann unbefristet übernommen. Über Bedarf Ausgebildete haben Anspruch auf eine befristete Übernahme von zwölf Monaten. Bisher mussten sie überhaupt nicht weiterbeschäftigt werden. Zusätzlich muss der Arbeitgeber drei Monate vor Auslaufen der Befristung prüfen, ob eine Weiterbeschäftigung möglich ist. Mehr Chancen für Schwächere Über eine gemeinsame Vereinbarung verpflichten sich die Arbeitgeber und die IG Metall, besonders zu fördernde Jugendliche mit gezielten Instrumenten zu unterstützen. "Vom Einstieg zum Aufstieg", so heißt diese Vereinbarung.

Damit bauen IG Metall und Arbeitgeber jungen, noch nicht ausbildungsreifen Schulabsolventen eine Brücke für den Einstieg in ein reguläres Ausbildungsverhältnis in der Metall- und Elektroindustrie. Die Jugendlichen absolvieren ein Förderjahr, in dem sie zur Ausbildungsreife für einen M+E-Beruf geführt werden sollen.

Drittens: Erstmals tarifvertragliche Regelungen zur Leiharbeit

Die IG Metall will Leiharbeit auf das beschränken, wofür sie einmal gedacht war: Produktionsspitzen abzufangen. Das Tarifergebnis geht einen großen Schritt in diese Richtung. Es gelten künftig tarifvertraglich festgelegte Grundregeln für den Einsatz von Leiharbeit. Die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten dürfen nicht beeinträchtigt,

Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden.

Der Einsatz bedarf der Zustimmung des Betriebsrats. Er darf darüber hinaus nur vorübergehend sein. Der Tarifvertrag legt die Kriterien hierfür fest. Unter anderem ist der Einsatz zulässig, wenn im Betrieb spezielle Qualifikationen fehlen oder kranke Beschäftigte vertreten werden müssen. Oder wenn es gilt, Auftragsspitzen abzuarbeiten.

Diese grundsätzlichen Regelungen gelten flächendeckend. Zusätzlich ermöglicht der Tarifvertrag den Abschluss freiwilliger Betriebsvereinbarungen. In ihrem Rahmen sind Regelungen zum Einsatz von Leiharbeit und zur betrieblichen Flexibilität möglich. Regelungspunkte können Einsatzzwecke, Einsatzbereiche und Volumen von Leiharbeit sein, außerdem die Höhe der Vergütung für Leiharbeiter sowie Einsatzhöchstdauer und Übernahmeregeln.

Im Rahmen der Betriebsvereinbarung kann in Sachen Flexibilität vereinbart werden, die Quote der Beschäftigten, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, um 12 Prozentpunkte von jetzt 18 auf 30 Prozent auszuweiten. Wird das vereinbart, sind im gleichen Umfang 30-Stunden-Verträge zu ermöglichen. Ausgestaltet als eine verkürzte Vollzeit mit Rückkehrrecht.

Gibt es in einem Betrieb keine Betriebsvereinbarung zur Leiharbeit, dann wird künftig schon nach 18 Monaten überprüft, ob der Leiharbeiter übernommen wird. Nach 24 Monaten Beschäftigung ist Übernahme Pflicht. Wie geht's weiter? Besondere Bedeutung komme jetzt den Betriebsparteien zu, so Helga Schwitzer. Die Betriebsräte hätten jetzt bei den Vereinbarungen zu Leiharbeit und Ausbildungsplätzen mehr Rechte und Handlungsmöglichkeiten. Jetzt gelte es, die getroffenen Vereinbarungen zügig umzusetzen. Das betreffe vor allem auch die Leiharbeitgeber. "Wir fordern sie auf, mit uns zügig in Verhandlungen zu treten", sagte Schwitzer.

Am Montag will sich die IG Metall mit den Zeitarbeitsverbänden BAB und IGZ treffen, um weiter über faire Bedingungen für Leiharbeiter zu verhandeln.

Ebenfalls am Montag berät die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg über das Ergebnis. Huber zog nach den Verhandlungen im Bezirk Baden-Württemberg eine positive Bilanz: "Die Solidarität, das Engagement und der bemerkenswerte Einsatz unserer Mitglieder haben sich gelohnt."

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/metall-tarifrunde-der-abschluss-10122.htm

Code	Datum			
IGM-042	21-05-12			

Tarifabschluss sichert faire Leiharbeit

Mehr Rechte für Leihbeschäftigte und Betriebsräte

Mehr Fairness bei der Leiharbeit - das war eine der Forderungen, mit der die IG Metall in die Metall-Tarifrunde gegangen ist. Und sie hat viel erreicht: Spätestens nach 24 Monaten Einsatzzeit müssen Betriebe Leiharbeitern nun einen festen Arbeitsplatz anbieten. Zudem müssen die Firmen mit dem Betriebsrat darüber verhandeln, wenn sie Leiharbeitnehmer einsetzen wollen.

Zukünftig können die Betriebsräte der Metall- und Elektroindustrie bei der Leiharbeit mitbestimmen. Das ist eines der Ergebnisse, das die Tarifparteien der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie erzielt haben. In den Verhandlungen hatten die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung bei der Leiharbeit aufgegeben und Rahmenbedingungen zugestimmt, zu denen Leiharbeiter in den tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt werden können.

Entgelt- und Arbeitsbedingungen müssen stimmen

Eine Voraussetzung ist, dass Leiharbeitsbeschäftigte künftig nur dann eingesetzt werden können, wenn die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten oder die Arbeitsplätze im Entleihbetrieb nicht gefährdet werden. Wenn der

Betriebsrat eine solche Gefährdung feststellt, kann er seine Zustimmung zur Einstellung von Leiharbeitern begründet verweigern. Das Arbeitsgericht muss dann prüfen, ob diese Begründung zutrifft. Dieser Punkt war deshalb so wichtig, weil in vielen Firmen Stammarbeitsplätze durch Leihbeschäftigte ersetzt werden und so eine Billiglohnlinie im Unternehmen eingezogen wird. Mit dieser Regelung kann der Betriebsrat verhindern, dass Leiharbeiter für derartigen Missbrauch eingesetzt werden.

Produktionsspitzen und Krankheitsvertretungen

Leiharbeit muss entweder zeitlich begrenzt sein oder es muss ein Sachgrund vorliegen, sonst ist sie nicht zulässig. Zu den Sachgründen zählen beispielsweise Auftragsspitzen. Ein anderer Grund ist, wenn Fachkräfte benötigt werden, deren spezielle Qualifikationen im Betrieb nicht vorhanden sind. Weitere Gründe für Leiharbeit können noch Vertretungsfälle bei Krankheiten oder Schwangerschaft sein.

Mitbestimmung des Betriebsrats

Zukünftig müssen Arbeitgeber mit dem Betriebsrat darüber verhandeln, wenn das Unternehmen Leiharbeitsbeschäftigte einsetzen will. In einer freiwilligen Betriebsvereinbarung können Betriebsrat und Arbeitgeber festlegen, auf welchem Arbeitsplatz, wie viele und wie lange Leiharbeiter im Betrieb eingesetzt werden sollen. In dieser Betriebsvereinbarung kann zudem das Entgelt, die Einsatzdauer und die Übernahme auf einen festen Arbeitsvertrag geregelt werden. Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Doch in der Leiharbeit funktioniert das oft nicht. Leiharbeitsbeschäftigte bekommen für die gleiche Arbeit meist deutlich weniger Geld als Stammbeschäftigte. Die Differenz liegt nicht selten bei mehr als 40 Prozent. Oder sie arbeiten als Facharbeiter und werden nur wie eine Hilfskraft bezahlt. Um solches Lohndumping zu verhindern, verhandelt die IG Metall zentral mit den Verbänden der Verleihunternehmen über Branchenzuschläge. Diese Verhandlungen will die IG Metall nun zügig abschließen. Ist der Branchenzuschlag vereinbart, dürfen Betriebe nur solche Verleihfirmen beauftragen, die ihn auch zahlen. Der Betriebsrat hat das Recht, das zu kontrollieren und gegebenenfalls einzuschreiten.

Übernahme spätestens nach 24 Monaten

Neben der Mitbestimmung ist die Sicherheit und die Aussicht auf einen festen Arbeitsvertrag ein wichtiger Aspekt bei der Tarifforderung der IG Metall. Gibt es in einem Betrieb keine Betriebsvereinbarung zur Leiharbeit, dann wird künftig schon nach 18 Monaten überprüft, ob der Leiharbeiter übernommen wird. Nach 24 Monaten Beschäftigung ist Übernahme Pflicht. Betriebsräte müssen informiert werden

Künftig muss der Betriebsrat regelmäßig informiert werden und kann zudem die Leiharbeit begrenzen. So kann die betriebliche Interessenvertretung eine innerbetriebliche Stellenausschreibung verlangen, wenn ein Leiharbeiter länger als drei Monate eingesetzt werden soll. Tatsächlich werden Leiharbeiter häufig für einen längeren Zeitraum eingesetzt.

Die IG Metall hat in den Tarifverhandlungen viel erreicht. Neben der Entgelterhöhung und der Übernahme für die Ausgebildeten, ist es gelungen, erstmals in einem Tarifvertrag die Einsatzbedingungen von Leiharbeitsbeschäftigten zu verankern. Zudem wollte die IG Metall erreichen, dass Leiharbeit auf das beschränkt wird, wofür sie einmal gedacht war: Produktionsspitzen abzufangen. "Auf dem Weg zu einer neuen und vor allem sozialeren Ordnung des Arbeitsmarktes sind wir einen wichtigen Schritt vorangekommen", hat das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Helga Schwitzer das Tarifergebnis begrüßt. Denn künftig gelten tarifvertraglich festgelegte Grundregeln bei der Leiharbeit. Die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten dürfen nicht beeinträchtigt, Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden. Helga Schwitzer, betonte, dass die Betriebsräte mit den neuen Vereinbarungen zur Leiharbeit mehr Rechte und Handlungsmöglichkeiten zur fairen Gestaltung hätten. "Jetzt gilt es, die getroffenen Vereinbarungen zügig umzusetzen," sagte Schwitzer.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-FE612204-4E58D86D/internet/style.xsl/tarifabschluss-sichert-faire-leiharbeit-10140.htm

Code	Datum			
IGM-043	21-05-12			

Tarifabschluss sichert faire Leiharbeit

Mehr Rechte für Leihbeschäftigte und Betriebsräte

Mehr Fairness bei der Leiharbeit - das war eine der Forderungen, mit der die IG Metall in die Metall-Tarifrunde gegangen ist. Und sie hat viel erreicht: Spätestens nach 24 Monaten Einsatzzeit müssen Betriebe Leiharbeitern nun einen festen Arbeitsplatz anbieten. Zudem müssen die Firmen mit dem Betriebsrat darüber verhandeln, wenn sie Leiharbeitnehmer einsetzen wollen.

Zukünftig können die Betriebsräte der Metall- und Elektroindustrie bei der Leiharbeit mitbestimmen. Das ist eines der Ergebnisse, das die Tarifparteien der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie erzielt haben. In den Verhandlungen hatten die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung bei der Leiharbeit aufgegeben und Rahmenbedingungen zugestimmt, zu denen Leiharbeiter in den tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt werden können.

Entgelt- und Arbeitsbedingungen müssen stimmen

Eine Voraussetzung ist, dass Leiharbeitsbeschäftigte künftig nur dann eingesetzt werden können, wenn die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten oder die Arbeitsplätze im Entleihbetrieb nicht gefährdet werden. Wenn der Betriebsrat eine solche Gefährdung feststellt, kann er seine Zustimmung zur Einstellung von Leiharbeitern begründet verweigern. Das Arbeitsgericht muss dann prüfen, ob diese Begründung zutrifft. Dieser Punkt war deshalb so wichtig, weil in vielen Firmen Stammarbeitsplätze durch Leihbeschäftigte ersetzt werden und so eine Billiglohnlinie im Unternehmen eingezogen wird. Mit dieser Regelung kann der Betriebsrat verhindern, dass Leiharbeiter für derartigen Missbrauch eingesetzt werden.

Produktionsspitzen und Krankheitsvertretungen

Leiharbeit muss entweder zeitlich begrenzt sein oder es muss ein Sachgrund vorliegen, sonst ist sie nicht zulässig. Zu den Sachgründen zählen beispielsweise Auftragsspitzen. Ein anderer Grund ist, wenn Fachkräfte benötigt werden, deren spezielle Qualifikationen im Betrieb nicht vorhanden sind. Weitere Gründe für Leiharbeit können noch Vertretungsfälle bei Krankheiten oder Schwangerschaft sein.

Mitbestimmung des Betriebsrats

Zukünftig müssen Arbeitgeber mit dem Betriebsrat darüber verhandeln, wenn das Unternehmen Leiharbeitsbeschäftigte einsetzen will. In einer freiwilligen Betriebsvereinbarung können Betriebsrat und Arbeitgeber festlegen, auf welchem Arbeitsplatz, wie viele und wie lange Leiharbeiter im Betrieb eingesetzt werden sollen. In dieser Betriebsvereinbarung kann zudem das Entgelt, die Einsatzdauer und die Übernahme auf einen festen Arbeitsvertrag geregelt werden. Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Doch in der Leiharbeit funktioniert das oft nicht. Leiharbeitsbeschäftigte bekommen für die gleiche Arbeit meist deutlich weniger Geld als Stammbeschäftigte. Die Differenz liegt nicht selten bei mehr als 40 Prozent. Oder sie arbeiten als Facharbeiter und werden nur wie eine Hilfskraft bezahlt. Um solches Lohndumping zu verhindern, verhandelt die IG Metall zentral mit den Verbänden der Verleihunternehmen über Branchenzuschläge. Diese Verhandlungen will die IG Metall nun zügig abschließen. Ist der Branchenzuschlag vereinbart, dürfen Betriebe nur solche Verleihfirmen beauftragen, die ihn auch zahlen. Der Betriebsrat hat das Recht, das zu

kontrollieren und gegebenenfalls einzuschreiten.

Übernahme spätestens nach 24 Monaten

Neben der Mitbestimmung ist die Sicherheit und die Aussicht auf einen festen Arbeitsvertrag ein wichtiger Aspekt bei der Tarifforderung der IG Metall. Gibt es in einem Betrieb keine Betriebsvereinbarung zur Leiharbeit, dann wird künftig schon nach 18 Monaten überprüft, ob der Leiharbeiter übernommen wird. Nach 24 Monaten Beschäftigung ist Übernahme Pflicht. Betriebsräte müssen informiert werden

Künftig muss der Betriebsrat regelmäßig informiert werden und kann zudem die Leiharbeit begrenzen. So kann die betriebliche Interessenvertretung eine innerbetriebliche Stellenausschreibung verlangen, wenn ein Leiharbeiter länger als drei Monate eingesetzt werden soll. Tatsächlich werden Leiharbeiter häufig für einen längeren Zeitraum eingesetzt.

Die IG Metall hat in den Tarifverhandlungen viel erreicht. Neben der Entgelterhöhung und der Übernahme für die Ausgebildeten, ist es gelungen, erstmals in einem Tarifvertrag die Einsatzbedingungen von Leiharbeitsbeschäftigten zu verankern. Zudem wollte die IG Metall erreichen, dass Leiharbeit auf das beschränkt wird, wofür sie einmal gedacht war: Produktionsspitzen abzufangen. "Auf dem Weg zu einer neuen und vor allem sozialeren Ordnung des Arbeitsmarktes sind wir einen wichtigen Schritt vorangekommen", hat das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Helga Schwitzer das Tarifergebnis begrüßt. Denn künftig gelten tarifvertraglich festgelegte Grundregeln bei der Leiharbeit. Die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten dürfen nicht beeinträchtigt, Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden. Helga Schwitzer, betonte, dass die Betriebsräte mit den neuen Vereinbarungen zur Leiharbeit mehr Rechte und Handlungsmöglichkeiten zur fairen Gestaltung hätten. "Jetzt gilt es, die getroffenen Vereinbarungen zügig umzusetzen," sagte Schwitzer.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/tarifabschluss-sichert-faire-leiharbeit-10140.htm

Code	Datum			
IGM-044	22-05-12			

Tarifabschluss mit Zeitarbeitsverbänden: Leihbeschäftigte bekommen Branchenzuschläge

Die Lücke schließt sich

Die IG Metall ist dem Ziel "gleiches Geld für gleiche Arbeit" in der vergangenen Nacht ein großes Stück näher gerückt. Leiharbeitnehmer bekommen in Zukunft deutlich mehr Geld, wenn sie in der Metall- und Elektroindustrie arbeiten. Darauf einigten sich die IG Metall und die Verbände der Leiharbeitsbranche in der vierten Tarifverhandlung in Frankfurt.

Mehr Gerechtigkeit war ein wichtiges Ziel in dieser Tarifrunde. Jetzt ist die IG Metall wieder ein ganzes Stück vorangekommen. Leiharbeitnehmer bekommen in Zukunft mit dem jetzt vereinbarten Branchenzuschlag mehr Geld, wenn sie in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt sind. Im Laufe eines Einsatzes steigt der Zuschlag in allen Entgeltgruppen stufenweise von 15 auf 50 Prozent. Für einen Facharbeiter sind das zwischen 246 und 819 Euro mehr pro Monat. Ebenfalls geregelt: Der Tarifvertrag sichert den Leihbeschäftigten alle Ansprüche aus betrieblichen Regelungen im Entleihbetrieb. Diese Vereinbarungen galten bislang zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber. Mit dem neuen Tarifvertrag bekommen Leiharbeitnehmer einen eigenen Rechtsanspruch auf diese Besser-Vereinbarungen.

Helga Schwitzer wertete das Ergebnis als einen wichtigen Schritt hin zur fairen Bezahlung von Leihbeschäftigten. "Die Tarifvertragsparteien haben einen zentralen Beitrag zu mehr Fairness in der Leiharbeit geleistet, erklärte das

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Verhandlungsführerin in Frankfurt. Schwitzer empfiehlt den bundesweit ersten Tarifvertrag über Branchenzuschläge in der Leiharbeit als Vorbild für andere Branchen.

Zuschlag in fünf Stufen

Der Tarifvertrag, den die IG Metall mit dem Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) abgeschlossen hat, tritt am 1. November 2012 in Kraft und ist erstmals zum 31. Dezember 2017 kündbar. Ab Inkrafttreten erhalten Leiharbeitnehmer nach sechs Wochen Einsatzdauer 15 Prozent Branchenzuschlag, nach drei Monaten 20 Prozent, nach fünf Monaten 30 Prozent, nach sieben Monaten 45 Prozent und nach weiteren zwei Monaten 50 Prozent. Der Branchenzuschlag berechnet sich auf Basis der DGB-Tarifverträge mit BZA und IGZ. Leiharbeitnehmer erhalten den Branchenzuschlag auch, wenn sie in nicht tarifgebundenen Metall- und Elektrounternehmen arbeiten.

Zweimal mehr Geld

Für Leiharbeiter gibt es damit im November dieses Jahres gleich zweimal mehr Geld. Denn am 1. November steigen auch die Tarifentgelte der DGB-Tarifverträge mit BZA und IGZ. Danach erhalten Leihbeschäftigte in der obersten Entgeltgruppe im Westen 18,20 Euro pro Stunde statt bislang 17,76 Euro. Im Osten erhöht sich der Stundenlohn dieser Lohngruppe von 15,52 auf 15,91 Euro. Beschäftigte in der mittleren Entgeltgruppe bekommen im Osten 10,68 statt 10,42 Euro und im Westen 12,21 statt 11,92 Euro. In der untersten Entgeltgruppe gib es in Westdeutschland pro Stunde 8,19 statt 7,89 Euro und in Ostdeutschland 7,50 statt 7,01 Euro .

Erfolg der Solidarität

Das Ergebnis ist bereits der zweite Erfolg in wenigen Tagen, den die IG Metall für Leihbeschäftigte erreicht hat. Bereits am Wochenende konnte sie in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie mehr Mitspracherechte beim Thema Leiharbeit in den Betrieben sichern. Die Arbeitgeber müssen in Zukunft mit dem Betriebsrat darüber verhandeln, wenn sie Leiharbeitnehmer einsetzen wollen. Spätestens nach 24 Monaten müssen die Betriebe den Leiharbeitnehmern einen festen Arbeitsplatz anbieten.

Stamm- und Leihbeschäftigte haben in dieser Tarifrunde gemeinsam viel erreicht. Das Ergebnis ist vor allem ein Erfolg ihrer Solidarität. "Damit haben wir viele Blockaden der Arbeitgeber brechen können", sagte Helga Schwitzer. Sie wollten zunächst die unteren Entgeltgruppen von Branchenzuschlägen ausnehmen und den Branchenzuschlag deutlich niedriger und später einsetzen. Mit dieser Forderung konnten sie sich nicht durchsetzen.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/tarifabschluss-mit-zeitarbeitsverbaenden-10142.htm

Code	Datum			
IGM-045	29-05-12			

Metall-Tarifrunde 2012: Ein Resümee mit den schönsten Aktionsimpressionen

Kreativ und entschlossen zum Tarifabschluss

830 000 Menschen beteiligten sich innerhalb von drei Wochen an den Warnstreiks. Mit bunten fantasievollen Aktionen waren meist junge Metallerinnen und Metaller bereits schon bei den ersten Verhandlungsrunden dabei. Ihnen allen ist der Durchbruch in Baden-Württemberg und der

Tarifabschluss mit den Zeitarbeitsverbänden zu verdanken. Ein Rückblick auf die Metall-Tarifrunde 2012.

"Auf dieses Ergebnis können wir stolz sein", bewertet Berthold Huber den Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie. Der IG Metall-Vorsitzende ist überzeugt, dass dieser nur möglich war, weil die Mitglieder der IG Metall ein machtvolles Zeichen gesetzt haben.

Gefordert hatte die IG Metall 6,5 Prozent mehr Geld, die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und mehr Mitsprache für Betriebsräte bei der Leiharbeit. Herausgekommen ist ein fairer und guter Kompromiss - dank der unterstützenden Aktionen und Warnstreiks der Beschäftigten.

Spritzig, witzig, bunt, und entschlossen

Ob mit Fackelzügen, Hochzeitsprozessionen, Motorrad- oder Autokorsos, mit Samba-Klängen, Blaskapelle oder mit Alpenhörner. Ohne die massiven und kreativen Aktvitäten der Metallerinnen und Metaller hätte die IG Metall das Ergebnis nicht durchsetzen können. Dafür bedankt sie sich bei allen, die mitgemacht haben.

Laut, stark, fantasievoll: Von Anfang an mischten Metallerinnen und Metaller aktiv bei der Tarifrunde mit. Die Monate März, April und Mai waren Aktionsmonate. So feierten Auszubildende bei der ersten Verhandlungsrunde in Frankfurt am Main und in Radebeul bei Dresden "Hochzeit": "Traut euch! Sagt JA zur Übernahme!" forderten sie die Arbeitgeber auf ihren Bannern auf. In der zweiten Runde legten sie noch mal nach: In Düsseldorf verabreichte ein junges "Ärzteteam" den Arbeitgebern die richtige Medizin gegen künftigen Fachkräftemangel: Die unbefristete Übernahme - dosiert in großen Spritzen.

Gegen unfaire Leiharbeit protestierten Beschäftigte in der Gelsenkircher Innenstadt mit einer riesengroßen aufgeblasenen "Pizza Precaria". "Dieser Rand schmeckt uns nicht" war auf ihren Flugblättern zu lesen. Und als die Arbeitgeber in der dritten Runde endlich ein erstes Angebot auf den Tisch legten, gab es kein Halten mehr. Der in Köln präsentierte "Lösungsvorschlag" von drei Prozent für 14 Monate rügten Metallerinnen und Metaller als "heiße Luft", wie ein Feuerschlucker eindrucksvoll vor dem Kurfürstlichen Schloss in Mainz demonstrierte.

Mitternachtswarnstreiks mit Fackelzügen

Spätestens mit dem Ende der Friedensplicht am 28. April starteten Metallerinnen und Metaller mit den ersten Mitternachtswarnstreiks. Punkt Null Uhr legten in der Nacht zum Sonntag in Bayern, Rheinland-Pfalz, Berlin und in Niedersachsen Beschäftigte die Arbeit nieder. Die Bilanz nach knapp drei Warnstreikwochen: Mehr als 830 000 Metallerinnen und Metaller aus über 3300 Betrieben waren bundesweit an Warnstreiks beteiligt. "Ein großartiger solidarischer Akt" - attestierte Berthold Huber.

Die massiven Warnstreiks wirkten auf die Metall-Arbeitgeber nachhaltig. Sie waren beeindruckt von der Entschlossenheit und der Solidarität der Beschäftigten. In der Nacht zum 19. Mai lenkten die Metall-Chefs schließlich ein. Nach insgesamt 37 Stunden Tauziehen einigten sich die Tarifparteien in Stuttgart auf ein Ergebnis für die baden-württembergische Metall- und Elektroindustrie.

Ein guter und fairer Kompromiss

Zur Zeit zeichnet sich ab, dass alle Tarifbezirke den Pilotabschluss von Stuttgart übernehmen. Dann erhalten 3,6 Millionen Beschäftigte 4,3 Prozent mehr Geld rückwirkend ab Mai - das ist die höchste Entgelterhöhung der letzten 20 Jahre. Zudem sind Auszubildende und Leiharbeitnehmer jetzt besser gestellt. Der IG Metall ist es gelungen, den Missbrauch von Leiharbeit zu stoppen und dass die Betriebe ihre Azubis ab 2013 grundsätzlich unbefristetet übernehmen. Bisher waren es nur zwölf Monate befristet.

Beim Thema Leiharbeit blockierten die Arbeitgeber monatelang. Sie wollten sich nicht in ihre "Personalplanung" reinreden lassen. Jetzt regelt ein Tarifvertrag, dass Betriebe Leihbeschäftigte nur noch zeitlich befristet einsetzen dürfen bei Auftragsspitzen oder Mutterschafts- und Krankheitsvertretung. Und sie müssen gewährleisten, dass die Leiharbeit nicht die Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten bedroht. Verstößt der Arbeitgeber dagegen, gibt der neue Tarifvertrag dem Betriebsrat jetzt Gründe an die Hand, mit denen er den Einsatz von Leiharbeitnehmern ablehnen kann. Tut er das, muss der Arbeitgeber die Zustimmung beim Arbeitsgericht ersetzen lassen. Die Richter müssen dabei die neuen tariflichen Regeln mit berücksichtigen.

Zusätzlich beschert ein weiterer Tarifabschluss Leiharbeitnehmern in Metall- und Elektrobetrieben deutlich mehr Geld. Bis zu 600 Euro mehr in der untersten Lohngruppe. Das hat die IG Metall parallel mit den Zeitarbeitsverbänden ausgehandelt.

Link	http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/metall-tarifrunde-2012-ein-resuemee-10187.htm

Mitteilungen von Südwestmetall

Tabelle: Inhaltsverzeichnis

SWM	SWM-Mitteilung/ Seitenzahl				
001 - 005	001/2	002/2		004/4	005/5
006 – 010	006/6	007/7	008/8	009/9	010/11
011 – 025	011/12	012/14	013/15	014/15	015/17
016 – 017	016/17	017/18			

Code	Datum			
SWM-001	09-11-11			

SÜDWESTMETALL ZU ZEITARBEIT UND AUSBILDUNGSSITUATION IM LAND

[DICK: FLEXIBILISIERUNG IST WICHTIGER DENN JE]

STUTTGART – Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall, Peer-Michael Dick, hat Behauptungen der IG Metall Baden-Württemberg zurückgewiesen, wonach die Zeitarbeit im Südwesten „ungebremst auf dem Vormarsch“ sei. „Dies entspricht nicht den Tatsachen. Derzeit ist in unserer Branche kein weiterer Anstieg zu beobachten“, sagte Dick am Mittwoch in Stuttgart.

Nur fünf Prozent der Beschäftigten in der deutschen Metall- und Elektroindustrie (M+E) seien Zeitarbeiter. Wenn die Betriebe wettbewerbsfähig bleiben wollten, könnten sie auf dieses Flexibilisierungsinstrument nicht verzichten.

Auch die Aussagen der Gewerkschaft zur Situation von Jugendlichen nach dem Abschluss ihrer Ausbildung entsprächen nicht den Fakten. „In der baden-württembergischen M+E-Industrie ist die unbefristete Übernahme längst der Regelfall“, betonte Dick. Laut der aktuellen Ausbildungsstatistik des Verbandes werden knapp 80 Prozent der Auszubildenden unbefristet weiterbeschäftigt – entweder gleich nach dem Ende ihrer Lehre oder nach der im Tarifvertrag vorgesehenen einjährigen Befristung. „Im Übrigen war es die IG Metall, die vor Jahren die befristete Übernahme selbst gefordert hat“, sagte Dick mit Blick auf die geltenden Bestimmungen.

Die IG Metall weise zu Recht auf betriebliche Vereinbarungen zur Zeitarbeit und zur Übernahme von Auszubildenden hin. „Solche Vereinbarungen sind der Beleg für eine funktionierende Tarifpartnerschaft und geeignet, auf die individuelle Situation von Betrieben einzugehen“, sagte Dick. Durch sie könnten Sachverhalte geregelt werden, die in der Fläche nicht geregelt werden könnten. Was die IG Metall in diesem Zusammenhang aber stets verschweige, sei die Tatsache, dass solche Vereinbarungen in der Regel mit Zugeständnissen der Arbeitnehmerseite zur deutlichen Erweiterung der betrieblichen Flexibilisierungsspielräume verbunden seien. „Über solche erweiterten Spielräume würden wir auch mit der IG Metall gerne sprechen“, sagte Dick.

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-hauptgeschaeftsfuehrer-dick-flexibilisierung-ist-wichtiger-denn-je.html

Code	Datum			
SWM-002	16.12.2011			

DICK UND SIMON ZUR BUNDESRATSINITIATIVE VON BADEN-WÜRTTEMBERG UND RHEINLAND-PFALZ

[MINDESTLÖHNE VERNICHTEN ARBEITSPLÄTZE]

STUTTGART/MAINZ – Die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kritisieren die Bundesratsinitiative der beiden Bundesländer für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro scharf. „Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze, gerade im niedrigqualifizierten Bereich. Die Bundesratsinitiative schadet also genau den Menschen, denen sie vorgibt, helfen zu wollen. Die Tarifautonomie hat nicht ohne Grund Verfassungsrang. Wir lehnen

die Bundesratsinitiative ausdrücklich ab“, erklären der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände (AGV BW), Peer-Michael Dick, und der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU), Werner Simon.

Die beiden Spitzenverbände der Wirtschaft verweisen auf die Funktion von Löhnen: „Löhne sind der Preis der Arbeit und sie orientieren sich am Wert dessen, was mit der Arbeit geschaffen wird. Wer einen Mindestlohn will, stellt diesen Mechanismus auf den Kopf und legt den Preis der Arbeit unabhängig von der Wertschöpfung fest“, erklärt Simon. Den Wert eines Produktes könne jedoch nicht die Politik bestimmen – das tun die Bürger durch ihre Konsumentscheidungen: „Es ist unehrlich, auf der einen Seite niedrige Löhne zu beklagen und auf der anderen Seite bei den Weihnachtseinkäufen keinem Schnäppchen aus dem Weg zu gehen“, nimmt Simon die Gesellschaft mit in die Pflicht. „Verkaufspreise und Löhne stehen in ganz engem Zusammenhang – das sollte man nicht vergessen.“

Die gesetzlich verordnete Anhebung der Löhne im unteren Entgeltbereich werde dazu führen, dass viele Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten verschwinden werden. „Für viele dieser Beschäftigten bedeutet ein Mindestlohn nicht mehr Geld, sondern die Rückkehr in die Arbeitslosigkeit“, warnt Dick.

Dick und Simon betonen die Notwendigkeit, die Preisfindung der Arbeit in den Händen der zuständigen Tarifpartner zu belassen: „Wer einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, legt die Axt an die bewährte Tarifautonomie. Es sind aber gerade die Tarifvertragsparteien, die Experten auf dem Gebiet der Lohnfindung sind. Die Politik ist schief gewickelt, wenn sie glaubt, es besser zu können als die Tarifpartner in den vergangenen Jahrzehnten.“

Dick weist zudem auf die Gefahr der Weiterentwicklung eines solchen Mindestlohns: „Vor zwei Jahren haben die Befürworter noch über 7,50 Euro diskutiert. Heute sind es 8,50 Euro. Und im nächsten Wahlkampf?“ Es gebe verschiedene Modelle für Kommissionen, die für die Festlegung der Mindestlohnhöhe zuständig sein sollen. Diese wiesen jedoch allesamt das Problem auf, dass es sich die Politik nicht nehmen lässt, neben paritätischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern auch sogenannte „Experten“ zu entsenden. Diese „Zünglein an der Waage“ könnten jedoch faktisch alleine die Mindestlöhne festlegen, da es immer nur auf ihre Stimme ankäme und schon mit deren Berufung oft klar sein dürfte, wohin die Reise gehe. „Wir sollten uns nicht der Gefahr aussetzen, dass die Höhe der Löhne in Deutschland zukünftig auf den Wahlkampfbühnen der Republik ausgehandelt würden – frei nach dem Motto: „Darf’s ein bisschen mehr sein?“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_dick-und-simon-zur-bundesratsinitiative-mindestloehne-vernichten-arbeitsplaetze.html

Code	Datum			
SWM-004	25.01.2012			

SÜDWESTMETALL-VORSITZENDER ZUM AUFTAKT DER M+E-TARIFRUNDE 2012

[RAINER DULGER: FORDERUNGSEMPFEHLUNG DER IG METALL IST WIRTSCHAFTLICH NICHT BEGRÜNDBAR]

STUTTGART – Der Vorsitzende der baden-württembergischen Metallarbeitgeber, Dr. Rainer Dulger, hat die Forderungsempfehlung der IG Metall von bis zu 6,5 Prozent als „wirtschaftlich nicht begründbar“ bezeichnet. „Die Betriebe der deutschen Metall- und Elektroindustrie haben Wort gehalten und 800.000 Jobs über die Krise gerettet – und das trotz einer teils dramatisch gesunkenen Auslastung“, sagte Dulger am Mittwoch in Stuttgart.

Durch die weitreichende Beschäftigungssicherung und die Entgelterhöhungen von insgesamt rund sieben Prozent in der Krise seien die Unternehmen massiv in Vorleistung gegangen. „Das war richtig teuer für die Betriebe.“ Auch wenn 2011 viele Betriebe höhere Umsätze als 2010 verbucht hätten, sei 2011 für die Metall- und Elektroindustrie (M+E) ein Aufholjahr gewesen; erst im Herbst habe die Produktion im Durchschnitt wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Angesichts der derzeitigen Stagnation und wieder zunehmenden wirtschaftlichen Unsicherheiten „geht es nun darum, die Betriebe und die Arbeitsplätze krisensicherer zu machen“, sagte Dulger. Eine viel zu hohe Forderungsempfehlung passe daher nicht in diese Zeit.

Tarifverträge müssten im Moment ihres Abschlusses stimmig sein und orientierten sich stets an der zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. „Mit ihrem Versuch, Tarifverträge rückwirkend korrigieren und dadurch den Verteilungsspielraum neu definieren zu wollen, leitet die Gewerkschaft einen gefährlichen Paradigmenwechsel ein“, betonte der Südwestmetall-Vorsitzende. „Doch wenn der Kuchen verteilt und aufgegessen ist, lässt sich das im Nachhinein nicht mehr umkehren. Das sollte auch der IG Metall klar sein.“

Die Unternehmen bräuchten mehr Flexibilität statt weniger. Die Forderungen der Gewerkschaft nach einer erweiterten Beteiligung der Betriebsräte beim Einsatz von Zeitarbeitern sowie nach einer unbefristeten Übernahme der Auszubildenden seien daher kontraproduktiv. Damit schränke die IG Metall die dringend notwendigen Handlungsspielräume der Betriebe ein.

„Eine Verpflichtung zur unbefristeten Übernahme wäre ein Ausbildungskiller“, sagte Dulger. „Sie richtet mehr Schaden an als sie Nutzen stiftet.“ In der baden-württembergischen M+E-Industrie würden bereits rund vier Fünftel der Auszubildenden unbefristet übernommen, zudem sei die Jugendarbeitslosigkeit die niedrigste in ganz Deutschland. „Hier bekämpft die IG Metall Probleme, die es in der Realität gar nicht gibt“, erklärte Dulger. Südwestmetall habe dies in den Gesprächen der Gewerkschaft auch mitgeteilt, diese beharre jedoch aus rein ideologischen Gründen und zur Mitgliedergewinnung auf diesen Punkten. „Das erfolgreiche gemeinsame Krisenmanagement der Tarifpartner während der Wirtschaftskrise ist aufseiten der Gewerkschaft offenbar recht schnell in Vergessenheit geraten“, sagte Dulger im Hinblick auf das Forderungspaket. „Doch wir sollten jetzt einen kühlen Kopf bewahren, um nach dem Absturz auch den Aufstieg gemeinsam zu bewältigen.“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-zur-forderungsempfehlung-fuer-die-me-tarifrunde-2012.html

Code	Datum			
SWM-005	23.02.2012			

SÜDWESTMETALL: FORDERUNGEN DER IG METALL SIND NICHT BEGRÜNDBAR

[DR. DULGER: BESCHÄFTIGTE IN DER M+E-INDUSTRIE WURDEN IN DEN LETZTEN JAHREN FAIR UND ANGEMESSEN BEDIENT]

STUTTGART – Die Arbeitgeber in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie haben den Forderungsbeschluss der IG Metall im Land zu einer Tariferhöhung von 6,5 Prozent als „unbegründet und zu hoch“ zurückgewiesen. „Tarifabschlüsse wirken in die Zukunft. Also muss die künftige Leistungskraft unserer Betriebe der Maßstab für eine faire und angemessene Tariferhöhung sein“, sagte Dr. Rainer Dulger, Vorsitzender des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, in Stuttgart: „Genau dies lässt die IG Metall jedoch außer Acht.“

Bedauerlicherweise verlasse die Gewerkschaft mit ihrer Forderung den gemeinsamen Kurs, der in der Krise 2008/09 dazu beigetragen habe, in der deutschen Metall- und Elektroindustrie 800.000 Arbeitsplätze zu sichern. „Die IG Metall könnte mit Stolz auf das Erreichte zurückschauen. Doch lieber redet sie nun unsere gemeinsamen Erfolge klein“, kritisierte Dulger. Stattdessen habe sie nun einen angeblich nicht ausgeschöpften Verteilungsspielraum ausgemacht und fordere rückwirkend eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Erholung der letzten beiden Jahre: „Solche Nachschlagsforderungen haben in einer verlässlichen, an langfristigen Entwicklungen orientierten Tarifpolitik nichts verloren.“

Dulger wies darauf hin, dass die Tabellenentgelte in der baden-württembergischen M+E-Industrie seit 2008 um knapp neun Prozent erhöht wurden. Hinzu kamen tarifliche Einmalzahlungen sowie betriebliche Prämien. Die Preise seien in diesem Zeitraum hingegen nur um 6,4 Prozent gestiegen. „Unsere Beschäftigten haben also, trotz der Krise, heute mehr in der Tasche als noch vor vier Jahren“, sagte der Südwestmetall-Vorsitzende. Wenn die IG Metall schon in den Rückspiegel schaue, dürfe dieser Blick nicht nach einem Jahr enden: „Denn dann hätten die Arbeitgeber 2010 nach gewerkschaftlicher Logik einen kräftigen Lohnabschlag fordern müssen. Das haben wir aber, im Sinne einer verlässlichen Tarifpolitik, nicht getan.“

Dulger erinnerte daran, dass in der Krise gerade ein hohes Maß an Flexibilität geholfen habe, die Stammbelegschaften zu schützen: „Mit ihren weiteren Forderungen nach Einschränkungen bei der Zeitarbeit und einer Pflicht zur unbefristeten Übernahme von Auszubildenden torpediert die IG Metall genau diese Flexibilität. Diese sollten wir jedoch ausweiten, um unsere Betriebe auch für künftige Krisen zu wappnen.“

In der baden-württembergischen M+E-Industrie würden rund 80 Prozent aller Auszubildenden spätestens ein Jahr

nach der Ausbildung unbefristet übernommen. Der restlichen Auslerner schlössen eine weitere Ausbildung an oder wechselten zu einem anderen Betrieb. Dies belege auch die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit im Land, so Dulger weiter: „Ausgebildete M+E-Facharbeiter sind darunter kaum zu finden." Mit ihrer Forderung werde die IG Metall an diesem Status quo nichts verbessern: „Im Gegenteil. Die Betriebe, die heute über Bedarf ausbilden, werden angesichts der Risiken einer Übernahmepflicht künftig weniger Plätze anbieten. Das wird wiederum vor allem förderbedürftige Schulabgänger treffen. Die IG Metall betreibt hier Mitgliederwerbung zu Lasten der Schwächsten."

Gleiches gelte auch für die Forderung nach Einschränkungen bei der Zeitarbeit. „Zeitarbeit wird von unseren Betrieben überwiegend eingesetzt, um Auftragsschwankungen abzufedern. Die Behauptung der IG Metall, Zeitarbeit werde genutzt, um Stammarbeitsplätze zu verdrängen, ist schlicht falsch", sagte der Südwestmetall-Vorsitzende. Er verwies dabei darauf, dass Flexibilität immer auch ein Kostenthema ist: „Wer an dieser Schraube dreht, wird unweigerlich Arbeitsplätze in Deutschland vernichten. Gerade Geringqualifizierten wäre damit der Sprung in den Arbeitsmarkt verwehrt. Wenn die IG Metall weiter dieses Thema Zeitarbeit problematisiert, werden wir über weitere Flexibilitätsspielräume diskutieren müssen."

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-vorsitzender-dulger-me-beschaeftigte-wurden-fair-bedient.html

Code	Datum			
SWM-006	05.03.2012			

SÜDWESTMETALL-UMFRAGE: ERWARTUNGEN FÜR 2012 DEUTLICH VERHALTENER

[DR. DULGER: ÜBERNAHMEPFLICHT FÜR AZUBIS WÜRDE AUSBILDUNGSPLÄTZE GEFÄHRDEN]

STUTTGART – Mehr als die Hälfte der baden-württembergischen Metall- und Elektrobetriebe rechnen in diesem Jahr mit stagnierenden oder sinkenden Umsätzen. „Das Gros der Betriebe befindet sich noch in einer guten Verfassung. Aber sie rechnen für 2012 mit einer deutlich gebremsten Wachstumsdynamik", sagte Dr. Rainer Dulger, Vorsitzender des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, bei der Vorstellung der Mitgliederbefragung in Stuttgart: „Angesichts der wachsenden Unsicherheit passen die IG-Metall-Forderungen für die anstehende Tarifrunde nicht in die Zeit."

2011 war für die Mehrheit der befragten Südwestmetall-Mitgliedsbetriebe noch ein gutes Jahr. Über 70 Prozent verbuchten Zuwächse bei den Auftragseingängen. Bei den Umsätzen war der positive Trend mit mehr als Dreiviertel der Unternehmen im Plus sogar noch etwas stärker. Allerdings konnte knapp ein Viertel der Betriebe seine Umsätze 2011 trotz der guten Konjunktur- und Branchenentwicklung nicht steigern. Deutlich verhaltener als der Rückblick fällt der Ausblick auf das laufende Jahr aus. Rund ein Drittel der Betriebe rechnet mit einem Rückgang der Auftragseingänge, ein weiteres Drittel mit einer Stagnation. Beim Umsatz erwarten 29 Prozent ein Minus, weitere 26 Prozent eine Seitwärtsbewegung.

Vorsichtiger sind die Unternehmen auch bei der Personalplanung geworden. Zwar rechnet noch ein Drittel mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau in der Stammbelegschaft, aber jeder fünfte Betrieb bereits mit einem Personalrückgang. Gefragt sind weiterhin Fachkräfte. 30 Prozent der Unternehmen stellen hier zusätzlich ein, bei Hochschulabsolventen sind es sogar 38 Prozent. Von der Zeitarbeit hingegen werden in der baden-württembergischen

M+E-Industrie 2012 kaum noch Beschäftigungsimpulse ausgehen. Knapp 80 Prozent der Betriebe rechnen hier mit einer Stagnation oder einem Rückgang.

Befragt wurden die Südwestmetall-Mitglieder auch, wie sie auf einen Zwang zur unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden reagieren würden. Die IG Metall fordert dies in der anstehenden Tarifrunde. 53 Prozent der Betriebe gaben dabei an, für diesen Fall die Zahl der Ausbildungsplätze zu reduzieren. Mehr noch: Zwölf Prozent der Unternehmen haben bereits 2012 ihr Ausbildungsplatzangebot – im Vorgriff auf die Tarifdiskussion – nach unten angepasst. „In der Summe rechnen wir mit einem Verlust von 10 bis 15 Prozent der Ausbildungsplätze“, sagte Dulger. Die Ausbildungsquote in der baden-württembergischen M+E-Industrie könnten dadurch von 5,2 auf 4,5 Prozent sinken: „Dies sollte auch für die IG Metall ein deutliches Alarmsignal sein, wie schädlich ihre Forderung ist.“

Der Südwestmetall-Chef wies darauf hin, dass erstmals vor Beginn der Tarifgespräche Unternehmen aus dem Tarifverband ausgetreten sind – und dies mit den qualitativen Themen der Tarifrunde, Übernahmepflicht für Auszubildende und Einschränkung der Zeitarbeit, begründeten. „Ein Novum ist auch, dass die IG Metall uns schon zu diesem frühen Zeitpunkt ein Ultimatum stellt und mit Streik droht“, sagte Dulger: „Wir werden trotzdem keinen Regelungen zustimmen, die die Flexibilität unsere Betriebe einengt.“ Die Entgeltforderung der Gewerkschaft in Höhe von 6,5 Prozent bezeichnete er erneut als „zu hoch und unbegründet“: „Angesichts der robusten wirtschaftlichen Lage vieler Betriebe ist sicherlich eine faire und angemessene Entgelterhöhung möglich. Diese darf aber die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht dauerhaft beschädigen.“

An der Umfrage von Südwestmetall haben sich 49 Prozent der rund 1000 Mitgliedsbetriebe beteiligt. In diesen Unternehmen sind 71 Prozent der insgesamt 470.000 Mitarbeiter der Verbandsmitglieder beschäftigt.

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-umfrage-aussichten-fuer-2012-deutlich-verhaltener.html

Code	Datum			
SWM-007	06-03-12			

STELLUNGNAHME ZU ZEITARBEITSUMFRAGE

[SÜDWESTMETALL: IG METALL LIEFERT KEINE FAKTEN ZU EINER VERDRÄNGUNG VON STAMMBESCHÄFTIGUNG DURCH ZEITARBEIT]

STUTTGART – Zur heutigen Pressemeldung der IG Metall zum Einsatz von Zeitarbeit in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie äußert sich der Arbeitgeberverband Südwestmetall wie folgt:

Zeitarbeit wird von den Betrieben der baden-württembergischen M+E-Industrie ganz überwiegend als Flexibilisierungsinstrument eingesetzt, um Auftragsschwankungen auszugleichen. Das belegen auch die starke Abnahme von Zeitarbeitnehmern in der M+E-Branche im Krisenjahr 2009 und die anschließende Zunahme im Aufschwung 2010/11.

Die Behauptung der IG Metall Baden-Württemberg in ihrem „Faktencheck“, in mehr als einem Viertel der Betriebe verdränge Zeitarbeit Stammarbeitsplätze, ist falsch und nicht belegt. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf Angaben

der „Betriebe“, tatsächlich gefragt wurden jedoch offensichtlich die eigenen Betriebsräte. Die Kriterien für die Beantwortung dieser Frage werden nicht genannt, es handelt sich somit um Eindrücke und Bewertungen von Betriebsräten, also gerade nicht um Fakten.

Fakt hingegen ist, dass in der deutschen M+E-Industrie seit dem Beschäftigungstiefstand Anfang 2010 rund 200.000 neue Stammarbeitsplätze (Baden-Württemberg: plus 43.000) geschaffen wurden – und damit fast doppelt so viele wie zusätzliche Zeitarbeitsplätze (110.000). Der Trend geht also ganz eindeutig zu mehr Stammbeschäftigung – und nicht zu Lasten dieser, wie die IG Metall unterstellt. Selbst die IG Metall stellt in ihrem „Faktencheck“ einen Rückgang von Zeitarbeit in den letzten drei Monaten fest.

Zeitarbeit hat gerade in der Krise 2009 in starkem Maße geholfen, Stammbelegschaften zu sichern. Sie bietet darüber hinaus insbesondere Geringqualifizierten oftmals die einzige Chance für den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Laut einer Studie des IAW Tübingen wird Zeitarbeit in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt unterdurchschnittlich genutzt. Weiter kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Zeitarbeit insbesondere von Unternehmen mit Betriebsrat, also in der Regel von tarifgebundenen Unternehmen genutzt wird. Dies legt den Schluss nahe, dass die Tarifverträge den Betrieben keine ausreichenden internen Flexibilitätsspielräume bieten, weshalb die Unternehmen auch auf Zeitarbeit als Flexi-Instrument setzen müssen.

Betriebliche Regelungen zur Zeitarbeit sind nicht Beleg für einen tarifvertraglichen Regelungsbedarf, wie die IG Metall behauptet. Vielmehr ermöglichen betriebliche Vereinbarungen eine passgenaue, auf die Bedürfnisse des jeweiligen Unternehmens abgestimmte Regelung. In der Regel wird dabei die Einschränkung der Zeitarbeit durch erweiterte Flexibilität in anderen Bereichen kompensiert. Insofern machen solche betrieblichen Vereinbarungen eine weitere tarifliche Regelung obsolet.

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-ig-metall-liefert-keine-fakten-zu-zeitarbeit.html

Code	Datum			
SWM-008	06.03.2012			

SÜDWESTMETALL: IG-METALL-FORDERUNG BELASTET DIE ZUKUNFT DER BETRIEBE

[DR. DULGER: „FAIRE UND ANGEMESSENE ENTGELTERHÖHUNG HALTEN WIR FÜR MÖGLICH“]

ELLBACH – Bei der ersten Tarifverhandlung für die Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie hat der Arbeitgeberverband Südwestmetall die Forderung der IG Metall

nach Einkommensverbesserungen von 6,5 Prozent erneut als „mit keinem Argument begründbar und daher zu hoch“ zurückgewiesen. Der Vorsitzende von Südwestmetall, Dr. Rainer Dulger, sagte am Dienstag in Fellbach, mit ihrer rückwärtsgewandten Begründung der Forderung verlasse die IG Metall bedauerlicherweise den gemeinsamen Weg einer verlässlichen Tarifpolitik: „Tarifabschlüsse wirken in die Zukunft. Also muss die künftige Leistungskraft unserer Betriebe die Messlatte für einen Abschluss sein. 6,5 Prozent mehr wären eine Belastung für die Zukunft.“

Er erinnerte daran, dass die Betriebe in der Krise 2008/09 große Anstrengungen unternommen hätten, Beschäftigung zu sichern: „Das war richtig teuer.“ Im anschließenden Aufholprozess sei es nun gerade gelungen, das Vorkrisenniveau wieder zu erreichen. Angesichts der verhaltenen und unsicheren Konjunkturaussichten dürfe nun ein Abschluss die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht dauerhaft beschädigen. „Eine faire und angemessene Entgelterhöhung halten wir aber für möglich“, betonte Dulger.

Der Südwestmetall-Vorsitzende wies auch die weiteren Forderungen der Gewerkschaft nach einer Pflicht zur unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden und mehr Mitwirkungsrechten der Betriebsräte beim Einsatz von Zeitarbeit zurück: „Beides würde die Flexibilität der Betriebe massiv einschränken. Dies ist für uns nicht denkbar.“ In der ersten Verhandlungsrunde habe die IG Metall ihre Forderung nach einer Übernahmepflicht für Azubis konkretisiert. Dabei strebe sie keinen individuellen Anspruch des einzelnen Auszubildenden auf Übernahme an, sondern ein qualifiziertes Widerspruchsrecht des Betriebsrats im Falle einer Nicht-Übernahme. „Für die Auszubildenden wäre durch die Übernahmepflicht nichts gewonnen. Doch darum geht es der IG Metall auch nicht. Ihr Ziel ist eine größere Macht für die Betriebsräte“, sagte Dulger.

Zu der von der Gewerkschaft vorgelegten Umfrage zur Zeitarbeit in Baden-Württemberg mahnte der Südwestmetall-Vorsitzende eine sachliche Diskussion auf Basis von wirklichen Fakten an: „Die IG Metall kann ihre Behauptung, Zeitarbeit verdränge Stammbeschäftigung, nicht belegen.“ Fakt sei hingegen, dass in der M+E-Industrie in den letzten zwei Jahren deutlich mehr Stammarbeitsplätze geschaffen wurden als Zeitarbeitsjobs: „Und selbst die Gewerkschaft kommt zu dem Ergebnis, dass Zeitarbeit bereits wieder weniger genutzt wird. Der Aufbau von Stammbeschäftigung geht jedoch weiter.“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-chef-dulger-faire-und-angemessene-entgelterhoehung-halten-wir-fuer-moeglich.html

Code	Datum			
SWM-009	22.03.2012			

SÜDWESTMETALL KRITISIERT WIEDERHOLTE STREIKDROHUNGEN DER IG METALL

[DR. DULGER: „OFFENSICHTLICH SIND KONSTRUKTIVE LÖSUNGSVORSCHLÄGE NOCH NICHT GEFRAGT“]

LUDWIGSBURG – Der Arbeitgeberverband Südwestmetall hat anlässlich der zweiten Tarifverhandlung für die Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie die wiederholten Streikdrohungen der IG Metall scharf kritisiert. Angesichts des massiven Aufmarsches von Gewerkschaftsanhängern am Verhandlungsort und ersten Kundgebungen in

Betrieben äußerte der Verbandsvorsitzende Dr. Rainer Dulger am Donnerstag in Ludwigsburg Zweifel am derzeitigen Einigungswillen der IG Metall.

„Offensichtlich sind Trillerpfeifen und rote Fahnen noch mehr gefragt als konstruktive Lösungsvorschläge." Einen solchen würden die Arbeitgeber erst vorlegen, wenn auf der Gegenseite ein Einigungswille erkennbar werde. Es sei zwar ein legitimes Interesse der Gewerkschaft, ihre Basis und auch neue Mitglieder zu mobilisieren: „Dies darf aber nicht zu Lasten einer vernünftigen Konfliktlösung gehen."

In der zweiten Verhandlungsrunde haben die M+E-Arbeitgeber der IG Metall zudem „fehlende Verlässlichkeit in ihren tarifpolitischen Forderungen" vorgeworfen. Sie legten dazu eine Berechnung vor, wonach die Gewerkschaft 2010 einen kräftigen Lohnabschlag hätte fordern müssen – wenn sie ihre Forderung damals mit denselben Argumenten begründet hätte wie in diesem Jahr. „Das zeigt, dass die IG Metall nur dann in den Rückspiegel schaut, wenn es ihr in den Kram passt", kritisierte Dulger: „Wir lehnen daher die unbegründbare und zu hohe Entgeltforderung von 6,5 Prozent genauso entschieden ab wie einen Zwang zur unbefristeten Übernahme der Auszubildenden und Einschränkungen beim Einsatz von Zeitarbeit."

Laut Südwestmetall hätte die IG Metall – ihrer eigenen Logik folgend – nach dem dramatischen Konjunktureinbruch 2009 mit einer Minusforderung von 1,7 Prozent in die folgende Tarifrunde ziehen müssen. „Wenn eine Korrektur zu ihren Ungunsten ausfallen würde, ist die beschäftigungspolitische Amnesie der IG Metall erstaunlich", sagte Dulger: „Mit ihrem Zickzackkurs verkommen die Begründungen jedoch zur Beliebigkeit." Dabei komme die Gewerkschaft selbst zu dem Ergebnis, dass der verteilungsneutrale Spielraum in den letzten zehn Jahren „mehr als ausgeschöpft" (Vorstandsmitglied Helga Schwitzer) worden sei. „Für eine rückwärtsgewandte Korrektur sehen wir daher überhaupt keinen Anlass", so Dulger.

Der Südwestmetall-Vorsitzende verwies erneut auf die großen Anstrengungen der Unternehmen während der Krise, ihre Stammbelegschaften zu halten, obwohl es nicht genügend Arbeit gegeben habe: „Das hat die Betriebe viel Geld gekostet und am Eigenkapital gezehrt." Ein neuer Tarifabschluss wirke in die Zukunft und müsse sich daher an der künftigen Leistungskraft der Unternehmen orientieren. Angesichts der nach wie vor robusten Verfassung der M+E-Industrie sei dabei eine „angemessene und faire Entgelterhöhung möglich, bei weitem aber keine 6,5 Prozent".

Im zweiten Tarifgespräch wiesen die M+E-Arbeitgeber auch die beiden qualitativen Forderungen der IG Metall nach einer unbefristeten Übernahme aller Ausgebildeten und dual Studierenden sowie erweiterten Mitspracherechten der Betriebsräte beim Einsatz von Zeitarbeit zurück. „Die Ausgelernten unserer Branche haben bereits heute hervorragende Chancen auf eine unbefristete Weiterbeschäftigung. Wer Gegenteiliges behauptet, leugnet die Realität", sagte Dulger. Eine Übernahmepflicht würde an diesem Status quo nichts verbessern, dafür aber Betriebe abschrecken, die bisher Ausbildungsplätze über den eigenen Bedarf hinaus angeboten haben: „Wer hier zündelt, gefährdet ganz konkret Ausbildungschancen – und damit ein Stück Zukunft unserer Branche." Der Südwestmetall-Vorsitzende warnte auch davor, den Übernahmezwang auf Studierende der Dualen Hochschule auszudehnen: „Eine solche tarifliche Regelung für

Hochschüler ist nicht nur rechtlich fragwürdig. Sie gefährdet auch das Erfolgsmodell der Dualen Hochschule.“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_zweite-tarifverhandlung-metall-und-elektroindustrie-baden-wuerttemberg.html

Code	Datum			
SWM-010	22.03.2012			

SÜDWESTMETALL: IG METALL TRIFFT MIT SKANDALISIERUNG DER ZEITARBEIT AUCH BETRIEBSRÄTE

[DR. DULGER: „VORGEHEN ZEUGT VON GROSSEM MISSTRAUEN GEGENÜBER DEN EIGENEN LEUTEN“]

STUTTGART – Der Arbeitgeberverband Südwestmetall hat vor Beginn der 2. Tarifverhandlung für die Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie eine Erhebung der IG Metall zum Einsatz von Zeitarbeit scharf kritisiert. „In einer Vielzahl der Unternehmen, die die Gewerkschaft in ihrer Erhebung mit einer Quote von mehr als zehn Prozent Zeitarbeitern auflistet, ist der Einsatz von Zeitarbeit auf betrieblicher Ebene geregelt“, sagte der Verbandsvorsitzende Dr. Rainer Dulger am Donnerstag in Stuttgart.

„Wenn die IG Metall dies nun skandalisiert, stellt sie sich selbst und die Betriebsräte an den Pranger, die diesen Regelungen zugestimmt haben.“

Die IG Metall hatte in ihrer Erhebung 83 Betriebe aus der baden-württembergischen M+E-Industrie aufgelistet, die nach Berechnungen der Gewerkschaft mehr als zehn Prozent Zeitarbeiter beschäftigen. Nach einer Überprüfung durch Südwestmetall ergibt sich folgendes Bild: Von den tarifgebundenen Betrieben hat mindestens ein Drittel eine betriebliche Regelung zur Zeitarbeit, zum Teil in Form von Regelungsabreden oder Betriebsvereinbarungen, zum Teil auch in Form von Ergänzungstarifverträgen – also mit Zustimmung der IG Metall. In den Vereinbarungen sind häufig Quoten, das Entgelt – bis hin zu gleicher Bezahlung – oder Übernahmepflichten geregelt. Bei rund einem Viertel der Unternehmen wurde die Zeitarbeitsquote von der IG Metall zum Teil deutlich zu hoch angesetzt. In sechs Fällen sinkt sie sogar unter die von der Gewerkschaft gesetzte Zehn--Prozent-Grenze. „Von dem Skandal, den die IG Metall aus diesen Fakten machen will, bleibt nichts mehr übrig“, sagte Dulger.

Der Südwestmetall-Chef zeigte sich stark befremdet vom Vorgehen der Gewerkschaft: „Gerade die betrieblichen Vereinbarungen zeigen, dass die Betriebsräte und Geschäftsleitungen praktische und pragmatische Lösungen finden, die eine tarifvertragliche Regelung überflüssig machen. Es zeugt von einem großen Misstrauen gegenüber den eigenen Betriebsräten, wenn ihnen die IG Metall so in die Parade fährt.“ Dieses komme auch darin zum Ausdruck, dass die Gewerkschaft einerseits mehr Mitspracherechte für die Betriebsräte beim Einsatz von Zeitarbeit fordere, andererseits aber Zeitarbeit möglichst ganz zurückdrängen wolle.

Für Dulger belegt dies, dass das Thema Zeitarbeit wie auch die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten von der IG Metall vor allem aus organisationspolitischen Gründen – Mitgliedergewinnung – in die Tarifrunde getragen wird: „Beide Themen sind auf jeden Fall keine Herzensangelegenheit vieler Betriebsräte. So haben sie gerade in der letzten Krise den Wert der Zeitarbeit schätzen gelernt, als diese dazu beigetragen hat, Stammbelegschaften zu sichern.“ Dulger warnte davor, Zeitarbeit als Flexibilisierungsinstrument kaputt zu machen und damit Arbeitsplätze zu vernichten: „Die IG Metall ist auf dem besten Wege, genau dieses zu tun. Wir werden aber keiner tariflichen Regelung zustimmen, nur weil die IG Metall der Auffassung ist, dass Zeitarbeit in einigen wenigen Betrieben ein Problem darstellt.“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-zu-gewerkschaftserhebung-zur-zeitarbeit.html

Code	Datum			
SWM-011	19.04.2012			

METALLARBEITGEBER LEGEN LÖSUNGSVORSCHLAG FÜR TARIFRUNDE 2012 VOR

[SÜDWESTMETALL BIETET 3,0 PROZENT MEHR ENTGELT FÜR 14 MONATE – FORDERUNG NACH MEHR FLEXIBILITÄT]

BÖBLINGEN – Der Arbeitgeberverband Südwestmetall hat in der 3. Tarifverhandlung für die Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie der IG Metall einen Lösungsvorschlag unterbreitet. Er sieht eine Anhebung der Tabellenentgelte um 3,0 Prozent für eine Laufzeit von 14 Monaten vor.

„Unser faires Lösungspaket geht auf alle Forderungen der IG Metall ein und es bietet beste Voraussetzungen für eine schnelle und friedliche Einigung“, sagte Dr. Rainer Dulger, Vorsitzender von Südwestmetall, am Donnerstag in Böblingen: „Wir sind der IG Metall weit entgegengekommen. Es liegt jetzt an ihr, auf uns zuzugehen.“
Der Lösungsvorschlag von Südwestmetall sieht folgende Eckpunkte vor:

- Anhebung der Tabellenentgelte um 3,0 Prozent rückwirkend zum 1. April 2012, Laufzeit 14 Monate (bis 31. Mai 2013)
- Modell zur Förderung der Ausbildungsreife benachteiligter Jugendlicher (Einstiegsqualifikation)
- Fortführung der tariflichen Übernahmepflicht für alle Ausgebildeten für zwölf Monate
- Unterstützung der Tarifverhandlungen in der Zeitarbeitsbranche über eine finanzielle Besserstellung der Zeitarbeitnehmer (Branchenzuschläge)
- Forderung nach mehr innerbetrieblicher Flexibilität:tarifliche Ausweitung der gesetzlichen Optionen zur sachgrundlosen Befristung um zwölf MonateErhöhung der tariflichen Begrenzung der 40-Stunden-Quote um zwölf Prozentpunkte (Anhebung von 18 auf 30 Prozent)

Südwestmetall-Verhandlungsführer Dulger hob hervor, dass das Angebot das höchste seit Jahren sei und bereits jetzt über der letzten Tariferhöhung von 2,7 Prozent im Jahr 2011 liege: „Das Angebot liegt klar über der erwarteten Inflation. Unsere Mitarbeiter werden also von einem deutlichen Plus ihrer Reallöhne profitieren.“ Eine stärkere Anhebung der Entgelte bezeichnete er angesichts des verhaltenen Wachstums in diesem Jahr als nicht opportun: „Wir haben in den letzten drei Jahren gerade einmal das aufgeholt, was wir zuvor in der schweren Krise verloren haben.

Das hat unsere Betriebe viel Kraft gekostet.“ Dulger nannte die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze als dringlichstes Ziel dieser Tarifrunde: „Angesichts des immer volatileren Verlauf der Konjunktur, der Fachkräftesicherung und der absehbaren Verteuerung der Zeitarbeit benötigen unsere Unternehmen unbedingt mehr Beweglichkeit beim Einsatz von Personal. Unser Lösungsvorschlag ist ein Gesamtpaket, das nur mit dieser Ausweitung der Flexibilität denkbar ist.“ Südwestmetall fordere daher eine tarifliche Ausweitung der gesetzlichen Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung von 24 Monaten um weitere zwölf Monate. Weiter soll die Quote der Mitarbeiter, die bis zu 40 Stunden pro Woche arbeiten dürfen, von derzeit 18 Prozent um zwölf Prozentpunkte erhöht werden: „Dies bedeutet auch, dass mehr Beschäftigte um bis zu 14,5 Prozent höhere Verdienstmöglichkeiten hätten.“ Weiter will Südwestmetall die Ausbildungschancen insbesondere leistungsschwächerer Schulabgänger verbessern. Die Metallarbeitgeber schlagen dabei ein Modell vor, das auf dem erfolgreichen Südwestmetall-Pilotprojekt M+E-Einstieg aufbaut. Dieses sieht für förderbedürftige Schulabgänger eine bis zu einjährige Einstiegsqualifizierung vor, die diesen Jugendlichen den Zugang zu einer regulären betrieblichen Ausbildung ermöglichen soll. „Eine Pflicht zur unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden würde allerdings genau diesem Bemühen, auch schwächeren Jugendlichen eine Perspektive zu bieten, im Wege stehen“, stellte Dulger klar: „Wir bieten daher an, dass unsere Betriebe wie bisher alle erfolgreich Ausgebildeten für zwölf Monate übernehmen. Und wir unterstützen die Unternehmen dabei, alle Ausgebildeten möglichst unbefristet weiterzubeschäftigen.“ Der Südwestmetall-Vorsitzende bezeichnete die Zeitarbeit als weiterhin wichtiges Instrument für die Flexibilität der Betriebe: „Wir haben auch Verständnis für das gewerkschaftliche Anliegen nach einer fairen Bezahlung der Zeitarbeitnehmer. Deshalb unterstützen wir auch die Tarifgespräche in der Zeitarbeitsbranche über Branchenzuschläge, also die Annäherung der Entgelte an die der Stammbelegschaften.“ Darüber hinaus sehe er jedoch keinen Bedarf und keine Möglichkeit, den Einsatz der Zeitarbeit in der Metall- und Elektroindustrie weiter einzuschränken: „Schon aus rechtlichen Gründen können wir hier keine Regelungen zu Lasten Dritter vereinbaren.“ Dulger kündigte zudem an, mit der IG Metall nach Abschluss dieser Tarifrunde in Gespräche über die zentralen Herausforderungen der Metall- und Elektroindustrie eintreten zu wollen: „In Anbetracht des demografischen Wandels und des strukturellen Wandels unserer Industrie müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir künftig in Deutschland einfache Jobs sichern und qualifizierte Tätigkeiten fördern können. Solch ein grundlegender Diskurs verträgt sich nicht mit der Zuspitzung einer Tarifrunde.“	
Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-legt-loesungsvorschlag-fuer-me-tarifrunde-vor.html

Code	Datum			
SWM-012	26.04.2012			

METALLARBEITGEBER KRITISIEREN ANGEKÜNDIGTE MASSIVE WARNSTREIKS ALS „UNVERANTWORTLICH“ – SÜDWESTMETALL WILL MIT EIGENER BROSCHÜRE TARIFDEBATTE VERSACHLICHEN

[DICK: „IG METALL MUSS SICH INHALTLICH BEWEGEN“]

STUTTGART – Die Arbeitgeber der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie (M+E) haben die von der IG Metall angekündigten massiven Warnstreiks nach Ende der Friedenspflicht als „unverantwortlich gegenüber den Betrieben und ihren Beschäftigten“ kritisiert. „Angesichts der unsicheren Konjunkturlage warnen wir vor den gravierenden wirtschaftlichen Schäden, die Warnstreiks oder noch weiter reichende Aktionen hervorrufen würden“, sagte Peer-Michael Dick, Hauptgeschäftsführer von Südwestmetall, am Donnerstag in Stuttgart.

Dick bezeichnete die angekündigten Warnstreiks als „unnötige Verschärfung“ der laufenden Tarifrunde. Südwestmetall habe der IG Metall einen fairen und weitreichenden Lösungsvorschlag gemacht. Dieser sehe mehr Geld, mehr Chancen für die Jugend sowie mehr Sicherheit für Arbeitsplätze und Betriebe vor. „Damit sind wir der IG Metall einen großen Schritt entgegengekommen. Wir haben die Tür für eine schnelle und friedliche Lösung weit aufgestoßen“, sagte Dick: „Nun ist es an der IG Metall, sich inhaltlich und nicht nur auf der Straße zu bewegen.“

Südwestmetall kündigte an, die Beschäftigten in der baden-württembergischen M+E-Industrie und die Bürger des Landes mit einer eigenen Broschüre über die Argumente der Arbeitgeber und über deren Lösungsvorschlag zu informieren. Die Broschüre werde in den kommenden Tagen als Beilage verschiedener Tageszeitungen und Verbandspublikationen an rund 1,5 Millionen Haushalte im Land verteilt. „Wir wollen einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Wir setzen auf eine konstruktive Lösungssuche am Verhandlungstisch. Denn solche Lösungen werden nicht auf der Straße gefunden“, sagte Dick.

Man müsse objektiv feststellen, dass die IG Metall bisher keinen Millimeter von ihren Kernforderungen abgerückt sei. Auch wenn sie – wie schon zu Beginn der Gespräche – Ausnahmen in Aussicht stelle, halte sie nach wie vor am grundsätzlichen Übernahmezwang für Auszubildende fest. „Damit würde das bisher erfolgreich praktizierte Prinzip ‚Ausbildung geht vor Übernahme‘ ins Gegenteil verkehrt. Dies lehnen wir jedoch aus grundsätzlichen Überlegungen ab“, stellte der Südwestmetall-Hauptgeschäftsführer klar: „Denn dies würde die Bereitschaft vieler Betriebe abwürgen, über Bedarf auszubilden. Die Folge wären weniger Ausbildungsplätze und damit schlechtere Chancen lernschwächerer Jugendlicher auf einen Ausbildungsplatz.“

Auch beim Thema Zeitarbeit sei ein Kompromiss nur schwer denkbar. Die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie unterstützten die Tarifverhandlungen in der Zeitarbeitsbranche über eine faire Bezahlung von Zeitarbeitnehmer. Werde diese erreicht, sei die Kernforderung der IG Metall erfüllt. „Darüber hinaus sehen wir keinen Bedarf und auch keine rechtliche Möglichkeit, weitere Einschränkungen der Zeitarbeit zuzulassen“, sagte Dick.

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-kritisiert-angekuendigte-warnstreiks.html

Code	Datum			
SWM-013	27.04.2012			

ARBEITGEBER BADEN-WÜRTTEMBERG ZUM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT UND ZUR AKTUELLEN KONJUNKTURLAGE

[PROFESSOR HUNDT: ERFOLGSMODELL TARIFAUTONOMIE NICHT IN FRAGE STELLEN]

STUTTGART – Die Arbeitgeber Baden-Württemberg sehen die Wirtschaft im Land trotz konjunktureller Risiken in einer robusten Verfassung. „Angesichts der erwarteten Belebung im 2. Halbjahr halte ich ein Wachstum von nahe zwei Prozent für das Gesamtjahr nach wie vor möglich“, sagte Professor Dr. Dieter Hundt, Präsident der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, anlässlich der aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes und der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts in Stuttgart. Besonders erfreulich sei die anhaltend positive Lage auf dem Arbeitsmarkt. „Dies darf die Politik aber nicht dazu verleiten, bisher erfolgreiche Konzepte nun in Frage zu stellen“, warnte Hundt.

Der Landes-Arbeitgeberpräsident erinnerte daran, wie hervorragend Unternehmen, Belegschaften, Sozialpartner, Arbeitsagenturen und Politik die schwere Krise 2008/09 gemeinsam bewältigt hätten: „Wir stehen heute so gut da, weil wir uns auf eine sinnvolle Arbeitsteilung verständigt haben: Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, und die Sozialpartner finden in den Betrieben und in den Tarifverträgen passgenaue Lösungen.“

Deshalb beobachte er auch mit wachsender Sorge die immer größere Bereitschaft in der Politik, das Erfolgsmodell Tarifautonomie auszuhöhlen, etwa bei den Themen Mindestlohn, Frauenquote oder Zeitarbeit: „Dabei wird mit dieser Einmischung oft versucht, von politischen Versäumnissen abzulenken und die Konsequenzen gesellschaftlicher Entwicklungen alleine auf die Unternehmen abzuwälzen.“

Hundt empfiehlt, stattdessen den gemeinsamen erfolgreichen Weg weiterzugehen: „Dafür ist eine funktionierende Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft die Voraussetzung – und nicht deren Einschränkung.“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_arbeitgeber-baden-wuerttemberg-zum-jahreswirtschaftsbericht.html

Code	Datum			
SWM-014	08.05.2012			

SÜDWESTMETALL FORDERT VON DER IG METALL VORSCHLÄGE FÜR EINE KOMPROMISSLÖSUNG

[DR. DULGER: „IG METALL MUSS VON IHREN MAXIMALFORDERUNGEN ABRÜCKEN“]

SINDELFINGEN – Der Arbeitgeberverband Südwestmetall hat nach der 4. Tarifverhandlung für die rund 860.000 Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie bedauert, dass die IG Metall keine substanziellen Vorschläge für eine Lösung des Tarifkonflikts vorgelegt habe. „Wir haben in der letzten Runde ein faires Angebot vorgelegt. Die IG Metall muss sich nun in den nächsten Tagen deutlich bewegen und sagen, wo sie Ansätze für eine Kompromisslösung sieht“,

sagte Dr. Rainer Dulger, Vorsitzender von Südwestmetall, am Dienstag in Sindelfingen.

Dulger begrüßte die Einsetzung einer Expertenkommission, die den Auftrag hat, für den nächsten Verhandlungstermin am 15. Mai in Sindelfingen Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Damit werde der Boden für eine Verhandlungslösung bereitet. Allerdings müsse die IG Metall nun von ihren Maximalforderungen, die sie bereits im Sommer 2011 aufgestellt habe, abrücken: „Wir können nicht über jedes Stöckchen springen, das uns hingehalten wird – vor allem, wenn die Forderungen im Kern unerfüllbar sind." Zudem haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, den Verhandlungsbeginn am 15. Mai von 17 Uhr auf 13.30 Uhr vorzuziehen.

Die Forderung nach einem Übernahmezwang für alle Ausgebildeten bezeichnete Dulger erneut als schädlich. Sie würde zu weniger Ausbildungsplätzen führen und die Chancen lernschwächerer Jugendlicher verringern. Auch der Verweis auf die scheinbar unproblematische Praxis vieler Unternehmen, die Übernahme durch betriebliche Vereinbarungen zu garantieren, greife zu kurz: „In diesen Vereinbarungen werden in der Regel die Bedingungen festgelegt, unter denen eine Übernahme überhaupt erst möglich wird. Mit einer tarifvertraglichen Garantie wäre es nicht mehr möglich, die erforderlichen betrieblichen Bedingungen für die Azubi-Übernahme oder weiterreichende Beschäftigungsgarantien zu schaffen", sagte Dulger.

Auch für weitere Einschränkungen bei der Zeitarbeit sieht Südwestmetall keinen Bedarf. Der Verband unterstütze aber die Verhandlungen in der Zeitarbeitsbranche über eine Annäherung der Zeitarbeitsentgelte an die der Metall- und Elektroindustrie über sogenannte Branchenzuschläge.

Die massiven Warnstreiks, mit denen die IG Metall in den vergangenen Tagen versucht habe, Druck aufzubauen, bezeichnete Dulger als „unverhältnismäßig und schädlich": „Durch die Streiks entstehen täglich Millionenschäden. Dies geht zu Lasten der Betriebe, ihrer Beschäftigten und der Sozialversicherungen."

Nach Angaben von Südwestmetall sind seit Beginn der Warnstreiks in den baden-württembergischen Metall- und Elektrobetrieben rund 100.000 Arbeitsstunden und damit Umsätze in mindestens zweistelliger Millionenhöhe ausgefallen. Leidtragende seien auch die am Streik beteiligten Beschäftigten, die bei Warnstreiks noch keinen Ausgleich aus der Streikkasse der Gewerkschaft erhielten. Auch ihnen seien bereits Millionenbeträge an Verdiensten entgangen, sagte Dulger: „Die IG Metall verstreikt damit auf dem Rücken ihrer Mitglieder einen Teil der fairen Entgelterhöhung, die wir angeboten haben."

Auch den Sozialversicherungen und dem Fiskus entgingen durch die Streikaktionen Millioneneinnahmen. Pro ausgefallene Arbeitsstunde in der Metall- und Elektroindustrie seien dies rund zehn Euro. „Nur, weil die IG Metall ihre überzogenen Forderungen durchdrücken will, werden die Renten- und Gesundheitskassen belastet", sagte Dulger. Er erinnerte an die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, wonach auch für Warnstreiks das sogenannte Ultima-Ratio-Prinzip gelte, diese also nur als letztes Mittel eines Arbeitskampfes eingesetzt werden dürfen. „Dies setzt voraus, dass die Lösungssuche am Verhandlungstisch gescheitert ist. Wir sind jedoch noch zu einem Kompromiss, der in Gesprächen gefunden wird, bereit."

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-ig-metall-muss-von-maximalforderungen-abruecken.html

Code	Datum			
SWM-015	16.05.2012			

SÜDWESTMETALL: FRIEDLICHE EINIGUNG IN GREIFBARER NÄHE

[DR. DULGER: „WIR HABEN UNS IN WESENTLICHEN PUNKTEN ANGENÄHERT“]

SINDELFINGEN – Die Metallarbeitgeber in Baden-Württemberg sehen nach der fünften Verhandlungsrunde eine friedliche Einigung in den diesjährigen Tarifgesprächen in greifbare Nähe gerückt. „Wir haben bei den qualitativen Themen Ausbildung und Zeitarbeit in einigen wesentlichen Punkten eine Annäherung erzielt“, sagte Dr. Rainer Dulger, Vorsitzender von Südwestmetall, nach der Unterbrechung der Gespräche am Mittwochmorgen in Sindelfingen: „Bei einigen Themen sind wir aber noch nicht ganz am Ziel.“

Der Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber im Südwesten zeigte sich zuversichtlich, dass bei der Fortsetzung der Verhandlung am Freitag, 18. Mai, ein Gesamtpaket geschnürt werden könne: „Dann werden wir auch über das Thema Entgelt reden. Auch hier sollte eine faire Lösung möglich sein.“

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_suedwestmetall-5-me-tarifverhandlung.html

Code	Datum			
SWM-016	19.05.2012			

TARIFABSCHLUSS FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE – ENTGELTE STEIGEN UM 4,3 PROZENT

[DR. DULGER: „WIR HABEN DIE SO WICHTIGE FLEXIBILITÄT UNSERER BETRIEBE ERHALTEN KÖNNEN“]

SINDELFINGEN – Der Arbeitgeberverband Südwestmetall zeigt sich erleichtert über den Tarifabschluss für die baden-württembergische Metall- und Elektroindustrie. „Mit diesem Ergebnis ist es uns gelungen, die notwendige Flexibilität für unsere Betriebe bei der Übernahme von Ausgebildeten und dem Einsatz von Zeitarbeit zu erhalten. Damit haben wir unser Kernanliegen erreicht“, sagte Dr. Rainer Dulger, Vorsitzender von Südwestmetall, am frühen Samstagmorgen in Sindelfingen.

„Mit einer Entgelterhöhung von 4,3 Prozent werden unsere Beschäftigten zudem äußerst fair an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung unserer Branche beteiligt.“

Die Tarifparteien hatten sich in der Nacht zum Samstag nach einem insgesamt mehr als 36-stündigen Verhandlungsmarathon auf einen Kompromiss geeinigt. „Die Gespräche waren schwierig und standen zeitweilig auf des Messers Schneide, da beide Parteien von grundlegend unterschiedlichen Positionen kamen“, sagte Dulger: „Mit

dem vorliegenden Ergebnis ist uns ein fairer Ausgleich beider Interessen gelungen."

Die Einigung sieht eine Erhöhung der Tabellenentgelte von 4,3 Prozent vom 1. Mai 2012 an vor – bei einer Gesamtlaufzeit von 13 Monaten. Der Tarifvertrag endet damit am 30. April 2013; der April 2012 gilt als „Nullmonat". „Dies bedeutet für unsere Beschäftigten ein kräftiges Plus der Reallöhne und ist ein Signal unseres Vertrauens in die Zukunft", sagte Dulger: „Wir sind damit an die Grenze der Belastbarkeit unserer Betriebe gegangen."

Bei den Ausgebildeten haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, dass die im Rahmen des betrieblichen Bedarfs Ausgebildeten in der Regel nach bestandener Abschlussprüfung unbefristet übernommen werden – was ohnehin schon weitgehend Praxis ist. „Aber die Entscheidung, welche und wie viele Ausgebildete übernommen werden, bleibt in der Hand der Unternehmen", sagte Dulger. So wird nur Auszubildenden, die nach dem Bedarf des Unternehmens ausgebildet werden, ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten. Den voraussichtlichen Bedarf bestimmt aber der Arbeitgeber. „Damit müssen die Betriebe weiterhin Ausgebildete, die über Bedarf ausgebildet wurden, nicht dauerhaft ins Unternehmen übernehmen", betonte Dulger.

Weiter haben die Tarifpartner einen Tarifvertrag und eine Sozialpartnervereinbarung über ein betriebliches Förderjahr geschlossen, mit dem bislang nicht ausbildungsreife Schulabgänger an eine berufliche Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie herangeführt werden können. „Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Fachkräftepotenzials im Lande. Dieses Thema liegt uns wirklich am Herzen. Hier haben wir den dringendsten Handlungsbedarf. Dies kommt gleichzeitig vielen jungen Menschen und unseren Betrieben zu Gute", sagte Dulger.

Der absehbare Fachkräftemangel und der demografische Wandel seien auch der Grund dafür, dass sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt haben, in den nächsten Monaten Gespräche über diese zentralen Herausforderungen in der Metall- und Elektroindustrie aufzunehmen.

„Um das Thema Zeitarbeit haben wir besonders hart gerungen", sagte der Verhandlungsführer von Südwestmetall: „Hier galt es den Spagat zu bewältigen zwischen dem Anliegen der Gewerkschaft nach besseren Perspektiven für Zeitarbeitnehmer und dem entscheidenden Bedürfnis unserer Betriebe nach mehr Flexibilität. Mit dem vorliegenden Kompromiss ist uns dieser Spagat gut gelungen."

In den ersten 24 Monaten kann Zeitarbeit ohne Einschränkungen eingesetzt werden. Im Rahmen einer freiwilligen Betriebsvereinbarung können weitere Regelungen zum Einsatz von Zeitarbeit getroffen werden, wenn gleichzeitig die innerbetriebliche Flexibilität erhöht wird. Das kann beispielsweise eine Ausweitung der Quote der Beschäftigten, die 40 Stunden arbeiten dürfen, oder ein zusätzliches Arbeitszeitvolumen der Gesamtbelegschaft sein. „Damit haben wir erreicht, dass jeder Einschränkung der Zeitarbeit zwingend eine Entlastung an anderer Stelle entgegensteht. Denn unser Ziel war, unseren Betrieben die zwingend nötige Flexibilität zu bewahren", so Dulger.

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_tarifabschluss-fuer-die-baden-wuerttembergische-metall-und-elektroindustrie-2012.html

Code	Datum			
SWM-017	21.06.2012			

UNTERNEHMERTAG 2012 DER ARBEITGEBER BADEN-WÜRTTEMBERG

[PROFESSOR DR. HUNDT: „WIR DÜRFEN UNSEREN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG NICHT DURCH GESETZGEBERISCHE HÜRDEN GEFÄHRDEN"]

STUTTGART – Die Arbeitgeber Baden-Württemberg haben der Landesregierung ihre konstruktive

Zusammenarbeit bei der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft des Landes angeboten. „Diese wird uns aber nur gelingen, wenn wir die Unternehmen weiter stärken – und ihnen nicht unnötige Steine in den Weg legen“, sagte am Donnerstag Professor Dr. Dieter Hundt, Präsident der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, auf dem Unternehmertag 2012 in Stuttgart in Anwesenheit von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und EU-Energiekommissar Günther Oettinger.

Hundt bezeichnete die Verfassung der baden-württembergischen Wirtschaft als „blendend“. Die Beschäftigung befinde sich auf einem Rekordstand, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sei besser denn je. „Wir sind ein Musterland für gute Arbeit. Diese Erfolge dürfen wir nicht durch gesetzgeberische Hürden gefährden“, sagte Hundt. Sorge bereiteten ihm einige politische Initiativen der Landesregierung, etwa das Tariftreuegesetz, mit dem vermeintliche Wettbewerbsverzerrungen unterbunden werden sollen: „Eine hohe Tarifbindung erreichen wir nicht, indem wir die Tariffreiheit beschneiden und einen Vergabemindestlohn festlegen, der alle tariflichen Regelungen verdrängt, sondern durch eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit.“

Beunruhigt sind die Arbeitgeber Baden-Württemberg auch durch verschiedene Landesinitiativen im Bundesrat für einen gesetzlichen Mindestlohn, einer massiven Regulierung der Zeitarbeit oder zu Eingriffen in die Tarifautonomie, um die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern zu beseitigen. Das geplante Gesetz für fünf zusätzliche bezahlte Urlaubstage für Weiterbildung bezeichnete Hundt als „teuer und wirtschaftsfeindlich“. Er forderte Ministerpräsident Winfried Kretschmann dazu auf, bei diesen Themen den Dialog mit den Arbeitgeberverbänden zu intensivieren: „ich wünsche mir Ihre Unterstützung, dass diese Vorhaben nicht Gesetz werden. Dies wäre ein Erfolg für unser Land – und ein ganz persönlicher für Sie.“

Kritisch bewertete Hundt auch die Schulpolitik des Landes, die im falschen Reformeifer zu viele Projekte gleichzeitig angestoßen habe: „Dadurch ist ohne Not eine Situation entstanden, in der die Schülerströme und damit das gesamte Schulsystem kaum noch steuerbar sind. Vor allem in beruflichen Schulen wirft dies große Probleme bei der Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung auf.“ Der Landesarbeitgeberpräsident forderte die Landesregierung auf, sich auf die Lösung der wirklich drängenden Probleme zu konzentrieren. Dazu zähle eine nachhaltige Haushaltspolitik, eine verlässliche und bezahlbare Infrastruktur in den Bereichen Energie und Verkehr, sowie größere Anstrengungen in der Bildungspolitik, um den künftigen Bedarf an Fachkräften sicherzustellen: „Von der Politik erwarten wir hier noch stärkere Impulse, etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagesangebote an Schulen oder bei der Qualitätssicherung in den Schulen.“
Auf dem Unternehmertag 2012 der Arbeitgeber Baden-Württemberg sprachen Ministerpräsident Winfried Kretschmann über die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und EU-Energiekommissar Günther Oettinger über die europäische Energiepolitik zu den rund 500 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Anschließend diskutierten Experten über die Herausforderungen der Energiewende hinsichtlich Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Preise. Weiter wurden Unternehmen, die Leistungssportler unterstützen, als „Partnerbetriebe des Spitzensports“ ausgezeichnet.

Info: Die Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände mit Sitz in Stuttgart ist die Spitzenorganisation der Wirtschaft des Landes und vertritt die politischen Anliegen von 41 Fachverbänden aus Industrie, Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Landwirtschaft.

Link	https://www.suedwestmetall.de/swm/web.nsf/id/li_sweb8vhaqx.html